

WALTER EUCKEN

*Die Grundlagen
der
Nationalökonomie*

WALTER EUCKEN
DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE

Meinem Neffen
Hans Joachim Eucken
gefallen am 12. Sept. 1942
IN MEMORIAM

540524

WALTER EUCKEN

DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE



Fünfte veränderte Auflage

VERLAG HELMUT KUPPER
VORMALS GEORG BONDI
CODESBERG 1947

Printed in Germany

UB KLAGENFURT



+L54983403

Die vorliegende Ausgabe erscheint im Einverständnis
mit dem Verlag Gustav Fischer, Jena

INHALT

Vorwort zur ersten und aus dem Vorwort zur zweiten und dritten Auflage	XIII
Vorwort zur fünften Auflage	XIX

Erster Teil

DAS EINE HAUPTPROBLEM

ERSTES KAPITEL

Die Entstehung des einen nationalökonomischen Hauptproblems aus der Erfahrung des Alltags

I. Tatsachen und Fragen

3

Der erste Anstoß 3 – Näheres über das eine Hauptproblem. Seine fünf Seiten 5 – Eine Ergänzung 10 – Kritik und Antikritik 12

II. Alltagserfahrung

17

Meinungen 17 – Ideologien von Interessenten 19 – Was sagt die Wissenschaft dazu? 22

ZWEITES KAPITEL

Die Zwiespältigkeit des Problems. – Die große Antinomie

I. Das Problem als individuell-historisches Problem

25

II. Das Problem als allgemein-theoretisches Problem

29

III. Die große Antinomie

34

Zweiter Teil

KRITIK DER NATIONALÖKONOMIE – EIN ZWEITES HAUPTPROBLEM

ERSTES KAPITEL

Einleitung

41

Kritik der klassischen Nationalökonomie 41 – Kritik der „Begriffsnationalökonomie“ 45 – Kritik des „Dualismus“ von theoretischer und historischer Nationalökonomie 51 – Kritik des „Empirismus“ 57

ZWEITES KAPITEL

Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsstile

I. Das Verfahren

63

Stufen und Stile 63 – Zeitgebundene, geschichtliche, anschauliche Theorien 66

II. Kritik des Verfahrens – Ein zweites Hauptproblem

68

Einleitung: Realtypen, nicht Idealtypen 68 – Die beiden Fragen: Stellt das Verfahren wirtschaftliche Wirklichkeit dar? – Kann die theoretische Analyse von Wirtschaftsstufen oder Wirtschaftsstilen ausgehen? 69

A. Entwicklungsstufen

70

Der doppelte Irrtum

B. Wirtschaftsordnung – nicht Wirtschaftsstil

76

Geschichtliche Tatsachen 77 – „Wirtschaftsordnungen“ 82 – Was heißt Wirtschaftsverfassung? 85 – Wie entstehen Wirtschaftsordnungen? 86 – Der Unterschied von Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung 88 – Wirtschaftsordnungen sind nur der Wissenschaft erkennbar 91 – Wirtschaftsstile? Das Scheitern der Konstrukteure von „Stilen“ 94 – „Kapitalismus“ 98

C. Zeitgebundene Theorien?

Ein unerfülltes und unerfüllbares Programm

104

Bisheriges Ergebnis: Neues Herangehen an den Gegenstand nötig 107 – Zwei Hauptprobleme 109 – Ihre Lösung bedeutet Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit

109

Dritter Teil

WISSENSCHAFTLICHE ERKENNTNIS DER WIRTSCHAFTLICHEN WIRKLICHKEIT

<i>Einleitung: Nicht Distanzierung von der Wirklichkeit, sondern Eindringen in die Wirklichkeit</i>	112
---	-----

ERSTES KAPITEL

Tatsachen

<i>I. Tatsachen der Gegenwart</i>	113
<i>II. Tatsachen der Vergangenheit</i>	117
Ein Fronhof 118 – Mittelalterliches Gewerbe; andere Kulturkreise 122 – Analyse durch pointierend hervor- hebende Abstraktion – Idealtypen 125	

ZWEITES KAPITEL

Die Wirtschaftssysteme

<i>Einleitung: „Zentralgeleitete Wirtschaft“ und „Verkehrswirt- schaft“</i>	126
<i>I. Die zentralgeleitete Wirtschaft – Ihre beiden Formen: „Eigenwirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“</i>	128
<i>II. Die Verkehrswirtschaft</i>	140
Einleitung: Kennzeichnung dieses Typus 140 – Viel- heit der Wirtschaftspläne 141 – Notwendigkeit der Ko- ordination der Wirtschaftspläne 142 – Rechnungskala stets nötig 143 – Verschiedenheit der Koordination nach zwei Seiten hin 144	
<i>A. Die Marktformen</i>	146
1. Die beiden Hauptformen von Angebot und Nach- frage 146 – 2. Offene Formen des Angebots und der Nachfrage 149 – 3. Geschlossene Formen des Angebots und der Nachfrage 170 – 4. Das Ergebnis: Die Markt- formen 175	
<i>B. Hauptformen der Geldwirtschaft – Die Geldsysteme</i>	178
Einleitung: Naturaltauschwirtschaft 178 – Die beiden Hauptformen der Geldwirtschaft 180 – Die Geld- systeme 184	

<i>III. Die Aufgabe</i>	193
Die Doppelfunktion der Wirtschaftssysteme: Werkzeuge zur Erkenntnis konkreter Wirtschaftsordnungen und Grundlagen für die nationalökonomische Theorie 193 – Die Probleme der nationalökonomischen Theorie 194	

DRITTES KAPITEL

Analyse der Wirtschaftssysteme. – Die Daten

<i>I. Zur Analyse der total zentralgeleiteten Wirtschaft</i>	199
1. Die Grundlagen des Wirtschaftsplans: die Daten 200 – Erfahrungsregeln 209 – 2. Der faktische Hergang. Das Risiko 217	
<i>II. Ausblick auf die Analyse des verkehrswirtschaftlichen Wirtschaftssystems</i>	221
Aufstieg von der Analyse der Einzelwirtschaft zur Erkenntnis der Gesamtwirtschaft 221 – Der statische Zustand 231 – Seine mißbräuchliche Verwendung 233	
<i>III. Der Zusammenhang der Wirtschaftssysteme</i>	234
<i>IV. Die Daten</i>	243
Was sind Daten? 243 – Wie ist mit Daten zu arbeiten? 247 – Warum ist richtige Ziehung der Datengrenzen entscheidend wichtig? 251	

VIERTES KAPITEL

Die wirkliche Wirtschaft. – Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsablauf. – Anwendung

<i>Einleitung – Ein Überblick</i>	253
<i>I. Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen</i>	255
Gelingt in Anwendung der Idealtypen 255 – Beispiele 255 – Wissenschaftstheoretischer Charakter der Anwendung 262 – Wirtschaftshistorie und Nationalökonomie 264	
<i>II. Erkenntnis des Wirtschaftsablaufes – Anwendung der Theorie</i>	266
Das historistische Vorurteil 268 – Abstrakter Charakter der Theorie 269 – „Wahrheit“ und „Aktualität“ 269 – Beispiele 270 – Grenzen der Erkenntnis wirklicher Wirtschaft 275 – Die Überwindung der großen Antinomie 276	

III. Ein einfacher Fall 277

IV. Wirtschaftliche Entwicklung 279

Das Konjunkturproblem 279 – Es gibt keinen Normalzyklus der Konjunktur 283 – Erfassung jeder Konjunkturbewegung in ihrer Besonderheit 289 – Anwendung der Morphologie und Theorie: Beispiele 291 – Umdeutung der Konjunkturtheorien notwendig 298 – Nochmals: Zur modernen wirtschaftlichen Entwicklung 300

V. Wirtschaftliche Macht 305

Ohne Verstehen wirtschaftlicher Macht kein Verstehen wirtschaftlicher Wirklichkeit 303 – Über die Machtblindheit 303 – Erfassung des Phänomens wirtschaftlicher Macht durch Anwendung des morphologischen Systems 306 – und von theoretischen Sätzen 313 – Geschichtliche Beispiele 314

FÜNFTES KAPITEL

Der wirtschaftende Mensch 319

Das Problem: Verschiedenheit der Menschen und der Hergang der Wirtschaft 319 – Auseinandersetzung mit der herrschenden Meinung. „Bedarfsdeckungsprinzip“ und „Erwerbsprinzip“, eine historisch und grundsätzlich-logisch unbrauchbare Antithese 320 – Das Verhalten des Menschen in der wirtschaftlichen Wirklichkeit muß neu untersucht werden. Es ist konstant und wandelbar. Inwieweit? 327 – Untersuchung der konkreten Wirtschaft 343

SECHSTES KAPITEL

Abschluß 347

1. Nochmals über den Charakter beider Hauptprobleme 347 – 2. Über das richtige Stellen von Problemen 349 – 3. und 4. Die beiden Abstraktionsverfahren und die beiden Arten von Typen 352 – 5. Theorie als Werkzeug 354 – 6. Über die Definitionen 355 – 7. Ausgangspunkt: die Wirtschaftspläne 358 – 8. Notwendigkeit des „Systems“ 358 – 9. Meinungen, Ideologien und Wahrheit 360 – 10. Gegenwartsnähe der Nationalökonomie 361 – 11. Fachliche und universalgeschichtliche Lösung der Probleme 363 – Nochmals über Wirt-

schaftsordnungen sowie über Wirtschaftsstufen und
Wirtschaftsstile 364 – 13. Besonderheit der National-
ökonomie und ihre Verbindung mit anderen Wissen-
schaften 367 – 14. Betriebswirtschaftslehre und Na-
tionalökonomie 368 – 15. Über das wirtschaftspolitische
Grundproblem 371 – 16. Rechtsdenken, Wirtschaft
und Nationalökonomie 373 – 17. Die Hauptsache: Volle
Anschauung und reine Ratio 375

<i>Anmerkungen</i>	379
<i>Namensregister</i>	427
<i>Sachregister</i>	430

VORWORT ZUR ERSTEN AUFLAGE.

Dieses Buch ist kein methodologisches Buch. Die wirtschaftliche Wirklichkeit ist sein Gegenstand. Emporwuchern methodologischer Reflexionen ist ein Krankheitszeichen für jede Wissenschaft; aber durch Methodologie allein ist noch nie eine kranke Wissenschaft geheilt worden.

Die Lebenswichtigkeit der Fragen, die an die Nationalökonomie gerichtet werden, steht in entschiedenem Gegensatz zur inneren Unsicherheit, Lebensferne und Zersplitterung, die — trotz vieler großer Leistungen Einzelner — weithin in ihr herrschen. Deshalb ist es nötig, sich erneut auf die sachlichen Probleme zu besinnen, die sie zu lösen hat. In die wirtschaftliche Wirklichkeit einzudringen, um sie wissenschaftlich zu erfassen, ist die Aufgabe des Buches.

November 1939.

AUS DEM VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE.

Im Anschluß an die erste Auflage dieses Buches hat sich eine wissenschaftliche Diskussion entwickelt, in der die Hauptgedanken vielfach großes Verständnis gefunden haben und in der die Behandlung der aufgeworfenen Probleme von verschiedenen Seiten gefördert wurde. Aber ich gewann im Verlauf der Diskussion den Eindruck, daß einige wichtige Gedanken in der zweiten Auflage deutlicher herausgearbeitet werden sollten, als es in der ersten Auflage geschehen ist. . . .

Im Laufe des Gedankengangs stellt es sich heraus, daß eine Wendung der wissenschaftlichen Arbeit von den Lehransichten zu den Sachen, von den Büchern zur wirklichen Wirtschaft, vom Schreibtisch in die Betriebe und Haushaltungen notwendig ist. Was hiermit gemeint ist, wurde von den Meisten, aber nicht von allen richtig verstanden. Manche glaubten, darin Geringschätzung und Beiseiteschieben auch der großen Leistungen wissenschaftlich-nationalökonomischer Tradition zu sehen. Um welche Haltung es sich t a t -

s ä c h l i c h handelt, habe ich im Verlaufe einer wissenschaftlichen Aussprache in größerem Kreise einmal näher bezeichnet, und ich möchte diese Worte hier wiederholen. „Wir müssen die Bücher beiseitelegen und die Wirklichkeit sehen, wir müssen uns von den Autoritäten zu den Sachen wenden. Das heißt nicht, daß wir uns so hinstellen sollen wie die Steinzeitmenschen, die nichts von Wissenschaft wußten. Natürlich müssen wir die überkommene Wissenschaft kennen und sie verwenden. Und doch ist es nötig, sich erneut und entschieden der Realität zuzuwenden. Vielleicht darf ich Ihnen das, worum es sich handelt, an anderen Wissenschaften darstellen — auch auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden.

Galilei war ein Mann, der sowohl die antike wie die mittelalterliche Wissenschaft gut kannte. Vor allem bewunderte er Archimedes. Aber in voller Kenntnis solcher älterer Leistungen sagte er: Wir wollen einmal davon absehen, wir wollen einfach das Fallen des Steines untersuchen oder die Frage: warum gibt es Ebbe und Flut? Also ausgehen von alltäglichen Beobachtungen, einfachen Tatsachen; weg mit den Büchern. Das hieß nicht: Verachtung der früheren Wissenschaft, die er ja voll in sich aufgenommen hatte und die auch seine Fragestellungen beeinflusste. Es hieß vielmehr: Energische Wendung zu den Fakten, ihre neue Untersuchung von Grund aus, nicht Weiterspinnen bisheriger Gedanken. Wenn Sie den bewundernswerten Briefwechsel zwischen Kepler und Galilei lesen, so finden Sie dies als Hauptmotiv, das immer wiederkehrt: Führen wir die alte Wissenschaft weiter, etwa den Aristoteles, so bleiben wir stecken. Also zu den Tatsachen! — Ich bitte, mich nicht dahin mißzuverstehen, daß ich irgendeinen von uns mit einem so großen Manne wie Galilei vergleichen möchte. Das liegt mir ganz fern. Nicht auf die Person kommt es an, sondern es handelt sich allein um die Bezeichnung der Situation der Wissenschaft und der Aufgabe, die wir haben. Den Punkt wollen wir bestimmen, an dem wir uns befinden und die Art kennzeichnen, in der wir an die Dinge herangehen müssen.“

„Die Wissenschaft ist stets beides zugleich: sie ist revolutionär und traditionell. Revolutionär — insofern sie radikal fragt und fragen muß; traditionell — weil sie nicht Fragestellungen und Problemlösungen von Männern über Bord werfen darf, die sehr Gewichtiges zu sagen hatten. — In der jetzigen Lage der Wirtschaftswissenschaft und angesichts der Tatsache, daß sie vor der großen Antinomie gescheitert ist, müssen wir besonders radikal fragen, die Tatbestände neu analysieren und dürfen nicht einfach das Gegebene weiterführen. Das ist nicht Pietätlosigkeit. Es ist eine Forderung, die in der heutigen Lage der Wissenschaft erhoben werden muß. Ich habe sehr bedauert, daß die Haltung, die ich einzunehmen bemüht war, mißverstanden wurde. Sie ist mit der Haltung von Persönlichkeiten verwechselt worden, die weder die Tatsachen kennen noch die wissenschaftlichen Leistungen der Vergangenheit und die freischwebende Systeme von Worten konstruieren. Sie verfallen der alten, verhängnisvollen Begriffsspekulation und meinen noch dazu, radikale Neuerer zu sein. Hiervon müssen wir uns aufs entschiedenste distanzieren.“

Gerade in der Auseinandersetzung mit den konkreten Sachproblemen erfahren wir, welche älteren Problemstellungen, Verfahren und Problemlösungen wertvoll und unentbehrlich sind, welche uns fördern und welche als unbrauchbar und wertlos fallen gelassen werden müssen. Das Buch bringt hierfür viele Beispiele. So ist es nur scheinbar paradox, wenn wir sagen, daß wir schließlich um so näheren Kontakt mit dem wahrhaft Großen und Fruchtbaren der geistigen Tradition gewinnen und um so sicherer Entbehrliches und Schädliches ausmustern, je radikaler wir in die Tatsachen eindringen und auf einfache Weiterführung vorhandener Lehransichten zunächst verzichten. Indem wir so vorgehen — und es wird sich zeigen, daß wir so vorgehen müssen — wollen wir nicht eine neue Richtung oder eine neue Sekte begründen, sondern wir wollen der e i n e n Wissenschaft dienen.

September 1941.

AUS DEM VORWORT ZUR DRITTEN AUFLAGE

Über die Haltung zur nationalökonomischen Tradition habe ich im Vorwort zur zweiten Auflage einige Bemerkungen gemacht. Es besteht Veranlassung, zu dieser Frage nochmals einleitend das Wort zu nehmen.

Niemandem, der beginnt, sich mit nationalökonomischen Fragen zu beschäftigen, ist es leicht gemacht, sich in der Nationalökonomie zurechtzufinden. In großer Mannigfaltigkeit treten ihm verschiedene Lehren entgegen. Er liest etwa Smith und List und Sombart und Keynes und weitere Ältere und Neuere und stellt fest, daß sie sehr Verschiedenes sagen. Dazu stößt er überall auf Schriften von Interessenten und Dilettanten, die er zunächst nicht von wissenschaftlichen Leistungen unterscheiden kann. Er ist außerstande, das Bedeutende zu erkennen, er hält Unterschiede in der Formulierung für Gegensätze in der Sache und vermag nicht Wertvolles von Wertlosem zu trennen. Als Ergebnis der Lektüre haftet meist im Kopf ein angelerntes Nebeneinander verschiedener Lehrmeinungen, das mit der wirklichen Wirtschaft kaum in Verbindung steht. Auch der nationalökonomische Fachmann begnügt sich nicht selten mit einer eklektischen Sammlung von Lehransichten. Außerdem gibt es Schriftsteller, die alle oder fast alle früheren Leistungen ablehnen und glauben, allein den Stein der Weisen zu besitzen. — So oder so besteht kein sicheres Verhältnis zur Tradition, und die große, in der Vergangenheit geleistete Denkarbeit wird für die Lösung der Probleme wirtschaftlicher Wirklichkeit zu wenig oder gar nicht fruchtbar gemacht.

Wie kann hierin Wandel geschaffen werden? Wie kann — allgemein und nicht nur vereinzelt — zu den großen Leistungen ein lebendiges Verhältnis entstehen? — Nicht dadurch, so lautet die Antwort dieses Buches, daß wir die eine oder andere Richtung einfach weiterführen, nicht also durch Hinwendung zu einer Autorität oder zu mehreren Autoritäten, sondern durch entschiedene Wendung zur Sache, zur wirklichen Wirtschaft selbst. Das ist scheinbar eine wider-

sinnige Antwort. Wie? Sollen wir mit den Großen der Nationalökonomie dadurch in Verbindung treten, daß wir uns von ihnen abwenden? Kehren wir ihnen dann nicht den Rücken? Versperren wir uns so nicht den Weg, der zu ihnen führt? — Nein. Im Gegenteil. In der Arbeit am Objekt, an den Problemen der wirklichen Wirtschaft selbst fragt man die Denker der Vergangenheit, und in der gemeinsamen Anstrengung um die Lösung der Sachprobleme kommt man ihnen wirklich nahe. So versteht man die Probleme, die sie beschäftigten, die Methoden, die sie entwickelten, und die Tragweite ihrer Lösungen. Nun erkennt man ohne weiteres den Abstand, den echte wissenschaftlich-nationalökonomische Forschung vom pseudophilosophischen Gerede der Ideologen, von freischwebenden Methodologien und von den Ansichten der Interessenten trennt. So gelingt es auch, Unterschiede der Formulierung von Gegensätzen in der wissenschaftlichen Auffassung zu unterscheiden und wahrzunehmen, daß z. B. die moderne nationalökonomische Theorie sehr viel einheitlicher ist, als der Außenstehende oft vermutet. Angesichts der heutigen Lage der Nationalökonomie muß die Problemstellung so radikal sein, wie dies im Rahmen einer Fachwissenschaft nur möglich ist. Aber indem wir uns von der Tradition zur Sache wenden, wird gerade das unmittelbare und tiefere Verständnis zur echten geistigen Tradition eingeleitet werden: Denn die Sachanalyse führt zu einer Überwindung des überkommenen Nebeneinanders von historischer und theoretischer Nationalökonomie, und es vollzieht sich eine Zusammenleitung dieser beiden Ströme geistiger Arbeit, die dadurch ihre Wirksamkeit steigern.

Kürzlich ist meine Haltung zur Nationalökonomie mit der Haltung Spenglers verglichen worden. Wie Spengler von der bisherigen Nationalökonomie meinte, sie habe überall, wo ihre Wahrheiten mit den Tatsachen zusammengetroffen wären, versagt, so wolle auch ich die bisherigen nationalökonomischen Erkenntnisse beiseite schieben, weil sie der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht würden. Beide — Spengler und ich — lehnten die vorhandene National-

ökonomie im ganzen ab. — Welch' ein Mißverständnis, und dazu ein leicht vermeidbares Mißverständnis. Dieses Buch ist — ich wiederhole es — eine Einheit. Wer nur einzelne Seiten liest, kann nicht einmal diese Seiten verstehen, die in einen Gesamtzusammenhang hinein gehören. Wer den kritischen Teil herausgreift, der sich von den Lehransichten weg zu den Sachen hin wendet und wer die Teile nicht kennt, in denen die Sachanalyse erfolgt und wo sich in der Arbeit selbst der Kontakt mit Meistern der Nationalökonomie einstellt, versteht die Haltung, die hier zur geistigen Tradition und zur Kontinuität wissenschaftlicher Arbeit eingenommen wird, nicht. Auch hier gilt: *Je ne sais pas l'art d'être clair pour qui ne veut pas être attentif.* — Auf jeden Fall sollten sich diejenigen, die ohne Kenntnis der nationalökonomischen Denkarbeit und ihrer Größe rasch den Stab über alle Leistungen der Vergangenheit brechen, nicht auf mich berufen. Vielmehr hoffe ich, daß Allen, die das Buch richtig und ganz lesen und die ernsthaft bemüht sind, wissenschaftlich in die wirkliche Wirtschaft einzudringen, zugleich der Zugang zu den fruchtbaren und Respekt verlangenden Werken der Nationalökonomie erleichtert wird.

Dezember 1942.

VORWORT ZUR FÜNFTEN AUFLAGE

Die umwälzenden Ereignisse, die wir in jüngster Zeit erlebt haben, bewirkten keine Veränderung dieses Buches. — Eines seiner Ziele besteht darin, der wirtschaftlichen Wirklichkeit in ihrem Wechsel und in ihrer Mannigfaltigkeit gerecht zu werden, ohne selbst in den Strudel des Geschehens hineingerissen zu werden. Die Wissenschaft soll die wirkliche Wirtschaft von heute und von früher, hier und dort durchleuchten; aber sie selbst darf dem Moment nicht ausgeliefert sein.

Somit bringt die fünfte Auflage nur solche Änderungen und Erweiterungen, die sich aus der Weiterarbeit der Wissenschaft selbst ergeben, oder die geeignet erscheinen, gewisse Gedanken klarer und deutlicher darzustellen. — Diese Änderungen und Erweiterungen berühren keinen Hauptgedanken des Buches. Aber ich bitte, nunmehr diese Auflage als die maßgebende Fassung anzusehen.

April 1947.

WALTER EUCKEN.

ERSTER TEIL

DAS EINE
HAUPTPROBLEM

ERSTES KAPITEL

Die Entstehung des einen nationalökonomischen Hauptproblems aus der Erfahrung des Alltags

I. Tatsachen und Fragen

1. Der erste Anstoß

„Seit drei Jahrhunderten“, sagt Hippolyte Taine einmal, „verlieren wir mehr und mehr die volle unmittelbare Anschauung der Dinge; unter dem Zwange einer mannigfaltigen und langwierigen Stubenerziehung studieren wir statt der Gegenstände ihre Zeichen, statt des Terrains die Karte.“ In der Tat gerät jede Kultur und gerät jede Wissenschaft im Laufe ihrer Entwicklung in die Gefahr, die volle, unmittelbare Anschauung der Dinge zu verlieren. Dann ist es Zeit, Streitigkeiten um Worte beiseite zu schieben, inhaltsleere Begriffsschemen zu vergessen und wirklich das Terrain zu studieren. In dieser Lage befindet sich heute die Nationalökonomie. Volle, unmittelbare Anschauung der Tatsachen und unterschiedenes, einfaches Fragen ist nötig, um ein festes Fundament zu gewinnen.

Ich stehe vor dem Ofen, der mein Zimmer heizt. Ein durchaus gewöhnlicher Ofen. Und doch genügt sein Anblick, um die wichtigsten Fragen zu entzünden. — Vor fast dreihundert Jahren schilderte Descartes zu Beginn seiner bahnbrechenden „Betrachtungen über die Grundlagen der Philosophie“, wie ihn der totale Zweifel an der ganzen Welt erfaßte. Er spricht davon, daß er vor sich den Ofen sieht, daß er seinen Rock betrachtet und Papier mit seinen Händen

berührt. Ist das alles wirklich? so fragt er. Oder ist es ein Trugbild? Bin ich selbst? Was ist überhaupt wahr? — So radikaler Zweifel und so radikales Fragen ist Sache des Philosophen. Nicht aber Sache des Einzelwissenschaftlers, also auch nicht Sache des Nationalökonomen. Das Vorhandensein des Ofens, der vor uns steht, bezweifeln wir nicht, wie Descartes es tat. Auch nicht des Tisches, des Rockes und des Papiers. An die Alltagserfahrung knüpfen wir an und fragen nicht, wie sie überhaupt zustande kommt. Es wäre eine zwar häufig vorkommende, aber schädliche und unverzeihliche Vermischung von Problemstellungen und damit von Wissenschaften, wenn wir die Frage des Philosophen aufwerfen wollten.

Aber wenn die einzelne Erfahrungswissenschaft auch von der Alltagserfahrung ausgeht, so fragt sie doch viel radikaler als der naive Mensch, und keine einzige nimmt die Alltagserfahrung mit der gleichen, unbekümmerten Selbstverständlichkeit hin wie er. — Wie ist die Materie, aus welcher der Ofen gebaut ist, beschaffen? Schon diese eine Frage würde einen Schwarm von Fragen nach sich ziehen, die bis in die Atomphysik hineinführen. Warum hat der Ofen eine bestimmte Heizkraft? Eine solche Frage würde in die Wärmelehre und noch weiter leiten. — Wir fragen anders. Warum wurde der Ofen überhaupt hergestellt? Warum wurde er gerade in diesem Zimmer aufgestellt? Einfache Fragen — scheinbar. Weil es hier im Winter kalt ist. Richtig. Aber wir wissen aus der Alltagserfahrung, daß die verschiedenartigsten, gesonderten Leistungen ineinander griffen, um diesen einen Ofen zu schaffen. Vom Ofensetzer zurück bis zum Bergarbeiter im Kohlenbergwerk und in der Erzgrube und bis zum Metallarbeiter, welcher an der Bohrmaschine arbeitete. Die Zahl der Mitwirkenden ist fast unübersehbar. Das Erz wurde auf einem Schiff nach Deutschland gebracht; dann haben also auch, die Arbeiter, welche die Nieten in das Schiff einschlugen, mittelbar an der Produktion des Ofens mitgewirkt. Wie wurde dafür gesorgt, daß alle diese Leistungen ineinandergriffen und sich alle schließlich auf die Herstellung des Ofens ausrichteten? —

Und wenn nun mein Blick auf den Tisch oder das Papier oder auf das Fenster fällt, so drängen sich ganz ähnliche Fragen auf. Aus einem riesenhaften arbeitsteiligen Getriebe sind alle Gegenstände, die ich in dem Zimmer sehe, entstanden. Hier leuchtet ein großes Problem auf, das alle Menschen angeht. Wie erfolgt die Lenkung dieses gewaltigen arbeitsteiligen Gesamtzusammenhanges, von dem die Versorgung jedes Menschen mit Gütern, also jedes Menschen Existenz, abhängt? Dieses Ganze muß ich in seinen Zusammenhängen kennen, um auch nur die Produktion des einen Ofens und die Heizung meines Zimmers im Winter zu verstehen.

2. Näheres über das eine Hauptproblem - Seine fünf Seiten

Man kann diesem Problem nicht ausweichen. Es ist wichtig. Und wenn es vor dem 18. Jahrhundert noch nicht vollständig gesehen wurde, so wird dadurch seine Wichtigkeit nicht berührt. — Wie stellt es sich im einzelnen dar? Heute habe ich Brot, Fleisch und Gemüse in bestimmten Mengen gegessen, habe den Ofen geheizt und habe einige Stunden elektrisches Licht in meinem Zimmer gebrannt. Einen Teil meiner heutigen Bedürfnisse habe ich damit befriedigt. Auf die Befriedigung von anderen Bedürfnissen mußte ich verzichten, weil mir die Mittel dazu fehlten. Genau so ging es den anderen Menschen. Warum wurde dieses große Ganze der gesellschaftlichen Produktion so gelenkt, daß die Menschen heute einen bestimmten Teil ihrer Bedürfnisse nach Brot, Fleisch oder anderen Konsumgütern befriedigten, einen anderen Teil nicht? Oder: Die gleiche Frage von der anderen Seite gesehen: Warum wird dieses Feld mit Weizen, jenes mit Tabak und ein drittes mit Zuckerrüben bebaut? Warum die Verteilung der Flur, die wir mit dem Flugzeug überfliegen, auf bestimmte Pflanzen? Und zwar werden Böden gleicher Qualität mit verschiedenen Früchten bebaut. Warum? Das Bild der Flur erweckt den

Eindruck, daß der Boden nicht willkürlich auf die verschiedenen Verwendungen verteilt ist. Wovon hängen die Entscheidungen über die Verwendungsrichtung der Böden ab? Offenbar ist es eine wichtige Frage; denn von der Verwendungsrichtung ist wieder die Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Tabak, Zucker und anderen Konsumgütern abhängig. Und wie werden die Arbeitskräfte in die einzelnen Verwendungen hineingelenkt? Warum wird das Eisen, an dem heute der Hüttenarbeiter A. arbeitet, später zu einem gewissen Teil zum Schiffsbau, zu einem anderen Teil zum Brückenbau, zu einem dritten Teil in der Kleiseisenindustrie verwandt? Kurz: Warum und wie werden die vorhandenen Böden, die Arbeitskräfte und die vorhandenen halbfertigen und fertigen Produkte in bestimmte Verwendungsrichtungen gelenkt? Das ist die erste Frage.

Zweitens: Der Meister B., der in einer Werkzeugmaschinenfabrik tätig ist, erhält im Monat ein Gehalt von 400 Mark. Für seine Leistung, für seine Mitwirkung an der Herstellung vieler anderer Güter, bei deren Erzeugung diese Werkzeugmaschinen benutzt werden — zahlt ihm die Firma einen Geldbetrag von 400 Mark, und diese Summe benutzt er, um eine gewisse Menge von Konsumgütern zu kaufen. Warum erhält der Mann und seine Familie einen bestimmten Teil des Stromes an Konsumgütern, der in diesem Jahre in Deutschland erzeugt wird? Warum nicht mehr und nicht weniger? Für viele Millionen ist die gleiche Frage zu stellen. Dabei sind die Anteile der einzelnen Menschen durchaus verschieden. Mancher erhält nur ein Viertel oder die Hälfte des Gehalts von B., andere mehr oder sehr viel mehr. C. hat ein Sparkassenguthaben und erhält daraus 40 Mark Zinsen für den Monat. Warum? Wie erklärt es sich, daß sich der riesige Konsumgüterstrom eines Jahres in bestimmte Kanäle verteilt und schließlich in den einzelnen Haushaltungen in verschiedener Stärke und Zusammensetzung verschwindet?

Man stößt auf diese zweite Frage — auf die Frage nach der Verteilung also — auch von einer ganz anderen Seite her.

Ungezählte Menschen haben an der Herstellung des Ofens, von dem wir sprachen, mitgewirkt. Sicher taten sie es nicht umsonst. Der Einzelhändler erhielt für ihn 80 Mark. Bestand ein Zusammenhang zwischen diesen 80 Mark und dem Einkommen der vielen Mitwirkenden? Wenn ja, welcher? Welchen Anteil erhielt der Einzelne, angefangen vom Ofenhändler und von den Arbeitern in der Ofenfabrik? Auch hier eröffnet sich eine weite Perspektive bis hin zum Einkommen der Bergwerksbesitzer und Hochofenarbeiter und noch weiter.

Drittens: Die Produktion des Ofens erforderte Zeit, und viele Jahre verstreichen, während deren der fertige Ofen seine Nutzleistungen — die Heizung des Raumes — liefert. Und wenn auch die 80 Mark, die ich für ihn zahlte, mit dem Lohn der Bergarbeiter und Transportarbeiter und dem Einkommen aller übrigen Hersteller irgendwie zusammenhängen, so erhielten die meisten von ihnen ihr Einkommen schon lange, bevor ich den Ofen kaufte und ihn nun allmählich abnutze. Sehr viele Arbeiter, die unmittelbar und mittelbar an dem Ofen mitarbeiteten, verwandten ihr Einkommen zum Kauf von Brot, Fleisch und vielen anderen Konsumgütern schon längst, bevor der Ofen fertig wurde und in Benutzung gelangte; längst also, bevor er selbst dem Konsum diente. Wie wurde dafür gesorgt, daß die Konsumgüter für den Gebrauch der vielen Mitwirkenden Monate und Jahre früher zur Verfügung standen, als deren eigene Leistung ein menschliches Bedürfnis befriedigte? — Genau die gleiche Frage müssen wir gegenüber dem Einkommen des Meisters B. stellen. Vielleicht werden viele Jahre verstreichen, bis unter Mithilfe der Werkzeugmaschinen, an deren Herstellung er mitwirkte, Konsumgüter — zum Beispiel Schuhe, Kleider, Holzwaren — fertig werden. Wie kam es, daß vor Monaten und Jahren die Produktion von Kleidern, Schuhen, Brot eingeleitet wurde, die B. in dieser Woche braucht, und wie wird heute die Produktion so in Gang gesetzt, daß für die Zukunft in der Konsumgüterversorgung keine Unterbrechungen eintreten?

Wo wir auch hinsehen: Überall und stets drängt sich die Frage nach dem zeitlichen Aufbau der Produktion auf. Der Bauer A. in R. gewinnt heute 60 Liter Milch von seinen Kühen. Soweit er sie als Trinkmilch verkauft, dient sie der Milchversorgung von heute und morgen. Wird sie aber ganz oder teilweise an Kälber verfüttert, so dient sie der Milchversorgung der weiteren Zukunft. Das eine Mal wird die Produktion auf Befriedigung naheliegender Bedürfnisse, das andere Mal auf zeitlich fernerliegende, in weiterer Zukunft zu erwartende Bedürfnisse gerichtet. Wie erfolgt diese zeitliche Steuerung der Produktion? — Eine Tonne Schmiedeeisen, die heute fertig wird, kann zur Herstellung von Schuhmaschinen verbraucht werden. Die Schuhe sind Konsumgüter, und wenn eine Schuhmaschine in 15 Jahren verbraucht ist, sind alle Leistungen, die in dem Schmiedeeisen steckten, konsumreif oder annähernd konsumreif geworden. Oder aber das Schmiedeeisen findet beim Bau eines Hochofens Verwendung. Dann dauert es sehr viel länger, unter Umständen viele Jahrzehnte, bis die Leistungen konsumreif werden können.

Man könnte auch sagen: Die Bedürfnisse in Gegenwart, in naher und ferner Zukunft kämpfen um Befriedigung. Wie wird der Kampf entschieden? — Alle Fragen, die mit Investieren und Sparen zusammenhängen, gehören hierher.

Mit der dritten berührt sich eine weitere, in unserer Reihenfolge die vierte Frage: Welche Schuhmaschinen die Schuhfabrik benutzt, welches Betriebssystem der Bauer im Landbau anwendet, welche Produktionsmethoden bei der Herstellung des Ofens gebraucht werden — alles das liegt nicht fest. Sehr viele technische Möglichkeiten bestehen gerade in neuerer Zeit, und aus der Zahl dieser Möglichkeiten muß der Industrielle, der Handwerker, Landwirt, Spediteur, Verkehrsunternehmer und auch jede Haushaltung auswählen. Fortwährend treffen wir Entscheidungen über die anzuwendende Technik: Mag es sich auch nur darum handeln, ob man zu Fuß gehen oder das Fahrrad oder das Motorrad oder den Kraftwagen benutzen soll. — Diese Frage, welches

Verfahren aus den vielen technisch möglichen Verfahren jeweils auszuwählen und anzuwenden ist, ist eine wirtschaftliche Frage. Warum wird sie in bestimmter Weise gelöst? Daß die Entscheidung oft von größter Tragweite ist und das Schicksal vieler Menschen bestimmt, lehrt ein Blick in die Geschichte. Wie umwälzend war vielerorts die soziale Umstellung, die allein durch die Einführung des mechanischen Webstuhls bewirkt wurde.

Fünftens endlich: Wo wurde der Ofen gebaut? Wo wurde das Eisen gewonnen? Woher das Erz bezogen? Warum kaufte ihn der Händler in einer Fabrik am Niederrhein, warum ist dort die Ofenfabrik entstanden, warum wurde das Eisen in Essen produziert, und warum das Erz in Schweden gekauft? Warum sind die Produktionsstätten von Kohle und Zement und Weizen und Bier in bestimmter Weise in einer Landschaft oder in ganz Deutschland, die Einzelhandelsgeschäfte, die Gasthäuser und die Handwerksbetriebe in Berlin in bestimmter Weise räumlich verteilt? — Würde man die Erdkugel aus der Vogelperspektive betrachten, so würde man bemerken, daß große und kleine Güterströme verschiedener Zusammensetzung Tag für Tag auf dem Lande und zur See bestimmten Punkten zustreben. Von Land zu Land — etwa zwischen Deutschland und Schweden — gehen alltäglich Güter hin und her. Aber ebenso — und das sei nicht übersehen — findet fortwährend ein Austausch zwischen den einzelnen Landesteilen, zwischen Stadt und Land, zwischen den Dörfern und innerhalb der Städte statt. Jede Fabrik bezieht Rohstoffe und Halbfabrikate von bestimmten Punkten und liefert ihre Produkte nach bestimmten Punkten. Die Produktion aller Güter vollzieht sich in gewisser räumlicher Anordnung, und von den Produktionsstätten bewegen sich zahlreiche große und kleine Ströme und Gegenströme von Gütern von Ort zu Ort. Wie erfolgt diese räumliche Lenkung der Produktion?

Diese fünf Fragen, die aus der Anschauung unserer nächsten Umgebung herauswachsen, besitzen keine Selbständigkeit. Sie bringen verschiedene Seiten ein und desselben Problems zum Ausdruck. Es ist die gleiche Sache, die von fünf verschiedenen Punkten aus gesehen wird. Das erkennt man schon in jeder Einzelwirtschaft. Indem der Bauer im November einen bestimmten Teil seiner Weizenernte verkauft und einen anderen wieder aussät, entscheidet er nicht bloß darüber, wie er den Boden verwendet, sondern zugleich auch über den zeitlichen Aufbau dieser Produktion. Und indem er aussät, trifft er eine bestimmte Standortwahl und wendet eine bestimmte Technik an. Aus dem allen ergibt sich dann für ihn ein gewisses Einkommen. — In jeder Fabrik vollzieht sich nicht nur Jahr für Jahr die Produktion gewisser Güter in gewissen Mengen, sondern auch der Bezug von Einkommen seitens aller Mitwirkenden. Die Fabrik steht an einem bestimmten Platz und sendet Güter nach bestimmten Punkten, sie wendet eine bestimmte Technik an und dirigiert zum Beispiel durch ihre Verkäufe Güterströme auch zeitlich in eine bestimmte Richtung. Alles dies hängt untrennbar zusammen.

So ist auch der gesellschaftliche Gesamtprozeß der Wirtschaft, von dem jeder Betrieb und jede Haushaltung nur ein Glied ist, ein einheitlicher: Lenkung der Produktion zur Befriedigung verschiedener Bedürfnisarten, zeitlicher Aufbau der Produktion, Verteilungshergang, Anwendung bestimmter Techniken und räumliche Anordnung der Wirtschaft vollziehen sich in eins. Alles geschieht, um die vorhandene Knappheit von Gütern zu überwinden. So fragen wir nach den Zusammenhängen dieses Ganzen, um dadurch auch den wirtschaftlichen Alltag im Einzelnen zu verstehen.

3. Eine Ergänzung

Der Werkmeister, der 1929 noch 400 Mark im Monat verdiente, erhielt 1930 nach Einführung von Kurzarbeit in seiner Fabrik nur 300 Mark. Gleichzeitig gingen die Preise wichtiger Konsumgüter zurück, so daß er noch etwas mehr

als drei Viertel des Vorjahres kaufen konnte. — Ein westfälisches Walzwerk schränkte 1930 seine Mittelblecherzeugung gegenüber 1929 ein, produzierte aber fast ebensoviel Feibleche wie im Vorjahr. Die Baufirmen C., D., F. in Berlin hatten 1930 an Auftragsmangel zu leiden und entließen zahlreiche Arbeiter, die nun von Arbeitslosenunterstützungen lebten und vereinzelt auch eigene Gartengrundstücke intensiver bebauten. Bei der chemischen Fabrik H. in Leipzig ging der Export nach westeuropäischen Ländern bei weichender Nachfrage zurück, und ebenso verringerte sich der Umsatz von Hamburger und Bremer Importhäusern. Andere Firmen, z. B. die Nähseidenfabrik G., hielten ihren Umsatz im Jahre 1930 aufrecht, und ihr Beschäftigungsgrad änderte sich nicht.

Wir pflegen diese Verschiebungen Konjunkturschwankungen zu nennen. — In neuerer Zeit hat man sich mit Erfolg bemüht, sie für ein Land oder für Landesteile oder für die Welt statistisch zu erfassen. Solche statistische Aufstellungen sind zweifellos nützlich. Aber besonders wichtig ist es, sich anschaulich die ursprünglichen Tatbestände vorzustellen, wie sie sich heute in den Fabriken, Handwerksbetrieben, Handelsfirmen, Bauernhöfen und Haushaltungen abspielen. Konjunkturveränderungen sind Verschiebungen des konkreten wirtschaftlichen Alltags. Indem wir also nach den Zusammenhängen des großen wirtschaftlichen Ganzen fragen, wollen wir auch die Ursachen seiner Verschiebungen kennenlernen.

Vielleicht kann schon jetzt die Lebenswichtigkeit des ganzen Problems wenigstens geahnt werden. Denn gerade Veränderungen seiner Existenz sind es, die beim Menschen das Verständnis für wissenschaftliche Probleme wecken. — Den normalen Ablauf der Körperfunktionen nehmen die meisten Menschen als etwas Selbstverständliches hin; eine Krankheit veranlaßt sie manchmal, physiologische oder biologische Fragen aufzuwerfen oder doch wenigstens die Bedeutung solcher Fragen zu empfinden. In ruhigen Zeiten werden nur von Wenigen Fragen an die Geschichte gerichtet; in re-

volutionären Epochen indessen wollen manche Menschen von den gestaltenden Mächten der Geschichte, ihren Dämonien und ihren Lehren wissen. — So sind es auch gerade bewegte Zeiten mit wechselndem wirtschaftlichen Alltag, welche die Frage nach seinen Zusammenhängen in den Vordergrund rücken. Der Arbeiter in der Maschinenfabrik kümmert sich wenig darum, wie es ermöglicht wird, daß er heute und morgen Konsumgüter verbraucht, während die Leistung dieser Tage erst nach vielen Jahren zur Konsumreife gelangt. Wenn er aber arbeitslos wird, weil seine Fabrik wegen Absatzmangels schließt, so beginnt er vielleicht über die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge nachzudenken, welche die Schließung erzwangen. Vielleicht ist sie durch Störungen im Investitionshergang bewirkt, und nun zeigt sich, daß diese scheinbar akademische Frage nach dem zeitlichen Aufbau eine praktisch überaus wichtige Frage ist. — Die aufgeworfene Frage nach der Technik, die bei Herstellung des Ofens zur Anwendung gelangte, mag zunächst nicht so wichtig erscheinen. Wie aber, wenn dabei ein neues Verfahren gebraucht wurde, das die Produktion zwar stark vergrößerte, aber zahlreiche Arbeiter freisetzte und ältere Betriebe zum Untergang verurteilte? Dann will man wissen, wie die Anwendung der neuen Technik gesamtwirtschaftlich wirkte. — Wirtschaftliche Notstände sind es, welche die weitverbreitete Stumpfheit gegenüber dem aufgeworfenen Problem zum Schwinden bringen.

4. Kritik und Antikritik

1. In der Alltagserfahrung entsteht also das eine große Problem der Nationalökonomie.

Indessen: Erfahrung, auch Alltagserfahrung ohne Begriffe ist unmöglich. Wir verwandten daher auch Begriffe wie Wirtschaft, Produktion, Einkommen, Lohn, Verteilung, Arbeit, Leistung und andere. Das taten wir, ohne die Begriffe zu klären und zu definieren. Liegt hierin nicht ein Fehler? Müssen die Begriffe nicht zuerst definiert werden? Wenn auch in der Nationalökonomie diese Forderung nur selten grundsätzlich formuliert wird, so handeln doch viele Natio-

nalökonomen nach ihr. Was ist „Wirtschaft“? Was heißt „Volkswirtschaft“? Was ist „Leistung“? Das sind die Fragestellungen, die oft an den Anfang geschoben werden. Offensichtlich sind es also ganz andere Fragen als diejenigen, die wir stellen. Fragen nach den Begriffen, nicht nach Sachzusammenhängen werden an die Spitze gerückt.

Aber mit solchen Fragestellungen wird von vornherein die wissenschaftliche Arbeit fehlgeleitet. Fragen nach Definitionen und Definitionen selbst müssen vom Anfang der Nationalökonomie ebenso verschwinden, wie sie vom Anfang der meisten anderen Wissenschaften bereits verschwunden sind. Die Wissenschaft ist gar nicht imstande, zu Anfang ihrer Arbeit wissenschaftliche Definitionen zu geben. Will man etwa vor Untersuchung der Tatsachen den Begriff der „Wirtschaft“ bestimmen, so fehlt jedes Fundament. Es bleibt nur übrig, sich bei solchen Definitionen auf den Wortgebrauch des Volkes zu stützen, und damit ist einer schillernen, unsicheren und subjektiven Wortauslegung Tür und Tor geöffnet. Kein Wunder, daß die einzelnen Gelehrten je nach Neigung sehr verschiedene Grundbegriffs-Definitionen zu Markte bringen, daß z. B. ein ebenso heftiger wie nutzloser Streit darüber entsteht, was „Wirtschaft“ sei, und daß dieser Streit die Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit in keiner Weise fördert.

Weil die Alltagsbegriffe zunächst noch nicht wissenschaftlich definiert werden können, muß die Nationalökonomie vorläufig die Begriffe so benutzen, wie sie im Leben verwandt werden — ohne Definition. So kommt sie sofort zur Analyse der Sache. Die Untersuchung des Gegenstandes führt zu Ergebnissen, und die Ergebnisse werden in Definitionen kurz zum Ausdruck gebracht, die dann wiederum Werkzeuge weiterer Untersuchung sind. Sind auch die zunächst verwandten Begriffe, die aus der Alltagserfahrung entnommen sind — etwa der Wirtschaft, der Volkswirtschaft, der Produktion, des Lohnes — unvollkommen und unbestimmt, so müssen sie vorläufig genügen. Sie sind Krücken, die später weggeworfen werden können. Wissenschaftlich zu definieren sind wir erst befähigt, wenn wir in

das Sachproblem eingedrungen sind. Dann, erst dann läßt sich auch entscheiden, welche Begriffe überhaupt brauchbar sind, und welche neue, rein wissenschaftliche Begriffe gebildet werden müssen. Die Meinung also, die Wissenschaft müsse mit Definitionen beginnen, weil sie von Anfang an mit Begriffen arbeitet, ist unhaltbar und schädlich. (Hier — am Beginn — kann ich nur diese Warnungstafel aufstellen. Aus dem weiteren Verlauf unseres Gedankengangs wird hervorgehen, wie verhängnisvoll es ist, sie nicht zu beachten.) So wenig die Frage nach Definitionen, so wenig darf die Frage nach dem Wesen der Wirtschaft oder des „Kapitalismus“ oder der „Krise des Kapitalismus“ am Anfang stehen. Damit gerät die Wissenschaft in Tiefsinn und Spekulation hinein und verliert ebenfalls die wirkliche Wirtschaft aus dem Auge. — Ein Abweg ist es schließlich auch, ohne eigene Problemstellung von früher geäußerten Lehrmeinungen auszugehen und sie in der Hoffnung darzustellen, durch einige Hinzufügungen zustimmender oder kritischer Art weiterzukommen. Lebendig wird eine Wissenschaft und werden auch frühere Leistungen nur durch unmittelbare, aus der Anschauung konkreter Wirklichkeit entspringende Fragestellungen¹.

2. Aber selbst dann, wenn dieses erste Hauptproblem gesehen und in seiner Größe erkannt wird, fehlt es in vielen Fällen an seiner Formulierung.

Nicht selten wird es in seiner Einheit verkannt. So vor allem dann, wenn man in der früher üblichen Weise eine Dreiteilung oder Vierteilung durchführt und getrennte Fragen nach der Produktion, Distribution und Konsumtion oder auch — an zweiter Stelle — nach der Zirkulation aufwirft und in besonderen Lehren zu beantworten sucht. Die Spaltung führt sehr leicht zur Unterscheidung von gesonderten „Sphären“ der Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion, und man weist dann auch jede wirtschaftliche Einzelfrage einer solchen besonderen Sphäre zu. Viele Jahrzehnte lang hatte sich diese Spaltung vor allem unter dem Einfluß von J. B. Say, der sie nachdrücklich vertrat, durch-

gesetzt, so daß sie lange die Lehrbuchliteratur beherrschte. Aber sie wird der wirtschaftlichen Wirklichkeit in keiner Weise gerecht und muß deshalb verschwinden. Denn durch sie gerade kommt es zur Verkennung der Einheit des wirtschaftlichen Geschehens. Wie groß die Einheit ist, tritt an jeder Stelle der Wirtschaft zutage. Etwa in der Haushaltung des Arbeiters, der als Mitwirkender an der „Produktion“ seinen Lohn bezieht, also an der „Distribution“ teilnimmt und dabei Geld empfängt, das als „Zirkulations“-Erscheinung angesehen wird und dann wiederum von dem Arbeiter in der „Konsumtion“ zur Verwendung gelangt. Oder in der Weberei, die bei Aufnahme und Führung der „Produktion“ von Bankkrediten — also von der „Zirkulation“ — abhängt, in der sich im Laufe der „Produktion“ die „Distribution“ auf Arbeiter, Angestellte und Betriebsleiter vollzieht, und die, indem sie Gewebe produziert, nicht nur Garne reproduktiv konsumiert, sondern die sich bei Einrichtung ihres Produktionsprogramms sehr genau nach der zu erwartenden „Konsumtion“ richten muß. Jede Verschiebung in der Kreditversorgung, also in der Zirkulation, äußert sich zugleich in der Produktion, Distribution, Konsumtion und umgekehrt. Da gibt es keine selbständigen Sphären, und es sollte deshalb auch keine getrennten Lehren geben, sondern nur ein Ganzes, ein Problem und eine Lehre².

In anderer Weise mißlingt die vollständige Fassung des Problems, wenn zwar seine Einheit erkannt wird, wenn aber einzelne Seiten übersehen oder unterschätzt werden. Auch hieran hat die nationalökonomische Wissenschaft nicht selten gekrankt. — Ricardo bezeichnete es bekanntlich als die Aufgabe der politischen Ökonomie, „die Gesetze zu bestimmen, welche die Verteilung regeln.“ Allerdings darf man auf diesen Satz Ricardos nicht — wie üblich — großes Gewicht legen. Denn Ricardo selbst bot mehr. Er hat sich mit der Frage der Produktionslenkung eingehend beschäftigt, indem er zu zeigen suchte, wie sie durch das Oscillieren der Marktpreise um die Produktionskosten erfolgt. Auch die

Frage der angewandten Technik — unsere vierte Frage — fand durch ihn in der Erörterung des sog. Maschinenproblems eine bekannte, wenn auch begrenzte Behandlung und ebenso die räumliche Ordnung der Wirtschaft in dem Kapitel über den internationalen Handel. Aber die beiden letzten wichtigen Fragen und ihre Untersuchung stehen bei Ricardo für sich, und sie sind nicht als Teile des Gesamtproblems aufgefaßt. Vor allem aber fehlte es an Aufwerfung der Frage nach dem zeitlichen Aufbau der Produktion, die nur nebenbei berührt wurde. Und diese Unterlassung rächte sich im Ricardoschen System selbst. Nachträglich mußte Ricardo zugestehen, daß in der Lenkung des Wirtschaftsprozesses das Zeitmoment einen bedeutenden Einfluß besitzt, der aber in seiner Lehre nicht genügend zum Ausdruck kam.

In der modernen Theorie mangelt es oft noch stärker an der Vollständigkeit der Problemstellung, die notwendig ist. Die modernen Theoretiker sehen den Wirtschaftsprozess oft nicht in seiner räumlichen Verteilung, und auch die Frage der angewandten Technik wird allzusehr als Sonderfrage angesehen. Vor allem aber wird wiederum unsere dritte Frage, also die Frage nach dem zeitlichen Aufbau der Produktion, von vielen Nationalökonomien minimalisiert oder gar nicht gestellt. Einflußreiche Denker — wie Walras und Pareto — hielten es für richtig, das Moment der Zeit weitgehend auszuscheiden. Sie gehen in ihren Systemen von der Fiktion aus, daß die Arbeitskräfte und die Verkäufer von Rohmaterialien gleichzeitig die mit Hilfe ihrer Leistungen hergestellten Konsumgüter verbrauchen. Offensichtlich ist diese Annahme völlig wirklichkeitsfremd und schließt die Fragen nach Investition und Sparen aus. — Von dem theoretischen System Walras' hat ein geistreicher Mann gesagt, es gleiche einem Palast, der mit der Wohnungsfrage nichts zu tun habe. Richtig. Aber warum richtig? Hauptsächlich deshalb, weil dem Konstrukteur nicht gegenwärtig war, daß alle wirtschaftlichen Pläne und Handlungen stets auch in ihrer zeitlichen Folge gesehen werden müssen und daß der wirtschaftliche Alltag ohne die Erfassung seines zeitlichen Auf-

baus nicht verstanden werden kann. Nicht als ob dieser Zeitaspekt nachträglich und für sich zur Geltung gebracht werden dürfte; das Hauptproblem als Ganzes kann ohne ihn nicht bewältigt werden. Die meisten Arbeiter erhalten z. B. — wie gezeigt — als Lohn nicht Produkte, die gleichzeitig mit ihrer Leistung hergestellt werden, sondern Produkte, deren Erzeugung viel früher eingeleitet war. Die Höhe ihres Lohneinkommens wird also wesentlich durch diese Tatsache bestimmt. Deshalb ist auch die Erklärung der Lohnbildung und die ganze Verteilungslehre sowie die Untersuchung jeder anderen Frage unzureichend, wenn nicht von vornherein die zeitliche Staffelung des wirtschaftlichen Hergangs beachtet wird. Unterschätzung oder völlige Vernachlässigung des Zeitmoments haben wesentlich dazu beigetragen, erhebliche Teile der modernen theoretischen Forschung von der wirklichen Wirtschaft zu entfernen. Auf die Sache, nicht auf das Wort gerichtet, einheitlich und vollständig muß die Problemstellung sein, wenn sie der konkreten Wirtschaft gerecht werden soll³.

II. Alltagserfahrung

Aus dem wirtschaftlichen Alltag wächst nicht allein das eine große Hauptproblem der Nationalökonomie hervor. Im gleichen wirtschaftlichen Alltag findet sich auch ein unübersehbares Gewirr von Meinungen und Ideologien, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen. Der wirtschaftliche Alltag, in welchem jeder Mensch steht, bietet also zweierlei: Den Anstoß zu einer bedeutenden Frage, die dringend Antwort fordert, und ein ganz großes Hindernis, das eine wirklich brauchbare Antwort erschwert oder verbaut.

1. Da jeder Mensch im wirtschaftlichen Leben steht, bildet sich auch jeder Mensch eine Meinung über solche wirtschaftliche Fragen, die ihn unmittelbar berühren: Der Bäcker über Brot- und Mehlpreise, über seine Innung und die Löhne seiner Gesellen; der Industrielle über die Tarifpolitik

der Eisenbahn, über Zölle, über die Preise und Geschäftsbedingungen der Kartelle, von denen er Ware kauft; der Arbeiter über die Miete und die anderen Preise, die er zahlt, und den Lohn, den er bekommt. Nicht, als ob ein jeder selbständig über die Fragen der Preisbildung oder der Lohnbildung nachdächte. Meist spricht er nur Ansichten seiner Umgebung nach. „Wenige Menschen denken, aber alle wollen Meinungen haben“ (Berkeley).

Solche Meinungen bezieht der Einzelne keineswegs nur auf seine unmittelbare Umwelt. Er greift weiter und urteilt auch über größere Zusammenhänge und gesamtwirtschaftliche Tatsachen — eben von seiner persönlichen Interessenslage aus. Der Industrielle, dessen Rohstoffe durch ein Kartell im Preise erhöht werden, der aber selbst für seine Produkte nicht kartelliert ist, beurteilt die Kartellbildung ganz allgemein ungünstig; umgekehrt der Industrielle, der Kartellen zugehört. Der Beamte, der an einer allgemeinen Gehaltserhöhung teilnimmt, ist kaum imstande, über die Wirkungen einer solchen Steigerung der Staatsausgaben anders als günstig zu urteilen. Und der Handwerker, der unter dem Wettbewerb mechanisierter Großbetriebe zu erliegen droht, hält die Einführung neuer Maschinen für volkswirtschaftlich verderblich und ist bereit, jeden Gedankengang, der ihm dies zu beweisen scheint, als richtig anzunehmen. Nicht als ob der Einzelne seine eigene Interessenslage immer zutreffend beurteilte. Das ist sehr oft nicht der Fall. Zum Beispiel haben sich die meisten Einzelhändler anfangs über das Vordringen der Markenartikel mit Preisbindung der zweiten Hand gefreut, weil sie glaubten, dadurch gesichert zu werden. Erst später haben viele von ihnen eingesehen, daß durch den preisgebundenen Markenartikel der Stand der selbständigen Einzelhändler unterhöhlt wird. Ebenso haben viele deutsche Unternehmer 1922 und 1923 eine freigebige Kreditgewährung der Reichsbank gefordert, gutgeheißen und gestützt und nicht beachtet, daß die Inflation auch für sie eine schwere Schädigung bedeutete. Aber wie dem auch sei: Die Meinung jedes wirtschaftlich Handelnden über wirtschaftliche Zusammenhänge bildet sich aus der

wirklichen oder angenommenen Interessenlage heraus. „Eine geheime Macht“, sagt Schopenhauer einmal, „übt unser Vorteil, welcher Art er auch sei, auf unser Urteil aus; was ihm gemäß ist, erscheint uns alsbald billig, gerecht, vernünftig; was ihm zuwider läuft, stellt sich uns im vollen Ernst als ungerecht und abscheulich, oder zweckwidrig und absurd dar“. „So wird denn täglich unser Intellekt durch die Gaukeleien der Neigung betört und bestochen.“ — Für ihre eigene wirtschaftliche Umwelt sind viele Menschen wirkliche Sachkenner. Aber sie sind außerstande die großen Zusammenhänge, in denen sie stehen, ruhig zu beurteilen. Jeder, auch der Leiter eines großen heutigen Konzerns, sieht die Dinge von seiner eigenen Interessenlage her und übersieht im übrigen nur einen kleinen Teil des riesigen Gesamtzusammenhanges der gesellschaftlichen Wirtschaft.

2. Neben den zersplitterten Meinungen der Einzelnen werden im wirtschaftlichen Alltag und in der Wirtschaftspolitik die Ideologien geschlossener Gruppen wirksam. Sie entstehen überall da, wo sich wirtschaftliche Machtkörper bilden, und sind — weit mehr als die vielfältigen Meinungen der Einzelnen — planmäßig geschaffene Waffen im wirtschaftlichen Kampf.

Nicht alle solche Ideologien tragen rein wirtschaftlichen Charakter. Oft werden religiöse oder philosophische oder politische Ideen als wirtschaftliche Interessenten-Ideologien benutzt. Die religiös-philosophische Idee des Weltbürgertums wurde von Freihandelsinteressenten verwertet, die nationale Idee von Schutzzollinteressenten, und die altgermanische Genossenschaftsidee wurde als moderne Kartellideologie verwandt. Man wird kaum eine religiöse oder politische Idee in der Geschichte finden, die nicht von wirtschaftlichen Interessenten als Ideologie benutzt wurde. Nicht etwa nur im Zeitalter des sog. „Kapitalismus“, sondern überall und zu allen Zeiten. — Bei den Kämpfen zwischen Fernhändlern und Handwerkern in den mittelalterlichen Städten während des 13., 14. und 15. Jahrhunderts wurden von beiden Seiten ebenso Interessentenideologien im An-

schluß an die herrschenden religiösen und politischen Ideen der Zeit geschaffen wie in den wirtschaftlichen Kämpfen des 20. Jahrhunderts. Entweder sollen diese Ideologien die wahren Motive der Interessentenforderungen verschleiern oder sie sollen ihnen größere Stoßkraft verleihen. — In der Mitte des 18. Jahrhunderts war in England die Auffassung weit verbreitet, daß hohe Lebensmittelpreise und niedrige Löhne wirtschaftlich wünschenswert seien. Ein Nationalökonom — Foster — wandte sich in einem Buch gegen diese Ansicht und bemerkte dazu: Es „ist eine Lehre, welche die Habsucht mit Begier ergriffen und für ihre eigenen Zwecke ausgebildet hat. Nichts glauben die Menschen leichter als eine Unwahrheit, welche ihnen selbst Vorteile bringt“.

Machtgruppen gewinnen dadurch wesentlich an Gewicht und Einfluß, daß sich ihnen Intellektuelle zur Verfügung stellen und Ideologien ausarbeiten. Die gesamte Geistesgeschichte der Menschheit ist von Versuchen erfüllt, Machtansprüche ideologisch zu sichern oder im Angriff zu unterstützen. „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.“ Wie oft waren und sind z. B. die Theologen der verschiedenen Religionen bemüht, die gewaltige geschichtliche Grundkraft der Religion den Zwecken der herrschenden Schicht dienstbar zu machen. Auch die Historiker dienen sehr oft — bewußt oder unbewußt — den Interessen herrschender oder um die Herrschaft kämpfender Gruppen. Wieviel juristischer Scharfsinn ist im Laufe der Geschichte aufgeboten worden, um nachzuweisen, daß Ansprüche von Machtgruppen in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht oder doch mit dem Rechtsempfinden stehen. Man denke etwa an die Schriften Peutingers, des juristischen Beraters der Augsburger Hochfinanz im beginnenden 16. Jahrhundert, der in überaus gewandter und erfolgreicher Weise in den Kampf um die gesetzgeberische Behandlung der Monopole auch literarisch eingriff. Es wäre ebenso verlockend wie notwendig, eine Geschichte der Monopolideologien von der damaligen Zeit bis zu den heutigen Kartellideologien zu schreiben. Man würde finden, daß sich diese Ideologien der jeweiligen geistig-kulturellen und politischen Gesamtsituation an-

passen, daß sie sich in Zeiten des Naturrechts auf das Naturrecht berufen, in Zeiten der Gewerbefreiheit auf die Freiheit der Einzelnen, Kartellabreden untereinander abzuschließen, und in Zeiten der Sozialisierung darauf, daß Kartelle und andere Monopolbindungen Wegbereiter des Sozialismus seien. Stets läuft die Beweisführung darauf hinaus, die Übereinstimmung von Gruppeninteresse und Gemeinwohl nachzuweisen. Sehr oft ist die Wirkung solcher Ideologien — besonders auf die Rechtsprechung und auf die Verwaltungspraxis — bedeutend.

Wissenschaftliche Lehren werden bisweilen zu Interessenideologien. So etwa die Naturrechtslehre in der Hand der Fürsten als Kampfmittel gegen die Stände während des 17. und 18. Jahrhunderts. Oder die nationalökonomische Lehre vom Freihandel als Kampfmittel von Freihandels-Interessenten während des 19. Jahrhunderts. — In jeder schweren Depression wird die alte, wissenschaftlich längst überwundene Behauptung, es werde in der Welt oder in einem Lande im ganzen zu viel produziert, von Literaten und Interessenten propagiert, um dadurch für planmäßige Einschränkung der Produktion Stimmung zu machen. — Oder auch umgekehrt: Interessentenideologien werden von der Wissenschaft angenommen. So etwa die Zahlungsbilanztheorie durch viele deutsche Nationalökonomten während des Markverfalls nach 1919. Damals erkannten sie nicht, daß die Erklärung der Markverschlechterung durch Hinweis auf eine passive Zahlungsbilanz von Unternehmerkreisen ausging, die an billigen und reichlichen Krediten ein Interesse hatten und somit aus ihrer Interessenlage heraus ein Vorurteil dagegen hatten, die richtige Erklärung durch Inflation anzunehmen. — Romantische und mystische Spekulationen berühren sich nicht selten mit massiven Interessen von Machtgruppen. Adam Müllers schwärmerische Verehrung traditioneller Wirtschaftsformen z. B. begegnete sich mit den einflußreichen Interessen der Grundherren zur Zeit der Stein-Hardenbergischen Reform und diente ihnen. Tiefsinn und Interessentenideologien gehören oft zusammen. Freischwebende Ideologien von Literaten schaffen zum mindesten einen Nebel, in

dem sich Ideologien und Ansprüche von wirtschaftlichen Gruppen ausbreiten können.

Wer die ersten tieferen Einblicke in wirtschaftliche Machtkämpfe tut — und wirtschaftliches Leben ist durchzogen von Machtkämpfen — pflegt sich über die Interessenbedingtheit der Meinungen und Ideologien zu entrüsten. Man sollte aber die Meinungen der einzelnen Wirtschaftenden, die in ihrem Rahmen von Wert sind, von den Ideologien der Gruppen unterscheiden. Und wichtiger als alle Entrüstung ist ruhiges Durchschauen der interessenbedingten Alltagserfahrung und Nachdenken über einen Weg, um aus dieser Welt der Illusionen und der Vorurteile herauszugelangen.

3. Nicht um eine pessimistische Weltansicht zu äußern, wird dies alles gesagt. Vielmehr ist es nötig, ein Faktum festzustellen, dessen Wichtigkeit nicht überschätzt werden kann. — Wie läßt sich wissenschaftliche Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit vollziehen, trotzdem die Welt voll von Interessentenmeinungen und Interessentenideologien ist? Ist es überhaupt möglich, aus der Alltagserfahrung herauszukommen? Oder ist zum mindesten auf wirtschaftlichem Gebiet der Intellekt stets ein bloßes Werkzeug des Willens? Kann sich die Nationalökonomie davon freimachen? Oder bleibt sie stets in der Sphäre interessenmäßig bestimmter Meinungen und Ideologien stecken? Wie kann sie darüber hinauskommen? — Alle echte Erfahrungswissenschaft und Wissenschaftstheorie hat es seit den Griechen als Hauptaufgabe der Wissenschaft angesehen, vom Alltagsgerede zu wissenschaftlicher Wahrheit zu kommen. Ist sie unserem Problem gegenüber lösbar, und wie ist sie lösbar? Wie kann sich der wissenschaftliche Nationalökonom selbst von dem starken Einfluß seiner eigenen Interessenlage befreien?

Dabei steht es keineswegs so, daß die interessenbestimmte Alltagserfahrung unrichtig sein muß. Sie kann recht oder sie kann unrecht haben. Um dies zu entscheiden, ist ein strenges Kriterium und eine wissenschaftliche Methode zu finden. Die Arbeiter meinen z. B. oft, Lohnsteigerungen ver-

größerten die Kaufkraft der Bevölkerung und gäben hierdurch einen Anstoß zur Belebung der Nachfrage und zu wirtschaftlichem Aufschwung. Die Unternehmer sehen umgekehrt die Erhöhung der Kosten, die mit Lohnsteigerungen verbunden sind, erwarten von ihnen Verringerung des Ertrages und Arbeiterentlassungen, also Verschlechterung der Wirtschaftslage. Wer hat im konkreten Fall recht? Oder: Wieweit hat die eine oder die andere Meinung recht? Darauf hat die Wissenschaft zu antworten. Die weitverbreitete Ansicht, die Wahrheit müsse sich irgendwo in der Mitte finden lassen, entbehrt jeder Begründung. Warum soll sie gerade in der Mitte zwischen den Auffassungen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände liegen? So einfach ist der Nationalökonomie die Lösung ihrer Probleme nicht gemacht.

Viele Nationalökonomien haben die entscheidend wichtige Aufgabe, die sie gegenüber der Alltagserfahrung haben, nicht erkannt. Auch in der methodologischen Literatur wird sie regelmäßig übergangen oder nur flüchtig gestreift, ohne daß Klarheit über ihre fundamentale Wichtigkeit besteht. Oft werden Interessentenideologien als solche gar nicht durchschaut, ebenso wenig die massiven Machtballungen, die hinter ihnen wirksam sind. Hierin zeigt sich in besonders verhängnisvoller Weise Wirklichkeitsfremdheit. Denn um so mächtiger sind stets die Ideologien der Interessenten, je weniger man sie als solche erkennt. — Oder man hat zwar etwas von Ansichten der Interessenten gehört und glaubt auch hier und da Spuren davon zu entdecken, bemerkt aber nicht, daß sie überall gegenwärtig sind und daß auch der Nationalökonom selbst stets Gefahr läuft, ihnen verhaftet zu bleiben. Wenn aber Wissenschaft und Interessentenideologie ineinanderfließen, verliert die Wissenschaft ihren Wert und der Einfluß der Interessentenideologie wird verstärkt. — Oder schließlich: Man sieht nach dem Vorgang von Marx oder der modernen Existenzialphilosophie im geistigen Leben nur einen Reflex der jeweiligen Lebenssituation. Dann wird zwar erkannt, daß die Meinungen und Ideologien situationsgebunden und machtgebunden sind.

Aber die entscheidende Frage, ob es möglich ist, sich aus dieser Gebundenheit zu befreien, wird ohne weiteres verneint. Wäre das richtig, dann fehlte der Nationalökonomie — wie jeder anderen Wissenschaft — das Lebensrecht. Sie enthielte nur einige weitere Meinungen und Interessentenideologien, von denen es doch wahrhaftig schon genug gibt. Wie also lassen sich die Zusammenhänge des konkreten wirtschaftlichen Alltags wahrhaft und unter Loslösung von interessenbestimmten, subjektiven Ansichten erklären? ⁴

ZWEITES KAPITEL

Die Zwiespältigkeit des Problems - Die grosse Antinomie

I. Das Problem

als individuell-historisches Problem

1. In unmittelbarer Anschauung von Tatsachen, die uns jetzt — in diesem Augenblick — umgeben, werfen wir das erste Hauptproblem der Nationalökonomie auf. Der Anblick des Ofens, wie er heute ist, das Einkommen des Arbeiters in diesem Monat, der heutige Einkauf von Brot und Fleisch führt uns zur Frage nach dem Gesamtzusammenhang des wirtschaftlichen Alltags. — Sobald wir aber unsere Gedanken um einige Jahre oder Jahrzehnte zurückgehen lassen, bemerken wir, daß damals unser wirtschaftlicher Alltag und der wirtschaftliche Alltag unserer Umwelt anders aussah und anders ablief. Zugleich wissen wir von Reisen her, daß er in anderen Landesteilen und in anderen Ländern wiederum vielfältig verschieden ist und war. Nahe dem amerikanischen Zentrum der Automobilerzeugung Detroit hat Henry Ford ein amerikanisches Dorf errichten lassen, wie es in der Mitte des 19. Jahrhunderts aussah. Aus dem ganzen Lande sind Gebäude und Werkstätten aus dieser Zeit herangeschafft. Kirche, Schule, Rathaus, Dorfschmiede, Windmühle, Bäckerei sind dort aufgebaut, und eine pferdebespannte Postkutsche versieht den Verkehr. Wie anders wickelte sich der wirtschaftliche Alltag damals in einem ganz anderen sozialen, politischen, geistigen und technischen Milieu ab, als im nahen Detroit von heute. — Im heutigen Tibet verläuft er anders als in Polen bei ganz ver-

chiedenartigen Sitten und Anschauungen; im Osten der Vereinigten Staaten anders als im Zentrum Brasiliens.

Diesen ersten Eindruck der Erfahrung bestätigt die nähere wissenschaftliche Untersuchung. — Zum Beispiel haben die tiefgreifenden politisch-sozialen Umgestaltungen des beginnenden 19. Jahrhunderts in Preußen, die Bauernbefreiung, welche die Gebundenheit des Bauern an die Scholle aufhob, Freizügigkeit schuf, dem Bauern freies Eigentum unter Beseitigung der Pflicht zu Frondiensten, Abgaben und Zwangsgesindediensten gab, den wirtschaftlichen Alltag sowohl der preußischen Gutsherren wie der preußischen Bauern völlig verändert. — Der Wirtschaftshergang, wie er in einem süddeutschen Dorf des 12. Jahrhunderts ablief, ist nur im Rahmen der politisch-sozialen Struktur des Landes zu verstehen, in deren Mittelpunkt die Grundherrschaft stand. — Von der Natur des Landes, von der Rasse seiner Bewohner, von ihrer Bildung, von der Tradition, von den Überzeugungen der Menschen, von den Institutionen, von der politischen Struktur des Staates, der Landschaft oder der Stadt, überhaupt von der geschichtlichen Umgebung war und ist der wirtschaftliche Alltag stets abhängig.

Noch mehr: Der jeweilige wirtschaftliche Alltag ist selbst Geschichte. Die übliche Geschichtsschreibung, die „monumentale“ Historie ist, verteilt die Akzente in besonderer Weise. Sie wählt aus dem Geschehen aus, was ihr groß und bedeutsam erscheint: Weithin sichtbare politische Ereignisse, bedeutende Persönlichkeiten des Staates, der Kirche und Kultur und ihre Taten, wichtige Institutionen, Entstehung und Verfall von Staaten und Kulturen. Der Historiker sieht in der Regel nur gewisse, hell beleuchtete Seiten geschichtlichen Seins und Werdens. Den grauen wirtschaftlichen Alltag der Millionen berücksichtigt er nur selten. Aber auch dieser wirtschaftliche Alltag gehört zur Realität der Geschichte. Und zwar wie er war oder wie er jetzt in Deutschland oder in England oder sonstwo in Hunderttausenden und Millionen von Bauernhöfen, Handwerksbetrieben, Fabriken, Haushaltungen Tag für Tag scheinbar uninteressant abrollt. Alles menschliche Tun ist Geschichte. Die heutige

Arbeit des Bergmanns M. ebenso wie die Arbeit des Einzelhändlers R. Auch der heutige Alltag des Lesers dieser Zeilen gehört zur Geschichte dieses Jahres und damit zur Geschichte. Ob später die Geschichtsschreibung davon Notiz nehmen wird, weiß man nicht. Aber das ist nicht entscheidend. Diese anonyme, alltägliche Seite der Geschichte ist für die meisten Menschen, die sie selbst miterleben, am wesentlichsten. Ihr Leben ist ein Stück dieser Geschichte. — Wie wichtig sie ist — selbst im Sinne monumentaler Historie —, tritt in manchen Epochen und Augenblicken besonders zutage. Der Untergang des römischen Weltreichs z. B. hing nahe mit dem wirtschaftlichen Niedergang zusammen, der sich in den letzten Jahrhunderten seiner Existenz vollzog. Hier hat sich die allmähliche Verschiebung des wirtschaftlichen Alltags der Millionen mit geradezu monumentaler Wucht geltend gemacht. — Und niemand kann die außenpolitische und innenpolitische Geschichte des dritten und vierten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts verstehen, ohne die Weltwirtschaftskrise 1929—1933 — das heißt: die rasche Veränderung des wirtschaftlichen Alltags großer Teile der Menschheit — verstanden zu haben. — Aber auch von solchen historischen Situationen abgesehen: Stets ist Geschichte nach einer gewissen Seite hin wirtschaftlicher Alltag. Selbst in Zeiten, in denen politische Ereignisse großen Ausmaßes stark herausleuchten, wie in England zur Zeit Cromwells oder in Europa zur Zeit Napoleons. Und stets — auch in solchen Zeiten — ist er den Mitlebenden wichtig.⁵

2. Wenn aber der jeweilige wirtschaftliche Alltag ein Ausschnitt des jeweiligen gesamtgeschichtlichen Seins ist, so muß die Frage nach seinen Zusammenhängen auch als solche, nämlich als geschichtliche Frage aufgefaßt werden. Im Rahmen der jeweiligen geschichtlichen Situation ist das Wirtschaften zu verstehen: der Spartaner im Rahmen des spartanischen Staates, der Engländer des 17. Jahrhunderts aus dem 17. Jahrhundert heraus und das heutige Wirtschaften aus der heutigen Zeit.

Vorhin stellten wir die Frage, warum das eine Feld mit Ta-

bak, ein zweites mit Weizen und ein drittes mit Zuckerrüben bestellt wird. Wurde die Frage 1941 in Deutschland aufgeworfen, so war sie damals angesichts der völlig veränderten Ordnung der Landwirtschaft eine andere als 1925 oder 1913 oder auch eine andere im heutigen Rußland, wieder eine andere im heutigen England oder in den Vereinigten Staaten. Und dort in den Vereinigten Staaten war sie 1939, nach Erlaß der neuen Agrargesetzgebung, eine andere als 1937, als die neuartige Zuweisung der Anbauflächen an die einzelnen Farmer noch nicht durchgeführt war. — Nicht anders steht es mit der Frage der Einkommensbildung. Wie kommt es, daß das Einkommen dieses Meisters 400 Mark beträgt — so fragten wir. Und warum kann er damit eine bestimmte Kaufkraft ausüben? Im Deutschland von 1939 mit seiner besonderen Lohn- und Geldpolitik war die Frage ganz anders zu beantworten, als für das Deutschland von 1929 oder 1870 oder die entsprechende Frage für einen englischen oder einen amerikanischen oder einen französischen Meister. Ob die Löhne vom Staat fixiert sind oder nicht, ob Gewerkschaften bestehen oder nicht, ob Arbeitgeberverbände vorhanden sind oder nicht, welche Macht Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände ausüben, spielt für die Beantwortung der Frage jeweils eine entscheidende Rolle. Für lange Zeiträume der Menschheitsgeschichte aber war die Einkommensbildung der Arbeiter durch das Sklaven- oder Leibeigenverhältnis bestimmt. Dann lagen wiederum andersartige Tatbestände vor. — Von der jeweiligen geschichtlichen Lage abhängig ist auch der zeitliche Aufbau der Produktion. Wenn 1939 tausend Mark gespart wurden, so wirkte sich das ganz anders aus, als wenn es 1890 oder 1840 geschah, als sich die Ordnung des Geld- und Bankwesens von der gegenwärtigen Ordnung stark unterschied. Noch größere Gegensätze treten zutage, wenn wir größere Zeiträume oder andere Kulturkreise ansehen: Den Römer, der sparte, indem er sich einen Sklaven kaufte, den Fellachen des 19. Jahrhunderts, der Gold vergrub, oder den Inder, der sich Goldschmuck anschaffte, um zu sparen. — Schließlich ist auch die Wahl der angewandten Technik und die Wahl des Standorts geschichts-

bedingt. In den meisten heutigen Staaten sind militärpolitische Gesichtspunkte, die von staatlich-zentralen Stellen zur Geltung gebracht werden, bei der Auslese industrieller Standorte maßgebend. Vor vierzig Jahren spielten diese Erwägungen in den Plänen der einzelnen Unternehmer, die von sich aus Entscheidungen über die Standortwahl fällten, keine oder fast keine Rolle. Mit dem Ganzen der Geschichte hat sich auch die Form der Standortwahl verändert.

Man mag das erste Hauptproblem drehen oder wenden wie man will — stets zwingen die konkreten Tatbestände dazu, es als geschichtliches Problem zu stellen. Danach müßte es so behandelt werden, wie die Historiker andere historische Probleme auch behandelt haben: In Anschauung der jeweiligen gesamtgeschichtlichen Lage. Nicht also losgelöst von der geschichtlichen Umgebung, sondern als Teilhergang gesamtgeschichtlichen Seins und Werdens.

II. Das Problem

als allgemein-theoretisches Problem

1. Die wirtschaftliche Wirklichkeit, welche die Wissenschaft zwingt, das erste Hauptproblem jeweils als geschichtliches Problem zu stellen, zwingt sie aber zugleich in eine ganz andere Richtung.

Die wirtschaftliche Existenz eines Jeden ist vom Tun sehr vieler, oft unübersehbar vieler anderer Menschen abhängig, und umgekehrt wirkt ein Jeder durch sein Tun auf die wirtschaftliche Existenz einer überaus großen Zahl von Menschen ein. Darüber sprachen wir ausführlich. Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit ist Erkenntnis dieses wirtschaftlichen Ganzen und seines Gesamtzusammenhangs. Die wirtschaftliche Existenz eines Deutschen ist heute nur ein Teil im Gesamtzusammenhang der wirtschaftlichen Tätigkeiten aller Deutschen und ihrer Beziehungen mit anderen Ländern.

Dieses Ganze in seinen Zusammenhängen zu erkennen, ist aber der unmittelbaren Anschauung der heutigen Wirklichkeit nicht

möglich. Von welcher Seite man auch immer auf das erste Hauptproblem stößt — stets versagt die einfache Anschauung des konkreten geschichtlichen Tatbestandes.

Wir fragten soeben, warum ein Werkmeister 400 Mark im Monat verdient und warum er damit eine gewisse Gütermenge kaufen kann, und sahen, daß diese Frage im Deutschland von 1939 anders beantwortet werden mußte als in dem von 1925 und wiederum vielfältig anders in anderen Sozial- und Wirtschaftsordnungen, daß sie also in der jeweiligen geschichtlichen Gesamtlage als geschichtliche Frage aufgefaßt werden muß. Sobald aber versucht wird, sie nur in Anschauung der konkreten, geschichtlichen Wirtschaft, etwa der deutschen von 1939 oder von 1925, zu beantworten, scheitern wir. Selbst wenn nicht untersucht wird, wie der Geldlohn zustande kommt, so sind wir außerstande, auf Grund der Anschauung zu erklären, warum 1939 oder 1925 die Preise der Dutzende von gekauften Waren eine bestimmte Höhe hatten, warum also dem Werkmeister ein bestimmter Güterstrom zufließt. Wir können zwar durch Beobachtung feststellen, daß er für Brot, Fleisch und alle anderen Waren gewisse Preise zu zahlen hatte, aber wir müssen wissen, warum. Und da geraten wir in ein Labyrinth hinein, wenn wir etwa nur einen einzigen konkreten Kohlenpreis in seinem Zustandekommen zurückverfolgen und die Frage auf Grund unmittelbarer Anschauung beantworten wollen. Es zeigt sich, daß dieser Kohlenpreis mit den Preisen der Materialien, den Löhnen und den Frachten und unübersehbar vielen anderen Preisen zusammenhängt. Dadurch entstehen Dutzende von neuen Fragen, und wir befinden uns bald in einem solchen Netz wirtschaftlicher Beziehungen, daß jede Übersicht verlorengeht. — Oder: Wie erklärt es sich, daß mir eine Hypothek von zehntausend Mark im vorigen Jahre 500 Mark Zinsen brachte und ich mit diesen 500 Mark eine gewisse Gütermenge kaufen konnte? Woher kommt der Güterstrom, der mir als Zinsempfänger Jahr für Jahr fortwährend zufließt? Wodurch ist seine Größe bestimmt? Verlassen wir uns auf die unmittelbare Anschauung, so führt sie uns zu meinem Schuldner, einem Landwirt, und von da

vielleicht zu dessen Abnehmern und Lieferanten. Dort verlieren wir uns im Gewirr der Tatsachen und müssen auf eine Antwort verzichten. — O d e r : Wie wirkt die Einführung dieser neuen Spinnmaschine auf die Lage der Arbeiter? Zwar kann man durch Beobachtung feststellen, daß ihre Anwendung in den Fabriken A, B, C usw. zur Entlassung einer bestimmten Zahl von Textilarbeitern und zu einer bestimmten Steigerung der Garnerzeugung geführt hat. Sobald wir aber die wesentliche Frage stellen, warum die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt wurden, ob im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Spinnmaschine oder ob infolge der Wirksamkeit einer anderen Potenz, etwa einer guten Ernte, so versagt die unmittelbare Anschauung erneut. Auch die Wirkungen dieser neuen Maschine auf die Güterversorgung aller Konsumenten, auf die Maschinenindustrie und auf die Baumwollerzeuger selbst lassen sich so nicht erkennen. In jeder wirklichen Wirtschaft sind so viele Potenzen gleichzeitig wirksam, daß die Wirksamkeit einer Potenz nicht einfach erkannt werden kann. Deren Spur geht rasch verloren. — O d e r schließlich, von einer anderen Seite gesehen: In der Alltagserfahrung sehen wir ein Nebeneinander von konkreten Tatsachen. Zum Beispiel 1931 in Deutschland: Steigende Arbeitslosigkeit, Bankfeiertage, Rückgang zahlreicher Preise, starke Verringerung der Einfuhr, schwächere Verringerung der Ausfuhr, Steigerung der Zinssätze, Kündigung zahlreicher Kredite von Ausländern und vieles andere mehr. Wie hängen diese Tatsachen miteinander zusammen? Traten sie zufällig nebeneinander auf? Wahrscheinlich nicht. Wie aber war dann ihr Zusammenhang? Aus einfacher Beobachtung der Tatsachen, etwa der Tatsachen des Arbeitsmarktes oder des Geldmarktes kann auf diese entscheidende Frage, durch deren Lösung allein der damalige Wirtschaftsprozess erkannt wird, nicht geantwortet werden.

Es ergibt sich: Der tatsächliche wirtschaftliche Hergang, wie er z. B. in England oder Deutschland 1939 oder 1870 oder sonstwo und sonstwann ablief oder abläuft, läßt sich nicht in gleicher Weise erkennen wie

andere geschichtliche Tatbestände. Das Wirken eines Staatsmannes, der Ablauf von Kriegen, diplomatischen Verhandlungen und innerpolitischen Reformen sind der verstehenden Anschauung des Historikers zugänglich. Er erlebt sie selbst mit oder er hört Äußerungen von Augenzeugen oder er liest Quellen und vermag hieraus ein Bild der Vorgänge und Zusammenhänge zu gewinnen. Die wirtschaftliche Wirklichkeit ist jedoch auf diese Weise nicht erkennbar. Auch wenn es sich um die Wirklichkeit handelt, die der Nationalökonom selbst miterlebt. Diesem nationalökonomischen Hauptproblem gegenüber müssen also die üblichen historischen Methoden versagen. Sie haben auch tatsächlich versagt, wie die Geschichte der Nationalökonomie — und besonders der sog. historischen Schule — deutlich beweist.

2. Angesichts dieser Sachlage gibt es nur einen Ausweg: Wir müssen versuchen, den komplizierten Sachverhalt in verschiedene Bestandteile zu zerlegen, also zu analysieren. So können wir uns vielleicht gedankliche Modelle schaffen und können den Versuch machen, im Rahmen solcher Modelle durch Variation einer Potenz die Zusammenhänge zu finden, die wir suchen, die uns aber die unmittelbare Anschauung nicht zeigt. Wir könnten an Hand des gedanklichen Modells einer Verkehrswirtschaft etwa die Verschiebungen untersuchen, die bei Einführung einer neuen Maschine insgesamt auftreten, und zwar unter der Annahme, daß alles übrige gleich bleibt. Oder wir könnten in einem solchen Modell nachspüren, woher eigentlich der Zins kommt und wie sich eine Bedürfnisverschiebung auswirkt. Vielleicht ließen sich dann auch die „Daten“ feststellen, welche Produktionslenkung, Verteilung, zeitlichen Aufbau der Produktion, Anwendung der Technik und räumliche Verteilung der wirtschaftlichen Hergänge allgemein bestimmen. — Ob das alles wirklich durchführbar ist, wissen wir nicht. Darüber haben wir später zu urteilen. Hier ist nur Eines festzustellen: Da sich die wirtschaftliche

Wirklichkeit und ihre Zusammenhänge dem unmittelbaren Zugriff geschichtlicher Anschauung entziehen, muß zu ihrer Erkenntnis die Kraft des Denkens voll mobilisiert werden, was nur durch allgemeine Fragestellung geschehen kann. Indem man das erste Hauptproblem in allgemeiner Form stellt, wird es der theoretischen Analyse zugeführt, und vielleicht gelingt es so, allgemeingültige Aussagen über notwendige Bedingungsbeziehungen, also theoretische Sätze, zu erarbeiten, welche die Erkenntnis konkreter Zusammenhänge vorbereiten. Theoretische Analyse ist somit nichts anderes als voller Einsatz des Denkens. Daß das Denken aber den Menschen instand setzt, die Zusammenhänge der Dinge zu finden, weiß auch der vorwissenschaftliche Mensch, der sich zu diesem Zwecke des Denkens fortwährend — aber unsystematisch — bedient. Durch wissenschaftlich-theoretisches Denken gewinnt, wie Lotze es ausdrückte, der Mensch die Fähigkeit, „gegebenes Zusammensein in Zusammengehörigkeit zu verwandeln“. Er hat dadurch die Kraft, zu allgemeingültigen Urteilen zu kommen, die wahr und dem Alltagsgerede überlegen sind. Der Versuch muß also gemacht werden, das erste Hauptproblem als allgemein-theoretisches Problem zu stellen.

Und zwar ist dies von vorn herein nötig. Die theoretische Fragestellung steht nicht am Ende der Wissenschaft, und die theoretischen Sätze, die wir suchen müssen, sollen nicht die „Quintessenz der Erfahrung“ darstellen. Vor diesem weitverbreiteten Mißverständnis sei schon jetzt energisch gewarnt. Der wahre Ursprung echten theoretischen Fragens und Denkens ist ein ganz anderer: Wir stehen unter dem Druck, die Wirklichkeit in ihren Zusammenhängen erkennen zu müssen. Aber wir haben keine Aussicht, das Ziel zu erreichen, wenn wir das Problem nicht allgemein stellen und es so theoretischer Untersuchung zu-leiten. Nicht Doktrinarismus und nicht Freude an Spekulation, sondern allein das Streben, zu wissenschaftlicher Erfahrung zu kommen, führt zu allgemein-theoretischer Fragestellung. Wenn es überhaupt „wissenschaftliche Erfahrung“

— und nicht allein die ganz anders geartete und unzureichende „Alltagserfahrung“ — auf diesem Gebiet geben kann, so nur dann, wenn sich die allgemein-theoretische Problembehandlung als durchführbar erweist. — Aber damit stehen wir unmittelbar vor der großen Antinomie⁶.

III. Die grosse Antinomie

Durchstoß zur wirtschaftlichen Wirklichkeit ist die Hauptforderung, die an die Nationalökonomie gestellt werden muß. — Nun aber wird es zweifelhaft, ob die Forderung — trotz aller Berechtigung und Notwendigkeit — überhaupt erfüllt werden kann. Mit Recht sieht der Nationalökonom das wirtschaftliche Alltagsgeschehen als Teil der jeweiligen historisch-individuellen Lage an; das muß er, wenn er nicht wirklichkeitsfremd werden will. Mit Recht sieht er in ihm aber auch ein allgemein-theoretisches Problem, — das muß er ebenfalls, wenn ihm nicht die Wirklichkeit in ihren Zusammenhängen entgleiten soll. Wie aber soll er beides vereinigen? Tut er nur das eine oder nur das andere, so wird er wirklichkeitsfremd.

Stellt er z. B. die Frage nach der Produktionslenkung rein historisch, indem er fragt, warum im heutigen England der Boden und die Arbeiter in gewisser Weise auf die einzelnen Verwendungen verteilt sind, und sucht er auf Grund unmittelbarer Beobachtung diese Frage zu lösen, so findet er sehr viele Einzeltatsachen, aber keine Zusammenhänge. Ihm mißlingt die gedankliche Durchdringung der Wirklichkeit. Er sieht ein Chaos von Einzelheiten — einzelne Betriebe, einzelne Felder, einzelne Entschließungen — und damit nicht die reale Wirklichkeit, die ein Ineinander ist. Oder er stellt die Frage nach der Produktionslenkung allgemein-theoretisch. Dann aber löst er das Problem aus der historischen Umwelt heraus. Nun sieht er nicht mehr das heutige England oder Deutschland oder bestimmte Äcker vor sich, sondern gedankliche Modelle. Vielleicht findet er abstrakte Zusammenhänge, aber die Wirklichkeit ist ihm in anderer Weise

entglitten. Er sieht nämlich nichts mehr von der Vielfältigkeit historisch-konkreter Formen und einzelner Tatsachen. Die nationalökonomische Wissenschaft steht hier vor ihrer großen „Antinomie“, ohne deren Überwindung es keine Erkenntnis des Wirtschaftsablaufes gibt.

Die bedeutenden und raschen politischen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte haben den geschichtlich-individuellen Charakter des wirtschaftlichen Lebens eindrucksvoll vor Augen gestellt. Das Tempo, in dem die Staaten Änderungen ihrer Institutionen, der Marktordnungen, Arbeitsordnungen, Währungen usw. vornehmen, hat sich außerordentlich beschleunigt. Dadurch überstürzen sich auch die Veränderungen des wirtschaftlichen Alltags. In einer solchen rasch sich wandelnden Welt aber scheint alle allgemeine Fragestellung und alle theoretische Arbeit sinnlos zu werden. Angesichts des unübersehbaren Wechsels des wirtschaftlichen Geschehens meinte ein heutiger Theoretiker, „daß es Abend geworden ist für die ökonomische Theorie“. Wenn dem so wäre, so hieße das: Verzicht auf wissenschaftliche Erkenntnis des Wirtschaftsprozesses. Denn ohne theoretisch-allgemeine Fragestellung gibt es diesem Problem gegenüber ebensowenig wissenschaftliche Erfahrung wie ohne historisch-individuelle Fragestellung und Behandlung.

Die physikalisch-chemische Natur hat nach einer sehr prägnanten Formulierung einen „invarianten Gesamtstil“. Die Gleichförmigkeit chemischer Reaktionen oder die gleichförmige Bewegung der Körper oder auch das gleichförmige Wachstum der Pflanzen ermöglicht die theoretische Fragestellung nach allgemeingültigen physikalischen und chemischen und biologischen Gesetzen. Ein „invarianten Gesamtstil“ der Art, wie ihn die Natur besitzt, findet sich in der Welt der Wirtschaft nicht. Ihr fehlt die offen zutage liegende Gleichförmigkeit der Naturvorgänge. Sie zeigt eine gewaltige Vielgestaltigkeit und geschichtliche Vielförmigkeit. In Deutschland um 1300 oder 1800 oder 1946, in Italien um 200, in Südamerika um 1500 oder auch

in Ägypten vor 5000 Jahren sind zwar physikalische und chemische Reaktionen in gleicher Weise vonstatten gegangen; nicht aber ist in gleichen Formen jeweils Wirtschaft getrieben worden. Eine Naturordnung war und ist da; aber es gibt wechselnde und unübersehbar mannigfaltige Wirtschaftsordnungen. Die Wirtschaft scheint einen „varianten Gesamtstil“ zu haben. Ihr scheint jede Gleichförmigkeit zu fehlen. Wie aber soll dann dieses Hauptproblem in theoretischer Form gestellt werden, was doch nötig ist, um die Wirklichkeit zu erkennen?⁷

In der Nationalökonomie ertönt sehr oft der Ruf: An die Sachen, zu den Dingen, wider die Herrschaft des Wortes! Richtig. Aber die Forderung reicht nicht aus. Ihre Durchführung ist die Hauptsache. Sonst bleibt die Forderung — ein Wort. Wenn sie aber verwirklicht werden soll, stößt man sofort auf die große Antinomie, ohne deren Überwindung die Erfassung der wirtschaftlichen Wirklichkeit mißlingen muß. Alle Arbeit an der Sache muß sich also darauf richten, sie zu bewältigen. — Nicht weniger selten ertönt der Ruf, Historiker und Theoretiker müßten in der Nationalökonomie zusammenwirken. Nichts wäre schädlicher als ein Streit zwischen beiden. Wiederum — richtig. In dieser Forderung mag die Empfindung zum Ausdruck kommen, daß die große Antinomie besteht, und mag der Wunsch liegen, sie zu überwinden. Aber auch dies reicht bei weitem nicht aus. Vielmehr ist es nötig, die Größe der Aufgabe deutlich und in ihrem ganzen Umfang zu erkennen, und es ist weiter nötig, sie von Grund aus zu bewältigen. Ein oberflächlicher Kompromiß zwischen theoretischer und historischer Forschung oder rein methodologische Reflexionen über ihre Zusammenarbeit sind zwecklos. Die Spannung, welche diese Antinomie in sich schließt, muß in ihrer ganzen Schärfe begriffen werden: Der geschichtliche Charakter des Problems verlangt Anschauung, Intuition, Synthese, Verstehen, Einfühlung in individuelles Leben; — der allgemein-theoretische Charakter indessen fordert rationales Denken, Analyse, Arbeiten mit gedank-

lichen Modellen. Hie Leben — da Ratio. Wie soll beides, lebendige Anschauung und theoretisches Denken, zu faktischem Zusammenwirken gebracht werden? Wie läßt sich das Problem in seiner vollen historisch-individuellen Vielfältigkeit und seinem dauernden Wechsel erfassen und gleichwohl durch Hebung ins Allgemeine theoretischer Untersuchung zuführen?

*

Mit dem Allen ist das erste, nicht das einzige Hauptproblem der Nationalökonomie bezeichnet. Tag für Tag tritt es dem Menschen entgegen, aber es ist nicht mit alltäglicher Erfahrung zu bewältigen. Wenn die Wissenschaft indessen versucht, sich aus der verworrenen Alltagserfahrung herauszuarbeiten, dann ereilt sie ein eigenartiges Schicksal. So dringend die Lösung dieses Problems, die Jedermann von ihr mit Recht verlangt, auch ist, — schon bei Fassung des Problems gerät sie in größte Schwierigkeiten hinein. Dabei hat sich die Antinomie in den letzten Jahrzehnten noch stärker geltend gemacht als früher. Die geschichtliche Gesamtentwicklung hat nicht nur einen rascheren Wechsel der Institutionen und damit ein stärkeres Hervortreten des geschichtlich-veränderlichen Charakters des Problems gebracht. Sondern sie hat auch dahin geführt, daß die Struktur der gesellschaftlichen Wirtschaft immer komplizierter wurde, so daß die Unentbehrlichkeit der theoretischen Analyse sich immer stärker geltend machte.

Der Nationalökonom gleicht einem Wanderer, der zu einer Reise aufbricht und der sich auf ihr eine bedeutende Erweiterung seines Horizonts verspricht, der aber schon nach den ersten Schritten in ein Gestrüpp hineingerät, das unüberwindbar erscheint.

*

ZWEITER TEIL

KRITIK DER NATIONALÖKONOMIE -
EIN ZWEITES HAUPTPROBLEM

ERSTES KAPITEL

Einleitung

Ist es der Nationalökonomie gelungen, in Vereinigung von geschichtlicher Anschauung und theoretischem Denken den Wirtschaftsprozeß in seinem Gesamtzusammenhang zu erkennen und somit unter Überwindung der großen Antinomie zu wissenschaftlicher Erfahrung zu kommen? — Die Frage vollständig zu beantworten, wäre nur im Rahmen einer umfassenden kritischen Gesamtdarstellung der Geschichte der Nationalökonomie möglich, die hier nicht geplant ist. Uns kann es nur auf die Hauptpunkte ankommen.

Dabei ist von der klassischen Nationalökonomie auszugehen. Ihr großes und bleibendes Verdienst bestand bekanntlich darin, den Gesamtzusammenhang des ökonomischen Geschehens entdeckt und die Methode wirtschaftstheoretischen Denkens in umfassender Weise entwickelt zu haben. Dadurch war ein wesentlicher Schritt zur Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit getan. Aber die Antinomie wurde von ihr noch nicht deutlich gesehen, und hier gerade liegt die Schwäche der Klassik.

Allerdings wäre es grundfalsch, zu behaupten, die Klassiker hätten nichts von Geschichte verstanden und ihnen wäre der historische Charakter des Wirtschaftens unbekannt gewesen. Eine solche Kritik zeigt nur, daß der Kritiker die Klassiker nicht versteht. Die meisten Physiokraten, Smith, Hume, Malthus, J. St. Mill und viele andere waren bedeutende Kenner der Geschichte. Smiths entscheidendes Werk über den „Reichtum der Nationen“ ist geradezu ein historisches Buch, und der Leser erhält einen völkerkundlichen und weltgeschichtlichen Überblick von England bis

China und Südamerika. Die altbekannte Formel also, die Klassiker hätten zwar viel von Theorie verstanden, aber nichts von der Geschichte, sie hätten nichts von der Verschiedenheit der politischen und wirtschaftlichen Ordnungen gewußt und seien deshalb einem „Absolutismus“ der Problemlösungen verfallen, gewinnt auch durch dauernde Wiederholung nicht an Richtigkeit.

Man muß tiefer blicken, um das Verhältnis der klassischen Nationalökonomie zur Geschichte zu verstehen. Daß die Klassik ein Kind der Aufklärung war, kommt auch nach dieser Seite hin deutlich zum Ausdruck. Nun war die Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts in keiner Weise geschichtsfremd. Aber sie ging mit anderen Fragestellungen an die Geschichte heran als das 19. Jahrhundert. Sie sah zwar die Besonderheiten des einzelnen Menschen und des einzelnen Volkes sehr deutlich; aber ihre Fragestellung richtete sich nicht endgültig auf den einzelnen Menschen und das einzelne Volk, sondern sie suchte in ihnen die durchgehende, gottgewollte, vernünftige, natürliche Ordnung und die natürlichen Gesetze. Montesquieu z. B., der den Geist des 18. Jahrhunderts wirkungsvoll repräsentiert und der im übrigen auch auf Adam Smith stark gewirkt hat, besaß bekanntlich ein ungeheures Wissen über einzelne Staaten und Völker von der Antike bis zur Neuzeit. Aber die Erforschung der einzelnen Tatsachen, Staaten und Völker war ihm nicht Selbstzweck. Er wollte durch Untersuchung der Einzelheiten zu allgemeinen Erkenntnissen über das Staats- und Völkerleben und die wirksamen historischen Kräfte vorstoßen und dadurch die Grundlage für den Aufbau eines richtigen, vernunftgemäßen Staates schaffen. In den positiven, tatsächlichen Ordnungen und durch deren geistige Durchdringung wollte er die richtige Staatsordnung finden. So strebte er nach Erkenntnissen von allgemeiner Gültigkeit und Verwendbarkeit — durch universale Kenntnis der geschichtlichen Tatbestände und Kräfte hindurch. „Das Schwelgen im Reichtum der Jahrhunderte, die liebevolle Versenkung in die einmalige

Erscheinung — diese Geisteshaltung des 19. Jahrhunderts wäre ihm nichts anderes als Spielerei oder Schöngeistererei gewesen" (Franz Schnabel). — Ähnlich war auch die Haltung der nationalökonomischen Klassiker zur Geschichte. Mit großem Verständnis haben sich viele von ihnen in die Geschichte eingelebt. Aber ihr Ziel war nicht Schilderung der Wirtschaft eines Volkes zu bestimmter Zeit in ihrer Einmaligkeit — etwa der um die Mitte des 18. Jahrhunderts so stark beachteten chinesischen Wirtschaft. Vielmehr wollten die Klassiker in der Besonderheit dieser chinesischen Wirtschaft und jeder anderen Wirtschaft die vernünftige und richtige Struktur der Wirtschaft überhaupt oder die allgemeingültigen wirtschaftlichen Gesetze finden und das Verhalten des wirtschaftenden Menschen überhaupt erkennen. So suchte die klassische Nationalökonomie in der geschichtlichen Mannigfaltigkeit positiver Ordnungen die eine natürliche Ordnung — und fand sie in der Wettbewerbsordnung. Dem Historismus des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, dessen Blick ganz auf Schilderung der einzelnen geschichtlichen Form gerichtet war, mußte das Verständnis für diese Haltung zur Geschichte abgehen. Seine Kritik verkannte in der Regel ihre Größe und Wirklichkeitsnähe. Sie verkannte auch, daß die Klassiker die Welt der konkreten Wirtschaft sehr gut kannten.

Trotzdem scheiterte die klassische Nationalökonomie nicht nur deshalb, weil ihr theoretisches System in sich Fehler aufwies. Sie scheiterte hauptsächlich daran, daß ihre theoretische Lösung der Mannigfaltigkeit geschichtlichen Lebens nicht entsprach. Selbst wenn man ihr Streben, in Untersuchung mannigfaltiger wirtschaftlicher Institutionen eine vernünftige oder natürliche Ordnung zu finden, durchaus anerkennt, läßt sich nicht leugnen, daß sie in diesem ihren Streben die Erklärung der geschichtlich gegebenen Wirtschaft nicht vollzog. — Ihre analytische Kraft wandte sich im wesentlichen auf einen Fall, der als der natürliche angesehen wurde: die Ordnung der voll-

ständigen Konkurrenz auf allen Märkten. Hinter diesem Fall trat die Analyse z. B. des Monopols ganz zurück. Aber der Fall der allgemeinen, vollständigen Konkurrenz war und ist nie allein verwirklicht. Auch zur Zeit der Klassiker, im letzten Drittel des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nicht. Die Kritiker aus dem Kreise der historischen Schule haben vielfach gemeint, die Klassiker hätten nur ihre Zeit gekannt und ihre Theorie hätte vielleicht auf ihre Zeit gepaßt. Eine solche Kritik wird den historischen Tatbeständen nicht gerecht. Auch im Zeitalter der Klassiker gab es in europäischen Kulturländern viele geschlossene Zünfte, Monopolrechte und andere Bindungen sowie Wirtschaftsgebilde mit zentraler Wirtschaftslenkung, so daß schon damals die konkrete geschichtliche Wirklichkeit durch Untersuchung der vollständigen Konkurrenz nicht voll erfaßt wurde. Wir wissen, warum die Klassiker diese Distanz zwischen Theorie und geschichtlicher Realität nicht so stark empfanden — eben weil sie hauptsächlich die natürliche, vernunftgemäße und funktionsfähige Wirtschaft zu finden suchten. Aber diese Distanz ist sachlich — soweit es sich um die Erkenntnis der Realität handelt — unerträglich.

Die Zusammenhänge des Wirtschaftsprozesses im Amerika von 1941 mit seinen starken Monopolen und dem erheblichen Einfluß zentral leitender Verwaltungskörper müssen von der ökonomischen Wissenschaft ebenso erkannt werden wie der deutsche wirtschaftliche Alltag des beginnenden 20. Jahrhunderts oder die Wirtschaft des Krieges 1914 bis 1918 oder auch der wirtschaftliche Alltag eines großen, frühmittelalterlichen Fronhofs. Aber eine Theorie, welche die Bildung des „natürlichen Preises“ in einer besonderen Marktform der Verkehrswirtschaft, nämlich der allgemeinen vollständigen Konkurrenz ganz in den Vordergrund rückt, muß vor allen solchen geschichtlichen Tatbeständen und Wirtschaftsformen versagen. Indem die Klassiker die Mannigfaltigkeit der Institutionen in den theoretischen Analysen nicht zur Geltung brachten und indem sie so

auch die Tragweite der großen Antinomie nicht erkannten, schufen sie Theorien, die der wirtschaftlichen Wirklichkeit in ihren historischen Wandlungen nicht in vollem Umfang gerecht werden konnten⁸.

Ein Neuansatz wurde also im 19. Jahrhundert nötig. Er geschah meist — nicht immer — aus der Empfindung heraus, daß die klassische Nationalökonomie nicht der geschichtlichen Wirklichkeit genüge und daß sie doktrinär sei. Die Wege aber, auf denen eine Neugestaltung der Nationalökonomie versucht wurde, führten in ganz verschiedene Richtungen, eine Tatsache, die gerade unter demjenigen Aspekt deutlich wird, unter dem wir hier die Entwicklung der Nationalökonomie sehen. — Uns kommt es dabei darauf an, Typen von Verfahrensweisen festzustellen, die in der Forschung selbst angewandt wurden. Daß einzelne Persönlichkeiten verschiedene Verfahren benutzen und somit verschiedenen Typen zuzurechnen sind, bleibe hier außer Betracht.

1. Besinnung — bedeutete für viele Nationalökonomten des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts Besinnung auf Begriffsinhalte. Was ist Wirtschaft? Was ist „wirtschaftliches Prinzip“? Oder noch grundsätzlicher: Was ist Gesellschaft? Die Frage nach dem Begriff schiebt sich — wie schon gesagt wurde — an den Anfang, und zwar geschieht dies in der Absicht, so das „Wesen“ der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Hergänge zu erkennen.

„Es handelt sich in der Volkswirtschaftslehre“, sagt Spann in einer Untersuchung über Tausch und Preis, „nicht nur um die Feststellung des äußeren Antlitzes der Tatsachen an sich, daß A und B miteinander tauschen (obwohl in der Art der Feststellung stets schon ein Stück von Ausdeutung, von Theorie liegt); sondern auch um das Begreifen des beobachtend Festgestellten, um das Wesen des Tausches. Da nun, wie sich zeigen wird, von dem Begriffe des Tausches aus der des Preises sich erst ableitet,

hiervon wieder jener der Verteilung, so beginne ich mit der Untersuchung des Tauschbegriffs."

Solche Versuche, durch Begriffsanalysen zum Wesen der Wirtschaft vorzudringen, dieses Wesen in Definitionen zu fassen, Systeme von Begriffen — die man „Theorien“ nennt — zu schaffen und von da aus durch Deduktion zu Einzelergebnissen zu gelangen, sind in der Nationalökonomie des letzten Jahrhunderts sehr verbreitet. Man braucht nur eines der üblichen Lehrbücher aufzuschlagen, um davon einen Eindruck zu gewinnen. Insgesamt können alle Nationalökonomien, die so vorgehen, „Begriffsnationalökonomien“ genannt werden. Das Verfahren findet sich nicht allein in der Form, daß Analysen gewisser Grundbegriffe an den Anfang gerückt werden. Vielmehr wird oft auch in Einzelfragen von Begriffsanalysen ausgegangen. So wird etwa bei Untersuchung von Problemen des Handels zunächst die Frage aufgeworfen: „Was ist Handel?“ Damit soll das Wesen des Handels erfaßt und eine Theorie des Handels vorangeschickt werden. Nun erst tritt man an die Tatsachen heran, und falls eine Firma nicht der Definition entspricht, wird sie nicht zum Handel gerechnet. — Auszuschließen aus der Gruppe der reinen Begriffsnationalökonomien sind indessen solche Forscher, die zwar mit Definitionen beginnen, dann aber nicht aus ihnen deduzieren, sondern sich nach der Definition der Sache und den Sachproblemen selbst zuwenden. Nur wo die Doktrin oder die Teildoktrin an Begriffen oder Wesenserkenntnissen durch Definitionen aufgehängt ist, darf man von dem eigentlich begriffsnationalökonomischen Verfahren sprechen.

Auch dieses Verfahren wirft wichtige geistesgeschichtliche Fragen auf. Insgesamt bedeutet es ein Wiederaufleben gewisser Bewegungen im mittelalterlichen „Begriffsrealismus“ während des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, allerdings in einer säkularisierten, nicht-theologischen und damit stark veränderten Form. Man könnte fragen, wie es dazu kam. — Die prinzipielle Frage aber, die hier allein

bedeutungsvoll ist, lautet: Was leistet das begriffsnational-ökonomische Verfahren?

Von Logikern — so von J. St. Mill — ist gelegentlich behauptet worden, jede Definition enthalte ein Axiom. Die Definition stelle also einen Satz dar, der weder beweisbar sei, noch eines Beweises bedürfe, weil er selbst evident sei. Das mag für mathematische Definitionen zutreffen, nicht aber für richtig erarbeitete Definitionen von Erfahrungswissenschaften. Denn deren Definitionen sollten, wie wir bereits im ersten Teil zeigten, Ergebnisse von Sach-Untersuchungen zum Ausdruck bringen, also durch sachliche Analysen begründet sein.

Wenn aber Definitionen in einer Erfahrungswissenschaft wie der Nationalökonomie an den Anfang gerückt werden, sind sie in der Tat Axiome. Richtiger: Pseudo-Axiome. Denn sie treten mit dem Anspruch auf, evident zu sein und keines Beweises zu bedürfen, während sie in Wahrheit nicht evident und zugleich unbewiesen sind. Solche subjektiven Definitionen werden als Prämissen in Deduktionen verwandt, und die Korrektheit der Schlüsse täuscht darüber hinweg, daß wegen der willkürlich gesetzten Prämissen das ganze Schlußverfahren nichts taugt. — Man setzt z. B. den Begriff „Wirtschaft“. Diese sei „Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens im Geiste dauernden Einklangs von Bedarf und Deckung“ — sagt der eine. Der andere: „Widmung von Mitteln für Ziele auf Grund des Abwägens der Mittel“. Und so weiter, — in unabsehbarer Reihe. Aus solchen Definitionen heraus soll das Objekt der Nationalökonomie bestimmt und soll die Lösung sachlicher Fragen abgeleitet werden. Man merkt nicht, daß durch Deduktionen aus Definitionen nur Erkenntnisse gewinnbar sind, die vorher in die Definitionen hineingelegt wurden. Jeder hat sich in seiner Alltagserfahrung eine Vorstellung von „Wirtschaft“ gemacht. Er faßt sie in eine Definition, und alle Ergebnisse, die er nun herauszieht, sind nicht neue, wissenschaftliche Einsichten, sondern Erläuterungen

von Begriffen, die er früher — vorwissenschaftlich — von den Gegenständen hatte.

Spann bezeichnete den Begriff der „Gesellschaft“ als den Zentralbegriff aller Sozialwissenschaften und erklärte — pseudoaxiomatisch, ohne einen Blick in die Wirklichkeit zu tun und unbegründet —, es sei nur ein „individualistischer“ oder ein „universalistischer“ Gesellschaftsbegriff möglich. Dann fällte er seine Entscheidung zugunsten des sog. universalistischen Begriffs, und nun wurde ein System konstruiert, das mit großen Ansprüchen auftrat, in Wahrheit aber nur die Entfaltung von Sätzen darstellte, die vorher in den willkürlichen Gesellschaftsbegriff hineingelegt waren. Der Begriff wurde zum Fetisch. — Viele Nationalökonomien leiteten und leiten Untersuchungen über Geld mit der Frage ein, was das Geld seinem Wesen nach darstelle. Ob es als „Ware“ oder als „Anweisung“ zu definieren wäre. Der lang anhaltende Streit hierüber mußte ergebnislos bleiben. Wie will man das Wesen des Geldes bestimmen, bevor man ein Bild von dem ökonomischen Gesamtzusammenhang und der Funktion des Geldes in diesem Gesamtzusammenhang gewonnen hat? Und wenn man durch Deduktion aus einer solchen Definition des Geldes als Ware oder als Anweisung Sachprobleme des Geldes zu lösen unternahm, so fehlte — trotz aller scheinbaren wissenschaftlichen Strenge — jeder Beweis. Auf diese Art werden aber tatsächlich Fragen nach der Geldwertbildung oder nach dem Funktionieren der Goldwährung beantwortet.

Indem die „Begriffsnationalökonomien“ Deduktionen aus pseudo-axiomatischen Thesen, die als Definitionen erscheinen, vornehmen, vollziehen sie einen Mißbrauch der Vernunft. Das ist ihr Kardinalfehler. (Grundsätzlich hat Kant zur Kritik dieses Verfahrens alles Nötige gesagt. Aber die „Kritik der reinen Vernunft“ wurde für die Begriffsnationalökonomien umsonst geschrieben.) — Aus diesem Kardinalfehler ergeben sich Wirklichkeitsfremdheit

und Sektenbildung, die beide stets mit dem Auftreten von Begriffsnationalökonomien verbunden sind.

Wirklichkeitsfremdheit: Bekannt ist die Erzählung von den mittelalterlichen Mönchen, die bei einer winterlichen Diskussion der Frage, ob Milch gefriere, nicht auf den Gedanken kamen, eine Schale mit Milch in die Kälte herauszusetzen, sondern die Begriff und Wesen der Kälte und der Milch zu klären suchten, um so zu einer Beantwortung der Frage zu gelangen. Natürlich ohne Erfolg. Genau so verfahren die zahlreichen heutigen Begriffsnationalökonomien, wenn sie etwa darüber streiten, ob es die Nationalökonomie mit Quantitäten oder nicht mit Quantitäten zu tun habe und dabei von einem Begriff der Wirtschaft ausgehen. Würden sie sich entschließen, einen Augenblick wirtschaftliche Tatsachen zu betrachten, so würde sich die Frage rasch lösen, — ebenso wie die Frage nach dem Gefrieren der Milch. Bei den Begriffsnationalökonomien ist aber die Anschauung der konkreten Sachverhalte durch begriffliche Reflexionen verdrängt. — Und ebenso wird die andere Seite der Erkenntnis, der Sinn theoretischer Arbeit, verkannt. Für die Begriffsnationalökonomien ist die „Theorie“ ein Gebäude von Begriffen, das vor der wissenschaftlichen Feststellung von Tatsachen errichtet wird. Daß alle erfahrungswissenschaftliche Arbeit zunächst mit den Begriffen des Alltags arbeiten muß und daß sie die Überwindung dieser Alltagserfahrung nur durch die Aufwerfung von Sachproblemen und durch Eindringen in die Sache — nicht durch Aufstellen von Definitionen — durchzuführen vermag, wird verkannt. Am Anfang der Forschung ist der Nationalökonom noch nicht legitimiert, wissenschaftliche Definitionen zu geben. Zugleich wird nicht gesehen, daß ein solches Eindringen in die wirtschaftliche Wirklichkeit ohne theoretische Analyse unmöglich ist. „Theorie“ der Begriffsnationalökonomien und echte theoretische Forschung an Sachproblemen haben nichts miteinander zu tun.

Wenn aber sowohl die Anschauung der konkreten Wirt-

schaft als auch das theoretische Werkzeug fehlt, fehlt Alles, um die Wirklichkeit zu erkennen. Die Antinomie wird überhaupt nicht gesehen. Das Verfahren ist ungeschichtlich und untheoretisch. Der Wille, in die Wirklichkeit tiefer einzudringen, und über die Feststellung einzelner Tatsachen hinauszukommen, mag oft vorliegen. Indem sich aber die Begriffsnationalökonomien nicht der Sache, sondern dem Begriff zuwenden, finden sie statt des Gefüges der Realität selbstgemachte Schemen, die mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun haben. Anstatt in dem scheinbaren Chaos der Tatsachen Ordnung und Zusammenhang zu suchen und zu entdecken, schaffen sie n e b e n den Tatsachen ein Chaos von Begriffen. So verstricken sich diese Nationalökonomien in umständliche und wertlose Streitigkeiten über Kategorien und Begriffe — man denke nur an das Gerede über Universalismus und Individualismus —, während das konkrete wirtschaftliche Leben mit seiner übergroßen Problemfülle ungesehen vorübergeht. — Weil sie das Wesen der Dinge h i n t e r den Dingen suchen, entgleiten ihnen die Dinge s e l b s t und am Schluß bleiben nur leere Worte.

Sektenbildung: Die Willkür der an die Spitze geschobenen Definitionen, von denen alles weitere abhängt, macht es unmöglich, daß die Begriffsnationalökonomien zu einheitlichen Ergebnissen kommen. Mit Notwendigkeit führt ihr Verfahren dazu, daß sich viele, einander feindliche Lager bilden. Denn da nicht die Feststellung von Sachverhalten und Sachproblemen und nicht denkerische Analyse der Sachverhalte, sondern willkürlich gesetzte Definitionen und Wortinterpretationen am Anfang stehen, erfolgt das Bekenntnis zu solchen vorgelagerten Definitionen oder Wesenserkenntnissen oder „Theorien“ aus Sympathie, nicht aus Einsicht. Das Bekenntnis zu einer bestimmten Meinung vom Wesen der „Gesellschaft“ oder des „Staates“ oder der „Volkswirtschaft“ oder „Wirtschaft“ oder des „Kapitalismus“ ist nicht sachlich, sondern persönlich bedingt. Sekten bilden sich mit Propheten an der Spitze und mit einzelnen

oder zahlreichen Jüngern. Der eine schiebt dieses, der andere jenes Wort in den Vordergrund, und jeder gibt seine besondere Interpretation.

Durch das Werden und Vergehen von Sekten ist deshalb auch die Geschichte der Nationalökonomie gerade während der letzten Jahrzehnte gekennzeichnet. Immer wieder erscheinen neue Propheten, die scheinbar radikal auftreten, indem sie mit Schärfe fragen, was denn eigentlich das Wesen der „Wirtschaft“ oder des „Volkes“ oder der „Wissenschaft“ sei. Sie fühlen sich als Neuerer und bemerken nicht, daß sie einen uralten Irrtum als Epigonen weiterschleppen. Entsprechen ihre Thesen der Zeitströmung, so haben sie vorübergehend Erfolg. Bald werden sie aber wieder durch neue Sektenführer ebenso verdrängt, wie sie die alten verdrängt haben. Nomina sunt odiosa. Die Kämpfe der Sekten untereinander werden mit der Erbitterung von Glaubenskämpfen geführt. Worte und Definitionen werden zu Schlagworten, die Atmosphäre der Wissenschaft wird verpestet, und mit Recht schüttelt der Nicht-Nationalökonom über den unerfreulichen Tumult der Personen und der „Systeme“ den Kopf. Darüber ist schon oft geklagt worden. Um aber das Übel der Sektenbildung auszurotten, müssen wir wissen, wo h e r es kommt. Es entsteht — so erkennen wir jetzt — aus dem begriffsnationalökonomischen Grundirrtum. Und erst dann wird es verschwinden, wenn dieser Irrtum ausgerottet ist⁹.

2. „Die Welt der Erscheinungen kann unter zwei wesentlich verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Entweder sind es die konkreten Phänomene in ihrer Stellung in Raum und Zeit und in ihren konkreten Beziehungen zueinander oder aber die im Wechsel dieser letzteren wiederkehrenden Erscheinungsformen, deren Erkenntnis den Gegenstand unseres wissenschaftlichen Interesses bildet. Die erstere Richtung der Forschung ist auf die Erkenntnis des Konkreten, richtiger des Individuellen, die letztere auf jene des Generellen der Erscheinungen gerichtet,

und es treten uns demnach, entsprechend diesen beiden Hauptrichtungen des Strebens nach Erkenntnis, zwei große Klassen wissenschaftlicher Erkenntnisse entgegen, von denen wir die ersteren kurz die individuellen, die letzteren die generellen nennen werden." Carl Menger leitete seine berühmten Untersuchungen über „Die Methode der Sozialwissenschaften“ (1883) mit diesen Sätzen ein, welche die Quintessenz des ganzen Werkes zum Ausdruck bringen. Den beiden Erkenntniszielen müssen nach seiner Ansicht zwei völlig verschiedene Betrachtungsweisen entsprechen, also auch zwei Arten von Wissenschaften: Die historische Nationalökonomie hat „die Erkenntnis der konkreten Erscheinungen in ihrem individuellen Zusammenhange“ zur Aufgabe, die theoretische Nationalökonomie indessen die „Gesetze ihrer Aufeinanderfolge“, „das generelle Wesen des Tausches, des Preises, der Bodenrente, des Angebots, der Nachfrage“.

Es steht hier nicht zur Diskussion, wieweit diese Spaltung der Nationalökonomie — und nicht nur der Nationalökonomie — schon vor Menger in der faktischen Entwicklung der nationalökonomischen Forschung vorbereitet war, wie sie sich in der Nationalökonomie auswirkte und wie sie sich zur Rickert-Windelbandschen Wissenschaftslehre verhält. Wichtig ist hier nur ein Punkt: Ob beeinflusst oder unbeeinflusst von Menger — tatsächlich hat sich eine Spaltung von theoretischer und historischer Forschung in der Nationalökonomie vollzogen. Menger stellt prinzipiell dar, wie viele Nationalökonomien ihre Forschung betreiben. Ein „Dualismus“ hat sich in weiten Kreisen der Nationalökonomien durchgesetzt. „Ziel und Erkenntnisobjekt der theoretischen Wissenschaften ist das Allgemeine, das Generelle der Erscheinungen, Ziel und Erkenntnisobjekt der historischen Wissenschaften sind die individuellen oder besonderen Züge und Merkmale der Erfahrungswelt. Beide Erkenntnisziele sind insbesondere in bezug auf die Volkswirtschaft in gleicher Weise berechtigt.“ „Diese beiden Arten von Wissenschaften unterscheiden sich durch das

grundsätzlich verschiedene Verhältnis, in welchem ihr Inhalt zur empirischen Wirklichkeit steht. Die theoretischen Wissenschaften entfernen sich mit jedem Schritte, den sie zu ihrer Vervollkommenung tun, immer weiter von der empirischen Wirklichkeit, während die historischen in ihrem Fortschreiten der überall individuell gegebenen Wirklichkeit sich immer mehr anzunähern suchen" (A. Amonn). Anders formuliert: Der Theoretiker überläßt das Historisch-Individuelle dem historischen Nationalökonom und der historische Nationalökonom dem Theoretiker das Generelle. Jeder sucht auf seinem Wege zu seinem eigenen Erkenntnisziel zu kommen.

Nur durch volle Erkenntnis des schweren Schadens, den dieser Dualismus angerichtet hat und anrichtet, kann er überwunden werden. — Die neuere Wissenschaftstheorie ist bekanntlich den Spuren Mengers, Rickerts und Windelbands nicht gefolgt; sie erkennt die Spaltung der Wissenschaften mit angeblich verschiedenen Erkenntniszielen nicht an. Denn es gibt nur eine reale Welt. Und die Erkenntnis dieser einen Welt mit ihren großen Problemen ist das Ziel aller Wissenschaften. Die Spaltung ist eine literarische, die in Büchern eine Rolle spielt, aber keine faktische, die für die Welt selbst Bedeutung besitzt. — Aber lassen wir diese wissenschaftstheoretisch-philosophische Kritik des „Dualismus“ beiseite. Beschränken wir uns ganz auf die wirtschaftlichen Probleme.

Hier gilt der Satz: Soweit mit der Spaltung von theoretischer und historischer Nationalökonomie Ernst gemacht wird, fallen die Probleme ungelöst zu Boden. Es kommt nicht zu wissenschaftlicher Erfahrung, und die Wissenschaft verfehlt ihren Zweck. Ein Beispiel: Wir erlebten die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 und in ihr den Zusammenbruch zahlreicher Währungen. Daraus entstanden wichtige wissenschaftliche Probleme: Wie kam es zu dem schweren Sturz der Preise, zu der Arbeitslosigkeit und der Produktionsschrumpfung? Nach dualistischem Verfahren

beschreibt der historische Nationalökonom die Tatsachen in Deutschland, England und anderen Ländern, schildert das Schicksal der deutschen Währung in diesen Jahren, stellt die Arbeitslosigkeit fest und schildert das Ergehen der Landwirtschaft, Eisenindustrie, Kohlenindustrie usw. Er beschreibt also das Konkrete. Der theoretische Nationalökonom entfaltet Geldtheorien, Lohntheorien und Theorien über Lenkung der Produktion. Er widmet sich also dem Generellen. — Was ist am Ende erreicht? Sehr wenig. Die gestellten Fragen sind nicht gelöst: Nämlich die Fragen nach den Ursachen des Preissturzes, der Arbeitslosigkeit und des Produktionsrückganges in Deutschland und in England und in anderen Ländern während dieser Zeit. Die Hauptsache fehlt also. Der konkrete Wirtschaftsablauf ist nicht — weil nicht in seinen Zusammenhängen — erkannt. Menger spricht davon, der historische Nationalökonom solle „die konkreten Beziehungen zueinander“ feststellen. Das vermag er nicht. Wie soll er denn die Zusammenhänge von Preisrückgang, Arbeitslosigkeit und Produktionsschrumpfung sowie die konkreten Ursachen aller dieser konkreten Erscheinungen mit seinen historischen Methoden finden? Er sieht ein Nebeneinander von Tatsachen, deren Zusammengehörigkeit mit seinen Forschungsmitteln unerkennbar bleibt. Und zu was ist eine Theorie nütze, die das Generelle der Erscheinungen des Geldes, des Arbeitsmarktes und der Produktion zu erforschen sucht, aber nicht auf die Erkenntnis der realen Welt ausgerichtet ist? *L'art pour l'art*. Es besteht ein unfruchtbares Nebeneinander, und beide Wissenschaften — historische und theoretische Nationalökonomie — scheitern vor einem solchen lebenswichtigen Problem.

Ein zweites Beispiel: Kartelle und Kartellpolitik sind in Deutschland seit Ende des vorigen Jahrhunderts im Ablauf des Wirtschaftsprozesses wichtig geworden. Die Wissenschaft war bemüht, die Kartelle zu beschreiben, ihre Gründung, ihre Schicksale, die Auswirkungen von Außen-seitern und Abnehmern darzustellen. Sie schilderte also die

konkreten Erscheinungen. Daneben besitzen wir eine Monopoltheorie, die die generellen Zusammenhänge zu erforschen sucht. Beide — Historie und Theorie — gehen nebeneinander her, und nur wenige Nationalökonomien sind bemüht, beide zu verbinden. Gerade weil aber das Zusammenwirken fehlt, ist die wissenschaftliche Behandlung konkreter Kartellfragen meist unbefriedigend. Denn erst in der Verbindung von beiden entsteht die wissenschaftliche Erkenntnis der konkreten, von den Kartellen ausgehenden Wirkungen und der Faktoren, von denen die Kartellbildung abhängt, im Ganzen also der realen Zusammenhänge dieses Sachgebiets.

Neben diesen beiden Beispielen ließen sich alle diejenigen Fälle und Fragen aufführen, die wir im ersten Teil nannten und aus denen hervorging: Es gibt keine Erkenntnis des wirtschaftlichen Alltags, wenn nicht geschichtliche Anschauung und theoretisches Denken ineinandergreifen. Ohne Verbindung von beiden kann man nicht die scheinbar einfachste konkrete Frage lösen — nicht einmal die Frage, warum dieses Feld mit Weizen bebaut wird.

Das alles muß mit besonderem Nachdruck gesagt werden, weil sich die Kluft von geschichtlicher und theoretischer Forschung in den letzten Jahrzehnten immer weiter öffnete. Zwei Typen von Nationalökonomien stehen nebeneinander, die so verschiedene Sprachen sprechen, daß sie sich nicht mehr verstehen, und die beide für sich den wirklichen Wirtschaftsablauf nicht zu erkennen vermögen.

Vor allem sind es viele neuere Theoretiker, welche die Spaltung vergrößern, indem sie unter formaler Verfeinerung des theoretischen Apparats die Berührung mit den wirtschaftlichen und mit anderen geschichtlichen Tatsachen verlieren. — Die moderne ökonomische Theorie entstand aus dem Streben, die Wirklichkeitsfremdheit der damaligen Nationalökonomie zu überwinden. Wieser hatte ganz recht, wenn er sagte, daß historische Schule und moderne theoretische Nationalökonomie insofern nahe verwandt seien, als beide die „spekulative“ Theorie verwarfen

und zu den Tatsachen vordringen wollten. Die gleich elementaren Tatbestände sollten erneut analysiert und so die tatsächliche Wirtschaft erfaßt werden. Hierin bestand der entscheidende Impuls zur Schöpfung der modernen Theorie. Dieser Impuls ist zwar bei einigen Theoretikern noch weiter lebendig geblieben und hat die moderne Forschung zu neuen Erfolgen auch in den letzten Jahrzehnten geführt. Aber in vielen anderen Theoretikern ist er nicht mehr wirksam. Sie treiben tatsächlich Theorie, indem sie „sich mit jedem Schritte immer weiter von der empirischen Wirklichkeit entfernen“. Von einem der Schöpfer der modernen Theorie, Marshall, sagt Keynes einmal: „Er wollte die große Werkstatt der Welt betreten, er wollte ihr Brausen hören und die verschiedenen Töne unterscheiden, er wollte die Sprache der Praktiker sprechen — und doch alles mit den Augen eines sehr klugen Engels betrachten. — So bemühte er sich darum, in nahe Berührung mit dem praktischen Geschäftsleben und mit dem Leben der Arbeiterklasse zu kommen.“ Und Keynes hat leider recht, wenn er hinzufügt: „Das Alles fühlte er mit einer Stärke, die nicht alle seine Schüler verstehen.“

Der Stachel konkreter Probleme und die Wucht geschichtlicher Tatsachen werden von vielen Theoretikern nicht mehr empfunden. Die zunehmende Mathematisierung der ökonomischen Theorie wirkt in gleicher Richtung — obwohl sie nicht so wirken müßte. Ihre Ansätze haben oft, bei formal-logischer Richtigkeit, mit der realen Wirtschaft wenig oder nichts zu tun. Damit ist nicht selten ein Verfall des eigentlich ökonomisch-theoretischen Denkens verbunden, das die Klassiker besser meisterten als viele moderne Theoretiker. Die Tendenz des reinen Denkens, sich vom konkreten Gegenstand zu entfernen, macht sich heute stark bemerkbar; die Sorglosigkeit, mit der geschichtliche Tatbestände ignoriert und den Historikern überlassen werden, ist nicht selten erstaunlich. Hier liegt einer der Gründe, warum die nationalökonomische Theorie in der Erklärung der aktuellen konkreten Probleme nicht das leistet, was sie

leisten sollte, und warum dem Anschwellen der theoretischen Literatur der Ertrag nicht entspricht. Eine Neubesinnung ist nötig. Sonst erfolgt eine Reaktion zu einem Empirismus, der einfach nach der Beschreibung recht vieler Tatsachen ruft, wie dies z. B. deutlich in Amerika zu beobachten ist. Aber die Besinnung sollte nicht im Sinne eines solchen Empirismus erfolgen, der die Wirklichkeit in ihren Zusammenhängen auch nicht zu fassen vermag, sondern im Sinne einer Nationalökonomie, welche die Antinomie erkennt und überwindet¹⁰.

3. Daß der Dualismus von theoretischer und historischer Nationalökonomie die Gefahr heraufbeschwört, die wirkliche Wirtschaft aus dem Griff zu verlieren, ist frühzeitig empfunden — allerdings nicht klar begründet worden. Schon Schmoller kritisierte die Mengersche These von den beiden Erkenntniszielen und meinte, die Scheidung der Erkenntnisrichtungen sei zwar unzweifelhaft von einer gewissen Berechtigung, „aber dieser Gegensatz“ dürfe „nicht als eine unüberbrückbare Kluft aufgefaßt werden“. Schmoller und viele andere ihm nahestehende Nationalökonomien wollten und wollen eine Nationalökonomie. Insoweit müssen wir ihnen durchaus zustimmen.

Aber es fragt sich, wie sie es wollen und ob sie die Fähigkeit gezeigt haben, die wirkliche Wirtschaft in ihren Zusammenhängen tatsächlich zu erfassen. Wiederum handelt es sich nicht um eine Person, sondern um eine Forschungsrichtung und um eine bestimmte Art wissenschaftlichen Denkens, die weit über die Wissenschaft hinaus festen Fuß gefaßt hat.

„Die deskriptive Wissenschaft liefert die Vorarbeiten für die allgemeine Theorie; diese Vorarbeiten sind um so vollendeter, als die Erscheinungen nach allen wesentlichen Merkmalen, Veränderungen, Ursachen und Folgen beschrieben sind“, sagte Schmoller in seiner Diskussion mit Menger. Es sei infolgedessen nötig, „daß zunächst und vor allem die Beobachtung vermehrt, verschärft, verbessert wird, daß

mit Hilfe umfangreicheren und besseren deskriptiven Erfahrungsmaterials aller Art die Klassifizierung der Erscheinungen, die Begriffsbildung verbessert, die typischen Erscheinungsreihen und ihr Zusammenhang, die Ursachen in ihrem ganzen Umfang klarer erkannt werden, Es ist keineswegs eine Vernachlässigung der Theorie, sondern der notwendige Unterbau für sie, wenn in einer Wissenschaft zeitweise überwiegend deskriptiv verfahren wird". — Danach handelten und handeln die empiristischen Nationalökonomien in allen Ländern stets — ob sie nun mehr Tatsachen der Vergangenheit oder der Gegenwart mit Worten beschreiben, oder ob sie als Statistiker die Tatsachen durch Zahlen zu schildern versuchen. Die gewaltige Menge von Arbeiten über einzelne Handwerkszweige der Vergangenheit und Gegenwart, über Industriezweige, über einzelne industrielle Werke, über die Landwirtschaft oder über die sozialen Verhältnisse in gewissen Ländern sind von dem Gedanken getragen, durch Sammlung und Klassifizierung von Tatsachen und durch Beschreibung von einzelnen wirtschaftlichen Situationen schließlich zu einem Gesamtbild, das Theorie genannt wird, zu gelangen. So hofft der Empirismus zur Erkenntnis der konkreten Wirtschaft zu kommen. Er will „realistisch“ sein.

Indessen lehrt die Wissenschaftsgeschichte — und zwar nicht nur der Nationalökonomie —, daß dem Empirismus die Erkenntnis der Wirklichkeit mißlingt. Man braucht nur an das Schicksal der deutschen historischen Schule zwischen 1870 und 1930 zu denken, die aus dem berechtigten Streben entstand, energisch in die wirtschaftliche Wirklichkeit einzudringen, und die in Wahrheit Generationen von Nationalökonomien schuf, denen gegenüber die Klage über Wirklichkeitsfremdheit Berechtigung besitzt — weit größere Berechtigung jedenfalls als gegenüber der Klassik. Das ist kein Zufall. Nicht etwa die mangelhafte Durchführung des empiristischen Programms führte zu seinem Scheitern, sondern dem Empirismus muß die Wirklichkeitserkenntnis mißglücken. — Warum?

Erstens: Die wirtschaftliche Wirklichkeit, wie die wirkliche Welt überhaupt, kann nur der Fragende erkennen. Sammlung von Material und Beobachtung der Fakten kann nur sinnvoll erfolgen, wenn zunächst bestimmte Probleme gestellt sind. Fragend, fortwährend Probleme stellend muß der Historiker, der etwa die deutsche Geschichte im Zeitalter Bismarcks untersucht, vordringen. Häufung von Material ist wenig sinnvoll und eröffnet keinen Blick auf die Motive der Handelnden und die Zusammenhänge der geschichtlichen Wirklichkeit. — Der Botaniker erfaßt dadurch die wirkliche Pflanze, daß er sie fragend untersucht: Wie ist ihr Aufbau? Wie vollzieht sich die Ernährung? Wie die Fortpflanzung? Bei bloßer Beschreibung der Pflanze bietet er ein bloßes Nebeneinander von Tatsachen. — Ebenso der Nationalökonom. Erfahrungsmaterial ist nicht Erfahrung. Wird etwa die Wirtschaft eines Gebirgstals untersucht, so kommt er der Wirklichkeit nicht dadurch nahe, daß er Material über Land und Leute oder über geologische, technische, geographische, rechtliche, politische und wirtschaftliche Tatsachen sammelt. Er muß fragend vorgehen: Warum sind gerade hier Baumwollspinnereien und -webereien entstanden? Warum sind die Löhne verhältnismäßig niedrig? Warum herrschen in der Landwirtschaft Klein- und Kleinstbetriebe vor? Warum sind die Erträge der Holzwirtschaft gering? Aus der Alltagserfahrung wachsen diese Fragen heraus. Im Suchen nach der Antwort hat er begründete Aussicht, ein Bild von der Wirtschaft dieses Gebirgstals zu erhalten, wobei im Zuge der Forschung immer neue Probleme entstehen.

Aber der Empirismus verfehlt — wie aus ungezählten Werken seiner Richtung hervorgeht — diesen Weg. Er will die Wirklichkeit, wie sie ist, in ganzer Breite auf sich wirken lassen und beobachten, schildern, beschreiben; er will Material über Klima, Boden, Volk, Recht und Wirtschaft häufen. Das Problem steht für ihn nicht am Anfang.

Zweitens: Um nun die gestellten Fragen beantworten zu können, bedarf man — wie sich zeigte — des Instrumentes

der Theorie. Auch diese verkennt der Empirismus. Er weist der Theorie eine ganz andere Funktion zu. Von der Sammlung der Tatsachen ausgehend, und nach Erkenntnis ihrer Zusammenhänge soll die Wissenschaft allmählich zur Theorie vordringen. Schmoller spricht vom Drang aller Wissenschaft, „mit der Zeit möglichst deduktiv zu werden“, und wendet sich dagegen, das Individuelle oder Besondere in den Sozialwissenschaften zu überschätzen. Ein allgemeines Bild der Wirtschaft sei also möglich und nötig. Dieses Bild gebe die Theorie. Sehr kennzeichnend sind die Worte, die er in der Vorrede zum hundertsten Band seiner „Forschungen“ schrieb: „Wirtschafts- und verwaltungsgeschichtliche Arbeiten herrschen vor; der theoretischen Nationalökonomie gehört kein einziges Heft an. Meine Gegner werden sagen, weil ich sie nicht schätze; ich antworte, weil ich sie zu hoch stelle.“

Wer also meint, Schmoller und seine Anhänger seien nicht Gegner, sondern Freunde der „Theorie“, hat recht. Nur muß Klarheit darüber bestehen, daß diese „Theorie“ des Empirismus etwas völlig anderes ist als die Theorie, die notwendig ist, um zu wissenschaftlicher Erkenntnis zu kommen. — Von vornherein die Probleme des Wirtschaftsprozesses in allgemeiner Form zu stellen und ihre theoretische Behandlung einzuleiten, ist, wie sich zeigte, nötig, um die Zusammenhänge der Wirtschaft zu finden. Wenn etwa der Verlauf der Dollarentwertung während und nach dem amerikanischen Bürgerkrieg oder der deutschen Markentwertung zwischen 1914 und 1923 erklärt, der Zusammenhang zwischen Wechselkursverschlechterung, Steigerung der Warenpreise und Löhne, Verschiebungen der Produktion, der Außenhandelsbeziehungen und der Geldmenge erkannt werden soll, so ist hierfür Gewinnung und Anwendung theoretischer Sätze notwendig. Der Empirismus aber glaubt, durch Beschreibung der Tatsachen die Zusammenhänge der Tatsachen finden und schließlich nach zahlreichen Beschreibungen einzelner Geldentwertungen zu einer „Theorie“ vordringen zu können. Die Mißerfolge sol-

cher Versuche erklären sich daraus, daß alle Feststellungen über Warenpreise, Geldumlauf, Außenhandel, Staatsverschuldung, Produktionsverlauf der Landwirtschaft und Industrie in Amerika und in Deutschland während dieser Jahre den Zusammenhang der Tatsachen nicht erkennen lassen. Schmollers Forderung also, daß die Wissenschaft v o r Erarbeitung einer Theorie die Erscheinungen nach Ursache und Folge beschreiben solle, ist völlig undurchführbar. Es fehlt dazu das unentbehrliche Instrument. So erklärt es sich, daß die empiristische Nationalökonomie einen Haufen von Tatsachen gesammelt, aber nicht die wirtschaftliche Wirklichkeit in ihrem Zusammenhang erkannt hat.

D r i t t e n s : Die „Theorie“ aber, die nach Schmollers Worten „aus der Empirie des tausendfach verschiedenen Laufes der Tages- und Geschichtsereignisse zum Allgemeinen und Typischen sich erhebt“, ist eine Fata Morgana. Sie soll eine Schilderung des K o n k r e t e n sein und doch a l l g e m e i n e n Charakter tragen. Dieses „theoretische“ Bild soll die wichtigsten natürlichen, politischen, wirtschaftlichen, technischen Tatsachen in Deutschland, England, Amerika zu verschiedenen Zeiten in sich schließen und doch allgemein sein. Vergeblich fragt man sich, welchen Sinn ein solches unhistorisches und damit unrichtiges Bild der Wirklichkeit haben soll — ein Bild, das nie gemalt worden ist und nie gemalt werden k a n n. Die Forderung, eine solche Theorie zu schaffen, zeigt zugleich, daß die große Antinomie nicht erkannt und daß der Sinn wahren theoretischen Denkens nicht verstanden wurde. In Zeiten der empiristischen Nationalökonomie mußte —trotz aller freundlichen Worte über die Theorie — der Zweck echter theoretischer Forschung mißverstanden werden und die Fähigkeit, theoretische Analysen durchzuführen, verfallen.

Aus alledem ergibt sich, warum es dem Empirismus jeder, auch statistischer Art mißlingen mußte und mißlingen wird, in die konkrete Wirklichkeit einzudringen und sie in ihren Zusammenhängen zu erkennen. Die Blindheit gegenüber

dem ökonomischen Gesamtzusammenhang, von dem faktisch jede wirtschaftliche Tatsache nur ein Teilhergang ist, kennzeichnet alle seine älteren und seine heutigen Vertreter. Insofern bedeutet sein Vordringen stets einen Rückfall hinter die klassische Nationalökonomie. Er kann über eine Sammlung unanalysierter Tatsachen nicht hinausgelangen; sein Sehen und Denken ist punktuell und infolge Verkennung des Sinnzusammenhangs, in dem alles Wirtschaften steht, „unrealistisch“. — Da aber sichere Antworten auf die aufgeworfenen Fragen von ihm nicht gegeben werden können, ist er immer wieder auf die Erklärungsversuche der Alltagserfahrung angewiesen. Daraus ergibt sich die Unsicherheit und Haltlosigkeit vieler empiristischer Nationalökonomien gegenüber den Meinungen und Ideologien von Interessenten¹¹.

So verschieden die vier skizzierten nationalökonomischen Gedankenrichtungen sind und so verschieden auch ihr wissenschaftlicher Rang ist — die große Antinomie wird von ihnen allen nicht oder nicht voll erkannt. Ausgehen von der großen Antinomie liegt aber bei einem weiteren Verfahren vor, das gerade deshalb berechtigten Anspruch auf besondere Beachtung erheben kann.

ZWEITES KAPITEL

Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsstile

I. Das Verfahren

Der Grundgedanke ist überaus einfach und dadurch eindrucksvoll. Man sucht „Phasen“, „Stadien“, „Stufen“ alles geschichtlichen Werdens festzustellen und will für jede einzelne Phase oder Stufe eine Theorie entwerfen, die den wirtschaftlichen Alltag nur eben für diese Phase oder Stufe erklären und die nur für diese eine Stufe oder Phase Gültigkeit besitzen soll. So forderte z. B. Karl Bücher für seine drei Stufen der „Hauswirtschaft“, „Stadtwirtschaft“ und „Volkswirtschaft“, die nach seiner Meinung die zentral- und westeuropäischen Völker durchlaufen haben, je eine wirtschaftliche Theorie. „Die Aufstellung solcher Wirtschaftsstufen gehört zu den unentbehrlichen methodischen Hilfsmitteln“, so meinte er, „ja sie ist der einzige Weg, auf dem die Wirtschaftstheorie die Forschungsergebnisse der Wirtschaftsgeschichte sich dienstbar machen kann“.

Die Motive, aus denen heraus der ganze Komplex von Wirtschaftsstufen geschaffen wurde, waren im einzelnen sehr verschieden. Während des 19. Jahrhunderts entstanden sie aus der damaligen Leitidee aller Wissenschaften: der Idee der Entwicklung. List, Knies, Roscher, Hildebrand, Schönborg, Schmoller, Bücher, Sombart sind nur einige wenige Namen aus der großen Schar derer, welche in aller wirtschaftlichen Wirklichkeit einen Entwicklungsprozeß sahen. Knies spricht von einem Gesetz der Relativität, das sich durch alle Teile der politischen Ökonomie nach geschichtlicher Methode hindurchziehe. Alles ändere sich im Laufe der Entwicklung: der Mensch, die rechtlichen und wirt-

schaftlichen Institutionen, die Anwendbarkeit nationalökonomischer Ideen und die Berechtigung wirtschaftspolitischer Forderungen. Stets erschien deshalb die Tatsache der Entwicklung als die fundamentale Tatsache, die Untersuchung der Entwicklung als die fundamentale Aufgabe der Nationalökonomie. Sie wurde so 'aufgefaßt, wie es dem Geist der Zeit entsprach. Das heißt: Man glaubte, typische Grundformen oder Gesetzmäßigkeiten des Entwicklungsprozesses suchen zu müssen. „Die Gesetze, wonach sich die Völker im großen entwickeln“, sagte Roscher, „sind wohl ebenso gleichartig wie die Entwicklungsgesetze der Individuen“. Und diese regelmäßige oder gesetzmäßige Folge der Entwicklung — das war die Überzeugung — könne man nicht besser in den Griff bekommen als durch Stufenbildung. Frühzeitig weckten solche Entwicklungsschemen Kritik. Aber die Kritik blieb doch selbst an der Entwicklungsidee haften. „Mit Recht“, schrieb Knies schon 1852, „sind die ganz allgemeinen Schablonen über die ökonomischen Entwicklungsstadien der Völker, wie wir sie namentlich auch noch bei Friedrich List und den Nachfolgern desselben vorgeführt sehen, in Mißkredit gekommen; man mußte bald die abstrakte Grundlage derselben, den Fehlgriff der *petitio principii*, das Unfruchtbare der allgemeinen Formeln erkennen“. „Aber“, so fährt Knies warnend fort, „dringend möchten wir abwarnen vor einer Unterschätzung der Bedeutsamkeit der hier zu lösenden Aufgabe. Die Erforschung der geschichtlichen Entwicklung, die Gewinnung der Entwicklungsgesetze der Volkswirtschaft ist es gewiß allein, wodurch wir zum vollen Verständnis der ökonomischen Lage der Gegenwart, der Richtung, in der wir uns bewegen, gelangen können“. — Bücher hatte ganz recht, wenn er meinte, daß „eine einheitliche Auffassung vom gesetzmäßigen Verlaufe der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung“ der Stufenlehre zugrunde liege.

Im 20. Jahrhundert ist die Arbeit dieser Forschungsrichtung in ein neues, zweites Stadium getreten. Entsprechend der allgemeinen Bewegung in der Wissenschaft trat nunmehr

die Idee der Entwicklung etwas zurück. „Nicht auf die Folge der Stufen, auf ihre Zusammenhänge, auf die Entwicklung der einen aus der anderen ist das Augenmerk gerichtet. Erstrebt wird zunächst, die Verschiedenheiten des Wirtschaftslebens an sich einzufangen“ (Spiethoff). Vielleicht kann man das neue Stadium der Forschung das Stadium der Konstruktion von „Wirtschaftsstilen“ nennen. Man sucht etwa den Wirtschaftsstil oder die Wirtschaftstile der antiken oder der mittelalterlichen oder der neuesten Zeit zu bestimmen. Statt des Nacheinanders wird mehr das Nebeneinander gesehen. Gegenüber der älteren Wirtschaftsstufenforschung hat sich somit eine gewisse Verschiebung in der Zwecksetzung vollzogen. Im übrigen will man nicht — wie die Stufenbildner es taten — aus einer Gesamtansicht des ganzen europäischen Geschichtshergangs, sondern aus der Untersuchung einzelner Epochen und Völker, also gleichsam von unten her, zu den Stilen gelangen. Es sollen so viele Wirtschaftsstile gebildet werden, daß die geschichtliche Wirklichkeit ausgeschöpft ist. Diese Verschiedenheiten von Stufen und Stilen mögen unter einigen Gesichtspunkten interessant sein; nicht entscheidend sind sie für die Frage, die hier im Mittelpunkt steht. Beide, Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsstile, sind Querschnitte durch das geschichtliche Werden der Wirtschaft. Oder wie Spiethoff sagt: „Stile und Stufen werden unter verschiedener Zwecksetzung gebildet. Aber das Ergebnis der geschaffenen Stufen dient sachlich dem Ziel der Stilbildung in weitestgehendem Maße. Das Mittel für die Erreichung beider Zwecksetzungen ist im wesentlichen dasselbe: Querschnitte des geschichtlichen Wirtschaftslebens“. So ähneln sich denn auch die Ergebnisse der Stil- und der Stufenbildung sehr. Die Stil-Reihe „Hauswirtschaft“, „Stadtwirtschaft“, „Landschaftswirtschaft“ und „Volkswirtschaft“, die z. B. Spiethoff vorschlägt, unterscheidet sich nicht nennenswert von einigen älteren Stufen-Konstruktionen. Ob „Stufen“ oder „Stile“ — alle Querschnitte sollen dazu dienen, um die große Antinomie zu überwinden. Das wird

von ihren Schöpfern mehr oder weniger klar gewollt. Sie sollen das Fundament theoretischer Analyse bilden. Und zwar ein realistisches Fundament. Denn jeder dieser Typen soll ein Abbild der geschichtlichen Wirklichkeit sein. Die Typen sollen Gemälde darstellen — Gemälde, welche das Einzelne zurücktreten lassen, um dadurch die wesentlichen Züge der konkreten, geschichtlichen Wirtschaft noch deutlicher sichtbar zu machen. Einzelheiten überläßt man der Wirtschaftshistorie. — „Nicht in ihrer abstrakten gedanklichen Form, sondern in ihrer konkreten historischen Bestimmtheit“ sollen die „Wirtschaftssysteme“ Sombarts die Wirtschaft erfassen. Das Wirtschaftssystem des „Kapitalismus“ etwa soll konkretes wirtschaftliches Leben wiedergeben. Bücher war sich wohl bewußt, daß in die heutige Zeit der „Volkswirtschaft“ noch Elemente der „Stadtwirtschaft“ und der „Hauswirtschaft“ hineinragen. Aber — so sagte er — es herrsche eine Art des Wirtschaftens vor, nämlich die volkswirtschaftliche. Sie sei in den Augen der Zeitgenossen das Normale, und eben dieses Normale beschreibe die Wirtschaftsstufe „Volkswirtschaft“. — Und nun eröffnet sich eine weite und lockende Perspektive. Für jede Stufe und jeden Stil ist eine Theorie zu schaffen: eine zeiteigene, zeitgebundene, geschichtliche Theorie von zeitlich beschränkter Gültigkeit. Das forderten schon die Älteren. Knies erklärte, jeder Stufe der Wirtschaft entspreche eine Stufe der Theorie. Der „Absolutismus“ der Klassik sei damit überwunden; die Klassik möge für ihre Zeit mit ihren Institutionen Recht gehabt haben; aber ihre weitergehenden Ansprüche seien unberechtigt. — Die Heutigen wollen im wesentlichen nichts anderes. Wie immer die Stufen oder Stile im einzelnen aussehen, ob man die Reihe: „frühe Eigenwirtschaften“, „Handwerk“, „Kapitalismus“ oder die Reihe: „Hauswirtschaft“, „Stadtwirtschaft“, „Landschaftswirtschaft“, „Volkswirtschaft“ verwendet — stets entsteht die Aufgabe, für jede Wirtschaftsstufe oder jeden Stil eine Theorie zu bilden. Da jede Stufe und jeder Stil ein Abbild der Wirklichkeit sein soll, wird die auf ihr aufbauende Theorie von Salin, Spiet-

hoff und vielen anderen Neueren „anschauliche Theorie“ genannt. Ihr sucht man bisweilen eine Theorie von der „zeitlosen“ Wirtschaft oder eine „formale“ Theorie vorzuschicken, die Erscheinungen erklären soll, welche dem geschichtlichen Wandel nicht unterworfen sind. Aber die meisten wirtschaftlichen Erscheinungen sind wandelbar und ihnen will man durch die anschauliche Theorie nahekommen. Wie auch die Ausprägung solcher Gedanken im einzelnen sein mag: Ein Weg zur Überwindung der Antinomie scheint gewiesen, der Gegensatz von Historie und Theorie beseitigt, die Erfassung der wirtschaftlichen Wirklichkeit gesichert zu sein.

Weit über den Kreis der eigentlichen Stufen- oder Stilbildner hinaus ist diese Auffassung verbreitet. Es ist auch nicht etwa eine Meinung, die auf Vertreter der „Historischen Schule“ und eine Reihe von Wirtschaftshistorikern beschränkt ist. Daß man durch Ziehen von Querschnitten die geschichtliche Mannigfaltigkeit theoretischer Behandlung zuführen könne, ist eine Auffassung, die — unbeschadet aller Variationen im einzelnen — von vielen geradezu als selbstverständlich hingenommen wird. Diese Idee stellt die Lösung der Antinomie dar. Auch die nationalökonomischen Theoretiker, die sich geschichtlich besinnen, sehen meist in der Untersuchung der Wirtschaftsstufe oder des Wirtschaftsstils der Gegenwart ihre Aufgabe. Und selbst solche Theoretiker, die von der Vielfältigkeit geschichtlichen Werdens gänzlich unberührt bleiben, würden wohl auf die Frage, was sie eigentlich untersuchen, antworten, daß sie die Wirtschaftsform der Jetztzeit oder des letzten Jahrzehnts oder des Kapitalismus zugrunde legten. Ändere sich die Gegenwart, so müsse sich eben die Theorie ändern. Der Zustand der jeweiligen Gegenwart sei eben stets besonders bedeutsam. Sie würden hinzufügen, daß in einer sozialistischen Wirtschaft die Theorie entsprechend geändert werden müsse, — wie sich z. B. nach den wirtschaftsverfassungsrechtlichen Umgestaltungen des Faschismus italienische Theoretiker darum bemühten, entsprechend

dem neuen Wirtschaftsstil eine neue, faschistische, der politischen Situation entsprechende Wirtschaftstheorie zu schaffen. Nur darin unterscheiden sich solche modernen Theoretiker von den Konstrukteuren der Stufen und Stile, daß ihr Interesse auf die Gegenwart und ihren Wirtschaftsstil stärker konzentriert ist und die Wirtschaft der Vergangenheit verhältnismäßig zurücktritt. Überall aber liegt die Vorstellung zugrunde, daß jede Zeit ihre Theorie und ihre Nationalökonomie verlangt und daß die Aufgabe der Nationalökonomie darin besteht, sich dem wirtschaftlichen Werden anzupassen¹².

Damit stehen wir vor einer großen Frage. Ist es möglich, auf diese Weise die Antinomie zu bewältigen und die wirtschaftliche Wirklichkeit zu erfassen? Den Weg zu beschreiten, liegt sehr nahe. Aber führt er zum Ziel? Nicht darum handelt es sich, ob diese oder jene Fassung der Stufen- und Stillehre gut oder schlecht, besser oder schlechter ist. Wir fragen also nicht, ob Sombarts oder Schönbergs oder Büchers oder Spiethoffs „Wirtschaftssysteme“ oder „Stufen“ oder „Stile“ brauchbar sind. Wir fragen viel radikaler. Ist es überhaupt möglich, auf diese Weise, d. h. durch Bildung von Querschnitten und Schaffung zeitgebundener Theorien zu wissenschaftlicher Erfahrung zu kommen? Wenn ja — gut. Dann haben wir in die Diskussion der Einzelfragen über die Konstruktion solcher Querschnitte einzutreten. Wenn nein — dann ist völlige Umkehr und Suchen eines neuen Weges nötig.

II. Kritik des Verfahrens -

Ein zweites Hauptproblem

Der Kritik sei eine Bemerkung terminologischer Art vorangeschickt, die aber nicht nur terminologisch wichtig ist. Man pflegt diese Wirtschaftsstufen oder Wirtschaftsstile „Idealtypen“ zu nennen. Zu Unrecht. Da durch solche Typen die reale Wirklichkeit in ihrer konkreten Gestalt wiedergegeben werden soll, gibt es für sie nur eine tref-

fende Bezeichnung: „Realtypen“. Der Realtypus „Stadt-
wirtschaft“ oder der Realtypus „Kapitalismus“ soll einen
realen Zustand der Wirtschaft eines Landes zu einer be-
stimmten Zeit darstellen. Ideale Typen oder Idealtypen sind
— wie der Name sagt — nicht Abbilder der realen Wirk-
lichkeit. Wie sie gewonnen werden, was sie sind
und wozu sie dienen, wird uns später im einzelnen
beschäftigen. In allem unterscheiden sie sich grund-
sätzlich von den Realtypen. Unsere Untersuchung wird
zeigen, ob und wie beide — Realtypen und Ideal-
typen — als Werkzeuge im nationalökonomischen Erkennt-
nisprozeß zu brauchen sind. Wie aber soll hierüber Klar-
heit geschaffen werden, wenn beide Arten von Typen
dauernd durcheinander geworfen, logisch ganz verschieden-
geartete Gebilde gleich benannt werden? Heute nennt man
sowohl Realtypen als auch die echten Idealtypen: Ideal-
typen. — Grün muß grün, rot muß rot genannt werden;
es geht nicht an, grün und rot zusammen grün zu nennen.
Genau so sind die beiden Arten von Typen auseinanderzu-
halten.

Der Gegensatz von Idealtypen und Realtypen wird erst im
Fortgang unseres Buches völlig klar zutage treten. Bereits
hier ist aber dieser Hinweis nötig, da nicht mit einer Begriffs-
apparatur gearbeitet werden kann, die sich bald als brü-
chig erweist. Allerdings: Dem Gehalt nach bleibt die nach-
folgende kritische Auseinandersetzung auch für denjenigen
gültig, der sich noch nicht entschließen kann, die alte,
schlechte Terminologie fallen zu lassen¹³.

*

Die Sache selbst bestimmt die Fragen, welche diesem Ver-
fahren gegenüber im einzelnen aufzuwerfen sind. Es will
geschichtliche Wirklichkeit durch Bildung von Wirtschafts-
stufen und Wirtschaftsstilen abbilden, und es will da-
durch ein Fundament für die theoretische Analyse
schaffen. Zwei Fragen erheben sich also: Kann durch diese
Typen die wirtschaftliche Wirklichkeit in Gegenwart und
Vergangenheit dargestellt werden (A und B)? Und zwei-

tens: Bieten diese Typen eine Grundlage, auf welcher die theoretische Untersuchung aufgebaut werden kann (C)?

Die erste, geschichtliche Frage spaltet sich — genau gesehen — wiederum. Wir sprachen gerade davon, daß es vor allem zwei Motive waren, welche die Konstrukteure solcher Typen zu ihrer Arbeit veranlaßten: Sie wollten mit ihnen die Folge der Entwicklung darstellen oder sie wollten, unter Zurückdrängung des Entwicklungsgedankens, nebeneinander stehende Typen bilden, die in der Wirtschaft verwirklicht waren und sind. Kann konkretes wirtschaftliches Werden durch eine Folge von Stufen dargestellt werden (A)? Und weiter: Ist, unabhängig davon, die Wiedergabe konkreter Wirklichkeit zu einer Zeit und in einem Lande jeweils durch einen solchen Typus möglich (B)? Die letztere Frage ist offensichtlich für uns die wichtigere.

A. Entwicklungsstufen

Die Frage, ob eine Wirtschaftsstufenreihe geschichtliches Werden darstellen könne, ist bereits entschieden. Sie ist zu verneinen.

1. Alle diese Stufenbildner des vergangenen Jahrhunderts gingen von einem bestimmten Umfang des Geschichtsbildes aus. Das 19. Jahrhundert sah als „Geschichte“ zunächst nur die letzten etwa dreitausend Jahre an und erweiterte dieses Bild mit den Entdeckungen und Entzifferungen in Mesopotamien und Ägypten später um einige Jahrtausende. Wohl beschäftigte man sich damals auch mit den sog. Naturvölkern und dem sog. Urzustand der Menschen, sowie mit deren Wirtschaft und Wirtschaftsformen. Aber den Beginn der eigentlichen Geschichte suchte man einige tausend Jahre vor Christi Geburt. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ist demgegenüber eine geradezu revolutionäre Erweiterung des Geschichtsbildes erfolgt. Unter Zusammenarbeit von Urgeschichtsforschung, Ethnologie und Geschichtsforschung hat sich der Horizont zeitlich um Hunderttausende von Jahren, räumlich auf die

ganze Erde erweitert. Die letzten Jahrtausende europäischer Geschichte erscheinen unter diesem wahrhaft weltgeschichtlichem Aspekt als ein kurzer, wenn auch einzigartiger Blitz, dessen Wirkungen noch nicht übersehen werden können. Was dem Historiker des 19. Jahrhunderts als das Ganze oder das allein Wesentliche erschien — eben diese letzten Jahrtausende Europas —, sehen wir nun als Teil eines gewaltigen Ganzen. Damit tritt auch der Unter-
gang von Kulturen, treten Rückbildungen und Überlagerungen viel deutlicher hervor, denen gegenüber die nicht umkehrbare Reihe der konstruierten Stufen völlig versagt. Und wenn auch das wirtschaftliche Ordnungsgefüge der schriftlosen Kulturen nicht genau festgestellt werden kann, so läßt sich doch deutlich erkennen, daß sie — in sehr verschiedener natürlicher, sozialer und politischer Umgebung — sehr verschiedenartig gewesen sein müssen. — Nun hat Bücher und haben die anderen Nationalökonom^{en} ihre entwicklungsgeschichtlichen Reihen nur auf den griechisch-europäischen Kulturkreis anwenden wollen. Aber die Enge der Begrenzung erschien ihm und seinen Zeitgenossen nicht so wesentlich, weil man glaubte, damit den Entwicklungsgang der eigentlichen Geschichte erklärt zu haben. Sobald aber das neue, erweiterte Geschichtsbild das alte verdrängt, wird die Begrenzung auf wenige Jahrtausende unserer wirtschaftlichen Kultur als entschiedener Mangel empfunden¹⁴.

2. Doch selbst für die drei Jahrtausende europäischer Wirtschaftsgeschichte, für die sie besonders geschaffen wurden, versagen alle solche Wirtschaftsstufen. Auch die begrenzte Gültigkeit, die sie beanspruchen, kommt ihnen nicht zu. Das ist ein weiterer, wichtigerer, durchschlagender kritischer Einwand. Gerade diejenigen geschichtlichen Tatsachenreihen, die sie erklären wollen, lassen sich nicht in Entwicklungsschemen pressen.

Ein Beispiel: Wir wissen heute, daß während des dritten und zweiten Jahrhunderts vor Christus die antike Wirtschaft in Ausbildung der wirtschaftlichen Institutionen,

Umfang des Fernhandels und Leistungsfähigkeit einen Höhepunkt erreichte. Vor allem in den östlichen Gebieten des Mittelmeeres, in den Diadochenreichen, hatte sich eine ungemein leistungsfähige, arbeitsteilige Wirtschaft entfaltet. Von dann ab sanken diese Länder, die allmählich im römischen Weltreich aufgingen, in einem langen Verfallsprozeß, den energische Belebungsversuche einzelner Kaiser nicht dauernd aufzuhalten vermochten, wirtschaftlich zurück. „Der Grundzug im Wirtschaftsleben des spätrömischen Reiches war die allmähliche Verarmung“ (Rostovtzeff). Würden wir etwa Hildebrands bekanntes Entwicklungsschema (Naturalwirtschaft — Geldwirtschaft — Kreditwirtschaft) auf diese lange Epoche unserer Kultur anwenden, so müßten wir es umdrehen, damit es nicht vollständig dem tatsächlichen Hergang widerspricht. Im 3. Jahrhundert vor Christus bestand im ptolemäischen Ägypten ein Bankwesen, also sog. „Kreditwirtschaft“, die im Verlauf der folgenden Jahrhunderte verkümmerte. Auch das römische Bankwesen des zweiten und ersten vorchristlichen Jahrhunderts verschwand in der Kaiserzeit. Aber bei einer Rückbildung von der „Kreditwirtschaft“ zur „Geldwirtschaft“ blieb es nicht. Im weiteren Verlauf der Geschichte, während der ersten Jahrhunderte unserer Zeitrechnung, brach auch die Geldwirtschaft zusammen. Im dritten nachchristlichen Jahrhundert war der Münzumsatz auf kleine Gebiete der Wirtschaft zurückgedrängt, und die sog. „Naturalwirtschaft“ wurde wieder zur normalen Form des Wirtschaftens. Hildebrand meinte, daß stets die höhere Form sich in allmählichem Übergang aus der niederen entwickle und daß das Alte allmählich vom Neuen besiegt werde. Das Gegenteil zeigte sich im Verlauf dieses halben Jahrtausends: Die primitivere Form löste die höhere ab. — Auch das Entwicklungsschema Büchers versagt und müßte umgestülpt werden, um nicht in allzu radikalen Widerspruch zu den Tatsachen zu geraten. In den hellenistischen Staaten des dritten vorchristlichen Jahrhunderts war die Stufe der „Volkswirtschaft“ erreicht. Während der nächsten Jahr-

hunderte begann der Rückbildungsprozeß. Der Handel verfiel, der Radius der Arbeitsteilung schrumpfte, und die Städte verkümmerten. Im Verlauf des dritten nachchristlichen Jahrhunderts kehrten die Bauern in den meisten Gebieten des weiten Reiches — soweit als irgend möglich — zur „Hauswirtschaft“ zurück, und fast jeder Hof deckte seinen Bedarf weitgehend durch Eigenproduktion. Wirtschaftliche Rückbildung, nicht „Entwicklung“ ist der Grundzug dieser fünfhundert Jahre. Kein kurzes Intermezzo, kein rasch überwundener Rückfall, sondern ein langwieriger Prozeß — so lang wie die Zeit von 1400 bis heute. Ein Verfallshergang von welthistorischer Wichtigkeit, der bis in unsere Tage weiterwirkt und der allein den Irrtum der Entwicklungslehre und der Stufenlehre aufweist¹⁵.

Noch näher liegt uns ein zweiter Fall jahrhundertelanger, schmerzhafter, bis heute wirkender Rückbildung, der die Entwicklungsstufenlehre ebenfalls ad absurdum führt: Die weit verbreitete Meinung, aus der mittelalterlichen „Stadtwirtschaft“, die handwerklich für den lokalen Bedarf gearbeitet habe, habe sich die großräumige „Volkswirtschaft“ oder der „Kapitalismus“ geradlinig herausentwickelt, wird durch die Tatsachen widerlegt. Im Hoch- und Spätmittelalter bestand eine großräumige Arbeitsteilung, die Europa umspannte und bis nach Asien und Afrika hineinreichte. Organisatoren und Träger des wirtschaftlichen Lebens waren die Fernhändler, die oft zugleich als Verleger die abhängigen Arbeiter für sich arbeiten ließen. Die große Barchentproduktion z. B., die in oberdeutschen Städten wie in Regensburg, Augsburg und vor allem in Ulm erfolgte, brauchte Baumwolle, die aus Syrien und Cypern über Venedig kam, und wurde bis nach Spanien, Frankreich, den nord- und osteuropäischen Staaten abgesetzt. Wirtschaftlich und meist auch politisch war in der mittelalterlichen Stadt von Rang der Fernhändler — Verleger — Patrizier führend, dessen wirtschaftliches Wirkungsgebiet nicht die nähere Umgebung seiner Stadt, sondern der weite Raum Europas war. Die hohe Kultur der großen mittel-

alterlichen Stadt erwuchs nicht auf dem engen Boden einer lokalen Stadtwirtschaft. Und auch in den vielen tausenden kleinen Städten gab es keine Stadtwirtschaft. Sie waren zu klein, als daß sich in ihnen alle notwendigen Gewerbe hätten entwickeln können. Es waren Landstädte, die durch Lieferung agrarischer Produkte viele notwendige gewerbliche Erzeugnisse von fern her bezogen und so auch in die „Mittelalterliche Weltwirtschaft“, wie man übertreibend gesagt hat, einbezogen waren. Das Bild, wie es Bücher oder Schmoller oder Below oder Sombart von der hoch- und spätmittelalterlichen Wirtschaft zeichneten, hat sich als falsch erwiesen. „Gegen die Mitte des 15. Jahrhunderts ist eine weitgehende wirtschaftliche Einigung Europas vollzogen. Der Großteil der europäischen Länder steht in intensivem wirtschaftlichen Tausch- und Verkehrszusammenhang, und innerhalb des Gebildes, das sich als „europäische Wirtschaft“ ansprechen läßt, bestehen Teilgebiete besonders regen Tausches und besonders intensiver gegenseitiger Verflechtung, die sich in Produktion und Bedarf gegenseitig ergänzen: regionale Wirtschaftseinheiten und Marktgebiete.“ „Flandern wird zum Weltmarkt Europas; mittelmeeerisches, Nordsee-, Ostsee- und mitteleuropäisches System erfahren dort ihre Verknüpfung und Ineinanderordnung: England, der Niederrhein, Nordfrankreich, Oberdeutschland, das sächsische Gebiet und Ober- und Mittelitalien werden zu ausgeprägten Gewerbelandschaften als vorwiegende Sitze der auf Export gerichteten Textil-, Metallwaren- und Waffenproduktion“ (Clemens Bauer).

Im späten 16. Jahrhundert ging diese Epoche zu Ende. Der europäische Wirtschaftsraum wurde zerstückelt, die frühere großzügige Arbeitsteilung schrumpfte und mit ihr die vielen Produktionszweige, die von ihr abhingen. Es war vor allem die Bildung der modernen Staaten, welche diesen schmerzhaften und langdauernden Zerfallsprozeß erzwang. Mit seinen neuen Machtzielen sah der moderne Staat im Weltmarkt eine Arena für Kämpfe, die mit Einfuhrverboten, Prohibitivzöllen und anderen Waffen merkantilistischer

Handelspolitik geführt wurden. Im Westen Europas — in England, Frankreich, Spanien —, wo schon im 16. Jahrhundert die Schaffung umfassender absolutistischer Staaten gelang, blieben immerhin verhältnismäßig große Wirtschaftsräume übrig, die noch durch koloniale Eroberungen erweitert wurden. Anders in Deutschland, wo das alte Reich in zahlreiche Territorialstaaten zerfiel, oder in Italien. Bei Zersplitterung in kleinste Wirtschaftsräume war der Verkümmungsprozeß in Deutschland besonders stark und nachhaltig. Nicht etwa ein Aufstieg von der „Stadtwirtschaft“ zur „Territorialwirtschaft“ vollzog sich damals, sondern die Zerstörung einer europäischen Wirtschaftseinheit. Diesen Zusammenbruch der arbeitsteiligen europäischen Wirtschaft spürten besonders deren Hauptträger: die Städte. Die großen früheren Zentren des Handels und der gewerblichen Produktion, wie Brügge, Lübeck, Nürnberg, Venedig, verloren an Bedeutung. Augsburgs imposante Leistung zur Zeit der Fugger und Welser war mehr ein Ausklang als ein Anfang. Der wirtschaftliche, geistige und politische Horizont des Bürgertums wurde eng. Der vielgenannte „Frühkapitalismus“ des 16. Jahrhunderts war in Wahrheit die Spätzeit einer Wirtschaftsperiode. Wiederum war der Rückbildungsprozeß keine kurze Episode, sondern ein lang dauerndes, weltgeschichtliches Ereignis, ohne dessen Verständnis gerade die deutsche politische und wirtschaftliche Entwicklung auch des 19. Jahrhunderts und das deutsche Leben der Gegenwart nicht verstanden werden kann. „Im Hinblick hierauf ist es aber um so notwendiger, gerade auch für die deutsche Geschichtsdarstellung, wieder zu einer unbefangenen Wertung der früheren Jahrhunderte zu kommen, sich freizumachen von jener Pseudoentwicklungsgeschichte, die da meint, weil es um 1700 klein aussah mit Wesen und Geist der deutschen Wirtschaft, müsse vorher alles noch kleiner gewesen sein. Gerade nach dieser Richtung haben die bekannten Stufentheorien besonders schädlich gewirkt“ (Rörig)¹⁶.

Es ist eben nichts mit allen Entwicklungs- und Fortschritts-schemen, von wem auch immer sie stammen. Wenn Schmoller meinte, daß im Zuge der Entwicklung die wirtschaftlich zusammenwirkenden Körper nach bewohnter Fläche und Menschenzahl sukzessive größer würden, so übersah er die langen und wesentlichen Epochen der Rückbildung. Und auch Sombart irrte, wenn er eine allmähliche Entwicklung von der Eigenwirtschaft des Frühmittelalters über das Zeitalter handwerksmäßiger Wirtschaft zum modernen Kapitalismus feststellen wollte. Die Grundkonzeption ist verfehlt. Solche Entwicklungsdoktrinen und Stufenlehren wirken wie ein optisches Glas, welches das Bild der Gegend verzerrt und welches wir weglegen müssen, um die Landschaft zu sehen, wie sie ist.

B. Wirtschaftsordnung - nicht Wirtschaftsstil

Ranke verlangt einmal, man solle jede Geschichtsepoche nicht nach dem beurteilen, „was aus ihr hervorgeht, sondern in ihrer Existenz selbst, in ihrem eigenen Selbst“. In der Tat, das sollten wir. Wer in der Geschichte nur Entwicklungslinien sucht, läuft Gefahr, in früheren Zeiträumen nur Vorläufer der späteren zu erblicken, das 14. als Vorläufer des 15. Jahrhunderts, das 18. als Vorläufer des 19. Jahrhunderts, nicht die einzelne Zeit und den einzelnen Mann und das geschichtliche Ereignis in ihrer Existenz selbst. Die Wirtschaftsstufenlehre wollte allerdings nicht nur die Entwicklung beschreiben, sie wollte auch das wirtschaftliche Sein einer Zeit auf einen Nenner gebracht darstellen: Die Wirtschaft des Altertums etwa als Oikowirtschaft, des Hoch- und Spätmittelalters als Stadtwirtschaft. So entsteht die Frage, ob das möglich ist. Und da die Lehre vom „Wirtschaftsstil“ in der Spiethoffschen Fassung das Entwicklungsmoment zurücktreten läßt, ist ihr gegenüber diese Frage die allein zulässige. Kann durch solche Realtypen wie „Eigenwirtschaft“ oder „Hauswirtschaft“ oder „Landschaftswirtschaft“ oder „Kapitalismus“ die Wirtschaftsform irgendeiner Zeit in ihrer konkreten histori-

schen Bestimmtheit abgebildet werden? Diese zweite Frage, die nunmehr beantwortet werden muß, ist radikaler als die erste. Denn sie fragt, ob durch die üblichen Typen *überhaupt* geschichtliches Leben verstehend geschildert werden kann.

Auch an dieser Stelle wäre es zwecklos, in methodischer Reflexion eine Antwort zu suchen. Man muß das Verfahren am Werke sehen, um die Frage zu lösen, und nur die Untersuchung der geschichtlichen Wirtschaft selbst kann die Entscheidung bringen.

1. Geschichtliche Tatsachen

Beginnen wir mit einigen Fällen aus der antiken und mittelalterlichen Welt. Und zwar greifen wir zunächst als Beispiel das römische Weltreich zur Zeit des Augustus heraus und hier wieder die beiden damals wirtschaftlich führenden Länder Ägypten und Italien. In Ägypten galt noch der uralte Grundsatz, daß der Boden dem Staate gehört, und daß die Bauern Staatspächter sind. In Zwangsverbänden organisiert arbeiteten die Fellachen unter Aufsicht und auf Befehl staatlicher Beamter. Nur mit Erlaubnis der Regierung durften sie Lebensmittel selbst verkaufen; sonst mußten sie die meisten Erzeugnisse an staatliche Vorrathshäuser abliefern, von denen sie weiter vertrieben wurden. Die ersten römischen Kaiser haben versucht, auch in Ägypten einen selbständigen privaten Grundbesitzerstand zu schaffen. Sie setzten damit die Ptolemäische Politik fort. Aber die Masse des Landvolkes lebte in den alten Bindungen der Staatshörigkeit weiter. Ebenso viele eingeborene Handwerker, Händler, Fuhrleute und Schiffer. Auch sie waren häufig in Zwangsverbänden zusammengefaßt, die staatliche Beamte leiteten. Neben diesem Sektor der gebundenen Fellachenvirtschaft nahm der andere, vorwiegend griechische Sektor mit dem Mittelpunkt Alexandria einen gewissen Raum ein. Da arbeiteten größere private gewerbliche Betriebe, Handelsfirmen mit weitreichenden Beziehungen und Schiffahrtsbetriebe. Zahlenmäßig aber war dieser verkehrswirt-

schaftliche Sektor klein im Vergleich zum alten, staatsmonopolistisch-zentralgeleiteten Sektor, der die Masse der Bevölkerung in sich schloß.

Ein gänzlich anderes Bild bot die Wirtschaftsordnung des damaligen Italien. In der italienischen Landwirtschaft hatten sich neben den altüberkommenen kleineren Bauernhöfen Großgüter und mittelgroße Betriebe entwickelt und nahmen den größten Teil der Fläche ein. In verschiedenem Ausmaß waren die Landwirte mit dem Markte verknüpft. Am wenigsten noch die alten kleinbäuerlichen Höfe, die z. B. Gewebe meist im Hause selbst erzeugten, aber andere Konsumgüter und landwirtschaftliche Geräte gegen Verkauf von Öl und Wein vom Händler und Handwerker erwarben. Noch mehr arbeiteten die mittleren und großen Betriebe für den Markt. Sie waren also enger in die Verkehrswirtschaft verflochten und spezialisierten sich stärker auf rationelle Herstellung absatzfähiger Agrarerzeugnisse. Im Gewerbe der Stadt herrschte der kleine und mittlere Betrieb vor, der teils freie und teils unfreie Arbeiter verwandte. Zunftähnliche Organisationen haben die Selbständigkeit der einzelnen Betriebe nicht regelmäßig beschränkt.

Im Laufe des ersten nachchristlichen Jahrhunderts verschwand in Italien der selbständige Bauer fast völlig. Zurückgedrängt wurde auch das mittelgroße und große, von Sklaven bearbeitete Gut, das für die vorige Epoche kennzeichnend war. Anstatt dessen wurde nunmehr der Boden Italiens von Kleinpächtern auf Gütern bebaut, die teils dem Kaiser, teils einer kleinen Schicht privater Eigentümer gehörten. Eine andere Form der Landbebauung mit neuen sozialen und wirtschaftlichen Problemen gab nun der Landwirtschaft und damit auch der ganzen Wirtschaft Italiens ihr Gepräge. Die Kolonenwirtschaft hatte sich durchgesetzt. In Italien war eine andersartige „Wirtschaftsordnung“ entstanden. Es wäre ungeschichtlich, einen „Stil“ zu suchen, der sowohl die italienische Wirtschaft im Zeitalter des Augustus wie im Zeitalter des Hadrian wie auch etwa die ägyptische Wirtschaft abbilden sollte.

Weitere zweihundert Jahre später, zur Zeit des Diokletian und Konstantin, am Anfang des 4. Jahrhunderts, hatte die Wirtschaftsordnung des römischen Reiches folgende Hauptmerkmale: Eine halbstaatliche Wirtschaftsführung war an Stelle der privaten getreten. Zwar bestand Privateigentum, aber die Verfügung darüber war weitgehend beschränkt. Der Kolone oder Pächter war zum Halbfreien herabgesunken. Nunmehr war er an den Herrn, an Ort und Beruf erblich gebunden. Auch viele Handwerker und Händler in den Städten waren an den Beruf erblich gefesselt, in Zwangskorporationen zusammengefaßt und verpflichtet, nur staatlich festgesetzte Preise zu fordern. Da der Bauer gewerbliche Produkte, die er brauchte, meist selbst herstellte, war der Absatz von Handwerkern und Händlern an die Bauern gering. Hauptabnehmer gewerblicher Waren war das Heer und damit der Staat. Größere Werkstätten wurden in der Regel vom Staate selbst betrieben, und zwar unter Verwendung von Arbeitern, die nach ägyptischem Muster erblich an die einzelne Werkstätte gebunden waren.

Die fundamentale Schwierigkeit antiker Wirtschaftshistorie besteht darin, daß die Quellen meist erst für die letzten Jahrhunderte und für einige Länder ausreichen, um das jeweilige Ordnungsgefüge der Wirtschaft einigermaßen zu erkennen: Sogar vom klassischen Athen des 5. vorchristlichen Jahrhunderts und auch vom vielbesprochenen spartanischen „Kosmos“ der gleichen Zeit und von der griechischen Wirtschaftsordnung zur Zeit Homers können wir uns nur teilweise ein Bild machen. — Deutlich aber läßt sich erkennen, daß eine sehr große Mannigfaltigkeit verschiedenartiger Wirtschaftsordnungen verwirklicht war, und daß es unmöglich ist, diese geschichtliche Mannigfaltigkeit in einzelne Stufen oder Stile zu fassen¹⁷.

Seit dem Beginn des Hochmittelalters, zum Teil schon früher, lassen sich die Wirtschaftsordnungen nicht nur nach einzelnen Seiten hin — etwa ob ein Markt-

verkehr bestand oder nicht —, sondern auch in ihrem Aufbau und in ihrem Gefüge erkennen.

Im mittelalterlichen Jahrtausend hat es an geradezu revolutionären Umgestaltungen der Wirtschaftsordnungen nicht gefehlt, und unterschiedliche Ordnungen waren in verschiedenen Räumen oft gleichzeitig verwirklicht. — Vielleicht darf man im großen und ganzen zwei Epochen mittelalterlicher Wirtschaft unterscheiden: Die Epoche, in welcher die Grundherrschaften das wirtschaftliche Leben führten, und die Epoche — seit dem 12. Jahrhundert etwa —, in der, unter weitgehender Emanzipation der Städte von der Bevormundung geistlicher und weltlicher Grundherren, die Fernhändler, die in großen Städten saßen, die wichtigsten Organisatoren der Wirtschaft wurden. Die Kreuzzüge vor allem und die Kolonisation des deutschen Ostens standen mit dieser tiefen Umgestaltung in Verbindung. Man darf nicht etwa die erste Epoche naturalwirtschaftlich, die zweite geldwirtschaftlich oder die erste hauswirtschaftlich und die zweite stadtwirtschaftlich nennen. Alle diese Bezeichnungen stimmen nicht. Außerdem treffen sie nicht den entscheidenden Punkt, weil aus ihnen das Ordnungsgefüge der mittelalterlichen Wirtschaft nicht erkennbar wird. Die Fronhöfe, die bis ins 11. Jahrhundert die Regel waren, bedeuteten eine andere Wirtschaftsordnung als die spätere Rentengrundherrschaft, in welcher die Leitung der Wirtschaftsführung den Grundherren mehr und mehr entglitt. Der Übergang zur Rentengrundherrschaft bedeutete Auflösung der älteren Ordnung, wesentliche Verkleinerung der Eigenwirtschaft des Grundherrn, Verlegung der Wirtschaftsführung in die Bauernhöfe, dadurch Änderung des Arbeitsverhältnisses und auch nähere Verknüpfung der einzelnen Bauern mit der Verkehrswirtschaft. — Im Norden Europas und in einzelnen Teilen Mitteleuropas aber hatte sich der freie Bauer erhalten; hier also bestand wiederum eine andere Ordnung der Landwirtschaft. Dabei müssen wir uns vorstellen, daß auch im ersten halben Jahrtausend des Mittelalters nicht unerhebliche verkehrswirtschaftliche

Beziehungen bestanden, die allerdings — von einzelnen Waren abgesehen — sich nur auf Teile des europäischen Wirtschaftsraumes erstreckten.

Die zweite Epoche, in der die Fernhändler immer mehr in den Mittelpunkt der gesamteuropäischen Wirtschaftsordnung rückten, bedeutete ein Zusammenschmelzen Europas zu einem großen Wirtschaftsraum, in dem die einzelnen Teile in Versorgung und Absatz wichtiger Güter — wie Lebensmitteln und Bekleidungsstücken. — miteinander verbunden wurden. Darüber haben wir soeben gesprochen. Wiederum wäre es aber ein Fehler, hieraus allzu rasch und ohne Vorbehalt auf eine „Stileinheit“ dieser Epoche zu schließen. Große Verschiedenheiten bestanden im Ordnungsgefüge stets zwischen dem Süden, dem Mittelmeerraum also, und dem Raum nördlich der Alpen. Viel früher waren z. B. im Süden die Zünfte entwickelt als im Norden. Aber auch innerhalb des Südens und innerhalb des Nordens gab es bedeutende Unterschiede der Wirtschaftsordnungen: Lübeck hat im 15. Jahrhundert — um wenigstens ein Beispiel zu geben — mit seiner Wirtschaftspolitik versucht, früher eroberte Positionen zu verteidigen, hat den Zuzug auswärtiger Handwerker unterbunden, die Zünfte geschlossen und im ganzen eine konservative Wirtschaftspolitik betrieben. Zu gleicher Zeit verfolgte Nürnberg eine Politik der Gewerbefreiheit, des freien Zuzugs, des Wettbewerbs und im ganzen der Expansion. Die Wirtschaftsordnung war in beiden Städten durchaus verschieden. Immerhin wurden beide, Lübeck und Nürnberg, von Händler-Patriziern regiert. Wo aber — wie in Freiburg — die Handwerker das Stadtregiment erobert hatten, war natürlich die Wirtschaftspolitik wieder eine andere, die monopolistische Stellung der Handwerkerzünfte viel mächtiger, und die Abschnürung der Zufuhr von anderen Städten setzte sich unter Rückgang des Fernhandels sehr stark durch. Ein Vergleich nur dieser drei Städte zu gleicher Zeit zeigt das Nebeneinander dreier verschiedener Wirtschaftsordnungen. Man sage nun nicht, solche Unterschiede berührten das Wesen der wirtschaft-

lichen Wirklichkeit nicht. Sie tun es in hohem Maße. Die Verschiedenheit der Ordnungen äußerte sich fortwährend im wirtschaftlichen Alltag der Händler, Handwerker, Bauern und Krämer, aber auch im wirtschaftlichen Aufstieg oder Niedergang einer ganzen Stadt oder Landschaft¹⁸.

2. Wirtschaftsordnungen

Diese kurzen Bemerkungen über die Wirtschaft des Altertums und des Mittelalters mögen vorläufig genügen. Fügen wir sie dem Bilde der wirtschaftlichen Wirklichkeit der Neuzeit hinzu, so lassen sich in Beantwortung der aufgeworfenen Frage einige Feststellungen treffen, die für die Erfassung aller wirtschaftlichen Wirklichkeit zu allen Zeiten wesentlich sind.

1. Ob es sich um die Wirtschaft im alten Ägypten oder im augusteischen Rom oder im hochmittelalterlichen Frankreich oder im heutigen Deutschland oder sonstwo handelt — stets entsteht jeder Wirtschaftsplan und jede wirtschaftliche Handlung eines jeden Bauern oder Grundherrn oder Händlers oder Handwerkers oder Arbeiters und aller anderen Menschen im Rahmen irgendeiner „Wirtschaftsordnung“ und hat nur im Rahmen dieser jeweiligen Ordnung einen Sinn. Der Wirtschaftsprozeß läuft stets und überall innerhalb einer geschichtlich gegebenen Wirtschaftsordnung ab. Die geschichtlich gegebenen, positiven Ordnungen mögen schlecht sein; aber ohne Ordnung ist überhaupt ein Wirtschaften undurchführbar.

Würden wir von oben die Erde betrachten und das erstaunliche Gewimmel von Menschen, die Verschiedenheit der Beschäftigungen, das Ineinandergreifen der Tätigkeiten und den Strom der Güter sehen, so wäre die erste Frage, die wir stellen würden: im Rahmen welcher Ordnung vollzieht sich alles dieses? Eine solche Frage ist richtig gestellt. Wir können nichts Sinnvolles über alles das, was sich da unten abspielt, aussagen, wenn uns die Ordnung unbekannt bleibt. — Vielleicht hat schon mancher die Frage nach der

Ordnung gestellt, wenn er einen Ameisenhaufen betrachtete. Aber zwischen einem Ameisenhaufen in seiner Ordnung und der Ordnung der menschlichen Wirtschaft bestehen große Unterschiede. Einer dieser Unterschiede ist: der Ameisenhaufen hat eine konstante Ordnung. Nicht aber die menschliche Wirtschaft. Wenn jemand um 1700 Deutschland aus der Vogelperspektive betrachtete und gefragt hätte, wie die Wirtschaftsordnung aussah, in der sich die Menschen bewegten, so hätte er eine andere Antwort erhalten als ein Betrachter von heute. Und wer heute erst China und dann Deutschland sieht und fragt, der erhält auch verschiedene Antworten.

Lenkt e i n e Zentralstelle den wirtschaftlichen Alltag, der sich da abspielt, oder fällen die zahlreichen einzelnen Menschen eigene Entscheidungen? Besteht diese Ordnung aus kleinen, autarken, selbständigen Wirtschaftsgebilden — etwa Familienwirtschaften —, die einzeln einer zentralen Leitung unterstehen? Dann ist das Ganze ein Nebeneinander kleiner, zentralgeleiteter Wirtschaftsgebilde; so etwa in manchen Teilen Chinas um 1900. Oder nehmen größere Zentralverwaltungskörper umfassende Regelungen des wirtschaftlichen Alltags vor, wie die frühmittelalterlichen Fronhöfe? Und wenn viele Einzelwirtschaften zwar selbständig Pläne aufstellen, aber aufeinander angewiesen sind und in wirtschaftlichem Verkehr miteinander stehen — wie z. B. in Deutschland um 1900 — so fragt es sich, wie die Ordnung der verkehrswirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen geartet ist. Welche Spielregeln herrschen? — Der Blick aus der Vogelperspektive läßt nicht nur einen Strom von Gütern erkennen, sondern zeigt auch, wie Tag für Tag die Menschen bestimmte Tätigkeiten ineinandergreifend durchführen. In welcher Ordnung geht dieser alltägliche Einsatz der Arbeitskräfte vonstatten? Man hätte z. B. 1940 sehen können, daß in Rußland und in den Vereinigten Staaten Menschen auf dem Lande und in den Fabriken tätig waren. Wie waren in beiden Ländern die Arbeitsverhältnisse geordnet? Eine Untersuchung würde zeigen, daß hier

und dort sehr verschiedene Ordnungen vorhanden waren, daß in Rußland auch im Arbeitsverhältnis Züge zentralgeleiteter Wirtschaft dominierten, während in Amerika freie Vertragsbeziehungen vorherrschten.

In Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und im Verkehr gab und gibt es in allen Ländern stets Teilordnungen; die Arbeitsverhältnisse sind überall in einer gewissen Weise geordnet, und ebenso besteht stets eine bestimmte Ordnung des Geldwesens. Alle diese Teilordnungen greifen jeweils ineinander und sind lediglich Glieder der Gesamtordnung, d. h. der jeweiligen Wirtschaftsordnung — also etwa der heutigen französischen Wirtschaftsordnung oder der byzantinischen Wirtschaftsordnung des 11. Jahrhunderts.

In großartiger, scheinbar unübersehbarer Mannigfaltigkeit sind in der Vergangenheit Wirtschaftsordnungen entstanden und geschwunden. Wenn man etwa die Wirtschaftsordnungen beschreiben würde, die um 1700 in den einzelnen europäischen Ländern, in Indien und China, in den südamerikanischen Ländern und in den einzelnen afrikanischen Gebieten verwirklicht waren, so würde sich eine ebenso abwechslungsreiche wie interessante Reihe von Bildern entrollen. Im 20. Jahrhundert wechseln die Wirtschaftsordnungen in den einzelnen Staaten — und zwar nicht nur in den Industriestaaten — sehr rasch, und es besteht ebenfalls ein Nebeneinander sehr verschieden gearteter Ordnungen; man vergleiche etwa die Wirtschaftsordnungen von England und Rußland und Japan wie sie 1935 waren.

2. Wie entstanden Wirtschaftsordnungen der Vergangenheit und der Gegenwart?

Die meisten wuchsen im Verlaufe geschichtlichen Werdens und nur wenige sind auf Grund umfassender Ordnungspläne geschaffen. Im Altertum, im frühen und späten Mittelalter, in den ersten neuzeitlichen Jahrhunderten und in den außereuropäischen Kulturkreisen waren die Wirtschaftsordnungen in der Regel „gewachsene“ Ordnungen.

Der Wille, bestimmte wirtschaftliche Ordnungsgrundsätze für die Gesamtordnung durchzusetzen, war bei ihrer Entstehung meist nicht maßgebend. Sie bildeten sich im Rahmen der jeweiligen natürlichen Umgebung und im Zuge des außen- und innenpolitischen und des wirtschaftlichen Geschehens ohne umfassenden Ordnungsplan aus. Zwar haben viele Staaten der Antike und der Neuzeit und viele Städte des Mittelalters durch ihre Wirtschaftspolitik den Aufbau ihrer Wirtschaftsordnungen beeinflusst. Trotzdem blieben diese Wirtschaftsordnungen „gewachsene“ Ordnungen. Denn solche Eingriffe erfolgten meist nicht aus einem Gesamtplan heraus zur Ordnung der ganzen Wirtschaft oder von Teilbereichen — wie Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Geldwesen. Vielmehr empfingen sie ihren Anstoß aus irgendwelchen momentanen innenpolitischen oder außenpolitischen Auseinandersetzungen. Sie entstanden von Fall zu Fall. Wenn etwa mittelalterliche Städte durch preispolitische Maßnahmen oder durch Zulassungssperren oder durch Verbote von Zünften die bisherigen Wirtschaftsordnungen umgestalteten, so geschah dies regelmäßig im Verlaufe von einzelnen Machtkämpfen oder auch zur Beseitigung gewisser Mißstände, nicht aber auf Grund der Absicht, eine vorher durchdachte Ordnung, z. B. für das gesamte Handwerk der Stadt, durchzusetzen.

Nur in wenigen geschichtlichen Situationen waren es gewisse allgemeine, rational ersonnene „Ordnungsgrundsätze“, welche der Schaffung von Wirtschaftsordnungen zugrunde lagen. Dann sollten Ordnungsgrundsätze, welche eine funktionsfähige Ordnung der ganzen Wirtschaft oder einzelner Teilbereiche zustande bringen, verwirklicht werden. Die große Neugestaltung der Wirtschaftsordnungen, die sich in der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog, gehört hierher. Privateigentum, Vertragsfreiheit und Wettbewerb waren die Ordnungsgrundsätze, mit denen eine Ordnung der Wirtschaft geschaffen werden sollte. Aus der Erkenntnis des Gesamtzusammenhangs des wirtschaftlichen Alltags heraus und auf Grund der Ent-

deckung, daß der Wettbewerb ein höchst leistungsfähiges regulatives Prinzip ist, hatte die klassische Nationalökonomie diese Ordnungsgrundsätze entwickelt, und die großen Reformen beabsichtigten, sie zu verwirklichen. Man glaubte und hoffte, durch ein „einfaches System der natürlichen Freiheit“ (A. Smith) eine wohlgeordnete Wettbewerbswirtschaft herstellen zu können. Hier entstanden Wirtschaftsordnungen durch Schaffung von „Wirtschaftsverfassungen“. Unter „Wirtschaftsverfassung“ haben wir die Gesamtentscheidung über die Ordnung des Wirtschaftslebens eines Gemeinwesens zu verstehen. Natürlich gibt es auch Teilverfassungen, z. B. für das Geldwesen, für die Landwirtschaft oder für die Arbeitsverhältnisse.

Aber auch dann, wenn Wirtschaftsverfassungen die Ordnung der Wirtschaft oder wirtschaftlicher Teilbereiche vollziehen wollen, entwickeln sich auf der Grundlage der Wirtschaftsverfassungen f a k t i s c h oft Wirtschaftsordnungen, welche den Grundgedanken der Wirtschaftsverfassung nicht oder nicht voll entsprechen. Dieser Zustand ist z. B. für das späte 19. und für das beginnende 20. Jahrhundert kennzeichnend. Den Grundsätzen der meisten modernen Wirtschaftsverfassungen nach sollten zwar Privateigentum, Vertragsfreiheit und Wettbewerb verwirklicht sein. Die faktischen Wirtschaftsordnungen aber, die sich auf dieser wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundlage erhoben, entfernten sich immer mehr von den Grundsätzen der Wirtschaftsverfassungen. In steigendem Maße wurde z. B. in der Industrie die Vertragsfreiheit dazu verwandt, um durch Kartellabreden bestehenden Wettbewerb auszuschalten. Das Ordnungsprinzip des Wettbewerbs wurde also in wichtigen Wirtschaftsgebieten — wie Kohle und Eisen — durch die faktische Entwicklung weitgehend beseitigt. Die Vertragsfreiheit wurde vielfach dazu benutzt, um die Marktformen zu ändern und Machtgebilde zu schaffen. Das „einfache System der natürlichen Freiheit“ verwirklichte wider Erwarten nicht die Wettbewerbsordnung. — Oder, ein zweites Beispiel: Man sehe sich die Ordnung des englischen Geldwesens während der gleichen Zeit

an. Die Peelsche Bankakte von 1844 war ein wirtschaftsverfassungsrechtlicher Akt. Bestimmte, theoretisch genau durchdachte Ordnungsgrundsätze sollten auf dem Gebiet der Geldschöpfung durchgesetzt werden: Konzentrierung der Kreditgeldschaffung auf eine monopolistische Zentralbank und Beschränkung der Kreditgeldausgabe im wesentlichen auf den Fall des Goldankaufs. Auf dieser wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundlage entwickelte sich eine Ordnung des englischen Geldwesens, die zwar ohne diese wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundlage nicht hätte entstehen können, die aber anders aussah, als die Schöpfer der Peelschen Bankakte gewollt hatten. Diese Männer hatten nämlich im wesentlichen nur an das Notengeld, nicht an das Giralgeld gedacht. Und so bildete sich eine Ordnung, die gekennzeichnet ist durch Geldschaffung seitens der Notenbank und der privaten Kreditbanken auf dem Kreditwege in Form von Giralgeld, Regulierung der Kreditgeldmenge durch zangenartiges Ineinandergreifen der Diskont- und Offen-Markt-Politik und damit Beherrschung des englischen Geldmarktes durch die Bank von England — in einer Weise, die in der zugrunde liegenden Geldverfassung nicht vorgesehen war.

Alles in allem sind also — ihrer Entstehung nach — zwei Arten von Wirtschaftsordnungen zu unterscheiden: „gewachsene“ und „gesetzte“. Wenn auch die erstere in der Vergangenheit durchaus vorherrschte, so schiebt sich doch in der neueren Zeit die zweitgenannte Art stärker in den Vordergrund. Denn die moderne industrialisierte Welt läßt das Wachsenlassen ihrer Ordnungen nicht mehr zu. Freilich sehen die Wirtschaftsordnungen meist anders aus, als es den Ordnungsgrundsätzen der jeweiligen Wirtschaftsverfassung entspricht. — Der Unterschied, der sich in der Entstehung der Wirtschaftsordnungen findet, besteht auf manchen anderen Lebensgebieten in analoger Weise. So z. B. bei Entstehung der konkreten Rechtsordnungen. Daß Rechtsnormen entweder gewachsen sind oder aber durch Satzung geschaffen werden, haben Rechtshistorie und Rechtssoziologie im einzelnen gezeigt. — Oder man denke

an den Städtebau. Die meisten Städte entstanden ohne Gesamtplan, wuchsen um einen Kern herum und entwickelten sich auf Grund vieler Einzelpläne zahlreicher Baumeister im Verlaufe der Generationen. In analoger Weise entstanden gewachsene Wirtschaftsordnungen. Daneben gab und gibt es Städte, deren Schaffung ein umfassender städtebaulicher Plan zugrunde lag, wie z. B. manche europäische Städte, die im 18. Jahrhundert gegründet wurden. Aber auch bei ihnen hat sich die weitere faktische Entwicklung oft nicht nach dem städtebaulichen Plan und seinen Ordnungsgedanken vollzogen, sondern hat sich wesentlich von ihm entfernt — wie auch der faktische Zustand „gesetzter“ Wirtschaftsordnungen oft nicht die Ordnungsgedanken der Wirtschaftsverfassungen verwirklicht¹⁹.

3. Die jeweiligen Wirtschaftsordnungen sind nicht etwa den jeweils geltenden *Rechtsordnungen* gleichzusetzen. Auf die *wirtschaftlichen* Ordnungstatsachen kommt es bei ihnen an, nicht auf die Rechtsnormen.

Zum Beispiel läßt sich aus der Feststellung, daß irgendwo rechtlich Privateigentum bestand, noch nichts Sicheres auf das Ordnungsgefüge der Wirtschaft schließen. Es wäre ganz abwegig, etwa aus dem Vorhandensein von Privateigentum zu folgern, dort werde vorwiegend „verkehrswirtschaftlich“ gewirtschaftet. Bei den Römern und im europäischen Frühmittelalter galt bekanntlich Privateigentum. Aber es existierten in römischer und frühmittelalterlicher Zeit viele klein- und großlandwirtschaftliche Höfe, die in sich vorwiegend „zentralgeleitete“ Wirtschaftseinheiten darstellten und nur geringe „verkehrswirtschaftliche“ Beziehungen unterhielten. So kann man auch heute im europäischen Südosten — und zwar in Ländern mit Privateigentum — Familienwirtschaften antreffen, die nur wenig wirtschaftlichen Verkehr mit anderen Einzelwirtschaften haben. Diese Gemeinwesen sind kleine zentralgeleitete Wirtschaftskörper. Viele Länder des Ostens haben die grundlegenden Zivilgesetze zentral- und westeuropäischer Länder ganz übernommen — trotzdem ihre Wirtschaftsordnung eine völlig andere war und

blieb. — Oder man denke an die Wirtschaftsordnung, wie sie nach 1933 in der deutschen Landwirtschaft zur Verwirklichung gelangte, wo durch Beeinflussung der einzelbetrieblichen Wirtschaftspläne von übergeordneter, zentraler, öffentlich-rechtlicher Stelle aus und durch Lenkung des Angebotes nach zentralem Plan das Element der Zentralverwaltungswirtschaft — bei Fortbestehen des Privateigentumsrechts — stark hervortrat.

Umgekehrt bedeutet Fehlen des Privateigentums nicht ohne weiteres zentrale Leitung der Wirtschaft. Wenn in verschiedenen Königreichen des alten Orients aller Boden dem Großkönig gehörte, so brauchte deshalb nicht die Lenkung der Produktion vom König aus zu erfolgen. Das war zwar in gewissen Jahrhunderten und in gewissen Ländern der Fall. In anderen Ländern und anderen Jahrhunderten hatten die pachtenden Bauern offensichtlich die Freiheit, verkehrswirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten, und das mangelnde Eigentumsrecht äußerte sich nur in Abgaben. Diese Tatsache erschwert so sehr wirtschaftsgeschichtliche Erkenntnisse: Feststellungen über das Vorhandensein von bestimmten Rechtsinstitutionen erlauben nur wenige und unsichere Schlüsse auf das Ordnungsgefüge der Wirtschaft. — Werden der Wissenschaft in zwei Jahrtausenden nur unsere wichtigsten Rechtsnormen bekannt sein, so wird sie von unserer Wirtschaftsordnung kein wirkliches Bild haben.

Die jeweils geltenden Rechtsnormen, einschließlich der Rechtsprechung, bieten unübersehbar viele Möglichkeiten — Chancen — für die Entfaltung verschiedenartiger Wirtschaftsordnungen. Ob der Weg der Ware von der Fabrik zum Konsumenten über den Großhändler und Einzelhändler geht oder nur über den Einzelhändler oder ob fabrikeigene Läden selbst verkaufen, ist eine Frage der Wirtschaftsordnung. Wie sie entschieden wird, hängt auch von der Rechtsordnung ab, z. B. von der rechtlichen Ordnung der Markenartikel oder von der Steuergesetzgebung. Aber es wirken auch ganz andere Tatsachen mit: Größe und Machtstellung der industriellen Werke, persönliche Eignung der

Händler, Haltung des Publikums und vieles andere mehr. — Hätte das Reichsgericht zu Ende des vorigen Jahrhunderts die Rechtsgültigkeit von Kartellabreden nicht bejaht, so hätte sich die deutsche Kartellentwicklung nicht so vollzogen, wie es tatsächlich geschah. Daß aber überhaupt die Kartellbewegung in Gang kam und daß sich bestimmte Kartellformen in bestimmten Industrien bildeten, während in anderen Industriezweigen die Kartellbildung unerheblich blieb, und so eine „gemischte“ Ordnung der industriellen Wirtschaft entstand, ist aus ganz anderen Gründen zu erklären. — Oder man denke an die gleichzeitigen Gewerkschaften der Arbeiter und an die Arbeitgeberverbände der Unternehmer: Eine Voraussetzung für ihre Entstehung war das geltende Koalitionsrecht. Daß aber faktisch solche Machtgruppen entstanden, wie und wann sie entstanden und welche Politik sie trieben, ist aus der geltenden Rechtsordnung nicht zu erkennen.

Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung sind also nicht identisch. — Dies feststellen, heißt nicht, den Einfluß leugnen oder verkleinern, den die Gestaltung der Rechtsordnungen auf die Wirtschaftsordnungen vielfach ausübt, wovon schon die soeben genannten Beispiele eine gewisse Vorstellung geben. — Ebenso wenig darf bestritten werden, daß auch umgekehrt die Entwicklung der Wirtschaftsordnungen häufig auf die Gestaltung der Rechtsordnungen wirkt. Die Rechtsordnung — soweit sie wirtschaftlich relevant ist — entsteht meist, um gewisse vorhandene Wirtschaftstatsachen zu gestalten. Wie das staatliche Familienrecht nicht die Familie geschaffen hat, sondern die Familie sich erst gebildet hatte, und die Gesetzgeber ihr dann eine gewisse Form geben wollten, so liegt es auch meist in der Wirtschaft. Gesetzgeber und Rechtsprechung versuchen, durch Normen und Urteile die bereits vorhandene Wirtschaftsordnung umzuformen. — Noch mehr: Oft werden Rechtsnormen unmittelbar von Vollziehern des Wirtschaftsprozesses innerhalb einer Wirtschaftsordnung geschaffen. So im Deutschland der letzten Jahrzehnte die

„Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ von industriellen Einzelunternehmungen oder von Verbänden der Industrie, des Handels, der Banken und des Speditionsgewerbes. Durch solches „Selbstgeschaffenes Recht der Wirtschaft“ (Großmann-Doerth) wurde ein erheblicher Teil der deutschen staatlichen Zivilrechtsordnung verdrängt.

Diese Beziehungen zwischen Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung wechseln im Laufe der Geschichte. Es ist nicht möglich, hierüber schon jetzt Allgemeines auszusagen. Sie bedürfen zunächst der Untersuchung im Rahmen der einzelnen historischen Situation.

4. Die naive, vorwissenschaftliche Erfahrung ist außerstande, eine konkrete Wirtschaftsordnung zu erkennen. Ihr fehlen die ausreichenden Denkmethode, und ihr Horizont ist zu eng. Nicht nur insofern, als der vorwissenschaftliche Mensch nur für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung Interesse zu haben pflegt. Selbst die jeweils vorhandene Wirtschaftsordnung vermag er nicht oder nicht richtig zu erkennen. Der einzelne deutsche Industrielle oder Handwerker oder Bauer kennt wohl denjenigen Teil der heutigen deutschen Wirtschaftsordnung, in dem er selber steht. Der Handwerker weiß von seinen Rohstoff- und Absatzmärkten, er kennt die Versorgung seines Betriebes mit Arbeitskräften, ihm sind gewisse für ihn wichtige Rechtsnormen bekannt, und ihm sind auch einige Vorschriften seiner Innung gegenwärtig. Aber die ganze deutsche Wirtschaftsordnung kennt er nicht und kann sie nicht kennen. Der einzelne Wirtschaftende lebt in seiner Umwelt. Von deren Form hat er ein Bild. Aber diese seine Umwelt ist nur ein sehr kleines Zimmer im riesigen Bau der modernen Wirtschaftsordnung.

Die Wissenschaft also ist es, welche allein die Frage nach dem Ordnungsgefüge der Wirtschaft zu beantworten vermag. Es ist eine Frage, die nicht nur jeder Nationalökonom, sondern auch jeder Wirtschaftshistoriker beantworten muß, weil ohne ihre Lösung die wirtschaftliche

Wirklichkeit nicht sinnvoll erkannt werden kann. — Aber es ist stets eine sehr schwierige Frage.

Zunächst deshalb, weil es für ältere Zeiten sehr sorgfältiger Ausschöpfung der Quellen und sehr folgerichtiger Fragestellungen bedarf, um die jeweils bestehende Wirtschaftsordnung sichtbar zu machen. Wer z. B. die oberdeutsche Wirtschaftsordnung des 15. Jahrhunderts erforschen will, dem sagen die Nachrichten über die damals geltenden Rechtsnormen oder über die wirtschaftliche Lage gewisser Handwerker oder über gewisse Preise oder über die Größe der Umsätze einiger Firmen zunächst nicht viel. Wenn er erkennen will, wie das Verlagssystem in Stadt und Land arbeitete, wie hier eine eigenartige verkehrswirtschaftliche Ordnung mit starken Machtpositionen Einzelner — im Stile der großen Ravensburger Handelsgesellschaft — bestand, und wie verschiedene Ordnungsformen vom Typ zentralgeleiteter Wirtschaft sich mit den mannigfachen verkehrswirtschaftlichen Ordnungsformen verschmolzen, muß er die Quellen schon sehr genau auswerten. Hat er allerdings ein Bild der Wirtschaftsordnung gewonnen, so beginnen auch die Angaben über Preise der Waren oder über Umsätze oder über Einkommen der Heimarbeiter einen Sinn zu erhalten. Denn nun ordnet sich das scheinbar chaotische Nebeneinander der einzelnen Nachrichten und Tatsachenfeststellungen.

Aber damit ist die entscheidende Schwierigkeit, die sich der Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen entgegenstellt, noch nicht bezeichnet. Die Dürftigkeit der Quellen für ältere Zeiten ist ein ernstes, aber nicht das größte Hindernis. Selbst die heutige Wirtschaftsordnung, in der wir leben, und die Wirtschaftsordnungen, die wir selbst früher erlebt haben, sind nicht leicht zu erkennen. Fragen wir etwa nach der deutschen Wirtschaftsordnung zur Zeit Wilhelms II. Meist wird die Antwort lauten: Damals herrschte in Deutschland „Kapitalismus“. Damit ist aber über das Ordnungsgefüge der Wirtschaft noch nichts gesagt. — Man wird weiter antworten: Es herrschte Laissez-faire. Auch damit ist nichts gesagt. Irgendeine Ordnung bestand, wenn auch eine

Ordnung, welche der Staat nicht bis in die Einzelheiten hinein geformt hatte. Auf jeden Fall aber eine Ordnung, welche das Wort *Laissez-faire* nicht darstellt. — Also „freie Marktwirtschaft“? Auch diese Antwort ist unzureichend. Wohl bestand Vertragsfreiheit; aber im Rahmen der Vertragsfreiheit erwuchsen Ordnungsformen verschiedenster Art, von der vollständigen Konkurrenz bis zum beiderseitigen Monopol. Wie sahen diese Ordnungsformen aus? Darüber sagt das Wort „freie Marktwirtschaft“ nichts. Und ferner gab es damals in den Haushaltungen und in der Landwirtschaft noch viele Gebilde, die überhaupt nicht zum Typus der Marktwirtschaft gehörten. Also „freie Marktwirtschaft“ ist eine grob vereinfachende und deshalb unzutreffende Bezeichnung, die über die Formelemente der damaligen deutschen Wirtschaftsordnung und über die Art, wie sie sich zusammenfügten, nichts aussagt.

Demgegenüber hat die Wissenschaft die Teilordnungen genau zu bezeichnen und hat zu zeigen, wie die Teilordnungen zu einer Gesamtordnung ineinander gefügt sind. Wegen der arbeitsteiligen Verbundenheit des gesamten Wirtschaftsprozesses führt die Teilordnung eines Sachgebiets nicht etwa ein Leben für sich. Ein Beispiel: Bekanntlich war das Geldwesen Deutschlands vor 1914 durch die Goldwährung geordnet, welche auch die meisten anderen Kulturländer besaßen und für welche besondere Spielregeln galten. Stellt man die Goldwährung dar, so begnügt man sich in der Regel damit, ihr Funktionieren währungstechnisch zu beschreiben, die Ordnung der Währung also abgetrennt für sich anzusehen. In Wahrheit ist — um mit Lutz zu sprechen — „ein bestimmtes Geldsystem einer bestimmten Wirtschaftsordnung zugeordnet“. Die damalige Ordnung des Geldes konnte nur in einer bestimmten Wirtschaftsordnung Bestand haben und nur in ihr funktionieren. Vor allem setzte sie voraus, daß in Deutschland nicht von zentraler Stelle der Ablauf des wirtschaftlichen Alltags bestimmt wurde, daß also verkehrswirtschaftliche Formelemente vorherrschten, daß in dieser Verkehrswirtschaft Konkurrenz mit elastischen Preisen überwog, und daß durch die Handelspolitik

der Staaten eine feste Einfügung der nationalen Wirtschaftskörper in die Weltwirtschaft erfolgte. Sobald sich in Deutschland und in anderen Ländern nach 1924 der Charakter der Wirtschaftsordnung änderte, sobald autonome Konjunkturpolitik getrieben wurde, sobald das Preissystem starrer wurde und die Handelspolitik den Austausch der Güter stärker erschwerte als früher, konnte die Goldwährung als Glied der Wirtschaftsordnung nicht mehr auf die Dauer bestehen und die Versuche, sie wieder einzuführen, scheiterten deshalb. Schon an diesem Beispiel zeigt sich, wie die Ordnung eines Teilgebiets im Rahmen der Gesamtordnung begriffen werden muß, was natürlich nur die Wissenschaft vermag. Für die Ordnung der Arbeitsmärkte oder der Warenmärkte gilt ganz Entsprechendes.

Hiermit ist die Aufgabe kurz bestimmt, welche die Wissenschaft hat: Sie muß die konkreten Wirtschaftsordnungen in ihrem Gefüge erkennen. Darin besteht das andere Hauptproblem der Nationalökonomie. Da der jeweilige alltägliche Wirtschaftshergang je nach der Gestalt der vorhandenen Wirtschaftsordnung verschieden abläuft, ist die Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen sogar der erste Schritt zur Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit²⁰.

3. Wirtschaftsstile?

Aus dem Gesagten ergibt sich auch die Antwort auf die Frage, von der wir ausgingen. Gelingt es durch „Wirtschaftsstile“ und durch ähnliche Typen die konkrete Wirtschaft abzubilden und so „die gelebte Wirklichkeit in ihren Wesensunterschieden darzustellen“ (Spiethoff)?

Die Frage ist zu verneinen.

Erstens: Die Konstrukteure von Stufen und Stilen überblicken die Geschichte der europäischen Wirtschaft oder einzelner Völker und Jahrhunderte, greifen einige Verschiedenartigkeiten heraus, die ihnen auffallen, und gelangen so zu ihren Typen. Dabei gehen sie nicht von derjenigen Frage aus, die allein den Zugang zur wirtschaft-

lichen Wirklichkeit einer Zeit eröffnet: Der Frage nach dem Ordnungsgefüge der Wirtschaft. Vielmehr fragen sie — viel zu unbestimmt — nach dem „Wesen“ oder nach dem „Normalen“ der wirtschaftlichen Wirklichkeit.

Mehr oder weniger zufällig und nicht auf Grund der Frage nach der Wirtschaftsordnung konstruiert machen die einzelnen Stile das Ordnungsgefüge der Wirtschaft in verschiedenem Grade, meist aber gar nicht sichtbar. Man nehme etwa die Wirtschaftsstufe oder den Wirtschaftsstil „Stadtwirtschaft“. Wir sehen ganz davon ab, daß diese Stadtwirtschaft im Mittelalter tatsächlich nicht existierte, wovon schon die Rede war. Selbst wenn die hoch- und spätmittelalterliche Wirtschaft aus einem solchen Nebeneinander kleiner, in sich geschlossener Wirtschaftsgebiete bestanden hätte, wäre der Wirtschaftsstil „Stadtwirtschaft“ eine unbrauchbare Konstruktion. Denn er sagt so gut wie nichts über die Wirtschaftsordnung der damaligen Zeit. Waren diese Stadtwirtschaften vielleicht zentralgeleitete Wirtschaftskörper? Oder bestand die einzelne Stadtwirtschaft aus einem Nebeneinander von Einzelwirtschaften, die in wirtschaftlichem Verkehr miteinander verknüpft waren? Wie sahen die verkehrswirtschaftlichen Beziehungen aus? Welches waren ihre Träger? Herrschten Monopole? Wie weit und in welcher Form? Und wie fügten sich alle diese Formelemente zu einem Ganzen ineinander? Auf alle diese Fragen gibt der Wirtschaftsstil „Stadtwirtschaft“ keine Antwort. Ebenso wenig Typen wie „Handwerk“ oder „Dorfwirtschaft“ oder „Landschaftswirtschaft“. Auch der Wirtschaftsstil „Volkswirtschaft“ besagt über die Wirtschaftsordnung nichts. Und selbst wenn man hinzufügt, die Volkswirtschaft könne „freie Marktwirtschaft“ oder „Planwirtschaft“ sein, so sind solche Bezeichnungen der Wirtschaftsordnung viel zu ungenau. Man vergleiche etwa die italienische mit der nordamerikanischen „Volkswirtschaft“ von 1936. Welche Verschiedenheit! Sie kommt im Unterschied der beiden Wirtschaftsordnungen zum Ausdruck; aber sie wird durch Bezeichnungen wie „Planwirtschaft“ oder „freie Marktwirtschaft“ gänzlich unzureichend be-

schrieben. — Noch am besten bringt „Hauswirtschaft“ den Ordnungscharakter der Wirtschaft zur Geltung. Denn diese Konstruktion deutet auf eine zentrale Leitung des Wirtschaftskörpers hin, ohne ihn allerdings genau zu erfassen und ohne deutlich zu machen, welche Form zentralgeleiteter Wirtschaft verwirklicht ist.

Zweitens: Mit der Stufen- und Stilbildung vollzieht sich eine übergroße Vereinfachung. Die einzelnen Epochen sollen in ihrer Wirtschaftsweise „monistisch“ gekennzeichnet werden, während tatsächlich in ihnen regelmäßig Mannigfaltigkeit der Formen herrscht. Man glaubt, durch diese Vereinfachung das Wesen geschichtlicher Wirklichkeit, das hinter den Erscheinungen liege, zu finden. In Wahrheit wird gerade das Wesentliche zum Verschwinden gebracht, und diese Begriffsgebilde werden — um mit Max Weber zu sprechen — „als ein Prokrustesbett benutzt, in welches die Geschichte hereingezwängt werden soll“.

Wenn versucht worden ist, die Wirtschaft des Altertums einfach durch Oikowirtschaft zu kennzeichnen, so liegt hierin — ganz abgesehen von anderen historischen Unrichtigkeiten — der Fehler, die ungeheure Mannigfaltigkeit antiker Wirtschaftsformen in ein einziges Schema hereinpresse zu wollen. Ein solches Wort wie Oikowirtschaft zeigt ein einförmiges Schema, während in Wahrheit — wie schon unsere kurze Skizze auf S. 77 ff. zeigte — vielfältiges und wechselndes Leben vorhanden war. Noch ein weiteres Beispiel: Während der Französischen Revolution wechselten die Wirtschaftsordnungen überaus rasch. Die ersten Jahre zwischen 1789 und 1793 brachten die Beseitigung der alten Ordnung, vor allem der Grundherrschaft und der Privilegien aus mittelalterlicher und merkantilistischer Zeit, und die Durchsetzung einer anderen Ordnung, in der verkehrswirtschaftliche Züge dominierten. Von 1793 ab, unter dem Druck der Kriegsnot und mit dem Sieg des Jakobinerklubs, schlug die Wirtschaftspolitik um und ging zu staatlicher Preisfestsetzung, Beschlagnahme von Vorräten, Ablieferungszwang, Rationierungen und teilweise zu behördlicher Leitung der gemeinsamen Erntearbeit aller Dorf-

bewohner über. Mit dem Sturz der Jakobiner 1794 begann der Rückschlag von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Verkehrswirtschaft. Dieser rasche Wechsel der Wirtschaftsordnungen war gesamtgeschichtlich gesehen von höchster Bedeutung. Denn ohne ihn sind die Verschiebungen der Löhne und Preise, des Außenhandels, der Arbeitslosigkeit, der Kapitalknappheit, also des ganzen französischen wirtschaftlichen Alltags von damals nicht zu verstehen — Ereignisse, die wiederum auf die politischen Vorgänge der Revolution erheblich wirkten und z. B. zur Beseitigung der Jakobinerherrschaft beitrugen. Die genannten Stufen- und Stilbildner beachten einen solchen Wechsel nicht und können ihn nicht beachten. Für sie ist die französische Revolution etwa die Zeit der beginnenden „Volkswirtschaft“ oder sie rechnen sie zum „Frühkapitalismus“. Auf diese Weise verschwindet das Wesentliche der Geschichte hinter dem Wort²¹.

Drittens: Viele Stufen- und Stilbildungen haben dazu verleitet, die wirtschaftlichen Erscheinungen allzu sehr aus der gesamtgeschichtlichen Umgebung abzusondern. Schon das eben genannte Beispiel aus der französischen Revolution gibt hiervon einen Eindruck. Die jeweilige Wirtschaftsordnung muß nicht nur für sich, sondern auch als Teilstück des gesamten Lebens eines Volkes — hier des französischen Volkes — gesehen werden. Denn das ist sie. Durch die genannten Stile oder Stufen aber wird die wirtschaftliche Wirklichkeit von den übrigen Lebensgebieten gedanklich abgetrennt. Um noch ein Beispiel zu geben: Die wirtschaftliche Wirklichkeit zur Zeit des Diokletian kann nur in Zusammenhang mit der spätrömischen totalitären Despotie verstanden werden. Wer aber die Stile von der Hauswirtschaft bis zur Volkswirtschaft benutzt, ist außerstande, diesen Zusammenhang erkennbar zu machen.

Wenn wir an unsere heutige Wirtschaft denken, sehen wir sie ohne weiteres als Teil der gesamten Existenz des Volkes, in ihrer Verknüpfung mit seinem natürlichen, geistigen und politischen Sein. Wir müssen uns daran gewöhnen, auch die Vergangenheit so zu begreifen. Stufen und andere Real-

typen wollen wirtschaftliche Wirklichkeit, also konkretes Leben, abbilden und geschichtlichem Verstehen nahebringen. Aber indem man sie schafft, zerspaltet man ein lebendiges, geschichtliches Ganzes²².

4. »Kapitalismus«

Die europäisch-amerikanische Wirtschaft der letzten hundert Jahre unterscheidet sich wesentlich von aller Wirtschaft der Vergangenheit. Es entstand das Bedürfnis, diese Tatsache entschieden, auch begrifflich, zum Ausdruck zu bringen. Das geschah durch den Begriff „Kapitalismus“, ein Begriff, der von der öffentlichen Meinung in besonderem Maße angenommen und in weiten Umlauf gesetzt wurde. Zahlreiche Gelehrte haben sich bemüht, Merkmale und Umfang dieses Begriffs zu bestimmen. — Für uns entsteht somit die Frage: Läßt sich diese neue wirtschaftliche Wirklichkeit tatsächlich durch das Wort „Kapitalismus“ und durch seinen üblichen Gebrauch wiedergeben?

Eine große historische Tatsache liegt vor: Es ist die Tatsache der Industrialisierung. Sie begann vor etwa anderthalb Jahrhunderten in England und ist noch heute in vollem Gange. Ihren Lauf um die Welt hat sie noch keineswegs vollendet. Wir stehen heute mitten darin: Zu Anfang des 19. Jahrhunderts griff sie bereits auf die westlichen und mittleren Länder des europäischen Kontinents — z. B. Deutschland, Frankreich, Belgien, Schweiz — und auf die Ostküste der Vereinigten Staaten über. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts faßte sie auch in Japan Fuß. Nach 1928 wurde Rußland von seinen neuen Machthabern in die Industrialisierung großen Ausmaßes hineingezwungen. In der Gegenwart hat sich das Tempo beschleunigt: China, Indien, Brasilien, die Türkei, mehrere andere Balkanstaaten und Spanien wollen sich industrialisieren und werden industrialisiert. Hatten die Engländer noch 1850, Europa und die Vereinigten Staaten noch zu Beginn unseres Jahrhunderts geglaubt, auf die Dauer die industrielle Werkstatt der Welt zu sein — heute sehen wir, daß die ganze Welt, wo immer nur die natürlichen Voraus-

setzungen gegeben sind, zur industriellen Werkstatt zu werden beginnt. Diese industrielle Revolution, die ihresgleichen in der Weltgeschichte nicht hat, springt nicht nur von Land zu Land, sondern überall — auch in den alten Industrieländern wie England und Deutschland — entwickelt sie sich selbst, und es bilden sich in ihrem weiteren Verlauf immer wieder neue Wirtschaftsformen. Will die Wissenschaft verstehen, wie dieser gewaltige Prozeß, in dessen Verlauf das gesamte Leben der Menschen unabsehbare Erschütterungen erfährt, verlief und verläuft, so muß sie ihn universalgeschichtlich sehen. Das heißt: In seinem Gesamtzusammenhang mit dem ganzen geschichtlichen Leben der einzelnen Nationen und der Menschheit. Sein Entstehen aus einer besonderen geistig-politisch-wirtschaftlichen Lage Europas heraus, die Zerstörung der alten Betriebsformen des Gewerbes und der Landwirtschaft, die soziale Umgestaltung der Nationen, die Vermassungserscheinungen, die Einflüsse auf die Staatsbildung, auf die Kriegführung und auf das religiös-geistige Leben der Völker — alles erfordert universale Betrachtung dieses gewaltigen Geschichtsherganges. Dann wird auch verständlich, warum die Industrialisierung in England anders verlief als in Japan oder in Rußland, warum sie teils in alte Lebensformen hineinwuchs und diese langsam umformte, teils aber auch die alten Lebensformen völlig zerstörte. — Und ein zweites: Die Wissenschaft muß deutlich machen, in welcher Wirtschaftsordnung die Industrialisierung eines Landes oder eines Erdteils begann und wie sie von sich aus die Wirtschaftsordnung umgestaltete. Die Wirtschaftsordnungen, in denen sie ihren Ausgang nahm, waren überaus verschieden geartet: In England, Deutschland und anderen europäischen Ländern herrschten verkehrswirtschaftliche Ordnungsformen vor. In anderen Ländern, wie in Rußland und in der Türkei, war es gerade der Staat, der mit Verwaltungsmaßnahmen zentralleitend eingriff und von hieraus die industrielle Umwälzung in Gang setzte: „Die Zivilisation ist eine gewaltige Welle“, sagte Kemal Pascha, „und wer sich nicht bereitet, mit ihr zu schwimmen, der wird ertränkt oder weggespült.“

Von unten her wäre in diesen Ländern die Industrialisierung vielleicht nicht so rasch erfolgt. Dazu fehlte es an selbsttätigen Kräften, und dazu war der Druck der Tradition zu groß. So wurde sie unter staatlich-zentraler Leitung in Gang gesetzt und erhielt dadurch einen völlig anderen Charakter als im Westen, wirkte sich auch auf das Gesamtleben dieser Völker ganz anders aus als dort. — Universalgeschichtliche Anschauung und Denken in Ordnungen müssen zusammenwirken, um auch das geschichtliche Phänomen zu erklären, das man heute „Krisis des Kapitalismus“ nennt: Die gewaltige Umgestaltung der Wirtschaftsformen also, in der wir leben und die keineswegs nur wirtschaftlich verstanden werden kann.

Alles, was universalgeschichtliche Anschauung und was Denken in Wirtschaftsordnungen behindert, erschwert die Erkenntnis des Werdens und des Seins moderner Wirtschaft. Beides aber geschieht durch den Begriff „Kapitalismus“ und besonders durch den Gebrauch, der von dem Begriff gemacht wird.

Das, was der Begriff des „Kapitalismus“ leisten sollte, war sehr viel — mehr sogar als die übrigen „Querschnitte“. Man wollte mit ihm nicht bloß das „Wesen“ der Erscheinungen darstellen, das jenseits der historischen Einzelercheinungen liege und um das sich der Nationalökonom hauptsächlich zu bemühen habe. Das wollte man mit den übrigen Querschnitten — wie Stadtwirtschaft oder Hauswirtschaft — auch. Vielmehr sah und sieht man im Kapitalismus zugleich die wirkende Substanz der modernen Wirtschaft. Die einzelnen Erscheinungen — etwa die Zerstörung alter Handwerkszweige, die Bildung von Kartellen, die Ausdehnung des Welthandels, die Umgestaltung der sozialen Struktur der Länder — werden als Taten eines realen Wesens, eben des Kapitalismus, seine Krisis als ein Verfall dieses Wesens angesehen. Marx und seine Schüler haben in besonderem Maße dahin gewirkt, diese Denkform zu verbreiten. Bei vielen Marx-Schülern und bei anderen Schriftstellern wird der Kapitalismus sogar zur personifizierten Substanz

oder zur Person. Es wird berichtet, was der Kapitalismus in Europa und sonstwo vollbracht habe, daß er sein Zerstörungswerk auf der Erde fortsetzen werde, daß der Hochkapitalismus in einem eigentümlichen Rhythmus von Aufstieg und Niedergang gelebt habe und daß er ruhiger, gesetzter, vernünftiger werde, wie es seinem zunehmenden Alter entspreche, daß er aber noch immer Vorräte von Waren zerstöre oder Arbeiter ausbeute. Das mögen manchmal nur Eigenheiten der sprachlichen Formulierung sein; meist ist es mehr: den Kapitalismus als gestaltende Substanz oder als reales, lebendes Wesen aufzufassen, ist üblich geworden. Die Masse der Menschen liebt es im übrigen, in solchen Kategorien zu denken und ihnen noch eine besondere Gefühlsbetonung zu verleihen.

Hierzu wäre zunächst zu bemerken, daß damit ein schwerer logischer Fehler begangen wird: nämlich der Fehler der *Hypostasierung*. Ein Allgemeinbegriff wird verdinglicht, vergegenständlicht oder personifiziert. Die Flucht in den personifizierten Allgemeinbegriff „Kapitalismus“ ersetzt die echte Untersuchung der Wirklichkeit. — Jemand stellt die Frage, warum die Vernichtung von Weizen, Kaffee und anderen Lebensmitteln, die in Kanada, Brasilien und anderen Ländern vorgenommen wurde, geschah. Er erklärt, so handle eben der „Kapitalismus“ und meint, damit sei die Frage beantwortet. Das ist sehr bequem; aber in Wahrheit ist überhaupt nichts geklärt. Warum vernichtet denn dieses eigenartige Wesen „Kapitalismus“ an diesen Stellen Vorräte, an anderen nicht? — Der Betrachter sollte die realisierten Marktformen untersuchen, und er würde finden, wie und warum es in gewissen monopolistischen Marktformen zur Vernichtung von Gütervorräten kommt, warum in anderen Marktformen nicht. Er sollte also in die Realität eindringen und sich nicht einem Begriffsschema anvertrauen.

Man glaubt mit solchen Schilderungen von den Taten des „Kapitalismus“ modern zu sein und ist in Wahrheit in magisches Denken zurückgefallen. Es ist der alte Fehler des extremen Begriffsrealismus, der uns hier wiederum begeg-

net. — Nach zwei Seiten hin hat der Gebrauch des Begriffs „Kapitalismus“ außerdem Schaden angerichtet: Er erschwert geschichtliches Verstehen oder macht es unmöglich. Das ist die e i n e Konsequenz. Denn es liegt nahe, zwar die Entstehung des Wesens „Kapitalismus“ aus der Gesamtgeschichte heraus zu erklären, sein weiteres Leben und Wirken und Sterben aber vom gesamtgeschichtlichen Geschehen loszulösen. Der Kapitalismus führt in den Augen dieser Betrachter nach seiner Geburt seine eigene Existenz. Daß stets und in j e d e m Augenblick das wirtschaftliche Leben — und damit auch die Industrialisierung — ein Teil des geschichtlichen Gesamthergangs ist, mit dem es in fortwährender Wechselwirkung steht, und daß und wie es mit allen übrigen Lebensäußerungen der Nationen d a u e r n d Berührung hat, wird nicht gesehen. Die Figur des Kapitalismus mit ihrer Entwicklung vom Früh- zum Spätkapitalismus wird zum deus ex machina, durch dessen Verwendung die konkreten ökonomischen Probleme nur scheinbar gelöst werden. Offen zutage liegende, wesentliche, geschichtliche Zusammenhänge werden übersehen: Man kann wahrhaftig leicht feststellen, daß die französische Revolution, die außenpolitischen Umwälzungen und die innere Umformung der Staaten, die ihr folgten, auch die Wirtschaftsstruktur Europas veränderten, daß der Krieg 1914—1918, die folgenden Friedensschlüsse und Revolutionen und der Krieg 1939 bis 1945 das wirtschaftliche Leben auch der nächsten Zeit entscheidend bestimmten. Wer aber im Kapitalismus die personifizierte Substanz der modernen Wirtschaft sieht und das wirtschaftliche Geschehen auf das Verhalten dieses Wesens zurückführt, ist solchen gesamtgeschichtlichen Zusammenhängen gegenüber blind und kann zu der Meinung gelangen, „daß im allgemeinen politische Ereignisse für den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung nicht bestimmend sind, daß aber im besonderen die Entwicklung des Kapitalismus von den großen politischen Revolutionen der letzten Jahrhunderte so gut wie völlig unabhängig ist“ (Sombart). Die ganze Diskussion über die „Krisis des Kapitalismus“ litt ebenfalls am Mangel gesamtgeschichtlicher Anschauung.

Nur aus der gesamtgeschichtlichen Bewegung der Gegenwart, dem mächtigen Staatsbildungsprozeß, der mit der Neuzeit begann und der in den letzten Jahrzehnten eine besondere Gestalt annahm und in alle Lebensgebiete eingriff, aus dem raschen Vordringen des Nationalismus und anderer Ideen, die zur Herrschaft gelangten, ist in Verbindung mit den wirtschaftlichen Hergängen die Umformung der Wirtschaftsordnungen und des wirtschaftlichen Alltags verständlich zu machen. Universalgeschichtlich muß also die Frage gestellt werden: Wie führte das gesamtgeschichtliche, geistige, religiöse, politische, soziale und wirtschaftliche Werden zu einer so tiefgreifenden Veränderung der wirtschaftlichen Wirklichkeit? Wer nach dem Wesen des „Kapitalismus“ fragt und von hier aus eine Antwort sucht, stellt schon die Frage ungeschichtlich, schief und zu eng. Noch ungeschichtlicher denkt er, wenn er außerdem an einen zwangsläufigen Entwicklungsprozeß dieses Wesens glaubt.

Zweitens: Auch weil der Begriff des Kapitalismus über das Ordnungsgefüge der Wirtschaft nichts Bestimmtes aussagt, eignet er sich nicht zur Bezeichnung wirtschaftlicher Wirklichkeit. Jeder legt in ihn Ordnungsvorstellungen herein, die ihm persönlich passen: Anarchie aller Produktion oder Wettbewerbswirtschaft oder Laissez faire oder Beherrschung des wirtschaftlichen Lebens durch monopolistische Mächte oder Lenkung der Wirtschaft durch einen von anonymen Kräften beherrschten Wirtschaftsstaat. Noch schlimmer: Seit Beginn der industriellen Revolution, also etwa seit 150 Jahren, durchlebt die Menschheit in verhältnismäßig rascher Folge den vielfältigen Wechsel und das eigenartige Nebeneinander konkreter Wirtschaftsordnungen. Es ist eine Mannigfaltigkeit, die auch gesamtgeschichtlich von größter Wichtigkeit ist. Die Wissenschaft hätte die Aufgabe gehabt und hat sie heute, sie gründlich zu erforschen. Aber das Wort „Kapitalismus“ verschlingt diese Mannigfaltigkeit. Wie soll man z. B. die tiefgreifenden Umgestaltungen der europäisch-amerikanischen Wirtschaftsordnungen seit 1920 verstehen,

wenn man die Frage danach als Frage nach der Krisis des „Kapitalismus“ stellt? Also eines Begriffs, der das Ordnungsgefüge der modernen Wirtschaft nicht zum Ausdruck bringt? — Im Suchen nach dem Wesen der wirtschaftlichen Wirklichkeit ist diesen Betrachtern die Anschauung der Wirklichkeit verlorengegangen²³.

*

Eine verhängnisvolle Schwäche des Verfahrens der Bildung von Querschnitten oder Stufen oder Stilen liegt gerade an der Stelle, wo es seine Stärke zu haben scheint. Man glaubte und glaubt in diesem Lager, Verständnis für geschichtliche Wirklichkeit zu haben. Aber man schuf nicht allein ungeschichtliche Entwicklungsreihen, sondern überhaupt Begriffsgebilde, welche das wirtschaftliche Geschehen unzulässig aus dem gesamtgeschichtlichen Hergang lösen, geschichtliches Verstehen verhindern und darüber hinaus die Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen erschweren²⁴.

C. Zeitgebundene Theorien?

Bleibt noch die andere Frage. — Sehen wir einmal ganz davon ab, daß die Stile und Stufen wirtschaftliche Wirklichkeit nicht abbilden. Unterstellen wir vorübergehend sogar, sie besäßen diesen Fehler, der sie entwertet, nicht. Ließen sich dann auf ihrer Grundlage „geschichtliche Theorien“ oder „anschauliche Theorien“ oder „zeitgebundene Theorien“ oder überhaupt Theorien gewinnen? Läßt sich etwa für den Kapitalismus eine zeitgebundene Theorie erarbeiten, die nur für ihn gilt und mit seinem Verschwinden ihre Gültigkeit verliert? Ist es also möglich, für einzelne geschichtliche Epochen zeitgebundene Theorien aufzustellen? Auch diese Frage, die oft ohne weiteres und etwas naiv bejaht wird, ist zu verneinen.

1. Zunächst sei auf eine eigenartige Tatsache verwiesen, die nicht die nötige Beachtung gefunden hat und die zum Nachdenken anregen sollte. Seit über hundert Jahren wird von hervorragenden Nationalökonomen fast ununterbrochen die

dringende Forderung erhoben, für die einzelnen geschichtlichen Epochen oder Stufen oder Stile seien zeitgebundene Theorien zu schaffen. Aber bis zum heutigen Tage ist noch nicht eine einzige solche Theorie mit Erfolg konstruiert worden.

Man hat gemeint, die Klassiker hätten für ihre Zeit eine solche Theorie erdacht, und die klassische Theorie sei geeignet, den Wirtschaftshergang insbesondere Englands zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu erklären. Die klassische Theorie sei also eine zeitgebundene Theorie, und es sei die Aufgabe, für andere Länder und Kulturen ebenfalls zeitgebundene Theorien zu entwickeln. — Der logische Charakter und der Geltungsbereich der klassischen Theorie wird aber hiermit nicht zutreffend bezeichnet. Davon sprachen wir bereits. Es liegt hierin nicht nur ein Mißverständnis über das Verhältnis der Klassik zur Geschichte, sondern auch ein Verkennen der faktischen Wirtschaftsordnung zur Zeit der Klassiker, die eben keineswegs eine reine Wettbewerbsordnung darstellte.

Auch die moderne Theorie gibt nicht — wie manche moderne Theoretiker selbst meinen — eine Beschreibung oder eine Erklärung des wirtschaftlichen Alltags des „Kapitalismus“. Sie ist weniger und mehr. Weniger insofern, als sie überhaupt keine konkrete wirtschaftliche Wirklichkeit, also auch nicht die Wirklichkeit des sog. Kapitalismus, beschreibt. Sie besteht aus gedanklichen Werkzeugen, die erst der Anwendung bedürfen, um konkrete Zusammenhänge überhaupt erklären zu können. — Mehr aber insofern, als richtige theoretische Sätze gedankliche Werkzeuge darstellen, die geeignet sind, bei Verwirklichung bestimmter Bedingungen zur Erklärung konkreter Zusammenhänge jeder Geschichtsepoche und keineswegs nur im Zeitalter des Kapitalismus oder in der Gegenwart angewandt zu werden. Als zeitgebundene Theorie läßt sich auch die moderne Theorie nicht deuten²⁵.

Die Dringlichkeit des Wunsches ganzer Forschergenerationen nach Theorien, die je für einen Zeitraum Gültigkeit besitzen — nach zeitgebundenen Theorien also —, steht in

schroffem Gegensatz zum völligen Ausbleiben seiner Erfüllung.

2. Warum aber konnte das programmatische Verlangen nach zeitgebundenen Theorien nicht erfüllt werden?

Greifen wir einmal den vielgenannten Wirtschaftsstil der „Stadtwirtschaft“ heraus. Ist es möglich, für ihn eine zeitgebundene, „anschauliche“ Theorie zu schaffen? Nein. Deshalb nicht, weil er über das Ordnungsgefüge der Stadtwirtschaft nichts aussagt. Zweifellos läuft der wirtschaftliche Alltag einer Stadt in verschiedenen Wirtschaftsordnungen auch verschieden ab. Haben alle Zünfte in der Stadtwirtschaft Monopolstellungen oder sind Zünfte überhaupt verboten oder werden sie von der Stadtverwaltung kontrolliert oder greift die Stadtverwaltung unmittelbar in die Güterversorgung der Bevölkerung ein, und, wenn das der Fall ist, wie und bei welchen Gütern? Bevor all diese Fragen nicht beantwortet sind, kann die Frage nach den Zusammenhängen des Wirtschaftsprozesses des stadtwirtschaftlichen Gebietes nicht in Angriff genommen werden. Es ist also kein Zufall, daß noch keine „Theorie“ für die Stadtwirtschaft erdacht wurde. Es geschah nicht, weil es unmöglich ist.

Entsprechendes gilt für den „Kapitalismus“. Weil „Kapitalismus“ das Ordnungsgefüge der modernen Wirtschaft nicht bezeichnet, ist er als Grundlage theoretischer Analysen ungeeignet. — Im übrigen waren und sind die Wirtschaftsordnungen in den sog. kapitalistischen Ländern so vielfältig und wechselnd, daß die Voraussetzung für die Schaffung einer Theorie zwecks Erklärung des wirtschaftlichen Alltags im „Kapitalismus“ nicht gegeben ist. Tritt aber die Theorie mit diesem Anspruch auf, so vereinfacht sie zu stark und entfernt sich von der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Wenn man z. B. fragt, wie im „Kapitalismus“ der Investitionsprozeß vor sich geht, so ist schon die Fragestellung verfehlt. Die Investition ist je nach dem Ordnungsgefüge der Wirtschaft verschieden und hängt davon ab, welche verkehrswirtschaftlichen oder zentralver-

waltungswirtschaftlichen Formen oder welche Geldsysteme verwirklicht sind —, Ordnungsformen, die der Begriff „Kapitalismus“ nicht erkennen läßt. — Scharfsinnige theoretische Ableitungen nützen nur wenig, wenn die Forschung von einer so unklar und undeutlich bezeichneten Bedingungskonstellation ausgeht, wie sie der Begriff des „Kapitalismus“ bietet. Der Untergrund, auf dem der theoretische Bau errichtet wird, ist unsicher; Scharfsinn und Sorglosigkeit mischen sich hier in merkwürdiger Weise.

„Stadtwirtschaft“ und „Kapitalismus“ und die anderen Querschnitte und Stufen und Stile bieten keine eindeutigen und übersehbaren Bedingungskonstellationen. Da aber jede Theorie Aussagen über notwendige Zusammenhänge bei bestimmten Bedingungskonstellationen enthält, ist ihre Gewinnung unmöglich, wenn keine klaren Bedingungskonstellationen als Grundlagen geboten werden. Als analytische Werkzeuge der theoretischen Forschung sind sie ungeeignet. Somit ist die Forderung, zeitgebundene Theorien zu schaffen, eine unerfüllbare Forderung, die in Zukunft ebenso wenig wie in Vergangenheit Erfüllung finden wird.

Im ganzen also versagt dieses Verfahren, durch das die große Antinomie überwunden werden soll, vollständig. Es gelingt ihm weder die Mannigfaltigkeit geschichtlicher Formen abzubilden (A und B), noch auf der Grundlage der konstruierten Querschnitte Theorien zu bilden (C). Es ermöglicht also weder Historie noch Theorie. So mißlingt ihm im ganzen die Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Das Verfahren kann auch nicht durch kleine Korrekturen gerettet werden. Nicht etwa dadurch, daß man nicht von „Wirtschaftsstufen“ sondern von „Wirtschaftsstilen“ spricht. Auf alle diese Unterschiede im einzelnen kommt es nicht an. Das Verfahren ist in seiner Grundrichtung verfehlt.

*

Damit stehen wir am Ende unserer kritischen Übersicht. Am Willen, die wirtschaftliche Wirklichkeit zu erfassen, hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Wohl machen sich im Be-

reiche wirtschaftlicher Fragen Begriffsnationalökonomien und Ideologen stets stark bemerkbar, und es besteht keine Aussicht, daß sie jemals verschwinden werden. Aber von ihrem Gerede heben sich die zahlreichen, ernstesten und energischen Versuche, die wirtschaftliche Wirklichkeit wahrhaft zu erfassen, sehr deutlich ab.

Indessen zeigte es sich, daß alle diese Versuche nicht zum Erfolge gelangten. Entweder wurde die große Antinomie umgangen oder es wurde zwar ein energischer Vorstoß zu ihrer Überwindung gemacht, aber ohne Erfolg. Der oft erhobene Vorwurf, die Nationalökonomie sei wirklichkeitsfremd, wird zwar meist von Interessenten gegen eine unbequeme Wissenschaft erhoben und ist insoweit unbeachtlich. Aber von wissenschaftlicher Seite geäußert, entbehrt er nicht der Berechtigung. Der Nationalökonomie fehlt ein vollständiges und sicheres Verfahren, um wirtschaftliche Wirklichkeit wissenschaftlich zu erfassen. Ihr fehlt eine vollkommene Methode, um zu wissenschaftlicher Erfahrung zu kommen. Sie vermag nicht mit der nötigen Sicherheit durch die Oberflächenbetrachtung des Alltags durchzustoßen und die Realität zu sehen, wie sie wirklich ist. Instinktiv wird dieser Zustand von vielen Nationalökonomien und Nichtnationalökonomien empfunden. Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, warum dem so ist.

Alle Anstrengung muß darauf gerichtet sein, diesen Zustand zu überwinden. Aber weil die überkommenen Lehransichten vor der großen Antinomie versagen, müssen wir an den Gegenstand selbst völlig neu herangehen. Die einfache Fortführung einer vorhandenen Gedankenrichtung — etwa einer „Historischen“ oder einer „Theoretischen“ Richtung — kommt nicht in Betracht. Vom Lehrgehalt aller überkommenen Nationalökonomie sehen wir zunächst völlig ab. In diesem Punkte muß die Haltung radikal sein. Wir setzen zunächst keine irgendwie geartete nationalökonomische Lehre voraus. Vielmehr sehen wir allein die alltägliche wirkliche Wirtschaft und stellen Fragen. Es kommt darauf an, in voller Spontanei-

tät die wirtschaftliche Wirklichkeit zu erkennen. Das heißt nicht: Verachtung der großen Leistungen der Vergangenheit. Im Gegenteil. Gerade indem wir uns jetzt von den Autoritäten zu den Sachen wenden, gewinnen wir im Verlauf der Untersuchungen ein richtiges Verhältnis zu den wirklich großen wissenschaftlichen Leistungen der Vergangenheit.

Das Herantreten an die Tatbestände ist durch die vorangegangene Kritik entscheidend vorbereitet. Denn in der Kritik gewannen wir eine vollständige Fassung der Probleme: Zu dem erstgenannten Hauptproblem — der Frage nach den Zusammenhängen des wirtschaftlichen Alltags — trat das zweite Hauptproblem — die Frage nach dem Aufbau der Wirtschaftsordnungen, in welchem jeweils der wirtschaftliche Alltag abrollt. Sind diese beiden Probleme für ein Gemeinwesen und für einen Zeitraum gelöst, so ist die jeweilige wirtschaftliche Wirklichkeit erkannt. Es erwies sich, daß beide Hauptfragen durch die Alltagserfahrung nicht bewältigt werden können. Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit, wie sie heute ist und wie sie jeweils war, kann also nur in wissenschaftlicher Lösung der beiden, eng zusammenhängenden Kardinalprobleme vollzogen werden²⁶.

DRITTER THEIL

WISSENSCHAFTLICHE
ERKENNTNIS
DER WIRTSCHAFTLICHEN
WIRKLICHKEIT

Die Konstrukteure von Querschnitten distanzieren sich von den konkreten Einzelheiten, um so das „Wesen“ oder das „Normale“ der Wirklichkeit zu finden. Auf diese Weise gelangten sie nicht zum Ziel. — Versuchen wir, in entgegengesetzter Richtung den Zugang zur Lösung der beiden Hauptprobleme zu finden. Statt uns von den Einzelheiten der wirtschaftlichen Wirklichkeit zu distanzieren, wollen wir entschieden an die wirtschaftliche Wirklichkeit und gerade an ihre Einzelheiten herangehen. — Das mag zunächst paradox erscheinen. Wollen wir zu allgemeiner Fragestellung und theoretischer Analyse gelangen, indem wir das Individuelle untersuchen? Nun — wir werden sehen, wohin der Weg führt. Denn auch in dieser Sache entscheidet allein die Leistung.

Wir wollen völlig mit dem Brauch der Nationalökonomien brechen, die genaue Kenntnis wirtschaftlicher Einzeltatsachen der Gegenwart den Praktikern oder Betriebswirten, der Vergangenheit den Historikern zu überlassen. Gerade individuelle Tatbestände wollen wir sehr genau untersuchen. — Nicht in dem Sinne, daß wir uns einfach in das Meer der Tatsachen stürzen wollen. Die bloße alltägliche Anschauung genügt selbstverständlich nicht. Eine Bauersfrau, die viele Jahrzehnte zum Wochenmarkte geht, weiß nur wenig von den Zusammenhängen, in denen sie steht. Von vornherein unterscheidet sich die Wissenschaft von dieser vorwissenschaftlichen Haltung zur Wirtschaft durch Radikalismus der Fragestellung und durch denkende Durchdringung der Tatbestände. — Dabei gruppieren wir die beiden Probleme — aus dem genannten Grunde — anders als bisher, indem wir zunächst die Ordnungsformen der Wirtschaft untersuchen und dann erst die Zusammenhänge des alltäglichen Wirtschaftsprozesses.

ERSTES KAPITEL

Tatsachen

I. Tatsachen der Gegenwart

Um mit dem Nächsten zu beginnen, mit der Gegenwart, in der ich heute lebe. Was sehe ich? — Nun etwa: ein Gemüsegeschäft und andere Einzelhandelsgeschäfte, eine Schusterwerkstätte und andere Handwerksbetriebe, einige Fabriken, Bauernhöfe, die Eisenbahn, die Haushaltung, in der ich lebe, andere Haushaltungen und viele ähnliche Gebilde mehr. In einige dieser Wirtschaftsgebilde gehe ich hinein und untersuche sie²⁷.

Der Angestellte A., der in einer hiesigen Kunstseidenfabrik tätig ist, wohnt mit seiner Familie von drei Köpfen in einem Siedlungshaus. Zwei Tatsachen sind es, die sich bei Untersuchung dieser Haushaltung in den Vordergrund schieben. Erstens die Tatsache, daß die Haushaltung kein Sonderdasein führt, sondern mit Betrieben und anderen Haushaltungen aufs engste verknüpft ist: Der Mann geht in die Kunstseidenfabrik und bezieht dort sein Einkommen, die Frau kauft Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände und die meisten übrigen Güter, die von der Familie verbraucht werden, in Betrieben des Handels oder auch von Landwirten und Handwerkern. Außerdem hat die Familie ein Konto bei der Sparkasse, steht also mit einem Geldinstitut in Beziehung. — Zweitens aber wirtschaftet die Familie für sich —, dies ist die andere wichtige Tatsache. Der Garten wird nach bestimmtem Plane von den Familienmitgliedern mit verschiedenen Gemüsearten und Kartoffeln bebaut, welche die Familie selbst verzehrt. Insoweit werden Güter

hergestellt, die nicht zum Tausch mit anderen Haushaltungen und Betrieben gelangen. Die Haushaltung ist also beides zugleich: Glied einer großen Verkehrswirtschaft und Träger einer kleinen Eigenwirtschaft. — Natürlich hängen beide Teile zusammen. Zum Beispiel ist die Frage, was die Familie in ihrem Garten anbaut, auch von den Preisen bestimmt, die sie im Verkehr für Gemüse und andere Güter zu zahlen hat. Aber darauf kommt es hier nicht so sehr an wie auf die Feststellung des Doppelcharakters der Haushaltung.

An diesem Punkte nun setzt dasjenige Abstraktionsverfahren ein, das zu verstehen von entscheidender Wichtigkeit ist. Die einzelnen Seiten der individuellen Erscheinung — dieser einen Haushaltung der Familie A — werden herausgehoben und so „Idealtypen“ gewonnen. In scharfem Gegensatz zu der „generalisierenden“ Abstraktion, die in vielen Tatbeständen Gemeinsames festhalten will und mit der die Konstrukteure von Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsstilen arbeiten, erfolgt die „pointierend hervorhebende“ oder „isolierende“ Abstraktion am einzelnen Tatbestand. (Auf den überaus wichtigen Unterschied dieser beiden Abstraktionsverfahren werden wir noch oft stoßen.) An einem einzigen Landgut hat Johann Heinrich von Thünen seine Idealtypen des isolierten Staats gewonnen. In dieser einen konkreten Haushaltung des A finden sich zwei konstituierende Elemente. Pointierend heben wir jeweils eines heraus und finden so zwei verschiedene „Wirtschaftssysteme“: „Verkehrswirtschaft“ und „Zentralgeleitete Wirtschaft“²⁸.

Ein zweiter, etwas schwierigerer Fall: In der Baumwoll-Spinnweberei T. der mitteldeutschen Stadt R. fanden sich 1929 nur Formelemente verkehrswirtschaftlicher Art, bei Fehlen aller Spuren zentraler Wirtschaftslenkung. Aber die Formen, in denen der Betrieb mit dem Markte verknüpft war, waren vielfältig. Für den Verkauf seiner Gespinste hatte er mit anderen deutschen Spinnereien Kartellabreden

getroffen; auf diesen Marktgebieten gehörte er also Monopolgebilden besonderer Art an. Dagegen bestand auf den vielen Webwaren-Märkten, auf denen er anbot, Konkurrenz. Die Löhne wurden damals durch Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und der Textilarbeitergewerkschaft festgesetzt, also in Verhandlungen zwischen Monopolgebilden unvollständiger Art. Elektrizität wurde vom städtischen Elektrizitätswerk bezogen, das ein vollständiges Monopol besaß. — Fünf Jahre später — 1934 — hatte sich das Bild vollkommen geändert. Durch das Spinnstoffgesetz und andere staatliche Maßnahmen war dieser Betrieb, wie alle anderen deutschen Textilbetriebe auch, unmittelbarer zentraler Lenkung unterworfen worden. Vor allem hatte der freie Rohstoffeinkauf aufgehört. Baumwolle und andere Rohstoffe wurden von zentraler Stelle zugewiesen. Die Verteilung der Rohstoffe war also nicht mehr dem anonymen Markte überlassen, sondern erfolgte durch bestimmte Zentralstellen. Durch Investitionsverbote war nunmehr die Aufstellung neuer Maschinen begrenzt; auch hierin trat ein Zug zentralgeleiteter Wirtschaft zutage. Aber auch soweit der Betrieb Glied der Verkehrswirtschaft geblieben war, hatte sich die Situation verändert. Arbeitgeberverband und Gewerkschaft waren verschwunden. Der Eingriff des Staates in die Lohnbildung reichte viel weiter als früher. Kartellabreden waren verboten und die Preise der meisten Produkte entweder unmittelbar staatlich fixiert oder doch durch genaue Kalkulationsvorschriften bestimmt. — Die konkreten Tatbestände, die dieser eine Textilbetrieb bietet, reduzieren wir durch pointierende Hervorhebung auf reine Formen und finden so neben den beiden Haupttypen „Verkehrswirtschaft“ und „Zentralgeleitete Wirtschaft“, daß in der Verkehrswirtschaft bestimmte Formen von Angebot und Nachfrage ausgeprägt sind: Konkurrenz, Monopol, oder auch staatliche Preisfixierung. Diese reinen Formen sind es, auf die es ankommt.

Drittens schließlich: Der Hof des Bauern A in Hessen ist

— wie die meisten Bauernhöfe — sowohl Haushaltung als auch Betrieb. In ihm stieß man 1938 an mehreren Punkten auf Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft. Der Hof versorgte die Familie des Bauern mit Fleisch, Gemüse und Obst. Insoweit sind Erscheinungen zentralgeleiteter Wirtschaft kleinen Stils vorhanden. Gleichzeitig ragen große zentralgeleitete Wirtschaftskörper in den Hof herein und gestalten seine Struktur: Der Bauer muß sich an Anbaubeschränkungen für Zuckerrüben und für Hopfen halten. In diesen beiden Produktionsgebieten ist der Hof nur ein Glied zweier großer, unter öffentlich-rechtlicher, zentraler Leitung stehender Wirtschaftsgebilde, die ganz Deutschland umfassen. Zugleich ist er nach vielen Seiten hin Glied der Verkehrswirtschaft, und zwar vollzieht sich die Verknüpfung auch hier in den verschiedensten und in zeitlich wechselnden Formen. Roggen, Schweine, Milch und andere Produkte wurden 1938 zu staatlich festgesetzten Preisen an bestimmte Stellen verkauft, während sich vor 5 Jahren die Preise noch auf dem Markte bildeten. Beim Verkauf des Weines konnte der Bauer 1938 zwar mit gewissen Mindestpreisen rechnen; aber welcher Preis tatsächlich bezahlt wurde, ergab sich erst bei der Versteigerung. Für Landerbeiterlöhne bestanden staatlich fixierte Sätze, für künstliche Düngemittel staatlich kontrollierte Monopolpreise. Jede dieser Formen war für den Ablauf des wirtschaftlichen Alltags des Bauernhofes wichtig: Ohne Anbaubeschränkungen würde der Bauer mehr Zuckerrüben und mehr Hopfen gebaut haben; die Preisregelung für Schweine hatte ihn veranlaßt, mehr Schweine zu mästen, die staatliche Preisherabsetzung für Stickstoffdünger, mehr zu düngen.

Indem man im einzelnen Bauernhof oder in der einzelnen Haushaltung oder im einzelnen Industriebetrieb der Gegenwart die besonderen Ordnungselemente herausarbeitet, stößt man auf ein wichtiges Ergebnis: Fast jede Haushaltung und fast jeder Betrieb der Gegenwart zeigt zwar einen besonderen Charakter. Ja, die Mannigfaltigkeit wird um so

deutlicher sichtbar, je tiefer man eindringt und je zahlreichere Einzelwirtschaften man untersucht. Aber die Mannigfaltigkeit ergibt sich nur daraus, daß die Zusammensetzung der Ordnungsformen jeweils verschieden ist. Die Zahl der gefundenen reinen Ordnungsformen ist indessen übersehbar. Dies ist eine Feststellung, die sich als überaus folgenreich für den Gesamtcharakter der Nationalökonomie erweisen wird. Wie aus zwei Dutzend Buchstaben eine gewaltige Mannigfaltigkeit von Worten verschiedener Zusammensetzung und verschiedener Länge gebildet werden kann, so aus einer beschränkten Zahl elementarer, reiner Formen zu wirtschaften eine unübersehbare Mannigfaltigkeit konkreter Wirtschaftsordnungen. Aufgabe der Wissenschaft ist es, mit dem Verfahren pointierend-hervorhebender Abstraktion möglichst vollständige Untersuchungen vorzunehmen. Vollständig heißt: Es müssen alle diejenigen reinen, idealtypischen Wirtschaftsformen gefunden werden, aus denen sich in Gegenwart und Vergangenheit die konkreten Wirtschaftsordnungen zusammensetzen und zusammensetzen.

II. Tatsachen der Vergangenheit

Damit ist auch das Verfahren kurz bezeichnet, mit welchem der Nationalökonom die Wirtschaft der Vergangenheit oder anderer Länder und Kulturen zu bearbeiten hat. Es darf da ebenfalls keine Distanzierung von der Wirklichkeit geben. Und alle vorschnellen Generalisierungen müssen vermieden werden. Der einzelne Tatbestand und das einzelne konkrete Wirtschaftsgebilde ist zu untersuchen. Nicht diejenige Geschichtsschreibung bietet der Nationalökonomie — und gerade auch der theoretischen Analyse — am meisten, die große Übersichten über Jahrzehnte und Jahrhunderte gibt, sondern diejenige, die verstehend Einzelercheinungen darstellt.

Daß diese vollständige Umstellung der Nationalökonomien in ihrer Haltung zur Geschichte — so nötig sie ist — auf Widerstände stoßen wird, ist sicher. Die alten Schemen, Stufen und Stile werden noch lange — trotz aller ihrer Wirklichkeitsferne — mitgeschleppt werden. Ein geschichtliches Denken der Nationalökonomien, das auf Einbohren in die einzelnen Tatbestände gerichtet ist, wird — obgleich es so nahe liegt — sich erst durchsetzen müssen. Notwendig ist es also, bei Untersuchung etwa der deutschen Wirtschaft um 1900 oder um 1700 nicht generalisierend zusammenfassende Typen zu schaffen, um die Zeitalter kurz zu bezeichnen: etwa Hochkapitalismus oder Frühkapitalismus. Sondern einzelne Wirtschaftsgebilde sind nach ihren Ordnungsformen hin zu analysieren. Die Synthese erfolgt später.

Greifen wir in das Mittelalter und schieben wir den Nebel beiseite, den die alten Typenlehren über dessen großartigen, geschichtlichen Formenreichtum gebreitet haben. Da finden wir Grundherrschaften verschiedener Art, Höfe freier Bauern, Betriebe von Fernhändlern in den Städten, Betriebe von Handwerkern, Heimarbeitern, Einzelhändlern, die aufs engste mit Haushaltungen verbunden sind. — Einige wenige Wirtschaftsgebilde sind genau zu untersuchen.

1. Ich wähle zunächst das norditalienische Kloster Bobbio, eine Grundherrschaft im Tale der Trebbia, von dessen Wirtschaftsführung im 9. Jahrhundert L. M. Hartmann ein überaus anschauliches Bild gezeichnet hat. Bobbio war ein reiches Kloster. Es besaß Besitzungen in den verschiedensten Gebieten der Lombardei, von denen einige über 200 Kilometer vom Kloster entfernt lagen und mit denen teilweise eigene Schiffe auf Po und Ticino die Verbindung herstellten. Trotzdem war Bobbio keineswegs das reichste Kloster seiner Zeit, und es kann in seinem Aufbau als charakteristisch für die geistlichen und weltlichen Grundherrschaften des damaligen Norditalien angesehen werden. — Der Mittelpunkt dieses großen Wirtschaftsgebildes war das Kloster selbst mit seinen 36 Nebengebäuden. Hier be-

fand sich nicht nur die Hauptverwaltung, sondern auch die Gutsgebäude für die eigenbewirtschafteten Ländereien der nächsten Umgebung und für die gewerblichen Abteilungen lagen dort. Der größere Teil des grundherrlichen Landes stand in Eigenbewirtschaftung; es war das Salland. Allerdings lag der Grundbesitz so zerstreut, daß nicht alles Salland unmittelbar vom Kloster bewirtschaftet werden konnte und daß daneben mehrere besondere Nebenhöfe arbeiteten, die — der Hauptverwaltung streng untergeordnet — unter Leitung eines besonderen Vorstehers standen. Eine gewisse Arbeitsteilung war durchgeführt, so daß sich einzelne Nebenhöfe auf besondere Güter spezialisierten: etwa die Besitzungen am Gardasee auf die Produktion von Öl. — Ein kleinerer Teil des gesamten Bodeneigentums war verpachtet, und zwar an freie oder halbfreie oder unfreie Bauern. Im ganzen waren es etwa 650 Pächter. Auch in der Wirtschaftsrechnung der Hauptverwaltung kam die Spaltung von eigenbewirtschaftetem Salland und verpachtetem Land deutlich zum Ausdruck. Aber beide Teile hingen doch aufs engste zusammen. Schon in der Arbeitsverfassung. Für das Salland standen Sklaven zur Verfügung, die aber nicht ausreichten. Höchst wichtig waren deshalb die Frondienste der Pächter, wobei sich sehr verschiedene Formen des Arbeitsvertrages fanden: Die freien Pächter hatten sich verpflichtet, außer bestimmten Teilen der Früchte auch einen kleinen Geldbetrag abzuliefern und außerdem eine gewisse Anzahl von Frontagen auf dem Salland zu arbeiten. Manchmal waren es nur ein oder zwei Wochen im Jahr, manchmal aber auch ein oder zwei Tage in der Woche. Der unfreie Pächter indessen war in der Regel zu ungemessenen Frondiensten verpflichtet, während bei ihm die Lieferung von Früchten zurücktrat. Vereinzelt ist der Frondienst die einzige Last des Unfreien gewesen; in diesem Fall war er ein unfreier Häusler und unterschied sich vom Sklaven nur durch die eigene Haushaltung.

Die gewerbliche Produktion war im Mittelpunkt der Grundherrschaft, also in Nebengebäuden des Klosters kon-

zentriert. Hier arbeiteten in besonderen Werkstätten Bäcker und Fleischer, Schuster und Weber, Sattler und Waffenschmiede, Pergamentherzeuger, Tischler, Küfer u. a. Im übrigen wurden wohl auch in den Pachthöfen gewerbliche Erzeugnisse hergestellt, teils zum Eigenverbrauch, teils auch zur Lieferung an die Klosterwirtschaft. Daß die Lenkung eines so großen Produktionsapparates und die Verteilung der Konsumgüter auf die vielen Mitwirkenden sowie für Kultur- und Repräsentationszwecke schwierige Verwaltungsaufgaben stellte, geht aus den Urkunden deutlich hervor.

Ebensowenig wie die meisten anderen Grundherrschaften der damaligen Zeit war Bobbio wirtschaftlich nach außen abgeschottet. Schon die Geldabgaben der Bauern, die im Jahre zusammen etwa 220 Goldsolidi betrugen, weisen auf geldwirtschaftliche Beziehungen hin. Verschiedene benötigte Güter — wie z. B. gewisse Gewebe und Gewürze — wurden gekauft. Bobbio hatte außerdem vom Kaiser Ludwig II. das Privileg erhalten, auf seinem Besitze Markt halten zu lassen. Die Grundherrschaft war also — was ebenfalls nicht selten der Fall war — Marktbehörde, und es war sogar durch das Privileg ausdrücklich bestimmt, daß die Kaufleute auf der Hin- und Rückreise abgabenfrei sein sollten.

Was liegt in Bobbio — nationalökonomisch gesehen — vor? Eine eigenartige „V e r s c h m e l z u n g“ von verschiedenen Ordnungsformen zu einem konkreten Ganzen. Im Mittelpunkt dieses Kosmos steht eine „Zentralgeleitete Wirtschaft“, an die hunderte von kleinen abhängigen Wirtschaftswelten — die Einzelwirtschaften der Pächter — angeschlossen sind, die in sich wieder kleine, vorwiegend „zentralgeleitete“ Wirtschaftskörper darstellen. Sie haben sich gleichsam in einen großen Körper zentralgeleiteter Wirtschaft hineingeschoben. Im Rahmen dieser großen Klosterwirtschaft hat es „freie Konsumwahl“ der abhängigen Sklaven oder Halbfreien kaum gegeben. Soweit Sklaven oder Halbfreie die Arbeit auf dem Sallande verrichteten,

war auch der Arbeitseinsatz nicht frei. Auch diese Tatsache wird sich bei Kennzeichnung der zentralgeleiteten Wirtschaft als wesentlich herausstellen. Die Leute unterstanden in jeder Hinsicht dem Befehl der Zentralleitung. Soweit aber freie Leute Verträge mit der grundherrlichen Verwaltung abschlossen, lag eine etwas andere Ausprägung zentralgeleiteter Wirtschaft vor, über die ebenfalls zu sprechen sein wird. Die freien Arbeiter waren grundsätzlich nicht gezwungen, in Bobbio zu arbeiten. Aber die Freiheit war aus der Tradition heraus und durch die Langfristigkeit der Arbeitsverträge, die sich in der Regel auf 29 Jahre erstreckten, stark beschränkt.

Die Elemente „Zentralgeleiteter Wirtschaft“ waren also in Bobbio „dominierend“. Sie herrschten. Aber sie waren nicht ausschließlich vorhanden. „Ergänzend“ verschmolzen sich mit ihnen Elemente der „Verkehrswirtschaft“, indem Bobbio auch für den Markt produzierte, um vom Markte kaufen zu können, und indem die Verwaltung stets eine gewisse Kasse an Geld halten mußte, um den Ansprüchen des Verkehrs zu genügen. Das Ganze dieses Wirtschaftsgebildes war ein Komplex von idealtypischen Ordnungsformen, die wir einzeln hervorheben können, um so diese Formen rein zu erhalten²⁹.

Würden wir ähnliche Analysen für die Landwirtschaft des 14. Jahrhunderts durchführen, so würden wir finden, daß aus ähnlichen Formelementen in anderer Zusammensetzung andere Wirtschaftsgebilde geschaffen waren. Inzwischen hatte sich bekanntlich der landwirtschaftliche Großbetrieb weitgehend aufgelöst. Hauptträger der Landwirtschaft war der Bauernhof geworden. Die meisten Güter wurden nunmehr von der Bauernfamilie im Hause für den eigenen Bedarf oder auch für den Grundherrn erzeugt, und ihre Herstellung unterlag zentraler Lenkung, in die sich folgende Stellen teilten: Der Leiter der Kleinfamilie selbst, daneben die Markgenossenschaft, welche die Flur an die Genossen verteilte und über die Allmende Bestimmungen traf.

und schließlich der Grundherr. Drei Wirtschaftseinheiten griffen also zentral lenkend ineinander. Manche Güter aber wurden zum Tausch mit Nachbarn und mit der nahegelegenen Stadt hergestellt, die ein Zentrum verkehrswirtschaftlicher Beziehungen war und für deren Verleger manche Bauern auch als Heimarbeiter tätig waren. So griffen zwar auch in dieser Wirtschaftsordnung Elemente beider Wirtschaftssysteme ineinander, aber in anderer und besonderer Form.

2. Auch das mittelalterliche Handwerk war nicht so uniform organisiert, wie die Stadtwirtschaftslehre es glaubte. Ganz im Gegenteil. Die ungeheure Mannigfaltigkeit, die uns hier entgegentritt, ist kaum überbietbar. Sie reizt in besonderem Maße, weil sich hier die Frage, ob sich einheitliche Ordnungsformen finden lassen oder nicht, mit besonderer Schärfe stellt.

Für den einzelnen Handwerker des Mittelalters war es zunächst einmal entscheidend, ob sein Gewerbe „geschlossen“ oder „offen“ war. In „geschlossenem“ Zustande befanden sich zweifellos die Gewerbe oft, aber der Grad der Geschlossenheit und die Form der Schließung waren verschieden. In manchen Städten wurden z. B. die Zahl der Fleischerbänke, Brotbänke und Schusterbänke von der Behörde festgesetzt. Daneben war eine andere Methode der Schließung eines Gewerbes weit verbreitet: Der Zunftzwang. Dann nämlich, wenn die Zunft berechtigt war, die Zulassung abzulehnen oder hohe Eintrittsgelder zu verlangen, konnte sie, nicht die Behörde, den Zugang zum Gewerbe sperren. Bisweilen gelang es den Handwerkern sogar, das Gewerbe auf bestimmte Familien zu beschränken: So den Pariser Webern schon im 13. Jahrhundert. — Demgegenüber mißglückte es den Zünften aber auch oft, den straffen Zunftzwang zu erreichen. Häufig mußten sie sich damit begnügen, daß der Kreis der Zugelassenen nur lose begrenzt war. Nicht selten bestimmte die Stadtverwaltung, daß zwar niemand ein Gewerbe ausüben durfte, der keiner Zunft angehörte, daß aber die Zunft

nicht befugt war, den Eintritt zu verweigern und Eintrittsgelder zu verlangen. So etwa in Padua im 13. Jahrhundert oder in verschiedenen Gewerben Kölns des 14. Jahrhunderts. Allerdings hatte dann der Neueintretende oft mit dem Widerstand der Zunftgenossen contra legem zu rechnen. Aber der lockere Zunftzwang war doch wirtschaftlich etwas ganz anderes als der straffe.

Daneben gab es im Mittelalter vielerorts Gewerbe, die „offen“ waren, wo der Zugang freistand, und wo auch keine Mitgliedschaft bei einer Zunft erworben werden mußte. Schritt der Rat bei Mißbräuchen der Zunftgewalt zur Einschränkung von Freimeistern, so war das freilich nur eine beschränkte Öffnung des Gewerbes. Aber viele Stadtverwaltungen gingen weiter. Von Nürnberg war schon die Rede. Brescia bestimmte 1280 ausdrücklich, jeder dürfe jedes Handwerk ausüben und brauche keiner Zunft beizutreten. Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß jedes „geschlossene“ Gewerbe Monopole gebildet oder daß im Rahmen „offener“ Gewerbe stets Konkurrenz geherrscht hätte. Allerdings war die Festsetzung eines Numerus clausus, also die Schließung des Gewerbes, für die zugelassenen Handwerker ein wertvolles Privileg, durch das Abreden zur monopolistischen Beherrschung des Marktes wesentlich erleichtert wurden. Aber wenn die Zahl der zugelassenen Bäcker oder Fleischer oder Schuster groß war — sie betrug in manchen Städten 100 und mehr —, so war die Schaffung von Monopolen trotz der Schließung nicht einfach. Dazu wirkte die Politik der Stadtverwaltungen oft gegen Monopolabreden. — Und umgekehrt: Auch in Städten, die eine Politik der Gewerbefreiheit trieben, konnten sich die Handwerker eines Gewerbes einigen und Verbände zur monopolistischen Beherrschung ihres Marktes schaffen. Bologna des 13. Jahrhunderts ist in dieser Hinsicht interessant. Es trieb, wie viele andere Städte, eine Politik der Gewerbefreiheit; aber es duldete in bestimmten Gewerben — nicht in allen — Zusammenschlüsse. Dort bildeten sich denn auch solche, z. B. bei den Schneidern und Zimmerleuten und Hufschmieden, und sie suchten durch

Druck auf die Konkurrenten alle zum Anschluß zu bewegen, wobei Methoden angewandt wurden, die uns von den Monopolkämpfen der Neuzeit her wohl bekannt sind. Manchmal entstanden dann aber auch mehrere Verbände, so bei den Bologneser Schustern, wo im 13. Jahrhundert von vier verschiedenen Vereinen berichtet wird, die in bescheidener Form ein eigenartiges Oligopol darstellten. — Nicht selten bestand natürlich in offenen Gewerben auch Konkurrenz, und zwar wiederum in manchen Ausprägungen: Oft war jede Verbandsbildung seitens des Rats verboten, so — im Verlauf des 13. Jahrhunderts — in Landshut, in Goslar und in Zürich. Oder auch die Handwerker einer Stadt verkauften in Konkurrenz miteinander und mit den Handwerkern anderer Städte ihre Erzeugnisse auf Großmärkten, wie die Goldschmiede von Nürnberg, Köln und Augsburg, die auf der Frankfurter Messe ihre Waren selbst anboten. Aber das waren Sonderfälle. Viel wichtiger war das größte Exporthandwerk des Mittelalters, das Textilgewerbe. Die Leinen- oder Barchentweber der oberdeutschen Städte z. B. arbeiteten oft in Konkurrenz miteinander und verkauften ihre Erzeugnisse einzeln an Händler, die sie auf den Großmärkten absetzten. Der einzelne kapitalkräftige Händler oder Verleger oder Gruppen von Händler-Verlegern hatten dabei vielfach ein Nachfragemonopol. Viel günstiger war die Lage der Handwerker, wenn sie geeint der monopolistischen Gruppe nachfragender Händler gegenübertraten und kollektive Lieferungsverträge abschlossen. Das geschah z. B. 1424 in Lübeck zwischen der Zunft der Bernsteindreher und einer Gruppe von Fernhändlern, welche die Bernsteinwaren nach West- und Süddeutschland sowie nach Italien absetzten. Hier also stand Monopol contra Monopol.

Bedenken wir schließlich, daß die Behörden der Städte oft mit Preistaxen arbeiteten und damit besonders in monopolisierte Märkte eingriffen, so erhalten wir einen Eindruck von der Mannigfaltigkeit mittelalterlich-handwerklicher Wirtschaftsformen, zugleich aber auch Ansatzpunkte, aus denen heraus durch pointierend-hervorhebende Abstraktion

bestimmte idealtypische Wirtschaftssysteme und ihre Ausprägungen herausgearbeitet werden können³⁰.

3. Alle geschichtliche Wirtschaft kann mit dieser Methode analysiert werden: Nicht nur die der europäischen Völker der letzten Jahrtausende, sondern auch die Wirtschaft des alten Ägyptens oder Babyloniens oder Chinas in den verschiedenen Epochen ihrer Geschichte. Teilweise wird später davon die Rede sein. (Im Inka-Staat des 15. Jahrhunderts würde man wohl diejenige Zentralverwaltungswirtschaft finden, die am reinsten durchgeführt war.)³¹.

Überall kommt es darauf an, das Individuelle voll herauszuarbeiten — etwa die Besonderheit der chinesischen Familienwirtschaft — und nirgends in den Fehler zu verfallen, durch Suchen nach dem „Normalen“ die Kanten des Individuellen abzuschleifen. Überall zeigt sich, daß gerade diese durchdringende Anschauung des Einzelnen — vielleicht wider Erwarten — zur Entdeckung gewisser reiner Grundformen in übersehbarer Zahl führt. Die Zusammensetzung dieser Grundformen und die Art ihrer „Verschmelzung“ in den konkreten Gebilden ist verschiedenartig. Es wechseln auch die „dominierenden“ und die „ergänzenden“ Ordnungsformen; ebenso wechselt die gesamtgeschichtliche Umgebung. — Trotzdem finden sich in der Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsordnungen, in denen der Mensch gewirtschaftet hat und wirtschaftet, gewisse wiederkehrende konstitutive Formen.

Die Erkenntnis dieser idealtypischen Formen, welche vielleicht als Grundlagen für die Überwindung der großen Antinomie dienen können, ist nunmehr eingeleitet. Ein Anfang ist gemacht. Aber es fehlt noch zweierlei: Erstens die exakte, wissenschaftliche Bezeichnung der einzelnen, reinen, idealtypischen Formen, die bisher nur ungenau und in der Sprache des Alltags beschrieben wurden. Und zweitens eine systematische Erfassung dieser Typen: Alle idealtypischen Formen, die in den historisch-konkreten Einzelwirtschaften aufgefunden werden, sind einzeln herauszuarbeiten und systematisch einzuordnen.

Die Wirtschaftssysteme

Eine exakte und zugleich systematische Herausarbeitung der konstitutiven Formelemente darf wiederum nicht durch Setzung von Axiomen oder spekulativ erfolgen. Sonst würde an dieser Stelle ein Bruch zwischen geschichtlicher Erfahrung und theoretischer Forschung vollzogen. Modelle willkürlich zu bilden wäre ein schwerer, allerdings häufig begangener Fehler. Auch diese neue Stufe der Analyse ist nicht durch Entfernung von der wirklichen Wirtschaft zu bewältigen. Im Gegenteil: Der bereits eingeschlagene Weg muß ohne Abirren weiter verfolgt werden. Wir müssen — gestützt auf die bisherigen geschichtlichen Feststellungen — noch tiefer als bisher in die einzelnen historischen Wirtschaftsgebilde eindringen, um die nunmehr gestellte Aufgabe zu lösen.

Bei einer solchen, genaueren Untersuchung der konkreten Wirtschaftsgebilde stößt man sehr bald auf eine Feststellung, die sich später als überaus weittragend erweist: Der Leiter eines jeden Wirtschaftsgebildes handelt jeweils auf Grund eines Wirtschaftsplanes. Fragen wir, warum der Bauer A heute auf dem Felde ackert, so lautet die Antwort: Auf Grund seines Wirtschaftsplanes. Warum der Landarbeiter des Großbetriebes? Auf Grund des Wirtschaftsplanes der Gutsleitung. Warum die Hausfrau heute einen Zentner Kartoffeln kauft? Weil es ihrem Wirtschaftsplan entspricht. Warum arbeitet heute B als Metalldreher in der Maschinenfabrik? Auf Grund seines Wirtschaftsplanes oder — wenn er es auf Grund eines Gestellungsbefehls der staatlichen Zentralbehörde tut — in Durchführung des Wirtschafts-

planes dieser Zentralbehörde. Warum ließ die Verwaltung des Klosters St. Gallen im Jahre 980 bestimmte Früchte anbauen? Ebenfalls auf Grund ihres Wirtschaftsplanes. Genau das gleiche gilt für den Leiter einer ägyptischen Tempelwirtschaft im Jahre 500 v. Chr. Zu allen Zeiten und überall vollzieht sich das menschliche Wirtschaften in Aufstellung und Durchführung von Wirtschaftsplänen. Auf Plänen beruht also alles wirtschaftliche Handeln. Genauigkeit und zeitliche Reichweite der Pläne sind bei den verschiedenen Menschen sehr verschieden. Davon wird später die Rede sein. Ohne Pläne aber wirtschaften Menschen niemals.

Der einzelne Plan und sein Zustandekommen ist es daher, dessen Untersuchung zuerst erfolgen muß —, auch bei systematischer Bestimmung der reinen Formelemente, aus denen alle historischen Wirtschaftsgebilde gebaut sind.

Auf diese Weise gelingt es zunächst, die beiden reinen konstitutiven Grundformen, auf welche die historische Untersuchung in allen Epochen stieß, genau zu erfassen: Das idealtypische Wirtschaftssystem der verkehrslosen „Zentralgeleiteten Wirtschaft“ und das Wirtschaftssystem der „Verkehrswirtschaft“. Das Wirtschaftssystem „Zentralgeleiteter Wirtschaft“ ist dadurch gekennzeichnet, daß die Lenkung des gesamten wirtschaftlichen Alltags eines Gemeinwesens auf Grund der Pläne einer Zentralstelle erfolgt. Setzt sich jedoch die gesellschaftliche Wirtschaft aus zwei oder vielen Einzelwirtschaften zusammen, von denen jede Wirtschaftspläne aufstellt und durchführt, so ist das Wirtschaftssystem der Verkehrswirtschaft gegeben.

Spuren anderer Wirtschaftssysteme — neben diesen beiden — lassen sich in der wirtschaftlichen Wirklichkeit der Gegenwart und der Vergangenheit nicht finden; es ist auch nicht wohl vorstellbar, daß sich andere finden werden.

I. Die zentralgeleitete Wirtschaft

Ihre zwei Formen

In der neueren Nationalökonomie ist die Frage aufgeworfen worden, ob die rein zentrale Lenkung eines großen wirtschaftlichen Gemeinwesens überhaupt durchführbar sei. Hiergegen sind sehr ernste Zweifel geltend gemacht worden. Vor allem wurde bestritten, daß in einem solchen Gemeinwesen, in dem sich nicht Preise aus dem Wirtschaftsprozeß heraus bilden, eine exakte und sinnvolle Wirtschaftsrechnung möglich sei, so daß die Zentrallleitung bei Aufstellung ihrer Wirtschaftspläne im Dunkeln tappe. An die Leitung eines großen zentralgeleiteten Wirtschaftskörpers würden deshalb Ansprüche gestellt, die schlechthin nicht erfüllt werden könnten. — Mit diesen Einwänden, die in der wirtschaftspolitischen Diskussion der Gegenwart eine bedeutsame Rolle spielen, wird ein Problem ersten Ranges berührt. In der Tat würde die Steuerung einer großen, Zehntausende oder Millionen von Menschen umfassenden zentralgeleiteten Wirtschaft in völlig reiner Ausprägung auf die Dauer auf größte Schwierigkeiten stoßen, weil eine genaue Wirtschaftsrechnung in ihr unmöglich ist. Trotzdem kann und muß das Problem der Wirtschaftsrechnung großer zentralgeleiteter Wirtschaftskörper hier außer acht bleiben. Denn in der geschichtlichen Wirklichkeit, die wir jetzt untersuchen, tritt dieses Problem oft aus zwei Gründen nicht oder nicht in voller Schärfe auf: Meist waren und sind die Gebilde zentralgeleiteter Wirtschaft nur klein, umfassen etwa nur eine Familie mit einigen Dutzend oder hundert Menschen. Dann kann die Leitung alle wirtschaftlichen Hergänge in natura übersehen, Güter und Leistungen können vom Leiter der Familie unmittelbar in ihrem Werte geschätzt, und die Werte können in einer Wertrechnung exakt quantifiziert werden. Die „Einfache zentralgeleitete Wirtschaft“ oder „Eigenwirtschaft“ — wie wir diese kleine Form nennen wollen —, die in der Geschichte so überaus wichtig ist, löst das Problem der Wirtschaftsrechnung in verhält-

nismäßig einfacher Weise. — Wie aber steht es — zweitens — mit der zentralgeleiteten Wirtschaft, die infolge ihrer Größe eines besonderen Verwaltungsapparates bedarf, — der „Zentralverwaltungswirtschaft“ also? Hier ist angesichts der Größe des Gemeinwesens und der Menge der zu bewertenden Güter eine Quantifizierung der Werte undurchführbar. Während in der Verkehrswirtschaft die Knappheit der einzelnen Güter in den Preisen und Tauschwerten zum Ausdruck kommt, verfügt die Zentralverwaltungswirtschaft über keine zureichende Methode, um die Knappheit der einzelnen Produktionsmittel und Produkte exakt festzustellen. Die Leitung vermag infolgedessen die vorhandenen Arbeitskräfte und sachlichen Produktionsmittel nicht entsprechend der faktisch vorhandenen Knappheit zu lenken. — Nun aber sind in der geschichtlichen Wirklichkeit Elemente der Zentralverwaltungswirtschaft meist mit Elementen der Verkehrswirtschaft verschmolzen. Es werden etwa nur gewisse Agrarprodukte nach Weisungen einer Zentralverwaltung hergestellt und verteilt. Dann bilden die Preise der Verkehrswirtschaft eine gewisse Stütze für die Wirtschaftsrechnung. Um so fester ist diese Stütze, je weniger „dominierend“ die Elemente der Zentralverwaltungswirtschaft sind und je mehr sie gegenüber verkehrswirtschaftlichen Erscheinungen zurücktreten. Sonst allerdings stößt — wie auch die Geschichte lehrt — die Wirtschaftsrechnung und damit die exakte Wirtschaftslenkung überhaupt auf allergrößte Schwierigkeiten³². Aus der Untersuchung der geschichtlichen Wirtschaft ergibt sich, daß das Wirtschaftssystem der „zentralgeleiteten Wirtschaft“ als „Einfache zentralgeleitete Wirtschaft“ (Eigenwirtschaft) oder als „Zentralverwaltungswirtschaft“, also in zwei Formen verwirklicht war und ist. Es zeigte sich, daß nicht etwa nur in gewissen Ländern und Zeiten Elemente dieses Wirtschaftssystems realisiert wurden, z. B. im jesuitischen Gemeinwesen Paraguays oder im Inkastaat oder im Rußland des vierten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. Vielmehr waren sie überall und zu allen Zeiten vor-

handen. Bisweilen dominierten sie, bisweilen traten sie nur ergänzend auf, und stets waren sie mit verkehrswirtschaftlichen Elementen verschmolzen. Wir aber heben sie pointierend rein heraus und gewinnen sie als echte Idealtypen. Dabei finden sich beide Formen in folgenden drei Varianten:

1. Die „Total zentralgeleitete Wirtschaft“. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr überhaupt kein Tausch zugelassen ist und daß der Einsatz der produktiven Kräfte, die Verteilung der Produkte und der Konsum auf Grund zentraler Leitung stattfindet. In starken Spuren findet sich diese Variante häufig: z. B. in den Familienwirtschaften der Vergangenheit und Gegenwart, sowie in größeren Zentralverwaltungswirtschaften anderer Kulturkreise und z. B. in der Wohnungszwangswirtschaft der letztvergangenen Jahrzehnte.

In ihrer reinen, idealtypischen Gestalt kann sie in folgendem Bild dargestellt werden: Ein geschlossenes Gemeinwesen von etwa 30 Personen mit 40 ha Land wird in der Wirtschaftsführung durch eine Person geleitet. Es ist eine reine „Eigenwirtschaft“. Dieser Leiter legt die Wirtschaftspläne fest. Er entscheidet Jahr für Jahr, welche Früchte auf dem Felde angebaut werden sollen, wieviel Hektar auf Mais, auf Weizen, auf Gerste, Kartoffeln usw. entfallen, an welcher Stelle jeder Einzelne von den 17 arbeitsfähigen Mitgliedern des Hauses Tag für Tag zu arbeiten hat, ob und wie das Wohnhaus oder die Werkzeuge erneuert oder erweitert werden sollen. Er bestimmt die Technik, die anzuwenden ist, wie und wie stark jedes Feld zu düngen, wie es zu pflügen ist und welche Ackergeräte herzustellen sind. Er gibt auch Weisungen darüber, an welchen Plätzen der Flur der Anbau der einzelnen Früchte zu erfolgen hat. Ebenso verfügt er über die Verwendung der Ernte: Welcher Teil der geernteten Gerste oder des Roggens soll als Saatgut verwandt, welcher Teil soll verfüttert, welcher Teil zu Gerstenbrot verbacken werden? Er bestimmt weiter, wann die ge-

ernteten Mengen an Gerste und Roggen wieder ausgesät, verfüttert und verbacken werden sollen, wieviel jedes einzelne Familienmitglied an Bekleidung, Nahrungsmitteln und Genußmitteln erhält und wo es zu wohnen hat.

Die zentrale Leitung ist so radikal durchgeführt, daß es den Einzelnen verboten ist, zugewiesene Konsumgüter gegen andere Konsumgüter zu tauschen. Wenn etwa A an einem Tage ein Pfund Brot und ein Viertel Pfund Fleisch erhält, so darf er nicht mit B, der zwar die gleichen Mengen bezieht, aber andere Bedürfnisse hat, Brot gegen Fleisch tauschen. Die zugewiesenen Portionen hat der Einzelne zu verzehren oder er kann sie — wenn er das nicht will — dem Leiter wieder zur Verfügung stellen. Eine weitere Möglichkeit gibt es nicht. — Offensichtlich ist es nur unter gewissen Umständen möglich, gerade den Tausch von Konsumgütern zu verhindern: Etwa, wenn die Mahlzeiten gemeinsam eingenommen werden wie in den Haushaltungen der neueren Zeit oder in den größeren Wirtschaftskörpern, wenn der Konsum gemeinsam erfolgt wie bei den Spartanern, oder auch bei gewissen Gütern, wie bei Wohnungen, die ohne Genehmigung der Zentralstelle nicht getauscht werden dürfen.

Der zentrale Befehl regiert bei reiner Ausprägung dieser Variante bis in den letzten Winkel hinein und über alle wirtschaftlichen Handlungen. Ihm untersteht der ganze wirtschaftliche Alltag des Gemeinwesens unmittelbar. Die total zentralgeleitete Wirtschaft stellt einen Grenzfall dar. Ein Planträger ist für alle wirtschaftlichen Handlungen maßgebend. Gerade deshalb ist sie interessant. Denn in ihr allein kommt das Wirtschaftssystem der zentralgeleiteten Wirtschaft vollkommen zum Ausdruck.

In der total zentralgeleiteten Wirtschaft (und in den beiden anderen Varianten) weist die Zentralstelle jedem seinen Beruf und seinen Arbeitsplatz zu. Der Arbeiter kann seinen eigenen Willen bei der Wahl des Arbeitsplatzes und bei der Wahl des Berufes nicht zur Geltung bringen. Die Sklaverei in Gestalt der Staatssklaverei oder Privatsklaverei

und die Leibeigenschaft in ihren vielen Ausprägungen stellen insgesamt die eine wesentliche Form des Arbeitsverhältnisses der zentralgeleiteten Wirtschaft dar. — Beschränkungen der Freizügigkeit und der Berufswahl und Bindungen an eine bestimmte Arbeitsstelle, die in vielen Ländern heute wirksam sind, gehören auch hierher und können als eine zweite, mildere Form zentraler Lenkung der Arbeit angesehen werden. — Eine dritte Form besteht in der wirtschaftlichen Abhängigkeit der jüngeren Generation von der älteren, wie sie z. B. heute noch in China existiert, wo Beruf und Beschäftigung aller Familienmitglieder in der Familienwirtschaft vom Befehl des Ältesten abhängen. In der zentralgeleiteten Wirtschaft gibt es keinen Arbeitsvertrag, sondern nur ein Arbeitsverhältnis.

2. In der „Zentralgeleiteten Wirtschaft mit freiem Konsumgütaustausch“ ist es ebenfalls die Zentralstelle, welche den Einsatz der produktiven Kräfte, den zeitlichen Aufbau der Produktion, die Verteilung der Produkte auf die Mitglieder des Gemeinwesens, die anzuwendende Technik und den Standort der Produktion bestimmt. Aber — im Gegensatz zur ersten Variante — können in der Verteilung der zugewiesenen Güter seitens der Konsumenten durch Tausch Korrekturen vorgenommen werden: Nunmehr ist es erlaubt, daß A mit B tauscht, wenn A mehr Brot und weniger Fleisch und B mehr Fleisch und weniger Brot zu verzehren wünscht. In der wirklichen Wirtschaft findet es sich sehr häufig, daß die Zuweisung von Konsumgütern seitens einer Zentralstelle mit der Freiheit der Empfänger, zu tauschen, verbunden ist. Sehr viele Wirtschaftsgebilde der Geschichte, in denen das Element zentralgeleiteter Wirtschaft dominierte und von denen wir sprachen, dürften diesen Tausch unter den Konsumenten gekannt haben. Viele Leser kennen ihn von ihrer militärischen Dienstzeit her. Die Soldaten einer Kompanie oder Batterie erhalten gewisse Portionen an Brot, Fett, Zigaretten usw. zugeteilt, und sie tauschen untereinander,

um die Portionen den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen. Während der Kriege 1914—18 und 1939—45 wurden Roggenbrot, Fleisch, Zucker, Tuch und andere Konsumgüter zwar von staatlich-zentraler Stelle mit Hilfe des Kartensystems verteilt, aber für die Empfänger bestand die Möglichkeit, diese Konsumgüter untereinander zu tauschen.

Als reiner Typus scheint die zentralgeleitete Wirtschaft mit freiem Konsumgütaustausch sich von dem erstgenannten Typus nur wenig zu unterscheiden. In Wahrheit ist der Unterschied bedeutend. Ein grundsätzlich neuer Sachverhalt ist gegeben: Die Alleinherrschaft eines Planträgers ist dadurch abgemildert, daß auch die Bedürfnisse und Wirtschaftspläne der einzelnen Empfänger von Konsumgütern sich äußern können. Allerdings ist das nur in bescheidenem Ausmaß der Fall. Aber der reine „Monismus“ ist beseitigt, und ein gewisser „Pluralismus“ der Pläne macht sich geltend. Beim Tausch bilden sich „Tauschwerte“. Eine bestimmte Menge Brot tauscht A gegen eine bestimmte Menge Fleisch oder Zucker oder Tuch oder Zigaretten. Ist dieser Tausch von Konsumgütern nicht nur ein gelegentlicher, sondern ein dauernder, so bilden sich Märkte und Preise unter Gebrauch eines allgemein gültigen Tauschmittels, des Geldes. Die Märkte stehen zwar ganz im Schatten der zentralen Leitung und ihrer Entschlieûungen; dem Wirtschaftsplan der Zentralleitung sind die Wirtschaftspläne der Einzelnen aufs strengste untergeordnet. Trotzdem ist diese Tauschmöglichkeit für den Empfänger der Konsumgüter überaus wichtig, weil er Güter, die er dringend braucht, gegen zugewiesene Güter, die er weniger benötigt, eintauschen kann.

In jedem Gemeinwesen mit total zentralgeleiteter Wirtschaft macht sich unter anderem die Schwierigkeit geltend, daß die Zentralstelle kein zuverlässiges Mittel besitzt, um die Bedürfnisse der Mitglieder des Gemeinwesens kennenzulernen. Es fehlt an Kontakt zwischen den Bedürfnissen der Konsumgut-Bezieher und der Wirtschaftsleitung. Durch den Tausch von Konsumgütern seitens der Bezieher in diesem zweiten Typus zentralgeleiteter Wirtschaft können wenig-

stens die größten Fehler in der Zuweisung der Güter ausgeglichen werden, was für die Konsumenten von erheblicher praktischer Wichtigkeit ist.

3. In der „Zentralgeleiteten Wirtschaft mit freier Konsumwahl“ machen sich die Wirtschaftspläne der einzelnen Mitglieder des Gemeinwesens noch stärker geltend.

Stellen wir uns einen geschlossenen Staat mit 100 000 Menschen vor, von denen etwa 45 000 arbeitsfähig sind und in dem eine Zentralstelle den Wirtschaftsprozess leitet. Es ist also eine Zentralverwaltungswirtschaft. Die Zentralverwaltung ordnet an, an welchen Arbeitsplätzen der Einzelne zu arbeiten hat, wie lange er arbeiten muß, sie bestimmt, welche Erzlagerstätten, Wasserkräfte und Böden zu benutzen sind, wie sie zu benutzen sind und welche ungenützt bleiben sollen, wieviel an Brot, Fleisch, Schuhen, Werkzeugmaschinen und anderen Gütern herzustellen ist. Sie trifft Weisungen darüber, wie die Vorräte an Schmiedeeisen, Halbzeug, Blechen usw. auf die einzelnen Verwendungen zu verteilen sind, ob neue Straßen oder eine neue Schuhfabrik zu bauen sind, ob und wie also Investitionen stattfinden und welche Technik dabei angewandt werden soll. Insoweit gleicht diese Variante des zentralgeleiteten Wirtschaftssystems der „total zentralgeleiteten Wirtschaft“. Denn insoweit fallen in beiden die Entscheidungen auf Grund eines einheitlichen Planes der Zentralstelle.

Aber es besteht ein großer Unterschied: Die einzelnen Angehörigen des Staates haben hier das Recht freier Konsumwahl. Sie erhalten also Brot, Fleisch, ihre Wohnung und andere Konsumgüter nicht von der Zentralstelle unmittelbar oder durch Karten, sondern sie empfangen Löhne und Gehälter in allgemeinen Anweisungen auf Konsumgüter. — (Die Funktion des Geldes ist — wie man sieht — hier eine andere, als in der eben genannten zweiten Variante zentralgeleiteter Wirtschaft.) Was sie kaufen, steht den Angehörigen dieses Staates frei.

Worin besteht freie Konsumwahl? Sie liegt vor, wenn der Einzelne im Rahmen seines Einkommens kauft, was er wünscht. Damit scheint die Grenze gegen den Konsumzwang eindeutig bestimmt zu sein, bei dem der Einzelne erhält, was die Zentralstelle von sich aus bestimmt. Aber die Zentralstelle kann auch durch andere Mittel — nicht durch Befehl und nicht durch Zuweisung gewisser Rationen — die Richtung des Konsums beeinflussen: sie kann etwa durch Änderung des Rohstoffgehalts der Konsumwaren den Konsum ablenken, wie bei Ersatz von Wolle, Baumwolle und Seide durch Zellwolle und Kunstseide. Die Lenkung des Verbrauchs gelingt hier ohne Zwang auf den letzten Konsumenten durch Substitution der Rohstoffe, die der Konsument wegen der Ähnlichkeit der neuen mit den alten Textilwaren nicht ohne weiteres erkennt. Ebenso kann durch Beimischungsvorschriften beim Brot, durch Bestimmungen über die Zusammensetzung der Schokolade und viele ähnliche Maßnahmen eine Verbrauchslenkung von zentraler Stelle erfolgen, ohne daß unmittelbare Weisungen an den Einzelbezieher ergehen. Auch durch Propaganda — *Esst mehr Fisch! Esst mehr Schweinefleisch!* — vermag die zentrale Stelle oft wirkungsvoll eine Verbrauchslenkung durchzuführen. Die Verbrauchsgewohnheiten eines Volkes, die durch seine Vergangenheit, seine Bildung, seine Rasse und das Klima bestimmt werden, sind mit solchen Methoden nachhaltig beeinflußbar. Liegt dann schon Konsumzwang vor? Nein! Noch kann der Einzelne von sich aus entscheiden, welche der angebotenen Konsumwaren er kaufen will. Man mag diesen Zustand „beschränkt freie Konsumwahl“ gegenüber einer „unbeschränkt freien Konsumwahl“ nennen. Konsumzwang aber beginnt erst, wenn ein äußerer Druck ausgeübt wird, wenn der Konsument gewisse Güter auf Grund des Befehls einer Zentralstelle oder des Drucks der öffentlichen Meinung zugewiesen erhält oder kaufen muß, wenn er also einen eigenen Willen nicht durchzusetzen vermag.

In einem Staat mit zentraler Wirtschaftslenkung bei freier Konsumwahl können die einzelnen Staatsangehörigen als Nachfragende ihre eigenen Wirtschaftspläne gegenüber der Zentralleitung zur Geltung bringen. Wie viele Schuhe und welche Schuhe, wie viele Möbel und welche Möbel verlangt werden, geht aus dem Umfang der Nachfrage nach allen diesen Gütern hervor.

Die Zentralstelle kann sich gegenüber solchen Äußerungen der individuellen Wirtschaftspläne aller Beteiligten in doppelter Weise verhalten. — Sie kann erstens versuchen, den Einfluß der individuellen Pläne auf ihren Plan auszuschalten oder zu verringern. Dazu fehlt es ihr nicht an Machtmitteln. Insbesondere kann sie, die als einzige Verkäuferin aller Konsumgüter auftritt, durch ihre Preispolitik die Einwirkung individueller Wirtschaftspläne auf die Wirtschaftslenkung bekämpfen. Wächst z. B. bei gleichbleibendem Preis die Menge der in einem Jahre nachgefragten Schuhe, so kann sie dieser Vergrößerung der Bedürfnisse durch Heraufsetzung der Schuhpreise entgegentreten, dadurch die wirksam nachgefragte Schuhmenge wieder zurückschrauben, die Produktion stabil halten und den zentralen Wirtschaftsplan vom Einfluß der individuellen Bedürfnisse frei machen. Ganz allgemein kann sie ihre Preispolitik so ausrichten, daß weitgehend das gekauft wird, was die Zentralstelle zu produzieren und abzusetzen wünscht. Allerdings stößt sie dabei auf Schranken, die in der total zentralgeleiteten Wirtschaft nicht bestehen: Bei Gütern mit sehr geringer Elastizität der Nachfrage nämlich erweisen sich Preisveränderungen als wenig wirksam, und es mißlingt dann unter Umständen, die nachgefragte Menge dem Plane der Zentralleitung anzupassen. Wächst etwa bei steigender Bevölkerung und Familienbildung die Nachfrage nach Zweizimmerwohnungen, so wird die Heraufsetzung der Wohnungsmieten seitens der Zentralverwaltung nur eine geringe Abnahme der Nachfrage bewirken, und sie wird sich schließlich doch dazu bequemen müssen, entsprechend den Konsumwünschen die Produktion dieser Wohnungen zu

vergrößern. — Z w e i t e n s : Die Zentralleitung könnte sich aber auch wesentlich anders verhalten. Sie kann versuchen, den Umfang der Nachfrage als Index der Bedürfnisse der Bevölkerung zu verwenden. Auf eine Erhöhung der Menge an Schuhen, die zu einem bestimmten Preise jährlich nachgefragt werden, könnte sie mit einer Steigerung der Schuhproduktion antworten, wodurch die Bedürfnisse der Bevölkerung besser befriedigt werden. Dann also wäre die Zentralleitung bemüht, ihren Wirtschaftsplan in Ansehung der Wirtschaftspläne der Staatsangehörigen aufzustellen. Tut sie dies grundsätzlich, so ist ihr Wirtschaftsplan von den vielen Wirtschaftsplänen der Nachfragenden abhängig. Deshalb ist hier die Grenze der zentralgeleiteten Wirtschaft erreicht oder überschritten. Man kann diesen zweiten Fall der dritten Variante schon der Verkehrswirtschaft zuweisen: Eine Monopolverwaltung, die alle Märkte beherrscht, versucht, die Nachfrager nach dem Prinzip „bestmöglicher Versorgung“ (s. S. 338) zu beliefern.

Fassen wir zusammen. Ein Land, in dem die „Einfache zentralgeleitete Wirtschaft“ (Eigenwirtschaft) allein besteht, würde folgendermaßen aussehen: Tausende von Eigenwirtschaften, die nicht den mindesten wirtschaftlichen Verkehr miteinander haben, arbeiten nebeneinander. Jede einzelne Familie versorgt sich vollständig selbst und ist ein zentralgeleitetes Gemeinwesen, das einem ihrer Mitglieder untersteht. Es gibt größere und kleinere Gemeinwesen; aber keines ist so groß, daß zu seiner Leitung ein besonderer Verwaltungsapparat nötig wäre. In allen lenkt der Leiter selbst den ganzen Wirtschaftsprozeß, den er persönlich übersieht. Sind es total zentralgeleitete Familienwirtschaften, so fehlt jeder Tausch, und es gibt keine Preise und keine Tauschwerte der Güter. — Genau betrachtet läuft in diesem Lande gleichzeitig nicht etwa ein Wirtschaftsprozeß ab, sondern es gibt so viele vollständige und unabhängige Wirtschaftsprozesse, wie geschlossene Familienwirtschaften bestehen. Nicht ein wirtschaftlicher Kosmos ist vorhanden, sondern

so viele gleichgeartete wirtschaftliche Kosmen sind nebeneinander da, wie es Eigenwirtschaften gibt. Eigenwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft sind Schwestern. Aber sie sind sehr ungleiche Schwestern. — Die Frage, warum die Eigenwirtschaft regelmäßig nicht ausreichte und warum sie gerade während der modernen Entwicklung in eine Nebenrolle zurückgedrängt wurde, läßt sich leicht beantworten: weil nämlich in ihrem Rahmen die Arbeitsteilung nicht zureichend entfaltet werden kann. Sie ist zu klein. Um durch Austausch von Gütern ihre Versorgung zu verbessern, sind schon in Zeiten der Urgeschichte die Familien oder Sippen oder Dorfgemeinschaften miteinander in Verkehr getreten, haben also die Arbeitsteilung über die Grenze der Eigenwirtschaft hinaus erweitert, sie hierdurch an einigen Stellen gesprengt und ergänzend andere Ordnungsformen entwickelt. Die moderne Industrialisierung aber, die eine bisher ungekannte Intensivierung und räumliche Ausdehnung der Arbeitsteilung mit sich brachte, mußte diesen Zwerg im Reiche der Ordnungsformen — und das ist sie — sehr weit zurückdrängen. Eine moderne Spinnmaschine oder ein Hochofen oder die Eisenbahn sind in ihr unverwendbar. Deshalb mußten im Laufe der Geschichte neue Ordnungsformen entstehen, in denen die Menschen Wirtschaftsbeziehungen mit umfassender Arbeitsteilung ordnen konnten. Es war und ist neben der „Verkehrswirtschaft“ die „Zentralverwaltungswirtschaft“. — In der Geschichte findet sich die Zentralverwaltungswirtschaft als dominierendes Element von Wirtschaftsordnungen bei weitem nicht so oft wie die Verkehrswirtschaft. Aber es gibt eine Reihe interessanter Einzelfälle, von denen die Rede war. Die modernen Kriegswirtschaften haben diese Ordnungsform besonders stark hervortreten lassen. — Stellen wir sie uns nochmals in ihrer reinen Form vor. Das Land, das bisher eigenwirtschaftlich organisiert war, hat nunmehr sein Ansehen völlig verwandelt. Die Drehbühne hat sich bewegt, und die Figuren handeln in einer wesentlich veränderten Situation. Nunmehr ist das ganze Land

arbeitsteilig miteinander verbunden. Alle arbeitsfähigen Menschen wirken Tag für Tag an einem zusammenhängenden, das ganze Gebiet des Landes umspannenden Wirtschaftsprozeß mit, den eine einzige Zentraleitung lenkt. Die Größe von Einwohnerzahl, Land und Produktionsapparat macht es unmöglich, daß eine einzige leitende Person alle wirtschaftlichen Hergänge fortlaufend selbst übersieht und selbst Anordnungen bis ins einzelne hinein gibt und die Durchführung überwacht. Deshalb besteht ein Verwaltungsapparat mit zahlreichen Beamten, der — bei totaler Zentralverwaltungswirtschaft — allein die Aufstellung der Wirtschaftspläne vornimmt, der den vorhandenen Betriebsstätten Anweisungen darüber gibt, was sie herzustellen haben, der die Zuteilungen von Rohstoffen und Halbwaren auf die einzelnen Betriebsstätten vollzieht, der Anordnungen über die Neuschaffung oder die Veränderung vorhandener Anlagen gibt, der den Arbeitskräften ihre Arbeitsplätze zuweist, der die Konsumgüter auf die einzelnen Personen verteilt und der die Durchführung aller Weisungen kontrolliert.

Beide Formen zentralgeleiteter Wirtschaft mit ihren Varianten brauchen wir, um konkrete Wirtschaftsordnungen zu verstehen, und als wirklichkeitsnahe und zugleich exakt bestimmbare Bedingungskonstellationen für theoretische Analysen des Wirtschaftsherganges. — Bei beiden Formen zentralgeleiteter Wirtschaft ist Ballung wirtschaftlicher Macht an einer Stelle gegeben. Weniger sichtbar — aber auch sehr fühlbar — in der Eigenwirtschaft; überaus massiv in der Zentralverwaltungswirtschaft. Es gibt kein Wirtschaftssystem, in dem Macht stärker konzentriert ist; und in seinem Rahmen wiederum am stärksten in der totalen Zentralverwaltungswirtschaft. Hier äußert sich wirtschaftliche Macht wirtschaftlich unbeschränkt. Jedes Mitglied des Gemeinwesens ist von der wirtschaftlichen Leitung der Zentralverwaltung und ihrer Bürokratie vollkommen abhängig und hat nirgends eine Sphäre wirtschaft-

licher Freiheit und Selbsttätigkeit. Wo diese Form auch nur annähernd durchgeführt war, wie z. B. in gewissen Jahrhunderten ägyptischer Geschichte, ist der Einzelne ein Wesen, dessen einzige Aufgabe darin besteht, ununterbrochen den Befehlen der Zentralstelle und der Beamten zu gehorchen. Die anderen Varianten dieses Wirtschaftssystems zeigen eine gewisse, leichte Auflockerung der Machtfülle der Zentralstelle, deren Ausmaß soeben durch Bestimmung dieser Varianten näher bezeichnet wurde. — Mit der Bestimmung und der theoretischen Analyse der Wirtschaftssysteme kommen wir eben einem großen geschichtlichen Problem näher — dem Problem der wirtschaftlichen Macht.

II. Die Verkehrswirtschaft

Einleitung

Nochmals sei gesagt: Unter „Verkehrswirtschaft“ haben wir nicht etwa den Inbegriff der „kapitalistischen“ Wirtschaftsweise des 19. Jahrhunderts zu verstehen. Im 19. Jahrhundert machten sich auch in den sog. „kapitalistischen“ Ländern Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft stark geltend. Mit „Kapitalismus“, „Kommunismus“, „Sozialismus“ und ähnlichen Begriffen können die Erkenntnisaufgaben der Nationalökonomie nicht bewältigt werden. „Verkehrswirtschaft“ ist eine reine, konstitutive, idealtypische Grundform — ebenso wie die „zentralgeleitete Wirtschaft“ —, die sich in allen Epochen der Menschheitsgeschichte findet und die auf Grund exakter Beobachtung der Einzelwirtschaften und durch pointierend hervorhebende Abstraktion gewonnen wird.

Eine solche idealtypische Verkehrswirtschaft besteht aus Betrieben und Haushalten, die miteinander in Verkehr oder Tausch stehen. — Von „Betrieben“ und „Betriebsleitern“, nicht von Unternehmungen und Unternehmern sprechen wir, weil bei den Worten Unternehmung und Unternehmer an das „kapitalistische“ Zeitalter gedacht wird, beide Worte also eine bestimmte historische Färbung be-

sitzen. Eine solche Färbung muß bei Idealtypen durchaus vermieden werden. „Betriebe“ werden als wirtschaftliche, nicht etwa als technische Einheiten angesehen. In ihnen vollzieht sich durch Kauf und Kombination von Arbeitsleistungen und sachlichen Produktionsmitteln die Produktion von Waren oder Leistungen, die verkauft werden. — Der „Haushalt“ der idealtypischen Verkehrswirtschaft sieht anders aus, als etwa die übliche heutige deutsche oder französische „Haushaltung“. Wir sprachen schon davon, daß die geschichtlich gegebenen Haushaltungen der Familie kleine, teilweise zentralgeleitete Wirtschaftsgebilde darstellen, in denen ein wichtiger Teil des heutigen gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozesses abläuft. Im „Haushalt“ der reinen „Verkehrswirtschaft“ aber wird kein Gut hergestellt, es wird weder gekocht, noch gewaschen noch genäht. Alle Güter und Leistungen, welche die Haushalte brauchen, werden konsumreif aus Betrieben gekauft und im Haushalt lediglich verbraucht. (Um diesen Unterschied auch begrifflich zum Ausdruck zu bringen, sprechen wir von „Haushaltung“, wenn wir die geschichtlich gegebene Familienwirtschaft bezeichnen wollen, indessen von „Haushalt“, wenn die Konsumgemeinschaft der idealtypischen Verkehrswirtschaft gemeint ist, in deren Rahmen nichts produziert wird.) Aus diesem Typus „Verkehrswirtschaft“ sind alle Spuren zentralgeleiteter Wirtschaft restlos ausgelitt: In den Betrieben wird produziert, in den Haushalten konsumiert, — wobei aus den Haushalten zugleich ein Angebot von Arbeitsleistungen oder Sparsummen erfolgt, aus denen sich Einkommen ergibt.

Die Wirtschaftspläne des einzelnen verkehrswirtschaftlichen Betriebs oder Haushalts gleichen nicht den Plänen des zentralgeleiteten Wirtschaftssystems. Denn in der zentralgeleiteten Wirtschaft, in welcher der Wirtschaftsprozess des Gemeinwesens von Anfang bis zum Ende durch Plan und Befehl der einen Stelle gelenkt wird, ist dieser Plan „vollständig“. Auf andere Einzelwirtschaften und ihre Pläne oder Handlungen nimmt der Leiter keine Rücksicht oder nur be-

schränkte Rücksicht, wie soeben gezeigt wurde. In seinem Machtbereich vollzieht sich der Wirtschaftsprozeß des Gemeinwesens insgesamt. — Ganz anders muß der Leiter eines verkehrswirtschaftlichen Betriebs oder Haushalts verfahren. In seiner Einzelwirtschaft läuft nur ein kleines Teilstück des gesamten gesellschaftlichen Wirtschaftsprozesses ab. Sein täglicher, monatlicher und jährlicher Plan ist deshalb „unvollständig“. Er ist ein Teilplan. Jeder Einzelne von diesen vielen Betriebsleitern und Haushaltsleitern, die in einem verkehrswirtschaftlichen Gemeinwesen zusammenleben, muß in jedem Plan auf die Handlungen und Pläne der anderen Rücksicht nehmen. Alle Einzelwirtschaften stehen im Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit zueinander. Diese Tatsache kommt in jedem Plan einer jeden Einzelwirtschaft zu allen Zeiten und überall zum Ausdruck, wo nur immer verkehrswirtschaftliche Beziehungen bestanden und bestehen: in jedem Haushalt und in jeder Fabrik des heutigen Amerikas oder beim mittelalterlichen Händler oder beim Bauern der römischen Kaiserzeit. Bei Aufstellung seines jeweiligen Planes beachtet der Leiter der Einzelwirtschaft, daß er sich in das Gefüge der Verkehrswirtschaft einordnen muß. „So erhebt sich in der Verkehrswirtschaft ein neues Problem: Die Notwendigkeit, die Teile aufeinander abzustimmen, m. a. W. das Problem der Koordination der Einzelpläne“ (K. F. Maier). Wie erfolgt in der wirklichen Wirtschaft der Vergangenheit und Gegenwart, soweit sie verkehrswirtschaftlich war und ist, die „Koordination der Einzelpläne“, die Koordination der wirtschaftlichen Handlungen und damit der ganze Wirtschaftsprozeß? Das ist nach dem Gesagten die Frage, von welcher die Untersuchung des Wirtschaftssystems der Verkehrswirtschaft und die Feststellung ihrer Formen auszugehen hat.

Auf Grund der Erfahrung ist auf diese Frage zweierlei zu antworten:

Erstens: In einer Verkehrswirtschaft muß stets eine Rechnungsskala bestehen, an der sich die Pläne der Einzelwirtschaften ausrichten. Gelegentliche Tauschakte zwischen sonst geschlossenen Haushaltungen sind zwar in der älteren europäischen und in der außereuropäischen Geschichte häufig auch ohne die Geltung einer Rechnungsskala vollzogen worden. Aber solche Fälle interessieren nicht sehr. — Sobald die Tauschakte häufiger werden und die Leiter der Einzelwirtschaften sich auf den Tauschverkehr einstellen, kann eine Rechnungsskala nicht mehr entbehrt werden. So steht es auch in der reinen Form der Verkehrswirtschaft: Stellen wir uns einen Staat von 500 000 Menschen vor, in dem Getreide, Brot, Wolle, Tuche und alle anderen Erzeugnisse in zahlreichen Betrieben hergestellt und in natura gegen andere Güter getauscht, die Arbeiter in Konsumgütern entlohnt werden. Würde hier keine Rechnungsskala oder Bezugsgröße bestehen, so würde die Leitung eines Betriebs und eines Haushalts imstande sein, brauchbare Wirtschaftspläne aufzustellen. Ein Tuchweber z. B. gibt einem Arbeiter als Monatslohn eine bestimmte Menge Brot, Fleisch, Bier usw. und verkauft das Tuch gegen eine gewisse Menge Schuhe, Brot und Wolle. Ob ihm diese Handlungen Gewinn oder Verlust gebracht haben, ob er sie fortsetzen soll oder nicht, kann er so lange nicht feststellen, wie es ihm an einer Rechnungsskala fehlt. Denn er kann die einzelnen Güter und Arbeitsleistungen nicht vergleichen. Was und wie er für den Markt erzeugen soll, kann er überhaupt nicht ermitteln. Der Wirtschaftsführung aller Einzelwirtschaften und damit der Gesamtwirtschaft fehlt das Steuer.

In der Geschichte hat sich der Mensch zu allen Zeiten und in allen Kulturen dadurch geholfen, daß er ein Standardgut zur Rechnungsskala machte (die Einheit des Standardgutes also als Recheneinheit benutzte) und so die Koordination der Einzelpläne ermöglichte. Die Tatsache, daß bei Wahl dieses Standardgutes nichtwirtschaftliche, etwa religiöse Vorstellungen in älteren Kulturen oft mitspielten, ändert nichts an seiner wirtschaftlichen Funktion. Daß in unserem

Kulturkreis früher das Rind als Recheneinheit viel benutzt wurde, ist bekannt. Homer bewertete z. B. einen Dreifuß mit 12, einen Sklaven mit 100, eine Sklavin nur mit 4 oder auch mit 20 Rindern, ein Becken mit einem Rind. Dabei wurde offensichtlich nicht an bestimmte, konkrete Rinder, sondern an Rindvieh mittlerer Qualität gedacht. Bei den meisten Völkern löste sich die Recheneinheit allmählich von dem Standardgute los und wurde eine ideelle Einheit, die nunmehr allem Tauschverkehr eine feste Stütze gab. — Solche Tatsachen zwingen uns, auch im reinen System der Verkehrswirtschaft ein Standardgut als allgemeine Rechnungsskala oder Bezugsgröße zu setzen oder eine ideelle Recheneinheit einzuführen: Das können Rinder, Fische, Felle oder Einheiten eines Edelmetalles sein. Nun erst wird eine Steuerung der Einzelwirtschaft möglich. Im genannten Fall z. B. kann der Tuchmacher nunmehr errechnen, wie sich der Wert der Güter, die er dem Arbeiter gibt, zum Wert der Güter verhält, die er für seine Waren bekommt. Er mag etwa feststellen, daß sie einem Rind oder 100 Gramm Gold gleich sind und daß beim Verkauf der Tuche ein Gewinn oder ein Verlust entsteht. Damit erhalten die einzelwirtschaftlichen Pläne einen festen Halt oder — anders formuliert — eine „Koordinationsbasis“. Die einheitliche Rechnungsskala ist also ein notwendiges Attribut der Verkehrswirtschaft³³.

Zweitens: Jede Einzelwirtschaft, die mit anderen Einzelwirtschaften in Verkehr tritt, ist „Anbieter“ und „Nachfrager“. (Vom Raub haben wir abzusehen.) Ob nun die Rügenschens Verfertiger von Feuersteingerät in der späteren Steinzeit ihre Werkzeuge im Norden und Süden Europas gegen andere Güter tauschten, oder ob ein heutiges Eisenwerk Eisen verkauft und dafür Zahlungen erhält, oder ob eine Hausfrau heute Äpfel kauft und Geld hingibt, — stets vollziehen sich alle verkehrswirtschaftlichen Beziehungen in Angebot und Nachfrage, die sich meist auf dem „Markte“ begegnen. Angebot und Nachfrage sind keine Erfindungen des 19. Jahrhunderts, sondern sie sind ebenso alt, wie Men-

schen im wirtschaftlichen Verkehr miteinander stehen. — Auch an dieser Stelle muß wiederum der Fehler vermieden werden, wissenschaftliche Definitionen von „Angebot“, „Nachfrage“ und „Markt“ vorausgreifend zu versuchen. Erst n a c h wissenschaftlicher Durchforschung der Sachverhalte können solche Definitionen gegeben werden. Jetzt fehlt noch die feste Grundlage. Jetzt haben wir also zunächst diese Worte in ihrem Alltagscharakter zu verwenden.

Nun aber zeigt die geschichtliche Erfahrung, daß die Art, wie die Einzelwirtschaften anbieten und nachfragen, wie sie also aufeinander angewiesen sind, höchst verschiedenartig war und ist. Gerade diese Mannigfaltigkeit, die uns z. B. im mittelalterlichen Gewerbe, in der antiken Wirtschaft und in der Wirtschaft der Neuzeit entgegentrat — man lese etwa das zweite Kapitel des zweiten Teils oder das erste Kapitel dieses Teils — muß in vollem Umfang zur Geltung gebracht werden, da sonst die geschichtliche Wirklichkeit unverstanden bleibt. Dabei machen sich Verschiedenheiten nach zwei Seiten hin geltend:

1. Die Machtposition der Einzelwirtschaft ist auf den einzelnen Märkten sehr verschieden. Oft muß sie sich den Hergängen auf den Märkten anpassen, wie der Haushaltsleiter um 1910 in einer größeren Stadt, der Brot oder Fleisch kaufte. Oft aber kann die Einzelwirtschaft auch die Markthergänge entscheidend b e s t i m m e n , wie der Verleger-Großhändler des spätmittelalterlichen Augsburg, auf den — als Großabnehmer — die dortigen Tuchmacher angewiesen waren. Je nach den „M a r k t f o r m e n“ liegen die Einzelwirtschaften verschieden auf ihren Märkten, wodurch der ganze verkehrswirtschaftliche Prozeß stark beeinflusst wird. Damit eröffnet sich der Blick auf den e i n e n großen Problemkomplex.

2. Der Tauschverkehr vollzieht sich in natura oder die Einzelwirtschaften bedienen sich eines allgemein anerkannten Tauschmittels, das G e l d genannt wird. Also: Der Schuster tauscht Schuhe gegen andere Waren oder er erhält für seine Schuhe ein allgemeines Tauschmittel. Warum der Mensch

sich eines allgemeinen Tauschmittels häufig bedient, — darüber ist viel geschrieben worden. Es ist leicht nachzuweisen, daß eine Verkehrswirtschaft, die sich des Geldes bedient, leistungsfähiger ist als eine Verkehrswirtschaft, die ohne Geld arbeitet. Jede Einzelwirtschaft, die an einer solchen Verkehrswirtschaft mit Geldgebrauch teilnimmt, ist genötigt, einen gewissen Geldvorrat zu halten, was wiederum für ihre Wirtschaftspläne und ihre Wirtschaftsführung wichtig ist. Dieses Geld nahm im Laufe der Geschichte sehr verschiedene Gestalten an. Auch nach dieser Seite hin, über die in der geschichtlichen Darstellung auch schon einiges gesagt wurde, sind also aus dem geschichtlichen Befund durch pointierende Hervorhebung die reinen Formen zu gewinnen: Die „Hauptformen der Geldwirtschaft“ und die „Geldsysteme“. — Das ist der zweite große Problemkomplex.

Je nach der „Marktform“ und je nach dem „Geldsystem“ und der „Hauptform der Geldwirtschaft“ vollziehen sich Koordination der Wirtschaftspläne, wirtschaftliche Handlungen der Einzelwirtschaften und der gesamte Wirtschaftsprozess in verschiedener Weise. Hiermit sind die beiden Fragengruppen, die nunmehr bewältigt werden müssen, kurz bezeichnet.

A. Die Marktformen

1. Die beiden Hauptformen von Angebot und Nachfrage

In der Geschichte sind wir überall — von ihren Anfängen bis heute — auf zwei verschiedene Arten von Angebot und Nachfrage gestoßen: Sie waren oder sind entweder „offen“ oder „geschlossen“.

„Offen“ sind Angebot und Nachfrage, wenn jeder Mensch oder ein — im Verhältnis zum Markt — großer Kreis von Personen als Anbieter oder als Nachfrager zum Markte zugelassen wird und wenn jeder Einzelne soviel anbieten oder nachfragen darf, wie er für richtig hält. Ist jedem die Ausübung des Berufs als Handwerker, Händler, Industrieller, Landwirt, Arbeiter und Angestellter bedingungslos oder

unter leicht zu erfüllenden Bedingungen gestattet, besteht kein *numerus clausus*, gelten keine Investitions- oder Errichtungsverbote, so liegt „offenes“ Angebot vor. Bekanntlich hat die Gewerbegesetzgebung des 19. Jahrhunderts — z. B. die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 — mit der Durchsetzung der Gewerbefreiheit auf möglichst vielen Märkten offenes Angebot und offene Nachfrage schaffen wollen und tatsächlich geschaffen. Aber ähnliche Zustände haben wir in der Geschichte auch sonst mehrfach gefunden. Sie sind keineswegs eine Entdeckung des „Kapitalismus“. In vielen Städten des östlichen Mittelmeers während der hellenistischen Zeit, im römischen Reich des Augustus, in vielen Städten des Mittelalters haben wir zahlreiche Gewerbebezweige getroffen, die „offen“ waren.

„Geschlossen“ sind Angebot und Nachfrage dann, wenn nicht jeder Mensch als Anbieter oder Nachfrager auf dem Markt erscheinen darf, wenn z. B. nur ein bestimmter geschlossener Kreis von Unternehmern zur Belieferung eines Marktes oder zum Kauf auf einem Markte zugelassen ist oder wenn Errichtungs- und Investitionsverbote bestehen oder wenn nur einer bestimmten Gruppe von Arbeitern die Arbeit in gewissen Berufszweigen oder nur einer bestimmten Gruppe von Haushaltungen der Kauf gewisser Waren gestattet ist. Schließung von Angebot oder Nachfrage auf irgendwelchen Märkten dürfte sich fast überall in der Geschichte finden. Und wenn die Nationalökonomie der nachmerkantilistischen Zeit geschlossenes Angebot und geschlossene Nachfrage meist völlig überging oder doch nur kurz abtat, so vollzog sie damit eine Vereinfachung, die vor allem dann zu Mißerfolgen bei Erklärung der konkreten Wirtschaft führen muß, wenn die geschlossenen Formen wieder an Häufigkeit gewinnen — wie das heute der Fall ist.

Die Schließung von Angebot oder Nachfrage kann, wie die historische Skizze ebenfalls ergab, in sehr verschiedener Weise erfolgen. Die Ausübung eines Handwerks oder des Handels kann auf bestimmte Familien beschränkt sein, wie z. B. vielfach im byzantinischen Reich. Damals war es der

Staat, der die Schließung fast aller Gewerbebezüge befahl und der auch Arbeiter und Kolonen zwang, stets wieder den Beruf des Vaters zu ergreifen. Ähnlich verhielt sich schon früher der Staat in Ägypten und in anderen Ländern des Ostens. Die Wirtschaftspolitik vieler mittelalterlicher Städte ist durch den Kampf um Schließung oder Öffnung der Gewerbe und des Handels geradezu gekennzeichnet. Wir stellen als wichtige Beispiele aus dem späten Mittelalter die Lübecker Wirtschaftspolitik der Geschlossenheit der entgegengesetzten Nürnberger Wirtschaftspolitik der Öffnung oder Offenhaltung der Gewerbe gegenüber. — Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein haben Bestimmungen gegolten, nach denen nur derjenige zu einem Handwerk zugelassen wurde, der in verwandtschaftlichen Beziehungen zu einem Meister stand oder die Witwe eines Meisters heiratete. Im späten 19. Jahrhundert gab es neben den vielen offenen auch geschlossene Marktformen: wohl die wichtigste war die Beschränkung des Rechts zur Notenausgabe auf wenige Banken oder auf eine Bank. Heute hat sich in den meisten Ländern eine vielfältige und rasch wechselnde Technik zur Schließung von Angebot oder Nachfrage entwickelt: Prüfungen, Zulassungsverbote, Einrichtungsverbote, Investitionsverbote, Anbauverbote, wobei die einzelnen Gewerbebezüge oft rasch vom offenen in den geschlossenen und umgekehrt wieder von dem geschlossenen in den offenen Zustand überführt werden. Allgemein aber gilt für die Methode der Schließung: entweder wird der Kreis der zugelassenen Personen beschränkt oder die Zahl, Größe und Leistungsfähigkeit der Betriebe wird fixiert oder es geschieht beides zugleich.

Ein Betrieb und eine Haushaltung können gleichzeitig an offenen und geschlossenen Formen des Angebotes und der Nachfrage teilhaben. So z. B.: Auf dem Landgut W. in J. ist die Produktion von Obst und von Wein „offen“. Hier von kann das Landgut soviel erzeugen, wie der Leiter will. Die Produktion von Tabak aber ist „geschlossen“, da nach behördlicher Weisung nur ein bestimmter Hektarbetrag mit Tabak bebaut werden darf. Oder: Soweit die Familie R.

in J. neben einer begrenzten Zahl anderer alter Familien des Dorfes das Recht hat, beim jährlichen Holzverkauf aus dem Gemeindewald als Käufer aufzutreten, ist die Haushaltung Glied einer „geschlossenen“ Gruppe von Nachfragern, soweit sie Lebensmittel und gewerbliche Erzeugnisse kauft, gehört sie aber „offenen“ Reihen von Nachfragern an.

Die Wirtschaftspläne und wirtschaftlichen Handlungen jeder Einzelwirtschaft werden wesentlich davon beeinflußt, ob Angebot oder Nachfrage nach einer Ware oder einer Leistung offen oder geschlossen sind.

2. Offene Formen des Angebots und der Nachfrage

Um die Formen von Angebot und Nachfrage genau zu bestimmen, muß die Analyse der konkreten Einzelwirtschaften, die wir einleiteten, weitergeführt werden. Auch an dieser Stelle darf es kein Zurücktreten von der Wirklichkeit, sondern nur ein Eindringen in die Wirklichkeit geben.

Seine jährlichen, monatlichen oder täglichen Wirtschaftspläne baut jeder Leiter einer Einzelwirtschaft auf Tatsachen auf, die er als gegeben ansieht. Sie sind für ihn „Daten“. Jeder einzelwirtschaftliche Plan ist auf solchen „Plandaten“ gegründet. Größe und Art der Anlagen und der Vorräte an Sachgütern legt der Leiter eines Landguts oder eines Handwerksbetriebs seinen jeweiligen Plänen als Datum zugrunde. Daneben — um es zunächst unbestimmt auszudrücken — die Gesamtheit seiner Verkehrsbeziehungen als Käufer, Verkäufer und Kreditnehmer. Diese letzteren Plandaten sind es, die uns hier — bei Untersuchung der verkehrswirtschaftlichen Formen — allein wichtig sind. Die Maschinenfabrik A in F kauft Eisen vom Syndikat und verkauft ihre Produkte auf zahlreichen Märkten: Bei einigen sieht sie den Preis als Plandatum an, bei anderen die voraussichtlichen Reaktionen der Nachfrage, und bei einer weiteren Gruppe von Produkten richtet sie sich sowohl nach den voraussichtlichen Reaktionen der Nach-

frager als auch nach den Reaktionen einiger weniger Konkurrenten.

Die Daten, mit denen der Leiter der Maschinenfabrik und auch jeder anderen Einzelwirtschaft an dieser Stelle ihrer Pläne rechnet, sind also verschieden geartet. Da von den Plandaten der Wirtschaftsplan und von dem Wirtschaftsplan die Handlungen der Einzelwirtschaften in Angebot und Nachfrage abhängen, sind die Formen von Angebot und Nachfrage nur zu erfassen, wenn man von der Verschiedenheit dieser Plandaten ausgeht. Hier stoßen wir auf einen geradezu entscheidend wichtigen Punkt, auf den Punkt nämlich, von dem die Aufdeckung der Marktformen in der konkreten Wirtschaft auszugehen hat. Die einzelnen Fälle etwa, die in der Maschinenfabrik A tatsächlich heute realisiert sind, sondern wir aus, untersuchen sie — in pointierender Hervorhebung — je für sich, finden so zunächst die reinen Formen von Angebot und Nachfrage und daraus die Marktformen.

1. Der Anbieter setzt die zu erwartenden Reaktionen der Kunden als Datum in seine Wirtschaftspläne ein (umgekehrt der Nachfrager).

So der landwirtschaftliche Großbetrieb, der eine Gegend ausschließlich mit Kartoffeln versorgt und der angesichts eines geernteten Vorrats an Kartoffeln bei seinen Wirtschaftsplänen und insbesondere bei seiner Preisbestimmung für Kartoffeln von einer bestimmten Einschätzung der Nachfrage ausgeht. Ähnlich der Schuhmaschinentrust, der bestimmte patentierte Schuhmaschinen auf einem Markte als einziger verkauft oder vermietet. Entsprechend war die Lage eines großen oberdeutschen Verleger-Händlers des 15. Jahrhunderts seinen Heimarbeitern gegenüber, indem er bei seinen Wirtschaftsplänen mit einem bestimmten Verhalten der Heimarbeiter rechnete, etwa bei weiterem Herabdrücken der Löhne mit Abwanderung oder Übergang zu landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Solche Plangestaltung und solches Handeln, die uns in der Geschichte überaus häufig begegnen, sind nur dann möglich, wenn der Käufer oder Verkäufer einen eigenen Markt besitzt. Die Kundschaft ist auf den einzigen Anbieter angewiesen oder umgekehrt die Anbieter auf den einzigen Nachfrager. Würde der landwirtschaftliche Großbetrieb mit Konkurrenten zu rechnen haben, so könnte er sich nicht nur an den Reaktionen der Kunden orientieren, sondern müßte irgendwie die zu erwartenden Reaktionen der Konkurrenten berücksichtigen.

Wir haben also den Fall des Monopols von Anbieter oder Nachfrager vor uns. — Der Monopolist setzt auf Grund der Plandaten entweder den Preis fest, der eben für ihn kein Datum ist, oder er bestimmt die anzubietende (oder nachzufragende) Menge und läßt den Preis einspielen.

2. Der Preis wird von den Leitern der Einzelwirtschaften in ihre Wirtschaftspläne als Plandatum eingesetzt. Beispiele: Ein Fabrikant von Werkzeugmaschinen rechnet mit bestimmten Preisen, die er für seine Maschinen Erlösen kann. Oder: Eine Haushaltung vermietet ein Zimmer der Wohnung und kauft täglich zahlreiche Konsumgüter ein. Bei dem Angebot des Zimmers rechnet sie mit einem Preis, der nach den vorliegenden Erkundigungen zur Zeit üblich ist; beim Einkauf der Nahrungsmittel, Hausgeräte, Kleider setzt sie ebenfalls bestimmte Preise als Daten in die Wirtschaftspläne ein. Oder: Spinnereien sehen beim Einkauf von Baumwolle den jeweiligen Marktpreis als Datum an und disponieren danach. Oder: Der Einzelhändler verkauft Zigaretten, und der Wiederverkaufspreis ist ihm ebenso wie der Einkaufspreis von der Zigarettenfabrik vorgeschrieben.

Woher nimmt die marktbeteiligte Einzelwirtschaft die Preise, die sie als Daten in ihre Pläne einfügt? Unter welchen Umständen also rechnet der einzelne Marktbeteiligte mit Preisen als Daten? Wann beachtet er die Wirkungen seines Handelns auf die Preise nicht?

In der Wirklichkeit zeigen sich vier Fälle.

a) Mehrere kleine Betriebe leben „im Schatten“ eines großen Betriebes oder eines Kollektiv-Monopols. Sie nehmen die Preise, welche dieser „Große“ verlangt, als Plandaten und beachten ihrerseits nicht, welche Reaktionen ihr Verhalten — insbesondere der Umfang ihres Angebots oder ihrer Nachfrage — auslöst. Solche Fälle gab es in der europäischen Wirtschaft des 20. Jahrhunderts nicht selten, und auch in der Vergangenheit — z. B. im Mittelalter — waren sie oft verwirklicht: Man denke an die modernen Kartelle der Zementindustrie; ihnen folgten oft viele Jahre hindurch kleinere Außenseiter, setzten die Kartell-Preise als Daten in ihre Pläne ein und regulierten die Größe ihres Angebots selbständig. Ein anderes Beispiel: Firmen, welche zwar den Arbeitgeberverbänden fernblieben, aber deren jeweilige Tarife einfach übernahmen. Oder mehrere kleine Speditionsfirmen einer Stadt, welche die Preise eines großen, an Umsatz überragenden Bahnspeditionsgeschäfts auch verlangen und als Daten behandeln. Und um noch ein Beispiel aus der Vergangenheit zu geben: Mehrere kleine Safranhändler, die auf der Frankfurter Messe des späten 15. Jahrhunderts sich den Preisen anpaßten, welche die große Ravensburger Handelsgesellschaft verlangte.

Der „Große“ braucht die kleinen Konkurrenten nicht zu beachten, wenn sie zusammen nur einen sehr kleinen Teil des Angebots oder der Nachfrage ausmachen. Ist aber dieser Teil größer — was häufig der Fall ist —, so muß er in seinem Wirtschaftsplan und in seiner Politik Rücksicht auf sie nehmen. Seine Monopolstellung ist dann unvollständig, und man kann vom Zustand des „Teilmonopols“ aufseiten der Nachfrage oder des Angebots sprechen.

b) Mit einem bestimmten Preis rechnet ein Betrieb beim Absatz deshalb, weil sein Lieferant die Verkaufspreise auch für die zweite Hand vorgeschrieben hat. Einzelhändler z. B. übernehmen gegenüber Lieferfirmen die Verpflichtung, Waschmittel, pharmazeutische Artikel und andere Waren zu bestimmten Preisen zu verkaufen. Bekanntlich ist diese Situation beim Verkauf von Markenartikeln in vielen Ländern gegeben. — Solche Preisbindungen zweiter Hand sind

aber keineswegs eine Erfindung der Neuzeit. Sie treten regelmäßig auf, wo starke Lieferer an schwächere Verarbeiter oder Händler Ware abgeben. So etwa im ptolemäischen Ägypten mit seinem gewaltigen Staatsmonopolssystem, das vom Bergbau und der Schweinezucht bis zur Parfümproduktion reichte. Da gab es z. B. private Ölmühlen und Kornmühlen, die nicht nur zu Monopolpreisen Öl und Korn kauften, sondern die auch ihre Produkte zu bestimmten, von der rohstoffliefernden Monopolverwaltung festgesetzten Preisen absetzen mußten.

Mit der Preisbindung zweiter Hand greift der vorgelagerte Lieferbetrieb über eine Stufe hinweg und zieht den Konsumgütermarkt in seinen Marktbereich hinein, so daß die Preisbildung des Konsumgütermarkts unmittelbares Ergebnis der Preispolitik des Vorlieferanten ist, deshalb zum „Monopol“ oder „Oligopol“ gehört und keine besondere, reine Form der Marktbeziehungen darstellt.

c) Der Preis ist behördlich festgesetzt: Ein überaus häufiger Fall. Als Beispiel von vielen möglichen sei das Preisedikt des Diokletian von 301 n. Chr. genannt, das sämtliche Preise — auch für alle Leistungen — festlegte und bei Überschreitung der Preise für Käufer und Verkäufer, Arbeitgeber und Arbeiter, Todesstrafe vorsah.

Von diesem Fall öffentlich-rechtlicher Preisfestsetzung wird später die Rede sein.

d) Der Anbieter oder Nachfrager nimmt den Preis aus dem anonymen Markt — also nicht von einem bestimmten „Großen“, mit dem er konkurriert, auch nicht vom Vorlieferanten und nicht von der Behörde — sondern eben vom Markt. So der deutsche Bauer von 1910, der Roggen oder Schweine verkaufte, oder der Wirkwarenfabrikant von damals oder die Haushaltungen, die Gemüse, Obst und andere Konsumgüter kauften. Das tut der Anbieter nur, wenn sein Angebot einen so kleinen Teil des Gesamtangebots auf dem Markte darstellt, daß er die Reaktionen, die von seinem Handeln ausgelöst werden, nicht beachtet. Ein Bauer, der 1910 etwa 200 dz Kartoffeln geerntet hatte, sah im Preis von 3 RM. pro dz, den er kurz nach der Ernte Erlösen konnte,

eine gegebene Tatsache, die nicht davon abhing, ob er seinen Vorrat ganz, teilweise oder gar nicht verkaufte. Vielleicht rechnete er damit, daß im nächsten Januar oder Februar der Preis um mehrere Pfennige steigen würde. Aber auch dieses Steigen brachte er nicht mit seinen Handlungen in Zusammenhang. Der Preis war für ihn eben eine gegebene Größe, — obwohl er durch sein Angebot die Höhe des Kartoffelpreises tatsächlich ein wenig beeinflusste. Ähnlich der Zimmervermieter, von dem wir sprachen, oder der Nachfrager nach Brot, der in Konkurrenz mit zehntausenden anderen Brot kauft. Wir haben hier einen Zustand von Angebot und Nachfrage vor uns, der in Gegenwart und Vergangenheit auf vielen Märkten verwirklicht war und ist und den wir „K o n k u r r e n z“ nennen.

Unzulässig ist es, die Konkurrenz als eine Form des Angebots oder der Nachfrage zu bezeichnen, in welcher von einem Anbietenden oder Nachfragenden durch Änderung seines Angebots oder seiner Nachfrage tatsächlich keine Änderung des betreffenden Preises bewirkt werde. Eine solche Form von Angebot oder Nachfrage gibt es in der Realität nicht. Sie ist auch nicht vorstellbar. Entscheidend bei Bestimmung der Konkurrenz sind nicht die tatsächlichen Reaktionen, die sich aus den Handlungen des Einzelnen ergeben. Darin unterscheidet sie sich von den anderen Formen des Angebots und der Nachfrage nicht scharf. Entscheidend ist allein, daß der Einzelne infolge der Größe des Marktes und der Geringfügigkeit seines Angebots oder seiner Nachfrage nicht mit einer solchen Reaktion in seinem Wirtschaftsplan *rechnet*, den Preis also als Plan datum setzt und entsprechend handelt. „Allerdings übt der einzelne Tauschlustige selbst durch sein Angebot und seine Nachfrage einen gewissen Einfluß auf diese Preislage aus; aber für sich allein ist diese Einwirkung in den meisten Fällen unmerklich und daher von seinem eigenen Gesichtspunkt aus ohne Interesse. Sein Wirtschaftsplan wird so gemacht, wie wenn die Tauschwerte der Waren, auf welche es abgesehen ist, im voraus unabänderlich bestimmt seien“ (Wicksell).

Aus dem gleichen Grunde ist es auch unzutreffend, Konkurrenz im Angebot als einen Zustand zu bezeichnen, in dem die Nachfrage nach den Erzeugnissen des einzelnen Verkäufers völlig elastisch sei, in dem also die Nachfragekurve — in der üblichen Darstellung — parallel zur Abszissenachse verlaufe. Auch diese Formulierung geht an dem wirtschaftlichen Tatbestand vorbei. Kennzeichnend für die Konkurrenz im Angebot ist es, daß der Anbieter mit einer völlig elastischen Nachfrage rechnet, dementsprechend bei seinem Angebot im Preis eine Größe sieht, die vom Umfang dieses seines Angebots unabhängig ist, und danach die Menge wählt, die er anbietet. Im Wirtschaftsplan allein ist die völlige Elastizität der Nachfrage gegeben, und weil sich hiernach die Entschlüsse und Handlungen des Leiters der Einzelwirtschaft richten, ist diese Tatsache von großer Wichtigkeit für den Wirtschaftsprozess. Daß der Preis bei Verringerung oder Vergrößerung des Angebots dieses Betriebs faktisch doch beeinflusst wird, ist für das Handeln des Anbieters und damit auch für die Bestimmung dieser Form des Angebots nicht entscheidend. Die Meinung, man könne die Zahl der Marktbeteiligten nicht genau angeben, bei welcher „Konkurrenz“ bestehe, man könne also nicht etwa entscheiden, ob bei 50 oder 100 oder 500 Anbietern oder Nachfragern Konkurrenz vorliege, und es bliebe somit unbestimmt, was Konkurrenz sei, geht ebenfalls an dem wichtigen Tatbestand vorbei, daß es in der wirklichen Wirtschaft stets auf den Wirtschaftsplan ankommt. Sind auf Grund des Verhältnisses zwischen Umfang des Marktes und Größe des Einzelangebots oder der Einzelnachfrage die Wirkungen des Handelns jedes Einzelnen auf den Preis so gering, daß er sie in seinen Plänen und Handlungen nicht beachtet, so liegt Konkurrenz vor: Das mag bei 50 oder 100 oder bei noch mehr Anbietern oder Nachfragern der Fall sein.

3. An dieser Stelle müssen wir in der Untersuchung der Typen von Angebot und Nachfrage innehalten. Rückblickend ist eine wichtige Frage zu stellen: Ist es möglich, Mo-

nopol und Konkurrenz klar und deutlich von einander zu scheiden? Deshalb ist die Frage wichtig, weil in ihrer Beantwortung ganz genau, genauer als es bisher in unserer Darstellung geschah, bezeichnet werden muß, was Monopol und was Konkurrenz eigentlich ist. Das aber ist nötig, weil sich über diese Frage, die doch wahrhaftig wichtig ist, nur sehr wenige Menschen im klaren sind. (Bisher ergab sich: Im Falle der Konkurrenz ist der Preis für die Einzelwirtschaft ein Datum, welches das Zustandekommen des Planes und das Handeln des einzelnen Anbieters oder Nachfragers mitbestimmt; im Monopolfalle indessen rücken die zu erwartenden Reaktionen der Marktgegenseite an diese Stelle des einzelwirtschaftlichen Datenkranzes und der Preis ist nicht ein Plan datum, sondern ergibt sich aus dem Wirtschaftsplan des Monopolisten, ist also für ihn ein praktisches Problem.)

Viele neuere Forscher sind geneigt, die Frage, ob Monopol und Konkurrenz scharf voneinander zu scheiden sind, zu verneinen. Die Produkte der einzelnen Anbieter hätten — so wird behauptet — in der Regel für die Nachfrager ihre Besonderheit. Sie seien meist nicht „homogen“: Sei es, weil die Güter der einzelnen Verkäufer oder auch die Verkäufer selbst ihre besondere Eigenart besäßen, sei es, weil die Nachfrager eine solche Eigenart annähmen. Mangelnde Homogenität der Waren bedeute aber Fehlen wirklicher Konkurrenz. Die Wissenschaft müsse also die Güter, die jeder einzelne Betrieb anbiete, als Güter besonderer Art ansehen. Jeder einzelne Produzent besitze ein „Monopol“ für seine Erzeugnisse. Jeder Händler, jeder Bauer und jeder Gewerbetreibende verkaufe als Monopolist seine Waren. Die Märkte, auf denen angeblich „Konkurrenz“ herrsche, zerfielen in Wahrheit meist in ein „Netzwerk verknüpfter Märkte“ (Chamberlin), auf denen jeder Verkäufer eine monopolähnliche Stellung behaupte. Wenn aber eine größere Zahl von „Monopolisten“ auf einem vollkommenen Markte verkaufe, dann bestehe ein Zustand, den man „Konkurrenz“ nennen könne, der aber als „Grenzfall“ des Monopols aufzufassen sei. Vom Monopol her lasse sich also die Man-

nigfaltigkeit der wirtschaftlichen Welt verständlich machen, und die Analyse des Monopols „verschlingt die Analyse der Konkurrenz“ (J. Robinson).

Diese Meinung ist als Rückschlag gegen die Vorherrschaft der Konkurrenzanalyse in der älteren Forschung anzusehen. Als solche ist sie verständlich. Aber sie ist überaus bedenklich. Denn sie verwischt Unterschiede, die für die Einzelwirtschaft und für den Ablauf des ganzen Wirtschaftsprozesses von größter Wichtigkeit sind. Man vergleiche einmal eine Nähseidenfabrik, welche fast die ganze Nachfrage eines Landes nach Nähseide befriedigt, mit einer Schloßfabrik, die mit einigen hundert ebenbürtigen Konkurrenten zu rechnen hat. Beide Firmen liegen völlig verschieden im Markt. Diesen Unterschied, welcher der Alltagserfahrung geläufig ist, hat die Wissenschaft exakt zu bestimmen. Sie findet ihn am besten, wenn sie Grenzfälle zur Entscheidung bringt. Solche Grenzfälle entstehen vor allem unter folgenden Umständen:

a) Bei Vorhandensein von Substitutionsgütern. Z. B.: Eine Brauerei verkauft in einem Landesteil als einzige Bier und hat sich diese Stellung durch Gebietsabreden mit anderen Brauereien der Nachbarschaft gesichert. Die Bevölkerung pflegt aber in erster Linie Wein zu trinken, der von zahlreichen Händlern und Weinbauern in Konkurrenz verkauft wird. Wein und Bier sind Substitutionsgüter. Besitzt die Brauerei ein Monopol?

Nein — wenn sie sich bei der Festsetzung ihrer Preisliste vollständig von den Weinpreisen abhängig macht, also den Bierpreis nach dem Weinpreis errechnet, den Weinpreis gleichsam als ein Datum in ihren Plan aufnimmt und bei Festsetzung ihres Ausstoßes dessen Einwirkungen auf die Preise von Wein und Bier nicht beachtet. Sie hält ihre Produktion im Rahmen der Gesamtproduktion des bevorzugten Weines für zu klein, um eine Wirkung auszuüben. — Ja — wenn eine ausreichende Preis-Zone besteht, um eine Bierpreispolitik treiben zu können, wenn also eine sofortige Substitution des Bieres durch Wein unwahrscheinlich ist und die Brauerei nicht einfach nach den Weinpreisen den

Bierpreis bestimmt. Je größer die Zone ist, in der sie Monopolpolitik treiben kann, um so stärker ist ihre Monopolstellung.

b) Häufig beherrscht ein Betrieb nur ein gewisses Gebiet, während er in anderen Gebieten in Konkurrenz mit anderen Anbietern verkauft. Beispiel: Ein Braunkohlenwerk nimmt in seiner Umgebung eine Monopolstellung ein. Seine Braunkohle genießt hier einen Frachtschutz gegenüber der Braunkohle von Konkurrenten, die — weit entfernt liegend — bei höherer Frachtbelastung mit höheren Kosten und Preisen anbieten. Bis zur Preisobergrenze, an der diese Konkurrenz einsetzt, besteht Raum für eine Monopolpolitik des Braunkohlenwerks. Soweit werden von dem Werk die zu erwartenden Reaktionen der Nachfrager in den Wirtschaftsplan eingesetzt, und danach werden Preis oder angebotene Menge bestimmt. Diese Preisobergrenze sinkt mit wachsender Entfernung vom Werk und abnehmender Entfernung von den Konkurrenten. Schließlich wird die Grenze erreicht, wo das bestrittene Gebiet anfängt, wo also das Werk bei seinen Verkäufen — ebenso wie die anderen Konkurrenten — den Preis, der dort zu erzielen ist, als Datum in seine Pläne einsetzt. Daß die Grenze, an der Konkurrenz und Monopol zusammenstoßen, sich mit jeder Preisverschiebung im Konkurrenzgebiet und auch mit jeder Kostenverschiebung beim Monopolwerk verlagert, liegt auf der Hand.

c) Viele Betriebe verfügen über eine feste Kundschaft: Etwa Einzelhandelsgeschäfte der Textilbranche in einer mittleren Stadt. Schafft die Tatsache, daß ein Betrieb über einen festen Kundenstamm verfügt, ihm nicht eine gewisse Monopolstellung? Oder herrscht doch noch Konkurrenz zwischen solchen Betrieben? Wo liegt hier die Grenze?

Die Tatsache, daß eine bestimmte Kundschaft besteht, schafft noch keine Monopolstellung. Denn die Bemühungen der Betriebe sind darauf gerichtet, die Kundschaft vollständig zu erhalten oder sogar auszudehnen. Gerade die Rücksicht auf die vorhandene Kundschaft zwingt die Betriebe,

sich dem Markte anzupassen. Verkäufer, die nicht regelmäßig, sondern gelegentlich anbieten, können viel leichter die Haltung des Monopolisten einnehmen, weil bei ihnen die Rücksichtnahme auf andauernde Kundenbeziehungen fehlt. Der Konkurrenzdruck wird durch das Angewiesen-sein auf kontinuierlichen Absatz und damit auf einen Kundenstamm meist erhöht, nicht verringert — worauf übrigens schon Adam Smith gelegentlich hingewiesen hat. In solchen Fällen fehlt meist eine nennenswerte Zone, um eine selbständige Preispolitik zu treiben, so daß die marktüblichen Preise auch bei diesen Betrieben als Datum im Wirtschaftsplan erscheinen. — Nur wenn die Kundschaft durch Tradition oder durch den besonderen Standort sehr fest an den Betrieb geknüpft ist, besitzt der Betrieb einen eigenen Markt mit eigenen Preisen, was wiederum in seinen Wirtschaftsplänen und in seinem Handeln zum Ausdruck kommt. Ein Dorf besitzt z. B. oft nur ein Geschäft, in dem Bekleidung zu kaufen ist. Die feste Bindung der Kundschaft an dieses Geschäft und die Monopolstellung, die es inne hat, ermöglicht eine monopolistische Politik, die aber sofort aufgegeben werden muß, wenn durch Verbesserung der Verkehrsverbindungen die Dorfbewohner Bekleidung leicht in einer großen Stadt zu kaufen vermögen, das Angebot an Bekleidung somit in Konkurrenz überführt wird.

d) Es kommt vor, daß von zwei verschiedenen Betriebsleitern bei o b j e k t i v gleicher Lage der eine als „Konkurrent“, der andere als „Monopolist“ handelt.

Der Leiter eines Hotelbetriebs schließt sich in der Preisstellung für Zimmer an die Preise an, die sich in der Stadt bilden; er handelt als „Konkurrent“. Sein Nachfolger ist der Auffassung, daß dieses Hotel infolge seiner Lage und seines Rufes die Preise des Hotelzimmermarktes der Stadt nicht als Datum hinzunehmen braucht, sondern daß er besondere Zimmerpreise für s e i n Hotel zu fordern vermag und daß er über einen gesonderten Kundenkreis verfügt, mit dessen besonderer Haltung gerechnet werden kann. Er verlangt Monopolpreise und handelt anders als sein Vorgänger.

Würde wider sein Erwarten ein starker Abstrom von Kunden einsetzen, so würde er durch die Tatsachen gezwungen, bei Aufstellung seiner Wirtschaftspläne wieder in die Bahnen seines Vorgängers einzubiegen und auf die Annahme zu verzichten, daß er einen Sondermarkt für sich besitzt. — Auch in solchen Fällen, wo sich Monopol und Konkurrenz aufs engste berühren, ist also bei folgerichtiger Verwendung des maßgebenden Kriteriums (der Datengestaltung der Wirtschaftspläne) die Grenzziehung exakt durchführbar. Der Anbieter oder Nachfrager kann sich dabei — wie auch, dieses Beispiel zeigt — nicht nach subjektivem Ermessen, nach Laune und Willkür so oder anders, als Monopolist oder Konkurrent benehmen. Nimmt ein Anbieter, der in Konkurrenz mit vielen anderen verkauft, plötzlich und ohne Grund die Haltung des Monopolisten an, so wird er durch die *Tatsachen*, nämlich durch den Abstrom von Kunden, belehrt, daß sein neuer Wirtschaftsplan den faktischen Umständen nicht gerecht wird, und er wird gezwungen, ihn zu ändern. Wenn wir also feststellen, daß sich aus den Plänen der Wirtschaftler deren Handlungen ergeben, und daß deshalb die Pläne zu untersuchen sind, um die wirtschaftlichen Handlungen und damit den Wirtschaftsprozeß zu verstehen, so heißt das nicht, daß diese Pläne frei über den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen schweben. So steht es nicht. Die Plandaten sind zwar sehr oft von den faktischen Daten entfernt; aber der Mensch wird in der Regel gezwungen, vorhandene Distanzen in der Aufstellung neuer Pläne zu verringern, wovon später noch die Rede sein wird.

e) Es wäre ein Fehler, in den Grenzfällen zwischen „Konkurrenz“ und „Monopol“ — Fälle des „Oligopols“ zu sehen: ein häufig begangener Fehler. In Wahrheit stoßen Konkurrenz und Monopol oft unmittelbar zusammen. Das ergab sich schon aus den eben besprochenen Fällen. Noch ein weiteres Beispiel:

In der deutschen Industrie der Holzbearbeitungsmaschinen gab es 1932 etwa 100 Firmen. Die meisten Firmen stellten ihre besonderen Modelle her. (Nach dem Kriterium der

„Warengleichheit“ müßten sie alle Monopolisten genannt werden, was aber ein völlig falsches Bild der Lage geben würde.) Trotz dieser Verschiedenheit war die Zone, in welcher die einzelne Firma eine eigene Preispolitik bei Verkauf der meisten Maschinen treiben konnte, so klein, daß sie praktisch bestimmte Preise aus dem Markt nahm, also in „Konkurrenz“ verkaufte. Nur bei einzelnen Maschinen, die auch durch Patente stark gesichert waren, rechneten einzelne Firmen mit einer beachtenswerten Zone, in der sie eigene Preispolitik treiben konnten. Beide Positionen berührten sich, und die gleiche Maschinenart ging bisweilen von der einen zur anderen Gruppe über: Also von Monopol zu Konkurrenz oder von Konkurrenz zu Monopol. Der Zustand des Oligopols aber war nicht vorhanden.

*

Mathematisch-formal gesehen ist das Monopol ein Grenzfall der Konkurrenz oder auch umgekehrt die Konkurrenz ein Grenzfall des Monopols. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit ist das Monopol etwas ganz anderes als die Konkurrenz.

Aber diesen lebenswichtigen Unterschied kann die Nationalökonomie nicht genau bestimmen, wenn sie nach Homogenität oder nach mangelnder Homogenität der Waren fragt, welche die einzelnen Verkäufer anbieten. Seit Sraffas bekanntem Aufsatz von 1926 hat sich die Forschung viel zu sehr auf diesen Weg drängen lassen. Selbstverständlich sind die Erzeugnisse der einzelnen Anbieter meist nicht genau gleich. Und wenn man meint, Konkurrenz setze vollständige Homogenität der Ware voraus, so sagt man implicite, daß es kaum Konkurrenz gibt. Diese Schlußfolgerung liegt schon in der Wahl des falschen Kriteriums beschlossen und bedeutet nichts.

Vom Zentrum der konkreten Wirtschaft aus — nämlich von den Wirtschaftsplänen und ihren Daten her — muß die wissenschaftliche Bestimmung von Konkurrenz und Monopol erfolgen. Nur dann wird sie der wirtschaftlichen Wirklichkeit gerecht, und dann zeigt sich auch, daß beide sehr

real sind. Weder Konkurrenz noch Monopol sind irrealer Grenzfälle. Zugleich wird klar, worin der Unterschied faktisch besteht und warum er so bedeutend ist: Weil die Einzelwirtschaft in der Konkurrenz auf Plänen ihre Handlungen aufbaut, die stets an wichtiger Stelle ein anderes Datum haben als die der Einzelwirtschaft des Monopols. Deshalb wird in beiden verschiedenartig gehandelt.

Den Unterschied von Konkurrenz und Monopol zu verwischen, liegt im Interesse wirtschaftlicher Machtgruppen. Dadurch wird die Wirksamkeit von Monopolen verharmlost, und es werden die besonderen wirtschaftsverfassungsrechtlichen Probleme, die das Vorhandensein privater Machtkörper stellt, verschleiert. Um so mehr sollte es die Wissenschaft vermeiden, den Unterschied zu verwischen. Sie entfernt sich dabei nicht bloß von der wirklichen Wirtschaft, sondern sie dient hiermit zugleich — meist ohne es zu wollen — bestimmten Interessengruppen.

4. Die Einzelwirtschaft rechnet weder mit dem zu zahlenden oder mit dem zu erlösenden Preis noch mit den voraussichtlichen Reaktionen der Marktgegenseite allein als verkehrswirtschaftlichem Plandatum, sondern mit zweierlei: Mit den voraussichtlichen Reaktionen der Marktgegenseite und der Wettbewerber. Auch dieser Sachverhalt findet sich in Vergangenheit und Gegenwart oft.

Und zwar regelmäßig dann, wenn Anbieter oder Nachfrager nur wenige Wettbewerber haben. Es ist das „Oligopol“. Im Verhältnis zum Marktumfang ist die Zahl der Anbieter oder Nachfrager gering. Der Oligopolist berücksichtigt — neben den voraussichtlichen Reaktionen der Marktgegenseite — nicht nur die Preispolitik, sondern auch die gesamte Geschäftsgebarung und hier wieder besonders die Investitionspolitik der Wettbewerber. Baut ein Wettbewerber z. B. größere Anlagen, so kann diese Tatsache seinen Wirtschaftsplan und sein Handeln entscheidend beeinflussen. Gerade die Investitionspolitik der anderen war im Mittelalter und ist heute eine wesentliche Grundlage der eigenen Pläne der Oligopolisten.

Wenn in einer mittelalterlichen Stadt drei Fensterglaserhersteller als Anbieter auftraten, die keine Abmachungen untereinander geschlossen hatten, so bestand dort Oligopol. Oder wenn heute in Deutschland zwei Firmen Schlichtmaschinen herstellen und verkaufen, dann ist ebenfalls Oligopol in Gestalt des „Dyopols“ gegeben. Ebenso, wenn in Deutschland nur einige Firmen Bürsten erzeugen, oder wenn vor Schaffung der Aluminium-Walzwerk-Kartelle einige wenige, einander bekannte Firmen Aluminium-Walzwerk-Produkte verkauften oder wenn einige große Konzerne unabhängig voneinander die Welt mit Benzin versorgen. Und wenn eine leicht übersehbare Zahl von Papierfabriken Spezialmaschinen für die Papierfabrikation kauft, so ist hier ein Nachfrage-Oligopol gegeben.

Ob Oligopol oder Konkurrenz oder Monopol oder Teilmonopol vorliegt, läßt sich bei Verwendung der beschriebenen Beobachtungsmethode folgendermaßen ermitteln:

Gegenüber der Konkurrenz ist — wie schon angedeutet — die Grenze nicht dadurch zu ziehen, daß man die Zahl der Anbieter oder Nachfrager für jede der beiden Formen allgemein festsetzt. Das ist unmöglich. Wohl aber ergibt sich in jedem konkreten Fall aus dem verkehrswirtschaftlichen Plandatum jedes Marktbeteiligten, ob ein Anbieter oder ein Nachfrager in Konkurrenz oder in Oligopol liegt. Setzt der Erzeuger von Drahtgittern den Preis, der sich auf einem anonymen Markt bildet, als Plandatum ein, dann liegt Konkurrenz vor. Rechnet er aber auf Grund seiner Erfahrung mit bestimmten Reaktionen der Wettbewerber und der Marktgegenseite, so ist sein Wirtschaftsplan der eines Oligopolisten.

Die Grenze zwischen Oligopol und Monopol ist folgendermaßen zu ziehen: Drei Landmaschinenfabriken verkaufen Mähbinder, deren Herstellung jede Firma durch Patente geschützt hat und die verschieden geartet sind, aber dem gleichen Zweck dienen. Würde man hier angesichts der Ungleichheit der Ware davon sprechen, daß jede Firma ein Monopol für ihre Mähbinder besitzt, so wäre der Sachverhalt unrichtig bezeichnet. Das Wettbewerbselement spielt

hier eine erhebliche Rolle. Die drei Landmaschinenfabriken berücksichtigen in ihren Wirtschaftsplänen nicht nur die Reaktionen der Käufer, sondern auch die Geschäftspolitik der beiden Wettbewerber. Es liegt also Oligopol vor — obwohl die Waren nicht homogen sind. Das Merkmal der Homogenität ist auch hier nicht brauchbar. — Ein anderer Fall: Würde der Fall des Bier- und Weinangebots unter 3a dahin variiert, daß in einem Landesteil auch der Wein von einem Anbieter verkauft würde, so kann entweder Oligopol oder Monopol gegeben sein. Oligopol, wenn der Weinverkäufer — ebenso wie der Bierverkäufer — in seinen Plänen und damit in seiner Marktstrategie die Reaktionen des anderen berücksichtigt. Sind die Abnehmerkreise von Wein und von Bier indessen so getrennt, daß jeder der beiden Anbieter den Wettbewerb des anderen in seinen Plänen und Handlungen nicht beachtet, so handelt er als Monopolist. — Auch hier gilt natürlich, daß der Anbieter, der auf Grund falscher Beurteilung der faktischen Situation als Monopolist auftrat, durch die Erfahrung, nämlich durch Absatzschrumpfung, gezwungen wird, in Zukunft anders — hier als Oligopolist — zu handeln.

Am nächsten berührt sich das Oligopol mit dem Teilmonopol. Dort, beim Teilmonopol, herrscht ein großer Verkäufer (oder Käufer) und daneben arbeiten Kleine, die einfach die Preise des Großen ohne jede Marktstrategie annehmen. Der Unterschied zwischen den „Kleinen“ und den „Oligopolisten“ ist leicht erkennbar. Der Oligopolist beachtet die Reaktionen seines Handelns, die auf der Marktgegenseite und bei den Wettbewerbern ausgelöst werden, der Anbieter, der im Schatten eines Teilmonopolisten steht, beachtet sie nicht. Zwischen dem „Teilmonopolisten“ und dem „Oligopolisten“ aber ist folgender Unterschied vorhanden: Der Teilmonopolist weiß, daß die Kleinen seine Preise einfach übernehmen. Z. B. das Lebensmittel-Filialgeschäft einer Stadt, das die Preise für gewisse Lebensmittel bestimmt und dessen Preise von kleinen Lebensmittelgeschäften einfach übernommen werden. Wenn indessen dieses Filialgeschäft mit einem großen Konsumverein zu rechnen

hat, der selbst Marktstrategie treibt, so ist er — ebenso wie der Konsumverein — Oligopolist.

Gerade dieses Beispiel aber weist auf eine weitere Form von Angebot und Nachfrage hin: In einer mittleren Stadt bestehen zwei große Lebensmittel-Einzelhandelsgeschäfte und neben ihnen einige Dutzend kleine Lebensmittelhändler. Bei der Preisstellung für bestimmte Gemüse richten sich die Kleinen nach den Preisen der beiden Großen. Hier liegt „Teil-Oligopol“ vor. Die beiden Großen treiben „teil-oligopolistische Marktstrategie“, indem sie nicht nur gegenseitig die zu erwartenden Reaktionen und die voraussichtlichen Reaktionen der Kunden beachten, sondern auch Rücksicht auf die vielen Kleinen und ihre voraussichtlichen Reaktionen nehmen.

5. Fünf Kaliwerke schließen ein Kartell und legen einen Kali-Mindestpreis für ein bestimmtes Gebiet fest. Das einzelne Kaliwerk rechnet jetzt mit drei verkehrswirtschaftlichen Daten, nicht mit zwei, wie beim Oligopol: Nämlich mit dem festgesetzten Kartellpreis, mit dem Verhalten der vier anderen Werke, deren Investitionspolitik genau beachtet wird, und schließlich mit den Reaktionen der Abnehmer, die es trotz der Preisbindung durch gute Bedienung, günstige Zahlungsziele und eventuell auch durch Zugaben an sich zu binden sucht. Entwickelt sich das Preiskartell zum Syndikat mit festen Quoten und Verkauf des Kalis durch eine Syndikats-Verkaufsstelle, so wird die Verbindung des einzelnen Werks mit der Kundschaft zerschnitten. Das Verhalten der Kundschaft spielt jetzt nur in den Plänen und Handlungen der Syndikatsleitung, nicht mehr der einzelnen Werke, eine Rolle. Das einzelne Werk rechnet jetzt erstens mit dem Syndikatspreis, zweitens mit der Quote, und drittens mit dem Verhalten der vier anderen Werke. Denn vor allem die Baupolitik der anderen muß es genau verfolgen und mit eigenen Bauvorhaben beantworten, wenn es eine Verringerung der Quote bei der nächsten Festsetzung verhindern will.

Dies ist ein Fall des Typus „Kollektivmonopol“. Daß er weit verbreitet war und ist — in gewissen Zünften und Händlergilden des späteren Altertums und des Mittelalters, in Arbeitgeberverbänden, Kartellen und Gewerkschaften der Neuzeit —, zeigte die geschichtliche Untersuchung. Mehrere Einzelwirtschaften, die Abreden miteinander getroffen haben, treten als Monopolist auf einem Markte auf. Die Analyse dieser Form, die von der ökonomischen Theorie sehr vernachlässigt wurde, hat von den Wirtschaftsplänen einzelner beteiligter Einzelwirtschaften und vom Wirtschaftsplan der Leitung des Kollektivmonopols auszugehen. Aus der Schwierigkeit, die zahlreichen Pläne der Einzelwirtschaften (mit ihrer verschiedenen Interessenlage) in Übereinstimmung zu bringen, erwachsen die inneren Gegensätze, mit denen die meisten Kollektivmonopole zu kämpfen haben.

6. Nunmehr ist es möglich, auf die öffentlich-rechtliche Preisfestsetzung zurückzukommen. Unter 2c sprachen wir davon, daß in diesem Fall Anbieter und Nachfrager nicht imstande sind, den Preis durch ihr wirtschaftliches Handeln zu beeinflussen, das also der Preis im Plan der Einzelwirtschaft ein Datum ist.

Man könnte danach geneigt sein, die öffentlich-rechtliche Preisfestsetzung der Konkurrenz nahe zu rücken. Das ist aber nur unter gewissen Umständen richtig — dann nämlich, wenn die öffentlich-rechtliche Preisfestsetzung in einem Markt erfolgt, auf dem bisher vollständige Konkurrenz der Anbieter und Nachfrager bestand und wenn sie sich in der Höhe an den bisherigen Preis anschließt. Wenn der Kartoffelpreis von 3 RM pro dz für den Bauer bisher ein Plandatum war, weil er auf einem großen Markte verkaufte und die Reaktionen, die sein Handeln auslöste, nicht beachtete, so ändert sich grundsätzlich daran nichts, wenn nunmehr der Staat den Kartoffelpreis auf 3 RM pro dz festsetzt. — Indessen erfolgt die öffentlich-rechtliche Preisfestsetzung meist nicht in Konkurrenz, sondern in Monopol, Teilmonopol oder Oligopol hinein. Dann wirkt sie sich

anders aus. Dann erweitert und verändert sie den Datenkranz der Einzelwirtschaft. Der bisher in Oligopol verkau- fende Edeltahlerzeuger z. B. richtet sich nach erfolgter staatlicher Preisfestsetzung in seinen Wirtschaftsplänen nicht nur nach dem Handeln der wenigen Wettbewerber und der Kundschaft, sondern eben auch nach dem amt- lichen Preis.

7. Wir fassen zusammen. Die Analyse konkreter Einzel- wirtschaften in Vergangenheit und Gegenwart und ihrer Plangestaltung führt zu der Feststellung, daß — nach den verkehrswirtschaftlichen Plandaten als Merkmalen — in der konkreten Wirklichkeit bestimmte Formen realisiert sind, die herausgehoben werden müssen: Monopol, Teilmo- nopol, Konkurrenz, Oligopol, Teiloligopol, Kollektivmono- pol. Mit dieser Methode, nach dem Wirtschaftsplan einzelner Marktteilnehmer die objektiv gegebene Form von Angebot und Nachfrage zu be- stimmen, gewinnt man auch ein leicht verwendbares Krite- rium, um in allen konkreten Fällen die Einordnung zu voll- ziehen. — Die öffentlich-rechtliche Preisfestsetzung nimmt eine Sonderstellung ein: Sie kann in die verschiedenen For- men von Angebot und Nachfrage hinein stattfinden und be- deutet dann sehr Verschiedenes. Das ist für ihre Behand- lung wichtig, zumal — wie sich zeigen wird — auch Ele- mente zentralgeleiteter Wirtschaft oft bei öffentlich-recht- licher Preisfestsetzung wirksam werden.

*

Entscheidend für die Gewinnung dieser Formen ist das Verfahren. Die Gewinnung muß gleichsam „von unten“ her erfolgen: Aus den konkreten Tatbeständen heraus. Nicht am Schreibtisch des Gelehrten, sondern in Bauernhöfen, Fabriken, Handwerksbetrieben, Haushaltungen und für die Vergangenheit aus detaillierten Nachrichten über frühere Einzelwirtschaften.

Das übliche Vorgehen bedarf der Korrektur. Es trägt be- stimmte, formale Voraussetzungen — gleichsam von „oben“ — an den Gegenstand heran. Das geschieht, wenn das Kri-

terium der Homogenität der Waren in den Vordergrund geschoben wird. — Oder auch: Es wird vorausgesetzt, daß „die Wirtschaftsindividuen einer Marktseite sich voneinander, was „Vermögen“ oder „Größe“ anlangt, nicht wesentlich unterscheiden“ (v. Stackelberg), daß also die Wirtschaftsindividuen der Größe nach homogen sind und es keinen Unterschied von großen und kleinen Markt-Teilnehmern gibt. Auf diese Weise muß man zu drei Formen von Angebot und Nachfrage kommen: Konkurrenz, Oligopol, Monopol. Die übrigen Formen erscheinen als „Mischung“ dieser drei elementaren Formen und müßten theoretisch entsprechend behandelt werden: Also das Teilmonopol als „Mischung“ von Monopol und Konkurrenz, oder das Teiloligopol als „Mischung“ von Oligopol und Konkurrenz — wobei natürlich noch viele weitere Mischungen denkbar sind.

Das Ausgehen von der Voraussetzung homogener Größen wird aber der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht voll gerecht. Erstens dadurch nicht, daß diese Voraussetzung faktisch fast nie gegeben ist, daß also dann Konkurrenz oder Oligopol der Theorie gedankliche Konstruktionen sind, die kaum Berührung mit der Wirklichkeit haben, und daß die theoretischen Sätze, die auf ihrer Grundlage gewonnen werden, daher fast nie angewandt werden dürften. Bedenklicher ist — zweitens — die Behandlung der „Mischformen“, die ja eine besondere Bedeutung gewinnen würden, weil eben fast die ganze Wirklichkeit aus Mischformen bestünde.

Greifen wir das „Teilmonopol“ und das „Teiloligopol“ heraus. Beide dürfen nicht als eine Mischung von Monopol und Konkurrenz angesehen werden. Sie sind vielmehr ein reiner Typus, ein Ganzes für sich. — Eine große chemische Fabrik nimmt die Position des Teilmonopolisten auf dem Markte eines bestimmten Pharmazeutikums ein. Viele kleine Anbieter stehen im Schatten dieses Teilmonopolisten. Die große chemische Fabrik ist nun nicht in der Lage des Monopolisten, die Kleinen sind nicht in der Lage von Teilnehmern an der Konkurrenz. Denn der „Große“ beachtet

entweder in seinen Plänen und Handlungen die vielen Kleinen — anders als der Monopolist es tut. Oder er beachtet sie zunächst nicht. Dann ist trotzdem infolge der Lieferungen der Kleinen das Angebot und die Güterversorgung anders als im Monopolfall, und der Teilmonopolist wird durch die Fakten vor die Frage gestellt, ob er ihre Existenz in den nächsten Plänen nicht berücksichtigen sollte. Die „Kleinen“ aber richten sich nach dem Teilmonopolisten mit allen seinen Preisdifferenzierungen, nicht also nach Preisen, die auf einem anonymen Markt zustande kommen, wie im Falle der Konkurrenz (man vergleiche 2a mit 2d). Das Teilmonopol ist wirtschaftlich etwas Ganzes, eine wirtschaftlich nicht weiter zerlegbare Form von Angebot und Nachfrage. Das sieht man am besten, wenn man konkrete Firmen, die sich in dieser Situation befinden, in ihrer Geschäftsgebarung beobachtet und mit Firmen vergleicht, die als Monopolisten einen Markt beherrschen oder die Teilnehmer an der Konkurrenz sind. Das Teilmonopol darf also auch theoretisch nicht durch einfache Übertragung von Sätzen aus der Theorie des Monopols und der Konkurrenz behandelt werden. — Ähnlich steht es mit dem „Teiloligopol“. Wenn einige wenige große Ofenfabriken einen Markt beliefern und neben ihnen viele Kleine, welche die Preislisten der Großen benutzen, so sind diese vielen Kleinen in der Regel für die Marktstrategie der Großen wichtig. Und auch die Kleinen verhalten sich anders als im Falle der Konkurrenz, eben weil auch sie sich nicht nach einem anonymen Markt, sondern nach bestimmten Oligopolisten richten. Übrigens dürfte das Teiloligopol in den heutigen Industrieländern eine beträchtliche Rolle spielen.

Die Mannigfaltigkeit der Sachverhalte zwingt zur Bildung dieser Formen. Die pointierend-hervorhebende Analyse der Sachverhalte hat also über Art und Gestalt der Formen von Angebot und Nachfrage zu entscheiden, nicht die Deduktion aus a priori gesetzten Bedingungen. Nicht anders kann die Mannigfaltigkeit be-

wältigt werden als durch Untersuchung der Fakten: Sie muß zum real wesentlichen Punkt — dem Wirtschaftsplan und seinen Daten — vordringen. Von hier aus gelingt die Erarbeitung der Typen. Es gibt so viele typische Formen, wie in der Realität vorgefunden werden, nicht so viele, wie gedanklich konstruierbar sind.

Dabei konnte ich — trotz angestrebter Durchforschung der Wirklichkeit — nicht mehr Formen finden, als hier angegeben sind.

3. Geschlossene Formen des Angebots und der Nachfrage

1. Nur in einer — allerdings überaus wichtigen — Hinsicht unterscheiden sich die geschlossenen Formen des Angebots und der Nachfrage von den offenen: In der Tatsache eben, daß Angebot oder Nachfrage durch öffentlich-rechtliches Gebot, Gewohnheitsrecht oder öffentliche Meinung geschlossen sind. Die Schließung kann sich aus der Gesamt- richtung staatlicher, ständischer oder städtischer Wirtschaftspolitik ergeben, oder aber es sind Sonderinteressen der bereits vorhandenen Anbieter oder Nachfrager, welche neuen Zuzug verhindern, oder beides wirkt zusammen.

Natürlich gibt es auch hier Fälle, die an der Grenze liegen und deren Bestimmung als offene oder geschlossene Formen nicht ganz einfach ist. Man könnte z. B. fragen, ob die Versuche von Anbieterkartellen, durch Kampfmaßnahmen den Zutritt zu einem Markte zu verwehren, das Angebot bereits schließen. Haben etwa die deutschen Zementkartelle, die in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts mit sehr drastischen Kampfmitteln das Aufkommen neuer Zementfabriken zu verhindern suchten, das Zementangebot geschlossen? — Nein; denn der Zugang zum Zementmarkt war zwar erschwert, war aber für kapitalkräftige Firmen noch immer erzwingbar und hat tatsächlich in vielen Fällen stattgefunden. Erst das staatliche Errichtungsverbot für Zementwerke schloß das Angebot und machte den Zustrom weiterer Anbieter unmöglich. Oder: Wenn die deutschen Handwerker 1938 einen bestimmten Ausbildungsgang durch-

laufen mußten, eine schwere Prüfung abzulegen und bestimmte persönliche Voraussetzungen zwecks Zulassung zum Gewerbebetrieb zu erfüllen hatten, so fragt es sich, ob hier noch offenes Angebot vorlag. In den meisten Fällen wird die Frage zu verneinen sein. Stets wird man sich in der Beantwortung solcher Fragen die Verwaltungspraxis genau anzusehen haben. So auch in der Beurteilung der gesetzlich vorgeschriebenen Bedürfnisprüfungen bei Errichtung von Gaststätten oder Banken oder Versicherungsgesellschaften. Von der Verwaltungspraxis hing es auch ab, ob die vielfältigen Bestimmungen über Eintrittsgebühren in die Zunft, Vorbildung und Herkunft sowie Zuwanderung in mittelalterlichen Städten eine Schließung von Großhandel, Handwerk und Einzelhandel bedeuteten. Ferner: Schließen Patente das Angebot auf dem Markt? — Sicher nicht, wenn sie sich nur auf einen kleineren Teil des Produktionsprozesses beziehen, was oft der Fall ist. Wenn es sich aber um Patente handelt, ohne welche eine Produktion unmöglich ist, so ist das Angebot in der Tat für die Laufzeit der Patente geschlossen. Die zahlreichen Patente der Osramgesellschaft für Glühlampen schlossen das Glühlampenangebot bis zum Ablauf der Patente.

Nach einer bekannten Formulierung sind Grenzen zwischen zwei Staaten nicht dazu da, um Dörfer, sondern um Reiche voneinander zu scheiden: Und so darf denn die Wichtigkeit solcher Fälle, die an der Grenze zwischen offenen und geschlossenen Formen liegen, nicht überschätzt werden.

2. Denn es handelt sich in der Tat um z w e i Reiche. Das Reich der geschlossenen Formen ist dabei geschichtlich gesehen wesentlich größer als das der offenen, wie auch unsere historische Skizze zeigte. Aus ihr ergab sich zugleich, daß im Rahmen geschlossenen Angebots und geschlossener Nachfrage Monopol, Konkurrenz, Teilmonopol, Oligopol, Teiloligopol und öffentlich-rechtliche Preisfestsetzung ebenfalls auftreten. Wenn sie „geschlossen“ oder „offen“ sind, bedeuten sie aber nicht das gleiche, und gerade deshalb ist die Teilung der beiden Gruppen nötig.

Man denke etwa an die Schließung der Weizenproduktion eines Landes durch Zuteilung bestimmter Weizenflächen an Millionen einzelner Landwirte, wobei im übrigen aber kein Abkommen der Landwirte zustande kommt. Plan- datum ist für den einzelnen Landwirt auch der Preis, der sich auf dem anonymen Markt bildet, und die Reaktionen des Marktes auf seine Verkäufe hin beachtet er nicht. Es herrscht also Konkurrenz. Aber sie ist anders geartet als die „offene“ Konkurrenz: Bei steigenden Preisen kann jetzt der einzelne Landwirt in seinen Plan nicht eine Ausdehnung der Weizenfläche einsetzen, sondern nur die Intensivierung des Weizenbaus auf der zugewiesenen Fläche. Dies ist eine Tatsache, die sich auf die weitere Preisentwicklung, die Versorgung der Bevölkerung und die Einkommensbildung der Landwirte nachhaltig auswirkt. Solche und ähnliche Fälle gibt es oft: Nicht etwa nur in der Landwirtschaft, sondern auch bei der Vermietung von Wohnungen in einer Stadt, wenn die Behörde keine Genehmigung zu Neubauten gibt oder bei Investitionsverboten für Einzelhandelsgeschäfte oder für Wirkereien eines Landes. Hier herrscht Konkurrenz, d. h. Ausrichtung der einzelwirtschaftlichen Pläne am Preis — aber geschlossene Konkurrenz, weil neben dem Preis auch das Bauverbot oder das Investitionsverbot oder die Begrenzung der Anbauflächen von der Einzelwirtschaft als Datum behandelt wird.

Die mittelalterlichen Städte sind geradezu Fundgruben geschlossener Formen von Nachfrage und Angebot. Da trifft man z. B. auf folgenden Tatbestand: Ein Handwerk war durch Beschränkung auf bestimmte Familien geschlossen, darüber hinaus war auch die Höchstzahl der Gesellen und Lehrlinge begrenzt, die eingestellt werden durften. Die städtischen Behörden hatten die Bildung von Kollektivmonopolen, die durch Schließung des Angebots stets erleichtert wird, ausdrücklich verboten, zugleich aber darauf verzichtet, Preistaxen einzuführen. War nun die Zahl der zugelassenen Handwerker gering, betrug sie etwa nur drei oder vier, so war folgende Situation gegeben: In seinem

Wirtschaftsplan rechnete der einzelne Bronzegießer oder Harnischmacher mit dem Verhalten seiner Abnehmer und seiner Wettbewerber, war also Oligopolist. Aber es war ein geschlossenes Oligopol, denn er sah in der Begrenzung der Anbieterzahl ebenfalls ein Datum und konnte sich darauf verlassen, daß kein neuer Wettbewerber erschien.

Auch das geschlossene Monopol ist etwas anderes als das offene, seine Machtstellung ist wesentlich größer. Das Postmonopolgesetz vieler moderner Kulturstaaten z. B. verbietet jede Postbeförderung seitens der Gemeinden oder seitens Privater, schließt also den Markt zugunsten eines Monopols. Damit rechnet die Postverwaltung in ihren Wirtschaftsplänen. Ihre Stellung ist eine andere, weit stärkere als diejenige eines großen Elektrizitätswerkes, welches in einem Gebiet zwar allein Elektrizität verkauft, dessen Markt aber offen ist und dessen Monopolmacht sich die Elektrizitätsverbrauchenden Industriewerke durch Bau eigener Anlagen entziehen können. Allein die Tatsache, daß diese Möglichkeit besteht, zwingt — wie die Erfahrung lehrt — den Monopolisten zu einer anderen Politik. Er steht immer unter dem Druck, daß viele Abnehmer sich durch Herstellung eigener Elektrizität von ihm unabhängig machen können. Ein „potentieller“ Wettbewerb muß bei der Politik offener Monopole beachtet werden, der bei geschlossenen Monopolen fehlt. — Oder: Der ostdeutsche Gutsherr des 18. Jahrhunderts besaß ein geschlossenes Nachfragemonopol für die Arbeitskraft seiner erbuntertänigen und scholengebundenen Bauern in Gestalt von Hand- und Spanndiensten und Zwangsgesindediensten. Denn die Bauern durften nicht abwandern und ihre Arbeitskraft nicht an anderer Stelle verwenden. Damit hatte der Gutsherr als Monopolist einer geschlossenen Nachfrage ein anderes Ausmaß von wirtschaftlicher Macht als der Industrielle eines Gebirgstals des 19. Jahrhunderts, auf den — als Nachfragemonopolisten — die Bevölkerung der Umgebung zwar auch angewiesen war, dem sie sich aber durch Abwanderung entziehen konnte. — Ferner: Man verfolge die Monopol-

politik einer Mühle, die in merkantilistischer Zeit auf Grund eines staatlichen Privilegs ausschließlich zum Mahlen in einem Gebiet befugt war und die Mahlleistungen dort als einzige anbieten durfte. Nach Beseitigung des Privilegs im 19. Jahrhundert war sie zwar zunächst noch immer Monopolist, aber nunmehr auf „offenem“ Markt. Deshalb mußte sie ihre Preispolitik und ihr sonstiges Verhalten sofort ändern. Denn nunmehr mußte sie mit dem Aufkommen von Wettbewerbern, also mit potentielltem Wettbewerb rechnen, was zu einer anderen Preispolitik und Versorgung des Marktes den Anstoß gab. — Endlich: Durch Schließung ändert auch das Kollektivmonopol seinen Charakter. Etwa das Zementsyndikat, dessen einzelne Mitglieder — vor der Schließung — gegenseitig auf das Verhalten der anderen erheblich reagierten, insbesondere im Quotenkampf Investitionen vornahmen und die nun, nach Schließung des Angebots durch staatliches Investitionsverbot, in ihrem Wirtschaftsplan nicht mehr so stark das Verhalten der anderen Mitglieder des Kollektivmonopols beachten.

3. Die t h e o r e t i s c h e Analyse geschlossenen Angebots und geschlossener Nachfrage muß die verschiedenen, geschichtlich feststellbaren Methoden der Schließung berücksichtigen. Zunächst ist zu unterscheiden, ob nur eine Einzelwirtschaft oder ob ein ganzer Kreis zum Angebot oder zur Nachfrage zugelassen ist. Weiter ist wichtig: Gilt nur der *numerus clausus* von Anbietern, können aber die einzelnen zugelassenen Anbieter so viel Boden benutzen, Arbeitskräfte einstellen und produzierte Produktionsmittel verwenden, wie sie für richtig halten? Ein weiterer Ansatz: Durch Begrenzung der von jedem Produzenten anzubauenden Bodenfläche oder durch Begrenzung der Zahl der Arbeiter oder durch Investitionsverbote wird die Größe des Angebots beschränkt, oder aber es wird eine Kombination von Begrenzung der Anbaufläche, der Arbeiterzahl und der Investition vollzogen.

Mit der Methode der Schließung ändert sich offensichtlich ein Datum des Wirtschaftsplans der Einzelwirtschaften und damit der Wirtschaftsprozeß.

4. Das Ergebnis: Die Marktformen

Da aus dem Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage der Markt besteht, sind mit der Herausarbeitung der Formen von Angebot und Nachfrage auch die einzelnen Marktformen gewonnen. Sie sind stets Kombinationen der Formen von Angebot und Nachfrage.

Weil fünf Formen des Angebots (nämlich Konkurrenz, Teoligopol, Oligopol, Teilmonopol und Monopol) und ebenso viele Formen der Nachfrage auffindbar sind, ergeben sich 25 Marktformen. (Bei Berücksichtigung des Unterschieds von geschlossenen und offenen Marktseiten vervierfacht sich diese Zahl.) Natürlich wäre es für die Wissenschaft angenehmer, sie brauchte nur mit einer verkehrswirtschaftlichen Ordnungsform, etwa der Konkurrenz oder dem Monopol zu rechnen. Aber in der wirtschaftlichen Wirklichkeit der Gegenwart und Vergangenheit sind verkehrswirtschaftliche Ordnungsformen in großer und wechselnder Mannigfaltigkeit verwirklicht und miteinander verschmolzen. Weil je nach der Marktform der Wirtschaftsprozeß anders abläuft und die Machtstellung von Anbieter oder Nachfrager verschieden ist, darf diese Mannigfaltigkeit nicht vernachlässigt werden. Für die Chemie wäre es auch bequemer, nicht 92 Elemente zu untersuchen, sondern nach alter Art nur vier. Niemand aber macht dem Chemiker Vorwürfe, wenn er so viele Elemente berücksichtigt, wie es gibt. Entsprechendes sollte für den Nationalökonom gelten. Wer über den „Pluralismus“ klagt, der nicht nur in den Marktformen, sondern im ganzen morphologischen System — einschließlich der zentralgeleiteten Wirtschaft mit ihren beiden Formen — zum Ausdruck kommt, verkennet das Problem: Die Wirklichkeit zeigt eine unabsehbare Mannigfaltigkeit von Wirtschaftsordnungen individueller Prägung, wobei jede einzelne sehr kompliziert aufgebaut ist. Wie kann diese Mannigfaltigkeit erkennbar ge-

macht werden? Dies ist die schwere Aufgabe. Die Antwort lautet: Durch Auffinden der Elementarformen, aus denen sich die konkreten Wirtschaftsordnungen der Vergangenheit und Gegenwart zusammensetzen. Die Wissenschaft findet auf diese Weise „Invarianz“ oder Einheit dort, wo nur Mannigfaltigkeit und Unterschied zu bestehen scheinen. Sie vollzieht durch Erarbeitung des morphologischen Apparats eine außerordentliche Vereinfachung. Nicht die Wissenschaft schafft die Mannigfaltigkeit. Sie tut das Gegenteil. Sie reduziert eine unabsehbare Fülle konkreter Ordnungen auf reine Formen von durchaus übersehbarer Zahl und einfacher Beschaffenheit. Dadurch wird die theoretische Analyse des Wirtschaftsprozesses trotz aller geschichtlichen Mannigfaltigkeit ermöglicht. — Bei dieser Analyse stellt sich übrigens heraus: Ist einmal der Wirtschaftsprozeß im Rahmen von einem Dutzend richtig gewählter Marktformen untersucht, so bieten die Übrigen keine Schwierigkeiten mehr.

Am kürzesten lassen sich die Marktformen in einer Tabelle darstellen. Sie sieht nach dem Ergebnis unserer Analyse folgendermaßen aus (s. S. 177):

Hierzu ist anzumerken:

1. Diese Marktformen sind objektiv gegebene Ordnungsformen, die sich in der wirklichen Wirtschaft (vielfältig miteinander und mit Formen zentralgeleiteter Wirtschaft verschmolzen) vorfanden und vorfinden. Sie sind nicht a priori gesetzt. Festgestellt werden sie und ihre unterscheidenden Merkmale durch Untersuchung der verkehrswirtschaftlichen Plandaten von Marktbeteiligten (S. 149 ff., 160, 167).
2. Im Rahmen jeder einzelnen Marktform kann der Mensch nach verschiedenen Grundsätzen handeln: z. B. nach dem Prinzip der höchstmöglichen Reineinnahme oder nach dem Prinzip der bestmöglichen Versorgung. Hierüber später: insbesondere im 5. Kapitel.
3. Jede dieser Marktformen kann in vier Ausprägungen auftreten: Beiderseits offen, beiderseits geschlossen oder

Form des Angebot						
Form der Nachfrage	Konkurrenz	Teiloligopol	Oligopol	Teilmonopol	Monopol (Einzel- oder Kollektivmonopol)	
	Marktform					
	Konkurrenz	Vollständige Konkurrenz	Angebots-Teiloligopol	Angebots-oligopol	Angebots-Teilmonopol	Angebotsmonopol
	Teiloligopol	Nachfrage-Teiloligopol	Beiderseitiges Teiloligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebots-oligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebots-teilmonopol	Teiloligopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
	Oligopol	Nachfrage Oligopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-oligopol	Beiderseitiges Oligopol	Oligopolistisch beschränktes Angebots-teilmonopol	Oligopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
	Teilmonopol	Nachfrage-Teilmonopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-teilmonopol	Oligopolistisch beschränktes Nachfrage-teilmonopol	Beiderseitiges Teilmonopol	Teilmonopolistisch beschränktes Angebotsmonopol
	Monopol (Einzel- oder Kollektivmonopol)	Nachfrage-Monopol	Teiloligopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Oligopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Teilmonopolistisch beschränktes Nachfrage-monopol	Beiderseitiges Monopol

nur auf Seiten des Angebots oder der Nachfrage geschlossen bzw. offen.

4. Die „öffentlich-rechtliche Festsetzung der Preise“ nimmt eine Sonderstellung ein, da sie in jede Marktform hinein erfolgen kann und je nach der Marktform verschiedene Wirkungen auslöst (s. S. 235 ff.). — Z. B. bedeutet die Festsetzung von Kohlenpreisen durch den Staat Verschiedenes, je nachdem ob vollständige Konkurrenz oder Angebotsoligopol oder Angebotsmonopol oder eine andere Marktform besteht oder ob beide Marktseiten offen sind oder ob etwa die Angebotsseite durch Investitionsverbote geschlossen ist. Somit sind die öffentlich-rechtlichen Preisfestsetzungen als Varianten der einzelnen Marktformen aufzufassen und zu behandeln und nicht etwa als eine besondere Marktform für sich³⁴.

B. Hauptformen der Geldwirtschaft

Die Geldsysteme

Einleitung

Die Analyse zahlreicher konkreter Einzelwirtschaften, die wir durchführten, zeigte Gemeinsames und Verschiedenartiges in den zahlreichen Formen der Verkehrswirtschaft. Gemeinsames: In der Verkehrswirtschaft muß stets eine Rechnungsskala vorhanden sein, sobald sie etwas größeren Umfang annimmt. Verschiedenartiges: Die Verknüpfung der Einzelwirtschaften untereinander ist in doppelter Weise mannigfaltig (S. 144 ff.): In der Form, in der sich Angebot und Nachfrage begegnen, der *Marktform* also, und in der Form der *Tauschmittel*, deren sich die Einzelwirtschaften zur Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs bedienen.

Solche allgemein anerkannte Tauschmittel haben — so ergab sich — in der Geschichte oft gefehlt. Dieser Tatbestand ist es, der in dem reinen Typus der „Naturaltauschwirtschaft“ zum Ausdruck gebracht wird. — Aber erfahrungsgemäß bereitet es manchen Nationalökonomen Schwierigkeiten, sich eine reine Naturaltauschwirtschaft vorzustellen. Eine entwickelte Tauschwirtschaft ohne allgemeines Tauschmittel — so wurde neuerdings gesagt — sei „nicht nur praktisch unmöglich, sondern überhaupt unvorstellbar“ (W. Lautenbach). — Nun könnte man darauf erwidern, daß es faktisch hochentwickelte Naturaltauschwirtschaften, z. B. im Altertum der Mittelmeerkultur oder im vorkolumbischen Amerika, gegeben hat. Aber es fragt sich, wie es überhaupt zu solchen Schwierigkeiten, sich diesen Typus vorzustellen, kommen konnte. Offensichtlich aus einem Mißverständnis heraus, dessen Beseitigung wichtig ist: Man scheint an eine Verkehrswirtschaft zu denken, in der eine *Rechnungsskala* fehlt. Dann wäre in der Tat ein hochentwickelter Tausch unmöglich. Aber darum handelt es sich nicht. Auch in der Naturaltauschwirtschaft besteht eine Rechnungsskala, etwa das Rind oder Einheiten eines

anderen Standardgutes. Es fehlt jedoch das allgemein anerkannte Tauschmittel — das Geld.

In der Naturaltauschwirtschaft als reinem Typus haben wir uns ein Gemeinwesen vorzustellen, in dem ohne Mitwirkung eines allgemeinen Tauschmittels alle Betriebe und alle Haushalte Waren oder Arbeitsleistungen gegen andere Waren oder Arbeitsleistungen austauschen und wo sich jede Einzelwirtschaft einer Rechnungsskala bedient. Sie ist das einfachste gesellschaftliche Wirtschaftssystem ohne zentrale Leitung. Sämtliche Marktformen — von der vollständigen Konkurrenz bis zum beiderseitigen Monopol — können in ihr verwirklicht sein.

In einer solchen Verkehrswirtschaft gibt es „Tauschwerte“, und an Tauschwerten orientieren sich alle Einzelwirtschaften. Der Tauschwert eines Gutes ist hier deshalb und nur deshalb keine unbestimmte Größe, weil eine Rechnungsskala benutzt wird. Wenn Wolle gegen Flachs und Zinn und Brot und Arbeitsleistungen und andere Güter ohne Benutzung einer Rechnungsskala getauscht würde, so hätte die Wolle so viele Austauschverhältnisse, wie Waren und Leistungen vorhanden sind. Würde man hier von einem Tauschwert der Wolle sprechen, so wäre der Tauschwert eine ganz unbestimmte Größe. Wird aber Kupfer zur Rechnungsskala und die Einheit Kupfer zur Recheneinheit, so werden alle Austauschverhältnisse in Einheiten Kupfer bezeichnet und damit vergleichbar gemacht. Der Begriff des Tauschwerts erhält hierdurch volle Bestimmtheit.

Manche Nationalökonomien nennen Tauschwerte, die in einer ideellen Recheneinheit geschätzt werden, Preise. „Die Summe“, sagt z. B. Cassel, „zu welcher ein Gut in einer solchen abstrakten Rechnungseinheit geschätzt wird, ist offenbar ein Preis, die Einheit ist eine Preiseinheit und die ganze Rechnungsskala eine Preisskala“. Wenn ein dz Wolle 800 kg Kupfer, ein dz Flachs 200 kg Kupfer gleichgesetzt und somit ein dz Wolle gegen 4 dz Flachs in natura getauscht werden, so würde Cassel von Preisen der Wolle und des Flachses sprechen, welchem die Einheit Kupfer als Preiseinheit dient. Diese Terminologie ist zwar durchaus

zulässig, aber bei ihrer Verwendung kann dasjenige Merkmal der Naturaltauschwirtschaft, auf das es besonders ankommt — nämlich daß Waren und Leistungen unmittelbar und ohne Benutzung von Geld zum Tausch gelangen —, verschleiert werden. In der Naturaltauschwirtschaft fehlen die weitreichenden Einwirkungen, welche das Geld auf den Wirtschaftsablauf ausübt. Das muß stets gegenwärtig sein. Deshalb sollte die Wissenschaft besser von den „Tauschwerten“ der Naturaltauschwirtschaft, nicht von ihren Preisen und nur von „Preisen“ der Geldwirtschaft sprechen³⁵⁾.

1. Die beiden Hauptformen der Geldwirtschaft

1. Der reine Typus der „Geldwirtschaft“ ist nach dem Gesagten eine Verkehrswirtschaft, in der von den beteiligten Betrieben und Haushalten bei allen Umsätzen Geld gebraucht wird. Geld ist das allgemein anerkannte Tauschmittel. Sämtliche Einzelwirtschaften verlangen als Anbieter Geld und bieten als Nachfrager Geld; deshalb halten sie einen Kassenbestand an Geld.

Die Geschichte zeigt nun, daß die Geldeinheit nicht selten auch als Recheneinheit benutzt wird. Nicht selten — keineswegs regelmäßig.

Im Mittelalter z. B., in dem verschiedenste und rasch wechselnde Geldarten umliefen, konnten die Großhändler unmöglich eine beliebige, im Werte dauernd schwankende Geldsorte als Recheneinheit benutzen. Sie brauchten eine einheitliche und feste Rechnungsskala bei Führung ihrer Wirtschaftsrechnung, bei Gewährung und Aufnahme von Krediten und bei der Preisfestsetzung im Einkauf und Verkauf: Etwa den Goldsolidus, später — seit der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts — den Venetianischen Dukaten oder den Florentiner Floren und andere Einheiten. Dabei wurde der Träger der Recheneinheit als Tauschmittel oft gar nicht oder kaum verwandt. So haben z. B. die Revaler Händler des beginnenden 16. Jahrhunderts ihre Handelsbücher in Rigischer Mark geführt und ebenso alle Kauf- und Verkaufsverträge in Rigischer Mark abgeschlossen.

Aber die Rigische Mark war im Großhandel nur ein selten gebrauchtes Tauschmittel. Als solche gab es viele Silber- und Goldmünzen: Thaler, Lübische Mark, Lübische, Rheinische und Ungarische Gulden und andere mehr, abgesehen von gewissen Schuldurkunden, die ebenfalls als Geld fungierten. Der europäische Fernhandel des Hoch- und Spätmittelalters, der im Zentrum der ganzen Wirtschaftsordnung der Zeit stand, hätte seine großen Funktionen ohne Trennung von Recheneinheit und Geld nicht durchführen können. Die einzelnen als Tauschmittel verwandten Geldarten hatten — und haben in solchen Fällen stets — einen schwankenden Kurs im Verhältnis zur Recheneinheit.

Viele Nationalökonomien sprechen davon, daß das Geld Tauschmittel und Wertmaß sei. Mit dieser Definition kommt man nicht weit. Wenn man etwa die zahlreichen aufgefundenen antiken Geldhorte in Griechenland oder Vorderasien untersucht, so finden sich dort oft eine solche Menge von Münzen verschiedener Prägestätten in einer Kasse, daß die Wirtschaftsrechnung unmöglich nach allen diesen Geldsorten vorgenommen werden konnte. So hat man in der Kasse eines Fernhändlers in Tarent des 5. vorchristlichen Jahrhunderts Geld aus sieben großgriechischen Prägestätten — abgesehen von anderen Münzen — gefunden. Eine Geldart war höchstwahrscheinlich gleichzeitig auch „Wertmaß“, die anderen nicht. Waren diese anderen kein Geld? Auch in der hellenistischen Zeit bestand im wirtschaftlich hoch entwickelten Ostmittellmeerraum ein solches Chaos von Geldarten, daß Geld und Recheneinheit nicht identisch gewesen sein können. Erst mit dem Vordringen der Römerherrschaft wurde für Jahrhunderte der römische Goldaureus nicht nur vorherrschende Geldart, wie die Funde lehren, sondern zugleich auch die allgemein benutzte Recheneinheit — ein Zustand allerdings, der mit dem 3. nachchristlichen Jahrhundert und mit der anhaltenden Münzverschlechterung wiederum von der Spaltung zwischen Recheneinheit und Tauschmittel abgelöst wurde. — Bekanntlich hat es auch in der Neuzeit keineswegs an Fällen gefehlt, in denen Geld nicht zugleich Recheneinheit war.

Es braucht nur an die englische Guinea oder den österreichischen Gulden erinnert zu werden. Wenn in Deutschland 1923 die Mark in Form von Papierscheinen und Giralgeld als Tauschmittel, der Roggenzentner oder Gramm Gold oder Schweizer Franken usw. als Recheneinheiten dienten, — was war dann Geld? Wer meint, Geld sei Tauschmittel und Wertmaß, ist zu der sonderbaren Antwort gezwungen, daß — soweit die Mark nicht noch Recheneinheit war — es überhaupt kein Geld gab. Denn die Mark verlor die Wertmaßfunktion, und der Roggenzentner usw. war nicht Tauschmittel.

Doch auch diejenigen irren, die meinen, das Geld sei zwar in erster Linie Tauschmittel, regelmäßig übe es aber auch die Funktion als Wertmaß oder Recheneinheit aus. Die Geschichte zeigt, daß in verschiedenen Kulturkreisen und in sehr vielen Jahrhunderten die Spaltung beider Funktionen üblich war, daß sich Spaltung und Vereinigung geschichtlich die Waage halten oder sogar die Spaltung überwiegt. Ebensowenig trifft es zu, daß die Spaltung nur eine Sache der Vergangenheit wäre. — Diesen geschichtlichen Tatbestand muß die Nationalökonomie deutlich zum Ausdruck bringen. Sie hat zwei reine Hauptformen der Geldwirtschaft zu unterscheiden: Die eine Hauptform, in welcher das Geld auch als Recheneinheit benutzt wird, und die zweite Hauptform, in welcher Geld und Recheneinheit getrennte Größen sind.

2. Die pointierende Hervorhebung dieses Tatbestandes durch Bildung der beiden reinen Hauptformen der Geldwirtschaft ist nicht allein deshalb notwendig, weil in der Geschichte beide gleichermaßen realisiert sind, sondern auch aus einem weiteren Grunde: In beiden Hauptformen wickelt sich der Wirtschaftsprozess nach Planung und tatsächlichem Hergang durchaus verschiedenartig ab. — Ein Beispiel: Man stelle sich vor, wir Deutschen hätten 1918 nicht die Gewohnheit gehabt, in Mark — also in der Ein-

heit des Geldes — die Preise von Waren und Leistungen auszudrücken. Wir hätten vielmehr Gramm Gold oder Einheiten eines fremden Geldes als Recheneinheit benutzt; alle langfristigen und kurzfristigen Forderungen und Schulden hätten hierauf, nicht auf Mark, gelautet. Die Inflation hätte sich dann völlig anders ausgewirkt: Preise und Löhne wären nicht annähernd in diesem Ausmaß gestiegen, sondern die Mark hätte sehr rasch einen Kursverlust gegenüber der Recheneinheit erfahren. Die Bilanzen der Unternehmungen hätten ganz anders ausgesehen als in Wirklichkeit. Das Heraufschnellen der Vermögenswerte bei Gleichbleiben der Passivseite hätte nicht stattgefunden. Pläne und Dispositionen, auch die Investitionspolitik der Unternehmungen wären andere gewesen, der wirtschaftliche Gesamttablauf dieser Jahre wäre überhaupt ein anderer geworden, als er in Wirklichkeit war.

In der Geldtheorie geht man regelmäßig von der Annahme aus, daß Schulden und Forderungen in Geld gerechnet werden, daß Kostenrechnungen, Kalkulationen, Gewinn- und Verlustrechnungen in Geld stattfinden und daß überhaupt das Geld zugleich Recheneinheit ist. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß ein theoretischer Apparat, der nur diese eine Hauptform der Geldwirtschaft zugrunde legt, nicht ganz ausreicht. Er muß versagen, wenn der Zusammenhang gewisser Tatbestände des wirtschaftlichen Alltags erklärt werden soll. Z. B. der eigenartige, anhaltende Gold- und Silberabstrom aus dem späten römischen Reich, dem manche Historiker eine so große gesamtgeschichtliche Bedeutung beimessen, der aber in seinen Ursprüngen noch nicht voll geklärt ist und der ohne Anwendung eines geeigneten geldtheoretischen Apparats auch nicht geklärt werden kann. Oder der große internationale Handel des Mittelalters, Richtung, Zusammensetzung und Größe der Warenströme also, die Europa sowie Kleinasien und Nordafrika verbanden. Überall da, wo Geld nicht Recheneinheit war, ist die Anwendung einer Geldtheorie der zweiten Hauptform notwendig.

1. Mit Gewinnung der beiden reinen Hauptformen der Geldwirtschaft ist der mannigfaltigen geschichtlichen Wirklichkeit des Geldes nur unter einem Aspekt Genüge getan — eben unter dem Gesichtspunkt, ob das Geld zugleich Recheneinheit ist oder nicht.

Jetzt fragt es sich, ob und wie die ungeheuer vielen Arten von Geld, die in Gegenwart und Vergangenheit gefunden werden, auf einheitliche Formen gebracht und so auch der theoretischen Analyse zugeführt werden können. Helfferich unterschied bekanntlich „gebundene“ und „freie“ Währungen, und diese Unterscheidung ist von vielen National-ökonomern angenommen worden. Die Goldwährungen, wie sie vor 1914 in den meisten Kulturländern bestanden, sind danach gebundene Währungen, weil das definitive Geld durch freie Ausprägbarkeit an ein Metall gebunden war und eine feste Wertrelation zwischen der Einheit des Geldes und der Geldeinheit bestand. Demgegenüber sind alle Währungen, bei denen eine solche Bindung fehlt und bei denen jeweils die Menge des Geldes frei reguliert wird — wie in Österreich zwischen 1879 und 1892 oder in Indien seit 1893 oder bei Papierwährungen — freie Währungen. Die Bildung dieser beiden Gruppen hat gute Dienste getan. Sie reicht aus, um die Währungen einer gewissen Epoche zu untersuchen. Aber sie reicht nicht aus, um die schwierigen Probleme der neuesten Zeit oder auch älterer Zeiten und anderer Kulturen zu klären.

Somit müssen wir also die Frage erneut stellen: Welche reinen Formen sind in den konkreten geschichtlichen Ordnungen des Geldwesens verwirklicht? Es muß versucht werden, die große Mannigfaltigkeit geschichtlich gegebener Ordnungen des Geldes morphologisch zu erfassen und damit zugleich die Grundlage für die geldtheoretische Analyse zu gewinnen.

2. Wiederum muß vermieden werden, durch Distanzierung von der wirklichen Wirtschaft umfassende, aber nebelhafte und unrealistische Übersichten zu geben. Schon die Frage-

stellung muß das Eindringen in die konkrete Einzelwirtschaft einleiten. Sehen wir eine bestimmte heutige Haushaltung oder einen Handwerksbetrieb A oder einen Bauernhof B an, und betrachten wir die Zusammensetzung des Kassenbestandes am heutigen Tage. Dort finden wir Münzen verschiedener Art, Papiergeld und Guthaben bei Banken, über die mit Scheck oder Überweisungsformular verfügt wird. Oder untersuchen wir die Kasse eines Bremer Fernhändlers des 18. Jahrhunderts oder die Kasse des Klosters Bobbio im 9. Jahrhundert, von dem wir sprachen, oder eine der vielen antiken Geldhorte in Attika oder in Korinth. Vergessen wir zunächst alles, was wir von Währungen und Geldsystemen schon wissen; sehen wir einfach dieses Geld an. Auch das Geld, das wir jetzt selbst bei uns haben. Und nun stellen wir die Frage, die am nächsten liegt: Wie ist dieses konkrete Geld entstanden?

Diese überaus einfache Frage hat nichts mit der Frage nach der Entstehung des Geldes zu tun, die in der Literatur eine so große Rolle spielt. Nichts also mit der Frage, wo und wie das Geld vor Jahrtausenden in Gebrauch kam, ob es sakralen Ursprungs war oder nicht, wo, wann und in welchen Formen zuerst Münzen geprägt wurden, wie überhaupt der Mensch zur Entdeckung und Einführung des Geldes und einzelner Geldarten kam. Alle diese Fragen sind überaus wichtig, — nicht aber für uns, die wir jetzt den wirtschaftlichen Alltag untersuchen. Deshalb interessiert uns auch nicht die Frage, die Knapp stellte und vorschnell bejahte, ob das Geld ein Geschöpf der Rechtsordnung sei. So, wie das Geld im Alltag von heute oder früher in Kassen der Einzelwirtschaften liegt — und damit auch den einzelwirtschaftlichen Plandaten zugehört —, sehen wir es. Wir fragen, wie dieses konkrete Geld — Ende 1910 z. B. bei mir das goldene Zehnmarkstück, die Pfennigstücke, die Reichsbanknote und ein täglich fälliges Guthaben bei einer Privatbank — entstanden ist. Und zwar muß für jedes Stück einzeln die Frage aufgeworfen werden.

3. Fragen wir so, dann führt die pointierende Analyse des einzelnen Tatbestandes zu der Feststellung, daß gewisse „Geldsysteme“ immer wieder verwirklicht sind, die sich dadurch voneinander abheben, daß in ihnen das Geld verschiedenartig entsteht. In den konkreten Ordnungen des Geldes meist miteinander „verschmolzen“, selten rein verwirklicht — lassen sie sich abstrahierend einzeln herausheben.

Und zwar sind es drei reine Geldsysteme, die festzustellen sind:

a) Oft entsteht Geld dadurch, daß irgendein Sachgut zu Geld wird. Das erste reine, idealtypische Geldsystem — oder Modell — besteht also darin, daß alles Geld auf diese Weise entsteht.

In älteren Zeiten — so im alten Orient während des zweiten vorchristlichen Jahrtausends — wurden Getreide, Datteln, Kupfer, Blei, Muscheln und viele andere Sachgüter als Geld benutzt. Der Gebrauch des Sachgutes als Ware und als Tauschmittel flossen zunächst noch ganz ineinander. Getreide diente z. B. bei einigen Umsätzen als Geld und später wieder als Ware. Aber es lag nahe, das Sachgut in eine entsprechende Form zu bringen, wenn es als Geld gebraucht wurde, um es dadurch für den Tauschmittelgebrauch besser geeignet zu machen. Metalle wurden in Ring- oder Spiralforn, Tee in Ziegelforn gebracht, Muscheln in besonderer Weise zusammengefaßt. Am wichtigsten war die Erfindung der Münzprägung durch die Lyder.

Die Schaffung solchen Geldes ging und geht in den verschiedensten Marktformen vor sich. Diese Feststellung ist wichtig. Oft erfolgt die Schaffung in „geschlossenem Angebotsmonopol“: Wenn etwa eine griechische Polis in Monopol Münzen schlug und ausgab, und wenn der römische Staat seit Cäsar den Goldaureus und der byzantinische Kaiser als Monopolist den Goldsolidus in Verkehr setzten. Der Monopolist verhält sich hierbei nicht immer gleichartig. Entweder sucht er bei dieser monopolistischen Umwandlung eines Sachgutes in Geld die höchstmögliche

Reineinnahme für sich selbst zu erzielen oder aber die bestmögliche Versorgung des Marktes (worüber im fünften Kapitel, II, B. 3 noch weiteres gesagt werden wird.) — Auch das „offene Angebotsoligopol“ findet sich in der Geschichte nicht selten. Im Hochmittelalter haben z. B. große Grundherren und Städte mit ihren Münzen im interlokalen Handel in oligopolistischem Wettkampf gestanden, lange Zeit z. B. die Lübecker und Kölner mit ihren Münzen im Norden Deutschlands. —

Oft war schließlich „vollständige Konkurrenz“ in der Umwandlung eines Sachgutes zu Geld verwirklicht. So nämlich muß man das „freie Prägerecht“ nennen. Es bestand nicht nur in neuerer Zeit, sondern auch früher. Z. B. im fränkischen Reich des 6. Jahrhunderts, in dem privilegierte Münzmeister, manchmal im Wanderbetrieb, jedem Gold und Silber gegen eine Gebühr ausprägten, so viel er zur Verfügung stellte. Falls jede Einzelwirtschaft stets so viel Gold oder Silber in Geld umwandeln lassen kann, wie sie will, ist Konkurrenz in der Geldschaffung gegeben. Wieviel Geld umläuft, bestimmt hier nicht eine Stelle, nicht ein Monopolist, der den Markt beobachtet und danach handelt, sondern die Menge des umlaufenden Geldes hängt davon ab, wieweit den Leitern der Einzelwirtschaften es lohnend erscheint, Metall in Münzen, Sachgüter in Geld umwandeln zu lassen. Eine Marktstrategie wird nicht getrieben. Die Geldversorgung des Marktes ist von den Wirtschaftsplänen sehr vieler Einzelwirtschaften mit ihren besonderen Einzelplänen abhängig. Sie schaffen dann Geld, wenn es ihnen lohnend erscheint — genau so, wie bei der Herstellung von Waren, wenn sie in Konkurrenz erfolgt. Freies Prägerecht heißt also wirtschaftlich: Konkurrenz bei Schaffung von Geld im Rahmen des ersten Geldsystems. In dieser wirtschaftlichen Terminologie bedeutet Aufhebung eines bisher bestehenden freien Prägerechts: Wechsel der Marktform und Ersatz der bisher bestehenden vollständigen Konkurrenz durch Angebotsmonopol.

Vielleicht oder wahrscheinlich waren noch andere Marktformen bei der Geldschaffung in diesem Geldsystem ver-

wirklicht. Aber ich konnte keine anderen finden. Möglich wäre die Realisierung jeder Marktform. Das Denken in Marktformen ist hier und überhaupt in der Untersuchung von Geldphänomenen nötig, um die wirtschaftlichen Tatbestände herauszuheben und um nicht in juristischen Kategorien stecken zu bleiben.

b) Geld entsteht bei Lieferung einer Ware oder bei Leistung von Arbeit als Gegenleistung. Dies ist das zweite Geldsystem.

Geld solcher Schöpfung gab es schon in sehr alten Zeiten. So im Babylonien des 3. und 2. vorschristlichen Jahrtausends. Tempel oder Königspalast lieferten an einen Privatmann z. B. Getreide, gewährten Kredit, empfangen einen Schuldschein und gaben ihn in Zahlung. Der Schuldschein war auf den Inhaber ausgestellt, zirkulierte als Geld und konnte am Fälligkeitstage vom derzeitigen Gläubiger dem Schuldner zur Zahlung vorgelegt werden. Oder, einige Jahrtausende später: Der mittelalterliche Verleger-Großhändler nahm oft Kredit gegen Schuldschein, der — falls der Verleger-Großhändler einen guten Namen hatte — als Geld zirkulierte. Der englische Wollhändler lieferte Wolle an den flandrischen Verleger und erhielt dafür einen Schuldschein. Dieser Schuldschein lief als Geld in Kreisen des Großhandels um, war also Geld in Kassen von Händlern. (Sein Umlauf war demnach auf einen Kreis wirtschaftlich wichtiger Personen beschränkt. Aber wenn man Geld als „allgemein“ anerkanntes Tauschmittel bezeichnet, so dürfen darunter nicht nur Tauschmittel verstanden werden, die in allen Teilen eines Gemeinwesens zirkulieren. Der Umlauf vieler Geldarten beschränkt sich auf einen gewissen Kreis von Einzelwirtschaften. Das heutige Giralgeld der Reichsbank oder der privaten Banken z. B. wird von den Arbeitern in Deutschland nicht benutzt und kaum gekannt, während es im Großverkehr dominiert.)

Banknoten oder Giralgeld entstanden und entstehen oft als Gegenleistung für Lieferung eines Sachguts: Das Giralgeld der berühmten Hamburger Girobank entstand nach 1770

auf diese Weise. Sie kaufte ungeprägtes Silber und schrieb den Betrag dem Verkäufer gut, der es nun als Geld zur Überweisung auf andere Konten verwandte. Und wenn heute Zentralbanken Gold kaufen und mit Banknoten oder durch Gutschrift auf Girokonto bezahlen, so geschieht ganz Entsprechendes: Geld entsteht im Kauf einer Ware.

Der Staat oder andere öffentliche Gewalten haben sich dieser Form der Geldschaffung besonders oft bedient, und zwar meist anders als der babylonische König, der regelmäßig Gläubiger war und nur den Schuldschein, den ein Anderer ausgestellt hatte, weitergab. Viel häufiger ist gerade der Staat der Schuldner und damit der eigentliche Geldschöpfer. Die mittelalterlichen Stadtstaaten haben nicht selten Lieferungen an die Stadt mit Schuldscheinen bezahlt, die als Geld benutzt wurden. Das ist z. B. für Como genau dargestellt worden. Auch dann, wenn der Staat nicht Waren und Leistungen mit neu entstehendem Geld bezahlt, sondern selbst Geld erhält, kann er zum Geldschöpfer werden. Zur Überwindung von Finanzklemmen haben Eduard III. von England und Karl V. und viele Staaten und Städte nach und vor ihnen sich Bargeld von größeren Firmen geborgt und dafür Schuldscheine ausgegeben, die ebenfalls als Geld umliefen. Zusätzlich entstand hierdurch deshalb Geld, weil die Staaten das hereingenommene Geld sehr rasch wieder in Verkehr brachten, so daß nunmehr das früher vorhandene Geld und die Schuldscheine zirkulierten.

Die technische Gestalt des Geldes, das in dieser Weise als Gegenleistung für Lieferung einer Ware oder für eine Leistung geschaffen wird, ist durchaus verschieden. Oft hat es rechtlich die Form des Wechsels, der zirkuliert, oder anderer Schuldanerkennnisse Privater oder des Staates, auf denen zu bestimmtem Zeitpunkt die Einlösung versprochen wird. — Aber oft wird auch keine Einlösungspflicht übernommen, und juristisch liegt dann kein Anspruch des jeweiligen Inhabers gegen den Empfänger der Ware oder Leistung vor. In dieser letzteren Gestalt haben besonders Staaten oft Geld geschaffen. Sie haben Lieferungen von

Waren und Leistungen von Beamten oder Soldaten mit Papiergeld oder Scheidemünzen bezahlt.

Verschiedene Marktformen sind auch im Rahmen des zweiten Geldsystems möglich und verwirklicht worden. Nicht selten ist das Angebotsmonopol vorhanden: So wenn der Staat Schatzwechsel in Zahlung gibt, die als Geld umlaufen, oder wenn er Papiergeld ausgibt. Oder — ebenfalls oft — sind es mehrere Private, die nebeneinander — in Konkurrenz oder Oligopol — dieses Geld in Verkehr bringen, wie etwa Großhändler des Spätmittelalters.

c) Verwandt mit dem zweiten Geldsystem, aber doch verschieden geartet ist das dritte. Der Kreditgeber — nicht der Kreditnehmer — schafft hier Geld: wiederum in mannigfachen Marktformen. Das Geld verschwindet bei der Rückzahlung von Krediten. Dieses Geldsystem wurde im letzten Jahrhundert in steigendem Maße realisiert und ist allmählich zum „dominierenden“ Geldsystem geworden. Dadurch wurden die wirtschaftliche Entwicklung und besonders Art und Tempo der Industrialisierung entscheidend beeinflußt. Es gab der Geldschaffung eine außerordentliche Elastizität.

Nehmen wir die Banknoten von heute. Sie werden in den meisten Staaten von einer Zentralnotenbank geschaffen, also von einem geschlossenen Monopol. Und zwar — soweit es nicht bei Kauf von Gold oder Silber als Gegenleistung geschieht — in der Weise, daß die Notenbank Staatsschuldverschreibungen erwirbt oder im Wechseldiskont- und Lombardgeschäft Kredit gewährt. Der Unterschied zum zweiten Geldsystem tritt hier deutlich hervor. Läuft eine Staatsschuldverschreibung selbst als Geld um, so ist der Kreditnehmer Staat der Geldschöpfer. Wird die Staatsschuldverschreibung zu Anlagezwecken gekauft und von der Zentralbank in Offen-Markt-Politik erworben, so ist nicht die Staatsschuldverschreibung Geld und nicht der Staat der Geldschöpfer, sondern der Kreditgeber: die Zentralnotenbank; sie schafft beim Kauf der Schuldverschreibung Noten. — Bekanntlich ist die Banknote vor allem im

19. Jahrhundert auch in Konkurrenz oder Oligopol entstanden, dann nämlich, wenn Bankenfreiheit bestand und mehrere oder viele Banken Noten in Verkehr brachten. Der berühmte Streit der Anhänger der Bankenfreiheit contra Anhänger der Zentralnotenbank, der im Kampf der Bankingschule contra Currencyschule mit im Mittelpunkt stand, war nichts anderes, als ein Streit darum, welche Marktform bei der Notenschöpfung zweckmäßig sei, — ein Streit, der zugunsten der Currencyschule und damit zugunsten des geschlossenen, staatlich beaufsichtigten Noten-Einzelmonopols entschieden wurde.

Das Giralgeld oder Guthabengeld, das heute besonders in Gestalt von täglich fälligen Bankguthaben wichtig ist, hat unter anderem mit der Banknote das gemeinsam, daß es sowohl bei Kauf von Gold — somit nach dem zweiten Geldsystem — als auch in Gewährung von Krediten geschaffen wird. Aber die Marktform, in welcher es in den Verkehr gelangt, ist in der Regel eine andere als bei der Banknote. Darin liegt ein wichtiges Kennzeichen der modernen Ordnung des Geld- und Bankwesens. Sehen wir einmal vom Giralgeld der Zentralnotenbank (in Deutschland von den täglich fälligen Verbindlichkeiten der Reichsbank) ab; es spielt eine besondere Rolle. Das Giralgeld der übrigen Banken entstand bis in die neueste Zeit hinein — so wie früher die Banknote — in Konkurrenz oder Oligopol. In Ländern, in denen die Errichtung neuer Kreditbanken gesperrt wurde, ist das Angebot des Giralgeldes geschlossen. Innerhalb der Schließung können wieder verschiedene Marktformen verwirklicht sein — auch das Kollektivmonopol, das z. B. im heutigen Deutschland annähernd gegeben ist. Die Tatsache, daß Noten in geschlossenem Angebotsmonopol, und zwar im Einzelmonopol der Zentralbank, entstehen, nicht aber das Giralgeld und die weitere Tatsache, daß beim Giralgeld — vor allem in der Depression 1929—1932 — schwere Störungen auftraten, hat zu den Vorschlägen geführt, auch die Giralgeldschaffung geschlossenen, staatlich beaufsichtigten Einzelmonopolen anzuvertrauen und den Privatbanken das Recht zu nehmen, Giral-

geld zu schaffen — ebenso wie früher das Recht der Notenausgabe.

Wie diese Beispiele zeigen, ist das Geld auch im dritten Geldsystem — wie im zweiten — wirtschaftlich ein Schuldschein. Anders aber als beim zweiten Geldsystem gibt der Kreditgeber diesen Schuldschein auf sich selbst aus.

4. Die nationalökonomische Analyse des konkreten, geschichtlich gegebenen Geldes führt somit zur Aufdeckung idealtypischer Geldsysteme, die sich in der Realität als Ordnungsformen in verschiedenen Verschmelzungen finden und von denen jedes sich prinzipiell in allen Marktformen ausprägen kann. Das erste Geldsystem ist dadurch gekennzeichnet, daß sich nur solches Geld in den Kassen der Einzelwirtschaften befindet, das durch Umwandlung eines Sachgutes entstanden ist. Im zweiten Geldsystem nur Geld, das bei Kauf von Waren und Leistungen von den Käufern geschaffen wurde. Im dritten Geldsystem schafft oder schaffen der oder die Kreditgeber alles Geld in Akten der Kreditgewährung.

Dem weiteren Gedankengang vorausgreifend sei gesagt, daß diese „Geldsysteme“ erstens dazu dienen, den Aufbau der konkreten Währungen — also die Ordnungen des Geldwesens — zu erkennen. Die babylonische Währung z. B. ist offensichtlich als eine Verschmelzung des ersten und des zweiten Geldsystems zu verstehen. In der englischen Währung um 1910, bei der wir auch die Marktformen erkennen können, waren alle drei Geldsysteme verwirklicht: Goldgeld entstand durch Umwandlung eines Sachguts in Konkurrenz, Noten in Ankauf von Gold zu einem staatlich fixierten Preis durch eine Monopolbank, Giralgeld in Konkurrenz der Privatbanken. Diese Elemente aller drei Geldsysteme waren dadurch eng miteinander verschmolzen, daß es nur ein definitives Geld gab, in das alles provisorische Geld umgetauscht wurde, nämlich das Goldgeld, und daß eine Goldeinheit Recheneinheit war. —

Zweitens ermöglichen die Geldsysteme die theoretische Untersuchung der Wirtschaftsprozesse. Um etwa den Aus-

gleich der Zahlungsbilanz zwischen zwei modernen Ländern zu erforschen, benutzen wir die Geldsysteme als Modelle, legen zunächst das erste Geldsystem zugrunde, sehen zu, wie hier der Ausgleich stattfindet, stellen weiter fest, daß er sich beim zweiten Geldsystem anders vollzieht und wiederum anders beim dritten, wobei auch die Marktformen wichtig sind. Und nun stößt man auf ein neues, wesentliches Ergebnis. Es ist nötig, auch K o m b i n a t i o n e n der Geldsysteme der theoretischen Analyse zugrunde zu legen. Um etwa den Zahlungsbilanzausgleich bei Herrschaft der modernen Goldwährung in beiden Ländern zu erklären, ist eine besondere, soeben skizzierte Kombination der drei Geldsysteme zu untersuchen. Aber die Analyse der einzelnen drei Geldsysteme bildet stets die Basis jeder weiteren Analyse.

Dieses alles kann und soll hier zunächst nur angedeutet werden. Wichtig ist vor allem: Die gewaltige Mannigfaltigkeit der geschichtlichen Gelderscheinungen, die der systematischen Erfassung zu spotten scheint, ergibt sich tatsächlich — wie die Analyse einzelner Sachverhalte zeigt — aus der verschiedenartigen „Verschmelzung“ gewisser einfacher Ordnungsformen. Sie löst sich so in die reinen, einheitlichen Elemente, Typen — Grundformen der Geldwirtschaft und Geldsysteme mit ihren Marktformen — auf und kann durch sie verstanden werden³⁶.

III. Die Aufgabe

Zu einem umfassenden morphologischen Apparat von Wirtschaftssystemen mit ihren zahlreichen Ausprägungen führt somit die — mit Hilfe pointierend hervorhebender Abstraktion in die wirkliche Wirtschaft vorgetriebene — Analyse. Es sind nicht Typen, die konkrete Wirtschaft „abbilden“ wollen, keine Realtypen, wie die Wirtschaftsstile oder Wirtschaftsstufen. Es sind reine Formen, echte Idealtypen, von denen jede einzelne nur eine Seite der Tatsachen-Befunde wiedergibt. Das heißt aber nicht: Utopien, wie Max Weber sie verkennend nannte. Utopien werden der konkreten

Wirklichkeit entgegengesetzt, ihr vorgehalten. Diese Idealtypen sind aus der konkreten Wirklichkeit gewonnen, und sie dienen der Erkenntnis konkreter Wirklichkeit. Hierfür sind sie sogar völlig unentbehrlich⁶⁶.

Und zwar nach zwei Seiten hin: Erstens, um den Aufbau der konkreten Wirtschaftsordnungen verständlich zu machen, um also das eine Hauptproblem der Nationalökonomie zu bewältigen. Wie das geschieht, wird darzustellen sein, wenn wir zur konkreten Welt der Wirtschaft zurückkehren, wenn wir also die „Anwendung“ des morphologischen Apparats schildern. Diesen Gedankenfaden können wir also zunächst liegen lassen, um ihn später wieder aufzunehmen.

Zweitens aber bilden die idealtypischen Wirtschaftssysteme in all' ihren Ausprägungen die Basis für theoretisch-allgemeine Fragestellungen und für theoretische Analysen. Sie dienen also auch der Lösung des anderen großen Hauptproblems der Nationalökonomie: den Wirtschaftsprozess in seinen Zusammenhängen zu erkennen. Diesen Gedankenfaden müssen wir hier weiter verfolgen, um zu zeigen, wie auf der Grundlage der gewonnenen Typen Theorien gewonnen werden. — (Die Doppelfunktion der Typen zu verstehen, ist fundamental wichtig, um zu wissenschaftlicher Erkenntnis aller wirtschaftlichen Wirklichkeit — der konkreten Wirtschaftsordnungen und der konkreten Wirtschaftsprozesse — zu gelangen.)

Warum die realtypischen „Wirtschaftsstile“ und „Wirtschaftsstufen“ ganz ungeeignet sind, um auf ihrer Basis Theorien zu gewinnen, wissen wir. Anders steht es mit den richtig erarbeiteten Idealtypen. Sie enthalten in ihrer Gesamtheit nicht nur alle Formelemente, aus denen alle konkreten Wirtschaftsordnungen zu allen Zeiten und überall aufgebaut sind, sondern sie stellen auch so einfache, exakt bestimmbare Bedingungskonstellationen dar, daß in ihnen die Bedingungsbeziehungen, die innerhalb jeder einzelnen Konstellation bestehen, vom Denken erfaßt

werden können. Diese Idealtypen sind also haltbare Verbindungsglieder zwischen der Anschauung der geschichtlich-individuellen Wirklichkeit, aus der sie gewonnen sind, und der allgemeinen-theoretischen Analyse, die zur Erkenntnis der Zusammenhänge notwendig ist.

Wie vollzieht sich der Wirtschaftsablauf im Rahmen der beiden Wirtschaftssysteme? So lautet nunmehr die Formulierung der theoretischen Frage. Wie wird in ihnen die Knappheit in der Versorgung mit Gütern überwunden?

A. Wie in der zentralgeleiteten Wirtschaft? Genau gesprochen: In der einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft (Eigenwirtschaft) und in der Zentralverwaltungswirtschaft? In der zentralgeleiteten Wirtschaft besteht, wie sich zeigte, die ganze Wirtschaft des Gemeinwesens aus einer Einzelwirtschaft, die von einer Stelle gelenkt wird. Einzelwirtschaft und Sozialwirtschaft sind hier identisch. Also ist zu fragen, wie in dieser einen Einzelwirtschaft — in der einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft und in der Zentralverwaltungswirtschaft — der Wirtschaftsprozeß von den fünf Seiten aus gesehen (S. 199 ff.) abläuft: Welche Güterarten werden hergestellt? Wie erfolgt die Verteilung des jährlichen Sozialprodukts? Wie wird ein bestimmter zeitlicher Aufbau der Produktion vorgenommen? Wie also wird investiert und gespart? Warum wird eine bestimmte Technik angewandt, und wonach richtet sich die räumliche Lenkung des Wirtschaftsprozesses? Daß alle Probleme der Zentralverwaltungswirtschaft in der Gegenwart besonders „aktuell“ sind, bedarf wohl kaum eines Hinweises.

B. Die theoretische Problemfassung für das verkehrswirtschaftliche Wirtschaftssystem ist weniger einfach. Der Grund liegt nach dem Gesagten auf der Hand: Weil in diesem Wirtschaftssystem mehrere oder viele selbständige Träger von Wirtschaftsplänen nebeneinander tätig sind, weil also eine Koordination der einzelnen Wirt-

schaftspläne und wirtschaftlichen Handlungen nötig ist und weil diese Koordination je nach Marktform und je nach Geldsystem in verschiedener Weise erfolgt.

1. Die fünf Fragen nach Produktionslenkung, Verteilung, zeitlichem Aufbau der Produktion, angewandter Technik und räumlicher Lenkung des Wirtschaftsprozesses sind für alle geschlossenen und offenen Marktformen aufzuwerfen. Die Problemstellung muß also wesentlich umfassender sein, als üblich ist. Zum Beispiel kann man schon in der Alltagserfahrung feststellen, daß die Wahl des Standorts von industriellen Werken mit der Marktform zusammenhängt und im Fall des Angebotsmonopols anders erfolgt als im Fall vollständiger Konkurrenz. Diesen Zusammenhang hat die ökonomische Theorie exakt zu erklären. Ebenso hängt die Auswahl der angewandten Technik mit der Marktform zusammen, was auch nicht übersehen werden sollte.

Die Fragestellung wird durch folgende Tatsache erschwert: Die Verkehrswirtschaft besteht in der Regel aus vielen Märkten. Alle diese Märkte sind miteinander verknüpft. Es ist also eine allgemeine Interdependenz der Märkte vorhanden. Wir brauchen nur daran zu denken, daß jeder Haushalt und jeder Betrieb zahlreichen, oft Dutzenden oder sogar Hunderten von Märkten als Nachfrager und Anbieter zugehört und daß sein Handeln auf einem Markt von den Hergängen auf allen anderen Märkten beeinflußt ist. Auf den einzelnen interdependenten Märkten braucht aber jeweils nicht die gleiche Marktform zu herrschen: Etwa vollständige Konkurrenz — eine Situation, die sehr oft untersucht wurde — oder beiderseitiges Monopol. Die Verkehrswirtschaft braucht nicht „einförmig“ zu sein. Es genügt daher auch nicht, die Frage nach dem Ablauf des Wirtschaftsprozesses für „einförmige Verkehrswirtschaften“, etwa der vollständigen Konkurrenz zu stellen. Die Frage muß nach ihren fünf Seiten auch für „vielförmige“ Verkehrswirtschaften aufgeworfen werden, das heißt Verkehrswirtschaften, in denen auf verschiedenen Märkten verschiedene Marktformen herrschen. Dadurch erfolgt eine sach-

lich notwendige Komplizierung der Problemstellung und Problemlösung, die allerdings — wie erst in der theoretischen Analyse gezeigt werden kann — nicht so groß ist, wie es auf den ersten Blick erscheint³⁷⁾.

2. Da die Koordination der einzelwirtschaftlichen Pläne und Handlungen und damit der Wirtschaftsablauf — außer von den Marktformen — von der Struktur des Geldsystems und von der Hauptform der Geldwirtschaft abhängt, ist andererseits die theoretische Frage zu stellen, welchen Einfluß Vorhandensein und Handhabung der einzelnen Geldsysteme auf den Wirtschaftsprozeß der Verkehrswirtschaft ausüben und wie die Verschiedenheit der beiden Hauptformen der Geldwirtschaft auf den Wirtschaftsprozeß wirkt. Der gesamte verkehrswirtschaftliche Prozeß muß in seiner Beeinflussung vom Gelde her gesehen werden. Zum Beispiel: Wieweit wird durch das Geldsystem, durch Geldschaffung oder Geldverminderung der zeitliche Aufbau der Produktion bestimmt? Wieweit also die Investition in ihrem Verhältnis zur Herstellung von bald verfügbaren Konsumgütern? Wie das Sparen? Oder: Wieweit wird vom Gelde her der Verteilungsprozeß beeinflusst? Zum Beispiel der Zins und damit das Zinseinkommen? Aber auch der Lohn, d. h. das Verhältnis von Geldlohn und Konsumgutpreisen, also der Reallohn. Selbst die räumliche Verteilung der Produktion ist von den Geldhergängen nicht unabhängig — nicht bloß im internationalen Handel, wie schon oft gezeigt wurde —, sondern auch im Rahmen des Geldsystems eines Landes. Aber wie groß und wie gering der Einfluß der Geldversorgung auf den Wirtschaftsprozeß auch sein mag; auf jeden Fall muß die Frage gestellt werden: Wie ist der Wirtschaftsprozeß, der in der Verkehrswirtschaft abläuft, monetär bedingt. Das ist die Aufgabe der Geldtheorie. Sie ergibt sich mit Notwendigkeit aus der Untersuchung der wirklichen Wirtschaft.

Die Geldtheorie darf also nicht bei der älteren Fragestellung verharren und es sich zur Aufgabe machen, nur die Bestimmung des „Geldwertes“ oder des „Preisniveaus“ zu untersuchen. Diese Enge der Problemstellung hat wesentlich zu

den Mißerfolgen der Geldtheorie beigetragen, die man zeitweise für den abgeschlossensten Teil der Nationalökonomie hielt. Eine Theorie, die nur die Bildung des Geldwerts oder des Preisniveaus untersucht, muß in der Anwendung versagen: Sie kann z. B. nicht die tiefgreifenden Wirkungen erklären, welche die Politik des billigen Geldes in England nach 1931 oder die staatliche Investitions- und Kreditexpansionspolitik in Deutschland nach 1933 auf den gesamten Wirtschaftsprozeß ausübte³⁸⁾.

Wenn aber das Problem der Geldtheorie richtig gestellt wird, so erweist es sich sehr bald als nötig, beide Momente, welche die Koordination der Einzelpläne bestimmen — Marktform und Geldsystem — nicht nur nebeneinander zu behandeln, sondern auch in ihrer Abhängigkeit voneinander. Zum Beispiel führt ein Goldabstrom in der Goldwährung zu anderen Folgen, wenn er in einer Wirtschaftsordnung stattfindet, in der Konkurrenzmärkte dominieren, als wenn er in einer Wirtschaftsordnung erfolgt, in der die Preise durch Monopole oder auch durch die öffentliche Gewalt festgesetzt sind³⁹⁾.

C. Nach und mit der Erkenntnis des Gesamtzusammenhanges der beiden Wirtschaftssysteme eröffnet sich sofort eine weitere Fragengruppe: Wie vollzieht sich der Verkehr zwischen zwei oder mehreren zentralgeleiteten oder zwischen einem zentralgeleiteten und einem verkehrswirtschaftlich organisierten oder zwischen zwei oder mehreren verkehrswirtschaftlich organisierten Gemeinwesen? Welche Güter werden jeweils zwischen ihnen getauscht, wie wird dadurch der Wirtschaftsablauf in jedem von ihnen beeinflußt, und wie werden Forderungen und Verpflichtungen eines jeden einzelnen Landes täglich, monatlich, jährlich — also periodisch — ins Gleichgewicht gebracht, wie also vollzieht sich der Ausgleich der Zahlungsbilanz?

Damit sind die Probleme der nationalökonomischen Theorie, die aus der Anschauung der geschichtlichen Wirklichkeit hervorgewachsen, formuliert.

DRITTES KAPITEL

Analyse der Wirtschaftssysteme - Die Daten

Wie das Gebäude der Theorie in seinem Grundriß auszu-
sehen hat, ist nunmehr erkennbar. Es ist ein umfassender
Grundriß, und es sind sehr weitläufige Bauten, die darauf
zu errichten sind: wenn für die beiden Wirtschaftssysteme
in allen ihren Ausprägungen die Frage nach den Zusam-
menhängen des Wirtschaftsprozesses nach seinen verschie-
denen Seiten hin gelöst wird. Für die Gedankenführung
dieses Buches, das allein die Fundamente aufzeigen soll,
kommt es nicht in Betracht, den ganzen Bau aufzurichten.
Vielmehr genügt es, an einem Wirtschaftssystem in einer
besonderen Ausprägung etwas näher zu zeigen, wie die theo-
retische Untersuchung vorgetrieben werden muß, und daran
anknüpfend einige Überlegungen über die Analyse des ande-
ren Wirtschaftssystems anzustellen.

I. Zur Analyse

der total zentralgeleiteten Wirtschaft

Das Wirtschaftssystem der total zentralgeleiteten Wirtschaft
— so wissen wir — ist nicht etwa mit „kommunistischer“
Wirtschaft zu verwechseln. Es ist ein Idealtypus, eine reine
Form. Und dieser Idealtypus ist auch nicht durch beson-
dere Beachtung gerade „kommunistischer“ Staaten ent-
standen, sondern durch Betrachtung aller geschichtlichen
Wirklichkeit. Da fanden sich überall Spuren dieses Wirt-
schaftssystems, die wir pointierend herausgehoben als Typus
zentralgeleiteter Wirtschaft bezeichneten und nun als Mo-
dell verwenden.

In diesem Wirtschaftssystem gibt es — so stellten wir im
einzelnen dar (S. 128 ff.) —, falls es sich um eine total zen-

tralgeleitete Wirtschaft handelt, keine freie Konsumwahl, keine freie Wahl des Arbeitsplatzes und des Berufs, ja nicht einmal einen Tausch der zugewiesenen Konsumgüter unter den Gliedern des Volkes oder der Großfamilie. Vom Plane und Befehl einer Zentralstelle sind alle wirtschaftlichen Handlungen abhängig. Es ist zweckmäßig, sich dieses idealtypische Gemeinwesen, an dem wir jetzt theoretische Untersuchungen anstellen, nicht allzugroß vorzustellen. Nicht über fünfzig Menschen umfassend etwa, so also, daß die Leitung Sachgüter und Leistungen in ihrem Werte unmittelbar schätzen kann und nicht die großen, besprochenen Schwierigkeiten der Wirtschaftsrechnung entstehen. Keine Zentralverwaltungswirtschaft ist es, sondern eine Eigenwirtschaft⁴⁰⁾.

A. Die Grundlagen des Wirtschaftsplans:

Daten und Erfahrungsregeln

1. Die Daten

Da alle wirtschaftlichen Handlungen auf Befehl der Zentralstelle erfolgen, muß die Untersuchung dieser Fragen mit dem Wirtschaftsplan der Zentralstelle beginnen. Würde man ein solches Gemeinwesen betreten, so müßte man sich an die Zentralstelle wenden, um zu erfahren, warum sie den Wirtschaftsprozeß gerade so ablaufen läßt, wie man ihn täglich vor sich sieht. Welche Tatsachen bestimmen die Führung, ihre zentral geleitete Wirtschaft in dieser Weise zu steuern und nicht anders? Von welchen Bedingungen hängen die Wirtschaftspläne ab?

Offensichtlich kann nur in den Wirtschaftsplänen der Zentralstelle der Sinnzusammenhang des wirtschaftlichen Alltags dieser total zentralgeleiteten Wirtschaft erkannt werden.

Mit der Durchführung seiner Pläne will der Leiter dieses Gemeinwesens bestimmte Ziele erreichen. Und zwar will er stets Bedürfnisse befriedigen. Dabei nimmt der Leiter selbst die Rangierung der Bedürfnisse vor. Er kann seine

persönlichen Bedürfnisse in den Vordergrund schieben oder aber diejenigen des Gemeinwesen. Tut er letzteres, so geschieht es wiederum in verschiedener Weise: Entweder können die Kollektivbedürfnisse — z. B. nach Verteidigung — oder die Individualbedürfnisse der einzelnen Mitglieder stärkere Berücksichtigung finden. Wie dem auch sei: Es gibt kein Wirtschaften, das nicht auf Deckung von Bedürfnissen abzielt. Den Eindruck, den manche Nationalökonomien erhielten, daß es in der Geschichte Menschen gegeben habe, die beim Wirtschaften nicht Bedürfnisse befriedigen wollten, erweist sich bei näherem Zusehen stets als falsch. Davon wird später die Rede sein, wenn wir vom wirtschaftenden Menschen sprechen. — Von dieser geschichtlichen Feststellung, daß überall und stets die Bedürfnisbefriedigung das Ziel des Wirtschaftens ist, hat die theoretische Analyse auszugehen. Die „Bedürfnisse“ sind in ihrer Gesamtheit das erste „Datum“ des Wirtschaftsplanes.

Dabei muß der Leiter die Bedürfnisse unter zwei Gesichtspunkten gruppieren: Nämlich nach der Art und nach der Zeit. — Nach der Art: Er muß davon ausgehen, daß bestimmte Bedürfnisse — etwa nach Roggenbrot, Reis, Strümpfen — im kommenden Wirtschaftsjahr auftreten werden. Er muß also die Bedürfnisse nach den Arten von Befriedigungsmitteln ordnen, und für ihn gibt es so viele und solche Arten von Bedürfnissen, wie es Arten von Bedürfnisbefriedigungsmitteln gibt. Die Gliederung der Bedürfnisarten nach den Bedürfnisbefriedigungsmitteln, welche in zahlreichen theoretischen Schriften vorgenommen wird, ist also wohl begründet und entspricht der Gliederung, die der wirtschaftlich Planende selbst vornimmt.

Die Ordnung der Bedürfnisse nach der Zeit, die weniger beachtet wird, ist nicht weniger wichtig. Wieviel vom vorhandenen Rindviehbestand soll der Leiter in diesem Wirtschaftsjahr schlachten lassen? Soviel, daß im nächsten Wirtschaftsjahr die Fleischversorgung gleich bleibt oder reichlicher oder geringer wird? Wie also sollen die Bedürfnisse der Gegenwart und der Zukunft gegeneinander ab-

geglichen werden? Sollen ganz allgemein die Bedürfnisse der Gegenwart hinter denen der näheren und fernerer Zukunft zurücktreten? Wenn ja, dann sieht der Wirtschaftsplan für dieses Wirtschaftsjahr vor, daß mehr Arbeiter und Maschinen bei der Herstellung von weiterem Eisen, Straßen, Maschinen und anderen Produktionsmitteln beschäftigt werden, daß also relativ viel investiert wird. Wenn nein, wenn die Bedürfnisse dieses Jahres als wichtiger erscheinen, werden nach dem Plan mehr Arbeiter und Produktionsmittel zur Erzeugung von Konsumgütern verwendet. Wie dem auch sei, stets muß der Leiter einer jeden Wirtschaft die Bedürfnisse auch in ihrer zeitlichen Folge ordnen, um jetzt Weisungen geben zu können.

Schon an dieser Stelle, beim ersten Datum also, stößt man auf einen wesentlichen Unterschied im Wirtschaftsprozess der Verkehrswirtschaft und der zentralgeleiteten Wirtschaft. Während in der Verkehrswirtschaft die Bedürfnisse der mit Kaufkraft ausgerüsteten einzelnen Mitglieder des Gemeinwesens zur Geltung kommen und die Richtung des Produktionsprozesses entscheidend bestimmen, kann sich der Leiter einer zentralgeleiteten Wirtschaft über diese Bedürfnisse der Einzelnen weitgehend hinwegsetzen, die Befriedigung eines Komplexes von Bedürfnissen als vordringlich festlegen und für die Lösung dieser Aufgabe, z. B. der militärischen Rüstung, den größten Teil der Produktionsmittel einsetzen. Er muß nicht so verfahren, aber kann es, und in der geschichtlichen Wirklichkeit ist vor allem die Zentralverwaltungswirtschaft oft und zu verschiedenen Zeiten dazu verwandt worden, um eine solche Konzentration auf eine Aufgabe durchzuführen.

Was sind die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse? Welche „Daten“ stehen im Plane der Leitung dem Datum „Bedürfnisse“ gegenüber? Bei den Plänen über die Produktion von Eisen z. B. rechnet die Leitung mit den hierfür geeigneten Arbeitskräften, mit den Eisenerz- und Kohlenlagern und schließlich mit dem vorhandenen Bestand an Anlagen, die für die Eisenerzeugung in Betracht

kommen. Also drei Daten: Die Arbeit, die Natur und die produzierten Produktionsmittel. Ebenso bei der Produktion von Brot: Die Arbeiter, die als Landarbeiter, als Müller und Bäcker verwendbar sind, die Böden und alle produzierten Produktionsmittel in Landwirtschaft, Mülerei und Bäckerei. — Diese Antwort liegt zwar nahe, ist auch nicht unrichtig, ist aber unvollständig und kann leicht zu Irrtümern führen.

a) Über den Bestand an früher produzierten Gütern: Um seine Eigenschaft als Plandatum zu verstehen, ist es nötig, wiederum den zeitlichen Aspekt zur Geltung zu bringen.

Erstens: Ein Plandatum ist der Vorrat an früher produzierten Gütern nur unter einem Aspekt:

Kurzfristig, also bei Plänen, die sich auf die nächste Zukunft erstrecken, rechnet die Leitung zunächst mit Vorräten von Konsumgütern. Alle Weisungen, die auf die Bedürfnisbefriedigung von heute abzielen, müssen von bereitstehenden Vorräten an Brot, Fleisch, Schuhen usw. ausgehen. Mehr als heute fertig sind, können heute auch nicht verteilt werden. Trotzdem macht sich die Vorsorge für die Zukunft auch bei den ganz kurzfristigen Wirtschaftsplänen geltend. Um so zurückhaltender müssen die heute vorhandenen Vorräte fertigen Brotes verteilt werden, je geringer die Vorräte an Roggen und Roggenmehl sind. Als ein Datum in kurzfristigen Plänen figurieren also alle heute greifbaren, aus früherer Produktion stammenden Vorräte an verbrauchlichen und dauerhaften Gütern, wobei den Konsumgütern eine besondere Wichtigkeit zukommt. — In Wirtschaftsplänen, die sich auf längere Fristen beziehen, verschiebt sich das Bild. Während längerer Zeiten ist es möglich, Vorräte an Werkzeugen, Maschinen, Rohstoffen und Halbwaren, die heute noch nicht konsumreif sind, umzuformen, und zwar unter Kombination mit Leistungen der Natur und der Arbeit. Diese Vorräte an produzierten Produktionsmitteln, die — heute vorhanden — werdende Konsumgüter sind, sieht die Zentralleitung bei längerfristigen Plänen vor allem als Datum an. Demgegenüber treten die

bereits fertigen Konsumgüter an Bedeutung zurück. Zum Beispiel setzt sie für die Versorgung mit Baumwollwaren bis zur nächsten Baumwollernte die vorhandenen Vorräte an Baumwolle und an Garnen in erster Linie als Datum ein. Da in jedem Wirtschaftssystem nicht diejenigen Konsumgüter konsumiert werden können, an deren Herstellung gerade gearbeitet wird (eine Tatsache, über die wir ausführlich sprachen), die Mitwirkenden an der Produktion aber Tag für Tag Konsumgüter brauchen, muß jeder Wirtschaftsplan von den verfügbaren und heranreifenden Konsumgütern als Datum ausgehen. Verfügungsmacht über solche Konsumgüter in Händen der Leitung der zentralgeleiteten Wirtschaft — in der Verkehrswirtschaft in Händen der Betriebsleiter — ist „Kapital“.

Zweitens: Vorräte produzierter Güter spielen weder in kurzfristigen noch in langfristigen Wirtschaftsplänen nur die Rolle des Datums. Weil der Mensch schon heute die Bedürfnisse, die in späteren Jahren auftreten werden, beachten muß, sieht er im zukünftigen Bestand vor allem der produzierten Produktionsmittel ein Problem. Es ist ein praktisches Problem größten Ausmaßes, welches die längerfristigen Pläne geradezu beherrscht. Die Vorsorge für die weitere Zukunft zwingt die Führung der zentralgeleiteten Wirtschaft — ebenso wie die Leitung jedes verkehrswirtschaftlichen Betriebs — schon jetzt zu gewissen Entscheidungen darüber, wieviele und welche Häuser, Maschinen, Rohstoffvorräte in einem Jahr und in späterer Zeit zur Verfügung stehen sollen. Alle Entscheidungen über Abschreibungen gehören ebenfalls hierher. Ebenso wie der Leiter einer Baumwollspinnerei in dem vorhandenen Bestand an Gebäuden, Maschinen, Vorräten nicht nur ein Datum sieht, sondern zugleich auch ein praktisches Problem — muß er sich doch entscheiden, wie er Gebäude, Maschinen und Vorräte erhalten und ob er sie vergrößern oder verkleinern soll — so sieht auch die Führung einer zentralgeleiteten Wirtschaft den Vorrat an Werkzeugen, Gebäuden, Rohstoffen usw. auch unter diesem zweiten Aspekt.

Man mißverstehe also nicht die Feststellung, daß der Bestand an Vorräten aus vergangener Produktion in ihrem gegenwärtigen Umfang und in ihrer gegenwärtigen Form für die Wirtschaftspläne jeweils ein Datum ist. Das ist stets nur der e i n e notwendige Aspekt. Der andere, ebenso notwendige, verlangt, daß die Wirtschaftsführung in der zukünftigen Gestalt der produzierten Produktionsmittel ein praktisches Problem sieht, ohne dessen Lösung die Güterversorgung der Zukunft gefährdet ist. Je mehr mit dauerhaften Produktionsmitteln gearbeitet wird, je größer also der Apparat der Gebäude, Maschinen und sonstigen Anlagen ist, um so wichtiger wird es, b e i d e Aspekte in gleicher Weise zu beachten.

Im Bestand an früher produzierten Gütern hat also auch die Wissenschaft beides zu sehen: Ein D a t u m, von dem der Wirtschaftsplan jeweils ausgeht, und ein P r o b l e m, das der jeweilige Wirtschaftsplan zu lösen hat, indem er Entscheidungen darüber treffen muß, ob und wie der Bestand in Zukunft aussehen soll. Zwei Aspekte sind also nötig. Manche Nationalökonomten ignorieren den einen, manche den andern. Sieht man nur in Natur und Arbeit und nicht im jeweils vorhandenen Bestand produzierter Produktionsmittel ein Datum, so ist die Theorie notwendig an diesem Punkt wirklichkeitsfremd. Einen solchen Fehler beging auch Böhm-Bawerk, wenn er von einer „kapitallosen“ Produktion sprach, die allein auf der Kombination von Natur und Arbeit beruhe. Eine solche Produktion gibt es zweifellos tatsächlich nur selten. — Heute ist es aber hauptsächlich nötig, die Wichtigkeit gerade des z w e i t e n Aspekts zu betonen. Denn heute sind manche Theoretiker geneigt, insbesondere im Vorrat von dauerhaften Produktionsmitteln, also von Maschinen, Häusern, Straßen usw. — n u r ein Datum zu sehen, wodurch man sich den Einblick gerade in das Wirtschaftsgeschehen der heutigen Zeit und des letzten Jahrhunderts mit seinen gewaltigen Investitionsprozessen verbaut und wiederum der Wirklichkeitsfremdheit verfällt. Man braucht nur die Wirtschaftsführung e i n e s Betriebes der Gegenwart anzusehen, um zu erkennen, welche große

Rolle Erhaltung und Erneuerung des Produktionsapparats in der wirklichen Wirtschaft spielen, und wie sehr sich die Wirtschaftsführung jedes Betriebes bewußt ist, daß hierin auch ein Problem liegt⁴¹⁾.

b) **Über Arbeit und Natur:** Durch die Pläne und Weisungen der Zentralstelle wird bestimmt, welche Bergwerke und Stollen abgebaut, welche Böden benutzt, wie die Arbeiter in Bergbau und Landwirtschaft und in allen anderen Produktionszweigen verwandt werden. Welche Naturleistungen und Arbeitsleistungen Verwendung finden, geht also aus dem Wirtschaftsplan hervor. — Aber diese Leistungen von Natur und Arbeit sind selbst nicht ein Plandatum. Vielmehr muß eben die Zentralstelle in ihren Wirtschaftsplänen entscheiden, welche Leistungen von Natur und leitender und ausführender Arbeit zum Einsatz gelangen sollen.

Daten des Planes sind also Natur und Arbeit selbst, nicht ihre Leistungen. Diese Unterscheidung ist nicht etwa eine Wortspielerei, sondern sie ist fundamental wichtig, um den Aufbau des Wirtschaftsplanes und den Ablauf des Wirtschaftsprozesses — auch in allen verkehrswirtschaftlichen Wirtschaftsformen und in aller konkreten Wirklichkeit — zu verstehen. Der weitverbreitete Brauch, in den produktiven „Leistungen“ der Produktionsfaktoren ein Datum zu sehen, verengt das Untersuchungsfeld der nationalökonomischen Theorie unzulässig und führt dazu, aus der Wissenschaft Probleme auszuschließen, die in der wirklichen Wirtschaft bedeutungsvoll sind.

Stellen wir uns als Repräsentanten einer total zentralgeleiteten Wirtschaft eine völlig isolierte Familie von fünfzig Köpfen vor. Der Leiter sieht in jedem Wirtschaftsplan — sei er nun längerfristig oder sei er kürzerfristig — die verfügbaren Arbeitskräfte als Datum an. Er hat mit einer bestimmten Anzahl von Arbeitsfähigen zu rechnen und mit bestimmten Fähigkeiten dieser Männer, Frauen und Kinder. Der eine ist zu Landarbeiten, zur Viehpflege und zum Tischlern geeignet, der zweite zur Fleischherstellung, zum Backen u. dgl. Jeder einzelne besitzt seine besonderen

Fähigkeiten. In den Wirtschaftsplänen hat der Leiter zu entscheiden, ob und wieviele Stunden oder Tage Jeder zu arbeiten hat und welche seiner Fähigkeiten zum Einsatz gelangen, ob also etwa der erstgenannte Mann als Viehpfleger oder als Tischler verwandt wird. Je mehr die Arbeitskräfte gelernt haben, in um so mehr Verwendungen können sie hineindirigiert werden. Wie sie verwandelt werden, ergibt sich erst aus den Weisungen des Leiters. Die Entscheidung fällt in unlösbarer Verknüpfung mit dem Gesamtziel des Planes und mit den übrigen Daten. Wenn etwa der Leiter beabsichtigt, zwecks besserer Güterversorgung in der Zukunft die Gebäude zu vergrößern oder neue Ackergeräte herzustellen, so muß er Arbeitskräfte, die bisher in anderen Verwendungen — etwa in der Landwirtschaft — tätig waren, herausziehen und nunmehr beim Bau von Häusern oder in der Werkzeugmacherei verwenden. Bei Gleichbleiben der Arbeitskräfte werden also andere Arbeitsleistungen eingesetzt. Wie in der praktischen Wirtschaft die richtige Dirigierung der vorhandenen Arbeitskräfte in die besten Verwendungen hinein ein bedeutsames praktisches Problem darstellt und der Betriebsleiter niemals die Arbeitsleistungen als ein Datum ansieht — so muß auch die Wissenschaft verfahren.

Entsprechendes gilt für die Natur. Nur sie ist ein Datum. Nicht aber die Leistungen, die ausgewählt werden. Auch hier vollzieht erst der Wirtschaftsplan die Entscheidung, wie viele und welche Leistungen zum Einsatz gelangen. Tag für Tag bietet die Natur Nutzleistungen verschiedener Art an: Landwirtschaftlich brauchbare Böden, die zur Flur unseres Gemeinwesens gehören, Wasserkräfte, Steinbrüche, Kräfte des Windes. Welche Leistungen werden verwandt? Welche Böden werden zum Landbau benutzt, welche nicht? Welche zum Weizen-, welche zum Rübenbau? Wie weit werden Wasser- und Windkräfte und Bodenschätze nutzbar gemacht?

Wer einen in Gang befindlichen Wirtschaftsprozess beschreibt, kann nur feststellen, daß bestimmte Leistungen von Arbeit und Natur zum Einsatz gelangt sind. Aber

diese Darstellung genügt nicht. Wir müssen den Aufbau des Wirtschaftsplanes und damit den Sinngehalt der Wirtschaft verstehen. Und deshalb müssen wir auch an dieser Stelle so fragen, wie auch der wirtschaftlich Planende stets fragt: Welche Leistungen sind aus den vielen möglichen Leistungen der vorhandenen Arbeitskräfte und der vorhandenen Natur auszuwählen? Arbeit und Natur sind ein Datum, die Auslese ihrer Leistungen ist ein Problem.

Bisher haben wir als Daten des Wirtschaftsplanes der Zentralleitung die Bedürfnisse, die der Leiter befriedigen lassen will, sowie — auf der anderen Seite — Natur und Arbeit und (unter einem bestimmten Aspekt) den Vorrat an Gütern aus früherer Produktion erkannt. Die Kombination der Leistungen von Natur und von Arbeit und der jeweils vorhandenen produzierten Güter vollzieht die zentrale Leitung auf Grund des bestehenden „Technischen Wissens“, das somit als fünftes der Daten, die den Aufbau der Wirtschaftspläne bestimmen, wirksam ist. Von der Größe des technischen Wissens hängt es ab, welche und wieviele technische Methoden im Landbau, zur Herstellung gewerblicher Erzeugnisse und im Transport in Betracht kommen. „Technisches Wissen“ ist also nicht der „Angewandten Technik“ gleichzusetzen, die in Praxis und Wissenschaft eine wirtschaftliche Aufgabe, nicht ein Datum, darstellt. Gewiß gab es jahrhundertlang auf bestimmten Gebieten nur eine technische Methode, welche bekannt war, etwa in großen Teilen der mittelalterlichen Landwirtschaft die Dreifelderwirtschaft. In einem solchen Falle stellt das technische Wissen nur eine Methode zur Verfügung. Auf Grund des technischen Wissens kann also nur ein Verfahren angewandt werden. Oft aber, und nicht nur in der Neuzeit, sind es viele mögliche Methoden, welche das technische Wissen darbietet, um Getreide zu erzeugen, zu mahlen, zu backen, Eisen zu gewinnen, Schuhe herzustellen. Der Führer einer zentralgeleiteten Wirtschaft — ebenso wie der Leiter eines verkehrswirtschaftlichen Betriebs — muß dann wählen, welche von den vielen bekannten Metho-

den angewandt werden soll. Es ist eine Wahl, die wiederum sinnvoll nur im Rahmen des Gesamtplanes erfolgt. „Technisches Wissen“ und „Angewandte Technik“ scharf zu trennen, in ersterem ein wirtschaftliches Datum, in letzterem ein wirtschaftliches Problem zu sehen, ist also nötig. Zum technischen Wissen ist auch das kaufmännisch-technische Wissen zu zählen, also die Gesamtheit aller der Leitung bekannten Methoden der Wirtschaftsrechnung, Bilanzierung, Gewinn- und Verlustrechnung, Buchführung, Kostenrechnung, Betriebsstatistik, in der Verkehrswirtschaft auch der Marktbeobachtung, Budgetierung, Einkaufsorganisation, Absatzorganisation, finanziellen Organisation usw.

Schließlich ist es die „Rechtliche und soziale Organisation“ der total zentralgeleiteten Wirtschaft selbst, die in ihrer Existenz und mit ihren Spielregeln ein wirtschaftliches Datum ist. Für sie gilt das gleiche wie für alle anderen Daten. So wenig die Theorie auf die Frage nach der Entstehung der Bedürfnisse oder der Artung des Landes mit seinem Klima oder nach den Arbeitseigenschaften eines Volkes oder einer Familie oder dem Ursprung seines technischen Wissens antwortet, so wenig vermag sie zu erklären, warum diese total zentralgeleitete Wirtschaft zustande gekommen ist. — Man fasse dieses sechste Datum — soziale und rechtliche Organisation — nicht zu eng. Es ist hier nicht nur an traditionelle Ordnung, an Gesetze und an Sitten gedacht, sondern auch an den Geist, in dem die Menschen leben und in dem sie sich an die Spielregeln halten.

2. Die Erfahrungsregeln

Die Daten, mit denen die zentrale Leitung rechnet, sind die Bausteine, aus denen ihre Wirtschaftspläne zusammengesetzt werden. Sobald sie sich aber an deren Aufbau begibt, zeigt sich, daß sie noch mit einigen Erfahrungsregeln rechnen muß, die sie, wie die Wirklichkeit zeigt, in der Planung und bei den Weisungen stets beachtet.

Über diese Erfahrungsregeln, die vielfach auch „Gesetze“ genannt werden, ist zwar viel geschrieben worden, aber man ist sich bisweilen über ihren Charakter nicht ganz klar und über die Rolle, die sie auf der Bühne der Wirtschaft spielen. Darum sei von vornherein festgestellt: Erfahrungsregeln sind keine Axiome. Sie sind auch keine „Vernunftwahrheiten“, die aus Axiomen mit apodiktischer Gewißheit deduziert werden können. Vielmehr sind es „Tatsachenwahrheiten“, die der naive Mensch aus der täglichen Anschauung kennt und die ihm so selbstverständlich sind, daß er nicht über sie nachdenkt. Die Wissenschaft macht lediglich bewußt, was der naive Mensch nur undeutlich weiß, und sie beschreibt exakt, was ihm nicht klar ist. Durch exakte Beobachtung demonstriert sie die Gültigkeit dieser Sätze — und indem sie das tut, befremdet sie oft den vorwissenschaftlichen Menschen, eben weil er gar nicht weiß, daß er faktisch dauernd nach solchen Erfahrungsregeln handelt. Er verhält sich ihrer wissenschaftlichen Formulierung gegenüber so wie der Bourgeois Gentilhomme, der sehr über die Mitteilung erstaunte, daß er sein ganzes Leben lang Prosa gesprochen habe.

Zunächst handelt es sich um das sog. „Erste Gossensche Gesetz“, das bekanntlich in der Wieserschen Formulierung folgendermaßen lautet: „Bei jedem teilbaren Bedürfnis wird innerhalb jedes Bedürfnisabschnitts der mit der ersten Verwendungseinheit vorzunehmende Befriedigungsakt mit der höchsten Intensität begehrt, jede Verwendung weiterer Einheiten derselben Art wird mit abnehmender Intensität begehrt, bis der Sättigungspunkt erreicht ist; darüber hinaus schlägt das Begehren in Widerwillen um“. — Ein überaus einfacher Sachverhalt liegt vor. Er gilt stets und zu allen Zeiten. Jeder Mensch weiß, daß seine heutigen Bedürfnisse nach Fleisch, Brot und allen übrigen Konsumgütern an Intensität abnehmen, wenn ihre Befriedigung zunimmt. Danach richtet sich jede Haushaltung Tag für Tag; auch die Leitung der total zentralgeleiteten Wirtschaft muß damit rechnen. Wir beobachten die Gültigkeit der Regel bei uns

selbst, und verstehend erkennen wir sie bei anderen Menschen.

Man kann über die Formulierung der Regel diskutieren. Dabei wird man vor allem feststellen müssen, daß sie sowohl in den Wirtschaftsplänen der Menschen vorausschauend beachtet wird als auch bei der Bedürfnisbefriedigung selbst sich bestätigt. Dieser Unterschied ist wichtig. — Man wird weiter stets den Zeitraum zu beachten haben, für welchen die Regel gilt. Je kürzer er ist, um so deutlicher ist ihre Richtigkeit zu erkennen. Bei Berücksichtigung des Zeitraums klären sich auch Bedenken, die sich aus der Tatsache ergeben, daß durch Konsum eines Gutes — z. B. von Tabak — Bedürfnisse nach diesem Gut verstärkt werden und am nächsten Tage mit größerer Intensität auftreten. Wichtig ist nur, daß auf der neuen Stufe, also am nächsten Tage, wieder die Regel gilt. — Ferner entstehen gewisse, aber überwindbare Schwierigkeiten dadurch, daß die Intensität des Bedürfnisses, mit der eine Gütereinheit vom Menschen begehrt wird, nicht nur vom Stande der Versorgung des Menschen mit diesem Gut, sondern auch mit *a n d e r e n* Gütern abhängt; also etwa die Intensität, mit der ein Pfund Roggenbrot begehrt wird, von der Versorgung nicht allein mit Roggenbrot, sondern auch mit Weizenbrot oder Kartoffeln — also Substitutionsgütern — und mit Butter oder Marmelade — also komplementären Gütern — abhängig ist.

Hier liegt ein Feld der Diskussion. Der fundamentale Tatbestand aber, um den es sich handelt, sollte nicht bestritten werden⁴².

Zweitens wird das sog. „Gesetz vom abnehmenden Ertrag“ (richtiger: „Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs“) als Erfahrungsregel stets und überall, wo Menschen wirtschaften, beachtet. Kein Landwirt verwendet die Arbeit eines Jahres nur auf einen halben Hektar Boden und läßt die anderen fünf Hektar, die er verwenden könnte, unbebaut. Er weiß, daß seine Arbeitskraft einen höheren Ertrag bringt, wenn er sie auf mehrere Hektar ver-

teilt und daß eine Konzentration aller Arbeitsstunden des Jahres auf ein kleines Stück Land allmählich zu einem stark abnehmenden Ertrag der sukzessive zugesetzten Arbeitstage führt. — Das gleiche gilt für jeden anderen Produktionszweig. Eine Schuhfabrik hat zu bestimmter Zeit einen bestimmten Bestand an Gebäuden und Maschinen. Hier zwei oder drei oder vier Arbeiter zu beschäftigen, ist unzweckmäßig. Zunächst steigt der Ertrag der weiter eingestellten Beschäftigten, aber von einem gewissen Punkte ab — etwa bei 350 — fällt er wieder, und schließlich — etwa nach 420 — ist die weitere Einstellung von Arbeitern überhaupt nicht mehr möglich. Bei jeder Kombination von Natur, Arbeit und produzierten Gütern macht sich diese Erfahrungsregel geltend, und der Mensch handelt danach. Er kennt sie nicht aus innerer Erfahrung, durch Selbstbeobachtung also, wie die erste Regel, sondern aus Beobachtung äußerer Tatsachen.

Die Wissenschaft war bestrebt, diese Regel exakt darzustellen. Vielleicht kann sie am kürzesten durch eine einfache Tabelle wiedergegeben werden, die den Ertragsverlauf auf gegebene Bodenfläche und bei gegebenen Geräten im Anschluß an Edgeworth beschreibt.

Hier ist die Regel in Gestalt des zunächst zunehmenden und dann abnehmenden Ertrags der Arbeit — nicht etwa des Bodens — abzulesen. Wir könnten auch die Menge von sachlichen Produktionsmitteln — etwa von Düngemitteln — variieren und sehen, wie sich eine entsprechende Ertragskurve herausstellt.

Arbeits- tage	Gesamte Roggenernte in kg	Roggen in kg pro Arbeitstag (Durchschnittsertrag)	Ertragszuwachs in kg Roggen auf Grund des zuletzt zugesetzten Arbeitstages (Grenzertrag)
13	220	16,92	—
14	244	17,43	24
15	270	18,—	26
16	294	18,38	24
17	317	18,65	23
18	339	18,83	22
19	360	18,95	21
20	380	19,—	20
21	396	18,86	16

Die wissenschaftliche Beobachtung der Fakten bestätigt die Alltagserfahrung, daß die Regel universal gilt und nicht etwa allein für die landwirtschaftliche Produktion. Für die Gewinnung von Kohle aus einem Kohlenbergwerk oder von Uhren in einer Uhrenfabrik lassen sich ähnliche Ertragsverläufe feststellen. Wenn eine Uhrenfabrik im Rahmen des vorhandenen Apparates an Gebäuden und Maschinen und bei vorhandener Betriebsorganisation Kapital investiert zum Kauf von Rohstoffen und zur Einstellung von Arbeitern, so gibt es zunächst einen zunehmenden, dann einen abnehmenden Ertrag.

An dieser Stelle aber könnten Bedenken einsetzen. Wie, wenn die Leitung der Uhrenfabrik — die Investition weiter vergrößernd — den ganzen Betrieb ausdehnt und — unter Anwendung verbesserter Technik — neue Maschinen kauft und neue Gebäude errichtet? Gilt da nicht ein Gesetz vom zunehmenden Ertrag? Hieran dachte man offenbar, wenn man vom zunehmenden Ertrag gewerblicher Produktion sprach und sie der landwirtschaftlichen Produktion gegenüberstellte. Ein doppeltes Versehen liegt vor: Einmal macht sich bei kontinuierlicher Vergrößerung des Betriebes wiederum das Ertragsgesetz geltend. Es gibt bekanntlich optimale Betriebsgrößen, und das heißt nichts anderes, als daß bei weiterer Vergrößerung der Ertrag sinkt. Und zweitens ist auf jeder einzelnen Größenstufe die Regel wirksam. Ist die Uhrenfabrik vergrößert und modernisiert, so führt die kontinuierliche Neueinstellung von Arbeitern wiederum erst zu zunehmenden und dann zu abnehmenden Erträgen. Genau das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Wenn das Feld, dessen Ertragsverlauf die Tabelle darstellt, melioriert und neues Kapital dort investiert wird, so nimmt der Ertrag auch dort zu. Aber auch dort gilt, daß immer neue Kapitalkaufwendungen zu abnehmendem Ertragszuwachs führen und daß zweitens nach Erreichung einer bestimmten neuen Stufe, z. B. nach erfolgreicher Legung von Entwässerungsröhren, sich auf dieser neuen Stufe die Erfahrungsregel bei Aufwendung von Arbeit, Saatgut, Düngemitteln usw. wiederum durchsetzt.

Auch der Leiter einer zentralgeleiteten Wirtschaft rechnet also stets und in allen Produktionszweigen mit der Wirksamkeit der zweiten Regel.

Fortwährend müssen — so wissen wir — Entscheidungen über den zeitlichen Aufbau der Produktion gefällt werden. Bei diesen Entscheidungen spielt folgende weitere, dritte Erfahrungsregel mit:

Der Leiter der zentralgeleiteten Wirtschaft weiß, daß ein Einsatz sämtlicher Arbeiter und der vorhandenen sachlichen Produktionsmittel zur Herstellung von Konsumgütern für dieses Jahr die Gefahr in sich schließt, daß die Gebäude und Werkzeuge verbraucht werden, daß also produzierte Produktionsmittel in den nächsten Jahren nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen und dann die Ergiebigkeit von Arbeit und Natur stark sinkt. Er wird sich regelmäßig entschließen müssen, Arbeiter und sachliche Produktionsmittel zur Erhaltung oder Erweiterung von Produktionsmitteln — Häusern, Werkzeugen, Rohstoffen usw. — zu verwenden, die erst in Zukunft konsumreif werden, d. h. „Kapital zu investieren“. Er tut es, weil er weiß, daß gegebene Arbeitskräfte und gegebene sachliche Produktionsmittel in der Regel um so mehr Konsumgüter erzeugen, je längere Zeit zwischen ihrem Einsatz und der Konsumgüterreife verstreicht. Jedermann kennt die Regel. Jeder handelt danach — auch wenn er sie mit Worten bestreitet. Jeder weiß, daß durch Verwendung von Maschinen und Werkzeugen die Ergiebigkeit der Arbeit erhöht wird, er weiß, daß er mit dem Fahrrad rascher vorwärts kommt als zu Fuß. Aufwand von Arbeit und sachlichen Produktionsmitteln zur Herstellung von Maschinen und Werkzeugen ist aber nichts anderes als Aufwand in einer von der Konsumgüterreife zeitlich weit entfernten Stelle, ist also Verwendung heute vorhandener Faktoren zur Schaffung von Konsumgütern, die erst in weiter Zukunft verfügbar sind. Jetziger Bau eines Hochofens, aus dessen Produkt später auch Fahrräder hergestellt werden, die lange Zeit dem Verkehr dienen, heißt weite zeitliche Distanzierung des Aufwands

von Leistungen von der Konsumgutareife ihrer Erzeugnisse zwecks Steigerung der Ergiebigkeit.

Der Sachverhalt, der dieser allgemein bekannten Erfahrungsregel zugrunde liegt, bedarf ebenfalls wissenschaftlich-exakter Beschreibung. Dabei zeigt sich, daß zwischen der Verwendung aller zur Herstellung eines Konsumguts eingesetzten Arbeit und sachlichen Produktionsmittel und der Konsumgutareife dieses Gutes eine „mittlere Ausreifungszeit“ verstreicht, daß besondere, aber überwindbare Messungsschwierigkeiten der „Ausreifungszeit“ bestehen und daß in der Tat mit ihrer Verlängerung eine Steigerung der Ergiebigkeit erfolgt. Dieser Sachverhalt sollte nicht mit dem Sachverhalt der zweiten Erfahrungsregel verwechselt werden. Dort handelt es sich darum, daß z. B. bei der Roheisen-erzeugung im Hochofen und der hierzu vollzogenen Kombination von Kohle, Erz, anderen sachlichen Produktionsmitteln und Arbeitsleistungen die Vermehrung eines Faktors erst zu einer Steigerung und dann zu einer Abnahme des Ertragszuwachses führt; hier aber darum, daß durch zeitlich weit ausholende Produktionswege überhaupt — also etwa durch Bau und Betrieb eines Hochofens — die Ergiebigkeit der Arbeit und der verwandten sachlichen Produktionsmittel gegenüber ihrer unmittelbaren Zuführung zum Konsum wesentlich gesteigert wird.

Die Verlängerung der Ausreifungszeit vollzieht sich in der wirklichen Wirtschaft in doppelter Weise. — Verfolgen wir die Verwendung einer Kartoffelernte: Ein Drittel wird zu Speisezwecken verwandt, ein Drittel an Schweine verfüttert, ein Siebentel als Saatgut abgesondert und der Rest zur Fütterung von Rindern und zur Herstellung von Stärke, Spiritus und anderen Erzeugnissen benutzt. Sieht man diese Verwendungsrichtungen unter zeitlichem Aspekt, wie es notwendig ist, so bemerkt man, daß im allgemeinen die Verwendung als Speisekartoffeln am raschesten zum Konsum führt. Bei Verfütterung an Schweine vollzieht sich eine „Rückversetzung“, d. h. die Kartoffel wird aus der Nähe der Konsumgutareife, in der sie sich befindet, herausgenommen und in einem anderen Produktionsprozeß, nämlich in

der Schweineproduktion, so zur Verwendung gebracht, daß sie zeitlich wieder weiter von der Konsumgureife entfernt ist. Ebenso werden die Kartoffeln zurückversetzt, die als Saatgut für den nächstjährigen Produktionsprozeß verwandt oder industriell verarbeitet oder an Rindvieh verfüttert werden, wobei jedoch in jedem einzelnen Akt der Rückversetzung eine verschiedene Distanzierung von der Konsumgureife regelmäßig erfolgt. — Neben und zusammen mit der Rückversetzung vollzieht sich die „Produktionswegverlängerung“; — es ist die zweite Methode, um die Ausreifungszeit zu dehnen. Indem nämlich Kartoffeln, z. B. zur Schweinemast zurückversetzt werden, werden auch die Arbeitsleistungen des Landwirts, die ebenfalls zur Befriedigung gegenwärtiger Bedürfnisse verwandt werden könnten, in einen länger dauernden Produktionsweg hineingelenkt. Ebenso wird die Arbeit des Mannes, der am Bau eines Hochofens beschäftigt ist, in einen langdauernden Produktionsweg zusammen mit der Rückversetzung von Eisen und anderem Material gelenkt. — Würden wir ein Stück Leder oder irgendein anderes sachliches Produktionsmittel verfolgen, so würden wir zu einem entsprechenden Ergebnis gelangen. Das Leder kann, zu Schuhen verarbeitet, bald zur Konsumgureife gelangen. Oder es kann zurückversetzt als Ledertreibriemen — in Kombination mit Arbeitsleistungen, deren Produktionsweg verlängert ist — benutzt werden. — Warum aber dehnt der Mensch so die Ausreifungszeiten nach doppelter Methode? Warum „investiert“ er? Warum verzichtet er insoweit auf baldigen Konsum und verschiebt ihn in die Zukunft? Weil er damit die Ergiebigkeit der vorhandenen Arbeit und sachlichen Produktionsmittel erhöht⁴³.

*

Die Plandaten und die Erfahrungsregeln — wie sie der Leiter der zentralgeleiteten Wirtschaft kennt — bilden die Grundlage, auf der sich die Wirtschaftspläne der Zentraleitung aufbauen. Es handelt sich dabei um ein ganzes System von Plänen: Deshalb nämlich, weil ein Gesamtplan für ein Jahr oder mehrere Jahre das Fundament aller

Weisungen und Handlungen bildet und weil in diesen Gesamtplan, ihn ausführend und abändernd, sich Pläne für den nächsten Monat und für den nächsten Tag einfügen. Dieser Gesamtplan ist eine vollständige Einheit. (Auch wenn der Mensch vorwiegend aus Impulsen des Augenblicks heraus handelt und keinen umfassenden Plan bewußt entwirft, muß er doch meist über gewisse Fragen langfristige wirksame Entschlüsse fassen. So etwa der Bauer über die Früchte, die er anbaut und wie er sie anbaut. Durch solche Entscheidungen ist der weiteren wirtschaftlichen Tätigkeit des Jahres eine gewisse Richtung gegeben.)

In dem Gesamtplan und in den untergeordneten kurzfristigeren Plänen vollzieht die zentrale Leitung diejenigen Kombinationen sachlicher Produktionsmittel mit Arbeitsleistungen, welche ihr am günstigsten erscheinen. Indem die Leitung Wirtschaftspläne entwirft, muß sie die Bedeutung, welche die einzelnen Güter — die Arbeitsleistungen, Naturleistungen, produzierten Produktionsmittel und Konsumgüter — in den verschiedenen Verwendungen haben, schätzen. Sie muß Bewertungen vornehmen, auf die sich der ganze Plan stützt. Die zentralgeleitete Wirtschaft ist eine Welt von Werten. Wie die Zentralleitung den Plan nunmehr gestaltet, welche Funktion dabei die Grenzidee der wirtschaftlichen Praxis hat, wie die Kosten als „zweitbeste Kombination“ die Entschlüsse beeinflussen und wie alles in allem jeder Plan aufgebaut wird, wie also der alltägliche Wirtschaftsprozeß nach seinen fünf Seiten hin bestimmt ist, soll die ökonomische Theorie im einzelnen zeigen und hat sie nach verschiedenen Seiten hin bereits gezeigt.

B. Der faktische Hergang - Das Risiko

Sobald die Pläne der Leitung in die Tat umgesetzt werden, zeigt sich ein höchst bedeutsames Faktum: Meist erweist sich nämlich, daß die „faktischen Daten“ nicht gleich den „Plandaten“ sind, mit denen gerechnet wurde. Eine Di-

stanz zwischen „Plandaten“ und „faktischen Daten“ macht sich geltend. Die Leitung kann sich bei Aufstellung eines Planes geirrt haben oder die Daten können sich während der Durchführung des Planes faktisch ändern. Bei allen Daten kann eine solche Distanz spürbar werden, insgesamt oder einzeln. Ein wider Erwarten kalter Winter verschiebt die Bedürfnisse oder läßt die Wintersaat erfrieren (bringt also auch ein anderes Datum Natur, als erwartet wurde), verursacht eventuell Krankheit und damit eine unvorhergesehene Verringerung der verfügbaren Arbeitskräfte. Durch Feuer kann der Vorrat an früher produzierten Gütern, von denen der Plan ausging, zerstört oder verringert werden, eine neue Bautechnik erweist sich im Gebrauch als nicht so günstig, wie erwartet war. Natürlich können die faktischen Daten auch günstiger ausfallen, als angenommen wurde: Das Wetter kann besser, der Schwund von Vorräten geringer sein, als vorausberechnet war.

Somit bewähren sich die Bewertungen des Planes und die Befehle der Leitung nur ausnahmsweise vollkommen. Es besteht regelmäßig eine größere oder geringere Unsicherheit. Die Erwartungen realisieren sich nur teilweise. Vollkommene Voraussicht fehlt meist. Fast überall macht sich dasjenige Moment geltend, das wir kurz *R i s i k o* nennen.

Auf die Tatsache, daß die Plandaten sich regelmäßig nicht voll verwirklichen, reagiert der Mensch in doppelter Weise: Häufig sieht er sich genötigt, den ursprünglichen Plan zu ändern und ihn der neuen Lage anzupassen. Erfriert die Wintersaat, so muß er zusehen, den Schaden durch neues Aussäen im Frühjahr nach Möglichkeit auszugleichen, was eine Umstellung der Pläne und der Tätigkeiten in diesen Monaten erzwingt. Fällt eine Arbeitskraft unerwartet aus, so muß der gesamte Arbeitseinsatz für diesen Zeitraum anders eingeteilt werden. Die kurzfristigen, etwa die täglichen Wirtschaftspläne und Weisungen bringen fortwährend Korrekturen des ursprünglichen, in großen Linien entworfenen Planes. Gerade weil solche Korrekturen nötig sind, ist es unmöglich, etwa für ein Jahr

bis in alle Einzelheiten hinein alle wirtschaftlichen Handlungen im voraus vorzuschreiben. Der Hauptplan legt in der Regel nur die Gesamtrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit fest. Die kurzfristigen Pläne vollziehen unter Korrektur des jeweiligen Hauptplans ein „Herantasten“ an die faktischen Daten.

Zweitens aber wirkt das Risiko auch auf die Gestaltung des Hauptplanes zurück. Man sucht ihn so anzulegen, daß die Distanz zwischen Plandaten und faktischen Daten möglichst gering wird. Unsere Skizze von den Grundlagen des Planes bedarf also einer Ergänzung: Das Risiko wird in ihm regelmäßig auch beachtet — nicht nur die sechs Daten und die drei Erfahrungsregeln. — Wird das Risiko hoch veranschlagt, dann verzichtet man oft auf längerfristige Pläne. Ist etwa die Kriegsgefahr bedeutend, so wird auf Investitionen, die sich erst nach mehreren Jahren in einer Steigerung der Konsumgüterversorgung äußern, verzichtet. In diesem Falle weicht man dem Risiko aus. — Oder aber der Mensch versucht, das Risiko zu verringern. Solange er im Banne magischen Denkens steht, sucht er durch Beschwörungen, Opfer und Gebete Verschlechterungen des Wetters, Mißwachs, Krankheit abzuhalten. In unserer Sprache gesprochen wird hierdurch der Versuch unternommen, eine allzu große Abweichung der faktischen Daten von den Plandaten zu verhindern, wobei die Vorbereitung und die Vornahme solcher Opfer und Beschwörungen in den Plänen selbst mit berücksichtigt werden muß, indem besondere Personen damit beschäftigt werden. — In Zeiten nichtmagischen Denkens aber treten andere Mittel der Risikoverringering in den Vordergrund: Im Plan wird z. B. die Produktion verschiedenartiger Güter vorgesehen mit dem besonderen Zweck der Risikoverminderung. Ein unvorhergesehener Kälteeinbruch z. B. trifft in der Regel die verschiedenen Feldfrüchte nicht gleichmäßig; deshalb wird die Zahl der Arten von Feldfrüchten, die angebaut werden, erhöht. Zugleich können besondere Bauten und Einrichtungen die Gefahr von Feuer oder Überschwemmung oder Krankheit verringern. —

Schließlich sieht sich der Mensch auch häufig mit Rücksicht auf das Risiko veranlaßt, bei einmal durchgeführten, bewährten Wirtschaftsplänen zu bleiben. Bei ihnen kennt er die faktischen Daten besser. Sobald er neue Verfahren verwendet, muß er mit einer größeren Distanz von Plandaten und faktischen Daten rechnen. Das Festhalten an älteren Verfahren ist daher oft nicht „irrational“, sondern ergibt sich aus einer wohlerrwogenen Berücksichtigung des Risikomoments.

Die Distanz zwischen Plandaten und faktischen Daten war vor Jahrtausenden und Jahrhunderten und ist heute überall und für alle Wirtschaftsführung wesentlich. Was aber in aller konkreten Wirtschaft Pläne und Handlungen der Menschen entscheidend mitbestimmt, darf von der Wissenschaft nicht ignoriert werden. Sonst ist ihr Gedankenapparat an dieser Stelle nicht brauchbar. Während aber die meisten älteren Nationalökonomien in ihren Analysen mangelnde Voraussicht, Unsicherheit und Risiko wenig berücksichtigten, ist in unserer Zeit darin ein Wandel eingetreten. Es ist Vieles und Wichtiges über „Erwartungen“, „Antizipationen“, „Berechnung der Ertragsquote ex ante und ex post“ und über das Risiko gesagt worden.

Nunmehr aber ist es nötig, diesem Tatsachenkomplex in der ökonomischen Theorie denjenigen Platz zuzuweisen, den er auch im faktischen ökonomischen Gesamtgeschehen hat. Ebenso wie die Nationalökonomien alle Daten und Erfahrungsregeln genau erkennen, in ihrem Charakter bestimmen und sie insgesamt im ökonomischen System derartig einordnen müssen, daß sie alle in der Theorie genau diejenige Stelle einnehmen, die sie in der Wirklichkeit haben, so muß auch das Risiko theoretisch behandelt werden. Risiko ist nicht — wie behauptet worden ist — ein „Produktionsfaktor“. Es ist auch kein Datum und keine Erfahrungsregel. Es besteht vielmehr in der Distanz von Plandaten und faktischen Daten und nimmt somit eine besondere, zentrale Stellung im Wirtschaftsprozess ein. Sobald die Nationalökonomie erkennt, daß der Tatsachenbefund eine Scheidung von Plan-

daten und faktischen Daten nötig macht, gelingt es ihr auch, dem Risiko den richtigen Platz in der ökonomischen Theorie zuzuweisen. Die Richtigkeit dieser systematischen Bestimmung des Risikos, die mutatis mutandis auch für die Verkehrswirtschaft gilt, läßt sich übrigens leicht in der alltäglichen Wirtschaft nachprüfen⁴⁴.

II. Ausblick auf die Analyse des verkehrswirtschaftlichen Wirtschaftssystems

In der Verkehrswirtschaft sind für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses die Pläne mehrerer oder vieler Wirtschaftsgebilde, Betriebe und Haushalte — nicht die Pläne einer Stelle entscheidend. Davon sprachen wir. Millionen von selbständigen Betrieben und Haushalten arbeiten in einem größeren Volke nebeneinander, sind aber arbeitsteilig miteinander verbunden, und jede Einzelwirtschaft vollzieht nur ein kleines Teilstück des Gesamtprozesses. Somit entsteht — auch davon sprachen wir schon — eine weitere große praktische Aufgabe: Die Koordination der Einzelpläne muß erfolgen, damit die Handlungen der Einzelwirtschaften ineinandergreifen und dadurch der Gesamtprozeß sinnvoll gelenkt wird. Während in der total zentralgeleiteten Wirtschaft nur das Problem der Knappheit bewältigt werden muß, ist in der Verkehrswirtschaft zugleich auch das Problem der Koordination der Einzelpläne und damit der Handlungen zu lösen.

Diese Koordination der Einzelpläne erfolgt in der Geldwirtschaft durch das Preissystem. Aufgabe der Theorie ist es also, zu zeigen, wie in der Preisbildung die Gesamtlenkung der Verkehrswirtschaft nach den fünf Seiten hin in Koordination der Einzelpläne erfolgt⁴⁵.

1. Es liegt nahe, den Preiskosmos nur als Ganzes zu untersuchen. Man sieht dann allein den Gesamtzusammenhang vor Augen und verzichtet darauf, die einzelnen Betriebe oder Haushalte zum Ausgangspunkt zu nehmen. In dieser Weise gingen die meisten Klassiker vor. So etwa Ricardo

oder Say oder John St. Mill, aber auch viele neuere wie z. B. Clark oder Cassel in ihren Formulierungen der modernen Theorie. Dieses Vorgehen ist nicht ganz unbedenklich. Der Versuch, den Makrokosmos des Preissystems unmittelbar als Ganzes darzustellen, stützt sich zu wenig auf die Tatsachen der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Man erkennt nicht genug, daß sich alle verkehrswirtschaftlichen Vorgänge in Betrieben und Haushalten abspielen. Die Verbindung zwischen diesen Gedankensystemen und dem wirtschaftlichen Alltag ist schwer herstellbar. Jemand, der etwa Cassels Darstellung der modernen Theorie kennt und der einen Fabrikbetrieb leitet, kann nur schwer die Verbindung zwischen seinen theoretischen Kenntnissen und seinem alltäglichen Tun herstellen. Er findet in der theoretischen Darstellung nichts von innerbetrieblichen Hergängen. Aber er sollte gerade in einem theoretischen System erkennen, wie die einzelbetrieblichen Hergänge ineinandergreifen, und die wissenschaftliche Erkenntnis sollte ihn lehren, seine betriebliche Tätigkeit im Rahmen des wirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs zu sehen. Im übrigen läuft die Nationalökonomie bei solcher Behandlung verkehrswirtschaftlicher Probleme stets Gefahr, in ihren Analysen selbst die konkrete Wirklichkeit aus dem Auge zu verlieren und zu spekulativen, wirklichkeitsfernen Lehren zu kommen. Die wirtschaftliche Wirklichkeit verlangt geradezu, daß die Analyse mit der Untersuchung der Einzelwirtschaft beginnt, so wie es schon Thünen mit großem Erfolg tat.

Wenn also in neuerer Zeit in der ganzen nationalökonomischen Forschung eine Bewegung dahin entstanden ist, die Einzelwirtschaften theoretisch zu untersuchen, so ist diese Bewegung als ein berechtigter Rückschlag gegen rein makro-ökonomische Systembildungen anzusehen. Wir werden z. B. die Lohntheorie erst dann auf feste Füße stellen und sie brauchbar für die Erklärung der Wirklichkeit machen, wenn wir von der Analyse der Haushalte und Betriebe ausgehen und so die Besonderheiten von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt er-

fassen. Aber diese Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft ist heute im Begriff, einseitig zu werden und dadurch zu entarten. Gerade die mathematisch-theoretische Richtung liebt es, sich auf die eingehende Untersuchung einzelner Betriebs-Modelle oder einzelner Markt-Modelle zu beschränken. Man konstruiert etwa Kostenkurven, welche den Kostenverlauf in einzelnen Betrieben wiedergeben sollen, aber man interessiert sich nicht mehr für die Hauptfrage: Welche Funktion hat die Kostenerscheinung, wie sie in den einzelnen Betrieben auftritt, für die Lenkung des gesamten verkehrswirtschaftlichen Prozesses? Die zentrale Aufgabe der Theorie, die Beziehungen aller Einzelwirtschaften verständlich zu machen, wird dadurch beiseite geschoben. Aus dieser Wendung erklärt sich auch die völlige Verständnislosigkeit, mit der man heute in manchen Kreisen von Theoretikern den Werken der großen Systematiker der Vergangenheit gegenübersteht. Man erkennt, daß der Gesamtzusammenhang der wirtschaftlichen Wirklichkeit von der Wissenschaft nur in einem System erkannt werden kann. Analyse von Betrieben oder Haushalten oder einzelner Größenbeziehungen ist allein für sich überhaupt noch keine theoretische Nationalökonomie. Den Sinn der einzelwirtschaftlichen Hergänge erschließt erst die Erkenntnis des Gesamtzusammenhangs. — Einige Beispiele: Für den einzelnen Unternehmer ist die Existenz des Zinses kein Problem: er weiß nur, daß er ihn zahlen muß. Er weiß auch, wann der Zins steigt oder fällt, aber die Ursachen kann er von seinem Betrieb aus nicht übersehen. Er mechanisiert bei sinkendem Zins seinen Betrieb stärker, und er braucht nicht zu erwägen, welche Umstellungen er dadurch an anderen Stellen auslöst und wie er damit die Produktionsprozesse beeinflusst. — Das Kapital spielt in seiner Bilanz eine entscheidende Rolle, aber ihn interessiert es nicht, warum alle Unternehmungen so bilanzieren und hierdurch eine ganz bestimmte Ausrichtung der gesamten volkswirtschaftlichen Produktion erfolgt, welchen Sinn also die Bilanzierung des Einzelunternehmens hat. Daß der Unternehmer die Dinge derartig sieht und danach han-



delt, ist begreiflich und richtig. Nicht richtig ist es aber, wenn die Wissenschaft diesen Horizont der Einzelunternehmer sich zu eigen macht. Ihre Aufgabe ist es ja gerade, die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge aufzudecken. Warum gibt es einen Zins? Welche Funktion hat das Kapital? Welchen Sinn hat die Kapitalrechnung? Schiebt die Nationalökonomie diese Aufgabe beiseite und beschränkt sie sich auf die exakte Darstellung innerbetrieblicher Hergänge oder der Beziehung einzelner Gruppen von Einzelwirtschaften, so bleibt sie in einer punktuellen Betrachtung stecken und verliert ihren eigentlichen Lebenszweck.

Wieder stoßen wir hier auf einen Punkt, an dem die nationalökonomische Theorie sich nicht selten durch Einseitigkeit der Wirklichkeit entfremdet hat. Bildet sie Systeme, ohne von exakten einzelwirtschaftlichen Analysen und Analysen einzelner Märkte auszugehen, so verliert sie leicht den Boden unter den Füßen. Führt sie Analysen einzelner Betriebe oder Haushalte oder Märkte durch, ohne den Gesamtzusammenhang der Verkehrswirtschaft in einem gedanklichen System zu erfassen, so entgleitet ihr ebenfalls die Realität, die eben kein Nebeneinander von Betrieben oder Haushalten oder Märkten ist. Nur das Ineinandergreifen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Analyse läßt die Zusammenhänge, die wir suchen, erkennen.

2. Wie kann diese Aufgabe gelöst werden? Die einzelwirtschaftliche Analyse ergibt — wie sich zeigte — zunächst, daß die Handlungen auch in den einzelnen Betrieben und Haushalten auf Plänen beruhen. Sie ergibt weiter, daß die Plandaten, mit denen die Leiter der Einzelwirtschaft rechnen, nur teilweise mit den Plandaten übereinstimmen, von denen der Planaufbau in der zentralgeleiteten Wirtschaft abhängt. Der Plan der zentralgeleiteten Wirtschaft ist umlagert von den gesamtwirtschaftlichen Daten. Die Pläne der verkehrswirtschaftlichen Betriebe und Haushalte, in denen je nur ein

Stückchen des Gesamtprozesses abläuft, sind „unvollständig“ (S. 141f.) und stoßen nur an einzelnen Stellen an gesamtwirtschaftliche Daten.

Nehmen wir als Beispiel einen landwirtschaftlichen Betrieb mit 100 ha Boden, der Weizen, Schweine, Milch, Heu, Flachs und einige andere landwirtschaftliche Produkte herstellt und verkauft. (Die Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft, die sich in ihm oft finden, scheiden hier natürlich aus, da wir den Idealtypus der Verkehrswirtschaft untersuchen.) Wovon sind die Wirtschaftspläne und damit Produktionsrichtung, Einsatz der Arbeitskräfte und der vorhandenen sachlichen Produktionsmittel, Investitionsgröße, angewandte Technik und Standortwahl für die verschiedenen Fruchtarten und die Gebäude bestimmt? — Von der Qualität der Böden und dem Klima, von Art und Leistungsfähigkeit der erreichbaren Arbeitskräfte, von dem besonderen Können des Betriebsleiters, von der Menge und Art der vorhandenen Gebäude und Maschinen, von den einschlägigen Regeln der rechtlichen und sozialen Organisation. Diese Fakten können wir darstellerisch auch so bezeichnen: Die Daten Natur, Arbeit, technisches Wissen, Gütervorräte und rechtliche und soziale Organisation sind bestimmend für die Entschlüsse der Betriebsleitung (wobei sie die Daten bei Aufstellung der Wirtschaftspläne so einsetzt, wie sie ihr erscheinen). Hier stößt der Betrieb unmittelbar an die gesamtwirtschaftlichen Daten an. Im übrigen aber ist er (im Falle vollständiger Konkurrenz) von Preisen umgeben: Als Käufer von Arbeitsleistungen, Saatgut, Düngemitteln, Brennstoff und vielen anderen Materialien, als Verkäufer von Erzeugnissen und schließlich auch als Kreditnehmer, der Zins zahlen muß. In diesen letzteren einzelwirtschaftlichen Daten kommt zum Ausdruck, daß die Pläne des Betriebs keine „vollständigen“ Pläne sind, der Betrieb also nicht unmittelbar an die gesamtwirtschaftlichen Daten anstößt. Ebenso in dem Kassenbestand, den die Betriebsleitung hält. Die Preise können wir auch als eine „Projektion der äußersten Grenzen der Verkehrswirt-

schaft an die Grenzen der Einzelwirtschaft" auffassen, an den Stellen, wo sie die gesamtwirtschaftlichen Daten „nicht unmittelbar berührt, und zwar unter gebührender Berücksichtigung aller anderen Einzelwirtschaften" (K. F. Maier). Diese Betrachtungsweise, die Teilung der Gesamtheit einzelwirtschaftlicher Daten in zwei Gruppen also, ist dem Praktiker wohl vertraut: Auch er unterscheidet die Gegebenheiten, welche mit den Eigenschaften seines Betriebes, seiner selbst und seiner Arbeiter zusammenhängen, von denjenigen Gegebenheiten, die sich aus der Marktverknüpfung seines Betriebes ergeben. Gleichzeitig rechnet er mit den Erfahrungsregeln, soweit sie sich auf die Produktion beziehen, also mit der zweiten und dritten Regel: Er kennt das „Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs", wenn auch nur roh. Denn er kommt nicht auf den Gedanken, etwa auf einem kleinen Teil des Bodens alle Früchte bauen zu wollen und das übrige Land brach liegen zu lassen. Und er kennt auch die Erfahrungsregel, daß der Einsatz der verfügbaren Arbeitskräfte für den Bau eines Weges oder einer Drainage statt beim Hacken die diesjährige Ernte zwar vermindert, zukünftige Ernten aber erhöht. Aus allem zusammen, den einzelwirtschaftlichen Daten und den beiden Erfahrungsregeln, ergeben sich die Wirtschaftspläne des Leiters, der dabei dem Substitutionsprinzip folgt, worüber Jevons, Marshall u. a. orientieren. Noch sind aber nicht alle Elemente bezeichnet, welche die Pläne und Handlungen dieses Betriebsleiters bestimmen: Erwartung und Wirklichkeit decken sich oft nicht. Auch hier besteht die Distanz von Plandaten und faktischen Daten. Allerdings macht sie sich in etwas anderer Weise geltend als in der zentralgeleiteten Wirtschaft — entsprechend der Verschiedenheit der Daten. Unsicherheit und Risiko entstehen nicht nur durch Wetterschwankungen, Brand und dgl., sondern auch durch Preisverschiebungen. Der Betriebsleiter rechnet z. B. in der Schweinezucht mit bestimmten Preisen für Futtermittel, für Ferkel und für Mastschweine. Teilweise verwirklichen sie sich nicht oder nicht genau. So entsteht das Preisrisiko, in dem zum Aus-

druck kommt, daß die Leitung des Betriebes in ihren Plänen die faktische Entwicklung der übrigen Einzelwirtschaften, mit denen sie unmittelbar oder mittelbar in Verkehr steht, im voraus nicht genau abschätzen kann. Daß so ein doppeltgeartetes Risiko besteht, weiß der Betriebsleiter. Und das Risikoelement ist es, das er in seinen Plänen und Handlungen schließlich auch noch berücksichtigt: durch Vielfältigkeit des Anbaus, Versicherungen, Schaffung von Schutzbauten, Halten von Vorräten an Waren und Geld und Unterlassung weitreichender Pläne und großer Investitionen. Hier kommt auch das politische Vertrauen zur Geltung, das für die Wirtschaftsführung, den ökonomischen Alltag und für seine Veränderungen — d. h. die Konjunkturbewegungen — so wichtig ist. Vertrauen in die politische Ordnung hat zur Folge, daß die Betriebsleitungen mit der Dauerhaftigkeit gewisser Daten, z. B. der öffentlichen Abgaben usw. rechnen. Von hier aus also wird keine Störung weitreichender Pläne, deren Durchführung sich erst nach vielen Jahren auswirken wird, erwartet. Je weniger dauerhaft die Daten zu sein scheinen, um so weniger Pläne für die fernere Zukunft werden gemacht.

Mutatis mutandis gilt das Gesagte auch für jeden Haushalt. Er ist umgeben von Preisen: etwa der Arbeiterhaushalt von dem Einkommen auf der einen Seite, den Preisen von Konsumgütern auf der anderen. Er schwimmt sozusagen als ein Tropfen im verkehrswirtschaftlichen Meer von Preisen. Zugleich sind Pläne und Handlungen der Haushaltsleitung bestimmt von den Bedürfnissen und von den vorhandenen Vorräten an Gütern, wobei wiederum diese Vorräte unter doppeltem Aspekt gesehen werden. Der Haushalt stößt also teilweise nicht an die gesamtwirtschaftlichen Daten an — indem er Preise zahlt und erhält —, und teilweise — mit seinen Bedürfnissen usw. — sind seine einzelwirtschaftlichen Daten zugleich gesamtwirtschaftliche Daten. — Die erste Erfahrungsregel, die in dieser reinen Konsumgemeinschaft allein in Frage kommt, ist ebenfalls stets wirksam. Und so bilden sich alle Pläne des Haus-

halts gestützt auf die Daten doppelter Art, auf eine Erfahrungsregel und auf die Berücksichtigung des Risikomoments.

Mit der Analyse von Betrieb und Haushalt ist die erste Strecke der theoretischen Untersuchung durchmessen.

Soweit die Einzelwirtschaft an gesamtwirtschaftliche Daten anstößt, findet sie hier ihre Grenze. Im übrigen aber muß sie die einzelwirtschaftlichen Daten, die nicht auch gesamtwirtschaftliche Daten sind, eben bis auf die gesamtwirtschaftlichen Daten zurückverfolgen und damit die einzelwirtschaftlichen Hergänge als Ausschnitte eines gesamtwirtschaftlichen Hergangs verständlich machen.

Die Untersuchung der Einzelwirtschaft zeigt selbst, in welcher Richtung die Forschung vordringen muß, um diesem Ziel näherzukommen. Hier gibt es keine Willkür. Die Tatsache, daß Betrieb und Haushalt von Preisen umlagert sind und daß sie regelmäßig einen Kassenbestand besitzen, den sie zur Bezahlung von Preisen brauchen, zwingt die Wissenschaft, nach zwei Seiten hin weiterzuarbeiten. Sie muß die Verknüpfung mit den Märkten und mit den Geldsystemen erforschen.

Somit ergibt sich zunächst die Notwendigkeit, zu untersuchen, wie sich z. B. der genannte landwirtschaftliche Betrieb verhält, wenn er etwa in vollständiger Konkurrenz Roggen und Schweine anbietet, wie er auf Preisänderungen reagiert und sein Angebot gestaltet. Ebenso wie er plant und handelt, wenn er in Angebots-Oligopol verkauft oder in irgendeiner anderen Marktform. Dabei ist ebenfalls das Zeitmoment zu berücksichtigen: Für kurze Frist erfolgt das Angebot jedes Betriebs auf einem Markt, etwa auf dem Weizenmarkt aus einem „gegebenen Vorrat“: z. B. aus dem Vorrat, der bis zur nächsten Weizenernte zur Verfügung steht. Für etwas längere Frist, etwa für das nächste Jahr, strömt das Angebot aus laufender Produktion, und zwar bei „gegebenem Produktionsapparat“ des vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebs. In noch längeren Fristen kann auch der Produktionsapparat wesentlich verändert — ausgebaut oder verkleinert — werden. Diese zeitliche

Skala spielt in den meisten Produktionszweigen eine bedeutende Rolle. Der gewerbliche Monopolist, der ein Pharmazeutikum anbietet, tut dies für ganz kurze Frist aus gegebenem Vorrat, bei etwas längerer Frist, indem er auf Grund des gegebenen Produktionsapparats seines Betriebs den Cournotschen Punkt sucht, bei noch längerer Frist, indem er von allen möglichen Produktionsapparaten sich denjenigen auswählt und baut, welcher für ihn der günstigste ist. Die theoretische Analyse des Angebotsmonopols z. B. darf nicht nur den Fall untersuchen, in dem eine bestimmte Kostenkurve bei „gegebenem Produktionsapparat“ vorliegt, sondern ebenso den Fall des „gegebenen Vorrats“ und des „veränderlichen Produktionsapparats“. Alle drei zeitliche Aspekte greifen ineinander. — Die wichtigen Fragen der „Reaktionsdauer“ zwischen Datenänderungen und Preisverschiebungen und ihren Auswirkungen sowie des sog. „Lag“ müssen unter Zugrundelegung dieser dreistufigen zeitlichen Skala untersucht werden.

Aus dem Handeln der einzelnen Betriebe und Haushalte in den verschiedenen Marktformen ergibt sich das Zustandekommen von Gesamtnachfrage und Gesamtangebot auf den einzelnen, räumlich und zeitlich begrenzten Märkten: Zum Beispiel auf dem Weizenmarkt eines Landes für kurze Fristen, wobei das Angebot an Weizen aus „gegebenem Vorrat“ erfolgt, für mittlere Fristen, bei denen aus „gegebenem Produktionsapparat“ angeboten wird, und für lange Fristen, d. h. bei „veränderlichem Produktionsapparat“.

Nun aber zeigt die Analyse des Einzelbetriebs und des Einzelhaushalts die Interdependenz aller Märkte. Die dritte Stufe der Analyse hat also das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage auf den einzelnen Märkten bis zu den gesamtwirtschaftlichen Daten der ganzen Verkehrswirtschaft zurückzuführen. Erst dann und nach Einfügung der geldtheoretischen Erkenntnisse, die ebenfalls aus Analyse der Betriebe und Haushalte zu gewinnen sind, ist der Gesamtzusammenhang des verkehrswirtschaftlichen Geschehens

sichtbar gemacht. Bei näherer Darstellung würden wir finden, daß diese gesamtwirtschaftlichen Daten der Verkehrswirtschaft den gesamtwirtschaftlichen Daten der zentralgeleiteten Wirtschaft entsprechen. Auch hier sind es sechs: Bedürfnisse, Natur, leitende und ausführende Arbeit, Vorräte an fertigen und heranreifenden Konsumgütern, technisches Wissen sowie schließlich die soziale und rechtliche Organisation der Verkehrswirtschaft, die — zusammen mit den Erfahrungsregeln — das große interdependente Ganze einer Verkehrswirtschaft bestimmen. Von ihnen hängt die Lösung aller Fragen der Produktionslenkung, der Verteilung, der Investition, der anzuwendenden Technik und der Standortwahl ab. Wie sie ineinandergreifen, hat die ökonomische Theorie hier ebenso zu zeigen wie für die zentralgeleitete Wirtschaft. — Freilich greifen sie ganz anders ineinander als in der Zentralverwaltungswirtschaft, wo der zu befriedigende Bedarf von der Zentralleitung gesetzt wird, wo die Konsumenten entmachtet sind und es von den Plänen der Zentralverwaltung abhängt, wie die Daten wirksam werden.

Alles, was wir von den Daten der zentralgeleiteten Wirtschaft sagten, z. B. über das Wesen und die Arten der Bedürfnisse, über den Unterschied von Natur und Naturleistungen und von Arbeit und Arbeitsleistungen, über den jeweiligen Vorrat an Gütern als wirtschaftliches Datum und als wirtschaftliche Aufgabe, gilt auch für die verkehrswirtschaftlichen Daten. Nur wenige wichtige Zusätze sind erforderlich: Den Unterschied zwischen einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Daten kennt natürlich nur die Verkehrswirtschaft, nicht die total zentralgeleitete Wirtschaft. Zweitens: In der Verkehrswirtschaft sieht niemand den ganzen Kranz der gesamtwirtschaftlichen Daten als Plandaten an, weil ja eine Gesamtplanung fehlt; somit auch ein Gesamtrisiko. Es gibt also in der Verkehrswirtschaft einzelwirtschaftliche „Plandaten“ und einzelwirtschaftliche „faktische Daten“; aber nur gesamtwirtschaftliche „faktische Daten“, nicht ge-

samtwirtschaftliche „Plandaten“. Drittens endlich: Die soziale und rechtliche Organisation schließt im idealtypischen Wirtschaftssystem der Verkehrswirtschaft, in dem Geld gebraucht wird, das Geldsystem und die tatsächlich geübte Geldpolitik mit ein, sowie die vorkommenden Marktformen, die es ja in der zentralgeleiteten Wirtschaft nicht geben kann.

*

Nehmen wir an, in der zentralgeleiteten Wirtschaft oder in der Verkehrswirtschaft würden alle sechs gesamtwirtschaftliche Daten längere Zeit unverändert bleiben. Das heißt: Keine Veränderung der Bedürfnisse, kein Klimawechsel, keine Verschiebung in Zahl und Qualität der leitenden und ausführenden Arbeit, keine Veränderung in der Größe und Zusammensetzung der Gütervorräte, im technischen Wissen und in der sozialen und rechtlichen Organisation. Was würde in dieser Wirtschaft geschehen? Die Antwort kann nur lauten: Immer wieder dasselbe. Jahr für Jahr würde der Wirtschaftsprozeß das gleiche Bild bieten. Auch die Werte und Preise würden völlig unverändert bleiben. Und noch ein zweites Kennzeichen würde diese Wirtschaft haben: Der Abstand zwischen Plandaten und faktischen Daten würde allmählich verschwinden. Denn als Plandaten würde der Leiter der zentralgeleiteten Wirtschaft und würden die Leiter der verkehrswirtschaftlichen Betriebe und Haushalte die faktischen Daten der vorigen Jahre in ihre Pläne einsetzen, und diese Plandaten würden sich immer wieder bestätigen. Zwischen Erwartung und Wirklichkeit bestünde kein Unterschied. Das Risiko würde fehlen.

Wir können einen solchen Zustand kurz den „statischen“ Zustand nennen. Daß er niemals geschichtlich realisiert war, daß immerfort größere, nur selten kleinere und niemals überhaupt keine Verschiebungen in den Daten eintreten, ist klar. Faktisch geschieht nie Jahr für Jahr genau das gleiche. Aber es ist nicht unzulässig, gedanklich mit einer solchen Vorstellung zu arbeiten. Denn der statische Zustand ist möglich.

Die Idee des statischen Zustandes ist zugleich unentbehrlich, um die wirtschaftliche Realität in ihren Zusammenhängen zu erkennen. Schon weil es zum Verständnis des Wirtschaftsprozesses notwendig ist, festzustellen, auf welchen Zustand sich bei gegebener Datenkonstellation der Gesamtablauf der Wirtschaft zubewegt, ist diese Idee ein ungemein wichtiges Erkenntnismittel. Zugleich ist sie die Grundlage für die Analyse von Verschiebungen des wirtschaftlichen Alltags: Weil durch Variation jeweils eines Datums das Phänomen der wirtschaftlichen Entwicklung verständlich gemacht wird, dient diese Idee des statischen Zustands im besonderen Maße dazu, Entwicklungsphänomene zu erkennen. Davon und von der „Variationsmethode“ überhaupt ist später die Rede.

Aber die Idee des statischen Zustands ist auch gefährlich. Sie wird leicht unrichtig verwandt. Und zwar sind es zwei Mißgriffe, die sich beide als höchst schädlich erwiesen haben.

Oft beschränkt man sich darauf, einen als gegeben angenommenen statischen Zustand zu beschreiben. Dann ist die Idee des statischen Zustands ein Mittel, um ökonomische Probleme, welche die Wirklichkeit bietet, zum Verschwinden zu bringen. Stellt man sich etwa eine total zentralgeleitete Wirtschaft vor, bei der alle sechs Daten unverändert bleiben, so hat der Leiter in ihr fast nichts zu tun. Er wiederholt Jahr für Jahr Pläne und Weisungen, und die Glieder seines Gemeinwesens wiederholen ebenso im gleichmäßigen Rhythmus ihre Tätigkeit. Vor neu zu lösende praktische Probleme wird die Leitung nicht gestellt. Sie kann sich anderen, nichtwirtschaftlichen Aufgaben widmen. Die Lösung wirtschaftlicher Fragen besteht in dauernder Wiederholung des Gleichen. Ebenso steht es in der Verkehrswirtschaft jeder Form. Bleiben alle gesamtwirtschaftlichen Daten gleich, so haben Betriebsleiter und Haushaltsleiter nichts anderes zu tun, als ihre Weisungen zu wiederholen, und ebenso wiederholen sich in dieser eintönigen Welt alle Handlungen. — Der Theoretiker, der einen solchen statischen Zustand beschreibt, sieht in Gedanken z. B. eine Ver-

kehrswirtschaft vor sich, in welcher der Apparat an produzierten Produktionsmitteln — wie Häuser, Maschinen, Rohstoffe — immer auf dem gleichen Stande gehalten, nicht vergrößert und nicht verkleinert wird. Warum diese produzierten Produktionsmittel gleichgehalten werden — diese Frage interessiert nicht. Nachdem man das Problem durch die Annahme des statischen Zustands herausgeworfen hat, findet man, — daß es nicht mehr darin ist. Diese wenig inhaltreiche Feststellung wird leider häufig dazu verwandt, um die in Wahrheit entscheidende Bedeutung der Fragen, die mit dem zeitlichen Aufbau der Produktion zusammenhängen, überhaupt zu leugnen. — Ebenso wenig gibt es in der statischen Wirtschaft das Problem, warum eine bestimmte Technik angewandt wird. Eine bestimmte Technik wird eben verwandt. Das Warum kann aus einer bloßen Schilderung des sich konstant wiederholenden Wirtschaftsvorganges nicht erklärt werden. Natürlich verschwindet auch das in Wirklichkeit zentrale Risikoproblem. — Der Zustand wirtschaftlicher Statik ist — wenn man ihn als gegeben hinnimmt — sehr uninteressant. Er wird erst interessant und wichtig, sogar überaus wichtig, wenn man fragt, wie aus den Billionen möglicher Produktionskombinationen gerade diese Kombinationen ausgewählt werden.

Und zweitens: Es gibt zwei durchaus verschiedene Arten statischer Zustände. Sie können so aussehen, daß alle sachlichen Produktionsmittel optimal ausgenützt und sämtliche Arbeiter voll und bestmöglich beschäftigt sind. Dann sprechen wir jeweils von einem statischen Zustand „allgemeinen vollkommenen Gleichgewichts“. Oder aber es bleiben dauernd Arbeitslose, unbeschäftigte Anlagen und brachliegende Vorräte, und es fehlt die bestmögliche Verwendung der Beschäftigten. Dann herrscht der statische Zustand „mangelnden allgemeinen Gleichgewichts“. Es ist ein weitverbreiteter Fehler, bei statischem Zustand — mit der Lausanner Schule — allein an das allgemeine vollkommene Gleichgewicht zu denken, das sich in Wahrheit nur unter ganz bestimmten, keineswegs unter allen Datenkonstellationen einspielt — nämlich bei vollständiger Konkurrenz auf sämtlichen

Märkten. Die Annahme, der statische Zustand sei stets ein allgemeiner Gleichgewichtszustand, kann nicht begründet werden.

Beschränkt man sich nun — unter Vereinigung beider Fehler — darauf, einen gegebenen Zustand vollkommenen allgemeinen Gleichgewichts zu beschreiben, so bietet die statische Theorie einen Gedankenapparat, der zur Lösung konkreter Wirtschaftsprobleme ungeeignet sein muß⁴⁶.

III. Der Zusammenhang der Wirtschaftssysteme

Beide Wirtschaftssysteme in sämtlichen Ausprägungen daraufhin zu untersuchen, wie in ihnen der Wirtschaftsprozess unter den fünf Aspekten abläuft, ist zwar eine übersehbare, aber außerordentlich umfassende Aufgabe. Schon deshalb liegt die Frage nahe: Müssen alle Formen zentralgeleiteter Wirtschaft und alle Marktformen und Geldsysteme für sich von Grund aus behandelt werden? Stehen alle diese Analysen nebeneinander? Oder kann die Lösung der Probleme in einem Idealtypus für die Analyse in anderen Idealtypen verwandt werden? Oder noch mehr: Genügt es vielleicht, in einem oder wenigen Idealtypen den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang zu erforschen, und sind die Ergebnisse für die übrigen Typen ohne weiteres benutzbar?

Hierauf ist dreierlei zu erwidern:

A. Die Problemlösungen, die sich für ein Wirtschaftssystem ergeben, sind oft nicht nur nützlich, sondern sogar unentbehrlich für die Lösung der Probleme im Rahmen eines anderen. Beispiele hierfür bietet die Geschichte der ökonomischen Theorie in großer Fülle. Man denke besonders an die Behandlung der Preisprobleme. Untersucht man mit Walras oder Marshall unmittelbar die Verkehrswirtschaft und unternimmt es, allein den Preismechanismus zu beschreiben, so kann man zwar sehr exakte Ergebnisse erarbeiten, aber der Sinn des verkehrswirtschaftlichen Ge-

samtzusammenhangs wird nicht voll verständlich. Man sieht noch nicht — um mit Schumpeter zu sprechen — „hinter dem Stückwerk der Preis- und Rentabilitätsmechanik den sozialen Lebensprozeß“. Ganz anders, wenn man den Umweg durch die Welt der einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft einschlägt, sie zuerst untersucht und erst dann in die Welt der Verkehrswirtschaft eintritt. Da die einfache zentralgeleitete Wirtschaft von einem Kopf geleitet ist, wird hier der Sinn aller Bewertungen und Handlungen in ihrem Zusammenhang leicht verständlich. Etwa die Bewertung und Lenkung der Produktionsmittel in ihrem Zusammenhang mit der Bedürfnisbefriedigung. Was die bloße Analyse verkehrswirtschaftlicher Produktionsmittelpreise nicht vermag, gelingt nunmehr: Zu verstehen, welchen Sinn die Preisbildung der Produktionsmittel und damit auch die Kostenerscheinung hat. Also hat die Erforschung der einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft nicht nur den Zweck, die konkreten Erscheinungen der zentralgeleiteten Wirtschaft, wie sie in der Geschichte auftreten, zu erklären, sondern sie schafft zugleich den Boden für die Erkenntnis der Verkehrswirtschaft. Dies gesehen zu haben ist eines der großen Verdienste der österreichischen Nationalökonomien. — Wer den Zusammenhang der einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft mit ihren Bewertungen verstanden hat, lernt auch verstehen, wie in der Verkehrswirtschaft durch die Preisbildung „bewertet“ wird und welchen Sinn Verschiebungen der Preisrelationen im wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang haben.

In einem Falle gewinnt das Arbeiten mit mehreren Wirtschaftssystemen bzw. Marktformen noch eine besondere Bedeutung. Nämlich dann, wenn eine Verkehrswirtschaft zu untersuchen ist, in welcher die öffentliche Gewalt die Preise ganz oder teilweise festlegt.

Wir sprachen davon, daß dieser Fall, der in der Geschichte sehr oft verwirklicht war und ist, nicht als eine besondere Marktform angesehen werden darf, sondern daß die Festsetzung der Preise in die verschiedenartigen offenen und

geschlossenen Märkte hinein erfolgt. Er nimmt also eine Sonderstellung ein. Der Preis ist hier a u c h ein gesamtwirtschaftliches Datum, kein Problem mehr. Wodurch seine Höhe bestimmt ist, kann die Nationalökonomie nicht ableiten. Das hieße in diesem — nur in d i e s e m Falle — die Datengrenze überschreiten. Politische Macht entscheidet unmittelbar. Trotzdem bleibt die theoretische Analyse dieser Situation gegenüber unentbehrlich, was oft verkannt wird. Denn es bleibt die Frage, wie groß Angebot und Nachfrage, Produktion und Versorgung beim festgesetzten Preis sind, wie überhaupt der Wirtschaftsablauf durch die Preisfestsetzung beeinflusst wird.

Nehmen wir an, die Löhne für Textilarbeiter würden von einem bestimmten Zeitpunkt ab in einem Lande behördlich festgesetzt, und zwar erhöht. Wie wirkt sich die Lohnerhöhung auf den Wirtschaftsprozeß aus? Die Beantwortung der Frage erfordert Stellung und Beantwortung der Vorfrage: In welchen Marktformen und wie erfolgte die Lohnbildung v o r h e r ? Vielleicht im Nachfragemonopol — so also, daß die miteinander konkurrierenden Arbeiter den Fabrikanten, die auf dem Arbeitsmarkt Nachfragemonopolisten waren, gegenüberstanden, der Lohn also unter das Grenzprodukt des letzten Arbeiters heruntergedrückt werden konnte. Oder hat etwa vollständiger Wettbewerb bestanden? — Nicht weniger wichtig ist die Frage, wie die Textilbetriebe auf den Märkten ihrer Erzeugnisse lagen, ob sie in Konkurrenz oder in Monopol oder wie sonst anboten. Je nachdem waren Lohnbildung, Lohnhöhe, Beschäftigungsgrad und Ausbringung verschieden, und es ist sinnlos, die behördliche Lohnfixierung und jede andere behördliche Preisfestsetzung in ihren Auswirkungen zu untersuchen, ohne vorher ein völlig klares Bild von demjenigen Wirtschaftsablauf zu haben, in den die öffentliche Gewalt mit ihrer Preisfestsetzung eingreift.

Die Untersuchung öffentlich-rechtlicher Preisfestsetzung erfordert darüber hinaus, daß die theoretische Analyse des zentralgeleiteten Wirtschaftssystems vorangegangen ist. Denn das Festhalten des Preismechanismus führt unter ge-

wissen Umständen dazu, daß eine Zentralstelle die Steuerung des Wirtschaftsprozesses unmittelbar übernimmt. Wenn etwa das Steigen von Holzpreisen durch staatliche Preisfestsetzung aufgehalten wird, wird nunmehr die Verteilung des Holzes auf die Käufer meist durch eine Zentralstelle erfolgen. Die Auslese der zu befriedigenden und der nicht zu befriedigenden Bedürfnisse, die der Preis nicht mehr besorgt, wird meist nicht dem Zufall überlassen, sondern geschieht jetzt durch Rationierung, die — wie wir wissen — eine Maßnahme des zentralgeleiteten Wirtschaftssystems ist.

B. In der Klimax der Formen zentralgeleiteter Wirtschaft und der vielen Ausprägungen der Verkehrswirtschaft besitzen zwei Modelle eine besondere Bedeutung, deren Analyse mittelbar größten Nutzen stiftet, während ihr unmittelbarer Nutzen gering ist. Ihr Hauptwert besteht darin, daß sie die erfolgreiche Analyse schwer übersehbarer Idealtypen vorbereiten. Ich meine die kleinste Ausprägung zentralgeleiteter Wirtschaft, die einfache Wirtschaft des Robinson, und die primitive Ausprägung der Verkehrswirtschaft, die Naturaltauschwirtschaft.

1. Daß die Robinson-Analyse auch nur den geringsten Wert besitze, wird bestritten. Diehl und Spann und Cassel und viele andere sind sich darüber einig, daß Robinson eine zwecklose Konstruktion sei. In aller Regel wirtschaftete der Mensch in Gemeinschaft mit anderen. Die menschliche Wirtschaft trage sozialen Charakter. Wer eine Epoche in der Geschichte suchen wolle, in welcher die Menschen isoliert nebeneinander gewirtschaftet hätten, finde nichts. Weder in der Urgeschichte noch in den Zeiten, aus welchen wir schriftliche Zeugnisse besitzen. Zwar gibt es von den alten Propheten, die in die Wüste gingen, bis zu den heutigen Fliegern, die in verlassenen Gegenden niedergehen müssen, immer wieder vereinzelte Fälle, in denen ein Mensch Tage, Wochen oder Jahre lang allein wirtschaften muß. Aber das sind Ausnahmen, die für die Geschichte der Wirtschaft fast nichts bedeuten. Daraus schließt man: „Für un-

sere Wissenschaft sind nur die in Gemeinschaft lebenden Individuen von Bedeutung." „Robinson ist, weil er allein für sich wirtschaftet, nationalökonomisch betrachtet, interesselos" (Diehl). Was nützt die Robinsonade, so fragt man, wenn etwa Probleme der heutigen Industriegesellschaft oder andere Fragen der gesellschaftlichen Wirtschaft zu lösen sind?

Die Abneigung wird durch eine weitere Überlegung verstärkt: Robinsonaden entstanden vor allem im 18. Jahrhundert, und zwar aus der Philosophie der Aufklärung heraus. Man wollte in ihnen nachweisen, daß ein natürlicher Trieb zur Religion, zur Moral und zum Recht im einzelnen Menschen lebendig sei. Legt sich die heutige nationalökonomische Forschung nicht auf einen bestimmten „individualistischen" Ausgangspunkt fest, wenn sie mit Robinsonaden arbeitet?

Solche Einwände beruhen auf Mißverständnissen. Obwohl der Mensch nur selten allein wirtschaftet, ist dieser Idealtyp gerade zur Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirtschaft überaus wertvoll. Zwei Eigenschaften sind es, welche Robinson zu einem sehr nützlichen Denkschema machen: Hier, wo ein Mensch allein die Fragen der Wirtschaft zu bewältigen hat, tritt der Grundtatbestand des Wirtschaftens mit besonderer Eindringlichkeit zutage. Die Beziehung Subjekt — Objekt ist hier klar und deutlich erkennbar. Damit ist eine andere gute Eigenschaft des Robinson-Modells eng verbunden. In dieser zwergenhaften Ausprägung zentralgeleiteter Wirtschaft wird nämlich ohne Schwierigkeit deutlich, daß und wie jede einzelne wirtschaftliche Handlung sich als Glied in den Gesamtzusammenhang einfügt. Die Erarbeitung der Systemgedanken, durch welche das Ineinander des Wirtschaftsprozesses erst erkannt werden kann, ist deshalb hier verhältnismäßig leicht möglich. — Dem Typus der Robinson-Wirtschaft kommt somit eine weit größere Bedeutung zu, als der Seltenheit der beobachteten Tatbestände entspricht. Robinson-Analysen sind kein nutzloses und wirklichkeitsfremdes Gedankenspiel, sondern sie sind Gedankenwerkzeuge, durch deren Verwendung wir Schwie-

rigkeiten in der Analyse gesellschaftlicher Wirtschaftssysteme überwinden. Nicht daß wir glaubten, die gesellschaftliche Wirtschaft sei aus Robinsons zusammengesetzt. Das ist zweifellos nicht der Fall. Auf das G a n z e, seinen Gesamtzusammenhang und seine Beziehung zum Objekt richtet sich die Robinson-Analyse. Der Erforschung des wirtschaftlichen Ganzen in der Robinson-Wirtschaft verdanken wir Einsichten, welche schwerer übersehbare Zusammenhänge der gesellschaftlichen Wirtschaft — sei es der zentralgeleiteten, sei es der Verkehrswirtschaft — viel leichter erkennbar machen.

Robinson-Analysen sind — wenn man so will — Voruntersuchungen. Man sollte viel und nachhaltig von ihnen Gebrauch machen. Dann sieht man sehr rasch, daß sie sich lohnen und daß sie — als methodisches Hilfsmittel verwandt — etwas ganz anderes sind als die philosophischen Robinsonaden der Vergangenheit, über deren Wert oder Unwert wir hier nicht zu sprechen haben⁴⁷.

2. In der „Naturaltauschwirtschaft“ erkannten wir eine Hauptform der Verkehrswirtschaft, die der weit wichtigeren „Geldwirtschaft“ vorgelagert ist (S. 178 ff.). Wir stellten fest, daß die Menschen in Zeiten der Urgeschichte, der europäischen Antike, des Mittelalters und teilweise auch der Neuzeit sowie in anderen Kulturkreisen in naturaltauschwirtschaftlichen Beziehungen gestanden haben. Diese Seite der geschichtlichen Wirtschaft hoben wir hervor und fanden so den Typus der Naturaltauschwirtschaft. Seine geschichtliche Bedeutung war groß. Aber sie verringerte sich mit dem Vordringen des Geldes immer mehr. Doch auch hier ist die Wichtigkeit der Analyse nicht durch den Hinweis auf die Bedeutung gewisser geschichtlicher Tatsachen bezeichnet. Die naturaltauschwirtschaftliche Analyse erhält ihre besondere Bedeutung wiederum als Voruntersuchung. Und zwar als Voruntersuchung für die Geldwirtschaft. — Es waren bekanntlich die Klassiker, die sie in dieser Weise verwandten. Um die Einflüsse des Geldes auf den verkehrswirtschaftlichen Prozeß zunächst auszu-

schalten, analysierten sie die Naturaltauschwirtschaft. Sie wollten die Güterströme anschaulich vor sich sehen, und deshalb versetzten sie sich in eine Welt, in der es kein Geld, d. h. kein allgemein gültiges Tauschmittel, gibt. Damit erzielten sie große Erfolge. Mit welcher Sicherheit gelang es ihnen z. B., die alte Irrlehre von der allgemeinen Überproduktion zu widerlegen, der die falsche Vorstellung zugrunde liegt, daß Gesamtangebot und Gesamtnachfrage in einem Lande zwei ganz getrennte Größen seien und daß das Gesamtangebot die Neigung habe, über die Gesamtnachfrage hinauszuwachsen. Say, James Mill u. a. konnten sehr leicht durch Behandlung des Problems in der Naturaltauschwirtschaft zeigen, wo die Irrtümer dieser heute noch verbreiteten, in der sog. Kaufkrafttheorie weiterwuchernden Lehre liegen. Wer ein Warenangebot, etwa Schuhe oder Zement, zu Markte bringt — so läßt sich für die Naturaltauschwirtschaft ohne weiteres nachweisen —, bringt auch den Willen mit, nachzufragen, sonst würde er nicht auf dem Markt erscheinen. Zugleich hat er die Fähigkeit, Waren zu kaufen, eben dadurch, daß er Zement oder Schuhe anbietet. Störungen können also in der Naturaltauschwirtschaft nur durch partielle Fehleinschätzungen von Angebot und Nachfrage entstehen. — Man hat den Klassikern vorgeworfen, sie hätten die Naturaltauschwirtschaft als Normalform des Wirtschaftens angesehen, hätten gemeint, mit deren Untersuchung seien alle Fragen gelöst, hätten dem Gelde nur eine Trabantenrolle zugewiesen und hätten nicht erkannt, daß es in der Geldwirtschaft ein durchaus aktiver Faktor ist. Durch häufige Wiederholung wurde dieser Vorwurf vergrößert. Dadurch wurde er falsch. Selbst Say und James Mill haben ihrem Theorem von der Unmöglichkeit allgemeiner Überproduktion die Bemerkung hinzugesetzt, daß Veränderungen im Geldumlauf einen allgemeinen Verlustabsatz hervorrufen könnten. Allerdings sind sie in dieser Richtung nicht weiter vorgedrungen. Andere, wie Hume oder Ricardo, wußten sehr genau, daß das Geld nicht einfach wie ein Schleier über den faktischen Hergängen der Güterwelt liegt, und wußten daher auch, daß der geldwirtschaftliche

Wirtschaftsprozess nicht durch einfache Übertragung der Ergebnisse naturaltauschwirtschaftlicher Analysen erklärt werden kann. Andere wiederum, wie z. B. die späteren Currencytheoretiker, haben den Einfluß der Geldmengenveränderungen auf den Gesamtablauf der Verkehrswirtschaft mit kaum überbietbarem Nachdruck hervorgehoben und im einzelnen dargestellt. Ihnen gegenüber ist der gemachte Vorwurf ganz unhaltbar.

Die moderne Nationalökonomie hat das Verhältnis der Geldwirtschaft zur Naturaltauschwirtschaft näher untersucht. Besonders schwedische Forscher von K. Wicksell bis E. Lindahl haben gezeigt, daß die Distanz zwischen Geldwirtschaft und Naturaltauschwirtschaft sehr groß ist, daß die Geldwirtschaft nicht als eine einfache Fortbildung der Naturaltauschwirtschaft aufgefaßt werden kann, daß vielmehr infolge des Geldgebrauches der Wirtschaftsprozess wesentlich anders abläuft als ohne ihn. — Trotzdem bleibt die Analyse der Naturaltauschwirtschaft als Voruntersuchung wertvoll. Ohne sie läuft man Gefahr, den güterwirtschaftlichen Grundtatbestand zu vergessen. Wie sehr würde z. B. die Diskussion über „Sparen“ und „Investieren“ gewinnen, wenn man sie nicht rein geld- und banktechnisch auffaßte, und wenn man anstatt dessen mit einer Untersuchung des Grundtatbestandes, nämlich des zeitlichen Aufbaues der Produktion in einer Naturaltauschwirtschaft, begänne.

C. Bei den meisten nationalökonomischen Problemen erweist es sich als ein heuristisches Mittel ersten Ranges, in einer geschickt gewählten Folge von Modellen die Frage aufzuwerfen und sie dadurch theoretisch zu bewältigen, daß man sie zunächst in einfachen, dann in immer schwierigeren Bedingungskonstellationen stellt und löst. Aber die Verwendung dieser Methode erfordert wissenschaftlichen Takt.

Weil die Bedingungskonstellationen in den einzelnen Wirtschaftssystemen, Marktformen oder Geldsystemen niemals gleich sind, dürfen die theoretischen Ergebnisse der Analyse eines Typus niemals ohne weiteres als Aussagen über

Bedingungsbeziehungen in anderen Wirtschaftssystemen, Marktformen oder Geldsystemen benutzt werden. — Der Ablauf des Wirtschaftsprozesses z. B., wie er sich im Rahmen der beiden extremen Formen — der total zentralgeleiteten Wirtschaft und der Wirtschaft der vollständigen Konkurrenz — vollzieht, kann gewisse Ähnlichkeiten aufweisen. Es läßt sich zeigen, daß die Leitung einer total zentralgeleiteten Wirtschaft den Wirtschaftsprozess unter gewissen Umständen ähnlich lenken kann, wie wenn er in vollständiger Konkurrenz ablief. Diese Feststellung darf aber nicht zu der Meinung verleiten, in beiden Fällen müsse der Wirtschaftsablauf in gleicher Weise vonstatten gehen und die Analyse des einen Modells könne diejenige des anderen ersetzen. Große Unterschiede bleiben: Hier entscheidet ein Wille und ein Plan unter Ausschließung aller anderen, dort entscheiden Willen und Pläne aller Haushalte und Betriebe. Hier ist die Verteilung der Macht eine ganz andere als dort, wovon später noch die Rede ist. Hier besteht keine freie Konsumwahl und keine freie Wahl des Arbeitsplatzes — im Gegensatz zu dort. Die Menschen leben jeweils in zwei völlig verschiedenen wirtschaftlichen Welten. Das Zustandekommen des wirtschaftlichen Gesamtzusammenhangs geschieht hier und dort durchaus verschiedenartig. Und diese große, vielfältige Verschiedenheit darf nicht durch falsche theoretische Egalisierung zum Verschwinden gebracht oder abgeschliffen werden.

Die Analysen der einzelnen Wirtschaftssysteme in ihren verschiedenen Ausprägungen müssen sich wohl aufeinander stützen; aber die Resultate dürfen nicht ohne weiteres übernommen werden. Man sollte auch nicht kurzerhand gewisse Ergebnisse als universal gültig ansehen. Solche universal gültigen Ergebnisse, die nicht an die Mannigfaltigkeit der Formen gebunden sind, gibt es. Hierher gehören z. B. Aussagen über die Kostenerscheinung. Welche Ergebnisse universal gültig sind, geht aber erst aus der Analyse der Einzelformen hervor.

Die Geschichte der Nationalökonomie ist mit Versuchen erfüllt, diesen mühsamen Weg durch die zahlreichen Ord-

nungsformen hindurch zu vermeiden und ohne Beachtung oder jenseits dieser Vielfältigkeit eine einheitliche Theorie zu ersinnen. Dabei wird in vielen Fällen an ein Wirtschaftssystem gedacht, in dem auf allen Märkten vollständige Konkurrenz herrscht. Solche „monistischen“ Systeme blenden durch die Einfachheit ihres Aufbaues. Aber sie entsprechen nicht der mannigfaltigen wirklichen Wirtschaft in Gegenwart und Vergangenheit. Und dieser Fehler rächt sich, wenn es sich darum handelt, konkrete Fragen zu lösen, also bei Anwendung der Theorie. Die Machtkämpfe von teilligopolistischen Benzinkonzernen z. B. oder der vielen verschiedenen gearteten anderen wirtschaftlichen Machtkörper, welche die Entwicklung der Weltwirtschaft in der Gegenwart entscheidend mitbestimmt haben, kann eine „monistische“ Theorie nicht erklären⁴⁸.

IV. Die Daten

A. Zu erfassen, was Daten sind, zu sehen, wo die Datengrenze verläuft, und die Fähigkeit zu besitzen, mit Daten zu arbeiten — ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg aller theoretischen Forschung.

Wir sahen, daß Daten nicht „gesetzt“ werden dürfen und daß alle Willkür bei ihrer Gewinnung auszuschneiden hat. Von der fundamentalen Tatsache ausgehend, daß Pläne alles wirtschaftliche Handeln bestimmen, gelangt man zur Feststellung von „Plandaten“ und „faktischen Daten“. Über die einzelnen Daten sprachen wir. Nun ist es möglich, über ihr Wesen und ihre Funktionen noch einige allgemeine Feststellungen zu treffen.

1. Gesamtwirtschaftliche Daten sind diejenigen Tatsachen, die den ökonomischen Kosmos bestimmen, ohne selbst unmittelbar von ökonomischen Tatsachen bestimmt zu sein. An den faktischen gesamtwirtschaftlichen Daten endigt die theoretische Erklärung. Aufgabe der Theorie ist es, die notwendigen Zusammenhänge bis zum Datenkranz zu verfolgen und umgekehrt zu zeigen, wie von den einzelnen Daten

das wirtschaftliche Geschehen abhängt. Aber die ökonomische Theorie ist nicht fähig, ihr Zustandekommen zu erklären.

Ungezählte natürliche und historische Tatsachen, Imponderabilien und Illusionen wirken Tag für Tag auf das wirtschaftliche Geschehen ein: Aber alle diese Momente werden durch die Plandaten und faktischen Daten hindurch — und nur auf diesem Wege — wirksam. Dabei kann eine natürliche oder historische Tatsache mehrere Daten gestalten. Z. B. bewirkt ein besonders kalter Winter sowohl eine Verschiebung des Datums „Bedürfnisse“ wie auch des Datums „Natur“. Oder: Der Unterschied der Rasse, der zwischen Norwegern und Negern besteht, äußert sich in den Daten: leitende und ausführende Arbeit, Bedürfnisse, technisches Wissen, rechtliche und soziale Organisation. Oder: Die Beseitigung des Analphabetentums und die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, die sich in Europa in den letzten 1½ Jahrhunderten vollzog, ist in einer Veränderung der Daten Arbeit, Bedürfnisse, technisches Wissen sowie soziale und rechtliche Organisation zum Ausdruck gekommen. Oder: Der Siegeszug des Calvinismus hat zweifellos den Wirtschaftsablauf aufs tiefste beeinflußt, indem er mehrere Daten veränderte: Arbeit, Bedürfnisse (wobei auch an die stärkere Betonung zukünftiger Bedürfnisse — also durch Sparen — zu denken ist), rechtliche und soziale Organisation und auch technisches Wissen.

2. Der Satz, daß die ökonomische Theorie an den Daten haltzumachen hat, gilt auch für die Fälle, in denen zwei oder mehrere Daten gestaltend aufeinander wirken.

Ein historisch besonders wichtiges Beispiel hierfür bietet die Geschichte des technischen Wissens. Sie lehrt sehr nachdrücklich, daß das Ausmaß der Erfindertätigkeit aufs engste mit der sozialen und rechtlichen Organisation eines Gemeinwesens zusammenhängt. Die grundstürzenden Umwälzungen der Wirtschaftsordnung zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Beseitigung zahlreicher Bindungen und der vielfältigen Vorschriften über die anzu-

wendende Technik hat die Menschen aufs stärkste angeregt, neue Verfahren zu ersinnen. Darüber hinaus hat die Schaffung der modernen Patentgesetze, die einen gewissen, wenn auch befristeten Schutz vor Nachahmungen boten, den Strom der Erfindungen wahrscheinlich vermehrt. Die Veränderung eines Datums hat hier die Veränderung eines anderen ausgelöst. Aber dieser Kausalzusammenhang vollzog sich gleichsam am Rande des Datenkranzes. Es besteht kein wirtschaftlich-notwendiger Bedingungs-zusammenhang zwischen Änderung der rechtlich-sozialen Organisation und der wachsenden Erfindertätigkeit. Andere Voraussetzungen geistiger, seelischer und materieller Art mußten außerdem in den einzelnen Ländern erfüllt sein, damit den rechtlichen Reformen das Anwachsen der Erfindungen folgte. Der Kausalnexus kann also nicht theoretisch-exakt erfaßt werden. Für die Theorie sind beide Tatbestände — technisches Wissen und rechtlich-soziale Organisation — jeder für sich jeweils gegebene Größen: Daten.

3. Ökonomische Tatsachen und Hergänge, die sich aus einer Datenkonstellation ergeben, können auch auf die gesamtwirtschaftlichen Daten zurückwirken.

Aber diese Rückwirkung vollzieht sich stets mittelbar. Sie entzieht sich deshalb der vollständigen theoretischen Analyse, die höchstens anzudeuten vermag, in welcher Richtung eine Datenänderung eintreten könnte. — Ein Beispiel: Auf einem lokalen Arbeitsmarkt des Bekleidungsgewerbes ist im Rahmen eines Nachfragemonopols nach Heimarbeitern der Lohn sehr tief gedrückt. Der niedrige Stand des Lohnes veranlaßt den Staat, einzugreifen und die Heimarbeiterlöhne festzulegen. Hier liegt also der Tatbestand vor, daß das Datum „rechtliche und soziale Organisation“ deshalb geändert wurde, weil ein ökonomisches Faktum — der Lohnstand — hierzu den Anstoß gab. Trotzdem gestaltet das ökonomische Faktum das Datum nicht so, wie umgekehrt der Datenkranz das ökonomische Geschehen. Die Rückwirkung ist eine mittelbare. Sie geht durch die Politik des Staates hindurch. Ob die Staatsführung den niedrigen Lohnstand

mit einer Beseitigung des Nachfragemonopols beantwortet, hängt von der Verfassung des Staates, dem politischen Willen der leitenden Staatsmänner, der Haltung der Beamten oder dem Einfluß der Arbeiter auf die Staatsführung ab. Der Zusammenhang zwischen Tiefstand der Löhne und Änderung der Organisation der Arbeitsmärkte kann infolgedessen auch nicht mit den Mitteln der theoretischen Nationalökonomie erklärt werden. Der Theoretiker kann höchstens andeuten, daß sehr tiefe Löhne zu einer staatlichen Intervention führen k ö n n t e n.

Ein anderes Beispiel: Auf Grund einer veränderten Datenkonstellation sinken die Preise für Kohle erheblich, und zahlreiche Kohlenbergwerke geraten in eine Notlage. Dadurch werden einige Unternehmer, Techniker und Chemiker veranlaßt, neue Versuche zur billigeren Gewinnung und besseren Verwertung der Kohle zu machen. Mit Erfolg. Das „technische Wissen“ ändert sich, und es gelingt auf diese Weise, die Kosten zu drücken und die Erlöse wieder zu erhöhen. Auch in einem solchen Falle, der in ähnlicher Weise gerade während des letzten Jahrhunderts oft und in vielen Gewerbebezügen realisiert war, hat ein ökonomisches Faktum — Fallen der Kohlenpreise — eine Bewegung ausgelöst, welche die Veränderung eines Datums — technisches Wissen — bewirkte. Aber auch hier zeigt sich: Während das technische Wissen unmittelbar das ökonomische Geschehen gestaltet, ist die Rückwirkung des ökonomischen Geschehens auf das technische Wissen ein mittelbares, nicht notwendiges, setzt sich häufig nicht durch und hängt entscheidend von der Fähigkeit, der Bildung und der Tatkraft der Techniker und vielen anderen nichtwirtschaftlichen Umständen ab. Die ökonomische Theorie darf also nicht behaupten, daß eine Verschlechterung der Preis-Kosten-Relation zu einer Erweiterung des technischen Wissens und einer Verringerung der Kosten führen m u ß. Sie hat sich auf den Hinweis zu beschränken, daß der wirtschaftliche Tatbestand, den sie aus der Datenkonstellation exakt erklärt, den Anstoß zur Veränderung eines Datums geben k ö n n t e⁴⁹.

4. Gesamtwirtschaftliche Daten, auf welche die theoretische Analyse stößt und an denen sie haltmacht, sind nicht Daten der Wirtschaftspolitik.

Eher ist das Gegenteil richtig. Die Wirtschaftspolitik im engeren und weiteren Sinne wirkt gerade dadurch, daß sie Daten verändert. Wenn etwa der Staat Kartelle verbietet oder eine Kreditexpansion vornimmt oder das gewerbliche Schulwesen reformiert, so werden hiermit stets Daten verändert. Wirtschaftspolitische Bestrebungen von Interessengruppen wollen ebenfalls Veränderungen von Daten: Etwa staatliche Preisfestsetzungen, Zulassungssperren in einem Gewerbe, Einfuhrverbote.

Auch die Bemühungen der Wissenschaft, die Schaffung einer funktionsfähigen Wirtschaftsverfassung gedanklich vorzubereiten, zielen darauf ab, das Datum der rechtlich-sozialen Organisation in bestimmter Weise zu gestalten. Dabei verwendet sie natürlich die Ergebnisse der theoretischen Analyse. Aber die theoretische Analyse selbst endigt an den gesamtwirtschaftlichen Daten.

B. Bei Festlegung der Datengrenze und bei Behandlung der Daten wurden und werden vor allem folgende Fehler begangen:

1. Die Grenze der gesamtwirtschaftlichen Daten wird zu weit hinausverlegt, und somit werden Probleme der theoretischen Analyse unterworfen, die durch sie nicht gelöst werden können.

Ein Beispiel bietet die Lohntheorie Ricardos: Das Arbeitsangebot behandelt Ricardo prinzipiell genau so, wie das Angebot von Produkten, dessen Größe vom Preis abhängt. Auf die Dauer wird so viel angeboten, daß sich derjenige Preis der Produkte einspielt, der gerade die Kosten der Erzeugung deckt. Genau so stellt sich Ricardo das Angebot an Arbeitern vor. Beim „natürlichen Preis“ der Arbeit könne das Geschlecht der Arbeiter existieren und sich fortpflanzen, ohne sich zu vermehren und ohne sich zu vermindern. Steige der Marktpreis der Arbeit über den natürlichen Preis, so vermehre sich das Angebot, da der hohe

Lohn ein Reizmittel für die Bevölkerungszunahme bilde; sinke er darunter, so vermindere sich durch Elend und Not die Arbeiterbevölkerung. Zug um Zug überträgt also Ricardo seinen Gedankengang von der Theorie der Güterproduktion auf die Arbeitskraft.

Darin liegt eine unzulässige Überschreitung der Datengrenze. Wachstum und Schrumpfung der Bevölkerung hängen unmittelbar von so vielen natürlichen, politischen, geistigen und seelischen Tatsachen ab, daß ein notwendiger Bedingungszusammenhang zwischen Höhe der Löhne und Größe der Arbeiterbevölkerung nicht besteht. Ricardo sieht in der Bevölkerungsgröße ein *Problem*, das er mit Hilfe der ökonomischen Theorie lösen will, und nicht ein *Datum*, was sie in Wahrheit für die Theorie ist. Kein Wunder also, daß sich seine theoretische These nicht bestätigt hat und daß der behauptete Zusammenhang von Bewegung der Lohnhöhe und Bewegung der Arbeiterzahl meist nicht beobachtet werden konnte. Die Theorie muß scheitern, wenn sie ihre Denkmethode auf Gebiete überträgt, die nicht innerhalb des von den gesamtwirtschaftlichen Daten umgrenzten Raumes liegen.

2. Die gesamtwirtschaftliche Datengrenze wird zu eng gezogen: Eine Tatsache, die ein ökonomisches Problem darstellt, wird als gesamtwirtschaftliches Datum gesetzt.

In geradezu verhängnisvoller Weise hat sich dieser Fehler bei der Behandlung der jeweiligen Vorräte an produzierten Produktionsmitteln geltend gemacht. Auf ihn stießen wir schon mehrfach. Jetzt aber muß erkannt werden, daß sich in ihm eine unzulässige Einschnürung der Datengrenze vollzieht und ein „Pseudodatum“ gesetzt wird. Wenn man die produzierten Produktionsmittel als einen unerschöpflichen Rentenfonds ansieht oder den wirklichen Produktionsprozeß als einen Vorgang betrachtet, in dem das sog. dauerhafte „Realkapital“ neben Arbeit und Natur die Stellung eines originären Produktionsfaktors einnimmt, werden eben diese produzierten Produktionsmittel als Datum behandelt. Warum solle die Wissenschaft nicht so vorgehen? So

meinen manche Theoretiker. Der Betriebsleiter tue es auch. Er sehe stets die vorhandenen Gebäude, Kraft- und Arbeitsmaschinen als Datum an. Deshalb solle die Wissenschaft darauf verzichten, die gegebenen Kapitalgüter gedanklich nach rückwärts aufzulösen. Sie gerate hiermit nur in eine Scheinproblematik und in einen unübersehbaren, historischen, ökonomisch uninteressanten Regreß hinein.

In Wahrheit handelt es sich nicht um die Vergangenheit, sondern um die jeweilige Zukunft. Deshalb sieht auch der Wirtschaftende zu keiner Zeit den Vorrat an produzierten Produktionsmitteln nur als Datum an. — Eine Eisenbahnverwaltung z. B. rechnet zwar in ihren täglichen und in ihren längerfristigen Wirtschaftsplänen mit einem heute vorhandenen Bestand von Anlagen, Wagen und Lokomotiven; aber sie muß zugleich in diesen ihren Plänen Entscheidungen über Abschreibungen, Erhaltung und Ausbau der Anlagen und über Neubeschaffung von rollendem Material treffen. Der Produktionsapparat der jeweiligen Gegenwart ist für sie nicht nur ein Datum, sondern sie hat zugleich für seine Erhaltung, also für seine nähere und fernere Zukunft zu sorgen.

An diesem Tatbestand der Wirklichkeit darf die Wissenschaft nicht vorbeigehen, was der Fall ist, wenn sie das sog. feste Realkapital — also dauerhafte produzierte Produktionsmittel — ausschließlich als Datum ansieht. Das ist es nie. In keinem Wirtschaftssystem. Stets ist es auch ein wirtschaftliches Problem. Der Apparat an dauerhaften Produktionsmitteln, den wir nach einem oder zwei oder drei Jahren in Deutschland haben, hängt von wirtschaftlichen Plänen und Handlungen ab, die schon jetzt eingeleitet oder vollzogen sind oder heute oder in nächster Zukunft aufgestellt und vollzogen werden. Seine Gestalt und sein Umfang sind also ein *E r g e b n i s* wirtschaftlicher Handlungen, so daß es für die Nationalökonomie unzulässig ist, sie nur als Datum anzusehen⁵⁰.

3. Bei Vornahme von Variationen werden nicht gesamtwirtschaftliche *D a t e n* variiert, sondern wirtschaftliche Tat-

sachen. Dadurch wird die „Variationsmethode“ in unkorrekter Form angewandt. Die Problemlösungen sind oberflächlich und unvollständig.

Die häufigste — aber nicht die einzige — Form, in welcher dieser Fehler auftritt, besteht darin, daß bei Untersuchung verkehrswirtschaftlicher Probleme von einer Variation bestimmter Preise ausgegangen wird.

Um z. B. die Frage zu lösen, wie die fälligen Zahlungen und Forderungen zwischen zwei Ländern ins Gleichgewicht gebracht, also die Zahlungsbilanz ausgeglichen wird, hat man seit den Tagen der Klassiker oft folgenden theoretischen Ansatz gemacht: Der Devisenkurs auf ein Land steigt oder fällt aus irgendwelchen, nicht bezeichneten Ursachen, und nun fragt es sich, welche Ausgleichswirkungen hierdurch ausgelöst werden. Von einer solchen Problemfassung ausgehend schildert man, wie durch Sinken des Wechselkurses eines Landes dessen Ausfuhr erhöht und dessen Einfuhr gehemmt wird und wie sich allmählich wieder ein dauerndes Gleichgewicht der Zahlungsbilanz einspielt. Damit glaubt man die gestellte Frage beantwortet zu haben. — Man irrt. Die Fassung des Problems ist unvollständig, und deshalb auch die Antwort. Die Preisveränderung am Devisenmarkt ergab sich letzten Endes aus der Veränderung eines Datums oder mehrerer Daten. Hierüber geht man bei dieser Fassung des Problems einfach hinweg, schneidet also den wirtschaftlichen Hergang auf einem Markt heraus und ist nun nur imstande zu zeigen, welche Ausgleichskräfte für diesen Einzelmarkt wirksam sind. Mehr nicht. „Dabei muß man sich aber darüber im klaren sein, daß von einer solchen Fragestellung aus niemals eine vollständige Theorie vom Mechanismus des Zahlungsbilanzausgleichs erarbeitet werden kann, sondern immer nur eine Teillösung; denn sie läßt die Frage offen, wie es zur Störung des Gleichgewichts auf dem Devisenmarkt kommt, haftet also an der Oberfläche und geht nicht auf die Verschiebungen im Wirtschaftsprozeß ein, welche diese Devisenmarktveränderung ausgelöst hat“ (Fr. W. Meyer). — Die Formulierung der Frage muß eine an-

dere, umfassendere sein: Man muß den gesamten wirtschaftlichen Kosmos beider Länder vor Augen haben und nun an einer Stelle gedanklich die Variation eines gesamtwirtschaftlichen Datums — nicht eines Preises — vornehmen: Etwa große Kälte und infolgedessen Mißernte oder die Entdeckung eines großen Erzvorkommens oder eine Erfindung, die zunächst nur in einem Lande benutzt wird, oder ein Streik oder Verschiebungen der Bedürfnisse etwa von vegetarischer auf animalische Nahrung. Die Frage lautet, wie trotz einer solchen Datenvariation Zahlungsleistungen und Zahlungsempfang eines jeden Landes im Gleichgewicht gehalten werden und welche Ausgleichskräfte am Werke sind. Und nun zeigt sich, daß bestimmte Verschiebungen in den Preissystemen und Wirtschaftsprozessen beider Länder in erster Linie ausgleichend wirken und daß der Wechselkursmechanismus lediglich einen Rest ausgleich vollzieht. Nur die vollständige Problemstellung, die von einer gesamtwirtschaftlichen Datenvariation ausgeht, führt zu einer vollständigen Problemlösung, die übrigens in diesem Falle auch wirtschaftspolitisch sehr wichtig ist.

4. Ein grundsätzliches Mißverständnis: Wenn die theoretische Erklärung wirtschaftlicher Erscheinungen bei den gesamtwirtschaftlichen Daten abbricht — so könnte man einwenden und so ist eingewandt worden —, dann würde der Zusammenhang mißachtet, auf den es besonders ankommt; nämlich der Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Erscheinungen und der historisch-politischen Wirklichkeit.

Genau das Gegenteil ist richtig. Nur mit Hilfe des Apparates der Daten gelingt es, den Zusammenhang zwischen dem historisch-politischen Geschehen und dem wirtschaftlichen Geschehen zu klären. Alles politisch-historische Werden äußert sich in Veränderung von Daten: Ob nun Rom allmählich alle Länder des Mittelmeerkulturkreises unterwarf oder ob die Französische Revolution einen neuen Typus des modernen Staates schuf oder ob der Preußische Staat zu

Beginn des 19. Jahrhunderts mit neuen staatsbildenden Gedanken umgebaut wurde oder ob in den Jahren 1914—1918 und in den folgenden Jahrzehnten die Wehrpolitik in allen großen Staaten stark erweiterte Ansprüche stellte: stets vollzog sich damit eine Änderung von gesamtwirtschaftlichen Daten. Vor allem des Datums „Rechtliche und soziale Organisation“ oder auch des Datums „Arbeit“ oder „Bedürfnisse“ oder „technisches Wissen“. Indem nun die Theorie — im Rahmen der Idealtypen und in abstrakter Form — zeigt, wie die Daten das wirtschaftliche Geschehen bestimmen, wird sie zum geeigneten Instrument, um den Zusammenhang von geschichtlich-politischen Tatsachen und wirtschaftlichem Geschehen zu erklären. — Genau das gleiche gilt für die einzelnen Akte der geschichtlichen Wirtschaftspolitik. Auch sie stellen Änderungen der Daten dar: Mag nun eine griechische Polis des vierten vorchristlichen Jahrhunderts ein Weizenmonopol einführen oder mag die Königin Elisabeth von England bestimmte Löhne festsetzen oder mag das Deutsche Reich einer Bank das ausschließliche Recht zur Notenausgabe übertragen oder mag es eine Neuordnung der Arbeitsvermittlung oder des Steuerrechts durchführen. Die ökonomische Theorie kann nicht nachweisen, w a r u m die griechische Polis ein Weizenmonopol einführte, w a r u m die Königin Elisabeth in die Lohnbildung eingriff usw. Das sind Fragen, die nur aus der universalgeschichtlichen Lage des Landes und der Zeit verständlich gemacht werden können. Aber weil die Theorie exakt nachweist, wie ökonomische Tatsachen von Daten abhängen, ermöglicht sie es, kraft ihrer Anwendung die wirtschaftlichen Wirkungen aller dieser konkreten Datenänderungen zu erkennen. Einen anderen Weg dorthin gibt es nicht.

Ohne klare Ziehung einer Datengrenze und ohne Anhalten der theoretischen Analyse an dieser Grenze mißlingt das Ineingangegreifen historischer Anschauung und theoretischen Denkens. Beide fließen unheilvoll ineinander — wie etwa Adam Müllers Wirtschaftslehre abschreckend zeigt⁵¹.

VIERTES KAPITEL

Die wirkliche Wirtschaft. Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsablauf - Anwendung

Wissenschaftliche Erkenntnis der wirklichen Wirtschaft — wir wiederholen es — ist die erste Aufgabe der Nationalökonomie. Sie ist erfüllt, wenn zwei Fragen für jedes Land und jede Zeit beantwortet werden: Die Frage nach dem Aufbau der Wirtschaftsordnung und nach den Zusammenhängen des Wirtschaftsablaufs, der sich innerhalb dieser Ordnungen vollzieht. Die Bewältigung beider Fragen stellte sich als überaus schwierig heraus. Es zeigte sich auch, daß der übliche Weg nicht zum Ziele führt: Nämlich das Legen von Querschnitten durch die Geschichte und die Konstruktion von Theorien für jeden einzelnen Querschnitt. Deshalb schlugen wir von vornherein einen anderen Weg ein. Die Bildner von Querschnitten schufen ihre Typen durch „generalisierende Abstraktion“, durch Zurücktreten von der Wirklichkeit, durch Vernachlässigung von Einzelheiten — und kamen so zu Ergebnissen, die nicht der wirklichen Wirtschaft entsprachen und die als Grundlage theoretischer Arbeit unbrauchbar sind. Wir verhielten uns von Anfang an entgegengesetzt. Wir suchten möglichst entschieden in die einzelnen Sachverhalte, in die einzelnen konkreten Haushaltungen und Betriebe einzudringen, und wir steigerten so die Anschauung der einzelnen Erscheinungen aufs äußerste. Um ein Bild zu gebrauchen: Wie man die Silhouette einer Stadt festzuhalten sucht, die man aus der Entfernung sieht, so werden Wirtschaftsstufen oder Wirtschaftsstile gebildet, die das Wesentliche oder das Normale in der Wirtschaft einer Zeit darstellen sollen. Ganz anders wir: Wir gehen — um

im Bilde zu bleiben — in die Stadt und dort in die einzelnen Häuser hinein und untersuchen sie vom Keller bis zum Dach. Die einzelnen Wirtschaftsgebilde werden genau durchforscht. Kraft „pointierend hervorhebender Abstraktion“ fanden wir dort die idealtypischen Wirtschaftssysteme mit ihren vielen Formen zentralgeleiteter Wirtschaft, den Marktformen und Geldsystemen. Die Ordnungsformen fanden wir also in der geschichtlichen Wirklichkeit vor. Wir deckten sie in Untersuchung von Tatbeständen der Gegenwart und der Vergangenheit auf.

Was wollten wir mit diesem morphologischen System? Die einzelnen Formen, aus denen es sich zusammensetzt, geben — obwohl aus exakter Beobachtung der Wirklichkeit entstanden — keine Abbilder konkreter Wirklichkeit. Sie sind weder Photographien noch Gemälde und wollen es nicht sein. Sie sind auch nicht in einem bestimmten historischen Milieu gedacht. Wir zeigten aber, daß auf ihrer Basis — weil sie einfache und klare Bedingungskonstellationen darstellen — theoretische Sätze, also allgemeine Aussagen über notwendige Bedingungsbeziehungen, gefunden werden können. Hiermit vollzogen wir einen weiteren wesentlichen Schritt der Analyse.

Und nun stehen wir vor der letzten Frage: Wie dient der morphologische Apparat der idealtypischen Wirtschaftssysteme und ihrer Ausprägungen (I) und wie dienen die abstrakten theoretischen Sätze (II) der Erkenntnis der konkreten wirtschaftlichen Wirklichkeit? Gelingt es so — im Gegensatz zu den zahlreichen kritisierten Verfahren — die wirtschaftliche Wirklichkeit wissenschaftlich zu erfassen? Rechtfertigt sich also die Einschlagung des Weges?

Diese Kardinalfrage bejahen wir. Wir behaupten:

Erstens: Daß es in Anwendung des morphologischen Apparats gelingt, das Ordnungsgefüge und damit den Aufbau der Wirtschaftsordnung einer jeden Zeit und eines jeden Volkes zu erkennen (I).

Zweitens: Daß die theoretischen Sätze in ihrer Anwendung ein geeignetes Werkzeug darstellen, um den konkreten Wirtschaftsprozess, wie er innerhalb einer jeden konkreten wirtschaftlichen Ordnung abläuft, zu erkennen (II).

Durch beides wird die wirtschaftliche Wirklichkeit — nicht bloß der Gegenwart — wissenschaftlich erfaßt und die Oberflächenbetrachtung der Alltagserfahrung durchstoßen. — Wie, wird nunmehr zu zeigen sein.

I. Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen

1. Würde jemand das heutige Japan betreten, um die dortige Wirtschaft zu erforschen, und würde er — ganz richtig — zunächst die japanische Wirtschaftsordnung in ihrem Aufbau untersuchen wollen, so würde er im Nebeneinander von Haushaltungen, bäuerlichen Pachtbetrieben, industriellen Unternehmungen, Banken usw. mit ihren unübersehbar vielen Beziehungen und Abhängigkeiten keine Ordnung finden, wenn er sich auf bloße unmittelbare Anschauung allein verließ. Würde er aber die bekannten „Wirtschaftsstufen“ oder „Wirtschaftsstile“ verwenden, so würden sie nicht passen, und sie würden im übrigen das Ordnungsgefüge der heutigen japanischen Wirtschaft überhaupt nicht kenntlich machen. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Wirklichkeit würde also gleich zu Anfang mißglücken.

Nunmehr aber, nach Gewinnung der Wirtschaftssysteme, Marktformen, Hauptformen der Geldwirtschaft und Geldsysteme, ist eine neue Situation gegeben: Denn die Morphologie gibt nichts anderes wieder als die elementaren Ordnungsformen. Und zwar haben wir diese Formelemente nicht etwa aus Spekulation gewonnen, nicht — wie Sombart es versuchte — aus der „Idee der Wirtschaft“ abgeleitet, womit der Subjektivität des Betrachters und der Willkür Tür und Tor geöffnet ist, sondern sie sind aus der exakten Beobachtung der konkreten geschichtlichen Wirk-

lichkeit heraus erarbeitet. Diese Typen sind gleichsam die „Urformen“, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit vorgefunden werden.

Erst nach Erkenntnis dieser Formelemente und in ihrer „Anwendung“ kann die Erkenntnis des jeweiligen konkreten Ordnungsgefüges der Wirtschaft glücken.

An einem Beispiel aus der neuesten Zeit mag zunächst gezeigt werden, wie das gelingt: nämlich an der deutschen Wirtschaftsordnung von 1940. Wo immer wir eindringen, finden wir, daß in ihr Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft mit Elementen der Verkehrswirtschaft verschmolzen waren. Jeder Haushaltsleiter kannte diesen Dualismus: Er mußte sowohl über Lebensmittelkarten, Kleiderkarten und andere Karten als auch über Geld verfügen, wenn er gewisse wichtige Güter kaufen wollte. Ähnlich der Betriebsleiter, der sowohl Kennziffern als auch Geld bei Käufen benötigte. Bei genauer Untersuchung zeigte sich: Es „dominierten“ die Formelemente zentralgeleiteter Wirtschaft. Sie war nicht nur als „einfache“ zentralgeleitete Wirtschaft teilweise verwirklicht, etwa in den Bauernhöfen oder in den Haushaltungen der Städte. Sie fand sich vor allem als „Zentralverwaltungswirtschaft“. So in der Landwirtschaft, wo zwar die einzelnen Betriebe noch eigene Wirtschaftspläne aufstellten — insofern also noch verkehrswirtschaftlich handelten —, wo aber diese Millionen von Plänen durch den Gesamtplan der zentralen Leitung, der sich durch den umfassenden Verwaltungsapparat des Reichsnährstandes Geltung verschaffte, maßgebend bestimmt wurden. In der gewerblichen Wirtschaft war infolge staatlicher Preisbindungen auf den Devisen- und Warenmärkten die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch Preise und Preisschwankungen ebenfalls weitgehend ausgeschaltet und fand vorwiegend durch Zentralverwaltungskörper statt, die Rohstoffe und Halbwaren mit Hilfe eines Systems von Kontingenten zuwiesen. Auch die Lenkung der Arbeitskräfte war maßgebend durch zentral lenkende Behörden bestimmt und nur teilweise von Absichten und Plänen der Unternehmer und Arbeiter abhängig. — Im einzelnen waren sehr ver-

schiedene Formen zentralgeleiteter Wirtschaft sowie Marktformen und Geldsysteme realisiert. Soweit z. B. der Konsument Güter nur in bestimmten Rationen erhielt, war die erste oder zweite Form zentralgeleiteter Wirtschaft verwirklicht, soweit er jedoch nichtrationierte Güter, deren Produktion zentrale Stellen maßgebend bestimmten, nach eigener Wahl kaufte, die dritte Form. Die staatliche Preisbindung traf auf den zahlreichen Märkten sehr verschiedene Marktformen an: Offene und geschlossene Märkte vom beiderseitigen Monopol bis zur vollständigen Konkurrenz; je nachdem bedeutete sie auch Verschiedenes.

Diese Betrachtungsweise, nämlich die Anwendung des morphologischen Apparates auf konkrete Erscheinungen, ermöglicht es, in Erfassung von Einzelheiten den Gesamtcharakter jeder Wirtschaftsordnung verständlich zu machen. Das Einzelne verschwindet nicht, sondern es wird eingeordnet und wird so verständlich gemacht. Vergleichen wir etwa die deutsche Wirtschaftsordnung von 1940 mit derjenigen von 1930. Wir bemerken viele Veränderungen im einzelnen. Z. B. die Verlagerung wichtiger Entscheidungen von den Unternehmern in die Reichsstellen und andere Zentralverwaltungskörper, Wandlungen in der Funktion der Kartelle, verringerte Wichtigkeit der Banken und geänderte Bedeutung des Geldes. Solche und viele andere Einzelheiten werden in Zusammenhang gebracht, sobald das morphologische System zur Anwendung gelangt und so das Ordnungsgefüge der deutschen Wirtschaft von 1930 und von 1940 erkannt wird. Dies zeigt sich in jedem einzelnen Punkt: Mit Vordringen der Zentralverwaltungswirtschaft und Zurücktreten der Verkehrswirtschaft werden 1940 die entscheidenden Pläne nicht mehr in den Einzelwirtschaften gemacht — wie das 1930 der Fall war —, sondern von den Zentralverwaltungsorganen. Die Unternehmer sind zu durchführenden Organen dieser Stellen geworden, freilich zu Organen, die eine gewisse, stark beschränkte Selbständigkeit der Planung noch besitzen und auch noch — in verkehrswirtschaftlicher Weise — Risiko tragen. — Kartelle waren 1930 Zusammen-

schlüsse selbständiger Unternehmungen zwecks Ausschaltung der Konkurrenz — verkehrswirtschaftliche Erscheinungen also; 1940 sind sie hauptsächlich Werkzeuge der Zentralverwaltungswirtschaft. Sie bedeuten im Rahmen einer anderen Wirtschaftsordnung etwas anderes, wobei freilich ihre ursprüngliche Zweckbestimmung noch nachwirkt. — Und wenn die Banken in der Lenkung des Wirtschaftsprozesses 1940 viel weniger bedeuten als 1930, so erklärt sich dies zum Teil aus der Tatsache, daß Ausmaß und Richtung der Investitionen von den zentral verwaltem Behörden abhängt, nicht mehr von Unternehmern, und zum Teil auch daraus, daß die Unternehmungen überliquide sind und deshalb wenig Bankkredit brauchen, was wiederum mit Preisstop und Rationierung zusammenhängt. — Wie aber das Geld mit dem Vordringen der Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft seine Funktion ändert, wissen wir; dieser Funktionswandel ist auch in den Jahren vor 1940 sehr deutlich zutage getreten. — Die Einzelercheinung und ihre Veränderung wird verständlich, wenn man sie als das sieht, was sie ist: den Teil einer Gesamtordnung.

Ein Mißgriff wäre es, neben den vorgefundenen reinen Formen nun noch eine weitere reine Form bilden zu wollen, um mit ihr z. B. die deutsche Wirtschaftsordnung von 1940 zu bezeichnen, etwa neben zentralgeleiteter Wirtschaft und neben Verkehrswirtschaft noch eine reine Form der „geleiteten Marktwirtschaft“, die 1940 in Deutschland verwirklicht gewesen sei. Die Eigentümlichkeit der deutschen Wirtschaftsordnung von 1940 bestand in Wirklichkeit gerade darin, daß in ihr in besonderer Weise die dargestellten reinen Formen verschmolzen, die anderswo und zu anderen Zeiten in anderer Mischung verwirklicht waren, — nicht aber im Erscheinen einer neuen reinen Form. Gerade die Spannung, die zwischen den Formen zentralgeleiteter Wirtschaft und der Verkehrswirtschaft in dieser deutschen Wirtschaftsordnung bestand, war für sie wesentlich. Ohne Beachtung dieser Spannung und der Vielfältigkeit der realisierten Formen bleibt sie unverständlich. Man hüte sich stets davor, unter dem starken Eindruck gegenwärtigen Ge-

schehens eine momentan vorhandene konkrete Wirtschaftsordnung dadurch zu verabsolutieren, daß man versucht, sie — trotz des Formenreichtums, der in ihr verwirklicht ist — in eine neue reine Form umzudeuten. — Vergleichen wir die deutschen Wirtschaftsordnungen von 1940 und 1946. Sind nicht beide „Gelenkte Marktwirtschaften“? Diese Bezeichnung „Gelenkte Marktwirtschaft“ bringt Unterschiede zum Verschwinden, die wesentlich sind. Auch 1946 bestehen zwar zentralverwaltungswirtschaftliche und geldwirtschaftliche Ordnungsformen weiter. Wichtig ist jedoch gerade, daß diese beiden Ordnungsformen verfallen. Wegen Versagens des Geldes und der Zentralverwaltungswirtschaft schieben sich Naturaltauschwirtschaft und Eigenwirtschaft in den Vordergrund, also Formen, die eine umfassende arbeitsteilige Wirtschaft nur unzureichend oder überhaupt nicht zu ordnen vermögen. Eine Primitivisierung der Wirtschaftsordnung vollzieht sich. Sie ist ein entscheidendes Kennzeichen der Entwicklung, das klar und deutlich sichtbar wird, wenn die einzelnen reinen Formen, die in beiden Wirtschaftsordnungen verwirklicht waren, pointierend hervorgehoben und dann in ihrer jeweiligen Verschmelzung erkannt werden.

Bach und Mozart und Beethoven und andere Meister haben ihre Werke in Kombination einer begrenzten Zahl von Tönen, die alle brauchen, geschaffen. In der Besonderheit der Kombination besteht auch die Besonderheit des Meisters oder des einzelnen Werkes, nicht etwa in der Neuschaffung von Tönen. Ebenso steht es mit den Wirtschaftsordnungen. Jede ist eine Individualität. Ihre Mannigfaltigkeit ist insgesamt geradezu großartig. Aber diese Individualität jeder einzelnen Wirtschaftsordnung beruht nicht darin, daß jeweils ganz neue reine Formen verwirklicht sind, sondern sie ergibt sich aus der Auslese der verwirklichten reinen Formen, deren Zahl begrenzt und übersehbar ist, und aus der besonderen Art ihrer Verschmelzung. — So allein können sie verstanden werden, und so lassen sich auch die geschichtlichen Veränderungen der wirklichen Wirtschaft genau bestimmen.

Um Wiederholungen zu vermeiden, bitte ich den Leser, sich den zweiten Teil dieses Buches, insbesondere das zweite Kapitel (S. 63 ff.) ins Gedächtnis zurückzurufen, besser es nochmals zu lesen. Schon damals waren wir genötigt, bei Bestimmung der Wirtschaftsordnung eines Volkes und einer Zeit die Formelemente herauszuheben, aus denen sie bestand: Mochte das nun die ägyptische Wirtschaft der augusteischen Zeit oder die Nürnberger Wirtschaft des späten 15. Jahrhunderts oder die Wirtschaft der Französischen Revolution sein. Allerdings benutzten wir damals nur die wichtigsten reinen Formen. Aber auch dies war ein Vorgriff. Freilich ein notwendiger. Denn anders läßt sich die Wirtschaftsordnung einer Zeit überhaupt nicht erfassen. Inzwischen aber haben wir erkannt, wie die Formelemente gewonnen werden. Wir kennen sie genau und sind nun imstande, die Wirtschaftsordnungen in Anwendung dieses Apparates exakt zu bestimmen. Nunmehr lassen sich alle Wirtschaftsordnungen — ob sie nun „gewachsen“ oder ob sie auf Grund von Wirtschaftsverfassungen „gesetzt“ sind — in ihrem Aufbau erkennen, und zwar sowohl die Gesamtordnung wie auch die Teilordnungen, z. B. die jeweiligen Ordnungen der Arbeitsverhältnisse oder die Währungen. Stets ist es nötig, angesichts eines wirtschaftlichen Tatbestandes zuerst die Frage nach dem konkreten Ordnungsgefüge aufzuwerfen und zu beantworten. — Ein weiteres Beispiel: Das berühmte jesuitische Gemeinwesen in Paraguay, das von 1609 bis 1767 bestand. Die Quellen lassen uns eine Fülle einzelner Tatsachen erkennen. Sie bringen Angaben über die Fruchtbarkeit des Landes, über Charakter, Familienleben, wirtschaftliches Verhalten der Indianer, über Einzelheiten der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion usw. Wie soll sich die Nationalökonomie diesem Gewirr von Einzeltatsachen nähern? Wie kann sie Wesentliches von Unwesentlichem unterscheiden? Wie den Sinnzusammenhang des Ganzen erfassen? — Sie wirft die Frage nach dem wirtschaftlichen Ordnungsgefüge auf, und zwar unter Benutzung des Apparates der reinen Formen. — Was findet sie? Kurz gesagt: Träger des Wirtschaftsvollzuges

waren in diesem Gemeinwesen, das insgesamt etwa 100 000 Einwohner umfaßte, die einzelnen Dörfer, Reduktionen genannt, 30 an der Zahl mit je 2000—7000 Einwohnern. Jedes einzelne Dorf stellte eine *einfache* zentralgeleitete Wirtschaft dar, die durch einen Cura geleitet wurde. Dessen Pläne entschieden über die Wirtschaftsführung des Dorfes. Dabei erfolgte die Wirtschaftsrechnung auf Grund natürlicher Bewertung seitens des Cura, die bei der Kleinheit der Dorfwirtschaft und der geringen Zahl der Güterarten durchführbar war. Jede Reduktion war eine total zentralgeleitete Wirtschaft mit gewissen Spuren freien Konsumgüterauschusses. In diesen Wirtschaftskörper mit zentraler Leitung, der einen erheblichen Teil der Dorfflur und die gewerblichen Werkstätten umfaßte, schoben sich zahlreiche, noch kleinere Gebilde mit zentraler Leitung: die Familienwirtschaften der Indianer mit ihren Familienäckern. Weil aber der Cura auch die Wirtschaftsführung innerhalb der Familien maßgebend beeinflußte, waren sie ganz unselbständig. — Die Ordnungsformen einfacher zentralgeleiteter Wirtschaft dominierten also, und nur ergänzend waren mit ihr Ordnungsformen der Verkehrswirtschaft verschmolzen. Da war der Handel der Reduktionen mit der umgebenden Welt, dessen Marktformen sehr verschieden gewesen sind. Da war ferner der Warenverkehr der Reduktionen untereinander, bei dem man als Recheneinheit den Peso benutzte, ohne ihn als Tauschmittel zu verwenden. Die „zweite Hauptform der Geldwirtschaft“ war hier also realisiert. Als Geld dienten hier gewisse Waren: Tee vor allem, Tabak, Mais usw.; demnach war das „erste Geldsystem“ verwirklicht.

Die vielbesprochene Frage, ob dieses berühmte Gemeinwesen „kommunistisch“ gewesen sei oder nicht, führt zu nichts und verstrickt nur in einen Streit über den Begriff des Kommunismus. An ihre Stelle muß die Frage nach den Formelementen, die damals verwirklicht waren, und des Aufbaues dieser Formelemente zum Ganzen der jesuitischen Wirtschaftsordnung rücken. Nun gelingt es, sowohl die Besonderheit dieses wirtschaftlichen Gemeinwesens im Rahmen der besonderen, dortigen, damaligen, geschicht-

lichen Umgebung zu sehen, als auch seine Verwandtschaft mit anderen Wirtschaftsordnungen. Ein Vergleich mit dem Inkastaat läßt z. B. erkennen, daß zwar in beiden die Züge zentralgeleiteter Wirtschaft dominierten und sie insofern verwandt waren, daß aber im Inkastaat, der etwa 11 Millionen Menschen umfaßte, Zentralverwaltungswirtschaft dominierte, nicht wie im Gemeinwesen in Paraguay einfache zentralgeleitete Wirtschaft und daß in beiden die dominierenden Ordnungsformen mit verschieden gearteten ergänzenden Ordnungsformen je in besonderer Weise verschmolzen waren⁵².

2. Wissenschaftstheoretisch ist das Verfahren, das zur Erkenntnis der konkreten Wirtschaftsordnungen führt, folgendermaßen zu kennzeichnen: Die Anwendung der idealtypischen Wirtschaftssysteme mit ihren sehr zahlreichen Ausprägungen geschieht dadurch, daß wir nach ihrer Gewinnung, d. h. nach Erarbeitung der Morphologie, erneut an die konkrete wirtschaftliche Wirklichkeit herantreten. Und zwar in einer anderen Haltung als vorhin, also als bei Gewinnung der idealtypischen Wirtschaftssysteme und ihrer Formen. Vorhin drangen wir in die einzelnen konkreten Gebilde — Bauernhöfe, Fronhöfe, Haushaltungen — ein, untersuchten sie nach allen Seiten hin und hoben die dort realisierten Formen (Arten zentralgeleiteter Wirtschaft, Marktformen, Geldsysteme) analysierend einzeln hervor. Jetzt überblicken wir das Ganze der Wirtschaft einer Zeit und eines Volkes oder einer Landschaft, etwa der französischen Wirtschaft von heute oder der schlesischen Wirtschaft vor hundert Jahren. Vorhin arbeiteten wir mit „pointierend hervorhebender“, jetzt arbeiten wir mit „generalisierender“ Abstraktion. Das heißt: Jetzt überblicken wir z. B. die französische Wirtschaft, werfen die Frage nach den vorwiegend realisierten Ordnungsformen auf und geben nun, die gefundenen Ordnungsformen zu einem Ganzen fügend, ein Bild der konkreten französischen Wirtschaftsordnung.

In der Anwendung vollziehen wir eine doppelte Synthese: Nämlich die Verbindung mannigfacher reiner Formelemente zur Einheit der Wirtschaftsordnung und zweitens die Einfügung der Wirtschaftsordnung in die jeweilige natürlich-geistige-politisch-soziale Umwelt. — Wir vergleichen die Morphologie mit dem Alphabet. Erst wenn es da ist, kann man ein Wort schreiben. Erst wenn man die reinen Formen und damit die Bauelemente der Wirtschaftsordnungen kennt, kann man die Ordnung der einzelnen konkreten Wirtschaft ganz erkennen. Und wie ein jedes Wort nur einige Buchstaben des Alphabets enthält, so braucht auch bei Bestimmung einer konkreten Wirtschaftsordnung nur ein Teil des Alphabets von reinen Formen angewandt zu werden. Fast alle offenen Marktformen z. B. scheiden bei Bestimmung der heutigen deutschen Wirtschaftsordnung aus. Diese vielen Formen sind nicht „aktuell“. Sie gehören bei Untersuchung der heutigen deutschen Wirtschaftsordnung zum unbenutzten Inventar der Wissenschaft. Sie sind ebensowenig aktuell wie der Buchstabe a oder b, wenn ich das Wort „Typus“ niederschreibe. Aber sie werden aktuell, und andere heute in Deutschland aktuelle Typen verschwinden aus der Aktualität, wenn es sich um die Erfassung der Wirtschaftsordnung eines anderen Volkes oder einer anderen Zeit — z. B. Deutschlands um 1890 — handelt. Die Wirtschaftsordnung des damaligen Deutschlands war durch Dominieren verkehrswirtschaftlicher Formelemente gekennzeichnet. Und zwar offener Marktformen, so daß der Apparat der geschlossenen Marktformen für die damalige Zeit weitgehend unaktuell und unanwendbar war. Wohl waren auch damals Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft verwirklicht, aber fast gar nicht der „Zentralverwaltungswirtschaft“, sondern fast allein „einfacher zentralgeleiteter Wirtschaft“ (Eigenwirtschaft) in den Haushaltungen und Bauernhöfen. Wir sehen also einen sehr großen Unterschied in der „Aktualität“ der Idealtypen, wenn wir nur diesen einen Vergleich zweier deutscher Wirtschaftsordnungen durchführen. Aber gerade der Wechsel der Aktualität läßt den

faktischen Unterschied der Ordnungen klar und deutlich erkennen. (Man könnte fragen, wie lange Wirtschaftsordnungen jeweils verwirklicht waren. Darauf ist zu antworten: Solange das Wirtschaftsgefüge im wesentlichen unverändert blieb. Wenn im Paläolithikum ein Stamm viele Jahrtausende lang in gleicher Weise organisiert blieb, so hat eben diese Wirtschaftsordnung viele Jahrtausende bestanden. Auch die altägyptische Wirtschaftsordnung hat Jahrtausende überdauert. In der Französischen Revolution indessen hat es in einem Jahrzehnt, wie sich zeigte, vier Wirtschaftsordnungen gegeben.)

Die Synthese der reinen Formen, die bei der Bestimmung jeder konkreten Ordnung stattfindet, ist vereinigt mit einer Synthese anderer Art: Während nämlich im Zuge der Analyse die wirtschaftlichen Zusammenhänge aus dem geschichtlichen Gesamtzusammenhang vorübergehend abgelöst wurden, findet nunmehr wieder eine Einfügung in die gesamtgeschichtliche Umwelt statt. Wenn wir also die Wirtschaftsordnung zur Zeit des Diokletian bestimmen, wenden wir nicht bloß die verschiedenen, reinen, aktuellen Formen an, sondern wir sehen diese Wirtschaftsordnung zugleich als Teilstück des gesamten geistigen und politisch-sozialen Lebens des damaligen römischen Reiches. Hatten wir uns in der Analyse von der geschichtlichen Anschauung zeitweise entfernt, um das Denken voll zur Geltung zu bringen, so kehren wir jetzt — bewaffnet mit den Ergebnissen dieser morphologischen Analyse — zur vollen geschichtlichen Anschauung zurück. Der Zusammenhang *a l l e s* geschichtlichen Lebens, der in jedem geschichtlichen Moment wirksam ist, kommt jetzt zur Geltung — etwa der heutigen geschichtlichen Gesamtsituation mit der Wirtschaftsordnung, die in diesem Moment und hier besteht. Darüber werden Beispiele später (III—V) Näheres sagen.

3. Aus dem allen ergibt sich eine wichtige Folgerung für das Zusammenwirken von Wirtschaftshistorie und Nationalökonomie. Daß ein Zusam-

menwirken überhaupt nötig ist, wurde schon seit langem empfunden. Aber es fragt sich, wie es fruchtbar gemacht werden kann. Die in nationalökonomischen Kreisen herrschende Meinung, der Wirtschaftshistoriker habe es mit wirtschaftlichen Einzeltatsachen zu tun, und der Nationalökonom solle die großen Zusammenhänge auffinden, ist nicht nur falsch, sondern sogar unverständlich. Der Historiker, der einzelne wirtschaftliche Tatsachen zusammenstellen würde, etwa im Nebeneinander Tausende von konkreten Pachtbetrieben in der oberitalienischen Landwirtschaft des 16. Jahrhunderts beschriebe, würde unsinnig handeln. Er verführe wie ein Mann, der ein Haus beschreiben soll, anstatt dessen aber die einzelnen Steine darstellt, aus denen es gebaut ist, ohne Ahnung vom Grundriß und vom Aufriß des Hauses und ohne Kenntnis seines architektonischen Gefüges. Auch der Historiker muß die Wirtschaftsordnungen erkennen und muß die Einzelwirtschaft und überhaupt die einzelne wirtschaftliche Tatsache in einem Ganzen sehen. Wie aber soll er die Wirtschaftsordnung bestimmen? Nach welchen Merkmalen? — Und dazu tritt eine weitere, nahe verwandte Frage. Nach welchen Kriterien soll er die Wirtschaft zweier verschiedener Völker oder verschiedener Zeiten unterscheiden und voneinander abheben?

Wandte sich der Historiker an die Nationalökonomien und fragte er sie, wie er diese Aufgabe bewältigen könne, so waren die Antworten wenig befriedigend. Was sollte der Historiker mit Büchers „Stufen“ anfangen, wenn er die deutsche Wirtschaft zur Zeit der großen Reform Steins beschreiben sollte? „Stadtwirtschaft“ stimmt nicht, und „Volkswirtschaft“ ist viel zu inhaltsleer. Damit konnte er auch die gewaltige Wandlung, die sich zwischen dem Beginn und dem Abschluß des 19. Jahrhunderts vollzog, nicht kennzeichnen. Auch dann nicht, wenn er von „Territorialwirtschaft“ und „Volkswirtschaft“ sprach oder von „Früh- und Hochkapitalismus“. So blieb dem Historiker nichts anderes übrig, als mit eigenen Begriffen, die er aus der All-

tagserfahrung entnahm und die deshalb unzureichend sind, die Wirtschaftsgeschichte zu beschreiben.

Das berechnigte Verlangen der Historiker muß eben in anderer Weise befriedigt werden. Vor allem müssen die Nationalökonomien ihnen zeigen, daß sie nach dem Ordnungsgefüge der Wirtschaft fragen und in Wirtschaftsordnungen denken müssen. Nach dem Ordnungsgefüge der deutschen Wirtschaft um 1800 und um 1900 müssen die Historiker fragen, wenn sie die Wirtschaft des 19. Jahrhunderts und den Umsturz, der sich im Laufe dieses Jahrhunderts vollzog, erkennen und darstellen wollen. Weiter müssen ihnen die Nationalökonomien sagen, daß die Wirtschaftsordnung einer Zeit nur in Anwendung der reinen Ordnungsformen — der echten Idealtypen — erkannt werden kann. Dann vermag der Historiker die Erkenntnis der einzelnen konkreten Wirtschaftsordnung selbst zu vollziehen. Die Idealtypen haben rein nur im Denken Bestand; aber verschmolzen konstituieren sie jede konkrete Ordnung. Der Historiker bewegt sich in der Welt des Konkreten. Um die Welt der konkreten Wirtschaft zu erkennen, braucht er die Idealtypen, die ihm die Nationalökonomie bietet. Nur so kann er über die bloße Feststellung einzelner, willkürlich herausgegriffener Tatsachen — die noch keine Wissenschaft darstellt — hinauskommen. Nicht Schemen also hat die Nationalökonomie zu bieten, welche konkrete Wirtschaft abzubilden beanspruchen (ohne es zu tun), sondern reine Formen, deren Verwendung die Erkenntnis der jeweiligen Wirtschaftsordnung ermöglicht⁵³.

II. Erkenntnis des Wirtschaftsablaufs -

Anwendung der Theorie

1. Mit der Erkenntnis der jeweiligen Wirtschaftsordnung wird die wirkliche Wirtschaft einer Zeit und eines Raumes zu einem wichtigen Teil, aber noch nicht vollständig erkannt. — Innerhalb der jeweiligen konkreten Ordnungen rollt Tag für Tag der wirtschaftliche Alltag ab. Wie läuft

er ab? Das ist — wie sich zeigte — die andere große Frage. Noch weniger als die Wirtschaftsordnungen kann die widerspruchsvolle und interessenbestimmte Alltagserfahrung den Wirtschafts h e r g a n g erkennen, der in ihnen abläuft. Außerdem stellt sich hier die große Antinomie der Erkenntnis entgegen. — Wie also läßt sich historische und theoretische Erfassung des wirtschaftlichen Alltags verbinden, um dadurch wissenschaftliche Erkenntnis seiner Zusammenhänge zu vollziehen?

Nach dem Gesagten liegt die Antwort nahe: Nicht etwa dadurch, daß der Versuch gemacht würde, für jede Wirtschaftsordnung eine besondere Theorie zu konstruieren. (Schon deshalb müßte er mißglücken, weil jede einzelne Wirtschaftsordnung zahlreiche Formelemente in besonderer Verschmelzung enthält — mag es sich nun um die gegenwärtige amerikanische Wirtschaftsordnung oder um die jesuitische in Paraguay oder um eine andere von den mannigfaltigen Wirtschaftsordnungen in Gegenwart und in Vergangenheit handeln. Übersehbare Bedingungskonstellationen, auf deren Grundlage allein eine Theorie erarbeitet werden kann, bietet also die Darstellung der einzelnen Wirtschaftsordnung nicht.) Vielmehr: Die reinen Formen oder Idealtypen werden als „Modelle“ benutzt, an denen, wie gezeigt, theoretische Sätze erarbeitet werden. — Durch Anwendung der theoretischen Sätze, die auf dieser Basis gewonnen sind, gelingt die Aufdeckung der Zusammenhänge des jeweiligen konkreten Wirtschaftsablaufs. Wie also die Erkenntnis der konkreten geschichtlichen Ordnungen durch Anwendung des morphologischen Apparats durchgeführt wird, so die Erkenntnis des konkreten Wirtschaftsablaufs durch Anwendung der theoretischen Sätze. Obwohl wir jede einzelne Wirtschaftsordnung in ihrer Individualität und in ihrer besonderen historischen Umgebung, also in ihrer Einmaligkeit sehen, gelingt es doch, die Ergebnisse der theoretischen Analyse auf sie anzuwenden und so den jeweiligen Wirtschaftsablauf in seinen Zusammenhängen zu erkennen. Und zwar —

grundsätzlich — j e d e n Wirtschaftsablauf zu allen Zeiten und in a l l e n Völkern.

2. An dieser Stelle stoßen wir auf eine Barriere. Daß die Sätze der nationalökonomischen Theorie nicht nur auf Probleme unserer Zeit angewandt werden sollen, sondern ebenfalls auf Probleme des hohen Mittelalters, der spätantiken Zeit und anderer Kulturen und Zeiten, scheint den meisten Heutigen geradezu ein grotesker Anspruch zu sein. Von fast allen Seiten wird uns versichert, daß Abstraktionen und Theorien nur einen Sinn im Rahmen einer bestimmten historischen Lage hätten, daß die Vernunft eine Funktion des wechselnden menschlichen Lebens sei, daß jede nationalökonomische Theorie nur eine relative Gültigkeit besitze, daß sie — ob man nun wolle oder nicht — „zeitgebunden“ wäre und daß wir selbst zu viele geschichtliche Wandlungen miterlebt hätten, um an dauernde Geltung theoretischer Erkenntnisse glauben zu können. Nach der Wandlung des historischen Bewußtseins zu Beginn des 19. Jahrhunderts dürften wir nicht mehr die zeitlose Gültigkeit der theoretischen Nationalökonomie behaupten, und wir könnten nicht in überwundene Irrtümer eines älteren Rationalismus zurückfallen. Vielmehr sollten wir zufrieden sein, wenn wir die Wirtschaft e i n e r Zeit wissenschaftlich erkennen könnten, etwa die des „Kapitalismus“. Weil wir historische Wirklichkeit in ihrem jeweiligen politisch-sozialen Zusammenhang und in ihrer Besonderheit erkennen wollten, weil jede Epoche ihr Recht beanspruche, müsse mit solchen angeblich zeitlos-gültigen theoretischen Sätzen aufgeräumt werden. — Mögen im einzelnen Unterschiede in der Haltung bestehen, werden zuweilen alle und zuweilen nur manche theoretische Erkenntnisse als geschichtsbedingt angesehen — im ganzen besteht über die Beschränkung ihrer zeitlichen und räumlichen Gültigkeit Übereinstimmung.

Ich behaupte, daß man sich gerade durch dieses „historistische Vorurteil“ — denn das ist es — den Weg zur Erkenntnis der wirklichen Wirtschaft in Vergangenheit und

Gegenwart verbaut. Und daß die wirkliche Wirtschaft in ihrer Individualität gerade durch Anwendung nichtzeitgebundener theoretischer Sätze erkannt wird.

Zwei Bemerkungen seien vorausgeschickt:

Erstens: Stets muß gegenwärtig bleiben, daß nationalökonomisch-theoretische Sätze, richtig verstanden, über die Existenz konkreter Tatbestände nichts aussagen. Sie beschreiben nichts. Sie beanspruchen nicht, ein Bild der konkreten deutschen Wirtschaft von heute oder irgendeiner anderen Zeit oder eines anderen Landes zu geben. Wenn vollständiger Wettbewerb herrscht, dann . . . ; wenn eine Mißernte in einem Lande eintritt, so verändert sich die Zahlungsbilanz und dann . . . So sehen die Aussagen der nationalökonomischen Theorie aus. Ob und wann und wo dies alles eintritt, darüber findet sich in der Theorie nichts. Insgesamt besteht sie aus „hypothetischen Urteilen über notwendige Bedingungsbeziehungen im Rahmen verschiedener möglicher Bedingungskonstellationen“⁵⁴.

Zweitens ist ein Unterschied festzustellen, der — meist verkannt — für die ganze nationalökonomische Arbeit wesentlich ist: Der Unterschied zwischen „Wahrheit“ und „Aktualität“. Jeder korrekt gewonnene theoretische Satz ist stets „wahr“; aber er wird nur dann „aktuell“, wenn an bestimmtem Ort und zu bestimmter Zeit die Bedingungskonstellationsverwirklicht ist, für die er gilt. „Die Aktualität theoretischer Sätze“, so schrieb ich an anderer Stelle, „verändert sich fortwährend. Wenn die Goldwährung nicht besteht, dann ist die Theorie des Zahlungsbilanzausgleichs zwischen Goldwährungsländern eben nicht aktuell. Aber sie bleibt wahr, und sie wird sofort wieder aktuell, wenn wieder irgendwo Goldwährungen in Kraft treten. Umgekehrt gewinnen die theoretischen Sätze über das beiderseitige Monopol oder über die total zentralgeleitete Wirtschaft nur an Aktualität, nicht an Wahrheitsgehalt, wenn solche konkrete Fälle in der Geschichte erscheinen und zu untersuchen sind. Zeitbedingt sind die theoretischen Sätze in ihrer Aktualität, nicht zeitbedingt sind sie in ihrem Wahrheitsge-

halt.“ Die ökonomische Theorie ist in ihrer Gesamtheit ein Kasten voller gedanklicher Instrumente. Welche dieser Instrumente bei Bearbeitung des einzelnen konkreten Problems eingesetzt werden müssen und welche hierbei in dem Kasten verbleiben, entscheidet der einzelne konkrete Fall in seiner Besonderheit. Und gerade die Anwendung dieser Instrumente ist es, welche die Erkenntnis der Zusammenhänge des wirtschaftlichen Alltags stets und überall ermöglicht.

Wie — ist an einigen Beispielen zu erörtern.

Wir sprachen soeben von dem Ordnungsgefüge der deutschen Wirtschaft von 1940. Nun soll der wirtschaftliche Alltag, wie er in der konkreten deutschen Wirtschaft damals ablief, untersucht werden. Es wäre unmöglich, für diesen Wirtschaftsablauf innerhalb der konkreten deutschen Wirtschaftsordnung eine besondere Theorie zu ersinnen. Denn die Ordnung der deutschen Wirtschaft von 1940 war viel zu kompliziert; man würde zu unzulässigen Vereinfachungen gezwungen, und schließlich würden Ergebnisse herauskommen, die nicht zu der deutschen Wirtschaft von damals passen.

Was bringen wir zur Bewältigung dieser Aufgabe mit? Einmal die Erkenntnis des Ordnungsgefüges der damaligen Wirtschaft, und zwar die Erkenntnis, aus welchen idealtypischen Grundformen sie sich zusammensetzte und wie sie sich daraus zusammensetzte. Andererseits den umfassenden Apparat theoretischer Sätze über notwendige Bedingungsbeziehungen innerhalb der idealtypischen Wirtschaftssysteme, Formen zentralgeleiteter Wirtschaft, Marktformen und Geldsysteme. Man halte Beides zusammen. Dann sieht man, wie die Anwendung der ökonomischen Theorie erfolgen muß, um die konkreten Zusammenhänge dieses Wirtschaftsherganges zu erkennen. Gerade die Durchleuchtung des Ordnungsgefüges mit Hilfe des Apparats der reinen Formen ermöglicht die Anwendung des theoretischen Apparats, der auf der Basis dieser reinen Formen geschaffen ist.

Man sagt vielfach, der Preis hätte in der deutschen Wirtschaft von 1940 etwas ganz anderes bedeutet als in der deutschen Wirtschaft von 1930. Richtig! Warum — wird nunmehr leicht erkennbar: Weil in der Wirtschaftsordnung von 1940 die Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft viel stärker im Vordergrund standen als 1930, wurde die Wirtschaftslenkung weitgehend durch Bewertung seitens zentraler Stellen vollzogen und wirkte sich in der Zuteilung von Devisen, Rohstoffen, Halbwaren und auch Fertigwaren aus. Die Lenkung des deutschen Wirtschaftsprozesses erfolgte also 1940 anders als 1930, nicht so sehr durch den Preismechanismus, sondern durch Bewertung zentraler Stellen. Die Werttheorie war aktueller geworden, die Preistheorie hatte an Aktualität verloren. Nichts wäre aber unrichtiger, als sie für unwahr zu erklären, wozu der moderne Relativismus neigt. Zudem waren die Preise auch 1940 nicht völlig aus der Wirtschaftslenkung ausgeschaltet.

Ein zweites Beispiel: Bei Erklärung des deutschen wirtschaftlichen Alltags zu Ende des 19. Jahrhunderts verfahren wir genau so, aber im einzelnen unter Anwendung anderer theoretischer Sätze. Der Preis spielte im Deutschland von 1898 eine andere Rolle als 1928 oder 1940 — eben weil in einer anderen Wirtschaftsordnung andere reine Wirtschaftsformen verwirklicht waren. Zur Zeit der Jahrhundertwende waren die Marktformen der vollständigen Konkurrenz und andere Marktformen des Wettbewerbs in vielen Ausprägungen realisiert, während dreißig Jahre später bei starker Durchmonopolisierung der deutschen Wirtschaft die Anwendung eines anderen Teiles des theoretischen Apparats zwecks Erklärung der alltäglichen Wirtschaftshergänge in den Vordergrund rückte. — Zwecks Untersuchung der Reallohnbildung vor vierzig Jahren haben wir davon auszugehen, daß auf den Arbeitsmärkten Nachfrage-Teilmonopole oder beiderseitige Teilmonopole von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften oder vollständige offene Konkurrenz oder andere offene Marktformen dominierten und auf den Warenmärkten ebenfalls offene

Marktformen vorwiegender Konkurrenz bei weitgehendem Fehlen zentraler Leitung. Theoretische Sätze über staatliche Preisfixierung, über geschlossene Marktformen und über zentralgeleitete Wirtschaft, die heute aktuell sind, verharren bei Untersuchung dieser älteren Zeit in Unaktualität.

Drittes Beispiel: „Geht die Preisbildung des Mittelalters nach den Ansichten von Adam Smith oder unserer heutigen Nationalökonomien vor sich? War die mittelalterliche Preisbildung frei, war sie ein Marktgebilde, welches ausschlaggebend von Angebot und Nachfrage bestimmt wurde?“ (W. Mitscherlich.) Diese Frage geht aus einer Haltung hervor, die — in weiten Kreisen von Nationalökonomien verbreitet — der historischen Wirklichkeit nicht gerecht wird. Es gab ebensowenig eine Preisbildung des Mittelalters, wie eine einheitliche mittelalterliche Wirtschaftsordnung bestand. Wir müssen schon näher an die Geschichte herantreten, um sie zu verstehen. Da gab es Städte, die monarchisch-stadt herrlich regiert waren und wo Zünfte gegen Zahlung von Abgaben Privilegien erhalten hatten, die ihnen eine Monopolstellung auf dem lokalen Markt sicherten. In anderen Städten waren die Patrizier-Händler wirtschaftlich und politisch das führende Element. Die „Handwerker“ waren dann oft weder Lohnwerker noch Preiswerker, sondern Heimarbeiter, welche Rohstoffe von den Fernhändlern, die Verleger waren, erhielten und an sie lieferten. In solchen Fällen waren Zünfte zum Teil verboten oder schwer durchführbar, vor allem, wenn die Heimarbeiter auch auf dem Lande zerstreut saßen. Wenn aber die Zünfte der Handwerker das Stadtregiment eroberten — bei demokratischer Leitung der Städte also —, war die Wirtschaftspolitik wiederum anders, zunftfreundlicher, und die Preistaxen waren weniger streng. Es bestanden also vier Arten von Ordnungen, in denen die Preisbildung verschiedenartig — in Konkurrenz, in Monopol, bei Preistaxen usw. — erfolgte. Der Mittelpunkt der Ordnung war der Stadtherr oder der Fernhändler oder auch der Handwerker. Soweit es Zünfte gab, bedeuteten sie sehr Verschiedenes: Zünfte der Händler-Verleger, Zünfte der

Handwerker, Zünfte der Heimarbeiter, Zünfte der Einzelhändler. Was die Zunft jeweils bedeutete, ergibt sich erst bei Erkenntnis des Ordnungsgefüges der gewerblichen Wirtschaft. Und nur bei Anwendung der Theorie läßt sich das Funktionieren der Ordnung und lassen sich die großen Kämpfe zwischen den Gruppen der Fernhändler, Handwerker, Heimarbeiter verständlich machen, läßt sich also der Sinnzusammenhang der ganzen Ordnung und damit der wirklichen mittelalterlichen Wirtschaft erkennen.

Greifen wir einmal das späte 13. Jahrhundert heraus und dort die flandrischen Städte, die in Pirenne einen berühmten Schilderer gefunden haben: Brügge, das damals seine große Zeit hatte, Ypern, Gent und die anderen. Zunächst muß die Wirtschaftsordnung dieser Städte erkannt werden. Sie ist eigenartig genug. Bis gegen 1280 waren die Tuchverleger-Patrizier die allein herrschende Schicht. Die Weber, Walker, Färber, Scherer und andere „Handwerker“ arbeiteten in Lohn für die Verleger, wohnten oft in Häusern, die den Verlegern gehörten, und durften sich nicht zu Zünften zusammenschließen. Dagegen waren die Gilden der Verleger geschlossen. Ganz eindeutig war also das „geschlossene Nachfragemonopol“ auf dem Arbeitsmarkt verwirklicht und damit eine wirtschaftliche Machtposition der Verleger gegeben, die durch die politische Beherrschung der Städte durch das Patriziat gesichert und verstärkt wurde. So weit reichte die Macht der Verleger-Patrizier, daß sie das Amt der öffentlichen Aufseher schufen, welche die Arbeit der Handwerker in ihren Häusern kontrollierten. In den Tuchhallen, in die aus dem ganzen Abendland Käufer hinzuströmten, wurden die Tuche verkauft: Zwar nicht so sehr in Konkurrenz der einzelnen Verleger einer Stadt, wohl aber in Wettbewerb der Gilden der verschiedenen Städte, so daß Angebots-Oligopole wenigstens teilweise verwirklicht waren. So viel zur Wirtschaftsordnung. — Wie sich im Rahmen dieser Ordnung die Einkommensbildung der Arbeiter vollzog und wie es zu den großen Einkommen der Verleger-Patrizier kam — das ist durch Anwendung der Theorie des Nachfragemonopols zu klären. Die Frage aber, warum be-

stimmte große Mengen von Tuchen aus Flandern, und von Wolle und Farbstoffen und Lebensmitteln Jahr für Jahr aus bestimmten fernen Gegenden nach Flandern strömten, erfordert die Anwendung gewisser Teile der Theorie des internationalen Handels und der Geldtheorie.

Vom ersten großen Aufstand der Weber um 1280 an und seit der Schlacht bei Kortrijk änderte sich die politische und wirtschaftliche Ordnung der flandrischen Städte. Die Handwerker gewannen an politischem und wirtschaftlichem Einfluß, bildeten Zünfte, setzten ihre Beteiligung an der politischen Führung der Stadt durch und übernahmen in Gent die politische Führung sogar allein. Das wirtschaftliche Ordnungsgefüge war verwandelt: Das geschlossene Nachfragemonopol der Verleger-Patrizier auf dem Arbeitsmarkt war beseitigt, und an seine Stelle traten im Gegeneinander von Gilden und Zünften geschlossene beiderseitige Monopole. Um den Produktionsprozeß sowie die Lohn- und Gewinnbildung in ihrem Wechsel zu erklären, wenden wir die Theorie des beiderseitigen Monopols an. Wir wechseln also die theoretischen Instrumente.

An die Nationalökonomien der historischen Schule sei die Gegenfrage gerichtet, w a r u m diese Anwendung der nationalökonomischen Theorie auf den flandrischen Wirtschaftsablauf des 13. Jahrhunderts nicht stattfinden soll? Es gibt hierfür keinen Grund. Ebenso wenig besteht ein Grund, die jeweils passenden und die jeweils aktuellen Teile der Morphologie und der Theorie auf die Erklärung der Nürnberger oder Lübecker oder Pariser Wirtschaft des 15. Jahrhunderts nicht anzuwenden: Da gab es offene und geschlossene Märkte, Konkurrenz und Monopol in den verschiedensten Formen. Wie kann man sonst den wirtschaftlichen Alltag der Städte in seinem Zusammenhang verstehen? Warum soll die Anwendung nicht auch zur Erklärung des wirtschaftlichen Alltags in ganz andersartigen geschichtlichen Umwelten — wie im vorcolumbischen Amerika oder im alten Ägypten oder in Indien oder in Japan — stattfinden? Warum sollen Form und Auswirkungen der großen Monopole der Ptolemäerzeit nicht durch Anwendung des theoreti-

schen Apparats erklärt werden? Warum die merkwürdige Scheu, einen theoretischen Denkapparat zur Klärung der geschichtlichen Probleme einer Zeit zu verwenden, die diesen theoretischen Apparat noch nicht kannte? Sie ist ebenso grundlos wie schädlich. Dem historistischen Vorurteil liegt nicht nur eine Unterschätzung der Kraft des Denkens zugrunde, sondern auch eine falsche Vorstellung von der Geschichte, die sich aus einer Hypertrophie der Entwicklungsidee ergibt. Vielleicht kann es durch nichts sicherer überwunden werden als durch nähere Erkenntnis der geschichtlichen Sachverhalte⁵⁵).

3. Zugleich ist hiermit aber auch die Grenze der Anwendung und damit die Grenze der Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit bestimmt.

Anwendung der Theorie und damit Aufdeckung der konkreten Zusammenhänge des Wirtschaftsablaufs setzt stets voraus, daß die jeweilige geschichtliche Wirtschaftsordnung in ihrem Gefüge und insbesondere in ihren dominierenden Formelementen vorher bekannt ist. Nur wenn man weiß, welche reinen Grundformen in einer Wirtschaftsordnung vorwiegend verwirklicht waren und sind, kann man entscheiden, welche Teile des theoretischen Apparats zum Einsatz gebracht werden müssen. Wenn wir nicht wissen, ob und wie total zentralgeleitete Wirtschaft oder zentralgeleitete Wirtschaft mit freier Konsumwahl oder Nachfragemonopole oder Angebotsoligopole oder andere Marktformen der Verkehrswirtschaft irgendwo verwirklicht waren, können wir auch die entsprechenden theoretischen Sätze nicht anwenden.

Nun aber sagten wir bereits, daß die Mangelhaftigkeit der Nachrichten die Erkenntnis des Ordnungsgefüges der Wirtschaft für lange Strecken der Weltgeschichte unmöglich macht. In der Antike können wir nur einzelne Wirtschaftsordnungen in ihrem Aufbau und in ihren Formelementen erkennen: So etwa in Ägypten, wo die Papyri ungewöhn-

liche Einblicke erlauben, oder für verschiedene Länder der Spätantike, für die wenigstens gut fundierte Hypothesen möglich sind. Meist aber reichen die Quellen für die Antike nicht aus, ebenso wie für lange Zeiträume des Frühmittelalters und für andere Kulturkreise. Wichtig ist dabei — wovon wir ebenfalls schon sprachen —, daß Mitteilungen über Rechtsinstitutionen noch keinen sicheren Schluß auf den faktischen Aufbau der Wirtschaftsordnung gestatten. Die Nachrichten über das babylonische Recht zur Zeit des Hammurabi, die wir besitzen, bieten noch kein Bild des faktischen Aufbaus der babylonischen Wirtschaftsordnung zu Ende des 3. vorchristlichen Jahrtausends. Wie weit dort die Zone der Zentralverwaltungswirtschaft auf dem Lande und in der Stadt faktisch reichte, in welchen Formen sie verwirklicht war, wo sich verkehrswirtschaftliche Elemente geltend machten, wer die Hauptträger verkehrswirtschaftlicher Beziehungen waren, welche Marktformen und Geldsysteme dominierten, — das alles müßten wir wissen, um die babylonische Wirtschaftsordnung zu erkennen und damit — kraft nunmehr möglicher Anwendung der Theorie — auch den Zusammenhang des Wirtschaftsablaufs. Solange die Nachrichten das faktische Ordnungsgefüge der Wirtschaft nicht erkennen lassen, bleibt die wissenschaftliche Gesamterkenntnis der wirklichen Wirtschaft einer Zeit und eines Volkes Stückwerk⁵⁶).

4. Aus Allem ergibt sich: Die Überwindung der großen Antinomie, die sich der wissenschaftlichen Erkenntnis des wirtschaftlichen Alltags entgegenstellt, gelingt. Diese große Antinomie — so zeigten wir — entsteht dadurch, daß in der Welt der Wirtschaft zunächst ein „invarianter Gesamtstil“ nicht erkennbar ist: Das Wirtschaften wird zu verschiedener Zeit und an verschiedenem Ort in sehr verschiedenen Formen durchgeführt, aber die Zusammenhänge der Wirtschaft können nur in theoretischer Analyse aufgedeckt werden. Beides scheint unvereinbar zu sein. Es fehlt diejenige Gleichförmigkeit, welche in der Natur herrscht und welche z. B. der Physik die Aufwerfung all-

gemein-theoretischer Fragen erlaubt. — Die Lösung der Antinomie gelang deshalb, weil die exakte Untersuchung konkreter Einzelwirtschaften ergab, daß die Wirtschaftsordnungen in ihrem Wechsel und in ihrer unübersehbaren Mannigfaltigkeit aus einer übersehbaren Zahl reiner Formen zusammengesetzt sind, daß also diese Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsordnungen auf einheitliche Formen reduziert werden kann. In diesem Sinne ergibt die Analyse doch eine gewisse, besondersgeartete „Invarianz des Gesamtstils“ der Wirtschaft, das heißt eine Gleichförmigkeit der elementaren Ordnungsformen, welche die theoretische Behandlung und damit — in der Anwendung theoretischer Sätze — die Bewältigung der konkreten Probleme des Wirtschaftsprozesses ermöglicht⁵⁷.

Weiter ergibt sich: Die Erkenntnis der reinen Formen in allen ihren Ausprägungen hat im Erkenntnisprozeß zwei Funktionen: Erstens dient sie — in der Anwendung — als Mittel zur Erkenntnis des Aufbaues der mannigfaltigen geschichtlichen Wirtschaftsordnungen. Zweitens bieten diese reinen Formen die Grundlage für die Gewinnung theoretischer Sätze.

Die ökonomische Theorie aber hat die eine Funktion, kraft Anwendung die Erklärung des Wirtschaftsablaufs in seinem Gesamtzusammenhang und in seinen Verschiebungen zu ermöglichen.

Wie durch Anwendung der Morphologie und der theoretischen Sätze zusammen konkrete Wirtschaft erkannt werden kann, ist in den nächsten drei Abschnitten an einigen Beispielen noch näher zu zeigen.

III. Ein einfacher Fall

Zunächst sei, zwecks Herausstellung einiger wesentlicher Punkte, kurz und an einem einfachen Beispiel veranschaulicht, wie sich wissenschaftliche Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit durchführen läßt. — Es sei die Aufgabe gestellt,

die Wirtschaft Schlesiens und vor allem die Lage der Handwerker um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu untersuchen.

Am Anfang findet man eine ungeordnete Fülle von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Tatsachen vor und von widerspruchsvollen Meinungen der beteiligten Weber, Verleger und anderer Parteien. Wie sind in diesem Chaos die wahren Zusammenhänge und der wahre Sachverhalt auffindbar? Mit Begriffsgebilden wie „Kapitalismus“ oder „Landschaftswirtschaft“ oder anderen „Stufen“ und „Stilen“ ist offensichtlich nichts anzufangen.

Unterstellen wir, daß wir den Apparat an Wirtschaftssystemen und Theorien noch nicht besäßen. Was müßten wir tun? — Wir müßten zunächst durch Untersuchung einzelner Betriebe und Haushaltungen die Wirtschaftssysteme in ihren mannigfaltigen Formen erarbeiten und dadurch die Ordnungsformen, aus denen alle konkreten Wirtschaftsordnungen zusammengesetzt sind, erkennen. Wir hätten sodann den ökonomischen Gesamtzusammenhang im Rahmen dieser reinen Formen zu untersuchen, das heißt Theorien zu erarbeiten, was deshalb möglich ist, weil einfache und übersehbare Bedingungskonstellationen gegeben sind.

Und jetzt — ausgerüstet mit dem doppelten gedanklichen Werkzeugbestand der Morphologie und der theoretischen Aussagen — kehren wir zu den konkreten geschichtlichen Tatbeständen zurück: In den preußischen Staat um die Mitte des 19. Jahrhunderts, zu den religiösen und sozialen Vorstellungen, die damals in Schlesien herrschten, zu den politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen von Einzelnen und von Gruppen, die dort bestanden. Und nun können wir die Tatsachen wissenschaftlich erkennen. — Erstens gelingt es nun, die damalige Wirtschaftsordnung Schlesiens genau zu beschreiben. Dort waren in der Landwirtschaft, mit der die Heimarbeit aufs engste verbunden war, verschiedenartige Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft verwirklicht. Und daneben viele verkehrswirtschaftliche Formen — Marktformen und Geldsysteme — wie z. B. häufig Nachfragemonopole auf dem Arbeitsmarkt. Gewisse idealtypische Formen waren also im damaligen Schlesien „ak-

tuell". Diese Formen fügt die Schilderung der schlesischen Wirtschaftsordnung zu einem Ganzen und bettet sie in die gesamtgeschichtliche Lage des Landes ein. — Zweitens wird der alltägliche Wirtschaftsprozeß untersucht und vor allem die Lage der Weber erklärt. An dieser Stelle werden die theoretischen Sätze angewandt, und zwar diejenigen, die „aktuell“ sind: Z. B. solche der zentralgeleiteten Wirtschaft und des Nachfragemonopols und des internationalen Handels. Es ergibt sich dabei, daß und wie der wirtschaftliche Alltag der Weber bedingt war von nichtwirtschaftlichen Tatsachen der Politik, der überkommenen sozialen Struktur des Landes, seiner Natur, vom technischen Wissen, das die Weber beherrschten — kurz also von den Daten. Und es ergibt sich andererseits, wie dieser wirtschaftliche Alltag, die Löhne der Weber und ihr Lebensstandard, bedingt war von dem gewaltigen wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang, von dem die schlesischen Webereibetriebe und die Haushaltungen der Weber nur ein kleines Teilchen waren, von den Hergängen in den übrigen Teilen der schlesischen und preußischen Wirtschaft, der englischen und der übrigen Webwarenkonkurrenz, von den Lieferanten und Abnehmern, von denen die schlesischen Weber abhängig waren. So wird der wirtschaftliche Alltag in seiner doppelten Verknüpfung nach der nichtwirtschaftlichen und nach seiner wirtschaftlichen Seite hin erklärt.

Mit dieser Erkenntnis der Wirtschaftsordnung und des Wirtschaftsablaufs in Schlesien ist die Aufgabe gelöst, in dem scheinbaren Chaos einzelner Tatsachen ist Einheit und Zusammenhang entdeckt.

IV. Wirtschaftliche Entwicklung

1. Alle konkrete Wirtschaft ist dynamisch. Stets und überall. Zwar hat es in früheren Zeiten Jahrtausende kultureller Stabilität gegeben, und mit Recht warnen manche Historiker davor, den immer aktiven Veränderungsdrang der heutigen Menschen in andere Zeiten hineinzuprojizieren.

In vielen Kulturkreisen und während der Jahrzehntausende der Steinzeit — des weitaus längsten Teils menschlicher Geschichte — zeigt auch die Wirtschaft selten rasche, meist nur sehr langsame Veränderungen. Die wirtschaftlichen Institutionen mögen damals Jahrhunderte oder Jahrtausende lang gleichgeblieben sein. Aber auch dann haben Kriege, Klimaschwankungen und Seuchen fortwährend gewisse Verschiebungen des Wirtschaftsablaufs erzwungen.

Alles wirtschaftliche Werden kann in zwei Formen zum Ausdruck gelangen: In Veränderung der konkreten Wirtschaftsordnung und in Veränderung des Wirtschaftsprozesses, der innerhalb dieser Ordnung abläuft. Das heißt: Das Ordnungsgefüge der Wirtschaft erfährt Umgestaltungen. Das ist das Eine. Und der wirtschaftliche Alltag wiederholt sich nicht in völlig gleicher Weise, sondern Art und Ausmaß der Güterversorgung, Einsatz der produktiven Kräfte, Größe des Produktionsmittelapparates, angewandte Technik und Standort verändern sich. Das ist das Andere. Jede Umgestaltung der Wirtschaftsordnung bewirkt eine Umlenkung des Wirtschaftsprozesses. Aber nicht umgekehrt: Nicht jede Verschiebung des Wirtschaftsprozesses braucht die Wirtschaftsordnung umzuformen.

Entfaltung der Wirtschaftsordnung, Ausdehnung des alltäglichen wirtschaftlichen Geschehens und Rückbildung der Wirtschaftsordnung sowie Schrumpfung des Wirtschaftsprozesses wechseln in der Weltgeschichte ab. Wirtschaftlicher Niedergang fand sich z. B. im späten römischen Reich oder im alten deutschen Reich des ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts. Wirtschaftliche Entfaltung indessen im östlichen Teil der Mittelmeerwelt während des 3. vorchristlichen Jahrhunderts oder in Deutschland während des 13. Jahrhunderts — verbunden mit der großen politischen und wirtschaftlichen Ausdehnung nach dem Osten. Einen riesigen Entwicklungsprozeß der Formen und des Wirtschaftsherganges stellt schließlich die Industrialisierung dar, die in England um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert begann und die seitdem die Welt erschüttert. — Darüber wurde in anderen Teilen die-

ses Buches genug gesagt. Nur ein Zusatz ist nötig. Er erstreckt sich auf das Problem der Konjunktur, also auf die jeweiligen Verschiebungen der konkreten Wirtschaftsprozesse.

Dabei denken wir nur an die Konjunkturerscheinungen, die im Zuge des modernen Industrialisierungsprozesses aufgetreten sind. Nicht als ob es früher an Konjunkturschwankungen gefehlt hätte. Vielmehr gab es solche im Altertum, Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit durchaus. Konzentrieren wir uns aber auf die Konjunkturbewegungen des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts, so zeigt sich: Industrialisierung heißt Investition von Kapital, Bau von Fabriken, Eisenbahnen, Maschinen, Hochöfen. Straßen, Häusern. (Was Investition ist, wurde auf S. 208 f. kurz erörtert: Verlängerung von „Ausreifungszeiten“ teils kraft „Rückversetzung“ von Produktionsmitteln, teils kraft „Produktionswegverlängerung“.) Nun vollzogen sich Industrialisierung und damit Investitionen bisher seit Beginn der Industrialisierung stoßweise. Das Wachsen der Investitionen ging in wechselndem Tempo vor sich. Bei Häufung der Investitionen während eines Zeitraumes sprechen wir von „Aufschwung“, bei Nachlassen der Investitionen von „Depression“. Nicht als ob die Konjunkturbewegungen der letzten anderthalb Jahrhunderte überall und ausschließlich in Schwankungen des Investitionstempos bestanden hätten. Das war nicht der Fall. Durch Mißernten oder Bedürfnisverschiebungen oder Erfindungen z. B. sind ganze Länder Teile und Länder in wirtschaftliche Depressionen gestürzt worden. Aber trotzdem bleibt die Hauptsache, welche den meisten modernen Konjunkturbewegungen ihren Charakter verleiht, die Schwankung im Investitionstempo. — Insoweit tragen die meisten einen ähnlichen Charakter.

Warum und wie aber diese Investitionsschwankungen jeweils stattfanden, ist ganz von der gesamtgeschichtlichen Lage eines Landes und einer Zeit bedingt. Es gab und gibt keinen eigengesetzlich-zwangsläufigen Verlauf der Konjunkturen. — Richtung und Art der Investitionen hängen zunächst von der Wirtschafts-

ordnung ab. Im Rußland des 4. Jahrzehnts unseres Jahrhunderts vollzogen sie sich ganz anders als im gleichzeitigen England, und im Deutschland von 1927 ganz anders als im Deutschland von 1935. Ob und wie in einer Wirtschaftsordnung Elemente der zentralgeleiteten Wirtschaft oder der Verkehrswirtschaft dominieren oder ob in einer vorwiegend verkehrswirtschaftlichen Wirtschaftsordnung Elemente des Monopols oder der Konkurrenz überwiegen, ist für Lenkung, Dauer und Umfang der Investitionsprozesse und damit der Konjunkturgestaltung in den einzelnen Ländern von ganz entscheidender Wichtigkeit. — Doch auch die übrigen Daten des Wirtschaftsprozesses werden durch das gesamtgeschichtliche Werden dauernd umgestaltet. Der Krieg 1914—1918 z. B. hat die Wirtschaftsprozesse vieler Länder nicht nur durch Veränderung der Wirtschaftsordnungen, sondern auch durch Verschiebung der Bedürfnisse und Herausziehung von Millionen von Arbeitern aus ihrer bisherigen Tätigkeit tiefgreifend beeinflußt. Alle folgenden großen außen- und innenpolitischen Ereignisse wirkten auf die Konjunkturbewegung der einzelnen Länder. So in Deutschland der Versailler Vertrag, das Dawes-Abkommen, die innerpolitisch bedingte Lohnpolitik seit 1923, die Kartellpolitik, die Politik gegenüber den Auslandskrediten und seit 1933 die staatliche Verschuldung zwecks Anregung und Beschleunigung der Investitionen und die besondere Politik eines festen Devisenkurses. Anders England mit seiner andersartigen Wirtschaftspolitik: mit der Abwertung von 1931 und der Politik der Kapitalmarktverflüssigung. Deutsche und englische wirtschaftliche Entwicklung seit 1931 können in ihrer ganzen Verschiedenheit nur als Teile der verschiedenartigen gesamtgeschichtlichen Entwicklung und in Verknüpfung mit der verschiedenen Struktur beider Staaten verstanden werden.

Gewiß ist es richtig, daß bei der heutigen Struktur der Staaten jede Wirtschaftskrise eine Staatskrise zu werden droht. Aber umgekehrt bestimmt auch die Politik die konkreten Daten der jeweiligen Konjunkturbewegung entscheidend mit. Man wende nicht ein, das gelte erst für die Zeit nach

dem Kriege 1914/18. Durchaus nicht. Wenn das Deutsche Reich in den letzten vier Jahrzehnten vor dem Kriege 1914/18 ein bestimmtes Eigentumsrecht, Schuldrecht, Gewerbe- und Gesellschaftsrecht hatte, wenn es sich fest an die Goldwährung hielt und einem bestimmten Handelsvertragssystem zugehörte, so schuf der Staat hiermit bestimmte Spielregeln, von deren Gestalt der Investitionsprozeß ebenfalls entscheidend mitbedingt war. Das gilt bis in viele Einzelheiten hinein. Hätte Deutschland z. B. 1892 nicht die Gesellschaftsform der G. m. b. H. eingeführt, die eine Beschränkung der Haftung ohne Offenlegung der Bilanz ermöglichte, so wäre zweifellos die Zahl der Investitionen nicht so groß und damit das Tempo der deutschen Aufschwungsbewegungen nicht so lebhaft geworden, wie es tatsächlich war. Auch damals, als vom Staate nicht unmittelbar in den Konjunkturverlauf eingegriffen wurde, beeinflusste er ihn in starkem Maße — eben durch diese seine Wirtschaftspolitik.

Bedenkt man zugleich, daß neben der Politik andere geschichtliche Fakten, wie z. B. die Bevölkerungsbewegung, die konkreten wirtschaftlichen Daten bestimmen — es sei nur an den Unterschied der Bevölkerungsbewegung in Deutschland und in Frankreich während des letzten halben Jahrhunderts erinnert — so erklärt sich die Beobachtung: Jede Konjunkturbewegung, also jede Veränderung des wirtschaftlichen Alltags, ist individuell; sie ist eine „einzigartige, historische Episode, die von allen anderen in wichtigen Zügen abweicht und nie wiederkommt.“ (W. C. Mitchell.) Jede Konjunkturlage — sei es nun die Deutschlands zwischen 1926 und 1933 oder zwischen 1903 und 1907 oder sonst wo und sonst wann — jeder Aufschwung und jede Depression muß in ihrer besonderen Zeit und in ihrem besonderen Lande gesehen werden. Die Konjunkturbewegungen sind nicht gleichförmig.

Es gibt keinen Normal-Zyklus der Konjunktur.

2. Daraus ergibt sich, daß „dynamische Theorien“ oder „Konjunkturtheorien“, die allgemeingültige Aussagen über

angeblich regelmäßig wiederkehrende Verschiebungen des konkreten wirtschaftlichen Alltags versuchen, scheitern müssen.

Wäre die Industrialisierung ein Hergang für sich, der — einmal begonnen — einen bestimmten Ablauf nehmen mußte und muß — ähnlich wie ein chemischer Prozeß nach Mischung bestimmter chemischer Stoffe mit Notwendigkeit abläuft —, dann könnte an eine Erfolgsmöglichkeit „dynamischer Theorien“ eher gedacht werden. Zweifellos ist es diese Vorstellung, die vielen neueren Schöpfern dynamischer Theorien vorschwebt. Man sieht das wirtschaftliche Lebensgebiet, auf dem sich in den letzten anderthalb Jahrhunderten ein großer Entwicklungsprozeß vollzog, und man will nun für diesen Zeitraum und für den sog. „Kapitalismus“ Entwicklungsgesetze finden, wie der Chemiker Gesetze chemischer Reaktionen oder der Biologe Entwicklungsgesetze der Pflanze tatsächlich findet. So sehr ist man dieser Grundvorstellung verhaftet, daß viele sie überhaupt als selbstverständlich ansehen. Man schottet die Wirtschaft gedanklich von den anderen Lebensgebieten ab.

Oder aber die dynamische Theorie basiert, wie bei Marx und bei seinen Schülern, auf der sog. materialistischen Geschichtsauffassung — der Ansicht also, daß alles religiöse, politische und sonstige geschichtliche Sein vom technisch-wirtschaftlichen Unterbau abhängt. Danach erhebt sich z. B. auf der Grundlage des Werkzeugs und des Handwerks ein anderer religiös-kulturell-staatlicher Überbau als auf der Grundlage der Maschine und der Fabrik. Alle Geschichte wird also auf gewisse technisch-ökonomische Grundtatsachen zurückgeführt. Wenn diese Geschichtsansicht richtig wäre — hätte die dynamische Theorie nicht nur eine Grundlage, sondern sie würde zur Basis alles Geschichtsverstehens überhaupt. Sie würde zur Grundwissenschaft der Historie. Denn aus dem Verlauf des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses ließe sich die Entwicklung von Religion, Staat, Kultur und allem anderen erkennen.

Ob man nun die Wirtschaft gedanklich aussondert, oder ob man in ihr nach Art von Marx die einzige Grundlage ge-

schichtlichen Werdens sieht oder ob man beides zu verbinden sucht — in allen Fällen ist die Position unhaltbar. Und zwar ist es nicht subjektives Ermessen, das zur Ablehnung führt. Die geschichtliche Erfahrung selbst zwingt dazu. Tag für Tag bestätigt es sich, daß alle wirtschaftliche Entwicklung nur als Glied des konkreten, gesamtgeschichtlichen Seins verstanden werden kann. Alle dynamischen Theorien oder Konjunkturtheorien können aber die entscheidenden Einflüsse nicht berücksichtigen, welche das wirtschaftliche Werden fortwährend von außerwirtschaftlichen Fakten erhält.

Das Versagen der dynamischen Theorien und der Konjunkturtheorien ist gerade seit dem Ausbruch des Krieges 1914/18 offenbar geworden. Jahr für Jahr erleben wir, wie stark das wirtschaftliche Geschehen von außen- und innenpolitischen Ereignissen und von Kriegen bestimmt ist. Wir sehen, daß nicht nur die vielen großen politischen Ereignisse dieser Epoche selbst, sondern daß allein das Moment außen- oder innenpolitischer Unsicherheit genügt, um die Wirtschaftspläne der Unternehmer, ihre Erwartungen, ihre Handlungen, das Investitionstempo und alles übrige wirtschaftliche Geschehen zu beeinflussen. Die sorgfältigste Verfeinerung von dynamischen Theorien oder Konjunkturtheorien nützt nichts. Der Fundamentalfehler, auf dem alle diese Versuche beruhen, kann dadurch nicht beseitigt werden. Die Sprache der Tatsachen ist überwältigend. — Noch ein Beispiel, und zwar eines von weltgeschichtlicher Bedeutung: Die Zerstörung der außenpolitischen, handelspolitischen und währungspolitischen Ordnung, in deren Rahmen vor 1914 der Welthandel stattfand und deren Wiederaufrichtung nach dem Kriege nicht gelang, war eine wesentliche Ursache für den Verfall der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und dieser Verfall wiederum eine wesentliche Ursache für die schweren Depressionen, die 1929 begannen. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung der Welt während dieser Jahrzehnte war entscheidend durch den Zusammenbruch der internationalen politischen Ordnung bestimmt. Wie aber soll ein solches großes, einmaliges, politisches Faktum in Kon-

junkturtheorien berücksichtigt werden, welche allgemeingültige Erklärungen für den Konjunkturverlauf geben wollen?

Man fragt sich: Wie konnte es zu solchen Versuchen, allgemeingültige Aussagen über eine angeblich notwendige konkrete wirtschaftliche Entwicklung zu geben, kommen? — Die Grundlage hierfür bot die Tatsache, daß der heutige Mensch an eine aufspaltende Geschichtsbetrachtung durch Jahrzehnte hindurch gewöhnt ist. Die Spaltung der Geschichtswissenschaft in politische, Wirtschafts-, Geistes-, Rechts-, Religions-, Kunstgeschichte hat verhängnisvoll gewirkt. So verlernten wir, geschichtliche Ereignisse in ihrem gesamtgeschichtlichen Zusammenhang zu sehen. Daneben spielten in Untersuchungen der Veränderungen des wirtschaftlichen Alltags noch zwei andere, besondere Irrtümer mit.

Zunächst ein Verkennen des logischen Charakters der nationalökonomischen Theorie. Wenn man glaubt, die Theorie beschreibe konkrete Hergänge, so liegt der Gedanke an dynamische Theorien und Konjunkturtheorien nahe. Die Beschreibung, die bei Schilderung eines statischen Zustandes gegeben wird, entspricht offensichtlich nicht der vollen Wirklichkeit. Denn in der Wirklichkeit wiederholt sich eben nicht Jahr für Jahr der Wirtschaftsprozeß in gleicher Weise. Die statische Theorie scheint nicht auszureichen und die Erfahrung scheint zu verlangen, daß man „dynamische Theorien“ finde, welche konkretes wirtschaftliches Werden beschreiben. Verständlich ist es also, daß die Konstrukteure dynamischer Theorien glauben, der Wirklichkeit näher zu kommen — obwohl sie sich in Wahrheit davon entfernen. Sobald man erkennt, daß theoretische Sätze über die Existenz von Tatsachen nichts aussagen, sondern daß sie hypothetischen Charakter tragen, daß sie gedankliche Instrumente zur Erkenntnis konkreter Wirtschaft sind und daß somit auch — wie wir zeigten — der statische Zustand eine Idee ist, welche der Erkenntnis der

Wirklichkeit zwar dient, sie aber nicht beschreibt —, klärt sich die Situation.

Weiter: Die Schöpfer dynamischer Theorien glaubten zu sehen, daß das wirtschaftliche Leben oft seine Daten selbst ändert. Auch insofern — so schlossen sie — genügt die sog. „statische Theorie“ nicht. Die „dynamische Theorie“ soll also die Zerstörung der bisherigen Daten durch wirtschaftliche Hergänge und die wirtschaftliche Entwicklung, soweit sie hierdurch bedingt ist, zum Gegenstand haben. Wirkten nicht viele wirtschaftliche Erscheinungen — auch wenn sie von den Daten bestimmt sind — ihrerseits später auf die Gestalt der Daten zurück? Ich glaube, an diesen Tatbestand dachten die meisten Theoretiker, welche seit Marx dynamische Theorien zu schaffen suchten. — Faktisch ist ein solcher Zusammenhang oft gegeben. Vergrößerung der Betriebe kann zu Kartellbildung führen, also zur Verwirklichung einer anderen Marktform. Starke Goldabströme können zu Suspendierung der Goldwährung den Anstoß geben. Wir sprachen gegen Ende des vorigen Kapitels (S. 245 f.) von zwei anderen Fällen: Ein niedriger Lohn gibt Anlaß zum Eingreifen des Staates und zur Veränderung der Ordnung der Arbeitsmärkte, und ein fallender Preis auf dem Kohlenmarkt gibt den Anstoß zu technischen Erfindungen. Aber dort zeigte sich auch, daß kein *n o t w e n d i g e r* Bedingungs-zusammenhang zwischen solchen ökonomischen Tatsachen (niedriger Lohn oder fallender Preis) und Datenänderungen (andere Arbeitsmarktordnung und neues technisches Wissen) besteht. Viele verschiedenartige, nicht-ökonomische Vorbedingungen müssen ebenfalls erfüllt sein, damit die Rückwirkung sich jeweils durchsetzt. Was dort an zwei Beispielen gezeigt wurde, gilt allgemein: Gesamtwirtschaftliche Daten sind ihrerseits stets von vielen anderen Tatsachen nichtwirtschaftlicher Art zugleich geformt. Somit sollte niemals ein *n o t w e n d i g e r* Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Geschehen und Datenänderung behauptet werden: Eine Kohlenpreissenkung, die in einem Lande zu technischen Erfindungen auf dem Gebiete der Kohलगewinnung den Anlaß gibt, verfehlt diese Wirkung

in einem anderen Lande, wo die wissenschaftlich-technische Initiative geringer ist. Ob die Vergrößerung der Betriebe tatsächlich zur Kartellbildung führt, hängt von der Mentalität der Unternehmer, der Rechtsprechung und Gesetzgebung und anderen Dingen ab. Allgemeingültige, dynamisch-theoretische Aussagen über die Einwirkung des Wirtschaftsherganges auf die Daten sind unmöglich.

Freilich ist diesem Ergebnis noch eine Feststellung hinzuzufügen. Es gibt „unstable Ordnungen“, welche die Tendenz haben, sich umzuwandeln. Ein Markt, auf dem z. B. beiderseitiges Monopol oder beiderseitiges Teilmonopol oder Angebotsoligopol besteht, ändert nicht selten seine Marktform. Die Gleichgewichtslosigkeit des Wirtschaftsprozesses in diesen Marktformen erzeugt ein Streben, in eine stabilere Marktform überzugehen. Nicht selten werden z. B. Angebotsoligopole zu Kollektivmonopolen; aus oligopolistischen Machtkämpfen weniger Firmen entwickeln sich Kartelle. Oder man denke an die Entwicklung der Arbeitsmärkte in vielen Ländern während des 20. Jahrhunderts. Wo sich beiderseitige Teilmonopole der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bildeten und wo infolgedessen mit Sperren — d. h. Aussperrungen und Streiks, diesen starken Äußerungen der Gleichgewichtslosigkeit — gekämpft wurde, sah sich vielfach der Staat veranlaßt, zu vermitteln oder Löhne festzusetzen oder sogar zentralverwaltungswirtschaftlich die Verwendung der Arbeitskräfte zu lenken. Dann wich das beiderseitige Teilmonopol der zentralverwaltungswirtschaftlichen Form. — Und weil solche unstable Marktformen in der industrialisierten Welt oft realisiert waren, wurde von hier aus ein Anstoß zum raschen Wandel der Wirtschaftsordnungen gegeben. Hier wirkte sich also der Wirtschaftsprozess — durch seine Gleichgewichtslosigkeit — auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung aus. — Aber auch hier liegt keine Zwangsläufigkeit der Entwicklung vor. Aus dem Angebotsoligopol muß kein Kartell entstehen, und es gibt Staaten, die durch Streiks und Aussperrungen nicht bewogen werden, die Formen der Arbeitsmärkte zu ändern. Und so bietet auch dieser Tatbestand — also die

Existenz instabiler Märkte und Wirtschaftsordnungen —
kein Feld für eine dynamische Theorie.

3. So viel zur Kritik. Welches aber ist die positive Antwort? — Wie kann konkretes wirtschaftliches Werden und wie können vor allem konkrete Konjunkturschwankungen mit Erfolg untersucht werden? — Wiederum gilt, was auch sonst gilt: Eindringen in die Besonderheiten der individuellen Erscheinungen (3) schafft die Voraussetzung für geschichtliche und theoretische Behandlung (4) und führt zur Aufdeckung der gesuchten Zusammenhänge. Die Eigenart der einzelnen Konjunkturbewegung darf die Konjunkturforschung nicht zurücktreten lassen, was durch die Versuche geschah, einen „Normalzyklus“ zu konstruieren. Im Gegenteil muß sie diese Eigenart deutlich hervorheben.

Als Beispiel konfrontieren wir den deutschen wirtschaftlichen Aufschwung von 1903—1907 mit dem Aufschwung von 1933 bis zum Kriegeausbruch. Die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaftsordnung seit 1933 zunehmend Züge der Zentralverwaltungswirtschaft trug, gab dem Konjunkturhergang bis ins Einzelne hinein einen anderen Verlauf als 1903—1907. Beiden Aufschwüngen war zwar gemeinsam, daß sich in ihnen das Investitionstempo gegenüber früher beschleunigte. Aber wie es zunahm und wie sich der ganze Wirtschaftsprozeß einschließlich der Einkommensbildung veränderte, war hier und dort durchaus verschieden. In den Jahren nach 1933 wurden die Preise und Löhne staatlich festgehalten, im Aufschwung 1903—1907 nicht. Noch mehr: Hier bedeutete die Preisbildung etwas anderes, viel weniger, als damals. Denn damals, in einer Wirtschaftsordnung, in welcher verkehrswirtschaftliche Elemente dominierten, war die Preisbildung der Regulator des Wirtschaftsprozesses; hier indessen nicht. Je mehr die Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft überwogen, um so mehr wurde der Preis zu einer bloßen Rechengröße; die Lenkung des Wirtschaftsprozesses aber vollzogen Zentralverwaltungskörper mit ihren Wirtschaftsplänen, Bewertungen, Befehlen und Zuweisungen. Dies galt für alle

Preise, auch für den Zins. Im Aufschwung 1903—1907 war die Bewegung des Zinses, wie sie auf den verschiedenen Kapital- und Geldmärkten stattfand, mitentscheidend für Umfang und Verlauf des Investitionsherganges; nach 1933 aber bedeutete der Zins wenig und seine Rolle wurde immer mehr zur Nebenrolle, je mehr die Investitionen von der Anregung oder Genehmigung der Zentralverwaltungskörper abhängig wurden, und je weniger er sich nach der faktischen Kapitalknappheit bildete. Auch die Banken und die Bankpolitik bedeuteten in beiden Fällen durchaus Verschiedenes. Damals waren die Banken zusammen mit ihren privaten Kreditnehmern die Lenker der Investitionen, nach 1933 gaben sie im Rahmen einer anderen Wirtschaftsordnung ihre Funktion immer mehr ab.

Unterschiede in der internationalen Ordnung der Wirtschaftsbeziehungen beeinflussten die beiden Konjunkturerhänge ebenfalls. Goldwährung und langfristige Handelsverträge mit geringen Handelshemmnissen schufen am Jahrhundertanfang noch eine internationale Konjunkturgemeinschaft, die sich auf den deutschen Aufschwung und sein Ende wesentlich auswirkte. Ganz anders in der zweiten Periode, in der diese internationale Konjunkturgemeinschaft fehlte und in welcher der Wirtschaftsprozess in den einzelnen Staaten durch die autonome Konjunkturpolitik der einzelnen Regierungen wesentlich beeinflusst wurde.

Freilich war nicht nur der Unterschied der Wirtschaftsordnungen im ersten und im vierten Jahrzehnt der Ursprung des verschiedenen Ablaufs der beiden Aufschwünge. Andere besondere Ereignisse haben die Daten ebenfalls gestaltet und sind für die beiden Konjunkturerhänge in Deutschland wesentlich geworden. In der Zeit zwischen 1903 und 1907 z. B.: Viele guten Ernten, die starke Bevölkerungsvermehrung, der russisch-japanische Krieg. Im vierten Jahrzehnt andere, wohl bekannte Geschehnisse — so vor allem die Aufrüstung. — Die beiden verglichenen Aufschwünge waren somit nicht die gleiche Erscheinung in verschiedenem Gewand, sondern der „Aufschwung“ war 1903—1907 etwas durchaus anderes als der „Aufschwung“

30 Jahre später. Die Gleichheit des Wortes darf nicht täuschen.

4. Was wird mit dieser Herausarbeitung der besonderen Züge jeder konkreten Konjunkturbewegung, die der Anwendung des morphologischen Apparates bedarf, erreicht? — Entscheidendes. Und zwar nach z w e i Richtungen hin. Auf der e i n e n Seite führt sie ohne weiteres zur Erkenntnis des Zusammenhanges zwischen wirtschaftlichem und gesamtgeschichtlichem Werden. Die Verschiedenheit der deutschen Wirtschaftsordnungen im ersten und im vierten Jahrzehnt des Jahrhunderts hängt z. B. aufs engste mit der verschiedenen Struktur des Staates zusammen. Sobald das jeweilige wirtschaftliche Ordnungsgefüge erkannt ist, wird es möglich, diesen Zusammenhang zu sehen. Ebenso den Zusammenhang zwischen der alten außenpolitischen Ordnung und ihren wirtschaftlichen Auswirkungen oder der außenpolitischen Situation im vierten Jahrzehnt und ihrer Verknüpfung mit den wirtschaftlichen Hergängen. Zugleich und z w e i t e n s wirkt sich diese Herausarbeitung des Besonderen nach einer ganz anderen Seite hin aus — und hiermit nähern wir uns wieder dem punctum saliens: Gerade weil so die I n d i v i d u a l i t ä t jeder Konjunkturschwankung und des wirtschaftlichen Ordnungsgefüges, in dem sie stattfindet, voll herausgestellt wird, führt man sie t h e o r e t i s c h e r Behandlung zu, welche es ermöglicht, den Zusammenhang der wirtschaftlichen Veränderungen zu erkennen. Denn hierdurch und n u r hierdurch ist die Voraussetzung dafür geschaffen, den theoretischen Apparat der Nationalökonomie erfolgreich anzuwenden. — Untersuchen wir den Aufschwung 1903-1907, so greifen wir zur Theorie der Verkehrswirtschaft. Die Preistheorie ist aktuell. Ebenso die theoretische Analyse des zeitlichen Aufbaues der Produktion in der Verkehrswirtschaft und die verkehrswirtschaftliche Zinstheorie. In der Theorie des internationalen Handels und in der Geldtheorie sind diejenigen theoretischen Sätze, welche die Goldwährung zugrunde legen, aktuell und müssen angewandt werden. Bei Untersuchung des Auf-

schwunges 1933—1939 aber wechseln wir die theoretischen Werkzeuge. Nunmehr waren die Bewertungen der Zentralstellen für den Wirtschaftsprozeß maßgebend, die Preistheorie verliert also an Aktualität und die werttheoretischen Sätze, die an einer zentralgeleiteten Wirtschaft gewonnen sind, rücken an ihre Stelle. Die Theorie des zeitlichen Aufbaues, welche die zentralgeleitete Wirtschaft untersucht, wird aktuell, und ebenso wechseln in der Theorie des internationalen Handels und in der Geldtheorie die aktuellen Teile. Auf diese Weise gelingt es, die einzelnen Konjunkturerscheinungen, also die einzelnen Veränderungen des konkreten wirtschaftlichen Alltags in ihrer gegenseitigen Bedingtheit und in ihrer Abhängigkeit von den Daten zu erkennen und so die Fakten nicht in einem bloßen Nebeneinander, sondern in ihrer Verknüpfung zu sehen. — Hiermit öffnet sich ein Problemgebiet von besonderer Lebenswichtigkeit, das der Anwendung der theoretischen Sätze bedarf: eben die Gesamtheit konkreter Konjunkturfragen. Nur in Anwendung theoretischer Sätze wird diese Seite wirtschaftlicher Wirklichkeit, werden die jeweiligen Verschiebungen konkreter Wirtschaftsprozesse erkannt.

Aber: Diese Anwendung der Theorie gelingt nur, wenn eine wichtige Voraussetzung vorher erfüllt ist. Damit nämlich der theoretische Apparat geeignet ist, so auf die konkreten Konjunkturerscheinungen und auf die Probleme wirtschaftlichen Werdens überhaupt angewandt zu werden, muß er in besonderer Weise ausgestaltet sein. Es genügt nicht, daß die Theorie lediglich einen vorhandenen statischen Zustand darzustellen sucht. Vielmehr muß sie — soll sie in ihrer Anwendung konkrete Veränderungen erklären — auch in ausreichendem Umfange hypothetische Urteile über die Wirkungen von Datenänderungen enthalten. Das heißt: Es ist die Verwendung der „Variationsmethode“ notwendig.

Die Variationsmethode arbeitet so, daß durch Variation eines gesamtwirtschaftlichen Datums ein hypothetischer statischer Zustand gedanklich zerstört und nun untersucht

wird, welche Verschiebungen im Gesamtzusammenhang der Wirtschaft eintreten, in welcher Reihenfolge sie stattfinden und welche Reibungen wirksam werden — bis sich ein neuer statischer Zustand einstellt. Schließlich vergleicht man den Endzustand mit dem statischen Zustand, von dem man ausging, und kann auf diese Weise die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Datenvariation ermitteln. Wir gehen also z. B. von einem statischen Zustand der Verkehrswirtschaft mit einer bestimmten Mischung von Märkten des Monopols und der Konkurrenz und mit einem bestimmten Geldsystem aus, nehmen *ceteris paribus* an, es werde eine technische Erfindung gemacht, untersuchen, welche Veränderungen eintreten, vergleichen dann den neuen statischen Zustand mit dem alten und erkennen so, wie durch die Erfindung und ihre Anwendung Produktionsgrößen, Produktionsrichtung, Einkommen, zeitlicher Aufbau der Produktion, die Standorte der Produktion usw. verändert wurden. Am Anfang und am Ende können statische Zustände vollkommenen allgemeinen Gleichgewichts gegeben sein oder auch statische Zustände, in denen Teile der Produktionsanlagen, der Arbeitskräfte und Vorräte unausgenützt sind, in denen also das allgemeine vollkommene Gleichgewicht fehlt. Es kann auch sein, daß durch die Datenvariation ein statischer Zustand mangelnden Gleichgewichts in einen solchen vollkommenen Gleichgewichts überführt wird und umgekehrt. Beides muß aus der theoretischen Analyse des Variationsablaufs nachgewiesen werden. Immer aber steht am Anfang und am Ende der Variation ein statischer Zustand. — Eine haltbare ökonomische Begründung der von Keynes, Pigou u. a. vertretenen Meinung, daß nach einer Störung ein neuer statischer Zustand nicht wieder erreicht werden könne, fehlt. Fallenlassen der Idee des „statischen Zustandes“ bedeutet aber Verzicht auf Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung.

Daß in der wirtschaftlichen Wirklichkeit die Bewegung zu einem neuen statischen Zustand hin durch neue Datenveränderungen regelmäßig unterbrochen wird, ist richtig. Aber daraus ist kein Einwand gegen diese Methode herzuleiten.

Denn nur mit ihrer Hilfe gelingt die Erkenntnis, in welcher Richtung eine Datenvariation von Anfang an wirksam wird. Setzen wir den Fall, in einem Lande, in dem infolge ungünstiger Witterung eine Mißernte eintritt und den internationalen Handel sowie den Zahlungsbilanzausgleich verschiebt, werde die Tendenz zu einem neuen statischen Zustand durch eine Zollerhöhung unterbrochen und die Auswirkung der Zollerhöhung wieder durch eine Änderung in der Kreditpolitik im gleichen Lande und so fort. Trotzdem ist der neue statische Zustand, der nach einer Mißernte bei länger dauernder sonstiger Störungslosigkeit eintreten würde, höchst interessant, obwohl er infolge anderer konkreter Datenvariationen tatsächlich nicht erreicht wird. Denn man ersieht aus ihm, in welcher Richtung sich vom ersten Augenblick der Datenveränderung an — also auf Grund der Mißernte — die Bewegung vollzieht. Die Feststellung, daß sich ein bestimmter neuer statischer Zustand auf die Dauer einspielt, darf nicht mißverstanden werden, wie er tatsächlich mißverstanden wurde: Sie bedeutet nicht, daß der neue statische Zustand nicht von Interesse ist, wenn er nicht erreicht wird. Vielmehr kommt es auf die Bewegung zu ihm hin an, die sofort nach der Datenvariation erfolgt. Habe ich mit Hilfe der Variationsmethode theoretisch erkannt, wie die Zahlung einer Kriegsentschädigung auf den wirtschaftlichen Alltag einer Verkehrswirtschaft wirken muß, so gibt mir die Anwendung dieses Ergebnisses auf den deutschen Fall nach 1929 die Fähigkeit, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Phänomenen — wie z. B. Verschlechterung der Devisenkurse, Wachsen der Arbeitslosigkeit, Fallen der Warenpreise, Umschlag der Handelsbilanz — zu verstehen —, auch wenn das Erreichen eines neuen statischen Zustandes durch zahlreiche andere konkrete Datenveränderungen verhindert wurde.

Die Variationsmethode versagt indessen, wenn sie nicht in der richtigen Form durchgeführt wird. Sie versagt z. B., wenn sie nur von einem Zustand vollkommenen allgemeinen Gleichgewichts ausgeht, der ja in der wirtschaftlichen Wirklichkeit sehr selten auch nur annähernd verwirklicht ist,

und wenn sie statische Zustände mangelnden allgemeinen Gleichgewichts einfach beiseite läßt. — Sie versagt weiter, wenn die Abfolge der einzelnen Vorgänge bis zum neuen statischen Zustand nicht genau untersucht wird, sondern wenn einfach der neue neben den alten statischen Zustand gestellt wird. Dies ist ein Fehler, den schon Ricardo beging — worüber er sich übrigens selbst in einem Brief an Trower äußerte — und der sehr oft von der Lausanner Variante der modernen theoretischen Forschung begangen wird. Da jede Verschiebung des wirtschaftlichen Alltags Übergang ist, kann ein Nebeneinander von Bildern statischer Zustände zu seiner Erklärung nicht genügen. Wenn z. B. bei theoretischer Analyse der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer einmaligen großen Kriegsentschädigung, die Land A an Land B leistet, einfach der statische Endzustand dem statischen Ausgangszustand gegenübergestellt wird, so ist damit sehr Wichtiges ausgelassen: Nämlich die Umstellungen auf den Devisenmärkten, Kapitalmärkten, Arbeitsmärkten und in den Güterströmen werden in ihren Zusammenhängen und in ihrer Zeitdauer nicht untersucht. Wie soll die Anwendung solcher theoretisch-statischer Schemen auf konkrete Fälle etwas leisten? Da kommt es gerade auf die Umstellungen in ihrer Richtung und ihrer Zeitdauer sowie auf die Friktionen an, die dabei auftreten. Aber hier versagt nicht die Variationsmethode überhaupt; sondern die unvollständig verwandte Variationsmethode desavouiert die richtig und vollständig durchgeführte.

Drittens versagt die Variationsmethode, wenn das theoretische System unvollständig ist. Z. B.: Wenn die ökonomische Theorie nicht von den wirtschaftlichen Plänen ausgeht und nicht zu der Distanz von Plandaten und faktischen Daten und auch — in der Verkehrswirtschaft — zum Unterschied von einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Daten gelangt. Dann ist in der Theorie das wesentliche Moment des Irrtums, der Unsicherheit und des Risikos nicht beachtet oder es ist ihm nicht der zentrale Platz zugewiesen, der ihm gebührt. Oder das theoretische System reicht nicht aus, weil bei seiner Gewinnung gewisse

Fragestellungen ausgelassen wurden. Theoretische Systeme, welchen die zeitliche Dimension fehlt, sind in besonderem Maße ungeeignet, moderne konkrete Entwicklungs- und Konjunkturerscheinungen zu erklären. Ihnen fehlt die theoretische Analyse des Investitionsherganges. Daß in einer Zeit, die durch riesenhafte Investitionen wirtschaftlich gekennzeichnet ist, so geartete „atemporale“ Theorien weite Verbreitung erlangten, hat zur Entfremdung theoretischer Forschung und wirtschaftlicher Wirklichkeit beigetragen.

5. Es ergibt sich: Bemühen wir uns nicht mehr vergeblich darum, einen Normalzyklus von Aufschwung, Krise und Depression zu konstruieren — in der Hoffnung, so zu einer Konjunkturtheorie und hierdurch zu einer Konjunkturerklärung zu gelangen. Auf diese Weise verschwindet die wirkliche Wirtschaft hinter einem Schema. Nicht diese Distanzierung von den Fakten, sondern Eindringen in die Fakten ist auch angesichts der Konjunkturbeziehung nötig. Vergleiche verschiedener Konjunkturschwankungen sind sehr nützlich, aber nicht um einen Normalzyklus zu konstruieren, sondern um die Besonderheit einer jeden deutlich hervortreten zu lassen. Die Herausarbeitung dieser Individualität jeder Konjunkturschwankung ist der erste Schritt. Er gelingt — wie unsere Beispiele zeigten — insbesondere in Anwendung des morphologischen Systems. Hiermit ist die Basis für die weitere Untersuchung sowohl nach der geschichtlichen wie nach der theoretischen Seite hin gelegt. Der universalgeschichtliche Zusammenhang, der jeweils gegeben ist, wird erkennbar und die Anwendung der jeweils aktuellen Teile der Theorie führt zur Aufdeckung der konkreten wirtschaftlichen Zusammenhänge.

An dieser Stelle wird vielleicht folgender Einwand erhoben: Daß der deutsche Aufschwung von 1933—1939 ganz anders aussah als der von 1903—1907, könne zwar nicht bestritten werden. Aber für andere Aufschwünge gelte nicht das gleiche. Manche seien einander doch sehr ähnlich gewesen,

ebenso manche Depressionen und Konjunkturzyklen überhaupt. Man müsse nur die zusammengehörigen Zyklen auch zusammenfassen und so könne man doch für je eine Epoche einen Normalzyklus feststellen und eine zeitgebundene Konjunkturtheorie bilden, die diesen Normalzyklus erkläre. Z. B. seien in dem Jahrhundert vor 1914 die Konjunkturschwankungen einander ähnlich gewesen. Und zwar nicht zufällig ähnlich, sondern infolge der annähernden Konstanz der Wirtschaftsordnung. Es sei also möglich und zweckmäßig, für diesen Zeitraum einen Normalzyklus und eine zeitgebundene Konjunkturtheorie zu konstruieren.

Solchen und ähnlichen Gedankengängen gegenüber sind zwei Feststellungen nötig: Erstens fehlt die annähernde Konstanz der Wirtschaftsordnung, die für das Jahrhundert vor 1914 behauptet wird, in manchen anderen Zeiträumen vollständig, insbesondere in dem Zeitraum, in dem wir heute leben. Heute ist infolgedessen die Besonderheit jeder einzelnen Konjunkturschwankung in jedem einzelnen Lande so deutlich, daß es von vornherein unmöglich ist, alle über einen Leisten zu schlagen. Das ältere Verfahren muß also gerade heute zu Mißerfolgen führen, und diese Mißerfolge erwecken den peinlichen Eindruck, als ob eine wirtschaftswissenschaftliche Bewältigung der Konjunkturprobleme überhaupt unmöglich wäre.

Zweitens: Aber auch in den hundert Jahren vor 1914 waren die Konjunkturen einander nicht so ähnlich wie oft angenommen wird. Wenn etwa der Aufschwung von 1903—1907 mit dem Aufschwung von 1869—1873 verglichen wird, zeigen sich wesentliche Unterschiede, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Schon die Wirtschaftsordnungen waren hier und dort nicht gleich. Zwar dominierten in beiden Fällen verkehrswirtschaftliche Ordnungsformen. Aber um 1870 waren vor allem auf dem Lande die Formen zentralgeleiteter Wirtschaft noch viel stärker verwirklicht als zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wichtiger war die Umgestaltung, die sich innerhalb der verkehrswirtschaftlichen Formen inzwischen vollzogen hatte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich die Kartellbildung in der Kohlen- und

Eisenindustrie und in anderen wichtigen Industrien durchgesetzt, die um 1870 fast ganz fehlte. Auf großen Märkten waren also andersartige Marktformen verwirklicht. Wie dieser Unterschied auf den Konjunkturverlauf wirkte, ist umstritten: daß er sich auswirkte, war und ist sicher. — Rechnet man hinzu, daß der Krieg von 1870/71 und die französische Kriegsentschädigung dem damaligen deutschen Aufschwung und seinem Ende ihr Gepräge gaben — Ereignisse also, die 1903—1907 ihresgleichen nicht hatten —, so heben sich beide Aufschwünge sehr deutlich voneinander ab. — Die theoretischen Werkzeuge, welche den Aufschwung 1869—1873 in ihrer Anwendung erklären, sind demnach nicht durchweg die gleichen, wie die theoretischen Sätze, die für 1903—1907 aktuell waren: Das eine Mal ist z. B. die Theorie des Monopols und insbesondere des Kollektivmonopols nicht aktuell, wohl aber im zweiten Fall. Das eine Mal ist die Theorie der einseitigen Übertragungen von Land zu Land aktuell, das andere Mal nicht. — Die Einzigartigkeit jeder einzelnen Konjunkturbewegung ergibt sich aus zwei Gründen: aus der Einzigartigkeit jeder einzelnen Wirtschaftsordnung und aus der Besonderheit nichtwirtschaftlicher Ereignisse, welche die Daten verändern. Der Leser mache die Probe: Er untersuche die Konjunkturlage der Gegenwart, in der er sich im Moment des Lesens befindet. Er nehme sie gleichsam unter das Mikroskop — und dieses Mikroskop ist der morphologische Apparat, also das System der Formen zentralgeleiteter Wirtschaft, der Marktformen und Geldsysteme.

6. Werden durch diese Wendung, die notwendig ist, die Konjunkturtheorien oder die dynamischen Theorien entwertet? — Nein. Man muß sie aber umdeuten. Sie dürfen nicht so aufgefaßt werden, wie ihre Schöpfer sie in der Regel selbst aufgefaßt haben: Als ob sie einen Normalzyklus erklärten. Vielmehr sind sie insgesamt als hypothetische Variationen bei Annahme verschiedener Bedingungskonstellationen anzusehen. So aufgefaßt und umgedeutet sind sie theo-

retische Untersuchungen unter Verwendung der Variationsmethode und als solche wertvoll.

Die monetäre Konjunkturtheorie z. B. wird ganz ihrer Funktion enthoben, die faktischen Konjunkturbewegungen des letzten Jahrhunderts oder den sog. Konjunkturzyklus im Zusammenhang zu beschreiben und zu erklären. Wenn man sie als Untersuchung hypothetischer Variationen eines Datums — etwa der Geldmenge — auffaßt und in ihr ein theoretisches Instrument erblickt, das nur bei Verwirklichung der gesetzten Bedingungen angewandt werden kann, so leistet sie gute Arbeit. Gewisse Erscheinungen bestimmter konkreter Konjunkturbewegungen sind auf diese Weise zu erklären. Freilich verliert sie ihre Aktualität weitgehend, wenn die konkreten Konjunkturschwankungen sich im Rahmen von Wirtschaftsordnungen vollziehen, in denen Ordnungsformen zentralgeleiteter Wirtschaft dominieren, wo also das Geld und der Geldzins eine andere, weit geringere Rolle spielen als dort oder auch in Wirtschaftsordnungen, die zwar verkehrswirtschaftlich sind, in denen aber ein anderes Geldsystem besteht, als die monetäre Konjunkturtheorie annimmt. — In ähnlicher Form sind die Erntetheorien oder die psychologischen Theorien umzudeuten; sie sind als Untersuchungen von möglichen Variationen eines Datums und ihrer Auswirkungen anzusehen und sind dann durch Anwendung an geeignetem Platz — d. h. bei annähernder oder voller Realisierung einer solchen Variation — nutzbar zu machen. (Wenn Mißernten eintreten, so wirken sie sich für den Wirtschaftsprozess in diesem oder jenem Wirtschaftssystem in dieser oder jener Weise aus. — Wenn die Zukunftsaussichten von den Unternehmern günstiger beurteilt werden und sie damit ihre Investitionspläne ändern, so ergeben sich in der Verkehrswirtschaft bei Vorherrschaft gewisser Marktformen und Geldsysteme solche, bei anderen Marktformen und Geldsystemen solche Folgen. So sind diese beiden Theorien aufzufassen.) — Die wichtigen Arbeiten über die Zeitdauer, in der auf Datenveränderungen und Preisverschiebungen Reaktionen folgen,

sind ebenfalls Untersuchungen an Modellen. Sie bedürfen der Anwendung, und erst dann zeigt sich, welche Wichtigkeit die Reaktionsdauer faktisch jeweils hat. — Und stets ergibt sich dabei, daß sich Datenvariationen im Rahmen verschiedener Ordnungsformen auch sehr verschieden auswirken.

7. Man hat die Beobachtung gemacht, daß in den letzten Jahrzehnten der Einfluß der Konsumenten auf den Wirtschaftsprozess zurückgegangen ist. Damit wird eine wesentliche Tatsache der neuesten wirtschaftlichen Entwicklung bezeichnet. — Die moderne nationalökonomische Theorie hatte von Menger ab gezeigt, wie die Bedürfnisse der kaufkräftigen Haushalte, also die Konsumenten mit ihrer Nachfrage den Produktionsprozeß bis in seine entferntesten Verästelungen hinein beherrschen. Ist diese Theorie nunmehr überholt? Oder ist sie unrichtig? Ist es nötig, eine neue Theorie zu ersinnen? So versuchte es Keynes, der mit seiner Lehre u. a. erklären wollte, wie und warum der Unternehmer und nicht der Konsument das Zentrum des modernen Wirtschaftsprozesses bildet. Oder soll man versuchen, durch eine besondere dynamische Theorie die Schwerpunktverlagerung vom Konsumenten weg verständlich zu machen?

Wie kam es zu der Schwerpunktverlagerung? — Sie vollzog sich in zwei Stadien. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es die Unternehmer, die erheblich an Macht gewannen. Früher vom Markte und dessen Preisbildung abhängig, veränderte sich ihre Position mit der Zurückdrängung der Konkurrenz, mit der Ausbreitung anderer Marktformen, mit dem Vordringen des Konzentrationsprozesses, der sich in der Bildung von Konzernen, Trusts, Kartellen und anderen Machtgruppen vollzog. Sie trieben nunmehr Marktstrategie und beherrschten auf wichtigen Märkten z. B. als Monopolisten den Markt. Verschiebungen im Geldwesen stärkten die Position der Unternehmer ebenfalls: In wachsendem Maße entstand nunmehr Geld — in Form von Noten- und Giralgeld — durch Kreditgewährung der Banken an die

Unternehmer; das dritte Geldsystem schob sich also in den Vordergrund. Umfang und Tempo der Investitionen wurde hierdurch wesentlich gesteigert, und das erzwungene Sparen gewann an Wichtigkeit. Industrielle Unternehmer, die monopolistische oder oligopolistische Marktstellungen inne hatten und Bankkredite in großem Stil erhielten, wurden zu Dirigenten wichtiger Teile des Wirtschaftsprozesses und waren nicht mehr Agenten, die genau den Weisungen der Konsumenten folgten. In solchen Gebieten der Wirtschaft aber, in denen sich diese doppelte Veränderung nicht oder nicht so stark durchsetzte, wie z. B. in der Landwirtschaft, blieben die anbietenden Betriebe vom Markte und von den Konsumenten in höherem Grade abhängig.

Aber die Schwerpunktverlagerung von den Konsumenten weg setzte sich fort, und es begann ein zweites Stadium der Entwicklung. Zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnungsformen gewannen in manchen Ländern an Boden und dort rückten die Leitungen der Zentralverwaltung in den Mittelpunkt des Wirtschaftsprozesses. So in den Kriegswirtschaftsordnungen des 20. Jahrhunderts oder im heutigen Rußland oder in Deutschland seit 1933. Dabei haben sich Kartelle und Konzerne und andere Machtkörper noch weiter verbreitet; aber sie haben im Rahmen einer anderen Wirtschaftsordnung — wie gezeigt (S. 257) — ihren Charakter verändert und sind zu Werkzeugen der Zentralverwaltung geworden. Die Pläne der konsumierenden Menschen haben auf den Wirtschaftsprozeß um so weniger Einfluß, je totaler die Zentralverwaltungswirtschaft ist. Rationierung und Zuteilungssystem setzen die Pläne der Konsumenten außer Kraft. Soweit die Zentralverwaltungswirtschaft vordringt, verschwinden die Märkte oder sie treten ganz in den Hintergrund. Der Konsument übernimmt eine noch kleinere Rolle als im vorigen Stadium; Unternehmer und Banken aber geben ihre Hauptrolle ebenfalls ab, soweit Behörden mit ihren Beschlagnahmen, Freigaben und Produktionsanweisungen den Wirtschaftsprozeß lenken. — Die Schwerpunktverlagerung vom Konsumenten weg geht also auf Ver-

änderungen der Wirtschaftsordnungen zurück, die keineswegs rein wirtschaftlich bedingt waren und deshalb durch dynamische Wirtschaftstheorien nicht erklärt werden können. — Die theoretischen Sätze, welche die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch die vollständige Konkurrenz behandeln, reichten zur Konjunkturerklärung um so weniger aus, je mehr diese Ordnungsform in concreto zurückgedrängt wurde. Sie verloren an Aktualität. Aber sie wurden nicht unrichtig. Der theoretische Apparat bedarf der Erweiterung, aber nicht der Ersetzung durch einen anderen.

Wenn nicht mehr Millionen kaufkräftiger Konsumenten mit ihren anonymen Weisungen bestimmen, was und wieviel produziert werden soll, sondern wenn Pläne und Befehle zentraler Verwaltungsstellen diese Funktion teilweise oder vorwiegend übernehmen, verändert auch der gesamte Konjunkturverlauf seinen Charakter. Auf die Anpassung an den Konsum sind die wirtschaftlichen Hergänge nicht mehr abgestellt. Der Konsument ist nicht mehr ein aktiver Faktor, sondern er wird ein passives Mitglied des Gemeinwesens. In Schwankungen des Konsums, nicht der Beschäftigung kommen die Konjunkturbewegungen zum Ausdruck, wenn Zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnungsformen dominieren. Um Investitionen einzuleiten, kann die Zentralverwaltung Konsumverzicht dadurch erzwingen, daß sie Investitionen anordnet, also Arbeitskräfte und sachliche Produktionsmittel nicht zur Erzeugung von Wohnungen, Lebensmitteln und anderen Konsumgütern verwendet, sondern in den Bau von Kanälen, Maschinenfabriken und anderen Teilen des Produktionsapparates dirigiert. Depressionen mit Arbeitslosigkeit brauchen nicht mehr aufzutreten, da durch Befehl der Zentralverwaltung jeder Arbeiter beschäftigt werden kann, unabhängig davon, welche Werte er produziert. Die Disproportionalitäten des Zentralverwaltungswirtschaftlichen Produktionsprozesses werden hauptsächlich im Mangel an Konsumgütern und in Schwankungen der Konsumgutversorgung spürbar.

8. Unter dem Gesichtspunkt ihres Verhaltens zum Konjunkturverlauf können drei Typen von Wirtschaftsordnungen unterschieden werden. Es sind Realtypen:

In Wirtschaftsordnungen, in denen Formelemente der Eigenwirtschaft dominieren und die bekanntlich in der Geschichte sehr lange Zeiträume hindurch verwirklicht waren, vollzieht sich regelmäßig nur ein bescheidener Investitionsprozeß. Der Bau größerer Anlagen oder die Verwendung von Maschinen ist im Rahmen eines so kleinen Wirtschaftskosmos unmöglich. Schwankungen der Investition sind deshalb hier unwesentlich. Wohl aber ergeben sich Verschiebungen des wirtschaftlichen Alltags durch Veränderungen der Menschenzahl, durch Klimaschwankungen, durch Kriege usw., welche die Daten bisweilen rasch und radikal ändern.

Im zweiten Typus, in dem verkehrswirtschaftliche Formen dominieren, wird ein umfassenderer Wirtschaftsprozeß, dessen Arbeitsteilung viel weiter greift, geordnet. Hier werden — wie wir wissen — die einzelnen Pläne und Handlungen der vielen Haushalte und Betriebe durch ein System von Preisen aufeinander abgestimmt. Wie weit dies gelingt, hängt von den Marktformen und Geldsystemen ab. — Es gibt „unstable“ und „stabile“ Wirtschaftsordnungen dieses Typs. „Unstabil“ sind sie dann, wenn gleichgewichtslose Marktformen, wie Angebotsoligopole, beiderseitige Monopole oder beiderseitige Teilmonopole überwiegen oder wenn Geldsysteme realisiert sind, welche erhebliche Expansionen oder Kontraktionen des Kreditvolumens ermöglichen. Dann können schwere Disproportionalitäten auftreten z. B. durch starke Investitionen. Vor allem aber fehlt in solchen Wirtschaftsordnungen ein Mechanismus, welcher vorhandene Disproportionalitäten wirkungsvoll ausgleicht. Dieser Mechanismus fehlte z. B. in der Weltwirtschaftskrise 1929/32. Die vorwiegend realisierten Marktformen und Geldsysteme waren damals außerstande, die bestehenden Disproportionalitäten zu überwinden. Hier lag der Hauptgrund für die Schwere und Dauer dieser Depression. — An-

ders entwickelt sich der Konjunkturverlauf in Wirtschaftsordnungen der „stabilen“ Ausprägung dieses Typs, in denen die Marktform vollständiger Konkurrenz überwiegt, in denen also der bekannte Regulator der Konkurrenzpreisbildung wirksam ist, und in denen der Bankapparat nicht zu starker Expansion oder Kontraktion neigt. In solchen Wirtschaftsordnungen ist eine Tendenz wirksam, den Wirtschaftsprozess einem Zustand allgemeinen vollkommenen Gleichgewichts nahezubringen.

Im dritten Typus, in dem Ordnungsformen der Zentralverwaltungswirtschaft überwiegen, ist das Bild wiederum völlig anders. — Wenn die Zentralverwaltung es will, kann sie die Investitionen forcieren. Sie kann auch langdauernde Investitionen ohne wesentliche Schwankungen durchführen. Eine gewisse Grenze findet diese Investitionstätigkeit aber darin, daß die Konsumgutversorgung der Gegenwart nicht unter ein gewisses Minimum herabgedrückt werden kann, ohne die Arbeitsfähigkeit der notwendigen Arbeitskräfte zu beeinträchtigen. Bei mangelnder Möglichkeit, die Bewertungen der Zentralverwaltung in Rechengrößen zu objektivieren und eine zuverlässige Kostenrechnung durchzuführen, erfolgen zwar Fehlleitungen von Arbeitskräften und sachlichen Produktionsmitteln in großem Stil, aber diese besondere Gleichgewichtslosigkeit kommt — wie gezeigt — ganz anders zum Ausdruck als in Wirtschaftsordnungen vorwiegend verkehrswirtschaftlichen Typs, nämlich in der Konsumgutversorgung der jeweiligen Gegenwart.

Diese Typenbildung darf nicht überschätzt werden. Ausgebaut mag sie die Untersuchung der Konjunkturprobleme erleichtern; aber sie darf nicht dazu verleiten, die besonderen Züge, die jede einzelne Wirtschaftsordnung trägt, die sie zu einer Individualität macht und die sie vor allem durch Art und Umfang der mannigfaltigen „ergänzenden“ Formelemente erhält, zu vernachlässigen. — Nur die morphologische Analyse der einzelnen konkreten Wirtschaftsordnung erschließt den Zugang zum Konjunkturproblem⁵⁸.

V. Wirtschaftliche Macht

1. „Im Mittelalter“, sagte Jakob Burckhardt, „lagen die beiden Seiten des Bewußtseins — nach der Welt hin und nach dem Innern des Menschen selbst — wie unter einem gemeinsamen Schleier träumend oder halbwach. Der Schleier war gewoben aus Glauben, Kindesbefangenheit und Wahn.“ Mit der beginnenden Neuzeit verflog dieser Schleier. Der moderne, rein weltliche Staat mit seinen weitreichenden Machtansprüchen nach innen und außen, mit seinem Prinzip der Staatsräson und seinen rücksichtslosen Machtkämpfen war es vor allem, der einen schneidenden Luftzug in die Geschichte brachte. Aber wenn sich auch so die Neuzeit vom Mittelalter abhebt — mit Machtkämpfen war die mittelalterliche Geschichte gleichfalls erfüllt, und man würde die Worte Burckhardts mißverstehen, wenn man in ihnen eine Verkennung dieser Tatsache suchte. Nicht nur die beiden Gewalten der Kirche und des Staates stießen aufeinander. Auch sonst hat es an erbitterten Kämpfen von Machtgruppen nicht gefehlt: der Städte mit den geistlichen oder weltlichen Grundherren, der Städte untereinander, der Patrizier mit den Handwerkern, der verschiedenen Zünfte um die Herrschaft in der Stadt, der Grundherren untereinander. Es ging dabei nicht allein um die geistige Unabhängigkeit der Kirche oder um politische Macht, sondern — oft verwoben mit politischen und kirchlichen Kämpfen — um Eroberung oder Zerstörung wirtschaftlicher Machtstellungen. Wirtschaftliche Machtballungen sind keine Besonderheiten der Neuzeit oder des „Kapitalismus“. Sie gab es vielmehr im Mittelalter und auch sonst in aller Geschichte. Verstehen wirtschaftlicher Wirklichkeit in aller Vergangenheit und in der Gegenwart und wahrscheinlich in aller Zukunft erfordert daher Verstehen wirtschaftlicher Macht und zugleich Durchschauen der auffallend gleichförmigen Kampfmethoden wirtschaftlicher Machtgruppen. Wie ist diese Erkenntnis möglich?

2. Die Frage ist wichtig. Immer wieder erlagen Geschichtsschreibung und Nationalökonomie der Gefahr, den Sinn für

Machtkämpfe und für deren Wucht und Brutalität zu verlieren. Vor allem Zeiten der Ruhe oder der Fortschritts-gläubigkeit — wie sie das spätere 19. und das beginnende 20. Jahrhundert waren — neigten dazu, geschichtliches und gerade auch wirtschaftliches Geschehen zu verharmlosen. Noch heute fehlt es vielen Nationalökonomien an Blick und Verständnis dafür, wie sehr das wirtschaftliche Geschehen von brutalen Machtkämpfen erfüllt ist. Wer aber nicht die Fähigkeit oder nicht die Kraft besitzt, dies zu sehen, wer die Kanten abschleift, versteht die Wirtschaft nicht. — Auf Taine hinterließ sein zwölfjähriges Bemühen um die Geschichte der Französischen Revolution einen Eindruck, den er ungemein packend wiedergibt. Er beruft sich auf Klemens, den berühmten Kirchenrechtslehrer zu Alexandria, der schrieb: „In den ägyptischen Tempeln ist das Allerheiligste mit geheimnisvollen, golddurchwirkten Vorhängen verschleiert. Wenn du aber auf dasselbe losgehst, in der Absicht, das Standbild des Gottes zu sehen, tritt dir der Priester entgegen, singt einen Hymnus in ägyptischer Sprache und lüftet ein wenig den Vorhang, als wenn er dir den Gott zeigen wollte. Und was erblickst du? Ein Krokodil oder eine große Schlange oder sonst ein gefährliches Reptil. Das ist der ägyptische Abgott: Eine Bestie, die sich auf purpurnen Decken herumwälzt.“ Taine fährt fort: „Man hat nicht nötig nach Ägypten zu wandern und zu den alten Zeiten zurückzugehen . . . Was mich anlangt, so wollte ich diese Dinge in der Nähe sehen. Ich habe mich in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts begeben und zwölf Jahre dort gelebt. Wie Klemens von Alexandria habe ich mir zuerst den Tempel und dann den Gott aus nächster Nähe betrachtet.“ — Auch wir Nationalökonomien müssen den Vorhang lüften, welchen die Interessenten-Ideologien vor die wirtschaftlichen Machtballungen und Machtkämpfe ziehen. Auch wir müssen sie aus nächster Nähe ansehen, und was wir da erblicken, entspricht oft dem, was Klemens von Alexandria hinter dem Vorhang bemerkte. Die Nationalökonomie ist eine sehr nüchterne Wissenschaft. Richtiger: Sie

sollte es sein. Wie also, so fragen wir, können wir das Phänomen der wirtschaftlichen Macht erkennen?

Zwei Dinge sind hierzu erforderlich. Zum ersten muß der Nationalökonom in seiner Tätigkeit selbst wirtschaftliche Macht kennengelernt haben. Er braucht die Anschauung und das Erleben von Machtkämpfen. Hätte z. B. Schmoller selbst Machtkämpfe von Kartellen mit Außenseitern persönlich miterlebt, hätte er nicht bloß aus Büchern und Enqueten und Unterredungen mit Industriellen oder höheren Beamten von Kartellen und Kartellpolitik Kenntnis genommen, so hätte er verstehen gelernt, daß sich in ihnen nicht etwa — wie er verharmlosend meinte — „ein Sieg gewisser gemeinsamer Interessen über Eigensinn und kurzsichtigen Egoismus“ vollzieht, sondern daß hier der Egoismus in der Ausprägung des Gruppenegoismus zum Siege gelangt. Er hätte sich dann auch gehütet, die Interessentenideologie vom „Genossenschaftscharakter“ der Kartelle zu übernehmen. Kurz, er hätte sich Verständnis für wirtschaftliche Macht angeeignet. Was für ihn gilt, gilt für viele Nationalökonomien seiner und unserer Zeit. Ihnen fehlt die einfache Kenntnis der alltäglichen Wirtschaft mit ihren Kämpfen, die mit List und Verschleierung und Brutalität geführt werden. Und diese Lebenskenntnis der Gegenwart allein ermöglicht auch richtiges Verstehen von Machtkämpfen in vergangenen Zeiten. Etwa geschichtliches Verstehen der Zünfte und der Zunftpolitik im Mittelalter, die viele Historiker und Nationalökonomien verharmlosten und idealisierten. Ernüchtert und geschult an Erfahrungen des eigenen Lebens kann man auch die Machtkämpfe vergangener Zeiten richtiger verstehen. Dazu kommt ein zweites Erfordernis: Das ist die Anwendung des Apparats von morphologischen und theoretischen Sätzen auf die konkrete geschichtliche Situation. Eine grundsätzliche Unvereinbarkeit von ökonomischer Theorie und dem Phänomen der wirtschaftlichen Macht besteht nicht. Nur eine unzureichende, nicht aus der Analyse geschichtlicher Tatbestände gewonnene oder doktrinäre ökonomische Theorie muß versagen. Richtig erarbeitet ist die ökonomische Theorie nicht nur vereinbar mit den Er-

scheinungen wirtschaftlicher Macht, sondern sie ist — zusammen mit dem morphologischen Apparat — ein völlig unentbehrliches Mittel, um das Phänomen wirtschaftlicher Macht zu erkennen. Durch Anwendung der Morphologie läßt sich die jeweilige konkrete Machtposition bezeichnen (3) und durch Anwendung der Theorie ihr Umfang und ihre ökonomische Auswirkung näher bestimmen (4).

3. Daß sich in der total zentralgeleiteten Wirtschaft die größte Zusammenballung wirtschaftlicher Macht vollzieht, die überhaupt möglich ist, wurde bereits (S. 130 ff.) gezeigt. Alle Macht konzentriert sich hier in der Zentralstelle, die allein Wirtschaftspläne entwirft und die Handlungen aller Mitglieder des Gemeinwesens — die ihrerseits entmachtet und unfrei sind — lenkt. Das charakteristische Arbeitsverhältnis in der Zentralverwaltungswirtschaft ist Sklaverei und Hörigkeit. So war es im Inkareich zwischen 1450 und 1525, wo die unterworfenen Stämme nicht nur durch straffe militärische Organisation der Inkas, sondern ebenfalls durch die straffe Ordnung der Zentralverwaltungswirtschaft niedergehalten wurden. In den großen pharaonischen Tempelwirtschaften waren ähnliche Machtballungen gegeben. In ihnen fehlte die Bewegungsfreiheit des Einzelnen ebenfalls weitgehend, wenn auch dort einzelne verkehrswirtschaftliche Züge zu finden sind. — Man darf nun nicht in den Fehler verfallen, wirtschaftliche Macht nur in großen Gemeinwesen zu suchen. Auch in kleinen Sozialkörpern zentralgeleiteter Wirtschaft gibt es solche, dort also, wo — nach unserer Terminologie — die zentralgeleitete Wirtschaft nicht Zentralverwaltungswirtschaft ist — sondern „einfache“ zentralgeleitete Wirtschaft (Eigenwirtschaft). Wenn ein Grieche des 5. vorchristlichen Jahrhunderts in seinem Hause 10 Sklaven arbeiten ließ, so besaß er ihnen gegenüber sehr weitreichende wirtschaftliche Macht, ebenso wie die Leitung eines frühmittelalterlichen Fronhofs gegenüber ihren Sklaven oder unfreien Pächtern. In der Zentralverwaltungswirtschaft handelt es

sich aber um öffentliche, in der einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft um private wirtschaftliche Macht.

Wo immer der Grundcharakter der Wirtschaftsordnung verkehrswirtschaftlich ist, wo also Einzelwirtschaften auf den Markt angewiesen sind, und ihre Pläne und Handlungen danach ausrichten, macht sich wirtschaftliche Macht in anderer Form geltend. Auch hier können sich sehr starke wirtschaftliche Machtpositionen bilden, die nicht selten von der öffentlichen Gewalt gestützt werden und die ihrerseits wieder politische Macht ausüben. In der Verkehrswirtschaft entwickeln sich zudem wirtschaftliche Kämpfe zwischen verschiedenen Machtgruppen. Dies alles können wir nunmehr — nach Entfaltung des morphologischen Gedankenapparats — verstehen. Dabei zeigt sich, daß die Machtstellung der Einzelwirtschaft um so stärker ist, je mehr sich die Marktform dem Angebots- oder Nachfrage-monopol nähert. Ferner gilt, daß der Einzelmonopolist *ceteris paribus* eine stärkere Stellung als der Kollektivmonopolist hat, dessen Macht innere Gegensätze häufig schwächen. Drittens: Auf beiderseits geschlossenen Märkten oder bei Schließung einer Marktseite bilden sich viel leichter verkehrswirtschaftliche Machtpositionen als auf offenen Märkten. Viertens: Die Stärke der Machtstellung ist je nach der Wichtigkeit des Marktes verschieden. Das Weizenmonopol in einem Weizenbrot essenden Volke hat eine viel größere Machtstellung als der monopolistische Verkäufer von Nähseide im gleichen Lande.

Einige geschichtliche Beispiele: Um die Wende des 13. zum 14. Jahrhundert haben die fest zusammengeschlossenen Fernhändler und Reeder Lübecks und der sog. wendischen Ostseestädte es verstanden, Norwegen in vollständige Abhängigkeit zu bringen und sich dort eine beherrschende wirtschaftliche und politische Machtstellung zu verschaffen. Die hansische Zentrale in Bergen war eine wirtschaftliche Machtposition ersten Ranges. Sie war darauf gestützt, daß der gesamte Schiffsverkehr mit Norwegen in Händen der Lübecker und ihrer Freunde lag. Das Bergener Kontor war Angebotsmonopolist für eingeführtes Getreide, Mehl und

Bier für Norwegen sowie Nachfragemonopolist als alleiniger Abnehmer von Dorsch und anderen Fischen, die von ihm, zu Stockfisch verarbeitet, in ganz Europa — wiederum in Monopol — verkauft wurden. „Wie es dem deutschen Kaufmann gelang, den nordischen Fischer der Lofoten an seine Zentrale in Bergen zu fesseln, namentlich durch eine ständige Verschuldung des Fischers an den Kaufmann in Bergen, gehört auch zu jenen Zügen mittelalterlicher Wirtschaft, die sich mit gewissen unausrottbaren romantischen Vorstellungen von diesen Dingen nun einmal durchaus nicht vereinigen lassen“ (Rörig). Wir haben hier einen Fall der „Machtverschlingung“ vor uns, der seine Besonderheit dadurch erhielt, daß drei Monopole in eigenartiger Weise ineinandergriffen und sich gegenseitig stützten: Das „Angebotsmonopol“ gewisser besonders wichtiger Lebensmittel in Norwegen, das „Nachfragemonopol“ nach norwegischen Fischen, die das Hauptprodukt des Landes darstellten, und das europäische „Angebots-Teilmonopol“ an Stockfischen, die übrigens ein überaus wichtiges Nahrungsmittel waren. Dabei war das Nachfragemonopol weitgehend, wenn auch nicht gesetzlich, „geschlossen“ — eben durch Verschuldung der Fischer, so daß ein Wettbewerber nicht aufkommen konnte. — Kraft Anwendung der Monopoltheorie kann nun die wirtschaftliche Auswirkung der wirtschaftlichen Macht Lübecks und seiner Verbündeten auf Norwegen und auf den europäischen Absatzmarkt und auch auf die Einkommens- und Vermögensbildung Lübecks und der anderen Hansestädte verständlich gemacht werden.

Die wirtschaftliche Machtstellung der großen Ravensburger Handelsgesellschaft und anderer Gesellschaften des Bodenseegebiets im späten Mittelalter hat bekanntlich in Aloys Schulte ihren Darsteller gefunden. Um 1400 konnten die vielen Leineweber von Konstanz und von anderen Bodenseestädten ihr Leinen noch an zahlreiche, konkurrierende Fernhändler verkaufen, die es im ganzen Abendland vertrieben. Aber als sich Handelsgesellschaften mit nachfrage-
teilmonopolistischer Stellung bildeten, entbrannten Kämpfe zwischen Handelsgesellschaft und Leineweberzunft. „In der

Revolution von 1429 und in den vorausgegangenen Spannungen stecken wirtschaftliche Momente. Die Konstanzer Leineweber sahen die enormen Gewinne, die die Muntpratsgesellschaft einstrich, und glaubten, auch ohne die Gesellschaft auskommen zu können. Solange eine große Zahl von Kaufleuten den Webern nachlief, war deren Rechnung gesichert; der Zusammenschluß zu Gesellschaften hat dann die Konkurrenz vermindert und vollends mußte das eine auf viele Städte sich verteilende Gesellschaft tun. Wir wissen nicht, in welcher Weise die Muntprats einkauften, aber das leuchtet aus der Tatsache hervor, daß da wohl der älteste nachweisbare Kampf einer deutschen Zunft gegen die sich ausbildende Monopolstellung einer Handelsgesellschaft vorliegt.“ Es war ein Kampf, in dem die Weber unterlagen. Die Muntprats und viele andere Handelsfirmen gingen in der Ravensburger Gesellschaft auf, welche Händler aller großen Städte des Gebiets nördlich vom Bodensee in einem Unternehmen zusammenfaßte und die Einfuhr und Ausfuhr einer ganzen Landschaft etwa ein Jahrhundert lang beherrschte und natürlich auch politisch großen Einfluß besaß. — Durch Anwendung der Marktformen gelingt es nicht bloß, diesen geschichtlichen Tatbestand näher zu umschreiben, sondern es kann die geschichtliche Wirklichkeit, hier also die Machtballung auf der einen, die Entmachtung und Abhängigkeit auf der anderen Seite, tiefer erfaßt werden.

Anders wiederum war die Machtstellung der Fugger und anderer Augsburger Häuser im 16. und 17. Jahrhundert fundiert, und anders wirkte sie sich aus. Die Fürsten des entstehenden und kämpfenden Absolutismus brauchten bekanntlich zum Kriegführen viel Geld und fanden es nur bei wenigen Häusern, die ihnen gegenüber Oligopolisten, Teilmonopolisten oder sogar Monopolisten in der Darlehensgewährung waren. Sie boten ihnen dafür etwas, was nur Fürsten bieten konnten, die somit Nachfrageoligopolisten waren: nämlich ausschließliche Großhandelsrechte — Handelsprivilegien. So kam es z. B. zu den berühmten Tiroler Kupfer- und Silberkäufen von 1514 und 1515 und

zum Erwerb von vielen anderen vorübergehenden und langdauernden, staatlich gestützten und geschlossenen Monopolstellungen. Die Machtstellung der Fugger beruhte auf einer eigenartigen „Machtverschlingung“ von Monopol oder monopolartiger Stellung im Darlehnsengeschäft mit geschlossenen, vielfältigen Angebots- und Nachfragemonopolen im Großhandel und zum Teil auch im Bergbau. Will man den Unterschied der wirtschaftlichen Macht, welche die Fugger besaßen und über welche die Ravensburger Handelsgesellschaft verfügte und welche die hansischen Kaufleute in Norwegen hatten, wahrhaft verstehen, so gelingt dies nur in Anwendung des Werkzeugs der Marktformen. Gerade hier wird deutlich, wie notwendig die morphologische Analyse ist, um zu geschichtlichem Verstehen zu gelangen. Wiederum anders sah die Machtstellung einer europäischen Zentralnotenbank um 1910 aus. Hier handelte es sich um ein einfaches „geschlossenes Angebotsmonopol“ von Banknoten eines Landes. Die Machtposition wurde dadurch so bedeutend, weil sie sich auf ein Gut erstreckte, das im wirtschaftlichen Alltag dieser Länder und dieser Zeit sehr große Bedeutung besaß.

In gleicher Weise läßt sich auch die Machtstellung der deutschen Gewerkschaften um 1927 oder die Machtstellung der Arbeitgeberverbände zu gleicher Zeit bestimmen. Auf diesen Arbeitsmärkten herrschten „beiderseitige Teilmonopole“ oder ähnliche Marktformen. Hier entwickelten sich *Machtkämpfe*, in deren Verlauf die Machtwirkung der einzelnen Gruppe durch die andere Gruppe abgeschwächt wurde. Wieweit dies möglich ist und wieweit sich in diesem Falle ein Gleichgewicht einspielt, kann durch Anwendung der Theorie des beiderseitigen Teilmonopols dargestellt werden. — Auch die Machtkämpfe zwischen zwei oder drei Schiffahrtslinien, die in „Angebots-Oligopol“ einen Hafen bedienen, lassen sich genau erkennen, oder die Kämpfe der deutschen Zementsyndikate gegen Außen-seiter, die im Schatten der Syndikate lebten oder leben wollten und denen gegenüber der Teilmonopolist „Zement-

syndikat" oft erfolgreich versuchte, zum Monopolisten zu werden.

Nur in einer einzigen Marktform tritt das Phänomen der wirtschaftlichen Macht ganz zurück: Nämlich bei Verwirklichung der vollständigen Konkurrenz. Greifen wir etwa den deutschen Wirkwarenmarkt um 1925 oder die ostdeutschen Roggenmärkte um 1880 heraus. Kein Anbieter und kein Nachfrager beeinflusste Angebot, Nachfrage und Preise durch seine Handlungen so, daß er mit der Reaktion seiner Käufe oder Verkäufe auf dem Markte rechnete. In seinem Wirtschaftsplan war der Preis ein Datum. Kein Anbieter von Wirkwaren und von Roggen war auf einen besonderen Nachfrager angewiesen und ebensowenig umgekehrt der einzelne Nachfrager auf einen besonderen Anbieter. Ähnlich stand es auch auf den Arbeitsmärkten, auf denen annähernd vollständige Konkurrenz herrschte; z. B. dem Berliner Arbeitsmarkt für häusliche Dienstboten 1924. Kein Arbeitnehmer war auf einen Arbeitgeber oder auf einen Verband von Arbeitgebern angewiesen und umgekehrt.

Könnten aber im Rahmen vollständiger Konkurrenz nicht doch größere Machtpositionen dadurch entstehen, daß Einzelne über verhältnismäßig große Vermögen verfügen? Der große Fabrikbetrieb oder der große landwirtschaftliche Betrieb hat erfahrungsgemäß gegenüber seinen Abnehmern oder gegenüber seinen Arbeitern oft größere Macht als der kleine Betrieb. Ergibt sich nicht daraus, daß die Macht des Einzelbetriebs in der Verkehrswirtschaft nicht allein auf seiner Marktstellung, sondern auch auf seiner Größe beruht? — Die Frage ist zu verneinen. Der große landwirtschaftliche Betrieb z. B., der sein Getreide oder Vieh in Konkurrenz verkauft, besitzt keine beachtliche wirtschaftliche Macht. Nur dann verfügt er über sie, wenn er infolge seiner Größe gewisse Märkte teilweise oder ganz beherrscht, wenn er also nicht in Konkurrenz liegt, sondern in einer anderen Marktform. Der landwirtschaftliche Großbetrieb kann z. B. Nachfrageteilmonopolist oder Nachfragemonopolist für die Arbeitskräfte eines Dorfes

sein. Dann besitzt er den Dorfbewohnern gegenüber wirtschaftliche Macht; die Dorfbewohner befinden sich dem Großbetrieb gegenüber in Abhängigkeit, die aber schwindet, wenn andere Nachfrager nach Arbeitskräften auftreten. Die Größe des Betriebes konstituiert also nicht ohne weiteres wirtschaftliche Macht, sondern sie schafft nur dann und nur insoweit Machtpositionen, wenn sie zur Bildung monopolistischer oder oligopolistischer oder anderer Marktformen führt, die außerhalb der vollständigen Konkurrenz liegen. Je größer der Betrieb, um so größer die Chance, in einer solchen Marktform zu kaufen oder zu verkaufen und auf diese Weise wirtschaftliche Macht auszuüben. Mehr nicht. Somit ist es in der Verkehrswirtschaft eben doch die Marktstellung, die über die Machtstellung entscheidet. Und es bleibt dabei, daß in der vollständigen Konkurrenz auch die großen Betriebe weitgehend entmachtet sind.

In der vollständigen Konkurrenz ist der Einzelne fast entmachtet, nicht völlig entmachtet. Denn die Teilnehmer an der vollständigen Konkurrenz sind nicht etwa so entmachtet, wie die Mitglieder einer total zentralgeleiteten Wirtschaft, die nicht der Zentralleitung angehören. Hierin kommt ein praktisch außerordentlich wichtiger Unterschied zur Geltung. — Vollständige Konkurrenz auf allen Märkten und Zentralverwaltungswirtschaft sind sogar extreme, einander entgegengesetzte Grenzfälle. Bei annähernder Verwirklichung vollständiger Konkurrenz übt jeder Anbieter und Nachfrager faktisch eine kleine Wirkung aus. Alle zusammen bestimmen — ohne daß der Einzelne es weiß — die Preise und damit den gesamten Wirtschaftsprozeß. Und da jede Machtballung fehlt, besteht auch keine persönliche wirtschaftliche Abhängigkeit, wohl aber die Abhängigkeit von einem anonymen Markt. Würde einmal in einem Lande auf allen Märkten vollständige Konkurrenz bestehen, so wären alle Betriebe und alle Haushalte und damit alle Bewohner des Landes wirtschaftlich weitgehend entmachtet. Oder — anders formuliert: Jeder hätte eine sehr kleine

Portion an Macht. Das Problem der ökonomischen Macht würde in einem solchen Lande nur wenig sichtbar sein.

4. Nachdem in Anwendung der Morphologie die konkrete wirtschaftliche Machtstellung bezeichnet ist, kann nunmehr in Anwendung theoretischer Sätze ihr jeweiliger Umfang näher beschrieben und ihre Auswirkung erkannt werden.

Man untersuche z. B. die Machtstellung, die ein Kohlensyndikat besitzt. Die Feststellung, daß es die Position eines Angebotsmonopolisten, nicht etwa eines Teilmonopolisten oder eines Oligopolisten hat, daß das Angebot geschlossen ist und daß es sich um einen Kollektivmonopolisten handelt, ist die Grundlage für die Machtanalyse. Aber die Macht des Steinkohlensyndikates kann innerhalb dieser Marktform verschieden groß sein. Um dies zu bestimmen, ist die Anwendung der Ergebnisse theoretischer Analyse notwendig. Dabei zeigt sich u. a.: Je größer die Elastizität der Nachfrage ist, um so geringer ist die Machtstellung des Anbieters. Es kann z. B. die Elastizität der Steinkohlen-nachfrage infolge der Substitutionsmöglichkeit durch Öl oder Braunkohle groß sein, wodurch die Macht des Steinkohlensyndikats stark begrenzt wird. Jeder Preiserhöhung können die Abnehmer leicht ausweichen, indem sie andere Brennstoffe verwenden. Wenn aber solche Substitutionsmöglichkeiten wegfallen und hierdurch die Elastizität der Nachfrage abnimmt, steigt die Macht des Syndikats. Zweitens gilt: Bei Verlagerung der Nachfragekurve (in der üblichen Darstellung) nach rechts erhöht sich, bei Verlagerung nach links verringert sich die Macht des Anbieters. Wenn also — etwa infolge einer Kreditexpansion — bei gleichem Preise mehr Steinkohle nachgefragt wird, nimmt die Macht des Kohlensyndikates zu; im umgekehrten Falle — wenn bei gleichem Kohlenpreise etwa infolge einer Deflation weniger Kohle nachgefragt wird — verringert sich die Macht des Syndikats. —Diese Zusammenhänge lassen sich auch bei Vorhandensein der anderen Marktformen leicht feststellen.

Daß entsprechende Sätze für die Angebotsseite Gültigkeit besitzen, liegt auf der Hand. Hier jedoch im umgekehrten Sinne. Je weniger elastisch das Angebot ist, um so geringer ist die Macht des Anbieters. Bleibt etwa bei sinkendem Lohn das Angebot an Arbeitskräften auf einem Arbeitsmarkt gleich oder steigt es sogar (S. 335 f.), so ist die Machtposition eines nachfragemonopolistischen Betriebs gegenüber seinen Arbeitern viel stärker, als wenn bei geringen Lohnsenkungen das Arbeitsangebot stark zurückgeht. — Schließlich bringen Verlagerungen der Angebotskurve nach rechts bei gleichbleibender Nachfrage eine Schwächung, nach links eine Machtstärkung der Arbeiter.

5. Macht ist ein Wort. — Es genügt nicht, hie und da dieses Wort zu gebrauchen, auch nicht, zu erklären, Macht bedeute in der Wirtschaft, ebenso wie in der Politik, viel. Es besagt auch wenig, in etwas mystischer Weise von den „Mächten des Kapitalismus“ und ihrem geheimnisvollen Wirken zu sprechen. Die Hauptsache ist vielmehr, den Kern des Phänomens wirtschaftlicher Macht sichtbar zu machen. Nicht anders läßt sich wirtschaftliche Wirklichkeit begreifen.

Unsere kurze Skizze zeigte nun, daß sich hinter dem Wort „Macht“ in allen Jahrhunderten und überall Tatbestände von außerordentlicher Mannigfaltigkeit verbergen. Ebenso hinter dem Wort „Machtkämpfe“. Zu diesen Tatsachen vorzustoßen, sie gegeneinander abzugrenzen und die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht ans Licht zu heben, ist Aufgabe der Wissenschaft. Dadurch verleiht sie zugleich dem Worte wirtschaftliche Macht einen wirklichen Inhalt. Wirtschaftliche Macht ist nichts Irrationales, Mystisches; wirtschaftliche Macht ist etwas rational Faßbares, rational Zugängliches. Ebenso das Gegenstück der Macht: Wirtschaftliche Abhängigkeit und Unfreiheit. Gerade wegen der Mannigfaltigkeit der Tatbestände ist es eine schwere Aufgabe, die hiermit gestellt ist. Keine der Machtpositionen, die uns

beschäftigte — von den ägyptischen Tempelverwaltungen, von dem Bergenschen Kontor der Hanse im 14. Jahrhundert, von den Gilden der flandrischen Händler an bis zu den schlesischen Verlegern der Mitte des 19. Jahrhunderts oder bis zu den modernen Zentralnotenbanken und Eisenbahnverwaltungen und zu den Leitungen von Zentralverwaltungskörpern — gleicht der anderen.

Das Eindringen in das Phänomen der wirtschaftlichen Macht und die Erkenntnis des Zusammenhanges von wirtschaftlicher und politischer Macht, die sich meist gegenseitig stützen, erfordert ein besonderes wissenschaftliches Verfahren. — Wie die Aufgabe bewältigt werden kann, wurde kurz bezeichnet: Geschichtliche Anschauung und Augenmaß für geschichtliche Dimensionen muß sich mit der Anwendung des morphologischen und des theoretischen Apparates vereinigen. Hier gerade zeigt das Instrument der Wirtschaftssysteme, von der zentralgeleiteten Wirtschaft bis zu den vielen Formen der Verkehrswirtschaft, daß es — in seiner Anwendung — Entscheidendes zur Erkenntnis geschichtlicher Mannigfaltigkeit leistet. — Es genügt z. B. nicht, zu erklären, vor 1914 hätten in Deutschland die Reichsbank, gewisse Kartelle, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, die Eisenbahnverwaltungen usw. Machtpositionen innegehabt. Man muß in Anwendung von Marktformen und Geldsystemen Grundlage und Auswirkung der einzelnen Machtstellungen umschreiben, ihren Platz in der damaligen Wirtschaftsordnung festlegen, „Machtverschlingungen“ und größere Machtballungen aufzeigen und die Gebiete entmachteter Einzelwirtschaften angeben. Nur so sind auch Machtkämpfe wirklich zu fassen, die etwas ganz anderes darstellen, ob nun einzelne große Anbieter miteinander kämpfen oder ob ein Angebotsmonopolist gegen einen Nachfragemonopolisten steht. Oder man denke an die deutsche Wirtschaftsordnung von 1939, wo Machtpositionen der Zentralverwaltungskörper sich mit privaten Machtgruppen der Kartelle oder mit teilmonopolistischen Großunternehmungen auseinandersetzen oder an die Vielfältigkeit weltwirtschaftlicher Machtkämpfe z. B. auf dem

Mineralölmarkt oder dem Stickstoffmarkt oder dem Glühlampenmarkt.

Aber es fand sich nicht nur eine Fülle wechselnder Erscheinungen. In der Mannigfaltigkeit früherer und heutiger Machtpositionen und im Gewirr der wirtschaftlichen Machtkämpfe entdeckt man Wiederkehr der gleichen Ordnungsformen und gleichartige Zusammenhänge der Tatbestände. Um so deutlicher tritt eine gewisse Einheit des Phänomens wirtschaftlicher Macht zutage, je tiefer die Analyse des einzelnen Falles vorwärts getrieben wird. Auch die wirtschaftlichen Machtpositionen und Machtkämpfe, Situationen wirtschaftlicher Abhängigkeit und wirtschaftlicher Unfreiheit zeigen doch in aller Mannigfaltigkeit diese besonders geartete „Invarianz des Gesamtstiles“, die wir im Aufbau der Ordnungen und in den alltäglichen Wirtschaftshergängen bereits vorfanden⁵⁹.

FÜNFTES KAPITEL

Der wirtschaftende Mensch

An dieser Stelle ist es Zeit, auf ein wichtiges Problem einzugehen, das wir selbst schon aufgeworfen haben, das wir aber später fallen ließen und das sich inzwischen dem Leser sicher schon mehrfach aufgedrängt hat: Wir zeigten, daß die scheinbar unübersehbare Fülle der Wirtschaftsformen, welche die Geschichte bot und bietet, bei richtigem Vorgehen bewältigt und auf eine übersehbare Zahl von Wirtschaftssystemen und ihren Ausprägungen zurückgeführt werden kann und daß dadurch die Basis für die Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit gewonnen wird.

Nun aber meldet sich ein Einwand, der ein echtes Problem in sich schließt. Mag es auch gelingen — so kann man kritisch bemerken —, die Vielfältigkeit der Institutionen in den Griff zu bekommen — ändert sich nicht auch der Mensch? War er nicht im Mittelalter ganz anders als heute? Handelte er nicht damals aus einem ganz anderen Wirtschaftsgeist heraus? Und welche Verschiedenheiten der wirtschaftlichen Haltung, wenn die Menschen verschiedener Kulturkreise, etwa des europäischen, des chinesischen, des indischen und des südamerikanischen Kulturkreises miteinander verglichen werden! Hat uns nicht die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts gelehrt, im Menschen ein Wesen zu sehen, das sich im geschichtlichen Werden von Grund aus fortwährend verändert? Geschichte ist Leben. Da alles geschichtliche Leben dauernd in Fluß ist, scheint es keine konstante Größe „Mensch“ zu geben. — Wenn dem aber so ist: Wie kann dann der Versuch gewagt werden, für die gesamte Geschichte einen theoretisch-

nationalökonomischen Apparat zu ersinnen? Das wäre doch nur möglich, wenn der Mensch in seinem wirtschaftlichen Planen und Handeln eine gewisse Konstanz zeigte. Wie aber, wenn sein Verhalten in den verschiedenen Zeiten und Nationen ungleichförmig ist? Wie wirkt sich die Verschiedenheit des Menschen in der Geschichte auf den Hergang der Wirtschaft aus? Auf diese Kardinalfrage laufen alle diese Einzelfragen hinaus

I.

Um den Weg zur Beantwortung dieser schwerwiegenden Frage frei zu machen, ist zunächst die Auseinandersetzung mit der herrschenden Meinung nötig.

Da allgemein bekannt, braucht sie nur kurz skizziert zu werden. Sie entspricht dem Geist des Historismus, der das späte 19. und beginnende 20. Jahrhundert beherrscht. Der Mensch verhalte sich — so meint man — als wirtschaftender Mensch von Epoche zu Epoche verschieden. Am deutlichsten, so glaubt man, trete die geschichtliche Wandelbarkeit des wirtschaftenden Menschen darin zutage, daß er früher nach dem „Bedarfsdeckungsprinzip“ gehandelt habe, im Zeitalter des Kapitalismus aber nach dem „Erwerbsprinzip“ handle. Die Gegenüberstellung dieser beiden Prinzipien und ihrer wechselnden Herrschaft bildet das Hauptstück der herrschenden Lehre vom Wirtschaftsgeist. „Unterschiedlichkeiten“, schreibt Sombart einmal, „ergeben sich zunächst durch die verschiedene Zwecksetzung der Wirtschaftssubjekte. Dabei können wir zwei wesentlich verschiedene Arten der Zwecksetzung vor allem unterscheiden. Die Menschen streben nämlich entweder nach der Beschaffung eines nach Umfang und Art fest umschriebenen Vorrats von Verbrauchsgütern, d. h. sie suchen ihren natürlichen Bedarf zu decken; oder sie erstreben Gewinn, d. h.: sie suchen eine möglichst große Geldmenge durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit zu erwerben. Im ersten Falle, sagen wir, stehen ihre wirtschaftlichen Handlungen im Banne des Bedarfsdeckungsprinzips, im anderen Falle im Bann des

Erwerbsprinzips." Und nun behauptet er, daß alle vor-kapitalistische Wirtschaft unter dem Bedarfsdeckungsprinzip gestanden hätte: Die frühen Eigenwirtschaften der urwüchsigen Geschlechtsverbände, die Oikenwirtschaft des Altertums, das Handwerk des Mittelalters. Vor allem legen er und seine Nachfolger auf die Kennzeichnung des mittelalterlichen Wirtschaftsgeistes Wert. Der europäische Mensch des Mittelalters habe nach dem Bedarfsdeckungsprinzip gewirtschaftet: der Bauer, der Grundherr, der Handwerker, der Händler. Sie alle seien von der Idee der „Nahrung“ beherrscht gewesen, sie alle hätten — von Ausnahmen, welche die Regel bestätigten, abgesehen — nur einen nach Art und Umfang gegebenen Bedarf befriedigen wollen, mehr nicht. Von dieser Haltung hebt sich dann der siegreiche Kapitalismus mit seinem Erwerbstrieb aufs stärkste ab. Doch der Kapitalismus gehe vorüber: Die nachkapitalistischen, sozialistischen Wirtschaftssysteme würden erneut das Bedarfsdeckungsprinzip zum Siege führen. Dann werde wieder nicht um des Gelderwerbs willen, sondern wegen der Gebrauchsgütererzeugung produziert werden. — Soweit Sombart, der hier als Repräsentant einer ganzen Gedankenrichtung genannt sei. Kein Zufall, daß eine solche Ansicht weite Verbreitung auch in der öffentlichen Meinung gefunden hat.

Uns interessiert die Antithese „Bedarfsdeckungsprinzip—Erwerbsprinzip“ nur unter dem Gesichtspunkt, ob durch sie das wirtschaftliche Verhalten der Menschen, wie es in Gegenwart und Vergangenheit ist und war, richtig erfaßt wird. Wenn ja, dann wären zwei theoretische Instrumente nötig: Eines, in dem der Bedarf, ein anderes, in dem statt dessen der Erwerbszweck ein Datum ist.

Die Antithese enthält zwei Gedanken: Zunächst wird die Behauptung grundsätzlich aufgestellt. Daraufhin wird gesagt, in gewissen Epochen sei das eine und in gewissen anderen Epochen das andere Prinzip verwirklicht worden. Sie enthält also eine prinzipielle These und zweitens eine historische These.

A. Beginnen wir mit der zweiten Behauptung. Unterstellen wir zunächst, die Antithese wäre logisch in Ordnung. Stellen wir die historische Frage: Hat tatsächlich in der Zeit vor dem sog. Kapitalismus das Wirtschaftsleben unter dem Bedarfsdeckungsprinzip gestanden?

Die Frage braucht kaum noch verneint zu werden, sie ist bereits verneint. Zunächst für das Mittelalter: Solange man an das frühere kleinbürgerlich-stadtwirtschaftliche Bild des mittelalterlichen Wirtschaftslebens glaubte, lag es nahe, anzunehmen, im Mittelalter sei die Idee der Nahrung schlecht hin herrschend gewesen. Das neue Bild mittelalterlicher Wirtschaft, das uns deren großartige interlokale Arbeitsteilung, die zentrale Stellung des Fernhandels, die Vielfältigkeit hochentwickelter Handels- und Kreditformen zeigt, läßt auch erkennen, in welchem Geiste die mittelalterlichen Menschen wirklich wirtschafteten. Nicht in einem gleichartigen Geiste. — Da war vor allem der Fernhändler-Verleger. Er besaß überaus starke Erwerbsinstinkte. Und zwar nicht so, „daß sich alle Erwerbslust, alle Geldgier außerhalb des Nexus der Güterproduktion, des Gütertransportes und sogar zum Teil auch des Güterhandels zu befriedigen trachtet“ (Sombart). Ganz im Gegenteil. Die Fernhändler Kölns, Lübecks, Nürnbergs, Brügges, Venedigs und der vielen anderen großen Städte waren die eigentlichen wirtschaftlichen Organisatoren des Hoch- und Spätmittelalters. Ihr wagender, von starkem Erwerbstrieb und Machtstreben getragener Unternehmergeist schuf und erhielt die große europäische Wirtschaft der damaligen Zeit. Da gab es im einzelnen natürlich viel Unterschiede; auch in der gleichen Stadt. Die Lübecker Händler und Patrizier des späten 15. Jahrhunderts hatten nicht annähernd mehr den Wagemut und die Tatkraft ihrer Vorfahren vom beginnenden 14. Jahrhundert. Solche Unterschiede im Wirtschaftsgeist der führenden Schicht machten sich auch zu gleicher Zeit zwischen verschiedenen Städten geltend: etwa um 1500 zwischen Brügge und Antwerpen. So wichtig die Unterschiede waren — ein starkes Erwerbsstreben hat alle diese Händler und Verleger beherrscht. Keineswegs immer so

rücksichtslos und zynisch, wie das bei dem flandrischen Tuchhändler und Patrizier Jehan Boine Broke der Fall war, von dem Espinas ein abschreckendes Bild entworfen hat. Aber Erwerbsstreben war es stets, das diese Händler bewegte. Im mittelalterlichen Händlertum kam eine robuste Kraftentfaltung zum Ausdruck, der die Idee der Nahrung völlig fremd war. — Ein anderer Wirtschaftsgeist hat sicher vielerorts in Kreisen der Handwerker gelebt. Hier mag die Idee der Nahrung eine gewisse Rolle gespielt haben. Aber nun wiederum nicht so, als ob stets ein bestimmter Bedarf als fest angesehen worden wäre und nicht mehr verlangt wurde. Die Handwerker forderten in den Auseinandersetzungen mit den Händler-Verlegern wenigstens die herkömmliche Nahrung, aber zugleich kämpften sie für Verbesserung der Nahrung. Mit solchen Kämpfen ist die Geschichte der meisten Städte erfüllt. „Mutatis mutandis wird man wohl den Zünftler mit einem europäischen organisierten Arbeiter der letzten Jahrzehnte vergleichen dürfen“ (Gunnar Mickwitz). Also im Kreise der — meist nicht führenden — Schicht der Handwerker findet sich ebenfalls nicht das, was man Bedarfsdeckungsprinzip genannt hat, und die Idee der Nahrung war etwas anderes, als die ältere Historikergeneration meinte.

Ganz Entsprechendes gilt für die antike Wirtschaft. Wir wollen hier davon absehen, daß sich die Bildner von Wirtschaftsstilen und Wirtschaftsstufen ein falsches, eintöniges Bild vom antiken Wirtschaftsleben machten, das in großer Fülle verschiedenartige Wirtschaftsformen verwirklichte. Wir wollen jetzt nur die sog. Oikowirtschaft ansehen, die zwar keineswegs den Typus antiker Wirtschaft darstellte, die aber in gewissen Ländern und Zeiten — etwa im homerischen Griechenland oder im Rom des zweiten nachchristlichen Jahrhunderts — teilweise verwirklicht war. Es ist grundfalsch, zu vermuten, in einer solchen Oikowirtschaft äußere sich nicht das Erwerbsstreben. Das tat es oft und in hohem Maße. Die Sklaven wurden vielfach aufs rücksichtsloseste ausgenutzt und ihre Arbeitsleistungen wurden häufig

dazu verwandt, um den Herrn zu bereichern. Wenn wir die Schilderungen von spätrömischen Großgütern lesen, auf denen Hunderte und Tausende von schlecht gepflegten, gefesselten Sklaven ihren schweren Dienst taten, und zwar für das praktisch unbegrenzte Erwerbsstreben ihres Herrn, so muten uns die idyllischen Schilderungen des Bedarfsdeckungsprinzips, das auch damals geherrscht haben soll, höchst eigenartig an. Es liegt hier ein ganz schwerer, ja verhängnisvoller Fehler vor: Die Meinung, in solchen Hauswirtschaften seien nur die Nahrungsansprüche der Beteiligten befriedigt worden. Als ob in der zentralgeleiteten Wirtschaft nur das sogenannte Bedarfsdeckungsprinzip verwirklicht werden könne. Die Geschichte lehrt die Unrichtigkeit dieser Meinung. Da, wo die zentralgeleitete Wirtschaft annähernd verwirklicht war, ist es gerade und sehr oft zu rücksichtslosen Äußerungen eines unbegrenzten und brutalen Erwerbsstrebens gekommen. So z. B. in den orientalischen Großkönigreichen der Antike, in den Grundherrschaften Indiens, wo gewaltige Reichtümer gesammelt wurden, oder auch bei den Inkas, welche ihre Zentralverwaltungswirtschaft dazu benutzten, um sich mit Gold und anderen Kostbarkeiten zu bereichern. Eine solche Entfaltung des Erwerbsstrebens ist nicht stets und in allen Wirtschaftsgebilden, in denen Elemente der zentralgeleiteten Wirtschaft dominierten, erfolgt: nicht etwa allgemein in den Oikowirtschaften des Altertums. Oder nicht allgemein — wie wir ja wissen — in den Familienwirtschaften Europas während des 19. Jahrhunderts, auch nicht in gewissen gemeinschaftlich wirtschaftenden christlichen Gemeinden Amerikas. Es hängt dies von dem moralischen und dem religiösen Stand der Führung ab. Daß aber sehr oft im Rahmen solcher Wirtschaftsgebilde, in denen ja die weitgehende Einflußlosigkeit der meisten Mitwirkenden die skrupellose Entfaltung des Erwerbstriebs der Leitung fördern kann, dieser Erwerbstrieb sich faktisch stark entfaltet hat, zeigt die geschichtliche Erfahrung.

Sie widerlegt die Meinung von Aristoteles und vielen Neuere, daß sich erst mit dem Geld und mit dem wirtschaftlichen Verkehr der Erwerbstrieb entwickelt habe, daß er sich aber in der zentralgeleiteten Wirtschaft nicht entfalten könne. Die Ansicht, daß die Idee der Nahrung es ist, „die aller vorkapitalistischen Wirtschaftsgestaltung ihr Gepräge verleiht“, hat vor der Geschichte keinen Bestand. Wenn sich die Nationalökonomie doch endlich von solchen verharmlosenden und wirklichkeitsfremden Bildern vergangener Wirtschaft freimachen würde.

B. Aber damit ist nur die historische Frage beantwortet. Es bleibt noch die grundsätzliche: Ist diese Antithese überhaupt brauchbar?

Das eben bestreiten wir. Weil sie einiges Richtige unklar zum Ausdruck bringt, kann man zur Not vorläufig mit ihr arbeiten. Sobald man aber tiefer dringt, versagt sie.

1. Es ist falsch, überhaupt Gelderwerb und Bedarfsdeckung antithetisch gegenüberzustellen. Denn stets erfolgt der Gelderwerb, um Bedürfnisse zu befriedigen. Man sehe sich doch die Tatsachen an: Warum muß denn der heutige Arbeiter oder der heutige Angestellte Geld erwerben? Um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Geld ist ja nur Mittel zum Zweck, ist Tauschmittel. Wie aber steht es mit dem modernen Unternehmer? Auch für ihn ist Gelderwerb niemals Selbstzweck. Kleinere Unternehmer, die weitaus die Mehrzahl bilden, brauchen das Geld ebenfalls, um ihre alltäglichen Bedürfnisse zu decken: Einzelhändler, kleinere Industrielle, Landwirte. Und die Unternehmer mit großem Einkommen treibt daneben der Geltungstrieb und das Machtstreben vorwärts. Auch diese sind — wie wir schon zeigten — Bedürfnisse, die oft mit großer Intensität empfunden werden und ebenfalls den Impuls zu wirtschaftlichen Handlungen geben. Man darf den Begriff des Bedürfnisses nicht zu eng fassen. Stets will der Mensch verdientes Geld verwenden. Nie ist die „möglichst große Geldmenge“ als solche das endgültige Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit. Auch für den krankhaften Geizhals nicht, der

Geld hortet — aus Angst vor der Zukunft, zur Befriedigung seines Sicherheitsbedürfnisses also.

2. Die Antithese schließt — manchmal ausgesprochen, manchmal unausgesprochen — die Behauptung in sich, in der zentralgeleiteten Wirtschaft werde nach dem Bedarfsdeckungsprinzip, in der Verkehrswirtschaft indessen nach dem Erwerbsprinzip gehandelt. Hauptsächlich für Marx und seine Schüler ist es geradezu selbstverständlich, daß mit Verschwinden der Verkehrswirtschaft das Bedarfsdeckungsprinzip zum Siege gelangt. Sombart setzt kurzerhand die „Bedarfsdeckungswirtschaft“ der „Verkehrswirtschaft“ gegenüber. — Würde das Umgekehrte behauptet, so wäre es ein wenig richtiger. Insbesondere die Zentralverwaltungswirtschaft ist gerade nicht Bedarfsdeckungswirtschaft. In Wirtschaftsordnungen, in denen zentralverwaltungswirtschaftliche Lenkungsmethoden dominieren, entscheidet — wie gezeigt — die Zentralverwaltung über den Wirtschaftsprozess. Wieweit sie dabei die Bedarfsdeckung der Konsumenten berücksichtigt, hängt von ihrem Ermessen ab. Sie kann z. B. große Investitionen oder Rüstungsvorhaben durchführen und dabei die Versorgung mit Konsumgütern aufs Äußerste beschränken. Aus der Geschichte wissen wir, wie oft dies geschah und geschieht. Soweit sie aber die Bedürfnisse der Konsumenten berücksichtigen will, ist es sehr schwer, sie in ihrer Mannigfaltigkeit festzustellen und den Produktionsprozeß auf ihre Befriedigung hinzulenken. — In der Verkehrswirtschaft ist der Einfluß der Konsumenten stets größer, wobei er im einzelnen mit der Marktform wechselt. Am größten ist er in der vollständigen Konkurrenz, wesentlich geringer z. B. im Angebotsmonopol, das auch in dieser Hinsicht seinen Platz zwischen vollständiger Konkurrenz und Zentralverwaltungswirtschaft inne hat.

3. Indessen überzeuge — so könnte man einwenden — das Gesagte noch nicht ganz. Es gäbe z. B. Landwirte, die nur ihren traditionell gegebenen Bedarf befriedigen wollten und befriedigten, die also Chancen, mehr Geld zu verdienen, vorübergehen ließen. Im Gegensatz hierzu nützten andere

jede mögliche Chance des Gelderwerbs aus. Ob das eine oder das andere der Fall sei, beeinflusse den Wirtschaftsablauf wesentlich, und dieser Unterschied sei es, der in der Antithese Bedarfsdeckung—Erwerb zum Ausdruck gebracht werden solle.

In der Tat — so ist darauf zu erwidern — ist dieser Unterschied, der hierdurch in der Sprache des Alltags ungenau dargestellt ist, wesentlich; er muß Berücksichtigung finden und von der Wissenschaft exakt gefaßt werden. Davon wird sogleich die Rede sein. — Aber durch die Antithese Bedarfsdeckung—Erwerb wird er nicht zutreffend bezeichnet. Ein Landwirt, der nur so viel anbaut und verkauft, um seinen begrenzten überkommenen Bedarf zu befriedigen, treibt auch Gelderwerb. Nicht selten ist eben Gelderwerb mit der Absicht verbunden, nur begrenzte, traditionell gegebene Bedürfnisse zu befriedigen. — Und andererseits wollen Menschen, die jede Chance ausnützen, um mehr zu verdienen, also nach dem sogenannten Erwerbsprinzip handeln, ihren „Bedarf“, der sehr groß ist, befriedigen.

Alles in allem ist es also nötig, auf die Gegenüberstellung von Bedarfsdeckungsprinzip und Erwerbsprinzip zu verzichten. Man fühlte, daß eine gewisse Mannigfaltigkeit im Verhalten des Menschen zur Wirtschaft bestand und besteht und daß dieses Verhalten sich ändert. Aber so gelingt es nicht, diese Mannigfaltigkeit darzustellen. Diese schiefe Antithese verhüllt sie eher, arbeitet sie aber nicht heraus⁶⁰.

II.

Die Frage, wie die geschichtliche Vielfältigkeit des Menschen den Wirtschaftsablauf beeinflußt, muß also von neuem gestellt werden. Eine einfache Fortführung der üblichen Lösungsversuche verspricht keinen Erfolg. Die geschichtliche Wirklichkeit in ihrer Fülle und Mannigfaltigkeit selbst müssen wir neu befragen.

Sobald das aber geschieht, drängt sich eine etwas andere Problemformulierung auf. Untersucht man etwa einen frühmittelalterlichen Fronhof und vergleicht man ihn mit

einem englischen Eisenwerk von heute und fragt, wie die menschliche Haltung der beiden wirtschaftlichen Leitungen verschieden ist und in ihrer Besonderheit den Wirtschaftsablauf hier und dort beeinflußt, so stößt man zunächst auf eine Vorfrage: Wieweit ist das Verhalten hier und dort gleichförmig oder verschiedenartig? Diese Vorfrage erweist sich als überaus wichtig.

Es wird sich zeigen, daß das wirtschaftliche Verhalten beides zugleich ist: Konstant und wandelbar. Konstant in einer bestimmten Schicht des einzelnen Menschen, wandelbar in anderen Schichten des Menschen.

A. Konstant: Überall und zu allen Zeiten befindet sich Tag für Tag der Mensch in der Situation, die Spannung zwischen seinen Bedürfnissen und den Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung überwinden zu müssen. Hieran hat sich seit Anbeginn der Geschichte grundsätzlich nichts geändert. Aber nicht nur die Situation des Menschen ist in dieser Hinsicht grundsätzlich stets die gleiche, sondern auch sein Verhalten in der Lösung dieses Problems der Knappheit bleibt im Grundwesentlichen konstant. Stets nämlich und überall suchen die Menschen in ihren wirtschaftlichen Plänen und damit in ihren Handlungen einen bestimmten Zweck mit einem möglichst geringen Aufwand an Werten zu erreichen. Stets also folgen sie dem sog. „Wirtschaftlichen Prinzip“.

Vielleicht Unkenntnis darüber, was „Wirtschaftliches Prinzip“ heißt, vielleicht auch Unkenntnis der Geschichte und meist wohl beides zusammen hat zu der Meinung verführt, nach dem wirtschaftlichen Prinzip handle der Mensch nur in der sog. „kapitalistischen“ Epoche. Früher und in anderen Kulturkreisen sei das anders gewesen. — Nicht die Spur eines Beweises läßt sich aus der Geschichte hierfür erbringen. Sehen wir uns etwa den chinesischen Bauern des späten 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts an. Er lebt in seiner Familienwirtschaft, die durch Zusammenschluß zu einem Sippenverbande vergrößert ist. Sein Alltag ist

beherrscht vom Geisterglauben und der auf Geisterglauben beruhenden Familienpietät. Aber so sehr er durch Glauben, Aberglauben, Sitte und Tradition gebunden ist, in diesem Rahmen — wir könnten sagen: im Rahmen dieser Daten — handelt er nach dem wirtschaftlichen Prinzip. Er opfert teilweise aus ethisch-religiösem Pflichtbewußtsein. Dann ist das Opfer Selbstzweck. Oder er opfert, um der sonst drohenden Mißernte zu entinnen; dann ist das Opfer Mittel zum Zweck. In beiden Fällen handelt er nach dem wirtschaftlichen Prinzip. Das eine Mal, indem er sich bei Bereitung des Opfers danach richtet und den Zweck mit Aufwand möglichst geringer Werte erreichen will. Das andere Mal ist das Opfer selbst für ihn ein Mittel, um ein Maximum an Ernte zu erreichen.

Magisches Denken und Handeln auf Grund magischer Vorstellungen hat die Menschen während ihrer Geschichte meist beherrscht. Man vermute aber nicht, daß sie deshalb nicht dem wirtschaftlichen Prinzip gefolgt seien. Wenn der römische Bauer der Kaiserzeit dem Gott der Saaten, Saturnus, und anderen Göttern opferte und im übrigen an der altüberkommenen primitiven Technik festhielt, so handelte er doch ganz nach dem wirtschaftlichen Prinzip. Er erwartete von den Göttern die Gegenleistung, das Opfer geschah als Teil der wirtschaftlichen Aufwendungen. Nicht anders der römische Reeder, dessen Schiff am Schnabel auf kostspielige Art geschnitzt war, um die Götter des Windes freundlich zu stimmen und die Wellen zu beruhigen. — Reisende berichten, daß noch heute in bestimmten Dörfern Neu-Guineas während des Hausbaues ein Zauberer beauftragt wird, die Wolken zu beschwören und daß er dafür eine ziemlich hohe Bezahlung erhält. Uns scheint eine solche Aufwendung unwirtschaftlich zu sein; wir sehen in ihr eine unnütze Ausgabe, die dem wirtschaftlichen Prinzip widerspricht. Aber für diesen Neu-Guinea-Stamm handelt es sich um notwendige Kosten, deren/Aufwendung im Sinne des wirtschaftlichen Prinzips erfolgt. Denn ohne sie würde nach der dort herrschenden Überzeugung der Zweck, nämlich der Hausbau, nicht in Aufwendung möglichst geringer

Kosten erfolgen, sondern er würde — durch Regengüsse und Stürme gestört — zu hohe und vermeidbare Kosten notwendig machen.

Man kann die Zahl der Beispiele leicht vervielfachen. Vom Heiligen, der in der Wüste lebt und sich Heuschrecken und wilden Honig nach dem wirtschaftlichen Prinzip verschafft, bis zum Kind, das — stark magisch bestimmt — nach dem gleichen Prinzip handelt. Mit dem Streben nach größtmöglichem Erwerb oder mit „kapitalistischen Grundsätzen“ darf es nicht verwechselt werden. Das Planen und Handeln auf Grund des wirtschaftlichen Prinzips ist auch nicht darauf beschränkt, eine Eigenart des „Händlers“ oder gar des Händlers der europäisch-amerikanischen Neuzeit zu sein. „Es ist eine Maxime des vernünftigen Handelns überhaupt.“ (v. Zwiedineck-Südenhorst).

Aber ist nicht doch in gewissen Zeitepochen, z. B. in der Neuzeit, insofern eine grundsätzliche Wandlung erfolgt, als durch die genaue Ordnung des Maß- und Gewichtswesens, durch Schriftlichkeit der Betriebs- und Haushaltungsführung, durch Schriftlichkeit des Verkehrs, weiter durch einfache Buchführung, doppelte Buchführung, Bilanzierung, Aufstellung von Gewinn- und Verlustrechnungen, exakte Vorkalkulation und Nachkalkulation, im ganzen also durch Rationalisierung, ein anderer, rechnerischer Wirtschaftsgeist eingezogen ist, den die Menschen sonst nicht kannten? Die Geschichtsschreibung hat gezeigt, wie mühsam diese Entwicklung war und wie mit der dauernden Verfeinerung der Wirtschaftsrechnung die Betriebsführung ihren Charakter änderte und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusste. Die Kenntnis der doppelten Buchführung z. B. war eine Voraussetzung für den oberdeutschen Aufschwung des beginnenden 16. Jahrhunderts, und wo diese Kenntnis fehlte oder sich nur zögernd durchsetzte wie in den hansischen Städten, blieb die Entwicklung zurück. Muß nicht aus einer solchen und vielen anderen Erfahrungen geschlossen werden, daß mit der Verbesserung der Wirtschaftsrechnung und ihrer

Methoden eine völlige Umgestaltung im Verhältnis des Menschen zur Wirtschaft eintritt?

Zweifellos ist der Unterschied vorhanden und bedeutend. Zwischen einem Schwarzwälder Bauern von heute, der höchstens wenige unzusammenhängende Notizen über Käufe und Verkäufe macht, und einem kaufmännischen Unternehmen, das die neuesten betriebswirtschaftlichen Methoden verwendet, oder auch zwischen einer Vasenmanufaktur der spätrömischen Zeit und einer heutigen amerikanischen Fabrik ist in dieser Hinsicht der Unterschied groß und wirkt sich in den wirtschaftlichen Handlungen aus. Aber: Dieser Unterschied besteht nicht darin, daß nur der moderne Betrieb nach dem wirtschaftlichen Prinzip handelt, während der ältere es nicht tat. Sondern alle diese Methoden, die Wirtschaftsrechnung zu verfeinern, ersinnt der Mensch, um dem wirtschaftlichen Prinzip mit größerer Exaktheit folgen zu können. Das, nichts anderes, will er. Auch der Schwarzwälder Bauer, der keine Ahnung von Buchführung hat, und der Leiter einer antiken Vasenmanufaktur planen und handeln nach dem wirtschaftlichen Prinzip. Ihnen gelingt dies weniger gut als denen, welche die rationale betriebswirtschaftliche Technik völlig beherrschen. Die einen kommen nicht über eine ungenaue Schätzung hinaus, die anderen kennen die Werte genauer. Darin besteht der Unterschied.

Mit der systematischen Ordnung des Geld- und Gewichts wesens, mit der Buchführung, Bilanzierung und den anderen genannten Erfindungen hat sich der Mensch nicht ein neues Wirtschaftsprinzip zur Richtschnur genommen. Vielmehr wollte er sich die Mittel verschaffen, um dieses Fundamentalprinzip alles Wirtschaftens, das er von Anbeginn an zu befolgen suchte, besser befolgen zu können. — Der homo sapiens handelt überall und zu allen Zeiten nach dem wirtschaftlichen Prinzip, und selbst wenn man ihn — mit Bergson und anderen Lebensphilosophen — homo faber zu nennen für richtig hält: er ist nicht homo faber, wenn er nicht dem wirtschaftlichen Prinzip folgt. Insoweit zeigen

in der Wirtschaft auch die Menschen eine eigenartige „Invarianz des Gesamtstils“⁶¹.

B. Aber neben dieser Einheit und Konstanz alles menschlichen Gesamtverhaltens im Wirtschaften steht die Mannigfaltigkeit, die in Durchführung des wirtschaftlichen Prinzips zur Geltung kommt. Während die Konstanz des wirtschaftlichen Prinzips eine Grundlage dafür bietet, daß ein theoretischer Apparat für die Erklärung aller konkreten wirtschaftlichen Zusammenhänge erarbeitet und angewandt wird, zwingt die Mannigfaltigkeit des Verhaltens — im Rahmen des wirtschaftlichen Prinzips — dazu, diesen Apparat an verschiedenen Stellen auszubauen und vorsichtig in seiner Anwendung zu verfahren.

Wo und wie — so fragt es sich — äußern sich die Verschiedenheiten der Haltung des Menschen im Wirtschaften, und wie wirken sich diese Verschiedenheiten auf den faktischen Ablauf der Wirtschaft aus?

1. Subjektiv handelt der Mensch zwar stets nach dem wirtschaftlichen Prinzip: Auch derjenige Bauer, der heute noch in Deutschland an der Dreifelderwirtschaft festhält. Er tut es, weil ihm die altüberkommene Agrartechnik die beste zu sein scheint und weil ihm alle Neuerungen der letzten 150 Jahre — soweit er sie überhaupt kennt —, zu risikoreich sind. — Objektiv verstößt dieser Bauer gegen das wirtschaftliche Prinzip. Denn es ist heute allgemein bekannt, daß das Brachliegen des dritten Teils der Feldflur unwirtschaftlich ist. Im Mittelalter, als die Dreifelderwirtschaft in vielen Gebieten Europas die einzig bekannte und geübte Agrartechnik war, bewegte sich der Bauer mit deren Verwendung auch objektiv im wirtschaftlichen Prinzip. Heute, nach der tiefgreifenden Umgestaltung der Agrartechnik, nicht mehr.

Die ökonomische Theorie rechnet damit, daß die Betriebsleiter stets diejenige Verwendung der Produktionsmittel suchen, die nach dem jeweiligen Stande aller Daten die günstigste ist. Sie rechnet also mit einer objektiven — nicht

nur mit einer subjektiven — Befolgung des wirtschaftlichen Prinzips. Damit befindet sie sich mit weiten Strecken der Geschichte in völliger Übereinstimmung. Z. B. kann sie ohne weiteres auf die Probleme der mittelalterlichen Landwirtschaft angewandt werden, weil damals der Ackerbau nach dem damaligen Stand der Technik — Dreifelderwirtschaft — getrieben wurde. Aber es gibt auch gewichtige Ausnahmen, und zwar gerade in der Jetztzeit, in der sich das technische Wissen und andere Daten besonders rasch ändern. Mit der Tatsache, daß viele Bauern heute nicht diejenige Kombination von Produktionsmitteln durchführen, ihre Äcker nicht so verwerten, wie es für sie nach der in ihrem Lande bekannten Technik oder nach dem Stande der Preise am günstigsten wäre, rechnet die ökonomische Theorie nicht. Eine Bedingung, welche in der Theorie gesetzt wird, ist also hier nicht voll verwirklicht. — Dieser Sachverhalt muß in der Anwendung der Theorie berücksichtigt werden⁶².

In unserem Zeitalter ist diese Distanz zwischen subjektiver Verfolgung und objektiver Verwirklichung des wirtschaftlichen Prinzips noch in einem anderen Zusammenhang aktuell und wichtig geworden. Sie macht sich nämlich in der Zentralverwaltungswirtschaft geltend, die heute als Ordnungsform erhebliche Bedeutung besitzt. — In der Zentralverwaltungswirtschaft lautet die Frage: Wie kann bei gegebenen Mitteln zur Bedarfsdeckung und bei gegebenem technischen Wissen jeweils derjenige Wirtschaftsplan von der Zentralverwaltung oder ihren Organen ausgewählt werden, welcher den gesetzten Bedarf relativ vollständig befriedigt? Ist zum Beispiel der Bau einer Eisenbahn oder eines Elektrizitätswerkes nützlicher, um den von der Zentralverwaltung gesetzten Bedarf zu befriedigen? Oder: Wo soll das Elektrizitätswerk gebaut und welche Technik soll angewandt werden?

Die Zentralverwaltungswirtschaft besitzt kein Werkzeug, um den jeweils günstigsten Wirtschaftsplan aus der ungeheuren Zahl der möglichen Pläne auszulesen. Ihr fehlt der „Knappheitsmesser“, der notwendig ist, um das wirt-

schaftliche Prinzip objektiv zu verwirklichen. Denn die Naturalbewertung, wie sie die kleine „Eigenwirtschaft“ durchführt, bringt infolge der Größe der Zentralverwaltungswirtschaft Fehlbewertungen mit sich. Und die Festsetzung von Preisen, welche die Knappheitsrelationen der Güter richtig zum Ausdruck bringen sollen, kann ebenfalls nicht gelingen³². — Die Zentralverwaltung wählt also die Pläne, die realisiert werden sollen, mit einer gewissen Willkür aus. Sie durchhaut den gordischen Knoten, den sie nicht auflösen kann. — Woher sollen die 5000 Leute für die Erdarbeiten am Neubau eines Elektrizitätswerkes genommen werden? Die Zentralverwaltung kommandiert sie aus der Landwirtschaft des Bezirks, ohne berechnen zu können, ob der Ausfall an Gütern hier am geringsten ist oder nicht, ob also dem wirtschaftlichen Prinzip objektiv entsprochen wird oder nicht.

Auch die Leitung der Zentralverwaltungswirtschaft will also nach dem wirtschaftlichen Prinzip Pläne aufstellen und den Wirtschaftsprozeß lenken. Sie will insbesondere ihre Zwecke mit einem möglichst geringen Aufwand an Werten erreichen. Ob sie aber jeweils Pläne wählt, die dem günstigsten Plan näher oder ferner oder sehr fern stehen, ist Zufall. — Wirtschaftsordnungen, in denen zentralverwaltungswirtschaftliche Elemente dominieren, z. B. die Kriegswirtschaften des 20. Jahrhunderts, zeigen, wie weit sich die realisierten Pläne vom wirtschaftlichen Prinzip entfernen und wie ernst das Problem in der wirklichen Wirtschaft ist. Für die Wissenschaft folgt daraus, daß sie theoretische Sätze, die in der Analyse des Modells der Zentralverwaltungswirtschaft gewonnen sind, nur mit großer Vorsicht auf den konkreten Wirtschaftsprozeß anwenden darf, der in einer Wirtschaftsordnung vorwiegend zentralverwaltungswirtschaftlichen Charakters abläuft. Sie sollte beachten: Zentrale rationale Planung über alle Hergänge und zugleich ein Element des Zufalls kennzeichnen in concreto die Lenkung dieses Wirtschaftsprozesses.

2. Betrachtet man die Menschen nach der „Beweglichkeit des Gesamtstandes ihrer Bedürfnisse nach Sachgütern“, so stellt man fest, daß sie nach zwei Prinzipien handeln: Entweder wird das Niveau der Bedürfnisse als „beweglich“ angesehen oder es ist für kürzere oder längere Zeit annähernd „gleichbleibend“. (Also nicht auf die Veränderung einzelner Bedürfnisse kommt es hier an.) Beide Verhalten gehen ineinander über. Der gleiche Mensch handelt manchmal in der einen, manchmal in der anderen Weise. Aber der Unterschied besteht. In den Wirtschaftsplänen und den wirtschaftlichen Handlungen kommt er zum Ausdruck, und er ist deshalb nationalökonomisch interessant.

Beim Handeln nach dem ersten Prinzip geschieht folgendes: Auf eine Preissteigerung reagiert der Betriebsleiter mit Ausdehnung der Produktion. Z. B. der große Landwirt. Bessere Agrarpreise veranlassen ihn, den Anbau zu intensivieren, auch schlechtere Böden zu bebauen, mehr Arbeit einzusetzen, so sein Einkommen zu steigern und damit seine Bedürfnisse vollständiger zu befriedigen. Bei sinkendem Preis handelt er umgekehrt: Extensivierung, sinkende Produktion, sinkendes Angebot und Sinken seiner Bedürfnisbefriedigung insgesamt.

Handelt der Betriebsleiter aber nach dem zweiten Prinzip, so tut er folgendes: Steigende Preise seiner Produkte veranlassen ihn nicht zur Ausdehnung der Produktion. Da er nur gleichbleibende Bedürfnisse nach Sachgütern befriedigen will und dazu ein gleichbleibendes Realeinkommen braucht, verringert er bei steigendem Preis seiner Produkte sogar die Produktion. Kein Zweifel, daß solche Fälle z. B. in der Landwirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts — insbesondere in Bauernwirtschaften — nicht selten vorkamen. Die Handwerker, von denen Goethe erzählt, sie hätten „meist den vernünftigen Sinn, nicht mehr zu arbeiten, als sie allenfalls zu einem lustigen Leben brauchten“, handelten auch in dieser Weise. Bessere Preise veranlaßten sie, weniger zu arbeiten. Ihren Lebensunterhalt verdienten sie nunmehr mit Aufwand von weniger Arbeit. Damit verletzten sie nicht etwa — wie fälschlich vermutet werden könnte — das wirt-

schaftliche Prinzip. Denn diesen ihren als gleichbleibend angesehenen Lebensunterhalt versuchten auch sie durch möglichst geringen Aufwand an Werten zu beschaffen. Umgekehrt reagieren Betriebsleiter, die ein gleichbleibendes Niveau an Bedürfnissen nach Sachgütern befriedigen wollen, auf einen Preisfall. Auch diese Tatsache verdient Beachtung. So steigerten in der Mitte des 19. Jahrhunderts viele Hausweber ihr Warenangebot, als im Zuge der Industrialisierung die Webwarenpreise für Heimarbeiter fielen. Und in der schweren Weltagrarkrise, die 1927 ausbrach, versuchten viele Bauern den sinkenden Agrarpreisen durch vergrößerte Leistungen der vorhandenen Arbeitskräfte und so durch Steigerung der Produktion zu begegnen, um Einkommen und Bedürfnisbefriedigung ihrer Familien nicht unter einen gewissen Stand fallen zu lassen. Allerdings findet dieses Verhalten eine Grenze: Fallen die Preise — etwa unter dem Druck des zusätzlichen Angebots — immer weiter, so wird es bei Erschöpfung der Arbeitsreserven solchen Betrieben auf die Dauer unmöglich, kraft Mehrarbeit auch nur annähernd das alte Lebenshaltungsniveau zu halten.

In der H a u s h a l t u n g äußerte sich der Unterschied beider Prinzipien folgendermaßen: Steigender Lohnstand veranlaßt den Arbeiter bei beweglichen Bedürfnissen, mehr zu arbeiten oder Familienmitglieder arbeiten zu lassen, die bisher nicht beruflich tätig waren. Es lohnt sich ja mehr als früher. Der Stand der Bedürfnisbefriedigung dieser Haushaltung erhöht sich also sowohl infolge der Lohnsteigerung wie auch infolge Mehreinsatzes der Arbeitsleistungen. Mit steigendem Lohn wächst das Angebot an Arbeitskraft aus der Haushaltung. — Umgekehrt, wenn der Lohn fällt.

Handelt der Leiter der Haushaltung aber nach dem zweitgenannten Prinzip, so reagiert er anders: Mit sinkendem Lohn wird das Angebot vergrößert, um den Stand der Sachgüterversorgung nicht herabdrücken zu lassen. Der Arbeiter selbst und seine Angehörigen suchen mehr Arbeit. (Die gleiche Wirkung wird erzielt, wenn die Preise wichtiger

Konsumgüter steigen. Bei konstantem Geldlohn sinkt dadurch der Reallohn. Der Arbeiter strebt dann danach, einer Einschränkung der Lebenshaltung durch Mehreinsatz von Arbeitskräften aus der Haushaltung entgegenzuwirken.) — Gerade an diesem Beispiel läßt sich zeigen, daß die gleiche Haushaltung streckenweise nach dem zweiten Prinzip handeln kann. Ein Abgleiten des Lohnes kann zunächst zu einer Verringerung des Arbeitsangebotes aus der Haushaltung den Anstoß geben. Sinkt aber der Lohn immer weiter, so verändert sich von einem gewissen Punkte ab die Reaktion: Nun wird das Arbeitsangebot wieder gesteigert, um wenigstens einen gewissen niedrigen Stand der Sachgüterversorgung zu verteidigen.

Der Unterschied beider Prinzipien findet sich auch in solchen Wirtschaftsgebilden, in denen die Elemente z e n t r a l g e l e i t e t e r W i r t s c h a f t dominieren. Eine technische Erfindung z. B. führt dort — wenn nach dem ersten Prinzip geplant und gehandelt wird — zu einer größeren Befriedigung der Bedürfnisse nach Sachgütern. Aber die Leitung kann die Bedürfnisse der Mitglieder des Gemeinwesens nach Sachgütern auch als ein annähernd gleichbleibendes Plandatum ansehen und dann die Erfindung dazu verwenden, weniger Arbeitsstunden von diesen ihren Mitgliedern zu verlangen.

Auf jeden Fall sind in der wirklichen Wirtschaft aller Zeiten beide Verhaltensweisen realisiert worden. Die Nationalökonomie darf sich also nicht darauf beschränken, etwa ein bewegliches Niveau der Bedürfnisse schlechthin als Regel anzusehen, sondern sie muß — insbesondere bei theoretischer Untersuchung des Angebots in der Verkehrswirtschaft — das wirtschaftliche Verhalten des Menschen gemäß dem zweiten Prinzip ebenfalls beachten. Sonst könnte der theoretische Apparat in seiner Anwendung auf gewisse konkrete Probleme versagen — wie sich z. B. während der letzten Weltagrarkrise zeigte.

W a r u m die Menschen einen beweglichen oder gleichbleibenden Stand der Bedürfnisse nach Sachgütern haben —

diese Frage läßt sich nur für die einzelnen Völker, für einzelne Schichten und für bestimmte Zeiträume im Rahmen der jeweiligen gesamtgeschichtlichen Lage beantworten⁶³.

3. Nicht weniger wichtig ist ein anderer Unterschied: Der Leiter eines Gemeinwesens vorwiegend zentralgeleiteter Wirtschaft oder eines Betriebes zielt entweder darauf ab, eine „möglichst hohe Reineinnahme“ für sich zu erzielen oder aber er sucht eine „möglichst gute Versorgung“ derjenigen Personen, die bei ihm arbeiten oder denen er liefert, zu erreichen. Entweder handelt er nach dem „Prinzip höchstmöglicher Reineinnahme“ oder nach dem „Prinzip bestmöglicher Versorgung“. In praxi wird oft auch ein Mittelweg zwischen beiden Prinzipien gesucht. (Es bedarf wohl kaum nochmaliger besonderer Hervorhebung, daß in beiden Fällen Bedürfnisse befriedigt werden sollen.)

Ein Gemeinwesen, das vorwiegend dem Typus zentralgeleiteter Wirtschaft zugehörte, wie etwa ein frühmittelalterlicher Fronhof, konnte in doppelter Weise geführt werden. Seine Wirtschaftsführung konnte vorwiegend auf die Bedürfnisse des Grundherrn und seiner Angehörigen abgestellt sein oder sie konnte auch die Bedürfnisse der Sklaven, Halbfreien und sog. freien frondienstpflichtigen Bauern stärker berücksichtigen. Hier und in jeder zentralgeleiteten Wirtschaft besteht für die Wirtschaftsführung eine gewisse Freiheit der wirtschaftlichen Zwecksetzung. — Natürlich mußte der Leiter den Untergebenen wenigstens so viel zuweisen, daß ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht zurückging. Aber er konnte oft diese Untergrenze — bei Einschränkung der eigenen Bedürfnisbefriedigung — durch größere Zuweisungen wesentlich überschreiten. Die Auswahl der angebauten Früchte und der Wirtschaftsplan überhaupt sah in allen seinen Teilen verschieden aus, je nachdem das „Prinzip der höchstmöglichen Reineinnahme“ oder der „bestmöglichen Versorgung“ befolgt wurde. — Aus der Geschichte Ägyptens oder des alten Rom oder des frühen Mittelalters ist bekannt, wie sehr die Lage der Fellachen oder der Sklaven oder der

Frondienstpflichtigen von den größeren oder geringeren Ansprüchen der Herren abhing.

In anderer Weise macht sich diese Verschiedenheit der beiden Prinzipien in der Verkehrswirtschaft geltend. Und zwar kommt es hier auf die Marktform an, ob und wie sie sich auswirkt. Wesentlich ist vor allem der Unterschied zwischen vollständiger Konkurrenz und Angebots- oder Nachfragemonopol. Nehmen wir einen Betrieb, der auf allen Märkten in vollständiger Konkurrenz liegt, der also die Preise der Produktionsmittel und der Produkte als Plandaten ansieht. Seine Ausbringung ist dann — wie hier nicht näher darzulegen ist — so hoch, daß Grenzkosten und Preise gleich sind. Indem er so viel produziert, handelt er nach dem „Prinzip der höchstmöglichen Reineinnahme“. — Aber — und das ist gerade wichtig: Damit produziert er genau so viel, wie er auch in Verfolgung des „Prinzips bestmöglicher Versorgung“ bei gegebenem Produktionsapparat produzieren kann. Denn würde er noch mehr produzieren, so würden die Kosten der zusätzlichen Stücke über den realisierten Preis herauswachsen, dadurch mehr Werte verbraucht als erzeugt, das wirtschaftliche Prinzip also verletzt werden. In der Marktform der vollständigen Konkurrenz ist es somit gleichgültig, ob nach dem Prinzip höchstmöglicher Reineinnahme oder bestmöglicher Versorgung gehandelt wird. In beiden Fällen wird unter dem Druck der vollständigen Konkurrenz gleich viel erzeugt und verkauft. In der Marktform des Angebotsmonopols indessen kann die Distanz bedeutend sein — je nachdem nach dem einen oder nach dem anderen Prinzip gehandelt wird. Ein theoretisch interessanter, wirtschaftspolitisch überaus wichtiger Unterschied zwischen Konkurrenz und Monopol tritt hier zu Tage. — Wir sahen, daß der Monopolist die Reaktionen der Marktgegenseite, die er erwartet, als Datum in seinen Wirtschaftsplan einsetzt. Verfolgt er das Prinzip der höchstmöglichen Reineinnahme, so produziert er bei gegebenem Produktionsapparat so viel, daß er den Cournotschen Punkt erreicht: Der realisierte, dem Markt aufgezwungene Preis

liegt stets höher als die Grenzkosten der Produktion; die Versorgung der Abnehmer ist stets geringer, als sie — ohne Verletzung des wirtschaftlichen Prinzips — sein k ö n n t e. — Wird aber das „Prinzip bestmöglicher Versorgung“ zur Geltung gebracht, so setzt der Monopolist den Preis so tief, daß er den Grenzkosten gleich ist, und die Versorgung der Abnehmer ist größer, als wenn er nach dem anderen Prinzip handelt. Ob z. B. ein Gaswerk, das als Monopolist die Bewohner einer Stadt mit Gas beliefert, nach dem Prinzip höchstmöglicher Reineinnahme oder — freiwillig oder gezwungen — nach dem Prinzip bestmöglicher Versorgung wirtschaftet, ist keineswegs gleichgültig. Die Gaspreise sind in letzterem Falle niedriger, und die Gasversorgung der Stadt ist besser —, ein Ergebnis, das auch wirtschaftsverfassungspolitisch wichtig ist.

Auch im Falle des Nachfragemonopols äußert sich dieser Unterschied. Die Betriebsleitung einer Fabrik optischer Geräte, die Nachfragemonopolist für Arbeiter in einer kleinen Stadt ist, kann bei Verfolgung des Prinzips höchstmöglicher Reineinnahme den Lohn bis zu einer nicht exakt angebbaren Untergrenze drücken. Aber sie muß es nicht. Sie kann auch nach dem Prinzip bestmöglicher Güterversorgung ihrer Arbeiter handeln, und sie zahlt dann so hohe Löhne, daß sie etwa dem Produkt des Grenzarbeiters entsprechen. Unter gewissen Umständen, insbesondere wenn diese Fabrik selbst Monopolist auf dem Markte optischer Geräte ist, kann der Unterschied erheblich sein. Dann besteht eine erhebliche Marge für betriebliche oder staatliche Sozialpolitik ⁶⁴.

Jetzt ist es möglich und nötig, auf die Antithese Bedarfsdeckungs-Erwerbsprinzip zurückzublicken. Dabei zeigt sich: Diejenigen Tatbestände und Unterschiede im menschlichen Verhalten, die sie vergeblich zu fassen versucht, werden durch die beiden Gegenüberstellungen, die wir soeben besprochen, also durch Ziffer 2 und 3, beschrieben.

4. Der Mensch des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts machte Wirtschaftspläne für lange Fristen, etwa

für Jahrzehnte. Er sparte, um für die Zukunft zu sorgen. Er dachte schon in der Jugend an Bedürfnisse des Alters und richtete seine Wirtschaftspläne und sein wirtschaftliches Handeln danach ein. — Die ersten Christen wirtschafteten anders. Im Glauben an das baldige Kommen des Gottesreiches sorgten sie nicht für spätere Zeiten. Um in der Sprache der Nationalökonomie zu sprechen: Ihre Wirtschaftspläne waren kurzfristig; an fernere Zukunftsbedürfnisse dachten sie nicht. Unter diesem Gesichtspunkt sollte man in der ganzen Geschichte zwei Typen von wirtschaftenden Menschen unterscheiden: den langfristig und den kurzfristig Planenden.

Zu allen Zeiten gab es beide Typen: Neben den Bürgern am Ende des 19. Jahrhunderts mit ihren weitreichenden Wirtschaftsplänen gab es auch den Bohemien und den Lazaroni mit ihren Wirtschaftsplänen für wenige Tage. Aber in gewissen Zeiten wiegt der eine oder wiegt der andere Typus vor.

Wir fanden bereits an verschiedenen Punkten unserer Untersuchung, wie stark der alltägliche Wirtschaftsprozeß davon abhängt, ob der Mensch nur Bedürfnisse der Gegenwart oder ob er stärker oder schwächer Bedürfnisse der näheren und ferneren Zukunft berücksichtigt. Hiervon sind der Aufbau des Produktionsapparates und die Verteilung der Güterversorgung in Gegenwart und in Zukunft mitbestimmt. — Der tunesische Berber z. B. macht in der Regel nur ganz kurzfristige Pläne. Nur soviel arbeitet er, um seinen Lebensunterhalt für wenige Tage zu verdienen. Er spart fast nicht und investiert fast nicht; hat er etwas Geld, so arbeitet er nicht, und er beginnt erst wieder zu arbeiten, wenn es fast verbraucht ist. Würden alle Menschen so kurzfristig planen, dann gäbe es nur einen verschwindend kleinen Produktionsapparat auf der Erde, und die Gütererzeugung wäre sehr klein. — Demgegenüber planen die Leiter von Unternehmen und Haushaltungen im europäisch-amerikanischen Kulturkreis, die investieren und sparen, sehr viel längerfristig. So entstand der moderne Produktionsapparat. — Auf Grund sehr langfristiger Pläne arbeiten regel-

mäßig die Leitungen von Zentralverwaltungskörpern. So schon im Inkareich. So auch die Zentralverwaltungen in modernen Wirtschaftsordnungen dieses Typs, die auf solche Weise sehr große Investitionen im Bau von Elektrizitätswerken, Hochöfen usw. planen und durchführen, dagegen die Gegenwartsversorgung der Bevölkerung zurücktreten lassen.

Die zeitliche Reichweite der Wirtschaftspläne, von der die Größe der Investitionen abhängt, ist also für den tatsächlichen Ablauf der Wirtschaft und für die Güterversorgung überaus wichtig. — Dieser Tatbestand aber, der bei Untersuchungen aller konkreten wirtschaftlichen Probleme beachtet werden muß, ist in dem skizzierten theoretischen Apparat berücksichtigt.

5. Der deutsche Bauer des beginnenden 20. Jahrhunderts bleibt auf seinem Hofe, auch wenn die Agrarpreise sinken und seine wirtschaftliche Gesamtlage sich verschlechtert. Er nimmt den Einnahmeausfall hin oder sucht ihm durch Mehrarbeit entgegenzuwirken. Erst wenn die Spannung zwischen den Verdienstmöglichkeiten in Landwirtschaft und Gewerbe sehr groß wird, kehrt er der Landwirtschaft den Rücken. — Die meisten Farmer in den Vereinigten Staaten verhalten sich ganz anders. Sobald die Preisverhältnisse ungünstig werden und die Weiterbewirtschaftung der Farm nicht mehr lohnend erscheint, suchen sie anderen, besseren Boden für ihren landwirtschaftlichen Betrieb oder gehen in die Industrie, ziehen also ab.

Starke, aus der Tradition erwachsene Bindungen fesseln den deutschen Bauern an seinen Hof, während der amerikanische Farmer noch etwas von der Beweglichkeit und der Unruhe besitzt, welche die ersten weißen Siedler des nordamerikanischen Kontinents hatten. Auch dieser Unterschied der Haltung ist für den Wirtschaftsablauf in beiden Ländern wichtig. Man muß ihn kennen, um die Landwirtschaft und die Güterversorgung in Deutschland und in Amerika in ihrer Verschiedenheit zu verstehen.

Solche und ähnliche Imponderabilien, welche das wirtschaftliche Leben der Völker entscheidend mitgestalten, müssen von der Wissenschaft natürlich auch vollständig berücksichtigt werden. Das tun wir, indem wir sie im Aufbau der konkreten Wirtschaftsordnung als ein Datum, also als eine Bedingung des Wirtschaftens, ansehen. Für die theoretische Analyse gehören sie in unsere Reihenfolge zum sechsten Datum: Der rechtlichen und sozialen Organisation.

C. Aus dem allem ergibt sich: Ähnlich wie bei Untersuchung der mannigfaltigen Wirtschaftsformen müssen wir die üblichen, abgegriffenen Schemata über den Wirtschaftsmenschen beiseiteschieben, um den Menschen in der Wirtschaft zu sehen, wie er war und ist: den Kaufmann zu Ypern oder Florenz im späten 13. Jahrhundert oder zu Nürnberg im 15. Jahrhundert oder den deutschen Zünftler des 18. Jahrhunderts oder den preußischen Bauern der gleichen Zeit, der so anders war als der Bauer des späten 19. Jahrhunderts. Oder den nordamerikanischen Sektierer des 18. Jahrhunderts oder den japanischen Bauern von heute. Sie alle und ihr wirtschaftliches Verhalten müssen in ihrer besonderen geistigen, natürlichen und politischen Umgebung verstanden werden, und wir müssen uns hüten, in rasch konstruierten Realtypen — wie z. B. dem „mittelalterlichen Menschen“, der nach dem Bedarfsdeckungsprinzip gewirtschaftet habe, oder dem „kapitalistischen Menschen“, den das Erwerbsprinzip beherrsche, — homunculi zu schaffen. Man muß „auch hier auf jeden Epochalmonismus bewußt verzichten“ (A. Rüstow). Wenn wir an die wirklichen Menschen der Geschichte herantreten, zeigt sich: Je anschaulicher unsere Anschauung der historischen Individualität des einzelnen Menschen ist, um so stärker wird sichtbar, daß sein Verhalten im wirtschaftlichen Planen und Handeln sowohl konstant wie mannigfaltig ist. Jede Beschreibung irrt, welche die eine oder andere Seite vernachlässigt. Die Wissenschaft

muß also beide Seiten deutlich machen. Sie tut es, indem sie zeigt, daß alle Menschen — soweit sie geistig gesund sind — stets und überall nach dem wirtschaftlichen Prinzip handeln und daß hierin die Konstante besteht. (Die Ansicht des Historismus, der Mensch wandle sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung vollständig, widerspricht den Tatsachen.) Andererseits sind die Merkmale, welche die Verschiedenheit der Menschen in ihrem wirtschaftlichen Verhalten konstituieren, festzustellen. Das geschieht durch Herausarbeitung von fünf Gegensatzpaaren. Sie zusammen — in Kombination — dürften ausreichen, um den konkreten Menschen der Geschichte zu bezeichnen, soweit das Verhalten des Menschen wirtschaftlich relevant ist.

Wie diese Kombination zu erfolgen hat, sei noch an wenigen Beispielen gezeigt. Im Ausgang des Altertums hat bekanntlich eine tiefgreifende Wandlung in der religiösen und geistigen Haltung der antiken Menschen stattgefunden. Es war eine der ganz großen religiös-geistigen Revolutionen der Weltgeschichte. Im Gegensatz zu früher wollten — wirtschaftlich gesehen — sehr viele Menschen nunmehr nicht unbegrenzt erwerben, sondern nur ein gleichbleibendes, bescheidenes Niveau an Bedürfnissen befriedigen, um für den Gottesdienst Zeit zu gewinnen und sich für die civitas dei vorzubereiten — also ein Wandel in Punkt zwei unserer Folge. Verbunden war damit — Punkt drei —, daß nicht mehr „die höchstmögliche Reineinnahme“ wirtschaftlich erzielt werden sollte, sondern die „bestmögliche Güterversorgung“. Gleichzeitig griffen die Wirtschaftspläne — Punkt vier — weniger weit als früher; Bindungen an neue Imponderabilien machten sich — gegen früher — stärker geltend, und nur im ersten Punkt wird sich das Verhalten kaum geändert haben. Unverändert aber handelten die Menschen nach dem wirtschaftlichen Prinzip. — Ein anderes Beispiel: Wie unterscheidet sich ein heutiger amerikanischer Unternehmer A von einem französischen Bauern R? A handelt objektiv nach dem wirtschaftlichen Prinzip (1), hat einen variablen Stand unbegrenzter Bedürfnisse (2), handelt nach dem „Prinzip höchstmöglicher Rein-

einnahme" (3), macht weitreichende Wirtschaftspläne (4), ist im übrigen wenig in traditionellen Bindungen verwurzelt (5), R., der französische Bauer, handelt nur subjektiv nach dem wirtschaftlichen Prinzip (1), hat einen gleichbleibenden Bedürfnisstand (2), erreicht aber die Befriedigung dieser Bedürfnisse, indem er ebenfalls nach dem „Prinzip höchstmöglicher Reineinnahme" handelt (3), er sorgt zugleich — wenn auch in anderer, risikoarmer Weise — für die fernere Zukunft (4) und ist im übrigen durch Imponderabilien stark bestimmt (5).

Mit einer solchen exakten Bezeichnung soll nicht etwa geschichtliches Leben auf Draht gezogen werden. Damit wäre die Aufgabe der Nationalökonomie völlig mißverstanden. Die große geistige Wende z. B., welche sich in der Spätantike vollzog, soll durch solche Bezeichnungen in ihrem ganzen Umfang nicht etwa dargestellt werden. Das wäre ein geradezu lächerlicher Anspruch. Mit dem anderen Beispiel soll auch nicht der Unterschied französischen und amerikanischen Wesens in seinen vielfältigen universalgeschichtlichen Ursprüngen beschrieben werden. Was erreicht werden soll und muß, ist etwas anderes: Die Auswirkungen, welche geistig-seelische Besonderheiten der einzelnen Menschen oder einzelner Zeiten oder einzelner Schichten und Völker auf den konkreten Wirtschaftshergang jeweils ausüben, werden erfaßt.

Nun sehen wir, wie das möglich ist: Die Konstanz des wirtschaftlichen Planens und Handelns, die in allen Zeiten und Völkern nach dem wirtschaftlichen Prinzip erfolgen, erlaubt und erfordert die Konstruktion und die Anwendung eines einzigen theoretischen Apparats. Die Mannigfaltigkeit aber, die daneben im wirtschaftlichen Verhalten sichtbar wird, erfordert teilweise den Ausbau dieses theoretischen Apparats — wie sich aus B 2—5 ergab — oder auch Vorsicht in seiner Anwendung, wie aus B 1 hervorging. Während die sehr große Mannigfaltigkeit konkreter Wirtschaftsformen durch das morphologische System bewältigt wird, gelingt es, die Mannigfaltigkeit menschlichen Verhaltens durch die Heraus-

arbeitung dieser Gegensatzpaare wissenschaftlich zu erfassen.

So wird es möglich, geschichtliches Verstehen religiöser, geistiger, politischer, moralischer und seelischer Wandlungen — wie etwa in Zeiten des entstehenden und kämpfenden Christentums — mit exakter Erkenntnis der Wirkungen solcher Wandlungen auf den konkreten Wirtschaftsprozeß zu verbinden⁶⁵.

SECHSTES KAPITEL

Abschluss

Viele Schriftsteller geben am Schluß eines Buches eine Zusammenfassung. Darauf muß ich verzichten. Denn ich vermag die Hauptgedanken dieses Buches nicht kürzer auszudrücken, als eben in einem Buch. Mir geht es — das sei bei aller Respektierung des großen Abstandes gesagt — ähnlich wie Schopenhauer, der — wie er selbst sagte — in seinem Hauptwerk auch nur einen einzigen Gedanken zum Ausdruck bringen wollte: „Dennoch konnte ich“, — so meinte er — „aller Bemühungen ungeachtet, keinen kürzeren Weg ihn mitzuteilen finden, als dieses ganze Buch.“ Wer also keine Zeit oder keine Lust hat, das ganze Buch zu lesen, und wer hofft, irgendwo eine Zusammenfassung oder kurze Wiederholung zu finden, die erlaubt, in einer Viertelstunde den Hauptinhalt kennenzulernen — den muß ich enttäuschen.

Aber etwas Anderes ist nötig. Um Mißverständnisse auszuschließen, sind noch einige Schlaglichter zu setzen. Zugleich sind noch mehrere Folgerungen aus den Gedanken dieses Buches zu ziehen, die zwar schon im Ansatz bezeichnet sind, die aber noch herausgehoben und entfaltet werden müssen.

1. Um die Frage, ob die Nationalökonomie „quantifizieren“ dürfe, ist eine lang anhaltende Diskussion entstanden. Die Frage wird oft verneint. Die Wirtschaft bestehe nicht aus Quantitäten, sondern aus Zweckgebilden. Wer national-ökonomisch in Quantitäten denke, denke „naturwissenschaftlich“ oder „materialistisch“ und verkenne den Charakter der Nationalökonomie als Geisteswissenschaft oder den geschichtlichen Charakter der Wirtschaft. — Darauf

wird dann erwidert, daß das Wesen oder der Begriff der Wirtschaft das Denken in Quantitäten nicht ausschließe, sondern sogar notwendig mache.

Zu einer endgültigen Entscheidung in diesem Streit wird man niemals kommen, wenn man von Begriffen, Axiomen, Definitionen oder irgendwelchen Denkschablonen ausgeht. In der Sprache der Logik gesprochen: Die Entscheidung läßt sich überhaupt nicht durch Konklusion aus bestimmten Prämissen, sondern nur durch Demonstration am Gegenstand selbst fällen. Das heißt: Der Charakter der Sachprobleme, welche die wirtschaftliche Wirklichkeit bietet und die wir im Leben selbst sehen, entscheidet über die Frage.

Da aber zeigt sich: Die Frage nach dem Ordnungsgefüge der Wirtschaft ist keine quantitative Frage. Die Frage, wie z. B. die heutige deutsche Währung aufgebaut ist, wie die Ordnung der deutschen Landwirtschaft aussieht, die Frage also nach den Teilordnungen und nach der jeweiligen wirtschaftlichen Gesamtordnung verlangt keine quantitative Antwort. Indessen: Nur Personen, welche dem wirtschaftlichen Leben und Kämpfen fernstehen, können meinen, auch das andere nationalökonomische Hauptproblem sei nicht quantitativ. Jeder Arbeiter weiß es besser. Sein Lohn ist ein Quantum, und er gibt Geldsummen — Quanten — für Lebensmittel, Wohnung und Bekleidung aus. Er weiß, daß alles wirtschaftliche Planen und Handeln heißt: Mit Quantitäten planen und handeln. Ebenso jeder Betriebsleiter mit seiner Kostenrechnung, Buchhaltung, Bilanzierung, Gewinn- und Verlustrechnung, seinen Finanzplänen, Betriebsplänen und Absatzplänen. Zu anderen Zeiten ist weniger exakt gerechnet worden, aber nach Quantitäten wurde stets und in allen Wirtschaftsordnungen gewirtschaftet. Der russische Bauer des 18. Jahrhunderts, der vorwiegend in Form zentralgeleiteter Wirtschaft die Bedürfnisse seiner Familie befriedigte, wußte sehr wohl, daß die Spannung zwischen den Bedürfnissen und ihrer Deckung in Quantitäten von Brot, Fleisch, Kleidung usw. zum Ausdruck kam, welche benötigt wurden und welche zu be-

schaffen waren. Ebenso muß jede Zentralverwaltungswirtschaft mit Quantitäten rechnen. Also muß auch die Wissenschaft fragen, warum bestimmte Quantitäten produziert werden, wie die Verteilung des Güterstroms auf die Verbrauchergruppen und Verbraucher quantitativ erfolgt, warum bestimmte Investitionen stattfinden und wovon die räumliche Verteilung der Güterquantitäten abhängt. Da stets und in allen Wissenschaften die Problemlösungen den Problemen adäquat sein müssen, muß auch die Nationalökonomie quantitative Antworten auf diese quantitativen Fragen geben. — Bedarf z. B. die Frage nach dem Aufbau der heutigen Ordnung des amerikanischen Geldwesens auch keiner quantitativen Beantwortung, so doch die Frage, wie die Geldschaffung sich im Rahmen dieser Ordnung vollzieht und wie sie den gesamten heutigen amerikanischen Wirtschaftsprozess beeinflußt.

Intellektuelle, die es ablehnen, die Frage nach dem wirtschaftlichen Alltag quantitativ zu stellen, sinken sogar hinter die Alltagserfahrung zurück. Im übrigen setzen sie sich mit sich selbst in Widerspruch, denn sie werden immerhin bemerkt haben, daß ihr Einkommen quantitativ begrenzt ist, daß die Preise, die sie alltäglich zahlen, Quantitäten sind, und daß sie dauernd die Größe ihrer Einnahmen und ihrer Ausgaben miteinander vergleichen. — Gerade an dieser Diskussion und besonders an einer solchen weltfremden These zeigt sich die Unfruchtbarkeit jeder Begriffsnationalökonomie und die Notwendigkeit, sich auf die einfache, unmittelbare Anschauung zu besinnen.

2. Nur richtiges Fragen erschließt die Wirklichkeit in ihren Zusammenhängen. Bloße Beschreibung von Tatsachen führt nicht weit. Auf das Fragen kommt es an. Und zwar auf die Stellung wesentlicher Fragen. — Solche Fragen stellt der vorwissenschaftliche Mensch selten. Die meisten Menschen haben nur für ihre unmittelbar gegebene Umwelt Interesse: den Bauernhof, die Fabrik, die Haushaltung und deren Umgebung. Weiter reicht ihr Horizont nicht. Sie sehen sich nicht veranlaßt, die Fragen nach der

Wirtschaftsordnung oder nach den Zusammenhängen des gesamten Wirtschaftsprozesses aufzuwerfen, von denen die Nationalökonomie ausgeht.

Wie aber kommt es zu richtigen, nationalökonomischen Fragestellungen? Da die Fragen aus dem Leben hervorgehen, scheinen sie vom Belieben der Menschen abhängig zu sein. „Wir können fragen, was wir wollen, und wir werden nach dem fragen, was uns interessiert“ (A. Amonn). Lehrt nicht die Geschichte aller Wissenschaften, daß die Fragestellungen von praktischen Interessen und von wechselnden geistigen Strömungen bestimmt sind? Nicht die wirtschaftliche Wirklichkeit dränge gewisse Fragen auf — so meint man —, sondern der Mensch trete mit seinen persönlichen Fragen an die Wirklichkeit heran. So komme schon im Fragen ein persönlicher Standpunkt zum Ausdruck. — Wäre diese Ansicht richtig, so wäre die ganze Nationalökonomie, weil sie von subjektiv bestimmten Fragen ausgeht, vom subjektiven Ermessen abhängig — was mit Notwendigkeit zu einem chaotischen Nebeneinander der Forschungsrichtungen führen würde.

Nun lehrt die Geschichte der Wissenschaften tatsächlich, daß ihre Fragestellungen oft von praktischen Forderungen des Tages und von herrschenden Zeitströmungen angeregt wurden. Gerade für die Entstehung nationalökonomischer Fragestellungen läßt sich hierfür der Nachweis leicht erbringen. Bis zu diesem Punkte muß man zustimmen. — Aber hiermit ist noch nicht Alles gesagt. Zugleich gilt: Nur solche Fragen haben Bestand, die sich als fruchtbar erweisen. Gewiß läßt sich zeigen, daß die Frage nach dem Gesamtzusammenhang des Wirtschaftsprozesses, welche die Klassiker aufwarfen, von der geistigen und politisch-wirtschaftlichen Gesamtlage des 18. Jahrhunderts nahegelegt wurde. Aber sie hat sich bewährt. Es hat sich gezeigt, daß ohne ihre Lösung die wirtschaftliche Existenz der Menschen nicht erklärt werden kann. So sehr heute die geistige und politisch-wirtschaftliche Gesamtlage anders ist als sie im späten 18. Jahrhundert war — die Wissenschaft muß diese Frage weiter stellen und sie muß sich

weiter um ihre Beantwortung bemühen. Diese Frage fallen lassen, heißt auf Erkenntnis des Wirtschaftsprozesses verzichten. — Gleiches gilt von dem anderen Hauptproblem, das die Nationalökonomie stellen und lösen muß, der Frage nach der Wirtschaftsordnung. Wodurch auch immer diese Frage angeregt sein mag — sie erweist sich in ihrer Behandlung als fruchtbar und unentbehrlich; sie leistet viel und sie muß deshalb gestellt werden.

Zwei Fragen beherrschen also die Nationalökonomie: die Frage nach den Formen, in denen gewirtschaftet wird und die Frage nach dem Wirtschaftsprozeß, der alltäglich innerhalb der gegebenen Formen abläuft. Die verschiedene Struktur dieser Hauptprobleme gibt der Nationalökonomie ihren Charakter.

Aus den beiden wesentlichen Hauptproblemen und ihrer Behandlung ergeben sich mit Notwendigkeit Einzelprobleme in langer Reihe. Nachdem z. B. die Frage nach dem Gesamtzusammenhang der konkreten Wirtschaftsprozesse gestellt ist, führt ihre Untersuchung mit Notwendigkeit zur großen Antinomie und zu der Frage, wie sie überwunden werden kann. Jeder Schritt zur Überwindung der Antinomie leitet zu neuen Problemen, und so geht der Weg über weitere Problemlösungen zu weiteren Aufgaben. Erst in Anwendung des morphologischen Systems und der Theorie auf konkrete Erscheinungen findet diese lange Reihe von Fragen, Antworten und weiteren Fragen ihren Abschluß. — Und so hat schließlich doch bei der Stellung der nationalökonomischen Hauptprobleme und der Einzelprobleme nicht subjektives Ermessen und Willkür zu herrschen, sondern Ausrichtung auf die Sache und Folgerichtigkeit. Wir dürfen eben in der Nationalökonomie, wie in jeder anderen Wissenschaft, nicht — mit Amonn — fragen, „was wir wollen“. Vielmehr müssen wir Probleme, die sich als Scheinprobleme erweisen, ausschalten. Und wir dürfen nur die Fragen stellen und an ihnen festhalten, deren Untersuchung ein Eindringen in die Wirklichkeit ermöglicht, die sich also bewähren.

3. In der Alltagserfahrung entstehen zwar die beiden Hauptprobleme, um die sich alles dreht. Aber (abgesehen davon, daß die weitaus meisten Industriellen, Bauern, Händler, Arbeiter usw. die Probleme nicht aufwerfen): es gelingt mit Hilfe der Alltagserfahrung nicht, sie zu lösen. Somit erwies es sich als die Hauptaufgabe der Nationalökonomie, aus der widerspruchsvollen und punktuellen Alltagserfahrung zu wissenschaftlicher Erfahrung zu kommen.

Es fragt sich aber, ob die Nationalökonomie überhaupt zu wissenschaftlicher Erfahrung kommen kann und ob sie sich somit als Wissenschaft konstituieren darf.

Diese Frage bejahen wir. — Das Verfahren aber, das zu dem positiven Ergebnis führt, ist höchst eigenartig. Die Scheu vieler Nationalökonomien, in die Einzelwirtschaft einzudringen, muß völlig überwunden werden. Häufig erklärt sich diese Abneigung aus der Sorge, hiermit den Blick auf das Ganze zu verlieren, von dem die einzelne Haushaltung und der einzelne Betrieb nur ein sehr kleiner Teil ist. Aber diese Sorge ist unbegründet. Gerade und allein durch Erforschung des Ordnungsgefüges der konkreten Einzelwirtschaft und durch „pointierend hervorhebende“ Abstraktion gelingt es, Idealtypen zu erarbeiten, welche es nicht nur ermöglichen, angewandt das Gefüge der geschichtlichen Wirtschaftsordnungen zu erkennen, sondern die auch die Basis für theoretische Sätze und hierdurch für Erkenntnis der konkreten Wirtschaftshergänge bieten. — Geschichtliche Anschauung und theoretisches Denken werden nicht dadurch zur Annäherung und zum Zusammenwirken gebracht, daß man die Anschauung der geschichtlichen Tatbestände abschwächt und daß man die Theorie auf gewisse geschichtliche Zeiten beschränkt. Indem man so vorgeht, verliert man Beides: geschichtliche Anschauung und theoretische Analyse. Der Weg, der zum Ziel führt, verläuft in entgegengesetzter Richtung: Der Nationalökonom, der durch theoretisches Denken die Zusammenhänge der Wirtschaft finden will, muß — dem ersten Anschein zum Trotz — die Beobachtung der

konkreten Wirklichkeit auf die Spitze treiben.

4. Entscheidend wichtig für die Durchführung des Erkenntnisprozesses und für die Erzielung wissenschaftlicher Erfahrung ist es, daß das richtige Abstraktions-Verfahren an der richtigen Stelle angewandt wird. Im Vordergrund — so zeigte sich — hat die „pointierend-hervorhebende Abstraktion“ zu stehen, welche sich in Untersuchung der Einzelwirtschaft vollzieht und welche die wissenschaftliche Durchdringung der konkreten Wirtschaft ermöglicht. (Die Vernachlässigung dieses Abstraktionsverfahrens hat wesentlich zur Wirklichkeitsfremdheit der Nationalökonomie beigetragen.) Demgegenüber hat die „generalisierende Abstraktion“, in der sich eine Distanzierung von der realen Wirklichkeit vollzieht, etwas zurückzutreten. Sie spielt aber in der „Anwendung“, nämlich bei wissenschaftlicher Bestimmung der konkreten Wirtschaftsordnungen, d. h. bei der Herausarbeitung der „dominierenden“ und der „ergänzenden“ Formelemente, eine gewisse Rolle.

Auf Grund der pointierend hervorhebenden Abstraktion gewinnt die Nationalökonomie „Idealtypen“, die, wie sich zeigte, etwas ganz anderes sind als die üblichen „Realtypen“⁶⁶. — Dieses Verfahren schlägt einen Umweg ein, dadurch nämlich, daß es in der wirklichen Wirtschaft die Elementarformen gewinnt, aus denen sie zusammengesetzt ist. Da diese Elementarformen in durchaus übersehbarer Zahl vorhanden waren und sind, wird eine Vereinfachung erzielt, welche die unabsehbare Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsordnungen und der Wirtschaftsprozesse wissenschaftlich erkennbar macht. „Wollte man die Theorie für die Gesamtheit der möglichen Bedingungskonstellationen ausbauen, so wäre dies ein gigantisches, wahrscheinlich sogar utopisches Unterfangen, vergleichbar dem Buchdruck, der für jedes einzelne Wort unserer Sprache besondere Lettern bereithalten würde. Haben wir dagegen in Gestalt des morphologischen Systems die Lettern für die einzelnen Buch-

staben, so besteht keine unüberwindliche Schwierigkeit, die zur Anwendung auf konkrete Probleme notwendigen Mischungen jeweils nach Bedarf zu entwickeln." (F. W. Meyer)

5. Die Morphologie und die nationalökonomische Theorie entstehen also in der Analyse der konkreten Wirtschaft und sind Werkzeuge, um zu wissenschaftlicher Erfahrung zu gelangen. Sie dienen der wissenschaftlichen Durchdringung der wirtschaftlichen Wirklichkeit. So lösen sie diejenige Aufgabe, die die zentrale Aufgabe der Wissenschaft ist: Notwendige Zusammenhänge und Einheit dort zu entdecken, wo das naive Denken Zufall und Willkür sieht. Menschen von rein empirischer Geisteshaltung pflegen gegen theoretische Arbeiten von vornherein einen Widerwillen zu empfinden, und sind weder bereit noch fähig, sie zur Kenntnis zu nehmen. Sie sollten sich darüber klar sein, daß sie damit aus dem Kreise derer ausscheiden, welche die wirtschaftliche Wirklichkeit zu erkennen vermögen. — Zugleich erledigen sich damit viele Mißverständnisse über Aufgabe und logischen Charakter der nationalökonomischen Theorie, die auch im Kreise der Theoretiker sehr weit verbreitet sind. So etwa: Die Theorie enthalte Formeln, die geschichtlich-konkretes Sein „beschreiben“ sollten, sie vollzöge eine Zusammenfassung aller Erfahrung, und sie hätte ihren Platz — sozusagen — am Ende der Wissenschaft. Oder auch: Die Erfahrung wird der Theorie geradezu entgegengesetzt, und man spricht dann von „Theorien“, die nicht mit der Erfahrung oder mit der „Praxis“ übereinstimmen. — Ebensowenig kann die Theorie aus Definitionen deduziert werden. — Sie ist auch keine Ideologie allgemeiner Art, die sich wie ein Nebel über die konkrete Wirtschaft legt. Echte Theorie entsteht aus strengem Gebrauch der Vernunft in Untersuchung der Tatsachen zur wissenschaftlichen Erklärung der konkreten Wirtschaft. Ideologien entstehen, wie sich zeigte, aus Impulsen des Willens, sind häufig Mittel des wirtschaftlichen Kampfes und verschleiern den Blick auf die wirkliche Wirt-

schaft. — Schließlich ist Theorie auch nicht ein System von Begriffen oder Definitionen, das der Untersuchung der Fakten vorausgeschickt werden müßte und das weder ein Fundament hat noch mit der geschichtlichen Wirklichkeit in Verbindung steht. — Echte Theorie steht weder am Anfang der Untersuchung wirklicher Wirtschaft, wie die Begriffsnationalökonomien glauben, noch am Ende, wie der Empirismus meint, noch neben der Untersuchung der Tatsachen, wie es die extremen „Dualisten“ wollen, sondern sie steht in der Mitte des Erkenntnisprozesses; sie ist ein Werkzeug, das geschaffen wird, um wissenschaftliche Erfahrung zu ermöglichen.

Der Anspruch, mit dem die Theorie — ebenso wie die Morphologie — auftritt, ist bescheiden und zugleich groß. *B e s c h e i d e n* insofern, als sie lediglich den Anspruch erhebt, ein Instrument der Erkenntnis zu sein, nicht etwa das Ziel. *G r o ß* aber, indem sie beansprucht, als universales Erkenntniswerkzeug zu dienen. Alle wirtschaftliche Wirklichkeit kann durch Anwendung dieses Werkzeuges wissenschaftlich erkannt werden. Nicht in dem Sinne, daß immer die gleichen reinen Formen, aus denen sich die Morphologie zusammensetzt oder die gleichen theoretischen Sätze „aktuell“ wären, wohl aber in dem Sinne, daß stets ein bestimmter Teil des gedanklichen Apparates geeignet ist, die wirtschaftliche Wirklichkeit an bestimmtem Ort und zu bestimmter Zeit in Aufbau und Ablauf kraft seiner Anwendung zu erklären⁶⁷.

6. In der Erarbeitung des wissenschaftlich-nationalökonomischen Bildes der wirtschaftlichen Welt fällt den *D e f i n i t i o n e n* eine wichtige Rolle zu. Sie fassen Ergebnisse der Sachanalyse zusammen und ermöglichen es so, mit diesen Ergebnissen weiterzuarbeiten. Die stufenweise Ersetzung der ungenauen Begriffe der Alltagssprache, mit denen die Nationalökonomie zu Anfang arbeiten muß, durch wissenschaftlich-definierte Begriffe wird durch den Fortgang der Sachanalyse ermöglicht — und fördert sie zugleich.

Greifen wir einen Begriff, nämlich den Begriff des Preises heraus. Ihn vor der Sachanalyse, also am Anfang, wissenschaftlich zu definieren, ist unmöglich. Die Nationalökonomie weiß zu Beginn der Analyse nicht mehr vom Preis als der Alltag. Aber wenn im Zuge der Tatsachenanalyse die „Wirtschaftssysteme“ erarbeitet werden, stößt die nationalökonomische Problembehandlung selbst auf den Preis und muß und kann eine genaue Umgrenzung des Preisbegriffes geben. Jetzt zeigt sich, daß Preis in der „Verkehrswirtschaft“ etwas ganz anderes bedeutet als in der „Zentralgeleiteten Wirtschaft“. In der Verkehrswirtschaft mit ihren vielen Betrieben und Haushalten ist eine Koordination der Einzelpläne nötig, die sich an den Preisen vollzieht. Die Preisbildung steht somit im Mittelpunkt des gesamtwirtschaftlichen Systems, hat weitreichende, genau angebbare Funktionen, und alle Handlungen müssen sich an Preisen ausrichten. Ganz anders in der zentralgeleiteten Wirtschaft, in welcher eine Stelle mit ihren Plänen das wirtschaftliche Geschehen lenkt und wo Preise — soweit sie überhaupt auftreten, was (wie gezeigt) nicht bei allen Ausprägungen dieses Wirtschaftssystems der Fall ist — etwas anderes sind. Ist es auf dieser Stufe der Sachanalyse möglich und nötig, zu definieren, was Preis ist, so führt die nächste Stufe, nämlich die Untersuchung der Marktformen, zur Definition von „Monopolpreis“, „Konkurrenzpreis“ usw. In der Definition drängt sich jeweils die Erkenntnis, die Schritt für Schritt erarbeitet wurde, zusammen. Nun gewinnt der Preisbegriff einen wirklichen Inhalt und eine genaue Umgrenzung. — Bei anderen Begriffen wie Wirtschaftsordnung, Betrieb, Wert, Kapital, Geld usw. vollzieht sich die gleiche Umwandlung. Anfänglich in der unbestimmten Sprache des Alltags gebraucht, werden sie im Zuge der Analyse zu wohldefinierten und wissenschaftlich brauchbaren Begriffen, und die Folge der Definitionen zeigt an, wie sich die Wissenschaft aus der Alltagserfahrung allmählich herausarbeitet.

Oft wird den Definitionen in der Nationalökonomie ein anderer Platz zugewiesen. Sie werden häufig an den Anfang

gerückt, und die Arbeit vieler Nationalökonomien ist geradezu dadurch gekennzeichnet, daß sie mit Definitionen der Grundbegriffe b e g i n n e n. Die Motive, die sie hierzu veranlassen, sind verschiedene.

Manche meinen, die Wissenschaft müsse deshalb mit Definitionen von Wirtschaft, Produktion, Preis usw. beginnen, weil sie von Anfang an mit Begriffen arbeite und die Begriffe, die sie benutze, doch vor ihrer Verwendung klären müsse. — Natürlich arbeiten wir — so ist darauf zu erwidern — stets mit Begriffen. Auch die Nationalökonomie braucht schon bei der ersten Beobachtung des Gegenstandes und bei den ersten Fragestellungen Begriffe. Daran besteht nicht der mindeste Zweifel. Aber hieraus darf eben nicht geschlossen werden, daß die Nationalökonomie mit Definitionen beginnen müsse oder dürfe. Wie kann sie denn v o r der Sachuntersuchung sagen, was Wirtschaftsordnung oder was Betrieb oder Preis oder Wert oder Kapital usw. ist? Versucht sie es, so nimmt sie wissenschaftlich unfundierte Ansichten in die Definitionen und damit in die Wissenschaft auf. So schleichen sich durch die Definition interessenbestimmte und verschwommene Meinungen und Ideologien in die Nationalökonomie ein.

Andere Nationalökonomien rücken Definitionen hauptsächlich deshalb an den Anfang, um eine Abgrenzung des Objektes vorzunehmen, mit dem sie sich weiterhin befassen. Sie versuchen also z. B. den Begriff „Wirtschaft“ gleich zu Anfang zu definieren, um so den Gegenstand der Nationalökonomie zu bestimmen. — Aber diese Abgrenzung durch Definitionen ist undurchführbar und im übrigen entbehrlich. Undurchführbar, weil die Wissenschaft nicht ein Gebiet mit Erfolg umgrenzen kann, das sie noch nicht kennt. Entbehrlich, weil sich die Abgrenzung des Gegenstandes aus den P r o b l e m e n ergibt, die auftauchen und die zu lösen sind. Gewisse Probleme und — um mit Max Weber zu sprechen — die spezifischen Mittel, die sie zu ihrer Lösung postulieren, grenzen das Gebiet einer jeden Wissenschaft ab. Wissenschaft und damit auch Nationalökonomie entsteht nicht aus der Feststellung eines Gegenstandes, der

zunächst mit Hilfe von Definitionen abgegrenzt und dann näher beschrieben wird, sondern aus der Aufwerfung von Problemen und Entfaltung von Forschungsmethoden, um sie zu bewältigen und um zu Ergebnissen zu gelangen. Schließlich werden Definitionen noch aus einem andersgearteten, dritten Grunde an die Spitze gestellt: Viele treten mit Thesen, von denen sie von vornherein überzeugt sind, an die Wissenschaft heran und die Wissenschaft ist für sie nichts anderes als eine Explikation dieser Thesen. Die Definitionen, mit denen der Gedankengang beginnt, dient in diesen Fällen dazu, um die vorwissenschaftlich gesetzten Thesen in die Wissenschaft einzuführen. Das ist die Haltung der uns wohl bekannten eigentlichen Begriffsnationalökonomen⁶⁸.

7. In dem Bemühen, die Lösung der Probleme einzuleiten, stößt die Nationalökonomie auf die entscheidend wichtige Tatsache, daß die Menschen überall und stets auf Grund von Wirtschaftsplänen handeln, um die vorhandene Knappheit der Güter zu überwinden. Diese Tatsache macht es erforderlich, daß sich die Untersuchung sowohl des Ordnungsgefüges aller konkreten Wirtschaft als auch der alltäglichen Wirtschaftsprozesse zuerst konkreten Wirtschaftsplänen mit ihren Plandaten zuwendet. Hier findet sich gleichsam das Tor, durch das die Nationalökonomie in die wirtschaftliche Wirklichkeit eindringt. Hier mußte auch unsere Behandlung beider Probleme beginnen (S. 82 ff., 199 ff.), und dieser Beginn entschied über den weiteren Weg.

8. Die nationalökonomische Wissenschaft muß systematisch sein. „Darin äußert sich nicht etwa ein bloß ästhetischer Zug unserer Natur. Die Wissenschaft will und darf nicht das Feld eines architektonischen Spiels sein. Die Systematik, die der Wissenschaft eignet, natürlich der echten und rechten Wissenschaft, erfinden wir nicht, sondern sie liegt in den Sachen, wo wir sie einfach vorfinden, entdecken. Die Wissenschaft will das Mittel sein, unserem

Wissen das Reich der Wahrheit, und zwar in größtmöglichem Umfang, zu erobern; aber das Reich der Wahrheit ist kein ungeordnetes Chaos, es herrscht in ihm Einheit der Gesetzlichkeit" ⁶⁹.

Da jede Haushaltung und jeder Betrieb Glied einer umfassenden Ordnung ist und jede wirtschaftliche Handlung Teilstück eines Gesamtprozesses, ist es nötig, die Gesamtordnung und den Gesamtprozeß in ihrem Zusammenhang zu verstehen. Die Systematik tragen wir nicht an die Tatbestände heran, sondern wir finden sie in den Tatbeständen vor. Weil das wirtschaftliche Geschehen, wie auch in dieser Arbeit immer wieder gezeigt wurde, ein interdependentes Ganzes darstellt, muß die Nationalökonomie ein innerlich zusammenhängendes Ganzes von Erkenntnissen bieten. Sie tut es, indem sie ein „Morphologisches System“ und eine „Systematische Theorie“ entfaltet. Dem Gesamtzusammenhang der Dinge — ihrem Ordnungsgefüge und dem Zusammenhang des Hergangs — hat der Zusammenhang innerhalb des wissenschaftlichen Systems zu entsprechen. Sonst ist die wissenschaftliche Erkenntnis unvollständig. Systematisch heißt: Einheitlich geordnet und in Zusammenhang gebracht.

Die Forderung, jede ökonomische Einzelfrage im Rahmen des ökonomischen Ganzen, d. h. systematisch zu sehen, wendet sich gegen zwei Zeitströmungen. — Je mehr die theoretischen Methoden verfeinert werden, in um so stärkerem Maße ziehen es viele nationalökonomische Theoretiker vor, Detailuntersuchungen über gewisse Größenbeziehungen anzustellen, und die Meinung gewinnt an Boden, die ökonomische Theorie solle sich in einzelne Theoreme auflösen. Demgegenüber muß auf die Geschlossenheit des theoretischen Hauptproblems verwiesen werden. Alle einzelnen Fragen, etwa nach Lenkung der Produktion, nach Zustandekommen der Löhne, nach den Wirkungen des Sparsens usw. sind Aspekte einer Kardinalfrage: nach dem Gesamtzusammenhang des großen, interdependenten wirtschaftlichen Alltags der gesellschaftlichen Wirtschaft. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer systematischen,

dem tatsächlichen Gesamtzusammenhang gerecht werden-
den Theorie.

Zweitens wenden wir uns gegen die allgemeine, auch jenseits der Wissenschaft herrschende Meinung, systematisches Denken sei überhaupt schädlich. Das Leben sei stärker als jedes System. Nirgends käme der Gegensatz von lebendigem Leben und ordnender Vernunft stärker zum Ausdruck als im Streben der Vernunft zum System. System sei eine Sache vergangener Zeiten gewesen; Leben aber sei das Anliegen der Gegenwart. Geistesgeschichtlich ist diese moderne Ablehnung systematischen Denkens leicht erklärbar. Sie ergab sich aus dem Vordringen des Irrationalismus und des Voluntarismus. Die Kritik an Systemen in der Nationalökonomie, in anderen Wissenschaften und besonders in der Philosophie, die von dieser Seite aus geübt wurde, war dann nicht unberechtigt, wenn die Systembildung aus wirklichkeitsfremden Voraussetzungen heraus erfolgte. Dann ist die Gefahr allerdings sehr groß, daß das System wirklichkeitsblind macht und zum Doktrinarismus verführt. Aber ins Unrecht gerät die Kritik gegen systematische Wissenschaften, wenn sie selbst doktrinär wird und wenn sie verkennet, daß Systeme da gebildet werden müssen, wo die faktischen Zusammenhänge es verlangen. Ein Verzicht auf das System würde in der Nationalökonomie Verzicht auf die Erkenntnis des vollen wirtschaftlichen Lebens bedeuten.

9. In der Überwindung der Meinungen und der Ideologien von Interessenten erkannten wir eine wesentliche Aufgabe der Nationalökonomie. Nur solche Lösungen der beiden Hauptprobleme sind wissenschaftlich wertvoll, welche diese Überwindung vollziehen. Nun aber kann sich nur eine Wissenschaft, die auf exakter Beobachtung der Tatsachen beruht und die sich in unmittelbar einsichtigen, klaren Denkschritten vorwärtsarbeitet, aus dem Nebel der Alltagserfahrung herausarbeiten. Zugleich bedarf die Wissenschaft der strengen Ausrichtung an der Idee der Wahrheit. Sonst besteht die Gefahr, daß sie den Meinungen und Ideologien der Interessenten ausgeliefert wird.

Zugleich ergibt sich aus allem Gesagten, warum die Nationalökonomien nicht selten diese ihre große Aufgabe verkannten. Ihnen fehlte es vielfach an der Methode, um sicher in die wirtschaftliche Wirklichkeit einzudringen. Es fehlte an *A n s c h a u u n g*: Dadurch wurden sie häufig von sachkundigen Praktikern abhängig. Es fehlte ferner oft an Erkenntnis des wirtschaftlichen Gesamtzusammenhanges, wie sie nur mit Hilfe der *T h e o r i e* erworben werden kann. Wer z. B. in der Geldtheorie nicht ganz fest ist, vermag Ereignisse des Geldwesens — wie z. B. Abwertungen — nicht selbständig zu beurteilen und ist auf die Äußerungen von Bankpraktikern, die meist interessenbestimmt sind, angewiesen. — Die Nationalökonomie litt schließlich daran, daß durch Historismus, Pragmatismus, Positivismus und andere geistige Bewegungen des vorigen Jahrhunderts die Wahrheitsidee relativiert und damit die große, entscheidend wichtige Distanz zwischen „Alltagserfahrung“ und „wissenschaftlicher Erfahrung“ verschleiert wurde. Vielleicht hat keine Wissenschaft hierunter schwerer gelitten als die Nationalökonomie⁷⁰.

10. Der rasche Wechsel des geschichtlichen Lebens während der neuesten Zeit hat die Nationalökonomie in eine schwierige Lage gebracht. Wenn sich die Wirtschaftsordnungen so rasch ändern, wie es in vielen Ländern während der letzten Jahrzehnte geschah, scheint sie verurteilt zu sein, rasch zu veralten. Was nützen denn Untersuchungen der Konkurrenzpreise — so kann man fragen —, wenn die Konkurrenz verschwindet und an ihre Stelle Monopole oder unmittelbare staatliche Lenkung tritt? Was nützen geldtheoretische Analysen, die vor zehn Jahren vorgenommen wurden, als ganz andere Währungsordnungen verwirklicht waren, den Heutigen? — Die Nationalökonomien suchen — wie gezeigt — sich meist dadurch zu helfen, daß sie sich möglichst rasch der jeweiligen Gegenwartsituation anpassen und jeweils Theorien ersinnen, die dem Moment zu entsprechen scheinen. Wiederum ist hier eine

scheinbar paradoxe Lage gegeben. Je ausschließlicher die Nationalökonomien die jeweilige Gegenwartssituation beachten, je mehr sie die momentan in ihrem Lande vorhandene Wirtschaftsordnung verabsolutieren, je krampfhafter sie modern sein wollen, — um so rascher veralten sie. Jede Wendung der Wirtschaftspolitik, etwa jede größere Umgestaltung des Wettbewerbsrechts und der Geldverfassung, wirft dann ihr Lehrgebäude um. Denn die früheren Analysen bezogen sich auf einen nunmehr umgestalteten Zustand, auf eine frühere Wirtschaftsordnung, und die Nationalökonomien müssen sich nun um neue zeitgebundene Theorien bemühen, die gelten, bis wieder ein neuer Wandel der Wirtschaftspolitik eintritt. Und so weiter — in dauerndem Wechsel. Auf diese Weise verliert die Nationalökonomie schließlich jeden Halt; sie läuft hinter den Ereignissen her; sie fällt von einer Krise in die andere.

Indessen: Das durch pointierend-hervorhebende Abstraktion geschaffene morphologische und theoretische System überdauert die Wandlungen des geschichtlichen Werdens. Freilich ist hierfür zweierlei erforderlich: Dieses System muß umfassend genug sein. Es darf nicht nur in Untersuchung von Tatsachen der Gegenwart gewonnen werden. Es genügt nicht, daß man etwa, wie Carl Menger sagte, „mit einem einzigen zeitlichen Durchschnitt des Geschehens, mit dem der Gegenwart“ rechnet. Die Wirtschaft aller Zeiten und aller Völker ist nationalökonomisch wichtig. Der geschichtliche Horizont der Nationalökonomien muß ein weiter sein. Nur in Untersuchung verschieden gearteter Wirtschaftsordnungen entsteht ein umfassendes und brauchbares morphologisches und theoretisches System. Je weiter der Blick in die Vergangenheit und in andere wirtschaftliche Kulturen reicht, um so besser ist das so gewonnene morphologische System der reinen Formen und das System theoretischer Sätze geeignet, die Wandlungen der Zukunft zu überdauern. Und zweitens: Der logische Charakter der Wirtschaftssysteme und der Theorie muß verstanden und der fundamentale Unterschied zwischen „Wahrheit“ und „Aktualität“ erkannt sein. Mit dem Wechsel der Institutionen wechselt

nur die Aktualität der einzelnen Teile. Mehr nicht. Heute unaktuelle theoretische Aussagen können in wenigen Jahren wieder aktuell sein.

Wohl werden sich vielfach, z. B. mit dem Aufkommen neuer, bisher unbekannter Währungsordnungen, gewisse Ergänzungen in der Zahl der Geldsysteme oder an anderer Stelle des Gedankenapparats als notwendig erweisen. „Fertig“ wird dieser Apparat nie sein. Darüber hinaus stellt seine Anwendung laufend neue Aufgaben. Aber dies alles ändert nichts an der Tatsache, daß die Nationalökonomie nie völlig überrascht werden kann, wenn ihr Gedankenapparat aus ganz umfassender historischer Erfahrung heraus — aber auf Grund intensiver Analyse der Einzelgebilde — gewonnen ist. Sie gewinnt Ruhe und Sicherheit gegenüber geschichtlichen Wandlungen; sie wird eine krisenfestere Wissenschaft.

11. Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit setzt voraus, daß die wirtschaftlichen Probleme zwar als Sonderprobleme herausgehoben, zugleich aber auch in ihrem universalgeschichtlichen Zusammenhang gesehen werden. Zum Beispiel gelingt die Erkenntnis der deutschen wirtschaftlichen Wirklichkeit von heute nur, wenn sowohl die spezifisch-ökonomischen Fragen nach dem Ordnungsgefüge der deutschen Wirtschaft und nach den Zusammenhängen des alltäglichen Wirtschaftsprozesses gelöst sind, zugleich aber auch die Verbundenheit der wirtschaftlichen Erscheinungen mit dem ganzen Leben der Nation, mit dem politischen und sozialen Geschehen und mit den geistigen Bewegungen erkannt wird.

Einseitigkeit nach der einen oder nach der anderen Seite hin ist gefährlich. Die einseitig-abgesonderte Behandlung ökonomischer Fragen bringt bei Vernachlässigung der stets wirksamen Verknüpfung aller Lebensgebiete Resultate, die der konkreten Wirklichkeit nicht gerecht werden, wie sich z. B. bei den Wirtschaftsstufen-Konstruktionen oder bei den üblichen Konjunkturtheorien zeigte. — Wer aber demgegenüber ausschließlich die universalgeschichtliche Verbunden-

heit aller Lebensbereiche sieht und glaubt, wirtschaftliche Fragen überhaupt nicht abgesondert für sich stellen und untersuchen zu sollen, der ist außerstande, analytisch einzudringen, bleibt Dilettant, sieht nicht die wirtschaftlichen Sachzusammenhänge und erhält nur ein verschwommenes Bild. So erging es den romantischen Nationalökonomien älterer und neuerer Zeit.

Zwischen dem Streben der Nationalökonomie nach Lösung von Fachproblemen und nach universalgeschichtlichem Verstehen besteht eine gewisse Spannung, auf die unsere Untersuchung fortwährend stieß. Diese Spannung ist notwendig und fruchtbar und darf nicht beseitigt werden⁷¹.

12. Am Anfang, bei der Fassung der Probleme, mußten wir eine Kritik überkommener Stufen- und Stilkonstruktionen vollziehen. Nun, am Ende, könnte die Frage gestellt werden, ob die Ergebnisse, zu denen wir gelangten, uns wieder den Stufen und Stilen näher gebracht haben, ob etwa die Darstellung konkreter Wirtschaftsordnungen (a) oder ob die Bildung des idealtypisch-morphologischen Systems (b) als eine Fortführung der Lehre von den Stufen und Stilen und realtypischen Wirtschaftssystemen angesehen werden darf.

Diese Frage ist zu verneinen.

a) Die Wirtschaftsordnungen haben mit den Wirtschaftsstufen oder Wirtschaftsstilen keine Verwandtschaft. Sie sind etwas ganz anderes.

Erstens: Die Wirtschaftsordnung ist eine individuelle Erscheinung; die Wirtschaftsstufe oder der Wirtschaftstil indessen ist ein Typus. — Wir wollen die athenische Wirtschaftsordnung zur Zeit des Perikles oder die ganz andere italische Wirtschaftsordnung im 1. Jahrhundert oder die große Zahl anderer antiker Wirtschaftsordnungen erforschen und wir versuchen nicht, diese Mannigfaltigkeit durch eine Stufe oder einen Stil, wie etwa „Hauswirtschaft“, oder durch einige Stufen und Stile einzufangen. Es gab eine ostdeutsche Wirtschaftsordnung des 13. Jahrhunderts und eine anders geartete Wirtschaftsordnung der flandrischen Städte

um 1270 und eine wiederum andere flandrische Wirtschaftsordnung um 1350 (S. 272 ff.). Sie alle sind individuelle Erscheinungen. Dagegen spricht die Stufen- und Stillehre von „Stadtwirtschaft“ oder auch von „Frühkapitalismus“. — Eine bestimmte deutsche Wirtschaftsordnung bestand 1940, die — wie sich zeigte — wesentlich anders aussah als die Wirtschaftsordnung um 1900. Die Stufenlehre sucht jedoch diese beiden und viele andere historischen Lagen im Typus „Volkswirtschaft“ darzustellen.

Mit dem erstgenannten hängt ein zweiter Unterschied auf engste zusammen. Stufen und Stile werden ganz anders gebildet, als Wirtschaftsordnungen erkannt werden. Stufen, Stile und realtypische Wirtschaftssysteme werden nach einem Merkmal oder nach einer Serie von Merkmalen konstruiert: So wurden Realtypen wie „Kapitalismus“ oder „Stadtwirtschaft“ oder „Hauswirtschaft“ geschaffen. Ganz anders die Wirtschaftsordnungen. Hier, wo es sich um Erkenntnis individueller Tatbestände handelt, geht die Erkenntnis von einer Frage, nämlich der Frage nach dem Ordnungsgefüge, aus. Wie ist das wirtschaftliche Ordnungsgefüge im heutigen Deutschland? Oder wie war es in den Vereinigten Staaten um 1800? Es erwies sich, daß diese Frage nicht unmittelbar beantwortet werden kann, daß vielmehr ein weiter gedanklicher Umweg eingeschlagen werden muß. Er führt durch die Erarbeitung einer Morphologie, die aus idealtypischen Wirtschaftssystemen, Ausprägungen zentralgeleiteter Wirtschaft, Marktformen, Hauptformen der Geldwirtschaft und Geldsystemen besteht, zum Ziele: etwa zur Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen, die heute sind oder die um 1800 bestanden. Diese Fragestellung und diesen Erkenntnisweg kennt die Stufen- und Stillehre nicht. Drittens: Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsstile sollen Grundlagen für theoretische Untersuchungen sein — Wirtschaftsordnungen nicht. — Daß zwar solche „zeitgebundenen Theorien“ für einzelne Stufen und Stile, etwa für die Stadtwirtschaft oder den Kapitalismus, weder bisher geschaffen wurden noch überhaupt konstruiert werden können, wissen wir. Aber die Absicht besteht, und sie ist ein

wesentliches Motiv für die Bildung von Stufen und Stilen. Die Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen verfolgt nicht diesen Zweck. Versuche dieser Art würden — das zeigte sich ebenfalls — scheitern. Denn die Zahl der Ordnungsformen, die jeweils in einer Wirtschaftsordnung realisiert sind, ist zu groß, und sie sind so individuell miteinander verbunden, daß die Wirtschaftsordnungen nicht Bedingungskonstellationen darstellen, die theoretische Analysen ermöglichen. Man würde es z. B. vergeblich unternehmen, für die deutsche Wirtschaftsordnung von 1900 und von 1940 je eine besondere Theorie zwecks Erklärung der deutschen Wirtschaftsprozesse von 1900 und von 1940 zu schaffen. (Die Gewinnung der Theorien erfolgt vielmehr auf der Basis der reinen Ordnungsformen, der idealtypischen Wirtschaftssysteme und ihrer Ausprägungen.) — Zwar braucht man zur Anwendung des theoretischen Apparates auf konkrete Wirtschaftsabläufe die Kenntnis der konkreten Wirtschaftsordnungen und ihrer dominierenden Ordnungsformen — eine Anwendung aber, die es in der Stufen- und Stillehre wiederum nicht gibt.

b) Ebensowenig wie die Wirtschaftsordnungen haben die Wirtschaftssysteme, die Formen zentralgeleiteter Wirtschaft, die Marktformen und Geldsysteme, hat also das ganze morphologische System, das in Untersuchung konkreter Tatbestände gefunden wird, mit den Stufen und Stilen eine Berührung. Hier handelt es sich um reine, idealtypische Formen, die nicht — wie Stile oder Stufen oder realtypische Wirtschaftssysteme — wirtschaftliche Realität in gewissen Querschnitten zusammenfassend abbilden wollen. Sie verfolgen einen anderen Zweck, sind anders gewonnen und haben einen anderen logischen Charakter. Deshalb ist es nicht unbedenklich, zwischen einzelnen Merkmalen gewisser konstruierter Stil- und Stufenreihen und den Bezeichnungen der idealtypischen Wirtschaftssysteme Vergleiche durchzuführen. Man vergißt dann allzuleicht, daß Stufe-Stil und morphologisches System — sozusagen — auf zwei ganz verschiedenen Ebenen liegen. — Wenn zudem

bedacht wird, daß auch Theorien in dem einen und in dem anderen Verfahren etwas durchaus Verschiedenes bedeuten — in der Stufen- und Stillehre zeitgebunden, in dem anderen Verfahren indessen nicht zeitgebunden in ihrem Wahrheitsgehalt, sondern nur in ihrer Aktualität —, so erhält man einen gewissen Eindruck von der Größe des Gegensatzes.

Alles in allem ist hier nicht aus den gleichen Steinen ein anderes Haus gebaut als in der Stufen- und Stillehre; sondern schon die Steine sind hier und sind dort verschieden. Ein andersartiges Verhältnis zur geschichtlich gegebenen Gegenwart und Vergangenheit liegt vor, und zwar sowohl zum wirtschaftenden Menschen, als auch zu den Institutionen. Ebenso ein anderes Verhältnis zur Ratio. — Nicht deshalb sei dies Alles besonders gesagt, um Originalitätsansprüche geltend zu machen. Originalitätsansprüche sind angesichts der Größe der Wissenschaft und ihrer Aufgabe immer lächerlich. Nur darum muß der Trennungsstrich deutlich gezogen werden, damit wir nicht vergeblich an einem Hause weiterbauen, an dem die Nationalökonomie schon allzu lange gebaut hat, das nicht bewohnbar ist und das auch in Zukunft nicht bewohnbar gemacht werden kann⁷².

13. Man pflegte und pflegt die Einzelwissenschaften in gewisse Rubriken einzuordnen, um ihnen auf Grund dieser Einordnung gewisse Methodenlehren zuzuweisen. Die Nationalökonomie wurde dabei oft den sog. Geisteswissenschaften zugeteilt, den Naturwissenschaften gegenübergestellt, und dann wurde eine sog. „geisteswissenschaftliche Methodenlehre“ auf sie angewandt. Oder umgekehrt: Man rückte sie in die Nähe der Naturwissenschaften und machte den Versuch, sie etwa mit physikalischen Methoden zu betreiben. Ob nun das eine oder das andere der Fall war — stets war das Verhalten unzulässig. Jede Wissenschaft muß allein aus der Besonderheit ihrer Sachprobleme heraus und in der Arbeit an diesen Problemen ihr Verfahren und ihren Gesamtcharakter entwickeln. Stets erzwingen die sachlichen Probleme, welche die Wirklichkeit bietet und welche

der Lösung bedürfen, das Verfahren. Aus der Besonderheit ihrer beiden Hauptprobleme, welche geschichtlich-anschauliche und theoretische Behandlung in eigenartiger Weise erfordern, entspringt die Besonderheit der Nationalökonomie. Danach bestimmt sich auch der Platz der Nationalökonomie im Kosmos der Wissenschaften.

Sie muß ihre Unabhängigkeit gegenüber allen übrigen Wissenschaften, die eben andersartige Probleme zu lösen haben, behaupten. Und sie muß versagen, wenn Forschungsmethoden, die von der geschichtlichen oder von der naturwissenschaftlichen Seite stammen und die nicht in der Auseinandersetzung mit der großen Antinomie entstanden sind, in ihr überwuchern. Da keine andere Wissenschaft in gleicher Weise solche zwiespältigen Sachprobleme zu bewältigen hat wie sie, ist jede einfache Übertragung methodischer Überlegungen, die an anderen Wissenschaften gewonnen sind, auf die Nationalökonomie unstatthaft und irreleitend.

Aber gerade, wenn die Besonderheit der Nationalökonomie voll herausgearbeitet und so die Erkenntnis der wirklichen Wirtschaft möglichst weit vorgetrieben wird, ergeben sich Berührungspunkte mit anderen Wissenschaften. Die mit Recht beklagte Vereinzelung der Einzelwissenschaften kann eben nicht durch oberflächliche Rubrizierung — gleichsam von oben her — sondern nur durch Arbeit an den Sachproblemen selbst — also von unten her — überwunden werden. Zunächst ergeben sich dann sehr viele Berührungspunkte mit der Wirtschaftshistorie. Sehr nahe ist aber auch die Verbindung mit anderen Geschichtswissenschaften, falls sie wirklich universalgeschichtlich getrieben werden. Darüber sprachen wir ausführlich.

14. Daß die Abspaltung der Betriebswirtschaftslehre von der Nationalökonomie nicht aufrecht erhalten werden kann, ergab sich aus dem gesamten Gedankengang. Sie wäre nur dann gerechtfertigt, wenn besondere Problemgruppen vorlägen. Denn nur die Selbständigkeit der Probleme konstituiert die Selbständigkeit einer Wissenschaft. —

Die Probleme der Nationalökonomie und der Betriebswirtschaftslehre gehören zusammen. Betriebe und Haushaltungen sind Glieder der gesamten Wirtschaftsordnung, und die Hergänge in den Betrieben und Haushaltungen sind Teilhergänge des gesellschaftlichen Gesamthergangs. Die beiden Hauptprobleme der Nationalökonomie sind auch die beiden Hauptprobleme der Betriebswirtschaftslehre: Aufbau und Führung der Betriebe und Haushaltungen können nur im Rahmen der Wirtschaftsordnung und des gesamten Wirtschaftsablaufes verstanden werden. Deshalb gelangen alle wissenschaftlichen Betriebswirte mit Notwendigkeit in die Untersuchung der Wirtschaftsordnungen und der verkehrswirtschaftlichen Gesamtzusammenhänge hinein. Es besteht nicht der mindeste Grund, daß die eine Wissenschaft — die Betriebswirtschaftslehre — bei den einzelwirtschaftlichen Daten stehenbleibt und die andere — die Nationalökonomie — die einzelwirtschaftlichen Daten ignoriert. Daß der Betriebswirt mehr die Zusammenhänge innerhalb der Betriebe und Haushalte untersucht, der Volkswirt mehr die Zusammenhänge der Einzelwirtschaften untereinander, ist bei der Größe der Probleme verständlich und richtig. Aber die Verschiedenheit der Betonung sollte nicht zu einer Spaltung in zwei Wissenschaften führen.

Wie bei der Spaltung zwischen geschichtlicher und theoretischer Nationalökonomie gilt auch hier der Satz, daß durch Spaltung der Wissenschaft die Probleme unerledigt zu Boden fallen. Beschäftigt sich der Nationalökonom mit der gesamten Wirtschaftsordnung oder mit den gesamtwirtschaftlichen Hergängen, ohne die Träger dieser Wirtschaftsordnung — die Betriebe und Haushaltungen — zu kennen, so bedeutet das Wirklichkeitsfremdheit. Wie soll etwa der Aufbau einer modernen Agrarordnung verstanden werden, wenn man nicht den betrieblichen Aufbau der Höfe aller Größenklassen gründlich kennt? Und wie will man die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge des heutigen Geldwesens verstehen, wenn man die Geschäftstechnik moderner Banken nicht beherrscht und nicht Bankbilanzen sehr

genau lesen kann? — Umgekehrt kann eine Betriebswirtschaftslehre, die im Einzelbetrieb verharret, nie den Sinn des einzelbetrieblichen Aufbaus und der einzelbetrieblichen Betätigung — auch der Bilanzierung oder der Kostenrechnung — erfassen. Ihr Horizont ist zu eng, und sie bleibt in einer punktuellen und damit unzureichenden Behandlung der Probleme stecken (s. auch S. 222 ff.). — Wenn also die Nationalökonomien über die Einzelwirtschaften hinwegblicken und die Betriebswirte im einzelnen Betrieb bleiben, leisten beide Gruppen zusammen nicht im entferntesten das, was eine Wirtschaftswissenschaft leistet, die vom Aufbau sowie von den Plänen und Handlungen der Einzelwirtschaften ausgeht und von den Daten des Einzelbetriebs und des Einzelhaushalts zu den gesamtwirtschaftlichen Daten vordringt, um so aus der Einzelwirtschaft zur Erkenntnis der Gesamtwirtschaft zu kommen. Aus dieser Erkenntnis der Gesamtwirtschaft heraus gelingt dann auch die wissenschaftliche Erkenntnis der Einzelwirtschaft und ihrer Hergänge, wobei sich der bekannte Satz von Böckh bestätigt, daß „wer Einzelnes einigermaßen erschöpfen will, das Ganze kennen muß“. Besonders deutlich aber tritt die Einheit des Problems dort hervor, wo — wie in der Zentralverwaltungswirtschaft oder in der Eigenwirtschaft — eine Leitung den gesamten Wirtschaftsprozeß lenkt, wo also eine Einzelwirtschaft den Gesamtprozeß umfaßt. Die Abspaltung der Betriebswirtschaftslehre von der Nationalökonomie ergab sich insbesondere daraus, daß viele Nationalökonomien versuchten, unter Umgehung der Einzelwirtschaften gesamtwirtschaftliche Probleme zu lösen. Es entstand — wo diese Schulen herrschten — ein Vakuum. Aufbau und Verhalten der Einzelwirtschaften blieben ungeklärt. Dieses Vakuum suchte die Betriebswirtschaftslehre auszufüllen. Sobald daher die Notwendigkeit erkannt wird, durch Untersuchung des einzelwirtschaftlichen Ordnungsgefüges und der Hergänge in den Einzelwirtschaften die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zu finden, fallen Vakuum und Abtrennung der Betriebswirtschaftslehre fort⁷³.

15. Indem die Nationalökonomie die jeweilige Wirtschaftsordnung in ihrem Aufbau und den jeweiligen Wirtschaftsprozess in seinem Ablauf erkennt, setzt sie sich instand, an einen weiteren großen Aufgabenkomplex heranzugehen, — nämlich den wirtschaftspolitischen.

Dabei handelt es sich vor allem um folgendes: Die Industrialisierung ergreift immer mehr Länder, durchläuft jetzt auch in den zuerst industrialisierten Ländern immer neue Stadien und hat überall die alten Wirtschaftsordnungen zerstört. Gleichzeitig haben sich große geistige und politische Umwälzungen vollzogen, die ebenfalls überkommene Ordnungen veränderten und auflösten. — Die zahlreichen und rasch wechselnden Wirtschaftsordnungen, die im Laufe dieses Zeitalters der Industrialisierung bisher bestanden und in denen — wie wir sahen — meist verkehrswirtschaftliche, aber neuerdings auch zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnungsformen dominierten, haben zu vielfältigen Störungen im Ablauf der Wirtschaftsprozesse, zu Machtballungen, Machtkämpfen und sozialen Spannungen geführt und haben die Vermassung beschleunigt.

Deshalb besteht eine große Aufgabe des gegenwärtigen Zeitalters darin, dieser neuen industrialisierten Wirtschaft mit ihrer weitgreifenden Arbeitsteilung eine funktionsfähige und menschenwürdige Dauerordnung zu geben. Funktionsfähig und menschenwürdig heißt: In ihr soll die Knappheit an Gütern, die sich Tag für Tag in den meisten Haushaltungen drückend geltend macht, so weitgehend wie möglich und andauernd überwunden werden. Und zugleich soll in dieser Ordnung ein selbstverantwortliches Leben möglich sein. Diese Aufgabe, von deren Lösung Entscheidendes abhängt (und zwar nicht nur für die wirtschaftliche Existenz der Menschen) erfordert die Schaffung einer brauchbaren „Wirtschaftsverfassung“ (S. 86 f.), die zureichende Ordnungsgrundsätze verwirklicht. Daß sie sich nicht von selbst löst, daß wir also im gegenwärtigen Zeitalter mit dem Wachsenlassen der Wirtschaftsordnungen nicht auskommen, hat die Geschichte des letzten Jahr-

hunderts nachdrücklich gelehrt. Denkende Gestaltung der Ordnung ist nötig. Die wirtschaftspolitischen Einzelfragen — ob es sich nun um Fragen der Agrarpolitik, der Handelspolitik, der Kreditpolitik, Monopolpolitik, der Steuerpolitik, des Gesellschaftsrechts oder des Konkursrechts handelt — sind Teilfragen der großen Frage, wie die wirtschaftliche Gesamtordnung, und zwar die nationale und die internationale Wirtschaftsordnung und ihre Spielregeln zu gestalten sind. — Seit vielen Jahrzehnten hat man sich daran gewöhnt, die einzelnen wirtschaftspolitischen Fragen kasuistisch herauszugreifen. Aber der Gesamtzusammenhang aller wirtschaftlichen Erscheinungen erfordert, sie in diesem Gesamtzusammenhang zu sehen und danach zu handeln. Wenn die Wirtschaftspolitik ihn vernachlässigt, macht er sich in den Tatsachen selbst peinlich bemerkbar. So erging es z. B. den Staaten, die autonome Konjunkturpolitik trieben und doch an der Goldwährung festhalten wollten, oder die im Gesellschaftsrecht die Bildung von Kapitalgesellschaften erschwerten, aber nicht beachteten, daß sie durch ihre Steuerpolitik die Wirkung dieser Gesetze überkompensierten. Diese Probleme haben eine solche Dimension und sind so schwierig, daß sie nur unter Verwendung der Ergebnisse wissenschaftlich-nationalökonomischer Forschung bewältigt werden können. Jede einzelne wirtschaftspolitische Maßnahme wirkt sich auf die Gesamtordnung oder auf den Gesamtprozeß aus, und gerade diesen Gesamtzusammenhang, der für wirtschaftspolitische Entscheidungen maßgebend sein sollte, kann allein die nationalökonomische Wissenschaft unter Anwendung der Morphologie und der Theorie erkennen. Insgesamt hat die Nationalökonomie die Schaffung einer Wirtschaftsverfassung für die ganze moderne Wirtschaft durch Gedankenarbeit einzuleiten. Es handelt sich dabei nicht um die Diskussion von Doktrinen oder Ideologien, sondern um konkrete Ordnungsaufgaben. — Dieser weitere große nationalökonomische Aufgabenkomplex ist im Rahmen dieses Buches nicht zu erörtern. Vielmehr muß die Feststellung genügen, daß die Erkenntnis

der wirklichen Wirtschaft in Gegenwart und Vergangenheit, die uns ausschließlich beschäftigte, auch die gedankliche Arbeit für die Gestaltung zukünftiger Wirtschaftsverfassungen vorbereitet⁷⁴.

16. **Rechtsdenken** und nationalökonomisches Denken sind im Laufe des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre besonderen Wege gegangen und haben sich nur selten berührt. In diesem Zeitraum herrschte die Überzeugung, daß es zwar notwendig sei, eine **Rechtsordnung** durchzusetzen und auszubauen, daß sich aber eine brauchbare, natürliche **Wirtschaftsordnung** aus der Entwicklung heraus spontan bilde. Es sei also nicht nötig, eine Wirtschaftsordnung zu schaffen; sie entstehe von selbst. Infolgedessen enthielten die Rechtsordnungen keine Prinzipien, nach denen sich die alltäglichen Vertragsabschlüsse und Rechtsgeschäfte, Gesellschaftsgründungen usw. zu einem funktionsfähigen wirtschaftlichen Gesamtprozeß verknüpfen sollten.

Inzwischen ist aber erkannt, daß die moderne industrialisierte Welt im Zuge ihrer Entwicklung nicht von selbst brauchbare Wirtschaftsordnungen erzeugt, daß sie also gewisser Ordnungsgrundsätze oder einer Wirtschaftsverfassung bedarf. Durch diese Wendung, in der wir heute stehen, verändert sich das Verhältnis von Rechtsdenken und Rechtspraxis zur Wirtschaft und zur Nationalökonomie. Denn Rechtsdenken und Rechtspraxis werden in steigendem Maße die Aufgabe haben, am Aufbau und an der Durchsetzung dieser Wirtschaftsverfassung mitzuarbeiten. Die einzelnen Rechtsgebiete — wie z. B. das Gesellschaftsrecht, das Steuerrecht, das Monopolrecht, das Arbeitsrecht, das Patentrecht, das Recht der Markenartikel — werden nach Inhalt und Auslegung von der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Gesamtentscheidung wesentlich abhängen und werden sehr verschieden aussehen, je nachdem z. B. die Ordnungsprinzipien der Wettbewerbsordnung oder der Zentralverwaltungswirtschaft dominieren.

Einige Beispiele: Immer wieder haben sich Rechtsprechung und Rechtswissenschaft mit der Frage auseinanderzusetzen, ob eine Preisunterbietung zulässig ist oder nicht. Meist suchte die Rechtsprechung unter Bezugnahme auf die „Sittenwidrigkeit“ der Preisunterbietung die Entscheidung zu finden. Dadurch aber verlor sie jeden festen Halt. Denn ob Sittenwidrigkeit vorliegt oder nicht, wird in der Regel nach sehr unbestimmten Vorstellungen des Richters über den angemessenen Preis und über Wirtschaft überhaupt bestimmt. Sobald der Richter aber davon ausgeht, daß die Wirtschaftsverfassung, die verwirklicht werden soll, z. B. den Leistungswettbewerb als wesentliches Ordnungsprinzip verwendet, und sobald er die verschiedenen Marktformen — vor allem Angebotsoligopol, Angebotsteilmonopol und vollständige Konkurrenz — unterscheidet, vermag er auch die Preisunterbietung, die den Ordnungsgrundsätzen entspricht von der unzulässigen Preisunterbietung des Monopolkampfes zu unterscheiden. — Ebenso können Rechtswissenschaft und Rechtsprechung den Sinn der Gewerbefreiheit oder der unbeschränkten Haftung nur verstehen, wenn sie in ihnen Institutionen der Wirtschaftsverfassung sehen. Die unbeschränkte Haftung der Unternehmer hat in einer Wettbewerbsordnung den Zweck, daß die Unternehmer unter dem Druck der unbeschränkten Haftung vorsichtig disponieren, genau prüfen, ob und wie sie Kapital investieren und was sie produzieren, und daß sie bei Mißerfolgen automatisch ausscheiden. Zur Wettbewerbsordnung gehört die unbeschränkte Haftung. Ihr Abbau durch die Rechtspolitik beeinträchtigt das Funktionieren dieser Ordnung. In der Zentralverwaltungswirtschaft aber hat sie keine Funktion, da hier die Lenkung des Wirtschaftsprozesses und die Auslese der Leiter anders vor sich geht. — Die rechtspolitische Behandlung der Einzelprobleme erhält ihren Sinn, und die Koordination der einzelnen rechtspolitischen Maßnahmen gelingt, wenn die Rechtspolitik an den wirtschaftlichen Ordnungsgrundsätzen, deren Verwirklichung bejaht wird, ausgerichtet ist.

Da die Nationalökonomie heute daran arbeitet, brauchbare Ordnungsgrundsätze für den Aufbau von leistungsfähigen Wirtschaftsverfassungen — international und einzelstaatlich — zu entwickeln und für alle Teile der Wirtschaftspolitik fruchtbar zu machen, können nunmehr national-ökonomisches Denken und Rechtsdenken ineinandergreifen, — mag es sich um die Behandlung von Kartellen, um das Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen, um Fragen der internationalen Währungsordnung oder um eine andere wirtschafts- und rechtspolitische Frage handeln ⁷⁵.

17. Die Spannung zwischen Anschauung und Ratio, Konkretem und Abstraktem, Synthese und Analyse darf in der Nationalökonomie nicht beseitigt werden. Sie ist fruchtbar zu machen. Die volle Anschauung und die reine Ratio, das rein Konkrete und das rein Abstrakte — unter Ausschließung der Pseudo-Abstrakta —, die universale geschichtliche Synthese und die rein theoretische Analyse müssen zur Geltung gebracht werden. In diesen Spannungen lebt die Nationalökonomie und gerade dadurch gelingt es ihr, wirtschaftliches Leben wissenschaftlich zu erkennen.

Sie erfaßt damit geschichtliche Mannigfaltigkeit kraft der Einheit des theoretischen Systems. Das Denken, das in der echten, nicht spekulativen Nationalökonomie zum Ausdruck kommt, steht nicht im Gegensatz zum Leben, sondern es dient der Erhellung des Lebens, das wir selbst leben, das uns umgibt und das früher gelebt wurde.

ANMERKUNGEN

1: (S. 14) Es ist die Ursünde jeder Erfahrungswissenschaft, nicht von den Tatbeständen und nicht von den faktischen Problemen auszugehen. Häufig verdrängt das Wort die Tatsache, die Analyse von Begriffen die Analyse von Sachverhalten. Sehr viele Menschen leiden daran, über Worten, Definitionen, schiefen Abstraktionen, Schlagworten und Vorurteilen nicht die Fakten zu sehen. Berüchtigt sind noch heute die Gegner Galileis, die es ablehnten, sich des Fernrohrs zu bedienen und die Jupitermonde zu betrachten, weil es nach ihrem Lehrsystem und ihren Definitionen keine Jupitermonde geben könne und sich daher eine weitere Durchforschung des Sternenhimmels erübrige. »Diese Art von Menschen glaubt«, bemerkte Galilei dazu, »das Wahre sei nicht in der Welt oder in der Natur zu suchen, sondern in der Vergleichung der Texte.« Heute pflegt man auf eine solche Wirklichkeitsblindheit oder Wirklichkeitsangst lächelnd herabzusehen. Nicht mit Recht. Gerade die Nationalökonomie leidet daran, da man immer wieder ihren wahren Ausgangspunkt, die alltägliche Erfahrung und deren Probleme, nicht sieht.

Max Weber sagte auf dem ersten deutschen Soziologentag während einer Diskussion über den Begriff der »Wirtschaft«: »Wir werden meines Erachtens ganz allgemein davon auszugehen haben, daß Wissenschaften und das, womit sie sich beschäftigen, dadurch entstehen, daß Probleme bestimmter Art auftauchen und spezifische Mittel ihrer Erledigung postulieren. Die »Wirtschaft« ist dann etwas, was unter dem Gesichtspunkt bestimmter Probleme aus der Mannigfaltigkeit des Geschehens ausgelesen wird.« (Schriften der deutschen Gesellschaft für Soziologie, I. Bd., 1911, S. 267.) - Zur Kritik der Grundbegriffslehre im übrigen: H. Dietzel, Theoretische Sozialökonomik 1895, S. 149 ff. und unten S. 45 ff. und S. 355 ff.

Die Aufwerfung der Frage nach den Zusammenhängen des Wirtschaftsprozesses, wie wir sie hier vornehmen, ist teilweise auf Widerspruch gestoßen. Bisweilen wurde eingewandt, diese Frage - unser erstes Problem also - sei gar nicht aus der Anschauung der konkreten Wirklichkeit entsprungen, wie ich in eigenartiger »Selbsttäuschung« glaubte, und es wurde der Nachweis angetreten, daß ich sie von den Klassikern übernommen hätte (Amonn in Jahrb. f. Nat., Bd. 153, 1941, S. 15 ff.; Ruppin, ebenda, Bd. 156, 1942, S. 106; Weippert in der Zeitschrift für die ges. Staatswiss. 102. Bd., 1941, S. 1 ff.). - Ein sonderbarer, aber nicht uninteressanter Einwand. Mit Nachdruck, mehrfach

und ausführlich bin ich selbst darauf eingegangen, daß die Klassiker dieses Problem gestellt haben (z. B. S. 5, 15 ff, 41 ff.). Des Nachweises durch die Kritik hätte es also nicht bedurft.

Aber: gerade dieser Einwand einiger Kritiker zeigt, wie schwer es manchem Nationalökonomem wird, das zu vollziehen, was vollzogen werden muß: Die Wendung zur Realität, wie sie z. B. heute in den Betrieben und Haushaltungen vor unseren Augen geschieht. Man vergleicht, um nochmals Galileis Worte zu brauchen, die Texte und hält die Sache damit für erledigt. So bleibt man in der Welt des Papiers, der Schablonen, der zerredeten Kontroversen. Worauf es aber ankommt, ist: Das Problem spontan, selbst, jetzt, ganz konkret, in seiner Tragweite mit voller Kraft zu erfassen. Das große, von mir stark hervorgehobene Verdienst der Klassiker, das Problem gestellt und mit neuartigen Methoden behandelt zu haben, soll gewiß nicht geschmälert werden. Aber die Hauptsache ist, daß wir es selbst völlig »realisieren«. Weil sich dieses Problem in Untersuchung der wirklichen Wirtschaft als überaus fruchtbar erweist, müssen wir es stellen - nicht deshalb, weil die Klassiker es früher gestellt haben (s. auch S. 349 ff.). Da liegt der springende Punkt. - Das zweite Hauptproblem, d. h. die Frage nach der Wirtschaftsordnung, ist gleich wesentlich -, obwohl die Klassiker es in dieser Weise nicht aufwarfen. In Ursprünglichkeit muß jeder selbst diese Fragen angesichts der Realität stellen mögen sie nun früher schon gestellt worden sein oder nicht.

2: (S. 15) Über die Einteilung der theoretischen Nationalökonomie in drei oder vier Teile: J. B. Say, Cours complet d'économie politique 1828; neuerdings besonders Karl Diehl, Theoretische Nationalökonomie, Band II bis IV, 1924/33; H. Dietzel, a. a. O. S. 128 ff., der einen genauen Überblick über die Entwicklung der Lehre von der Dreiteilung oder Vierteilung oder auch Zweiteilung der Nationalökonomie gibt. In diesem Zusammenhang sagt Dietzel: »Das wirtschaftliche Leben ist eben ein organisches Ganze«. Sehr wahr. Aber gerade deshalb muß man darauf verzichten, selbständige Lehren von der Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion zu schaffen. Zur Kritik auch: Carl Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl. 1923, 4. Kap. § 1.

3: (S. 17) Da nicht selten die Frage nach dem zeitlichen Aufbau der Wirtschaft nur unvollständig gesehen wird, sei sie an einem weiteren Beispiele dargestellt:

Stellen wir uns alle Bergwerke, Eisenwerke, Maschinenfabriken, Textilwerke, Handwerksbetriebe, alle Kanäle, Eisenbahnen, alle Bauernhöfe, alles Land, kurz, den ganzen riesigen Produktionsapparat Englands vor, wie er heute besteht. Und dazu alle Berufstätigen, sowie alle

Vorräte an Rohstoffen und Halbfabrikaten. Angesichts dieser Arbeitsmassen, Bodenschätze und produzierten Produktionsmittel erhebt sich - unter anderem - die große Frage: Wie soll die englische Produktion von heute ab temporal aufgebaut werden? Da gibt es offensichtlich unendlich viele Möglichkeiten, die sich zwischen zwei Grenzfällen bewegen. Der eine Grenzfall ist: Die Produktionsmittel aller Art und die Arbeitskräfte Englands werden dazu verwandt, den Produktionsapparat zu vergrößern. Dann würde etwa die Landwirtschaft mit äußerster Kraft ihren Viehbestand ausdehnen, die Eisenwerke würden Eisen produzieren, mit dem neue Hochöfen, Martinwerke und Maschinenfabriken gebaut werden. Die Versorgung der Gegenwart und der nahen Zukunft würde zugunsten der Investitionen und der Versorgung späterer Zukunft so stark wie irgend möglich eingeschränkt. Die Gegenwartsversorgung wäre sehr gering, um eine größere Zukunftsversorgung zu ermöglichen. - Der andere Grenzfall: Der größte Teil der sachlichen Produktionsmittel und der Arbeitsleistungen wird so rasch wie möglich dem Konsum zugeleitet, auf den Ausbau des Produktionsapparates wird ganz verzichtet, er wird sogar im Interesse starker Gegenwartsversorgung verkleinert und allmählich aufgebraucht, Vieh abgeschlachtet und Maschinen und Häuser nicht mehr voll instand gehalten und ersetzt. Zu Lasten der Zukunft wäre in diesem Grenzfall die Gegenwartsversorgung Englands hoch. Tatsächlich wird einer der vielen möglichen Mittelwege eingeschlagen. Es fragt sich, wodurch die Entscheidung faktisch bestimmt wird - Offensichtlich ist es gänzlich unmöglich, die Güterversorgung des englischen Volkes ohne Aufwerfung und Lösung der Frage nach dem zeitlichen Aufbau der Produktion zu erklären, welche die Fragen nach Investieren und Sparen in sich schließt.

Zur Kritik von Walras und Pareto unter diesem Gesichtspunkt: Wicksell, *Paretos Manuel d'économie politique*, Zeitschr. f. Volkswirtschaft 1913.

4: (S. 24) Den Meinungen und Ideologien des Alltags gegenüber hat die Nationalökonomie die Aufgabe, sie im einzelnen nachzuweisen, ihren Einfluß zu durchschauen, sich von ihnen freizumachen und zu objektiv gültigen Erkenntnissen zu kommen. Ob und wie letzteres möglich ist, wird im vorliegenden Buche ausführlich am Gegenstand selbst untersucht.

Eine Psychologie und Soziologie der Interessenten-Ideologien fehlt. - Über Interessenten-Ideologien des 16. Jahrhunderts: Strieder, *Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen*, 2. Aufl 1925, insbesondere 2. Buch; J. Höffner, *Wirtschaftsethik und Monopole im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert*, 1941.

Ferner wäre es nötig, dogmengeschichtlich aufzuzeigen, wie sich die Nationalökonomie im Verlaufe ihrer Entwicklung zu dieser Doppel-

aufgabe - Erkenntnis und Überwindung der Meinungen und Ideologien - gestellt hat. Dabei würde sich herausstellen, daß sie von älteren Denkern meist deutlicher gesehen wurde als von vielen neueren. (Die angeführte Stelle von Foster [1697] aus Schulze-Gävernitz, Der Großbetrieb, 1892, S. 7. - Quesnay, Allgemeine Grundsätze der wirtschaftlichen Regierung usw., ca. 1748, Übersetzung 1921, S. 43, sagt bei Besprechung der Monopole, Privilegien usw.: »Falscher Schein hat in der Dunkelheit gegläntzt, und die Naturordnung ist von Sonderinteressen verkehrt worden, die immer heimlich und unter dem Deckmantel des allgemeinen Wohles verfolgt wurden.« Über den Einfluß von Interessenten und Interessenten-Ideologien auf die merkantilistische Wirtschaftspolitik scharf und treffend: A. Smith, Reichtum der Nationen, 4. Buch, 3. und 8. Kapitel; E. F. Heckscher, Merkantilismus, 1932; Chr. J. Kraus, hat sich mit dem Fragenkomplex häufig beschäftigt: Staatswirtschaft 1808/11, 2. Bd. I, S. 243 ff.).

Arglosigkeit und Distanzlosigkeit gegenüber wirtschaftlichen Interessenten-Ideologien finden sich nicht nur bei Nationalökonomern, sondern oft auch bei wissenschaftlichen und praktischen Juristen. Vertretern wirtschaftlicher Machtgruppen gegenüber, die mit bestimmten Auslegungen und Forderungen im Kartellrecht, Gesellschaftsrecht, Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen, Wettbewerbsrecht usw. auftreten, haben sie in der Regel nicht die nötige Sicherheit. Dadurch wird die Einflußmöglichkeit wirtschaftlicher Machtgruppen im öffentlichen Leben wesentlich erweitert. - Man lese etwa das Urteil des Reichsgerichts vom 4. Februar 1897 (RGZ. 38, S. 155 ff.), das für die rechts- und wirtschaftspolitische Behandlung der Kartelle von grundsätzlicher Bedeutung war und blieb und in dem Literatur und Argumente der Interessenten kritiklos verwandt wurden. (Zur Kritik dieser Entscheidung: Franz Böhm, Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, 1937, S. 150 ff.). Eine Durchleuchtung der gesamten Rechtsprechung des Reichsgerichts in Zivilsachen von diesem Gesichtspunkt aus wäre notwendig.

Zur methodischen Aufgabe, die hier liegt: »Die Frage, wie natürliche »verworrene« Erfahrung zu wissenschaftlicher Erfahrung werden, wie es zur Feststellung objektiv gültiger Erfahrungsurteile kommen kann, ist die methodische Kardinalfrage jeder Erfahrungswissenschaft« (E. Husserl, Philosophie als strenge Wissenschaft, Logos 1911, ferner Logische Untersuchungen, 4. Aufl., 1928, I, 1). - »Die »Alltagserfahrung«, von der unsere Theorie ausgeht, ist natürlich der gemeinsame Ausgangspunkt aller empirischen Einzeldisziplinen. Jede von ihnen will über sie hinaus und muß dies wollen -, denn eben darauf ruht ja ihr Existenzrecht als »Wissenschaft«. Allein jede von ihnen »überwindet« oder sublimiert dabei die Alltagserfahrung in anderer Weise und nach anderer Richtung« (Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre 1922, S. 269). - Schließlich noch

einige Worte Schopenhauers aus der Vorrede zur zweiten Auflage der »Welt als Wille und Vorstellung«. Er beschreibt dort das allgemeine Treiben, Schreiben und Reden und sagt, »daß Absichten, nicht Einsichten, der Leitstern dieser Tumultuanten sind, die Wahrheit aber gewiß das letzte ist, woran dabei gedacht wird«. »Oder glaubt man etwa, daß bei solchem Streben und unter solchem Getümmel, so nebenher auch die Wahrheit, auf die es dabei gar nicht abgesehen ist, zutage kommen wird?«

Wenn die nationalökonomische Forschung zu ihrem Beginn nicht eine tabula rasa vorfindet, sondern eine Fülle vorwissenschaftlicher Ansichten, so teilt sie dieses Schicksal mit allen Erfahrungswissenschaften von der politischen Historie bis zur Astronomie. Nur wenige Erfahrungswissenschaften haben aber mit vorwissenschaftlichen Ansichten zu rechnen, hinter denen so starke vitale Kräfte des Selbstinteresses der Einzelnen und der Gruppen stehen. Schon deshalb besteht für die Nationalökonomie eine besonders starke Diskrepanz zwischen der Alltäglichkeit der Probleme und der unalltäglichen Anstrengung, die nötig ist, um sie wissenschaftlich zu bewältigen. Hier stößt man zugleich auf einen Grund für die Tatsache, daß die Nationalökonomie unbeliebt ist: Sie erfordert Freimachung von lieb gewonnenen Irrtümern, die stets nur wenige Menschen vollziehen, - worüber Kant z. B. am Anfang seiner Abhandlung »Was ist Aufklärung?«, von 1784 alles Nötige gesagt hat.

Weiteres zu dieser Grundfrage nationalökonomischer Forschung u. a. S. 61 f., 161 f., 305 ff., 360 f.

5: (S. 27) Unter Geschichte wird oft sowohl das Geschehen selbst als auch die Geschichtsschreibung verstanden (hierzu: Hegel, Einleitung in die Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie). Aus diesem weitverbreiteten, zwiespältigen Wortgebrauch ergeben sich ungemein viele, vermeidbare Unklarheiten. Ich verstehe deshalb unter »Geschichte« nur das Geschehen selbst und nenne die Geschichtswissenschaft »Geschichtsschreibung« oder »Historie«. Wenn es in diesem Buche heißt: Die Geschichte des Hochmittelalters lehrt, daß . . . , so meine ich, daß das tatsächliche Geschehen zur Zeit des Hochmittelalters lehrt - nicht etwa die Geschichtsschreibung über das Hochmittelalter.

Weiter: Geschichte ist nicht Geschehen nur der Vergangenheit, Geschichte ist auch das Geschehen der letzten Zeit, der Gegenwart, des Heute. In diesem Sinne gebrauche ich das Wort. Geschichte erleben wir selbst Tag für Tag.

Schließlich: »Von den Einzelheiten des Familienlebens, von den Tagesgeschicken und Tagesarbeiten des Einzelnen will dieselbe (d. h. die Geschichtswissenschaft) nichts wissen«, sagt E. Bernheim (Lehrbuch der historischen Methode, 4. Aufl. 1903, S. 3) und kennzeichnet damit die

übliche, aber nicht die richtige Akzentverteilung der Historiker. Der wirtschaftliche Alltag bleibt doch ein wesentlicher Teil der Geschichte.

6: (S. 34) Näheres über die Aufgabe der nationalökonomisch-theoretischen Forschung auch in meiner Abhandlung »Was leistet die nationalökonomische Theorie?« in »Kapitaltheoretische Untersuchungen« 1934. Ferner s. S. 53 ff., 59 ff., 254 f., 269 f., 286 f.

7: (S. 36) Über den »invarianten Gesamtstil« Weiteres: S. 276 f., 318, 345 f.

8: (S. 45) Zur Geschichtsauffassung der Aufklärung und gegen die These von ihrer ungeschichtlichen Denkweise: A. Sorel, Montesquieu 1887; W. Dilthey, Das 18. Jahrhundert und die geschichtliche Welt (Ges. Schriften, Bd. 3); E. Cassirer, Die Philosophie der Aufklärung 1932, S. 263 ff. - Es reicht nicht aus, die Geschichtsdarsteller der Aufklärung in erster Linie als Vorläufer der heute noch herrschenden, individualisierenden, von der Entwicklungsidee geleiteten Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts zu werten, was auch Meinecke im ersten Bande seiner »Entstehung des Historismus« (1936) tut. Es waren Historiker, die von anderen Fragestellungen ausgingen und die ein anderes Grundverhältnis zur Geschichte und zur Ratio hatten. (Über diese beiden Geschichtsansichten auch meine Abhandlung: Wissenschaft im Stile Schmollers, Weltwirtschaftliches Archiv, 52. Bd., 1940, S. 468 ff.)

Gegen die übliche Kritik der klassischen Nationalökonomie seitens der historischen Schule: Schüller, Die klassische Nationalökonomie und ihre Gegner 1895; H. Dietzel, a. a. O., S. 103 ff.

Zur Kritik des theoretischen Systems der klassischen Nationalökonomie: Wicksell, Vorlesungen über Nationalökonomie 1913, Bd. 1, S. 61 ff., 77 ff.; Böhm-Bawerk, Grundzüge der Theorie des wirtschaftlichen Güterwerts, Neudruck 1932, S. 130 ff. und Gesammelte Aufsätze 1924, S. 481 ff.; L. Walras, *Éléments d'économie politique pure*, Ed. déf. 1926, 38-40. Leçon; G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl. 1932, § 32.

Unter klassischer Theorie verstehe ich die Theorie der Klassiker - also der Nationalökonomien von Quesnay bis J. St. Mill und v. Mangoldt, nicht, wie es neuerdings oft geschieht, auch der modernen Theoretiker. Nur eine formale, den Grundgedanken des ökonomischen Systems abschleifende Betrachtung kann den Unterschied des klassischen theoretischen Systems und des modernen theoretischen Systems - wie es von Gossen, Menger, Walras, Jevons, Marshall, v. Wieser, Böhm-Bawerk und späteren geschaffen ist - verkennen. Dieser Unter-

schied ist wesentlich. Um wenigstens zwei Punkte zu nennen: Während die modernen Theoretiker versuchen, von den menschlichen Bedürfnissen her den gesamten Wirtschaftsprozeß zu verstehen, geschieht dies in der Klassik gerade nicht. Und zweitens: Ein zentrales Phänomen, wie das Kostenphänomen, erhält in der klassischen und in der modernen Theorie eine völlig verschiedenartige Erklärung und gesamtwirtschaftliche Deutung. Das theoretische Bild vom Ablauf der Wirtschaft ist also heute ein wesentlich anderes als in der klassischen Zeit – ein Tatbestand, der nicht verschleiert werden sollte.

9: (S. 51) Zur Kritik des Verfahrens der Begriffsnationalökonomie. Andere Wissenschaften haben den Begriffsrealismus früher überwunden, als die Nationalökonomie. »Sizi«, schrieb einmal Kepler an Galilei, »verschmäht die wahrnehmbare Welt, die er selbst nicht sieht und den Kundigen nicht glaubt und spaziert mit kindischen Schlüßchen als Peripatetiker in einer papiernen Welt herum«. Ein scharfer, aber auch heute aktueller Satz. – Gegen die Methode, in Erfahrungswissenschaften mit Definitionen zu beginnen: J. F. Fries, System der Logik, 3. Aufl. 1937, S. 298 ff.; A. Trendelenburg, Historische Beiträge zur Philosophie, 3. Bd. 1867, S. 61 f., wo es u. a. heißt: »Im Gegensatz gegen eine alte methodische Regel, mit der Definition eines Gegenstandes die Untersuchung und den Vortrag zu beginnen, tat einst Campanella den Ausspruch: Die Definition sei das Ende der Wissenschaft. Wirklich ist sie nicht der Prolog, sondern der Epilog der Erkenntnis. Denn es drängt sich in der Definition, welche das erkannte Wesen in den kürzesten Ausdruck bringt, die Erkenntnis zusammen, und das Ergebnis wird darin niedergelegt. Erst nach der Untersuchung knüpfen sich die rechten Beziehungen an die Merkmale der Definition an«. – Weiteres zur Kritik der Begriffsnationalökonomie u. a.: S. 12 ff., 100 ff., 355 ff.

10: (S. 57) Den »Dualismus« theoretischer und historischer Nationalökonomie vertreten unter vielen anderen: Carl Menger, Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften, 1883; H. Rickert, Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung, 3. Aufl. 1921. Carl Menger hat im übrigen selbst (z. B. S. 18) darauf hingewiesen, daß die Theorie für das Verständnis konkreter Erscheinungen nutzbar gemacht werden könne. Aber diese Anwendung sei Aufgabe »des Historikers, für welchen die theoretischen Sozialwissenschaften in der obigen Rücksicht Hilfswissenschaften sind«. Solche Bemerkungen mildern bei Menger die Schroffheit des Dualismus, der aber trotzdem bestehen bleibt, weil eben zwei verschiedene Wissenschaften mit zwei verschiedenen Erkenntniszielen und mit zwei verschiedenen Denkweisen gefordert werden. Im übrigen ist es ein Irrtum anzunehmen, daß der reine Historiker die Anwendung der Theorie vollziehen

könne. Vielmehr vermag dies nur der Nationalökonom, der theoretisch zu arbeiten versteht und der sich von vornherein – auch bei Gewinnung des theoretischen Werkzeugs – auf Erkenntnis der realen Welt einstellt. – Das Versagen des methodisch vertretenen Dualismus schmälert nicht die eminente Leistung, die Carl Menger als nationalökonomischer Theoretiker vollbracht hat. – Extrem dualistisch: A. Amonn, Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, 2. Aufl. 1927, und andere Werke von Amonn, z. B. sein Buch über Ricardo 1923, wo er im Vorwort ein formales und ein materielles Verteilungsproblem unterscheidet, welch letzteres völlig außerhalb der theoretischen Betrachtungsweise liege. Neuerdings seine Abhandlung: Nationalökonomie und wirtschaftliche Wirklichkeit, Jahrb. f. Nationalök. 1941, Bd. 153, S. 1 ff. und 130 ff. –

Über die Entstehung der modernen Theorie: Fr. v. Wieser, Gesammelte Abhandlungen, 1929, S. 35 ff. und S. 110 ff.; J. M. Keynes in Memorials of Alfred Marshall, 1925; J. Schumpeter, Grundriß der Sozialökonomik I, 1924, S. 113 ff.; L. Robbins in der Einleitung zur Neuauflage von Wicksteed, The Commonsense of Political Economy 1933; v. Hayek, Einleitung zum Neudruck der 1. Auflage von Mengers Grundsätzen, London 1934; W. St. Jevons, Vorwort zur 2. Auflage seiner Theory of Political Economy, 1879.

11: (S. 62) Zur Orientierung über den Standpunkt des Empirismus: Schmollers Kritik an Menger (Zur Literaturgeschichte der Staats- und Sozialwissenschaft, 1888, S. 275 ff.), Schmollers Berliner Rektoratsrede »Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten«, 1897, sein Artikel »Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und ihre Methode« im Hdw. d. Staatswissenschaften 3. Aufl. und sein Grundriß. – In dem verhängnisvollen Streit zwischen Menger und Schmoller hatten Beide unrecht, und die Wahrheit liegt auch nicht in der Mitte. Weder Mengers Dualismus, dessen Gefahr Schmoller empfand, noch Schmollers Empirismus, dessen Scheitern Menger voraussah, wird der wirtschaftlichen Wirklichkeit gerecht. Eine Neuorientierung ist nötig.

Im Rahmen der deutschen historischen Schule waren einzelne Männer tätig, die in der Problemstellung und in ihrer Haltung zur nationalökonomischen Theorie die Fehler des Empirismus zu vermeiden suchten. (So u. a. M. Sering; über ihn: v. Dietze in dem Jahrb. für Nat. u. Stat. 1940, Bd. 151, S. 1 ff.). – Zur Kritik der weitverbreiteten statistischen Variante des Empirismus: W. Lexis, Abhandlungen zur Theorie der Bevölkerungs- und Moralstatistik, 1903, S. 240 ff.; Fr. Lutz, Das Konjunkturproblem in der Nationalökonomie, 1932, S. 128 ff.

12: (S. 68) Die Lehre von den »Stadien« oder »Stufen« gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Werdens findet sich in ihren Anfängen schon im Altertum, vor allem bei Aristoteles. Im 18. Jahrhundert

sprach man sehr viel von den verschiedenen Gesellschaftsformen der Völker, von den Jägern, Hirten, Ackerbauern usw. (z. B. A. Smith, *Wealth of Nations*, 5. Buch). Doch rückte die Stufenlehre erst im 19. Jahrhundert in das Zentrum der Forschung. Diese Tatsache hing nicht bloß mit den raschen Veränderungen zusammen, in welche die wirtschaftliche Wirklichkeit im 19. Jahrhundert hineingeriet und welche den Ausbau einer solchen Stufenlehre sehr nahelegte, sondern auch mit zwei verschieden gearteten geistigen Strömungen der Zeit, die beide, unabhängig voneinander, das wissenschaftliche Denken auf die Stufenlehre richteten: Der Durchbruch des neuen historischen Bewußtseins, also die Wendung zur individualisierenden Erfassung geschichtlichen Lebens, wie sie sich zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollzog, forderte eine viel genauere Beobachtung und Durchforschung auch der Welt wirtschaftlicher Formen. Und dazu kam ein zweiter mächtiger Anstoß von ganz anderer Seite her: Der Sieg des empirischen Entwicklungsgedankens in der Naturwissenschaft. Dieser Sieg war so groß, daß er auch auf alle anderen Wissenschaften ausstrahlte. Es war die Zeit, als ein Rechtsdenker vom Range Iherings über das Gesamtergebnis seiner rechtsgeschichtlichen Forschung sagte, sie bestätige ihm Darwins Lehre »in vollkommenstem Maße« (Zweck im Recht, 1868, I. Bd., IX. - Über die Geschichte und die Formen sowie zur Kritik des Entwicklungsgedankens: Rudolf Eucken, *Geistige Strömungen der Gegenwart*, 6. Aufl. 1920, S. 132 ff., 206 ff.). Der Einbruch des naturwissenschaftlichen Evolutionismus in die Sozialwissenschaften wird oft mit Comte und seiner großen Wirkung auf das europäische Denken in Verbindung gebracht. (*Cour de philosophie positive* 1830-42). In der Tat hat Comte es mit besonderer Kraft unternommen, die einzelnen Tatsachen in Staat und Gesellschaft als Glieder einer, nach allgemeinen Gesetzen ablaufenden, notwendigen Entwicklung verständlich zu machen. Seine bedeutende Drei-Stufenlehre hat ungeheuer stark gewirkt. Teils unmittelbar, teils über Spencer hat Comte auch die deutsche Nationalökonomie in Richtung auf den Evolutionismus beeinflusst und damit die Fortbildung der Wirtschaftsstufenlehre gefördert. Das gilt z. B. für Schmoller, der sowohl von Darwin wie von Spencer und Comte geistig entscheidend bestimmt wurde. (Dazu: K. Diehl, *Theoretische Nationalökonomie*, I. Bd., 2. Aufl. 1922; W. Mitscherlich, *Die Lehre von den beweglichen und starren Begriffen*, 1936, S. 142 ff. und die Freiburger Dissertation des Diehl-Schülers Franz Raab, *Die Fortschrittsidee bei Gustav Schmoller*, 1934.) Über den Einbruch naturwissenschaftlichen Denkens in die Sozialwissenschaft neuerdings besonders Hayek, *Scientism and the Study of Society*, *Economica* 1942/44.

Über die Wirtschaftsstufenlehre und ihre Weiterbildung orientiert jedes Lehrbuch. Ich nenne daher nur: K. Knies, *Die politische Ökonomie*

vom geschichtlichen Standpunkte, 1883, S. 351 ff.; Karl Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft, 8. Aufl. 1911; Sombart, dessen Werk über den »Modernen Kapitalismus« auf der Entwicklungsidee des 19. Jahrhunderts beruht, und zur Orientierung seine kleine Schrift »Ordnung des Wirtschaftslebens«, 2. Aufl. 1927; J. Plenge, Stammformen der vergleichenden Wirtschaftstheorie, 1919; A. Spiethoff, Die allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie. Die Wirtschaftsstile, Schmollers Jahrb., 56. Jahrg. 1932, S. 891 ff. - Über »anschauliche Theorie«: E. Salin, Hochkapitalismus, Weltwirtschaftliches Archiv, 25. Bd. 1927, S. 314 ff.; A. Spiethoff, Schmoller und die anschauliche Theorie der Volkswirtschaftslehre, ebenda, 62. Jahrg. 1938, S. 400 ff.; W. Vleugels, Leistung, Schwächen und tatsächliche Bedeutung der deutschen Nutzwertlehre, ebenda 61. Jahrg. 1937, S. 275 ff. - Wie sehr moderne Theoretiker die Wirtschaftsform der jeweiligen Gegenwart ihren theoretischen Analysen zugrunde legen, zeigt z. B. die Haltung von Keynes, der in seinen Werken stets die Situation des Moments vor Augen hat. - Über die Haltung C. Mengers hierzu s. S. 362.

13: (S. 69) Wirtschaftsstufen, Wirtschaftsstile, realtypische Wirtschaftssysteme und alle anderen »Realtypen« bedeuten nicht nur etwas anderes als die »Idealtypen«, sondern sie werden auch in einem andersartigen Verfahren gewonnen: Nämlich in »generalisierender Abstraktion« in Gegensatz zu den Idealtypen, die in »pointierend-hervorhebender« oder »isolierender Abstraktion« entstehen. (Näheres s. S. 112 ff., 117 f., 193 f., 255 f., 353 f.)

Carl Menger verwendete schon den Terminus »Realtypus« (Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften, 1883). - Schmoller (Artikel Volkswirtschaft im Hw. d. St., 3. Aufl., S. 468) hatte bereits die richtige Empfindung, daß die Webersche Charakterisierung der Idealtypen nicht auf seine und Büchers Wirtschaftsstufen passe, ohne allerdings diesen Gedanken zu begründen. Näheres zum Unterschied beider Typen s. besonders S. 364 ff. sowie Anm. 24 u. 66.

14: (S. 71) Zur neuesten Erweiterung des Geschichtsbildes nach der Urgeschichte hin: Schmidt-Koppers, Völker und Kulturen I, 1924; Menghin, Weltgeschichte der Steinzeit, 1931; F. Heichelheim, Wirtschaftsgeschichte des Altertums, 1938; zur Einführung: F. Kern, Anfänge der Weltgeschichte, 1933.

15: (S. 73) Über den allmählichen, von einzelnen Aufschwüngen unterbrochenen Verfall und die Primitivisierung der spätantiken Wirtschaft: M. Rostovtzeff, Gesellschaft und Wirtschaft im römischen Kaiserreich, Deutsche Ausgabe 1929; F. Heichelheim, a. a. O. 7. u. 8. Kapitel.

16: (S. 75) Zum neuen Bild von der Wirtschaft des Hoch- und Spätmittelalters und zur Überwindung der Stadtwirtschaftslehre: A. Schulte, Geschichte der großen Ravensburger Handelsgesellschaft, 1923; J. Strieder, Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen, 2. Aufl. 1925; Fritz Rörig, Die europäische Stadt - in der Propyläen-Weltgeschichte, 1922, Bd. 4; ferner der Vortrag Rörigs, Mittelalterliche Weltwirtschaft, 1933; J. Kulischer, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte, Bd. I, 1928; Clemens Bauer, Unternehmung und Unternehmungsformen im Spätmittelalter und in der beginnenden Neuzeit, 1932, und Venezianische Salzhandelspolitik bis zum Ende des 14. Jahrh. Viertel-Jahrschr. f. Soz. u. Wirtsch.-Gesch., 23. Bd. 1930, S. 273 ff.; W. Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur vom 13. bis zum 19. Jahrh., 1935; B. Kuske, Die Entstehung der Kreditwirtschaft und des Kapitalverkehrs in »Kreditwirtschaft« (Kölner Vorträge), 1927; H. Sieveking, Wirtschaftsgeschichte, 1935, S. 63. Von älteren Arbeiten, die der früher herrschenden Stadtwirtschaftslehre kritisch gegenüberstanden, sei genannt: Stieda, Hansisch-venetianische Handelsbeziehungen im 15. Jahrhundert, 1894. - Clemens Bauer bin ich für zahlreiche persönliche Anregungen und Hinweise zu Problemen mittelalterlicher Wirtschaft und zu allgemeinen Fragen der Wirtschaftsordnung zu Dank verpflichtet.

Es bleibt noch die Frage übrig, wie es möglich war, daß von Wirtschaftshistorikern und Nationalökonomen wie Below, Bücher, Sombart und vielen anderen die Wirtschaft einer uns naheliegenden Epoche trotz deutlicher Sprache der vielen vorhandenen Quellen völlig verkannt werden konnte, wie sie ein Nebeneinander ungezählter, in sich geschlossener Stadtwirtschaften zu sehen glaubten, wo in Wahrheit eine großräumige arbeitsteilige Wirtschaft bestand, und wie ihnen das Vorhandensein und die zentrale Bedeutung des mittelalterlichen Fernhandels völlig entgehen konnte. Neben der herrschenden Entwicklungs-ideologie, die Rückbildungen - wie sie seit dem 16. Jahrhundert stattfanden - übersah, sind hierfür wohl noch folgende Momente verantwortlich zu machen: Die Abneigung von Thomas von Aquino und vielen anderen Sozialethikern des Mittelalters gegen den Fernhandel deutete man unrichtig und verkannte die große Distanz zwischen sozialetischer Forderung und wirtschaftlicher Wirklichkeit. Weiter: Hauptträger mittelalterlicher Wirtschaftspolitik war die Stadt, nicht der Staat. Da lag es nahe, die Stadt und ihre unmittelbare Umgebung fälschlich als ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet anzusehen und den Bereich der Geltung ihrer rechtlichen Entscheidungen mit dem Bereich ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu verwechseln.

17: (S. 79) Über den Stand der überaus gegensatzreichen wirtschaftsgeschichtlichen Forschung des Altertums: Max Weber, Artikel Agrar-

geschichte im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl.; Fr. Oertel im Anhang zur 3. Aufl. von Pöhlmanns Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt, 1925; I. Hasebroek, Griechische Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte, 1931, Vorwort.

Weil auf die Frage nach der Wirtschaftsordnung die antiken Quellen nur teilweise ausreichende Antworten geben, kann sich die Konstruktionsfreudigkeit der Forscher leicht entfalten. Entweder sucht man im Altertum die wirtschaftlichen Zustände von heute, projiziert moderne wirtschaftliche und soziale Gegensätze in das Altertum hinein und sucht aus dem Verlauf solcher Kämpfe eine Stütze für den eigenen Standpunkt im Ringen der Gegenwart. So Eduard Meyer, Pöhlmann und neuerdings - wenn auch viel vorsichtiger - Rostovtzeff. Oder man sieht in der Antike das Gegenstück zur modernen wirtschaftlichen Welt, so Rodbertus, Bücher und neuerdings Hasebroek. Sie wird modernisiert oder antimodernisiert. In ihr wird das Gleiche und Ähnliche oder das ganz Andere gesucht. - Aber jede Epoche muß aus sich heraus verstanden werden.

18: (S. 82) Die historische und nationalökonomische Literatur über die mittelalterliche Wirtschaft leidet darunter, daß meist nicht die Frage nach dem Ordnungsgefüge der Wirtschaft an die Spitze gerückt wird - Es genügt z. B. keineswegs, die Frage aufzuwerfen, wie weit Naturalwirtschaft und wie weit Geldwirtschaft im Mittelalter verwirklicht waren. »Naturalwirtschaft« schließt ja völlig verschiedene Wirtschaftsordnungen in sich. (Siehe unten Anmerk. 35.)

Außer den in Anmerkung 16 genannten Werken seien zur mittelalterlichen Wirtschaft noch genannt: L. M. Hartmann, Zur Wirtschaftsgeschichte Italiens im frühen Mittelalter, 1904; A. Dopsch, Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung, 2. Aufl. 1924; F. Lütge, Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteldeutschen Raum, 1937; R. Passow, Die grundherrschaftlichen Wirtschaftsverhältnisse in den Lehren von den Wirtschaftssystemen. Jahrb. f. Nationalök. 112, 1919; E. Kelter, Geschichte der obrigkeitlichen Preisregelung, Bd. I, 1935; G. Mickwitz, Die Kartellfunktionen der Zünfte, 1936; J. Höffner, a. a. O.

19: (S. 88) Über die Probleme der modernen Wirtschaftsordnungen: Franz Böhm, Wettbewerb und Monopolkampf, 1933, und Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, 1937 (mit einer Einleitung in die Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft« von Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth); Fr. Lutz, Das Grundproblem der Geldverfassung, 1936 (dort auch die Darstellung der englischen Geldverfassung und der faktischen Ordnung des englischen Geldwesens, die wir im Text

kurz berühren); Fr. Lutz, Goldwährung und Wirtschaftsordnung, Weltwirtsch. Archiv 1935; H. Gestrich, Neue Kreditpolitik, 1936 und Kredit und Sparen, 2. Aufl. 1947; H. Großmann-Doerth, Selbstgeschaffenes Recht der Wirtschaft und staatliches Recht, 1933; W. Eucken, Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, Weltwirtschaftl. Archiv, 1932 und Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung in d. Schrift. der Ak. f. d. Recht, Gruppe Wirtschaftswiss., Bd. 6, 1942; A. Rüstow in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 187, 1932, S. 60 ff.; W. Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart 1942 und Civitas Humana 1944 und Die internationale Ordnung 1945; F. A. v. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft 1945; W. Lippmann, Principles of the Good Society 1937 (Deutsche Übers. 1945); C. v. Dietze, Landwirtschaft und Wettbewerbsordnung, Schmollers Jahrbuch, 66. Bd., 1942, S. 129 ff.; L. Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl. 1947. Die Wirtschaft der modernen Völker, in der viele Millionen von Einzelwirtschaften aufs engste arbeitsteilig zusammengefügt sind und die eine riesenhafte Werkstatt darstellt, bedarf, um funktionsfähig zu sein, der Ordnung nach bestimmten Ordnungsgrundsätzen. Unbeschränktes Wachsenlassen der Wirtschaftsordnungen und unsystematische Eingriffe der Wirtschaftspolitik führen auf die Dauer - wie die Erfahrung des letzten halben Jahrhunderts überzeugend lehrt - zu Wirtschaftsordnungen, in welchen der moderne Wirtschaftsprozess nur unter schweren Störungen abläuft und die schließlich, wie auch im späten Altertum, zu Primitivisierung führen müssen. Die moderne Wirtschaft bedarf also der »Wirtschaftsverfassung«. - Die eben genannten Arbeiten setzen sich auch das Ziel, diese Wirtschaftsverfassung gedanklich vorzubereiten (s. hierzu S. 371 ff.).

20: (S. 94) Näheres zur wissenschaftlichen Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen insbesondere im dritten Teil, 4. Kap., S. 255 ff. - Über Rechtsordnung und Wirtschaftsordnung: oben S. 275 f., 373 f. und M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 1922, S. 368 ff. sowie Webers wichtiger Diskussionsbeitrag auf dem Soziologentag von 1910 (Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 1. Bd. 1911, S. 265 ff.). Anders: R. Stammler, Wirtschaft und Recht, 5. Aufl., 1924, insbes. S. 177 ff.

21: (S. 97) Über die ungeschichtliche Vereinfachung, die mit der Stufen- und Stilbildung vollzogen wird: Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 1922, S. 195. Allerdings hat Max Weber nicht die notwendigen Folgerungen aus seiner treffenden Kritik gezogen. (Hierzu s. unten Anm. 66) Zur Kritik der Stufenlehre: Bechtel, Der Wirtschaftsstil des deutschen Spätmittelalters 1930, S. 3 ff. - Man mißverstehe unsere Auffassung nicht dahin, daß wir uns gegen die Zusammenfassung von Wirtschaftsordnungen zu größeren Gruppen

wenden. Um aber Wirklichkeitsnähe zu bewahren, müssen derartige Gruppenbildungen nach dem wirtschaftlichen Ordnungsgefüge erfolgen. Es läßt sich z. B. von einer typischen Wirtschaftsordnung in den griechischen Polisstaaten des Altertums sprechen, soweit dort ein einheitliches Ordnungsgefüge verwirklicht war. Aber es geht nicht an, zwei völlig verschiedene Wirtschaftsordnungen - wie etwa diejenige Italiens und diejenige Ägyptens zur Augusteischen Zeit - in einem »Wirtschaftsstil« zusammenzufassen.

Die Tendenz zu übergroßer Vereinfachung macht sich in der Nationalökonomie nicht nur bei Schilderung der Wirtschaftsformen, sondern auch bei Darstellung des wirtschaftlichen Alltags bemerkbar: nämlich in der Konjunkturforschung. Es wurde und es wird der Versuch gemacht, einen realen Einheitsstypus oder »Normalzyklus« des Konjunkturverlaufs - also der Verschiebungen des wirtschaftlichen Alltags - festzustellen, um dann für diesen Normalzyklus eine erklärende Theorie zu schaffen. Dabei werden ebenfalls die Unterschiede der individuellen Konjunkturbewegungen viel zu wenig beachtet, die Einflüsse nichtwirtschaftlicher insbesondere politischer Ereignisse auf den wirtschaftlichen Alltag unterschätzt und insgesamt die wirtschaftliche Wirklichkeit, wie sie ist, nicht gesehen. Es gibt keinen Normalzyklus der Konjunktur. (Hierzu: Lutz, Das Konjunkturproblem in der Nationalökonomie, 1932; Die Beiträge von Stucken, Neisser, Lutz und mir zu der Spiethoff-Festschrift »Stand und nächste Zukunft der Konjunkturforschung«, 1933; Tintner, Prices in the Trade Cycle, Wien 1935; v. Hayek, Preiserwartungen, Monetäre Störungen und Fehlinvestitionen, Nationalökonomisk Tidskrift, 73, Bd. 186 ff. und unten Viertel Kapitel IV.)

22: (S. 98) Es fällt auf, daß die gleiche wissenschaftliche Richtung, welche die »Verstehende Nationalökonomie« programmatisch vertrat (worüber z. B. Sombarts Buch über die Drei Nationalökonomien, 1930, orientiert), alles tat, um geschichtliches Verstehen in der wissenschaftlichen Arbeit selbst zu verhindern: nämlich durch Fundierung ihrer Arbeit auf solchen Stufen, Stilen oder realtypischen Wirtschaftssystemen. Hier liegt ein - in der Wissenschaftsgeschichte nicht seltener - Fall des radikalen Gegensatzes von Programm und Tun vor, und zwar in besonders krasser Form. Die Ablösung vom gesamtgeschichtlichen Leben und die unzulässige Vereinfachung, die sich mit Bildung solcher Querschnitte vollziehen, machen geschichtliches Verstehen unmöglich.

Einige Autoren - wie Bechtel (a. a. O.) und Müller-Armack (Genealogie der Wirtschaftsstile, 1941) - verwenden den Begriff des Wirtschaftsstils in ganz anderem Sinne als z. B. Spiethoff. Sie wollen mit Hilfe ihrer Stilbegriffe gerade die Einheit der Lebensäußerungen einer Zeit, also die jeweilige Verbundenheit auch der Wirtschaft mit anderen Lebens-

mächten - etwa der Religion oder der Kunst - verstehen. Stil soll hier den Lebensstil einer Zeit bezeichnen; er soll nicht dazu dienen, die große Antinomie zu überwinden, er soll also nicht das Problem lösen, wie es zu dem notwendigen Zusammenwirken von geschichtlicher Anschauung und ökonomisch-theoretischem Denken kommen kann. Deshalb liegt eine Auseinandersetzung mit diesen Versuchen außerhalb unseres Gedankengangs. - Ihnen gegenüber wäre in erster Linie die Frage zu stellen, ob der Stilgedanke dieser Ausprägung geeignet ist, den Zusammenhang des wirtschaftlichen Geschehens mit anderen Lebensbereichen zu erkennen.

Zur Kritik der Wirtschaftsstufen- und Stillehre und zum Verhältnis nationalökonomischer Theorie zur Geschichte neuerdings besonders: A. Rüstow, Zu den Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft in der *Revue de la faculté des sciences économiques*, Istanbul, 2. Jahrg. Nr. 2., 1941, S. 105 ff.

23: (S. 104) Die Hypostasierung von Allgemeinbegriffen hat in der europäischen Geistesgeschichte bekanntlich nicht selten eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Eine Gruppe radikaler Begriffsrealisten des Mittelalters sah in Allgemeinbegriffen wie Wärme oder Kälte oder Farbe realere Wesen als in den Einzeldingen, denen nur eine abhängige Art von Realität zukomme. Die Universalien seien Substanzen, welche die Einzeldinge erzeugen und bestimmen. - Ähnlich sehen heute radikale Begriffsrealisten - die es allerdings sind, ohne es zu wissen - im Begriff des »Kapitalismus« ein Wesen, dem eine höhere Realität zukomme als den einzelnen Tatsachen und das diese einzelnen Tatsachen erzeuge. Im Kapitalismus wird die *causa efficiens* gesehen - nicht nur des wirtschaftlichen, sondern alles geschichtlichen Geschehens. Diese magisch-mystische Betrachtungsweise beherrscht einen Teil der neueren soziologischen und wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten. -

Ein auffallendes Beispiel bietet das Buch von Schumpeter »Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie« (Deutsche Übersetzung 1946). Dort wird nicht nur erzählt, welche Leistungen der Kapitalismus oder der kapitalistische Prozeß (also die »Person« oder die »Substanz«) auf technisch-wirtschaftlichem Gebiet vollbracht habe. Wir hören auch, daß der aufsteigende Kapitalismus die moderne Wissenschaft schuf, daß er die Malerei seit Giotto gestaltete, daß der moderne Pazifismus und die moderne internationale Moral Produkte des Kapitalismus seien, daß und wie er aber eine allgemeine Feindseligkeit gegen sich erzeugt habe und daß er selbst die Mauern zum Einsturz bringe, auf denen er ruhe. - Schumpeter ist Positivist. Er will Fakten darstellen, ohne Stellung zu nehmen. Er will im Stile Comtes, der St. Simonisten und vieler anderer Positivisten das Entwicklungsgesetz »beschreiben«, das sich in den geschichtlichen Fakten vorfindet. Und er wehrt sich da-

gegen, von »Kraft« »Ursache« usw. zu sprechen, da sie metaphysische Begriffe seien. Was geschieht aber? Eine anthropomorph gedachte, übernatürliche Kraft - eben der »Kapitalismus« - wird für ihn zum Leiter des Marionettenspieles, das Geschichte heißt. Sie gibt den Gesetzgebern ihre Gedanken, den Wissenschaftlern ihre Einfälle, den Moralphilosophen ihre Vorstellungen von der Welt der Werte, und sie führt den Malern den Pinsel. Wir lesen eine Erzählung über ein zeitweise allmächtiges, nunmehr alterndes Wesen und sein Tun. Seit Comte rühmen sich die Positivisten, das »theologische« und »metaphysische« Zeitalter überwunden und das dritte Stadium der Menschheitsgeschichte, nämlich das positivistische heraufgeführt zu haben. Wie Comte und viele andere Positivisten merkt aber auch Schumpeter nicht, wie sehr er sich von seinem eigenen Programm entfernt und wie er in magisch-mystisches Denken zurückfällt. Wenige Metaphysiker haben so arglos mit einer personifizierten Substanz gearbeitet und so bedenkenlos geglaubt, in ihr die wirkende Ursache aller Geschichte zu finden.

Aus dem mittelalterlichen Universalien-Streit und aus den Mißerfolgen des hypostasierenden Begriffsrealismus könnten die heutigen Begriffsrealisten viel lernen, und der Verlauf dieses Streites sollte eine Warnung für sie sein. Hierzu historisch: B. Geyer, Die patristische und scholastische Philosophie (Überwegs Grundriß, 2. Teil, 11. Aufl. 1928, S. 205 ff.); Windelband-Heimsoeth, Lehrbuch der Geschichte der Philosophie, 1935, S. 241 ff. und die dort genannte weitere Literatur. Zur grundsätzlichen Kritik: Lotze, Logik, 1874, § 340 ff.; Husserl, Logische Untersuchungen, 2. Aufl. 1914, 2. Bd., S. 106 ff., 121 ff. - Über Begriffsnationalökonomie: oben S. 45 ff.

Begriffe wie »Kapitalismus« oder »Sozialismus« können die morphologische Untersuchung der Realität nicht ersetzen.

24: (S. 104) Die Tatsache, daß man mit »Stufen« und »Stilen« wirtschaftliche Wirklichkeit einfangen wollte, - mit dem Ergebnis, die faktische wirtschaftliche Wirklichkeit aus den Augen zu verlieren, erklärt sich z. T. aus der Unklarheit über den logischen Charakter der Typen, mit denen man arbeitete.

Während ihrer Konstruktion glaubt man, solche »Idealbilder« oder »Idealtypen« könnten mit einer gewissen Großzügigkeit und unter Vernachlässigung vieler historischer Tatbestände konstruiert werden, eben weil es sich nur um Idealbilder handle. Nach ihrer Konstruktion aber wird erklärt, durch sie werde die konkrete Wirtschaft »eingefangen« oder »abgebildet« oder »abgemalt«. Erst wird behauptet, der Typus »Stadtwirtschaft« stelle ein Idealbild dar und Tatsachen, die nicht mit dem Bilde übereinstimmten, seien unbeachtlich. Später wird verlangt, man solle »Stadtwirtschaft« als das Abbild der

Wirtschaft einer Wirtschaftsperiode, etwa des Mittelalters seit dem 12. Jahrhundert, anerkennen. So wird der Subjektivität und der Willkür bei Schaffung des Geschichtsbildes der Weg bereitet.

Logisch-wissenschaftstheoretisch liegen zwei Fehler vor: Erstens wird der Idealtypus, der jeweilig nur eine Seite der wirtschaftlichen Wirklichkeit rein heraushebt, nicht vom Realtypus unterschieden, der reale Wirklichkeit wiedergeben will. Zweitens wird verkannt, daß sowohl bei Gewinnung der Idealtypen als auch bei Gewinnung der Realtypen ein bestimmtes, strenges Verfahren zu herrschen hat, das die Subjektivität ausschließt oder doch beschränkt. - Solange so sorglos wie heute mit Typen gearbeitet wird, ist der Schaden, den sie anrichten, groß. Richtig gewonnen und verwandt sind sie ein überaus wirkungsvolles Erkenntnismittel.

25: (S. 105) Über das Verhältnis der klassischen Nationalökonomie zur geschichtlich gegebenen Wirtschaft und insbesondere zur Wirtschaft ihrer Zeit s. S. 41 ff.

Über den logischen Charakter und den Geltungsbereich der nationalökonomischen Theorie siehe u. a. S. 32 ff., 193 ff., 231 ff., 268 ff., 286 f., 353 f., Anm. 54 und 67.

26: (S. 109) Alle wirtschaftlichen Einzelfragen sind Teilfragen der beiden nationalökonomischen Hauptprobleme. Wenn heute nach der Organisation eines chemischen Konzerns oder nach dem Aufbau des thüringischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens oder nach der Kartellbildung in der deutschen Landmaschinenindustrie oder nach dem Aufbau der deutschen Kreditbanken gefragt wird, so sind das Teilfragen der Gesamtfrage nach der deutschen Wirtschaftsordnung, die auch stets als solche aufgefaßt werden sollten. - Und Fragen nach der Wirtschaftslage der chemischen Industrie oder der Lage der thüringischen Milchwirtschaft oder der Umsatzentwicklung und Preisbildung im deutschen Landmaschinenbau oder nach der Liquidität der deutschen Kreditbanken sind Teilfragen der Gesamtfrage nach dem heutigen deutschen Wirtschaftsprozess. Daß beide Hauptprobleme auf das allerengste zusammenhängen, zeigen auch diese Beispiele.

Schon hier sei - vorausgreifend - vor einem Lösungsversuch gewarnt, der vielleicht naheliegt, aber gänzlich undurchführbar ist: Die Bildung von besonderen Theorien für jede einzelne Wirtschaftsordnung zu versuchen, um so den Wirtschaftsprozess im Rahmen jeder Wirtschaftsordnung zu erklären. Dabei würde verkannt, daß die konkreten Wirtschaftsordnungen viel zu kompliziert sind, um als Grundlagen der theoretischen Arbeit dienen zu können. Ihre Darstellung bietet keine einfachen, übersehbaren Bedingungskonstellationen, ohne welche Theorien nicht gewonnen werden können. Für die heutige deutsche

oder die heutige amerikanische Wirtschaftsordnung lassen sich nicht zwei besondere Theorien zur Erklärung des heutigen deutschen oder amerikanischen Alltags bilden. Ein ganz anderer Weg muß eben gesucht werden. Näheres siehe im vierten Kapitel des dritten Teils, insbes. S. 266 ff. sowie S. 353 ff.

27: (S. 113) Der gesamte dritte Teil ist eine Einheit und kann - ebenso wie das ganze Buch - nur als solche verstanden werden. Vielleicht brauchen manche Leser einzelne Haltepunkte, um diese Einheit stets vor Augen zu haben, Ich rate, hierfür die Anfänge der einzelnen Kapitel - unter ihnen besonders des vierten Kapitels - zu benutzen. Gegenüber der Darstellung im Text könnte man vielleicht einwenden, die Besinnung auf die einfachen Phaenomene fände nicht so komplizierte Gebilde wie »Bauernhof«, »Haushaltung«, »Schusterwerkstätte« usw. Die elementaren Bewußtseinsinhalte seien viel einfacher. Erst nach schwieriger begrifflicher Arbeit entstünden Begriffe wie Bauernhof, Haushaltung, usw. - Hierzu ist zweierlei festzustellen: Erstens schiebt dieser Einwand verschiedene Ebenen wissenschaftlicher Forschung unzulässig ineinander. Die Frage, wie Erfahrung überhaupt zustande kommt und wie sich überhaupt Begriffe bilden, hat die Einzelwissenschaft nicht zu stellen. Sie ist Sache des Philosophen (S. 3). Die Einzelwissenschaft geht von der Alltagserfahrung aus und sucht von hier vorstoßend wissenschaftliche Erfahrung mit ihren objektiv gültigen Urteilen zu erarbeiten (s. z. B. S. 382). Um das wirtschaftliche Leben eines Dorfes A zu erkennen, haben die Nationalökonomten nicht über die ursprünglichen Bewußtseinsinhalte nachzudenken, die Erfahrung überhaupt konstituieren. Sie gehen vielmehr von der Alltagserfahrung aus, brauchen die Begriffe des Alltags und untersuchen die Bauernhöfe des F. R. T usw., die sich in dem Dorfe befinden. - Zweitens verkennt der genannte Einwand, warum es nötig ist, mit Nachdruck diese Wendung zu den Tatsachen zu vollziehen. Weil nämlich Viele die Tatsachen nicht sehen, sondern gewisse Begriffe wie Kapitalismus usw. setzen, an den Anfang rücken und aus ihnen deduzieren, so daß ihnen die konkrete Welt, die vor ihnen liegt und die wissenschaftlich erkannt werden muß, unbekannt bleibt.

28: (S. 114) Über die beiden Formen der Abstraktion - Abstraktion durch »pointierende Hervorhebung« und »generalisierende« Abstraktion: Lotze, Logik, 1874, S. 40 f.; 169 ff., 176 f.; W. Wundt, Logik 1906, II. S. 11 ff.; besonders E. Husserl, Logische Untersuchungen, 2. Bd., 1. Teil, 2. Aufl., S. 106 ff. u. 216 f. Interessant auch: Cournot, Essai sur le fondement de nos connaissances, 3. Aufl. 1922, S. 230 ff. Bei der pointierend-hervorhebenden Abstraktion, deren volle Ent-

faltung erst der neuzeitlichen Wissenschaft gelang, erfolgt eine Steigerung der einzelnen Seiten eines konkreten Tatbestandes und so die Gewinnung von reinen Formen, wie das im Text an einer Haushaltung, einem Industriebetrieb, einem Bauernhof, einem Fronhof gezeigt ist. - Die generalisierende Abstraktion indessen wird in Überschau über viele konkrete Tatbestände vollzogen, indem die gemeinsamen Züge solcher Tatbestände in Gattungsbegriffen festgehalten werden. Durch Überblick über eine Vielzahl von antiken Landgütern entstand der Gattungsbegriff und Realtypus »Oikenwirtschaft« und über eine Vielzahl mittelalterlicher Städte der Realtypus »Stadtwirtschaft«.

Näheres siehe S. 253 f., 262 f., 353 f. und Anm. 13.

29: (S. 121) Über das Kloster Bobbio und andere Grundherrschaften des frühen Mittelalters: L. M. Hartmann, a. a. O.; H. Bickel, Die Wirtschaftsverhältnisse des Klosters St. Gallen, 1914; A. Dopsch, Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit, 1913; F. Lütge, Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteldeutschen Raum, 1937.

30: (S. 124) Über die Ordnung des mittelalterlichen Gewerbes siehe die in Anm. 16 und in Anm. 18 angegebenen Werke und für die ersten Jahrhunderte der Neuzeit: G. Aubin und A. Kunze, Leinenerzeugung und Leinenabsatz im östlichen Mitteldeutschland zur Zeit der Zunftkäufe, 1940. - Das genannte beiderseitige Monopol im lübischen Bernsteinwarenabsatz des 15. Jahrhunderts muß in Verbindung mit dem Bernsteinregal und Bernsteinhandelsmonopol des deutschen Ordens für die Rohware gesehen werden. (Hierzu: Lübeckisches Urkundenbuch I, 6 1881, Nr. 448 u. 586; W. Stieda in den Mitteilungen des Vereins für Lübeckische Geschichte, 1886, S. 97 ff., W. Tesdorpf, Gewinnung, Verarbeitung und Handel des Bernsteins in Preußen, 1887, S. 6 ff.) Eine Untersuchung der wichtigen und eigenartig geordneten mittelalterlichen Bernsteingewinnung und Paternostermacherei unter Verwendung des Apparats der Marktformen würde ergebnisreich sein.

31: (S. 125) Eine Bibliographie der Wirtschaftshistorie der urgeschichtlichen Zeit und der antiken Mittelmeerkulturen findet sich im zweiten Band von Heichelheims Wirtschaftsgeschichte des Altertums, 1938 (s. auch Anm. 14).

Über das Inkareich, in dessen Wirtschaftsordnung die Züge der totalen Zentralverwaltungswirtschaft dominierten, u. a. H. Cunow, Geschichte und Kultur des Inkareiches 1937; L. Baudoin, L'empire socialiste des Inka, 1928 und die dort genannte Literatur. Zur Orientierung: Die Artikel »Inca« und »South America« in der Encyclopaedia Britannica.

32: (S. 129) Über die Probleme der Wirtschaftsführung in der Zentralverwaltungswirtschaft: *Collectivist Economic Planning*, herausg. von Hayek, London 1935; L. von Mises, *Gemeinwirtschaft*, 2. Aufl. 1932. - Das Problem ist dadurch in ein neues Stadium getreten, daß es in vielen industrialisierten Ländern während der letzten Jahrzehnte praktisch zu lösen war. Z. B. sind die deutschen Erfahrungen groß. Hier wurde seit 1936 durch Anwendung verschiedener Methoden versucht, die Frage zu bewältigen. Aber es gelang nicht, eine zureichende Rechenmaschine in die Zentralverwaltungswirtschaft - soweit sie verwirklicht war - einzubauen. (Hierzu auch mein Aufsatz in den Jahrbüchern für Nationalökonomie Bd. 159, 1944, S. 176 ff.)

Die umfangreiche angelsächsische Literatur - von M. Taylor, Schumpeter, Lange, Lerner und Anderen - basiert auf Barones bekanntem Aufsatz von 1908 (Anm. 40). Barones Arbeit will den Nachweis führen, daß das Produktionsministerium eines kollektivistischen Staates so handeln müsse und könne als ob vollständige Konkurrenz bestünde. Es verteile zunächst Anweisungen auf Konsumgüter und dirigiere dann zwecks Befriedigung der Nachfrage der Konsumenten die Produktionsmittel so wie es in der vollständigen Konkurrenz geschehe, also nach dem Kostenprinzip. Auch die Wirtschaftsrechnung sei hier und dort im Wesentlichen gleich. Dieser Gedankengang resultiert aus der alten aber heute noch verbreiteten Auffassung, »daß die fundamentale Logik des wirtschaftlichen Verhaltens sowohl in der kommerziellen wie in der sozialistischen Gesellschaft gleich ist, woraus die Lösung sich ohne weiteres ergibt« (Schumpeter). -

Aber diese fundamentale These ist nicht beweisbar und nicht haltbar. - Barone und seine Nachfolger gehen von folgender Bedingungskonstellation aus: Die Konsumenten machen ihre eigenen Wirtschaftspläne und die Zentralverwaltung lenkt den gesamten Produktionsprozeß so, daß er sich der Nachfrage der Konsumenten anpaßt. Nicht die Pläne der Zentralverwaltung entscheiden also endgültig über die Verwendung der Konsumgüter, Arbeitskräfte und Produktionsmittel, sondern die Pläne und die Nachfrage der Konsumenten. Zu diesem eigenartigen Modell ist u. a. zu bemerken: In der geschichtlichen Wirklichkeit ist dieser Fall nie real geworden und höchstwahrscheinlich wird er nie real werden. Daß ein Staat die Lenkung des Wirtschaftsprozesses in die Hand nimmt, um sich sofort den Konsumenten - die er mit gewissen Geldmitteln ausgerüstet hat - zu subordinieren, ist eine Annahme, die ganz geschichtsfremd ist. Zentralverwaltungswirtschaftliche Methoden setzen sich gerade zu dem Zwecke durch, um die Lenkung des Wirtschaftsprozesses durch die Konsumenten oder Unternehmer auszuschalten und um sie Behörden zu übertragen. - Grundsätzlich gilt: Dieses Modell stellt keine Zentralverwaltungswirtschaft dar, sondern eine besondere Form der Verkehrswirtschaft, in der im

übrigen nach dem Prinzip bestmöglicher Güterversorgung gehandelt wird. (Hierzu: S. 137, 338.) Eine Anwendung der theoretischen Analyse dieses Modells auf die modernen Probleme von Wirtschaftsordnungen, die »kollektivistisch« genannt werden, ist also unzulässig.

Untersucht man aber wirklich die Zentralverwaltungswirtschaft - und nicht dieses Modell - so zeigt sich, daß ihre Welt eine ganz andere ist, als die Welt der Verkehrswirtschaft, besonders auch im Falle vollständiger Konkurrenz. Wirtschaftsrechnung (s. S. 332 ff.), Investieren und Sparen, Konjunkturbewegung (s. S. 300 ff.), Verteilung der wirtschaftlichen Macht (s. S. 306 ff.) und Internationaler Handel sind, um nur auf einige Problemgruppen hinzuweisen, hier und dort durchaus verschieden. Es gibt keine Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit in Gegenwart und Vergangenheit ohne Erkenntnis dieses fundamentalen Unterschiedes, der sich in allen Hergängen des wirtschaftlichen Alltags äußert.

Die Größe der Aufgabe, welche die Leitung der Zentralverwaltungswirtschaft eines ganzen Volkes zu bewältigen hat, bringt es regelmäßig mit sich, das selbständige Stellen mit der Sonderverwaltung der einzelnen Wirtschaftszweige - wie z. B. Kohle, Eisen, Holz, Zement usw. - beauftragt werden. Eine Abstimmung der Wirtschaftspläne aller dieser vielen Zentralstellen aufeinander erweist sich erfahrungsgemäß - weil eine ausreichende Wirtschaftsrechnung fehlt und aus anderen Gründen - als ungemein schwierig. Mißlingt sie, so herrscht »Gruppen-Anarchie« vieler Zentralstellen und nur nominell Zentralverwaltungswirtschaft. - Alle diese Schwierigkeiten fehlen meist in der »einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft« oder »Eigenwirtschaft«.

33: (S. 144) Über die Re ch n u n g s s k a l a als notwendige Vorbedingung für das Funktionieren der Verkehrswirtschaft siehe z. B. G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl. 1932, § 40.

34: (S. 177) Die Lehre von den Marktformen ist alt und wurde schon durch die Merkantilisten begründet; allerdings kam sie damals nicht über Ansätze hinaus.

Die Klassik brachte, weil sie den natürlichen Ablauf der Wirtschaft und die natürliche Preisbildung auffinden und untersuchen wollte (siehe S. 42 ff.), den einzelnen geschichtlichen Formen der Marktgestaltung weniger Interesse entgegen. Hierdurch - und später auch infolge der Spaltung von geschichtlicher und theoretischer Forschung - blieb die ganze Lehre liegen. Einzelne Vorstöße wie von Cournot (Mathematische Grundlagen der Theorie des Reichtums, 1836), Carl Menger (Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 1871, S. 175 ff.) und anderen reichten nicht aus, um eine Wendung herbeizuführen.

So mag es sich erklären, daß bis heute in Wissenschaft und Öffentlichkeit weder Klarheit noch Einigkeit herrscht, was wichtige Marktformen

eigentlich sind. Zum Beispiel: Vollständige Konkurrenz. Verwechselt wurde und wird noch heute »vollständige Konkurrenz« mit »offenen« Märkten, obwohl doch auf offenen Märkten alle Marktformen verwirklicht sein können und faktisch auch oft verwirklicht sind. – Am schlimmsten aber war die Verwechslung von »Laissez faire« und »vollständiger Konkurrenz«. Für den Beginn des 19. Jahrhunderts war sie noch verständlich. Damals glaubte man, durch Beseitigung der öffentlich-rechtlichen Monopole, Privilegien, Zwangs- und Bannrechte den Zustand der vollständigen Konkurrenz herbeiführen zu können. Unentschuldigbar ist es aber, daß man diesen Irrtum im späteren 19. Jahrhundert nicht erkannte und bis heute Laissez faire und vollständige Konkurrenz sehr oft identifiziert. Man konnte nunmehr leicht feststellen, daß sich aus einer Politik des Laissez faire keineswegs allgemein vollständige Konkurrenz ergab, sondern auch Angebotsmonopole, Angebotsteilmonopole, Angebotsoligopole usw. Diese Verwechslung gehört noch heute zu den unausgerotteten ökonomischen Grundirrtümern, die auch die wirtschaftsverfassungsrechtliche Arbeit schwer beeinträchtigen.

Die neuere Forschung war bestrebt, die Marktformen exakt zu bestimmen. Über die Gefahren, in denen sie sich befindet, sprachen wir ausführlich im Text. – Oft wird das System der Marktformen a priori konstruiert und an die Wirklichkeit herangetragen. Man »setzt« also ein System, anstatt es in der wirtschaftlichen Realität zu suchen und zu finden. Solche a priori gesetzten Marktformen geben nicht die Formenwelt der konkreten Wirklichkeit wieder. Man bezeichnet z. B. die vollständige Konkurrenz als diejenige Marktform, bei welcher der Einfluß des Einzelnen gleich Null ist, was offensichtlich nur bei einer unendlichen Zahl von Anbietern oder Nachfragern der Fall ist. Das Monopol wird als Gegenstück konstruiert: Ein Betrieb versorgt alle Kunden, und da sämtliche Substitutionsmöglichkeiten ausgeschlossen sein müssen, kann diese Stelle nur ein Betrieb einnehmen, welcher alle Waren für die Welt liefert. Beide Fälle sind unreal, und die gesamte Wirklichkeit liegt zwischen ihnen. Für die Erfassung der mannigfaltigen Wirklichkeit ist so gut wie nichts geleistet, und die beiden Begriffe Konkurrenz und Monopol sind bereits verwandt, zur Bezeichnung bestimmter realer Tatbestände also nicht mehr verwertbar. Demgegenüber hat die Gewinnung der Marktformen in der wirtschaftlichen Wirklichkeit zu erfolgen. Sie sind, wie die anderen idealtypischen Ordnungsformen auch, in den Tatbeständen aufzufinden. Sie sind zu »entdecken«. Dies gelingt durch Untersuchung der Wirtschaftspläne konkreter Einzelwirtschaften. Denn die Plandaten, auf denen die Marktbeteiligten ihre Pläne aufbauen, lassen sich exakt ermitteln. (Aus ihnen, nicht aus den sog. »Verhaltensweisen« – ein Begriff, dem sehr verschiedene Inhalte beigelegt werden – können die Marktformen

festgestellt werden.) Marktformen, welche so in Untersuchung der wirtschaftlichen Realität gewonnen sind, können die doppelte Aufgabe lösen, die ihnen gestellt ist: Der Erkenntnis der konkreten Wirtschaftsordnungen zu dienen (siehe u. a. S. 254 ff., 364 ff.) und Grundlagen theoretischer Analysen zu sein, welche in der Anwendung konkrete Wirtschaftsprozesse in ihren Zusammenhängen zu erklären ermöglichen (siehe u. a. S. 266).

Aus der Fülle der neueren Literatur seien genannt: v. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, 2. Halbbd., 3. Aufl. 1912, S. 357 ff.; Wicksell, Vorlesungen über Nationalökonomie, Bd. 1, 1913, S. 84 ff.; Pareto, Manuel d'économie politique, 2. Aufl. 1927, Ch. III, 40 ff.; Sraffa im Economic Journal 1926; Chamberlin, Theory of Monopolistic Competition, 2. Aufl. 1936, mit Bibliographie; E. Schneider, Reine Theorie monopolistischer Wirtschaftsformen, 1932; J. Robinson, The Economics of Imperfect Competition, 1933 und ihr Aufsatz: What is Perfect Competition? im Economic Journal 1935; R. Fritsch, Monopole - Polypole - La notion de force dans l'économie, Festschrift für Westergaard 1933; das wichtige Buch von H. v. Stackelberg, Marktform und Gleichgewicht, 1934, v. Stackelberg, Probleme der unvollkommenen Konkurrenz, Weltwirtschaftl. Archiv, 48. Bd. 1938, sowie die Grundlagen der Nationalökonomie, ebenda 51. Bd. 1940; L. Miksch, Wettbewerb als Aufgabe, 2. Aufl. 1947; E. Liefmann-Keil, Organisierte Konkurrenz-Preisbildung 1936; Hans Möller, Kalkulation, Absatzpolitik und Preisbildung, 1941. - Tabellarische Darstellungen der Marktformen: v. Stackelberg, Marktform und Gleichgewicht, S. 3; Miksch, a. a. O. - Über Marktform und Macht: oben S. 307 ff.

35: (S. 180) Zum Typus »Naturaltauschwirtschaft«: Wicksell, Vorlesungen über Nationalökonomie, Bd. I, S. 61 ff., II, S. 4 ff.; C. Menger, Grundsätze, 2. Aufl., 1923, 9. Kap.

Historiker und Nationalökonomien sprechen oft von »Naturalwirtschaft«. Ein wenig glückliches Wort, das zur Bezeichnung des Ordnungsgefüges der Wirtschaft ungeeignet ist. »Naturalwirtschaft« kann sowohl zentralgeleitete Wirtschaft der Familie oder der Sippe oder eines Stammes, als auch das Vorhandensein naturaltauschwirtschaftlicher Beziehungen meinen. Der entscheidend wichtige Unterschied zwischen zentralgeleiteter Wirtschaft und Verkehrswirtschaft - also zwischen den beiden Wirtschaftssystemen - wird dadurch verwischt.

Über die heuristische Bedeutung des Typus »Naturaltauschwirtschaft«: siehe S. 237 ff.

36: (S. 193) Die Analyse der Geldphänomene der Geschichte ist erschwert durch die Fragestellung der meisten geldgeschichtlichen Untersuchungen. In der Regel ist sie münzgeschichtlich oder - vor allem unter dem Einfluß von Knapp - rechtsgeschichtlich. Nur die

Aufwerfung wirtschaftlicher Fragen gegenüber den Geldphänomenen aber – nach der Entstehung des Geldes, nach den dabei verwirklichten Marktformen und nach dem Verhältnis von Recheneinheit und Geld – führt sie auch theoretischer Behandlung zu.

Zur Geldgeschichte des Altertums: Ebert, Reallexikon der Vorgeschichte, Artikel Geld; zahlreiche Artikel in Pauly-Wissowas Realencycl. d. klass. Altert. wiss., 4. Aufl.; Heichelheim, a. a. O., mit Bibliographie.

Die Beschreibungen des mittelalterlichen Geldwesens sind meist münzgeschichtlich orientiert. So erklärt es sich, daß die große Bedeutung, die private, städtische und staatliche Schuldscheine als Geld für die mittelalterliche Wirtschaft hatten, lange übersehen werden konnte, daß der Unterschied von Recheneinheit und Tauschmittel, wie er im Mittelalter weithin bestand, in seiner Wichtigkeit unterschätzt und daß auch das Münzgeld nicht eigentlich als wirtschaftliches Phänomen untersucht wurde. – Zu nennen sind von neueren Arbeiten über mittelalterliche Wirtschaftsgeschichte in diesem Zusammenhang insbesondere: Kuske, a. a. O.; G. Mickwitz, Aus Revaler Handelsbüchern, 1938; M. M. Postan, Private Financial Instruments in Mediaeval England (Vierteljahrsschrift f. Soz. u. Wirtschaftsgeschichte, 23. Bd., 1930); M. Chiaudano, Contratti di cambio usw. (Veröffentlichungen der kgl. Ak. d. Wiss. von Turin, 1931); H. Laurent, La loi de Gresham au moyen âge, 1933; I. Wackernagel, Städtische Schuldscheine als Zahlungsmittel im 13. Jahrhundert, 1924. – Über die Entwicklung des Geldwesens in der neueren und neuesten Zeit unter verschiedenen Gesichtspunkten: K. Helfferich, Das Geld, 6. Aufl. 1923; E. Lukas, Aufgaben des Geldes, 1937; R. Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik, 1937; G. Cassel, Der Zusammenbruch der Goldwährung, 1937 (Deutsche Ausgabe mit Vorwort von B. Pfister); F. Lutz, Neue Goldwährung, Weltw. Arch., 46. Bd., 1937 und die Jahresberichte der B. J. Z.

Ein großer Teil der Investitionen und damit der Industrialisierung des späten 19. und 20. Jahrhunderts hätte nicht stattgefunden, wenn nicht Geld – in Form von Noten und Giralgeld – in Akten der Kreditgewährung von Banken geschaffen worden wäre. Durch diese Verbindung von Kreditgewährung und Geldschöpfung (bzw. von Kreditrückzahlung und Verschwinden des Geldes) änderte sich das Verhältnis von Investieren und Sparen grundlegend. Hierzu: A. Hahn, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits, 3. Aufl. 1930; H. Gestrich, Kredit und Sparen, 2. Aufl. 1947.

37: (S. 197) Über Verkehrswirtschaften in denen auf den einzelnen Märkten verschiedene Marktformen verwirklicht sind: siehe von Stackelberg, Marktform und Gleichgewicht, S. 29 ff. und die dort genannte Literatur.

38: (S. 198) Ein Fehler der älteren geldtheoretischen Problemstellung ist es zudem, von einer Durchschnittsgröße - dem allgemeinen Preisniveau - auszugehen, die eine gedankliche Konstruktion darstellt und mit welcher der Wirtschaftende, der nur einzelne Preise kennt, nicht rechnet. Ebensovienig darf das »Preisniveau« im Verlauf von Ableitungen als wirksamer Faktor eingesetzt werden. Brauchbar ist eine solche Durchschnittsgröße wie »Preisniveau« nur, »wenn es nötig ist, am Ende der Analyse ein Resultat zusammenzufassen, mit einem Wort oder einer Zahl eine Gesamtsituation zum Ausdruck zu bringen« (K. F. Maier, a. a. O., S. 18). Zu dieser Frage ferner: Hayek, Preise und Produktion, 1931, S. 3 ff.; Haberler, Der Sinn der Indexzahlen, 1927, S. 70 f. und - unter einem anderen Gesichtspunkt - A. Lösch, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, 2. Aufl. 1944.

39: (S. 198) Die nationalökonomische Klassik untersuchte vielfach, nur dasjenige verkehrswirtschaftliche System, in welchem auf allen Märkten vollständige Konkurrenz herrscht und in welchem zugleich Metallumlaufswährung besteht. Damit erfaßte sie eine höchst interessante Kombination von Marktform und Geldsystem, aber eben nur eine Kombination, nur einen Grenzfall. - Allerdings ging die spätere Klassik insofern darüber hinaus, als sie die Wichtigkeit der Notenschöpfung für den gesamten Wirtschaftsprozeß erkannte -, eine wichtige Leistung, die vor allem in den Werken Overstones (Tracts and other Publications, 1857, z. B. S. 411 ff.) zum Ausdruck kam. Der Übergang zur neuen Problemstellung wurde durch Wicksells Geldzins und Güterpreise (1898) eingeleitet.

40: (S. 200) Zum Wirtschaftsablauf in der Zentralgeleiteten Wirtschaft. - Die Literatur geht in der Regel von der Fragestellung aus, wie in einem »kollektivistischen« Gemeinwesen, das der »Marktwirtschaft« oder der »freien Wirtschaft« oder dem »Kapitalismus« entgegengesetzt wird, der Wirtschaftsprozeß erfolgt. (Pareto, Manuel 2. ed. Chap. VI, 52 ff.; E. Barone, Il Ministro della produzione nello stato collectivista im Giornale degli economisti, 1908; v. Wieser, Der natürliche Wert, 1889; und die in Anm. 32 genannten Werke). - »Kollektivismus« und »Zentralgeleitete Wirtschaft« sind aber - ich wiederhole es - nicht identisch. »Kollektivismus« soll einen konkreten Zustand bezeichnen, der zu bestimmten Zeiten völlig fehlt und in anderen Zeiten realisiert war und ist. »Zentralgeleitete Wirtschaft« ist indessen zu allen Zeiten und in allen Völkern realisiert. Sie war stets da, und ist stets da. Zwar oft nur in Spuren, oft aber hat sie auch in den Wirtschaftsordnungen dominiert, meist in der einfachen Form der Eigenwirtschaft. (Mit »Kollektivismus« bezeichnet man ungenau

die vielfältig zusammengesetzte Gruppe von Wirtschaftsordnungen, in denen Elemente der »Zentralverwaltungswirtschaft« dominieren). - Diese realisierten, in der Wirklichkeit stets vorfindbaren Elemente zentralgeleiteter Wirtschaft heben wir heraus und finden eine reine Form, ein idealtypisches Wirtschaftssystem, das als Haupt-Modell benutzt wird: die zentralgeleitete Wirtschaft mit ihren beiden Formen der »einfachen zentralgeleiteten Wirtschaft« und der »Zentralverwaltungswirtschaft« samt deren Varianten (S. 128 ff.). Auf diese Weise erfaßt man - im Gegensatz zum anderen Vorgehen - die geschichtliche Mannigfaltigkeit nach einer Seite hin und gewinnt zugleich Modelle, die exakt bestimmte Bedingungskonstellationen darstellen und die deshalb die Erarbeitung von Theorien ermöglichen.

Die Theorie der zentralgeleiteten Wirtschaft, die den Wirtschaftsprozess innerhalb dieses Wirtschaftssystems in seinen Zusammenhängen erkennt, ist nötig und möglich. Nötig, weil der Wirtschaftsprozess in der zentralen Wirtschaft anders abläuft als in der Verkehrswirtschaft und deshalb konkrete Wirtschaftsordnungen, in denen Züge zentralgeleiteter Wirtschaft dominieren, andere konkrete Wirtschaftshergänge zeigen, als konkrete Wirtschaftsordnungen, in denen verkehrswirtschaftliche Elemente die dominierenden sind. So ist der Zusammenhang von Produktion und Verteilung hier und dort sehr verschieden, der Investitionsprozeß vollzieht sich hier und dort anders, der Einfluß der individuellen Bedürfnisse ist in der zentralgeleiteten Wirtschaft schwächer oder ausgeschaltet, die Konsumenten sind insbesondere in der Zentralverwaltungswirtschaft machtlos, die Produktion kann hier viel leichter auf die Befriedigung eines bestimmten Komplexes von Bedürfnissen - etwa der Rüstung - konzentriert werden, das Geld spielt hier und dort eine sehr verschiedene Rolle, wirtschaftliche Macht bedeutet in beiden Fällen verschiedenes. Diese Unterschiede, die in der neuesten Zeit stark hervortreten, hat die theoretische Analyse genau herauszuarbeiten. - Möglich aber ist eine Theorie der zentralgeleiteten Wirtschaft durchaus, wie auch unsere Skizze zu zeigen sucht. Aus den Daten und den Erfahrungsregeln ergeben sich die Wirtschaftspläne der Leitung mit ihren Bewertungen, daraus ihr Handeln, und so läßt sich der Wirtschaftsprozess samt seinen Schwierigkeiten bestimmen. - »Jedenfalls entfällt mit der Verkehrswirtschaft jenes Feld, auf dem allein unter allen soziologischen Wissenschaften die Feststellung konstanter und objektiv bestimmter Zusammenhänge möglich ist«, meinte ein heutiger Theoretiker. Wenn er recht hätte, müßte die Nationalökonomie auf die Erkenntnis eines erheblichen Teiles wirtschaftlicher Wirklichkeit verzichten. Aber er irrt. Und die Nationalökonomien sollten sich nicht aus einem Gebiet zurückziehen, auf dem sie Wesentliches leisten können - und müssen.

41: (S. 206) Über die Notwendigkeit, Vorräte aus vorausgegangener Produktion unter doppeltem Aspekt (als wirtschaftliches Problem und als wirtschaftliches Datum) anzusehen: Eucken, Kapitaltheoretische Untersuchungen, 1934, und Hauptproblem der Kapitaltheorie, Jahrbücher für Nationalökonomie, 1937. - Zu den Problemen des Kapitals, die im Rahmen dieses Buches nur gestreift werden können, neuerdings: R. von Strigl, Kapital und Produktion, 1934; v. Stackelberg, Kapital und Zins in der stationären Verkehrswirtschaft, Zeitschr. f. Nationalök., Bd. X, 1941; E. Lindahl, Studies in the Theory of Money and Capital, 1939; I. R. Hicks, Value and Capital 1939; v. Hayek, Pure Theory of Capital 1941.

42: (S. 211) Zur ersten Erfahrungsregel (sog. erstes Gossensches Gesetz): Gossen, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs, 1854, und die weiteren im Artikel »Bedürfnis« im Handw. d. Staatsw., 4. Aufl. (von H. Mayer) genannten Werke. - Versuche, das Gossensche Gesetz in ein »Gesetz der abnehmenden Grenzrate der Substitution« umzuformen: I. R. Hicks, a. a. O., S. 11 ff., v. Stackelberg im Weltwirtschaftlichen Archiv, 51. Bd., 1940, S. 260 f.

43: (S. 216) Zur zweiten Erfahrungsregel: Th. N. Carver, The Distribution of Wealth, 1921, 2. Kap.; Edgeworth, Papers relating to Political Economy, 1. Bd., 1925; A. Mitscherlich, Die Bestimmung des Düngerbedürfnisses des Bodens, 1924; E. Schneider, Theorie der Produktion, 1934. Bibliographie auch bei Morgenstern in der Ztschr. f. Nationalök., 1931, Heft 4.

Zur dritten Erfahrungsregel: E. v. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, 4. Aufl. 1921; Burchardt im Weltwirtschaftl. Arch., 34. u. 35. Bd., 1931/32; N. Kaldor in Econometrica, 1937, S. 201 ff.; v. Strigl, Kapital und Produktion, 1934; E. Schneider in den Jahrb. f. Nat., Bd. 147, 1938; Eucken, Der Wirtschaftsprozess als zeitlicher Hergang, Jahrb. f. Nationalök., 152. Bd., 1940, S. 113 ff.

44: (S. 221) Über das Problem des Risikos: Böhm-Bawerk, Positive Theorie des Kapitals, 4. Aufl. 1921, IV. Buch, I. Abschnitt; Knight, Risk, Uncertainty and Profit, 1921; H. Marquardt, Die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion an den Preisen, 1934; Marquardt schreibt (S. 128/29): »Bei unserer Arbeit aber muß es darauf ankommen, diese Frage des Risikos zum selbständigen theoretischen Problem zu erheben. Es ist ja ein unmöglicher Zustand, daß man das Risiko unbekümmert beiseiteschiebt und dadurch Gefahr läuft, immer wieder dem Achselzucken des Praktikers und dem Ausspruch zu begegnen: 'Ja, in der Wirklichkeit ist doch das ganz anders als in der Theorie'. Tatsächlich ist es jedoch so - das

hat sich auch im Laufe unserer Untersuchung immer deutlicher gezeigt -, daß eine wirklichkeitsnahe Theorie das Risikomoment in ihre Analyse einbeziehen muß. Danach bleibt sie auch nicht mehr hilflos den Tatsachen gegenüber.«

Zur Frage der Erwartungen: C. Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl. 1923, S.149; Pigou, Industrial Fluctuations, 2. Aufl. 1929; G. Myrdal, Der Gleichgewichtsbegriff als Instrument der geldtheoretischen Analyse in »Beiträge zur Geldtheorie«, herausg. von Hayek, 1933, S. 383 ff.; Keynes, General Theory, 1936, chap. 22.

45: (S. 221) Die moderne nationalökonomisch-theoretische Forschung zeigt in ihren Problemstellungen, in ihren Denkmethoden und in den Hauptergebnissen eine erhebliche Einheitlichkeit und ist keineswegs ein unzusammenhängendes Nebeneinander von Ansichten. Leser dieser Schrift, die eine Einführung in die moderne Theorie suchen, seien verwiesen auf: W. Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, 4. Aufl. 1946; R. v. Strigl, Einführung in die Grundlagen der Nationalökonomie, 1937; E. Barone, Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie, 2. Aufl. 1935; zur Weiterführung: v. Stackelberg, Grundzüge der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 1943; von den großen Werken besonders auf: E. v. Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins, 4. Aufl. 1921; s. ferner Anm. 8 u. 10.

Die Behandlung der geldtheoretischen Probleme durch eingehende Analyse von Einzelwirtschaften findet sich unter den Älteren bei C. Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl. 1923, S. 325 ff.; L. Walras, Éléments, Paris 1926, S. 320 ff.; A. Marshall, Money, Credit and Commerce, 1923, S. 282 ff. Von den Neueren nenne ich: K. F. Maier, Goldwanderungen, 1935; Greidanus, The Value of Money, 1932; H. Gestrich, Kredit und Sparen 2. Aufl. 1947.

46: (S. 234) Über die Idee des »statischen Zustands« und über die Kritik dieser Idee siehe Viertes Kapitel, IV (S. 280 ff.) und die in Anm. 58 genannten Schriften.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei noch besonders betont, daß die Konstanz der Daten, durch welche ein statischer Zustand verwirklicht wird, in voller Strenge durchgeführt sein muß: also auch die Konstanz der Bedürfnisse in Gegenwart und Zukunft. Nur wenn bei Aufstellung der diesjährigen Wirtschaftspläne für die nächsten Jahre eine ebenso intensive Bedürfnisbefriedigung in Aussicht genommen wird wie in diesem Jahre und dementsprechend Ersatzbeschaffungen vorgesehen sind, kommt es zu einem statischen Zustand, in dem die Vorräte von produzierten Sachgütern, insbesondere von dauerhaften Produktionsmitteln, stets auf der gleichen Größe gehalten

werden. Sonst wird der Produktionsapparat vergrößert oder verkleinert. Über die Variationsmethode siehe auch S. 249 ff., 292 ff.

47: (S. 239) Zu den Robinson-Analysen: »Denkt man sich das Zusammenleben aus Robinsonaden verflochten, so kommt dies der verdrehten Auffassung gleich, als ob sich eine noch unverletzte Vase grundsätzlich aus den Splintern zusammensetzt, in die sie sich erst hinterher zerschlagen ließe«. (Gottl, Bedarf und Deckung, 1928, S. 70. Weitere Kritiker: Diehl, Theoretische Nationalökonomie I, 2. Aufl. 1922, S. 4; Cassel, Grundgedanken der Theoretischen Nationalökonomie, 1926, S. 10 f.; Sombart, Die drei Nationalökonomien, 1930, S. 176 ff.). Sicherlich wäre diese Auffassung »verdreht«. Wer aber vertritt sie? - Etwas ganz anderes ist mit den Robinson-Analysen gewollt. Um in dem wenig glücklichen Bilde zu bleiben: Ein Zerschlagen der Vase braucht Niemand zu befürchten. Erst untersuchen wir eine kleine Vase, deren Konstruktion verhältnismäßig leicht erkennbar ist. Dann wenden wir uns mehreren größeren Vasen von schwierigerer Konstruktion zu - den verschiedenen Formen gesellschaftlicher Wirtschaft -, die in ihrem Gefüge und Gesamtzusammenhang leichter zu erkennen sind, wenn die Untersuchung der kleinen Vase vorangegangen ist. »Aus guten Gründen« - sagte Böhm-Bawerk gelegentlich von Robinson - »üben wir unser und unserer Leser Auge eine Zeitlang an seiner friedlichen Gestalt, ehe wir es wagen, vor das verschleierte Bild der vollen Wirklichkeit zu treten; der eigentliche Schauplatz unserer Theorie ist aber die volle, sozialwirtschaftliche Wirklichkeit.« - Über den großen heuristischen Wert der Robinson-Analysen: M. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 1922, S. 196; H. Dietzel in den Jahrb. f. Nat. 1890, Bd. 54, und Böhm-Bawerk, ebenda, Bd. 58, 1892; G. Sulzer, Die wirtschaftlichen Grundgesetze, 1895, S. 80 ff.; Brougham (Pseudonym Charles Knight), Kapital und Arbeit. Deutsche Übersetzung 1847; J. B. Clark, Distribution of Wealth, 1902, S. 40 ff. - Zu den Robinsonaden des 18. Jahrhunderts, die mit den Robinson-Analysen der heutigen theoretischen Forschung keine innere Berührung haben: H. Hettner, Geschichte der deutschen Literatur im 18. Jahrhundert, 6. Aufl. 1912.

Für den hohen heuristischen Wert der »Naturaltauschwirtschaft« - trotz des großen Gegensatzes von Naturaltauschwirtschaft und Geldwirtschaft - bringt Wicksells »Geldzins und Güterpreise« (1898) einen Beweis. - Zur naturaltauschwirtschaftlichen und geldwirtschaftlichen Behandlung von Says Theorem (S. 239 f.): L. Miksch, Gibt es eine allgemeine Überproduktion? 1929.

48: (S. 243) Von den neuesten Versuchen theoretischer Nationalökonom, unter Umgehung der einzelnen Marktformen

und unter nur subsidiärer Behandlung der »sozialistischen« Wirtschaft eine einheitliche Theorie der Verkehrswirtschaft zu schaffen, ist das Werk Cassels am bekanntesten geworden (Cassel, Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl. 1932). Cassel will mit seiner Theorie eine Tauschwirtschaft jenseits von Wettbewerb und Monopol untersuchen, in welcher die Gütermengen in der für die ganze Gesellschaft rationellsten Weise ihren Verwendungen zugeführt werden. Da dies nur bei einer Preisbildung geschieht, die streng nach dem Kostenprinzip erfolgt, wird ausschließlich dieser eine Fall untersucht. Die Theorie erhält dadurch zwar eine große formale Geschlossenheit, richtet sich aber nicht genug auf die Erklärung der wirtschaftlichen Wirklichkeit. (Hierüber W. Kromphardt. Die Systemidee im Aufbau der Casselschen Theorie, 1927, sowie Schumpeter in Schmollers Jahrbüchern, 51. Jahrg., 1927, S. 241 ff.)

Im Rahmen der historischen Schule - z. T. auch im Zuge der Bemühungen, historische und theoretische Nationalökonomie anzunähern - ist versucht worden, den »zeitgebundenen« Theorien eine »zeitlose« Theorie voranzuschicken - So spricht Spiethoff von zeitloser Wirtschaft und will deren Theorie an die Spitze stellen. Er versteht unter zeitloser Wirtschaft eine gesellschaftliche Wirtschaft, die von einem einheitlichen Willen geleitet wird und in der selbständige Einzelwirtschaften fehlen. Es ist also eine zentralgeleitete Wirtschaft etwa im Stile der »einfachen Wirtschaft« Wiesers. Obwohl es sich zwar im Verlauf der theoretischen Arbeit als zweckmäßig erweist, die Ergebnisse der Analyse zentralgeleiteter Wirtschaft für die Analyse der Verkehrswirtschaft zu verwenden, sind wir in keiner Weise befugt, a priori die zentralgeleitete Wirtschaft als zeitlose Wirtschaft zu bezeichnen. Welche wirtschaftlichen Erscheinungen dem Wandel unterliegen und welche nicht, läßt sich eben nicht a priori entscheiden, sondern nur a posteriori, also erst im Zuge der analytischen Arbeit an geschichtlich vorgefundenen Tatbeständen. Eine Theorie der zeitlosen Wirtschaft oder eine formale Theorie den »geschichtlichen« oder »anschaulichen« oder »zeitgebundenen« Theorien voranzuschicken, ist demnach unzulässig - ganz abgesehen davon, daß diese sog. »geschichtlichen« Theorien geschichtliche Wirklichkeit niemals erfassen und deshalb stets nur Programm bleiben. (Spiethoff, Schmollers Jahrbuch, 56. Jahrg., 1932, S. 892 f., 918; Vleugels in Schmollers Jahrb., 61. Jahrg., 1937, S. 279 f.)

49: (S. 246) Aussagen über Veränderungen im Wirtschaftsprozess, die sich aus Datenveränderungen ergeben, gelten - richtig gewonnen - streng notwendig, apodiktisch. Solche Aussagen lassen sich über die Veränderungen, die umgekehrt Verschiebungen des Wirtschafts-

prozesses in den Daten erwirken, nicht machen; Urteile hierüber sind - nach dem Sprachgebrauch der Logik - problematisch. Noch einige Beispiele: Die nationalökonomische Theorie kann exakt angeben, wie gewisse Datenvariationen eine Erhöhung der Arbeiter-Einkommen bewirken. Ob und wie weit aber die Einkommens-Erhö-
hung zu einer Leistungssteigerung der Arbeiter - also einer Verände-
rung des Datums »Arbeit« - führt, kann sie nicht exakt bestimmen. Wenn sie es versuchte, was sie bisweilen tat, hat sie Mißerfolge er-
lebt. - Oder: Mit Hilfe der Geldtheorie läßt sich genau nachweisen,
welche Veränderungen des Wirtschaftsprozesses eine Deflationspolitik
auslöst. In concreto führen langanhaltende deflationistische Depres-
sionen erfahrungsgemäß in modernen Staaten oft zu schweren poli-
tischen Erschütterungen und zu Änderungen der Wirtschaftspolitik
und der Wirtschaftsordnung. Ob aber diese Rückwirkungen auf die
Daten sich durchsetzen und welcher Art sie sind, hängt so sehr von
der besonderen Struktur der einzelnen Staaten und vielen anderen
geschichtlichen Tatsachen ab, daß die nationalökonomische Theorie
es vermeiden muß, hierüber apodiktische Urteile abzugeben.

50: (S. 249) Den Fehler, Tatsachen, die lösungsbedürftige Probleme in
sich schließen, als Daten hinzunehmen, begeht u. a. auch die Zahlungs-
bilanztheorie. Sie sieht in der Einfuhr und in der Ausfuhr eines Lan-
des und in den anderen Posten der Zahlungsbilanz gegebene Größen
und will nun aus dem Verhältnis der Passiv- zur Aktivseite die Höhe
der Devisenkurse und ihre Veränderungen erklären. Aber Einfuhr und
Ausfuhr eines Landes sind ebensowenig wie die anderen Posten der
Zahlungsbilanz gegebene Größen. Sie sind von den Preisen in den
Ländern, die miteinander Handel treiben, sowie von den Devisen-
kursen selbst abhängig. Die Zahlungsbilanztheorie ist also vollständig
unzureichend und sie hat sich - weil sie die Ursachen von Valuta-
verschlechterungen unzutreffend bezeichnet - währungspolitisch über-
aus schädlich ausgewirkt. (Hierzu: Haberler, Theorie des internatio-
nalen Handels, 1933, S. 26 ff.; Eucken, Kritische Betrachtungen zum
deutschen Geldproblem, 1923, I. Kapitel.)

51: (S. 252) Da ohne Ziehung einer Datengrenze theoretisch-
nationalökonomische Forschung unmöglich ist, arbeiten alle Theore-
tiker - seit es eine ökonomische Theorie gibt - mit Daten. Daß hier-
bei vielfach nicht die Bezeichnung »Daten« gebraucht wird und man
etwa von »Gegebenen Faktoren« oder »Einfachen Elementen« oder
auch von »Produktiven Kräften« spricht, ist nicht wesentlich. Wesent-
lich ist aber, daß die Vorstellungen von den Daten vielfach unvoll-
ständig sind.

Was Friedrich List »Produktive Kräfte« nennt, sind Daten, die er
allerdings anders und ausführlicher bezeichnet. »Kaum ist ein Gesetz

oder eine öffentliche Einrichtung denkbar, wodurch nicht auf die Vermehrung oder Verminderung der produktiven Kraft ein größerer oder geringerer Einfluß geübt würde«. Wir würden sagen: Wodurch nicht ein Datum geändert würde. - Aufgabe der Wirtschaftspolitik muß es also sein, daß diese »produktiven Kräfte geweckt und gepflegt werden.«

Bis dahin hatte List recht. Aber er irrt, wenn er eine »Theorie« der produktiven Kräfte forderte, die er neben die Theorie der Werte stellen wollte. Unter einer Theorie der produktiven Kräfte verstand er eine Theorie, welche das Zustandekommen konkreter Daten erklären soll. - Jeder Versuch zu ihrer Schaffung muß scheitern, da die Bildung konkreter Daten nur dem geschichtlich-individuellen Verstehen erkennbar ist: Etwa die Frage, warum Deutschland heute eine bestimmte Bevölkerung von bestimmten Fähigkeiten und Bildungsgrad hat oder warum eine bestimmte soziale und rechtliche Ordnung da ist. »Die theoretische Erklärung leistet alles, was einer theoretischen Erklärung überhaupt zuzumuten ist, und endigt erst an »Daten«, deren eigene weitere Erklärung nicht mehr Sache der ökonomischen Theorie ist«, sagte Böhm-Bawerk gelegentlich einer Diskussion mit Wieser. Er fährt später fort: »Dieses Datum ist ein Datum der Produktionstechnik, das keine Erklärung durch die ökonomische Theorie erheischt und zuläßt; gerade sowenig, als die ökonomische Theorie berufen oder gehalten wäre, im Beispiele vom Kolonisten mit den fünf Sack Korn zu erklären, daß und warum unter den Bedürfnissen des Kolonisten das Bedürfnis nach Kornbranntwein hinter dem Bedürfnis nach Fleischnahrung rangiert und welche Wichtigkeit der Befriedigung jedes dieser beiden Bedürfnisse zugemessen wird.« (Positive Theorie des Kapitals, Exkurs VII.)

Weiteres zu den Daten und ihrer Gewinnung: I. B. Clark, *Essentials of Economic Theory*, 1907; J. Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 1926, S. 75 f., und *Archiv für Sozialwissenschaft*, 42. Bd., 1916/17, S. 3 ff.; R. v. Strigl, *Die ökonomischen Kategorien und die Organisation der Wirtschaft*, 1923; L. Robbins, *An Essay on the Nature and Significance of Economic Science*, 1932; F. Lutz, *Das Konjunkturproblem in der Nationalökonomie*, 1932 S. 65 ff., 116 ff.; Ciriacy-Wantrup, *Agrarkrisen und Stockungsspannen*, 1936, S. 362 ff.; K. F. Maier, a. a. O., S. 56 ff.; Fr. W. Meyer, *Der Ausgleich der Zahlungsbilanz* 1938, S. 14 f., 159 ff. - Der Apparat der Daten bedarf des Ausbaues (Einzelwirtschaftliche Daten - Gesamtwirtschaftliche Daten; Plandaten - Faktische Daten). Aus unserer Untersuchung geht zugleich hervor, daß wir die Arbeit der Datengewinnung nicht etwa der Soziologie oder der Geschichtsschreibung überlassen können, die dazu nicht imstande sind: Aus nationalökonomischer Problemstellung und pointierend-hervorhebender Analyse der Fakten heraus stößt die Nationalökono-

mie mit Notwendigkeit auf Bedingungen, von denen der Wirtschaftsablauf abhängt. Diese Bedingungen nennt sie Daten.

52: (S. 262) Über die Wirtschaftsordnung des jesuitischen Gemeinwesens in Paraguay: P. Hernández, Organización social de las doctrinas Guaranies, 1912; M. Faßbinder, Der »Jesuitenstaat« in Paraguay, 1926.

53: (S. 266) Der Einfluß der Nationalökonomie auf die Wirtschaftshistorie war also - nach dem im Text Gesagten - vielfach nicht günstig, weil eine Begriffsbildung übertragen wurde, die dem geschichtlichen Sein nicht gerecht wird. Auch die ergebnisreichen Arbeiten von Strieder leiden unter der sehr ausgedehnten Verwendung des Wortes »Kapitalismus«.

Heichelheim (Wirtschaftsgeschichte des Altertums, 1938) macht den Versuch, die »Wirtschaftsstile« Spiethoffs zu verwenden. - Ich wiederhole: Das Mißglücken dieser Versuche ist nicht Schuld der Historiker, sondern der Nationalökonomien, die eben nicht geschichtsfremde Konstruktionen, wie Stufen oder Stile, zur Verfügung stellen sollten, sondern ein aus geschichtlicher Wirklichkeit gewonnenes morphologisches System, durch dessen Anwendung dem Wirtschaftshistoriker die Erkenntnis des konkreten Ordnungsgefüges der Wirtschaft gelingt. (Hierzu auch: A. Rüstow, a. a. O.)

54: (S. 269) Die Erkenntnis, daß die nationalökonomische Theorie aus »hypothetischen« Urteilen besteht, ist oft mißverstanden worden. Man meinte und meint, daß sich die nationalökonomische Theorie nur aus »Hypothesen« zusammensetze, also aus vorläufigen und unverbindlichen Annahmen über einen Erklärungsgrund zur Ausfüllung einer Lücke des Wissens. - Hier liegt ein schwerer Irrtum vor, aus dem sich eine unrichtige Haltung zur ganzen theoretisch-analytischen Arbeit ergibt. »Hypothetisches Urteil« ist im strengen Sinne der Logik gemeint: Wenn A ist, ist C. Das hypothetische Urteil behauptet, daß sich aus einem bestimmten Grund eine bestimmte Folge ergibt. Es basiert auf dem »Satz vom zureichenden Grunde.« Im hypothetischen Urteil, das der denkende Mensch ununterbrochen braucht, kommt in besonderem Maße die Ratio zum Ausdruck. Den Gegensatz zum hypothetischen stellt bekanntlich das kategorische Urteil dar: S ist P. Richtig gewonnene hypothetische Urteile gelten unumstößlich, streng notwendig, apodiktisch und keineswegs vorläufig. Hierüber orientiert jedes Lehrbuch der Logik, so daß das genannte Mißverständnis nicht entschuldbar ist.

55: (S. 275) Über die wissenschaftstheoretischen Probleme der Anwendung siehe die in Anmerkung 51 genannten Werke. Über den

Unterschied von »Wahrheit« und »Aktualität« siehe u. a. auch meinen Aufsatz: Die Überwindung des Historismus, Schmollers Jahrbuch, 63. Jahrg., 1938, S. 212 f., oben S. 263 und unten S. 361 ff.

Daß die Anwendung der Theorie in der Forschung selbst und in der Wissenschaftstheorie stark vernachlässigt wurde, ist leicht zu verstehen. Denn weder für die »Begriffsnationalökonomie« noch für den »Dualismus« noch für den »Empirismus« kann es eine Anwendung geben. – Vergeblich ist es, eine besondere, »angewandte Theorie« konstruieren zu wollen. Die Anwendung der abstrakten Theorie erfolgt von Fall zu Fall zur Erklärung konkret-geschichtlicher Tatbestände. Der Unterschied von »abstrakt« und »konkret« wird verwischt, wenn man eine sog. »angewandte Theorie« der sog. »reinen« Theorie gegenüberstellt.

56: (S. 276) Über die Grenzen, welche infolge unzureichender Nachrichten der Erkenntnis wirtschaftlicher Wirklichkeit in älterer Zeit gesetzt sind: s. auch S. 76 ff. – Bis zu diesen Grenzen müssen Wirtschaftshistorie und Nationalökonomie auch tatsächlich vorstoßen. Sie können es nur, wenn sie die Frage nach dem Ordnungsgefüge in den Vordergrund rücken und unter diesem Gesichtspunkt die Quellen – auch z. B. der antiken Wirtschaftsgeschichte – nachhaltig durchforschen.

57: (S. 277) Zur großen Antinomie und ihrer Überwindung: siehe ferner S. 25 ff. u. S. 358 f.

58: (S. 284) Zu den »Dynamischen Theorien«: Über die ältere Literatur orientiert Schumpeter in seiner »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung«, Anhang zum I. Kapitel und S. 90 ff. (Über Schumpeters dynamische Theorie: E. v. Beckerath in Schmollers Jahrbuch, 53. Jahrgang., 1929, S. 1 ff.) Aus der neueren Literatur seien besonders genannt: E. Lundberg, *Studies in the Theory of Economic Expansion*, 1937 (hierüber und zum Stand der Diskussion überhaupt V. Smith im Weltwirtschaftlichen Archiv, 47. Bd. 1938, S. 613 ff.); A. Pigou, *The Economics of Stationary States*, *Economic Journal* 1935; Keynes, *General Theory of Employment, Interest and Money*, 1936; E. Preiser, *Grundzüge der Konjunkturtheorie*, 1933; A. H. Hansen, *Economic Stabilisation in an Unbalanced World*, 1932. – Über die Entwicklungstheorien in der Wirtschaftshistorie und über ihren Zusammenhang mit Comte und dem Positivismus, S. 63 ff., 70 ff. und Anm. 12; über den statischen Zustand S. 231 ff.

Darstellungen der modernen Konjunkturforschung: Röpke, *Krise und Konjunktur*, 1932 (einführend); G. Haberler, *Prosperity and Depression*, 2. Aufl. 1940. Zur grundsätzlichen Kritik der dynamischen Theo-

rien und Konjunkturtheorien auch die in Anmerkung 21 genannten Arbeiten.

Der Kritik an den Konjunkturtheorien ist entgegengehalten worden, Einmaligkeit komme nicht nur der einzelnen Konjunkturbewegung, sondern allen wirtschaftlichen Erscheinungen - z. B. auch den Preisen - zu. Deshalb müsse es doch möglich sein, nicht nur eine Preistheorie, sondern auch eine Konjunkturtheorie zu schaffen. - Aber hiermit wird ein wesentlicher Unterschied nicht beachtet: Preise werden Tag für Tag in Millionen von Fällen gleichförmig gefordert und bezahlt. Indessen ist die einzelne Konjunkturbewegung - etwa die deutsche Depression von 1907/08 oder der folgende Aufschwung von 1909/13 - eine einmalige, ungleichförmige Erscheinung, die nur gewisse Ähnlichkeiten mit einigen anderen Konjunkturbewegungen zeigt. Die »Gleichförmigkeit«, die sich bei den Preisen findet und die eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, das Preisproblem allgemein zu stellen und mit Erfolg eine Preistheorie zu erarbeiten, fehlt den Konjunkturbewegungen. (Näheres über die Gleichförmigkeit ökonomischer Erscheinungen und zur ganzen Frage in meinen Kapitaltheoretischen Untersuchungen 1934, S. 15 ff.)

59: (S. 318) Die wissenschaftliche Diskussion über das Problem der wirtschaftlichen Macht drehte sich in der Regel um die Frage, ob und wie weit das »Ökonomische Gesetz« oder die »Politische und wirtschaftliche Macht« den Wirtschaftsprozess entscheidend bestimmt. Gegenüber den nationalökonomischen Theoretikern, die ersteres behaupteten, verwiesen die nationalökonomischen Historiker auf die Wichtigkeit der Macht, ohne sie allerdings exakt zu untersuchen. Die Antithese und die Fragestellung, die in ihr steckt, ist wenig fruchtbar und sollte verschwinden. Erste Aufgabe der Nationalökonomie ist es, die konkreten Tatbestände, die wirtschaftliche Macht begründen, aufzudecken und die Auswirkungen wirtschaftlicher Macht in concreto zu untersuchen. (Von hier aus ergeben sich zugleich ungemein wichtige Einsichten für die Gestaltung der Wirtschaftsverfassung.) In einem Zeitalter wie dem gegenwärtigen, in dem sich die Bildung wirtschaftlicher Machtballungen in großem Stile vollzieht, ist die Aufgabe dringend.

Zu der Frage im übrigen: E. v. Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? Zeitschr. f. Volkswirtschaft, 23. Bd., 1914, wiederabgedruckt in den Gesammelten Schriften, 1924, S. 230 ff.; J. Schumpeter, Das Grundprinzip der Verteilungstheorie, Archiv für Sozialwissenschaft, 1916/17, Bd. 42; F. Kestner, Organisationszwang, 1912, 2. Aufl. 1927. Die Haltung der historischen Schule der Nationalökonomie zu den modernen Problemen privater wirtschaftlicher Macht kam in den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1905 deutlich zum Ausdruck,

an deren Anfang ein Referat von Schmoller stand. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 116. Bd., 1906.) Zu den Ideologien wirtschaftlicher Machtgruppen siehe S. 19 ff.

Eine geistesgeschichtliche Untersuchung über die Haltung der Nationalökonomie zum Phänomen wirtschaftlicher Macht von den Merkantilisten bis heute fehlt. - Über Macht in der Geschichte überhaupt u. a.: Thukydides, V. 86 ff.; Macchiavelli, II Principe, 1532; Jakob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen und Historische Fragmente (Gesamtausgabe 7. Bd., 1929); Friedrich Meinecke, Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte, 2. Aufl., 1925.

60: (S. 327) Über »Bedarfsdeckungsprinzip« und »Erwerbsprinzip«: Sombart, Der moderne Kapitalismus, 4. Aufl., 1921, und Der Bourgeois, 1913, mit vielem Tatsachenmaterial, auch: Ordnung des Wirtschaftslebens, 2. Aufl., 1927. Ferner Laum, Allgemeine Geschichte der Wirtschaft 1932, S. 20 f.; Spiethoff in Schmollers Jahrbuch, 56. Jahrg., S. 911 f. - Sombart beruft sich mit Recht auf Aristoteles, Politika I, 8-10. Beide irren. Zu diesem Problem neuerdings: Rüstow, a. a. O., S. 151 ff.

Über das wirtschaftliche Verhalten der Menschen im Altertum und im Mittelalter orientieren die in Anmerkung 16 und 18 genannten Arbeiten. Außerdem über das Mittelalter: G. Espinas, Les origines du capitalisme I, 1933; Strieder, Geldwirtschaft und Frühkapitalismus im 4. Bd. der Propyläen-Weltgeschichte; Kelter in Schmollers Jahrbuch, 1932, Bd. 56, 2; Lütge in den Jahrbüchern für Nationalökonomie, 1941, Bd. 153, S. 162 ff.; v. Zwiedineck-Südenhorst, Weltanschauung und Wirtschaft, 1942, und die von Sieveking in seiner Wirtschaftsgeschichte, 1935, auf S. 79 f. genannten Werke.

Natürlich sind nicht alle Fernhändler des 14. Jahrhunderts vom Schläge der Warendrops in Lübeck oder des späten 15. Jahrhunderts vom Schläge der Fugger in Augsburg gewesen. Da gab es viele Abstufungen und geschichtliche Wandlungen in ein und derselben Stadt und Familie. Sehr oft folgen nach Generationen abenteuerlustiger und großzügiger Persönlichkeiten Generationen von Rentnern. Gerade solche Wandlungen haben tiefe Spuren in der mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte hinterlassen. Auch die Haltung der Bauern und der Handwerker hat sich vielfach geändert: Manchmal zufrieden mit einer gewissen Nahrung, manchmal nicht und deshalb manchmal friedfertig und manchmal kämpferisch. - Versucht man, das wirtschaftliche Handeln des mittelalterlichen Menschen als Handeln nach dem »Bedarfsdeckungsprinzip«, das Handeln des modernen Menschen als Handeln nach dem »Erwerbsprinzip« zu bezeichnen, so verfährt man in doppelter Weise unhistorisch: Durch ein Wort wird die Verschiedenheit des wirtschaftlichen Verhaltens in den einzelnen Nationen, Land-

schaften, Schichten und Zeiten verdeckt und eine Mannigfaltigkeit zum Verschwinden gebracht, die aus den mittelalterlichen Quellen sehr deutlich spricht und die jeder Heutige, der wirtschaftlich tätig ist, für unsere Gegenwart und in jedem Lande erlebt. - Zum anderen wird der Gegensatz zwischen modernem und mittelalterlichem Verhalten zur Wirtschaft weit überbetont und die durchgehenden menschlichen Züge sind viel zu wenig gesehen. Wir sprachen im Text davon, daß zwischen mittelalterlichem Zünftler und modernem Gewerkschaftler oder zwischen mittelalterlichem Fernhändler und modernem Unternehmer gewisse auffallende Ähnlichkeiten bestehen. Die zweifellos vorhandenen Unterschiede waren dabei oft andere, als man heute regelmäßig meint: »Wenn man sich dagegen in die Quellen eingelebt hat, so ergibt sich ein so gut wie selbstverständliches Wissen davon, daß der wirtschaftende Mensch alten Stils viel mehr als der neuzeitliche in einer anrühigen geschäftlichen Moral lebte. Er überforderte, fälschte, schwor Meineide, hinterzog Steuern und Zölle. - Er nahm leichtsinnig Kredit und suchte seine Gläubiger zu benachteiligen, und er wucherte. Ein solches Gesamtverhalten entsprach nur seinem ganzen noch nicht voll entwickelten wirtschaftlichen Status, kann daher weiter gar nicht verwunderlich sein.« (Kuske.)

61: (S. 332) Über das »wirtschaftliche Prinzip« orientieren: H. Dietzel, Theoretische Sozialökonomik, 1895, S. 175 f. Dort auch eine Auseinandersetzung mit anderen, älteren Auffassungen. - O. von Zwiédineck-Südenhorst, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 1932, Einleitung. Hans Möller in Jahrb. f. Nat. u. Stat. Bd. 150, 1942, S. 241 ff; A. Fey, Der homo oeconomicus in der klassischen Nationalökonomie und seine Kritik durch den Historismus, Marburger Diss. 1936. - Wer nachweisen will, (wie neuerdings W. A. Jöhr, Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 1943, Bd. 1, 8. Kapitel), daß nicht nur aus dem Streben nach größtmöglichem Erwerb oder »kapitalistischen« Motiven das Tun des Menschen zu erklären ist, hat durchaus Recht: Selbsterhaltungstrieb und Angst, Haß und Machtstreben, Liebe und Humanität und andere Motive bestimmen das Handeln der Menschen in sehr verschiedener Weise. - Aber er darf nicht daraus folgern, »daß außerwirtschaftliche Zielsetzungen und Seelenregungen dazu führen, daß das ökonomische Prinzip verlassen wird«.

Mit den Zielen oder Zwecken menschlichen Handelns hat das wirtschaftliche Prinzip nichts zu tun. Die Ziele sind sehr verschiedene, können z. B. egoistische oder altruistische sein; nach dem wirtschaftlichen Prinzip wird stets gehandelt. - Der Leiter eines Klosters, dem größtmöglicher Erwerb völlig fern liegt und der sich ganz in den Dienst der Humanität stellt, plant und handelt bei Bewirtschaftung der Äcker, Verarbeitung der Rohstoffe, Einkauf von Gütern, Verwendung von Stiftungen usw. nach dem wirtschaftlichen Prinzip. Das heißt:

Er sucht einen bestimmten Zweck mit einem möglichst geringen Aufwand an Werten zu erreichen, um mit den vorhandenen Äckern, Rohstoffen usw. möglichst viel Gutes tun zu können.

62: (S. 333) Aus der Darstellung im Text ergibt sich, daß mit der viel mißbrauchten Antithese von »rationalistischer« contra »traditionalistischer« Wirtschaftsführung sehr vorsichtig umgegangen werden muß. Nur wo nach einem veränderten Stande der Preise oder des technischen Wissens oder eines anderen Datums die Durchführung einer neuartigen Kombination der Produktionsmittel notwendig wäre, aber infolge des Festhaltens an einem altüberkommenen Verfahren unterbleibt, entsteht eine Distanz zwischen rationalistischem und traditionalistischem Wirtschaften. Sonst aber - also bei annähernder Konstanz des technischen Wissens und anderer Daten - sind traditionalistische Wirtschaft und rationalistische Wirtschaft identisch. Hierzu u. a.: H. Marquardt, a. a. O.

63: (S. 338) Über Verringerung des Angebots bei steigendem Preis, also über negative Abhängigkeit von Preis und angebotener Menge: I. Fisher, *Elementary Principles of Economics*, 1921, S. 312 ff. und 436 ff. mit mehreren Beispielen vom Arbeitsmarkt. »Neuere Experimente in Kohlenbergwerken zeigen«, sagt Fisher, »daß eine leichte Erhöhung der Löhne der Arbeiter veranlaßt, länger zu arbeiten, daß aber eine starke Erhöhung (60% über dem üblichen Lohn) Unregelmäßigkeiten der Arbeit und den Wunsch hervorruft, die Zahl der Arbeitsstunden zu verringern.« Weiter: Schumpeter, Art. »Angebot« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. Für die Landwirtschaft: v. Dietze, Zwangssyndikate als Mittel der Agrarpreispolitik, *Jahrbücher für Nationalökonomie*, Bd. 145, 1937; A. Tschajanow, *Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft*, 1923. - Mathematische Behandlung des Zusammenhangs: v. Stackelberg, Angebot und Nachfrage in der Produktionswirtschaft, *Archiv für mathematische Wirtschafts- und Sozialforschung*, 1938, Bd. 4.

Daß bei sinkendem Lohn das Angebot auf dem Arbeitsmarkt steigt, galt im Merkantilismus als die Regel; hiervon wurde die merkantilistische Lohnpolitik stark beeinflusst. (S. auch E. F. Heckscher, *Merkantilismus*, 1932, II, S. 150.) - Von den Neueren warnt z. B. Marshall (*Principles of Economics*, VI, 2 u. 12) davor, die Zahl dieser Fälle zu überschätzen.

Wenn wir zwei Verhalten feststellen, je nachdem der Mensch ein »bewegliches« oder ein »gleichbleibendes« Niveau von Bedürfnissen hat, so handelt es sich dabei nur um die Bedürfnisse nach Sachgütern, nicht um das Bedürfnis nach Muße. Dies letztere Bedürfnis ist nicht beachtet. Der Arbeiter, der bei einer Lohnsteigerung entsprechend

weniger arbeitet, befriedigt zwar seine Bedürfnisse nach Sachgütern ebenso wie früher, aber er befriedigt sein Bedürfnis nach Muße besser. - Diese Aussonderung des Bedürfnisses nach Muße dürfte sich empfehlen, weil es - im Gegensatz zu anderen Bedürfnissen - gerade durch Verzicht auf wirtschaftliche Tätigkeit befriedigt wird.

64: (S. 340) Die Frage, wie das wirtschaftliche Handeln nach dem »Prinzip höchstmöglicher Reineinnahme« oder nach dem »Prinzip bestmöglicher Versorgung« den wirtschaftlichen Ablauf beeinflußt, ist noch nicht im einzelnen geklärt. Eine ausreichende theoretische Untersuchung hätte das Problem für die verschiedenen Wirtschaftssysteme, Formen der zentralgeleiteten Wirtschaft, Marktformen und Geldsysteme aufzuwerfen und zu lösen.

Sobald die Gegenüberstellung von »Erwerbsprinzip« und »Bedarfsdeckungsprinzip« fallengelassen ist, wird die theoretisch-allgemeine und zugleich die geschichtlich-konkrete Lösung der Frage danach, wie die Verschiedenheit menschlichen Verhaltens zur Wirtschaft auch in dieser Hinsicht deren Ablauf beeinflußt, wesentlich erleichtert.

65: (S. 346) Die Wissenschaft des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts war von dem Streben beherrscht, sich in die einmaligen Erscheinungen einer Zeit zu versenken und die Vielfältigkeit des menschlichen Verhaltens in der Geschichte zu erfassen. Das war ihre Stärke und ihre Schwäche. Ihre Stärke - indem sie den Sinn für die Mannigfaltigkeit der geschichtlichen Welt und ihrer Formen weckte. Ihre Schwäche - indem sie in ihrem Streben zu weit ging, den Menschen der einzelnen Epoche nur noch als geschichtlich wandelbares Wesen sah und gar nicht mehr bemerkte, daß gewisse elementare Züge des Menschen überall da sind und waren. Auf diese Weise verlor der Historismus überhaupt die Fähigkeit, den Menschen zu verstehen. Er sah nicht mehr den lebendigen Menschen, sondern schematisierte Entwicklungsfiguren. So konnten solche geschichtsfremde Antithesen wie »Bedarfsdeckungsprinzip« und »Erwerbsprinzip« in Gebrauch kommen, und es konnte ernsthaft versucht werden, durch das eine oder das andere Wort den Wirtschaftsgeist ganzer Epochen zu bezeichnen.

Die individualisierende, die Eigenart der einzelnen Geschichtsepochen und der einzelnen Nationen herausarbeitende Historie des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts stellt bekanntlich einen Rückschlag gegen die Wissenschaft des 17. und 18. Jahrhunderts dar. In ihr herrschte die Überzeugung - ob es sich nun um Descartes oder um Kant oder um die Nationalökonomien handelte -, daß alle Unterschiede der Individualitäten, so stark sie sein mögen, nicht bis zum Grunde des Menschen reichen, daß eben doch in aller Geschichte eine überall vor-

findbare Grundschrift vorhanden ist. Diese Auffassung führte zwar nicht selten dazu, die Besonderheit der einzelnen Nationen, Zeiten und Persönlichkeiten zu unterschätzen. Auch der wirtschaftende Mensch wurde von den klassischen Nationalökonomern als eine gleichbleibende Figur angesehen, welche sie überall und stets finden zu können glaubten. - Dagegen war die damalige Wissenschaft nicht - wie die spätere - blind für die fundamentalen, durchgehenden Züge in der Haltung des Menschen, die besonders wesentlich sind. Das war ihre Stärke; insofern war ihre Menschenkenntnis größer.

Eine richtige Erkenntnis des wirtschaftenden Menschen wird zu einer Synthese beider Auffassungen gelangen.

66: (S. 194 u. 273) Der Begriff des Typus hat von Platon und vor allem von Aristoteles einen bestimmten wissenschaftlichen Inhalt erhalten. Aristoteles verwendet ihn in dem seine ganze Forschung durchziehenden Streben, das Einzelne zu einem Ganzen zu verbinden. Der Typus steht gleichsam zwischen der individuellen Erscheinung und dem Allgemeinen. »Er will allgemein durchgehende Züge und Typen für die Menge der Erscheinungen aufsuchen, das Verwandte zusammenbringen und es dadurch gegenseitig sich erklären lassen, die Probleme verallgemeinern und sie somit der Lösung nähern.« (Rudolf Eucken, Die Methode der Aristotelischen Forschung 1872, S. 44 f.). Zum Wortgebrauch bei Aristoteles: Bonitz, Index Aristotelicus, τυπος. Die Typen des Aristoteles stehen also den »Realtypen« nahe. - »Es gehört zu den bedeutsamsten Erscheinungen in der neueren Entwicklung der Wissenschaften, daß in den verschiedensten Gebieten, Zoologie, Botanik, Kristallographie, Chemie, Sprachwissenschaft, der nämliche Begriff (des Typus) beinahe gleichzeitig auftaucht« (W. Wundt, Logik II, 3. Aufl., S. 55). Gleichzeitig - so muß man Wundt ergänzen - dringt die Verwendung des Typenbegriffs in der Historie, der Psychologie, der Pädagogik und in der Nationalökonomie durch. (Zur Orientierung: E. Seiterich, Die logische Struktur des Typenbegriffs bei W. Stern, E. Spranger und M. Weber, 1930). Meist sind diese Typen - Realtypen. Über die Bildung von Idealtypen schreibt Max Weber: »Er (der Idealtypus) wird gewonnen durch einseitige Steigerung eines oder auch einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankenbilde. In seiner begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine Utopie, und für die historische Arbeit erwächst die Aufgabe, in jedem einzelnen Falle festzustellen, wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit jenem Idealbilde steht, inwieweit also der ökonomische Cha-

rakter der Verhältnisse einer bestimmten Stadt als »stadtwirtschaftlich« im begrifflichen Sinn anzusprechen ist.« (Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 1922, S. 189 ff., 275 ff., 372 ff. - Wirtschaft und Gesellschaft, 1922, S. 9 ff.) - Was Weber zur Idealtypenbildung sagt, ist nicht nur ein Torso, sondern enthält auch schwere Mängel. Er erkannte weder den fundamentalen Unterschied von Realtypen und Idealtypen, noch den logischen Charakter von beiden, noch die Verschiedenheit der Abstraktionsverfahren, die zur Bildung der beiden Typen führen. Infolgedessen hat der Typus, den er Idealtypus nennt, einen unbestimmten Begriffsinhalt. Er hat zwar die weitverbreitete, mißbräuchliche Verwendung von Realtypen kritisiert (s. oben S. 96 f.), aber er hat zugleich die Bücherschen Wirtschaftsstufen akzeptiert und sie als Idealtypen deuten wollen (z. B. im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Art. Agrargeschichte des Altertums). Die mittelalterliche »Stadtwirtschaft« nannte er ebenso einen Idealtypus, wie das ganz anders geartete, wahrhaft idealtypische Modell der Robinsonwirtschaft. Damit hat er zur üblichen Verwechslung von Idealtypen und Realtypen beigetragen, worüber wir bereits sprachen (z. B. Anm. 24). Weil seine Ansichten über die Typenbildung noch heute herrschen und eine Klärung dieses wichtigen Problemkomplexes ohne eine Auseinandersetzung mit Max Weber unmöglich ist, ist Kritik an ihm unvermeidlich. Dabei handelt es sich nicht darum, gegen Weber einen neuen Begriff des Idealtypus zu entwickeln, sondern darum, das, was Weber nicht klar und nur teilweise sah, exakt und vollständig zu bestimmen. (Über Max Weber: B. Pfister, Die Entwicklung zum Idealtypus, 1928; v. Schelting, Max Webers Wissenschaftslehre, 1936, S. 319 ff.) Was den Namen anlangt, so spricht Sigwart (Logik II, 2. Aufl. 1893, S. 240 f.) von Typen, »die wir als die ideal vollkommenen betrachten, um an ihnen die einzelnen Exemplare zu messen.« Vielleicht ist Max Weber durch die Sigwartsche Typenlehre beeinflusst worden. - Die Wirkung der Weberschen Typenlehre war merkwürdig: Man übernahm sie nicht nur mit allen ihren großen Mängeln, sondern man glaubte sogar, Weber habe den Idealtypus »entdeckt«. An diesem letzteren Mißverständnis trägt Weber selbst keine Schuld. Daß die theoretische Forschung schon längst vor ihm mit Idealtypen arbeitete, hat er selbst mit Nachdruck betont. Bereits die Klassiker verwandten solche gedanklichen Modelle. Zum Beispiel und in glänzender Form Thünen, der auch über deren logischen Charakter einige feinsinnige Bemerkungen machte (Vorrede zur 2. Auflage seines Isolierten Staates. Ferner: Senior, Lectures on Political Economy, 1852; J. St. Mill, Logik, 5. Aufl., 6. Buch, 9. Kap., § 3). Das die moderne theoretische Forschung sich ihrer bediente, bedarf keines besonderen Hinweises. Allerdings geschah dies oft ohne klare Erkenntnis ihres logischen Charakters.

Zum Unterschied zwischen »Realtypus« und »Idealtypus«: Die »Hauswirtschaft« Büchers ist ein Realtypus. Mit »Hauswirtschaft« soll die wirtschaftliche Realität im Altertum und frühen Mittelalter dargestellt werden. Der »isolierte Staat« Thünens indessen - ein Staat also, in dem eine große Stadt in der Mitte einer fruchtbaren Ebene von durchaus gleichem Boden liegt, der durch eine unkultivierte Wildnis von der übrigen Welt gänzlich getrennt ist und in dem überall vollständige Konkurrenz herrscht - ist ein Idealtypus, der als gedankliches Modell benutzt wird. Thünen stellt mit seinem Isolierten Staat keine reale Wirklichkeit dar und will es auch nicht. Aber er gewann ihn in Untersuchung der konkreten Wirtschaft; eine Seite der konkreten Wirtschaft wird durch ihn herausgehoben, und die theoretischen Sätze, die an diesem Idealtypus erarbeitet sind, dienen in ihrer Anwendung der Aufdeckung konkreter Zusammenhänge. - Ebenso fanden wir die Ordnungsformen - Wirtschaftssysteme, Formen zentralgeleiteter Wirtschaft, Marktformen, Geldsysteme, kurz: das ganze morphologische System - zwar in den Tatbeständen. Dort sind sie. Die Wissenschaft hat sie dort zu entdecken. Aber diese Ordnungsformen existieren dort nicht rein, sondern vielfältig miteinander »verschmolzen« - ein Ergebnis auf das wir sehr oft stießen. Indem wir sie einzeln pointierend heraus hoben, also gedanklich aus der Verschmelzung lösten, in der sie sich in der wirklichen Wirtschaft befinden, und sie so in reiner Form gewannen, besitzen wir Typen, die einzeln wirtschaftliche Realität nicht abbilden; sie sind vielmehr im logischen Sinne »ideal«. - (Die Gegenüberstellung von »real« und »ideal« in Realtypus und Idealtypus ist also eine logische. »Ideal« ist hier nicht - ebensowenig wie »real« - normativ gemeint. Der Idealtypus bietet kein Vollkommenheitsideal. Er ist kein ethischer Begriff. Weiteres: S. 69, Anm. 13 und die dort genannten Stellen.)

Es ist die Frage aufgeworfen worden, wie sich die »reinen Formen« oder »Idealtypen« zu den »Modellen« verhalten. - Nun: Die reinen Formen, welche die Wissenschaft aus der wirklichen Wirtschaft pointierend heraushebt, werden als Modelle benutzt, an denen die theoretischen Ableitungen erfolgen. Man findet z. B. in Gegenwart und Vergangenheit das »Angebotsmonopol«. Diese, mit anderen Formen meist verschmolzene reine Form heben wir als Idealtypus heraus und verwenden sie als Modell, also als exakt bestimmte Bedingungskonstellation, an der die Theorie des Angebotsmonopols beweist, welche Preise zustandekommen und welche Mengen umgesetzt werden. Die richtig erarbeiteten Modelle sind also gerade nicht »Konstruktivmodelle«, wie sie genannt wurden, sondern das Gegenteil.

Werden die Modelle einfach »gesetzt«, also a priori konstruiert - wie es bei den Marktformen vielfach geschah und geschieht (Beispiele: Anm. 34) - so kann man natürlich beliebig viele Modelle schaffen.

Aber ihr Wert für den Erkenntnisprozeß ist gering; ebenso bleiben die theoretischen Sätze, die an ihnen gewonnen werden, unanwendbar. Solche Modelle dienen einem Spiel der Ratio. Sie ähneln dem Schach. Dort werden vom Menschen gewisse Bedingungen gesetzt; Ratio und Kombinationsfähigkeit können sich nun im Spiel konsequent entfalten. Niemand behauptet, daß das Schachspiel eine reale Wirklichkeit wiedergibt oder im Erkenntnisprozeß unmittelbar nützlich ist. Ebenso wenig ist dies im gedanklichen Spiel an gesetzten Modellen der Fall.

Die Typenlehre und die ganze morphologische Analyse bereitet heute noch mancherorts Schwierigkeiten. Das ist verständlich. Denn die pointierend hervorhebende Abstraktion und die Aufdeckung reiner Formen in der Realität liegt allen fern, die daran gewöhnt sind, im Stile der Historischen Schule unanalysierte Tatsachen in »Stufen« oder »Stilen« zusammenzufassen. Diese Schwierigkeiten werden nicht in rein literarischer Diskussion überwunden werden. Die Gewinnung der Marktformen und aller übrigen Typen erfordert, daß die Nationalökonomien sich entschließen, in der Realität selbst zu arbeiten, Betriebe und Haushaltungen morphologisch zu untersuchen und darauf zu verzichten, Diskussionen abseits des Gegenstandes zu führen.

67: (S. 355) Zum logischen Charakter der Theorie: siehe u. a. S. 269 und Anm. 25.

{
Sehr treffend sagt Goethe (Maximen und Reflexionen, Jubiläumsausgabe IV, S. 231): »Die Theorie an und für sich ist nichts nütze, als insofern sie uns an den Zusammenhang der Erscheinungen glauben macht.« - Auch Schiller, dessen Leistung als Wissenschaftstheoretiker nicht übersehen werden sollte, sei hier genannt. Er unterscheidet - höchst eindrucksvoll - drei Stufen der Erkenntnis: Für den gemeinen Empirismus, »der nicht über das empirische Phänomen hinausgeht«, sind die Wahrnehmungen »immer einzeln und akzidentell«. Gemeiner Empirismus hat nur »ein einziges Element der Erfahrung und mithin keine Erfahrung«. - Der Rationalismus sucht »nach der Kausalität der Erscheinungen«. »Diese Funktion des Verstandes ist nach meinem Urteil notwendig und *conditio sine qua non* aller Wissenschaft.« »Aber er kommt in Gefahr, dasjenige strenge zu sondern, was in der Natur verbunden ist.« Drittens: Der »rationelle Empirismus«, wie Schiller ihn nennt, der gemeinen Empirismus und Rationalismus vereinigt, vollzieht wissenschaftliche Erkenntnis. »So finden wir auch, daß nur die vollkommene Wirksamkeit der freien Denkräfte mit der reinsten und ausgebreitetsten Wirksamkeit der sinnlichen Wahrnehmungsvermögen zu einer wissenschaftlichen Erkenntnis führt.« (Brief an Goethe vom 19. Januar 1798.) - Damit hat Schiller den entscheidenden Punkt bezeichnet.

Ferner: Lotze, Logik, 1874, S. 92 ff., 175 ff., 378 ff.

68: (S. 358) Über die Definition, ihren Wert, ihren Platz und ihre mißbräuchliche Benutzung siehe S. 13 f., 45 ff., 101 f., 145, 351 f., Anm. 1, 9 und 23.

69: (S. 359) Husserl, Logische Untersuchungen I, 15; siehe auch oben S. 29 ff.

70: (S. 361) Wie durch die Relativierung der Wahrheitsidee, die sich während des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts im Zuge der grundsätzlichen Historisierung des gesamten Denkens und Wertens vollzog, die Fundamente der Wissenschaften - und unter ihnen gerade der Nationalökonomie - zerstört wurden, davon gibt die Historismus-Diskussion in Schmollers Jahrbuch 1937 und 1938 ein gewisses Bild. Diese Diskussion litt aber u. a. darunter, daß in ihr die Person Schmollers von historischer Seite zu stark in den Vordergrund geschoben wurde und so der Kampf um die Wahrheitsidee vielfach als ein Kampf um Schmoller erschien. In Wirklichkeit ist der Historismus mit seiner Relativierung der Wahrheitsidee eine Bewegung, die das gesamte geistige Leben der Gegenwart ergriffen hat.

Dabei verwickelt er sich in einen fundamentalen Widerspruch mit sich selbst. - »Sinn und Wert dieser Geisteshaltung sind klar«, schreibt Schumpeter vom Standpunkt des relativistischen Positivismus aus. »Worauf es für die Praxis der wissenschaftlichen Arbeit ankommt, sind nicht irgendwelche »Wahrheiten«, sondern Methoden, mit denen man operieren kann, und das heißt einfach: so mit Daten verfahren, daß etwas herauskommt, was den beobachteten Tatsachen entspricht.« (Vorwort zur 4. Auflage der Theorie der Wirtschaftlichen Entwicklung, 1935, S. 15.) Demgegenüber ist u. a. festzustellen: Jeder Relativist - auch Schumpeter - beansprucht für solche hier entwickelten Grundsätze selbst Wahrheitsgehalt, arbeitet also allen Ablehnungen zum Trotz doch mit der Wahrheitsidee und gerät mit sich selbst dadurch in Widerspruch. - Ähnlich der sehr einflußreiche Pareto, der sich immer wieder bemüht, die völlige Entbehrlichkeit der Wahrheitsidee nachzuweisen, und trotzdem diesen angeblichen Nachweis als wahr erachtet. - »Spenglers Werk«, sagt Ortega gelegentlich, »erwürgt sich selbst, da er nicht bedenkt, daß der Nachweis der Relativität der Kulturen - der historischen menschlichen Handlungen - seinerseits ein Geschäft absoluter Art ist. Indem die Geschichte die Relativität der menschlichen Formen aufdeckt, spricht sie eine nicht mehr relative Erkenntnis aus.« (Die Aufgabe unserer Zeit, o. J. S. 288 f.) - Alles ist relativ; absolut aber ist mein relativistischer Glaube -: das ist eine schwer zumutbare, unsichere, unhaltbare Position.

71: (S. 364) Zur fachlichen und universal-geschichtlichen Behandlung wirtschaftlicher Probleme: S. 96 ff., 255 f., 265 f., 284 ff., 296 ff., 345 f.

72: (S. 367) Über den Gegensatz von Wirtschaftsordnung auf der einen, Wirtschaftsstufe und Wirtschaftsstil auf der anderen Seite: siehe u. a. S. 94 ff., 117 ff., 255 ff.

Über die Unmöglichkeit, für jede Wirtschaftsordnung eine besondere Theorie zu schaffen: S. 106 f., 270 f., 272 und Anm. 26.

73: (S. 370) Daß die Notwendigkeit, die Spaltung von Nationalökonomie und Betriebswirtschaftslehre zu überwinden, vielfach noch nicht gesehen wird, liegt am Verkennen der Probleme und ihrer Einheit. Zur Haltung der neueren betriebswirtschaftlichen Literatur: M. Lohmann im Weltw. Archiv 1936, 44. Bd. Von neueren betriebswirtschaftlichen Arbeiten, in denen die Verbindung hergestellt wird, seien genannt: M. R. Lehmann, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre 1928; W. Prion, Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb, insbesondere I. Buch, 1935; M. Lohmann, Betriebswirtschaftslehre, 1936.

74: (S. 373) Zu den wirtschaftsverfassungspolitischen Problemen der Gegenwart und ihrer Lösung: siehe die in Anm. 19 genannten Schriften.

75: (S. 375) Über den Zusammenhang von Rechtsgestaltung und Nationalökonomie: Franz Böhm, Wettbewerb und Monopolkampf, 1933, Die Ordnung der Wirtschaft, 1937; H. Großmann-Doerth in der Hanseat. Rechts-Zeitschr., 20. Jahrg. 1937; S. 282 ff., G. Schmölders in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 101. Bd., 1940, S. 64 ff. - Gerade auch die Marktformenlehre sollte für Rechtsdenken und Rechtspolitik fruchtbar gemacht werden. Ein Beispiel: Für den Eigentümer einer Sache, der Monopolist ist, hat sein Eigentumsrecht faktisch einen anderen Inhalt als für den Eigentümer, der in Konkurrenz mit anderen steht: Dem monopolistischen Eigentümer einer Quelle, die allein ein Dorf mit Wasser versorgt, bedeutet dieses Eigentum etwas ganz anderes, als für den Eigentümer, der aus seiner Quelle in Konkurrenz mit anderen Wasser liefert. Die Machtstellung ist im Monopolfall weit größer, und es besteht eine Abhängigkeit der Dorfbewohner vom Eigentümer der Quelle, die entfällt, wenn Konkurrenz in der Wasserbelieferung vorliegt. Die Fragen der Eigentumsbeschränkung und des Kontrahierungszwangs haben je nach der realisierten Marktform eine durchaus verschiedene Bedeutung; sie sollten deshalb rechtspolitisch und rechtswissenschaftlich je nach der Marktform verschieden behandelt werden.

Von wissenschaftlichen Freunden und von andern Lesern habe ich wertvolle Anregungen auch für diese Auflage des Buches erhalten, für die ich ihnen zu Dank verpflichtet bin. Paul Hensel und Hans Otto Lenel in Freiburg hatten die Freundlichkeit, die Korrekturen mitzulesen. - Besonderen Dank aber schulde ich erneut meiner Frau.

REGISTER

Namensregister

Abel 389
 Aquino, Th. v. 389
 Amonn, A. 53, 350, 379, 386
 Aristoteles 325, 386, 414, 418
 Aubin, G. 397.

 Barone 398, 403, 406
 Baudoin 397
 Bauer, C. 74, 389
 Bechtel 391, 392
 Beckerath, E. v. 412
 Below, v. 74, 389
 Berkeley 18
 Bernheim 383
 Bickel 397
 Böhm, Franz 382, 384, 390, 423
 Böhm-Bawerk, v. 205, 384, 401,
 405, 406, 407, 410, 413
 Bonitz 418
 Bücher 63, 68, 71 f., 388, 389, 390
 Burchardt 405
 Burckhardt, J. 305, 414

 Campanella 385
 Carver 405
 Cassel, G. 179, 222, 237, 384, 399,
 402, 408
 Cassirer, E. 384
 Chamberlin 156
 Chiaudano 402
 Ciriacy-Wantrup 410
 Clark, J. 222, 407, 410
 Comte 387, 394, 412
 Cournot 229, 339, 396, 399
 Cunow 397

 Descartes 1 f., 417
 Diehl 237 f., 380, 387, 407
 Dietze, v. 386, 391, 416

Dietzel, H. 379, 380, 384, 407, 415
 Diltthey 384
 Dopsch 390, 397

 Ebert 402
 Edgeworth 212, 405
 Espinas 323, 414
 Eucken, R. 387, 418

 Faßbinder 411
 Fey 415
 Fisher, J. 416
 Foster 20, 382
 Fries 385
 Fritsch, R. 401

 Galilei 379
 Gestrich 391, 402, 406
 Geyer, B. 394
 Goethe 335, 421
 Gossen 384, 405
 Gottl, v. 407
 Greidanus 406
 Großmann-Doerth 390, 391, 423

 Haberler 403, 409, 412
 Hahn, A. 402
 Hansen, A. H. 412
 Hartmann, L. M. 118, 390, 397
 Hasebroek 390
 Hayek, v. 386, 387, 391, 392, 398,
 403
 Heckscher 382, 416
 Hegel 383
 Heichelheim 388, 397, 404, 411
 Helfferich, K. 184, 402
 Hernandez 411
 Hettner 407

Hicks 405
 Hildebrand 63, 72 f.
 Höffner 381, 390
 Hume 41, 240
 Husserl, E. 382, 394, 396, 422

 Ihering 387
 Jevons 226, 384, 386
 Jöhr 415

 Kaldor 405
 Kant 48, 383, 417
 Kelter 390, 414
 Kepler 385
 Kern, Fr. 388
 Kestner, F. 413
 Keynes 56, 293, 386, 388, 406, 412
 Knapp 401
 Knies 63 f., 387
 Knight 405, 407
 Kraus, Chr. J. 382
 Kromphardt 408
 Kulischer 389
 Kunze, A. 397
 Kuske 389, 402, 415

 Lange 398
 Lerner 398
 Laum 414
 Laurent 402
 Lautenbach 178
 Lexis 386
 Liefmann-Keil 401
 Lindahl 241, 405
 Lippmann 391
 List, Fr. 63 f., 409
 Lohmann, M. 423
 Lösch, A. 403
 Lotze 33, 394, 396, 421
 Lukas 402
 Lundberg 412
 Lütge 390, 397, 414
 Lutz 93, 386, 390, 391, 392, 402,
 410

Macchiavelli 414
 Maier, K. F. 142, 226, 403, 406,
 410
 Malthus 41
 Marquardt, H. 405, 416
 Marshall 56, 226, 234, 384, 406, 410
 Marx 23, 100 f., 284 ff., 326
 Mayer, H. 405
 Meinecke 414
 Menger, C. 52 f., 57 f., 362, 380,
 384, 385, 386, 388, 399, 401, 406
 Menghin 388
 Meyer, E. 390
 Meyer, F. W. 250, 410
 Mickwitz 323, 390, 402
 Miksch 391, 401, 407
 Mill, J. 240
 Mill, J. St. 41, 47, 222, 419
 Mises, v. 398
 Mitscherlich, A. 405
 Mitscherlich, W. 272, 387
 Möller, H. 401, 415
 Montesquieu 42
 Morgenstern 405
 Müller, A. 21, 252
 Müller-Armack 392
 Myrdal 406

 Neisser 392

 Oertel, F. 390
 Ortega 422
 Overstone 403

 Pareto 16, 381, 401, 403, 422
 Passow, R. 390
 Peutinger 20
 Pfister 402, 419
 Pigou 293, 406, 412
 Pirenne 273
 Platon 418
 Plenge 388
 Pöhlmann 390

Postan 402

Preiser 412

Prion 423

Quesnay 382

Raab 387

Ranke 76

Ricardo 15 f., 101, 221, 240, 247 f.,
295

Rickert 53, 385

Robbins 386, 410

Robinson, J. 157, 401

Rodbertus 390

Röpke 391, 406, 412

Rörig 75, 308, 389

Roscher 63 .

Rostovtzeff 388, 390

Ruppin 379

Rüstow, A. 343, 391, 393, 411, 414

Salin 66, 388

Say, J. B. 14 f., 222, 240, 380

Schelling 419

Schiller 421

Schmidt-Koppers 388

Schmölders 423

Schmoller 57, 61, 63, 74, 307,
386, 387, 388, 414, 422

Schnabel 43

Schneider, E. 401, 405

Schönberg 63, 68

Schopenhauer 19, 347, 383

Schüller 384

Schulte, A. 310, 389

Schultze-Gaevernitz 382

Schumpeter 235, 386, 393 f., 398,
408, 410, 412, 413, 416, 422

Seiterich 418

Senior 419

Sering 386

Sieveking, H. 389, 414

Sigwart 419

Smith, A. 41, 42, 272, 382, 387

Smith, V. 412

Sombart 63, 66, 68, 74 f., 255,

320 f., 322, 326, 384, 388, 389,

392, 407, 414

Sorel, A. 384

Spann 45, 48, 237

Spencer 387

Spengler 422

Spiethoff 65 f., 68, 94, 388, 392,
408, 414

Spranger 418

Sraffa 161, 401

Stackelberg, v. 168, 401, 402, 405,
406, 416

Stammler 391

Stern 418

Stieda 389, 397

Strieder 381, 389, 414

Strigl, v. 405, 406, 410

Stucken 392, 402

Sulzer, G. 407

Taine 1, 306

Taylor, M. 397

Tesdorpf 397

Thukydides 414

Thünen, v. 114, 222, 419, 420

Tintner 392

Trendelenburg, A. 385

Tschajanow 416

Vleugels 388, 408

Wackernagel, J. 402

Walras, L. 16 f., 234, 381, 384, 406

Weber, Max 96, 193 f., 357, 379,
382, 389, 391, 407, 418

Weippert 379

Wicksell 154, 241, 381, 384, 401,
403, 407

Wicksteed 386

Wieser, v. 55, 210, 384, 386, 403

Windelband-Heimsoeth 53, 394

Wundt, W. 396, 418

Zwiedineck-Südenhorst 330, 414,
415

Sachregister

- Abnehmender Ertragzuwachs 211 f., 226
- Abschreibungen 204 f., 249
- Abstraktion; generalisierende - 114, 253, 262 f., 353, 388, 396 f.; pointierend hervorhebende - 114, 124, 130, 169, 254, 262 f., 352 f., 388, 396
- Aktualität; - von Theorien 269 ff., 291 f., 298, 355, 362 f.; - der Morphologie 262 f., 278 f., 355, 362 f., 366 f.
- Altertum: Wirtschaftsordnungen im - 70 f., 77 ff., 89 f., 96, 153, 138 f., 275 f., 388; Wirtschaftsgeist im - 321 ff., 329, 341 ff.
- Angebot; Formen des -es 144 f., 146 ff., 170 ff., s. a. Marktformen; Elastizität des -es 315 f., 335 f.; Verlagerung der -skurve 315 f.; - an Arbeitskräften 247 f., 336 f.; - und Preis 335 f., 416
- Angebotsmonopol s. Marktformen und Monopol
- Antinomie, die große - 25 ff., 266 ff., 276 f.
- Arbeit: als Datum 202 f., 247 f., Unterschied zu -leistungen 206 f.; und Natur 206 f.; Ertrag der - 211 f.
- Arbeitsverhältnis, Ordnung des -ses 83 f., 114 f., 119 f., 245, 256, 273 f., 308, 313
- Aufklärung und Geschichte 41 ff., 384, 417
- Ausreifungszeit, wirtschaftliche 213 ff., 281
- Axiome 47, 126, 210, 354
- Banken 188 ff., 257 f., 290
- Banknoten 87, 188 f.
- Bedarfsdeckungsprinzip 320 ff., 340
- Bedürfnisse: Datum 200 ff., 244, 337; Arten von -n 244 f.; - in den beiden Wirtschaftssystemen 245; begrenzte und unbegrenzte - 325; bewegliche und gleichbleibende 335 ff.
- Begriffsnationalökonomie, Kritik der - 12 f., 45 ff., 101 f., 107 f., 145, 255, 349, 355, 357 f., 379 f., 385
- Betrieb 113 ff., 140 ff., 224 ff., 368 ff.
- Betriebswirtschaftslehre und Nationalökonomie 112, 222 ff., 368 ff.
- Bevölkerung 247 f., 283
- Bilanzen 209, 330 f.
- Currency-Schule 191, 241
- Daten, einzelwirtschaftliche, der Verkehrswirtschaft 149, 224 ff.; gesamtwirtschaftliche - der Verkehrswirtschaft 224 f., 243 ff., 278 f., 328; - der zentralgeleiteten Wirtschaft 199 ff., 230; Rückwirkungen des Wirtschaftsprozesses auf die - 244 f., 287 f., 408 f.; Lehre von den - 409 f.
- Definition; Platz der - in der Forschung 13 f., 48 f., 145, 355 ff., 385; mißbräuchliche Benutzung der - 46 ff., 356 ff.
- Devisenkursbildung 250 f., 409
- Dominierende Ordnungsformen 121, 125, 129, 190, 256 ff., 275, 282, 289 f., 353
- Dualismus historischer und theoretischer Nationalökonomie 52 ff., 354 f., 385 f.
- Dynamische Theorie 284 ff., 298 f., 302, 412

Dyopol 163, s. a. Oligopol
 Eigentum und Wirtschaftsordnung 79, 85 f., 423
 Eigenwirtschaft 76; s. einfache zentralgeleitete Wirtschaft 128, 137 ff., 200, 334, 399, 403
 Einzelwirtschaft, Analyse der - 112 ff., 140 ff., 221 ff., 352
 Empirismus 57 ff., 352, 386
 Entwicklung, wirtschaftliche 280 f., 63 f., 74; Zwangsläufigkeit der wirtschaftlichen - 288
 Entwicklungsidee 63 f., 70 f., 275, 386 f.; Gefahren der - 71 ff., 76; s. a. Historismus
 Erfahrung, wissenschaftliche, u. Alltags- - 22 ff., 349 ff., 396; geschichtliche, 285; - s. regeln 209 ff.
 Erwartungen 151 ff., 217 ff., 226 f., 321; s. a. Plandaten
 Erwerbsprinzip 320 ff., 340; und zentralgeleitete Wirtschaft 323 f.
 Familienwirtschaft, Reaktion der - auf Preisverschiebungen 335 ff.
 Freizügigkeit, Beschränkungen der - 132
 Frühkapitalismus? 75 f., 97, 102, 118, 265, 365
 Geld; - in der zentralgeleiteten Wirtschaft 132 f.; - in der Verkehrswirtschaft 145 f., 178 ff.; Funktion des -es 134 ff., 179 f., 325; Entstehung des -es 182, 261 ff., - als Recheneinheit 179 ff., 261
 Geldsysteme 145, 184 ff., 288, 261 f., 301, 403
 Geldtheorie 241 ff., 48, 145 f., 184 f., 197 f.
 Geldwirtschaft, Hauptformen der - 146, 178 ff., 261

Geschichte und Geschichtsschreibung 26 ff., 70 f., 118 ff., 383
 Geschlossene und offene Formen des Angebotes und der Nachfrage; - im Mittelalter 81, 122 ff., 146 ff., 170 ff., 271 ff., 312 f.; - in der Neuzeit 147 ff., 170 ff., 263, 312 f.; morphologische Analyse 146 ff., 170 ff.; und Macht 309 ff.
 Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs 226, 211 f.
 Gewerbefreiheit 81, 85 f., 123 f., 146 f.
 Giralgeld 184 f., 188 f., 190 f., 300 f.
 Gleichgewicht 231 ff., 250, 292 ff., 312
 Goldwährung 93, 184, 193, 290
 Gossensches Gesetz, erstes - 210 f., 339 f., 405
 Grundbegriffslehre, Kritik der - 12 f., 45 ff., 357
 Grundherrschaft, Formen der - 80, 118 ff.
 Gruppenanarchie 399
 Gruppenegoismus 307, 381 f.
 Handel, 74, 81, 180 f., 272 f., 309 f., 322 f.
 Handwerk 81, 122 f., 272 ff.
 Haushalt 140 f., 227 ff.
 Haushaltung 113 f., 141, 185, 255, 336 f., 396 f.
 Hauswirtschaft (Wirtschaftsstufe) 65 f., 70 ff., 96 f., 365, 419; - u. Wirtschaftsgeist 323 f.
 Historische Schule der Nationalökonomie, Kritik 31 f., 44 f., 57 ff., 274 f., 408
 Historismus, Kritik des - 43, 268 f., 320 f., 344, 361, 417, 422
 Homogenität der Waren und Betriebsgrößen, - und Marktformen 156 ff., 160 f., 163 f., 168
 Hypostasierung 45, 101, 393

Idealtypen 68 f., 117, 121, 124 f.,
 130, 140 f., 199 f., 261, 266,
 307 f., 418 ff.; Funktion der -
 194 ff., 234 f., 254, 270 f., 277;
 Gewinnung der - 114, 121, 125,
 254, 352 f., 365 ff., 394 f.
 Ideologien von Interessenten 18 ff.,
 62, 306 f.; - und Wissenschaft
 21 f., 357, 360 f., 381 ff.
 Industrialisierung (Industrielle
 Revolution), 98 ff., 280 ff.
 Interdependenz, wirtschaftliche
 29 ff., 229 f., 277 f.
 Internationaler Handel als theo-
 retisches Problem 9, 193, 197 f.,
 250 f., 274, 291 f.
 Invarianter Gesamtstil; - der
 Natur 35; der Wirtschaft 176,
 277, 318, 332
 Investition von Kapital 7, 212 ff.,
 229, 281 f., 289 f., 403 f.; -
 s-verbod 115, 172, 177

 Kapital 203 f., 213, 223 f.
 Kapitalismus 14, 66, 74, 100, 106 f.,
 147, 268, 278, 284, 305; Krisis
 des - 14, 102; -, ein wissen-
 schaftlich nicht brauchbarer
 Begriff 74, 92, 100 ff., 106 f.,
 118, 365, 403; - und Verkehrs-
 wirtschaft 140
 Kapitalistischer Mensch 320 ff.,
 328 f., 343
 Kapitalzins 5, 30, 223 f., 290
 Kartelle 54 f., 90, 257 f., 287 f.,
 298, 307, 312, 315; Ideologien
 der - 21, 307
 Kassenbestand; - als Ausgangs-
 punkt geldtheoretischer Ana-
 lysen 146, 180, 184 ff., 228
 Klassische Nationalökonomie
 41 ff., 56, 58, 66, 86, 105, 239 f.,
 350, 379 f., 384 f., 399, 402
 Knappheitsmesser 334

Kollektivismus 403 f.; s. a. Kom-
 munismus
 Kolonenwirtschaft 78 f.
 Kommunismus 140, 199, 261
 Konjunktur 11 f., 227, 281 ff.,
 412 f.
 Konjunkturtheorien 280 ff., 298 ff.,
 363
 Konkurrenz 123 f., 152 ff., 271,
 170 f.; - bei der Geldschaffung
 187 ff.; Abgrenzung gegen Mo-
 nopol 155 ff., 339 f.
 Konkurrenz, vollständige (Markt-
 form) 177, 271, 399 f.; s. a.
 Marktformen; - und Macht
 313 f.; theoretische Analyse der
 - 233 f., 379 f.; - in der klassi-
 schen Nationalökonomie 43 f.,
 403
 Konsumgüter - als Datum 203 f.
 Konsumwahl, freie 120 f., 134,
 200
 Koordination der Einzelpläne
 142 ff., 195 ff., 221 ff., 356
 Kosten 217, 233, 235, 339 f., 385,
 408

 Laissez faire 92 f., 399 f.
 Lohn; - Problem 4 f., 28; - und
 Marktform 236, 245 f., 271, 279,
 340; - und Arbeitsangebot
 247 f., 336 f., 416; - Theorie
 222, 236, 247 f., 271

 Macht, wirtschaftliche 23 f., 139 f.,
 145, 242, 305 ff., 413 f.; - Ideo-
 logien 20 f., 305 ff.; s. a. Markt-
 formen und zentralgeleitete
 Wirtschaft
 Machtkämpfe, wirtschaftliche
 20 f., 123 f., 243, 273, 306 ff.,
 312 ff., 316 f.
 Machtverschlingung 310, 317
 Markt 144 f., 175 ff., 196, 228 f.,
 301

Marktformen 146 ff., 193, 356;
 Gewinnung der - 149 ff., 168 ff.;
 Tabelle der - 177; - bei der
 Geldschaffung 185 ff.; - und
 Konjunkturverlauf 295 ff.; -
 und Macht 146, 175, 273 f.,
 309 ff.; - und Bedürfnisbefriedi-
 gung 339 f.; - lehre 155 ff.,
 167 ff., 339 f.; - und Verhal-
 tensweise 339 f.
 Marktwirtschaft 93; sogen. ge-
 lenkte - 258 f., 301
 Mathematisierung, zunehmende
 - der Theorie 56
 Mittelalter, Wirtschaftsordnun-
 gen im - 79 f., 85, 118 ff., 148,
 172 f., 272 ff., 309 ff., 389; wirt-
 schaftliche Entwicklung im -
 73 f., 208; Geldwesen im -
 180 f.; Wirtschaftsgeist im -
 321 ff., 343 f., 414 f.
 Modelle 32, 199, 242, 418 ff.
 Monismus (Epochalmonismus);
 Kritik des - 57 ff. 96 f., 122 ff.,
 243 f., 270 ff.; s. a. Wirtschafts-
 stile und Wirtschaftsstufen
 Monistische Systeme der Theo-
 rie, Kritik 43 ff., 156 ff., 175,
 242 f., 296 ff.
 Monopol, Tatbestand des -s 115,
 122 f., 150 f., 155 f., 163, 271 ff.;
 Kollektiv- 165 f., 172 f., 311;
 offenes und geschlossenes -
 172 ff.; - bei der Geldschaf-
 fung 186 ff.; - u. Macht 308 ff.;
 - auf dem Arbeitsmarkt 173,
 288; - und Bedürfnisbefriedi-
 gung 336 f.; s. a. Marktformen
 Morphologie; Gewinnung der -
 175 f., 193 ff., 254 f., 354 f., 359;
 - des Geldes 184 ff.; Anwen-
 dung der - 351, 262 f., 270 ff.,
 289 f., 306 f., 315; - und Macht
 307 f.

Nachfrage; Formen der - 146 ff.,
 228 f.; s. a. Marktformen;
 Elastizität der - 155, 315 f.;
 Verlagerung der - kurve 315
 Nachfragemonopol s. Marktfor-
 men und Monopol
 Natur; - als Datum 206 f.; Unter-
 schied zu Naturleistungen 207 f.
 Naturaltauschwirtschaft 143 f.,
 178 f., 239 f., 259
 Naturalwirtschaft 72, 73 f., 80,
 390, 401
 Natürliche Ordnung 42 f., 247 f.
 Offene Formen von Angebot und
 Nachfrage s. geschlossene For-
 men
 Oikengewirtschaft siehe Hauswirt-
 schaft
 Oligopol; Tatbestand des -s 124,
 162 ff., 273, 312 ff.; bei der
 Geldschaffung 186 ff.; geschlos-
 senes - 173
 Ordnungsgrundsätze 85, 390 f.; s.
 a. Wirtschaftsverfassung
 Patente 245, 373; - und Markt-
 form 161, 163 f., 171
 Peelsche Bankakte 87
 Plandaten 149 ff., 159 ff., 200 ff.,
 216 f., 224 ff., 243 ff., 248 ff.,
 400 ff.; - und faktische Daten
 217 ff.; - und Kassenbestand
 (Geld) 184 f.; s. a. Marktformen
 und Risiko
 Politisches und wirtschaftliches
 Geschehen 96 f., 102, 272 ff.,
 282 f., 305
 Prägerrecht, freies 187
 Preis; Funktion des -es in
 der Verkehrswirtschaft 142 ff.,
 221 ff., 234 f., 271 f., 289 f.,
 356 f.; Bildung der -e 30 ff.,
 149 ff., 195 ff.; - und Tausch-
 wert 179 f.; - veränderungen

und Produktionsverschiebungen 335 ff., 416; Definition des - es 356; - risiko 227
 Preisbindung zweiter Hand 18, 152 f.
 Preisfestsetzung, öffentlich rechtliche 79, 115, 124, 153, 166 f., 177, 235 f.
 Preisniveau 197 f., 402 f.
 Produktion, Zirkulation, Distribution, Konsumtion 14, 380
 Produktionsmittel, produzierte 202 f.; -: Datum und Problem 203 ff., 248 f.
 Produktionswegverlängerung 214 ff., 281
 Punktuelle Betrachtung, Formen und Kritik 61 f., 224, 352
 Quantitative Probleme der Nationalökonomie 49, 347 ff.
 Reaktionsdauer 229, 294
 Realtypen 68 f., 97 f., 194 f., 303, 343, 353, 365, 388, 394 f., 418 f.
 Recheneinheit 143 f., 138 f., 399
 Rechtliche und soziale Organisation; Datum 209, 244, 343
 Rechtsordnung; - und Wirtschaftsordnung 88 ff., 275 f., 373 ff., 391, 423
 Reineinnahme; Prinzip der höchstmöglichen - 177, 186 f., 333 f., 399
 Risiko 119 f., 230, 233, 295 f., 345, 405; - in der Verkehrswirtschaft 226 f.; - in der zentralgeleiteten Wirtschaft 217 f.
 Robinsonwirtschaft 237 ff., 406 f., 418 f.
 Romantische Nationalökonomie 252, 364
 Rückversetzung 215 f., 281
 Sektenbildung in der Nationalökonomie 50 f.

Sittenwidrigkeit 374
 Sklaverei 28 f., 77 f., 119, 131 f., 139, 308, 338
 Stadtwirtschaft (Wirtschaftsstufe) 74 f., 80 f., 96 f., 106, 122 f., 265, 365, 389, 394 f., 396 f.
 Standort, Problem des -s, 128 f., 195
 Statischer Zustand 231 f., 286 ff., 292 ff., 406
 Substitutionsprinzip 226
 System, Notwendigkeit des -s 223 f., 358 ff.
 Tauschwert 132 f., 179 f.
 Technik, angewandte 6 f., 30 f., 233
 Technisches Wissen: Datum 208 f., 230, 244 f., 332 f.; Unterschied zu angewandter Technik 6 f., 208 f.
 Teilmonopol 152 f., 163 f., 168 f., 271 f., 310 ff.; s. a. Marktformen
 Teilligopol 165, 168 f., 243 s. a. Marktformen
 Territorialwirtschaft 75, 265
 Theorie, nationalökonomische; Probleme der - 4 ff., 29 ff., 193 ff., 221 ff., 277; moderne - 16 f., 106 f., 386; - und Historie 51 ff., 66 ff., 107 ff., 126, 251 f., 265 f., 282 f., 296 f., 344 f., 354 f., 362 f.; - und Daten 243 f.; logischer Charakter der - 33 f., 107 f., 268 ff., 286 f., 353 ff., 359 ff., 411; unzutreffende Kennzeichnungen der - 33 f., 47 f., 57 ff., 284 ff., 355; Anwendung der - 254 f., 267 ff., 275 f., 291 ff., 306 ff., 315, 333; - und Wirtschaftsgeist 317, 343 f.; - und wirtschaftliches Prinzip 331 f.; zeitgebundene,

anschauliche -n? 104 ff., 193 f.,
268 f., 296 f., 352, 361 f., 365,
386 ff., 407 f.

Typenlehre 303 ff., 418 ff.

Überproduktion, allgemeine? 21,
240

Universalienstreit 394

Universalismus 48

Unsicherheit 218 ff., 226 f., 285;
s. a. Erwartungen, Plandaten,
Risiko

Variationsmethode 32 f., 232,
250 f., 292 ff., 299

Verkehrswirtschaft 114 f., 122 ff.,
356; Definition 127, 140 f.;
theoretische Analyse der -
195 f., 221 f.; - und Wirt-
schaftsgeist 325 ff., 338 ff.; So-
ziale und rechtliche Organi-
sation der - 230 f.; - und
Macht 309 ff.

Verlagssystem; - im Mittelalter
73, 92, 120 f., 124, 272, 309 f.,
322; - in der Neuzeit 272 ff.

Verschmelzung von Formele-
menten 92, 116 f., 121 f., 125,
129, 256 ff., 258 ff., 418 ff.; -
von Geldsystemen 186, 192 f.

Versorgung, Prinzip der bestmög-
lichen 177, 186 f., 322 ff., 339

Verstehende Nationalökonomie
70 ff., 94 ff., 101 ff., 392 f.

Vertragsfreiheit 85 f., 93

Volkswirtschaft 95 ff., 365

Vorrat, Angebot aus gegebenem
- 228; an Konsumgütern und
Produktionsmitteln 202 ff., 248 f.

Währungen 184 ff.

Wahrheit, wissenschaftliche 22 f.,
33, 262 f., 269 f., 277, 358 f.,
381 ff., 422

Wert und Bewertung 217 ff., 234 ff.
271, 289 f.

Wirtschaft, Begriff 12 f., 47, 50 f.

Wirtschaftlicher Alltag, s. Wirt-
schaftsprozeß

Wirtschaftliches Prinzip 254 f.,
328, 333, 339, 344

Wirtschaftsgeist 209 f., 319 ff.,
414 f.

Wirtschaftshistorie und Wirt-
schaftsordnung 92, 117 ff., 265 f.,
411

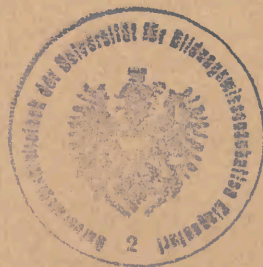
Wirtschaftsordnung, Beispiele
von -en 77 ff., 72 f., 256 ff.,
270 ff., 289 f., 297 f., 390 f.; Be-
griff der - 82 ff., 348, 360;
»gewachsene« und »gesetzte«
-en 83 f., 87 ff., 260, 390 f.;
Gesamtordnung und Teilord-
nungen 84 f., 93 f.; - und Rechts-
ordnung 88 f., 276, 377 ff.; -
u. Naturordnung 36, 82, 276 f.;
Aufbau der -en 254 ff., 348 f.;
Erkenntnis der -en 92, 192 f.,
254 f., 364 ff.; Grenzen ihrer
Erkenntnis 92, 276 f.; Dauer
der -en 264; Konstanz der -
297; Primitivisierung der - 259;
s. a. Wirtschaftsverfassung

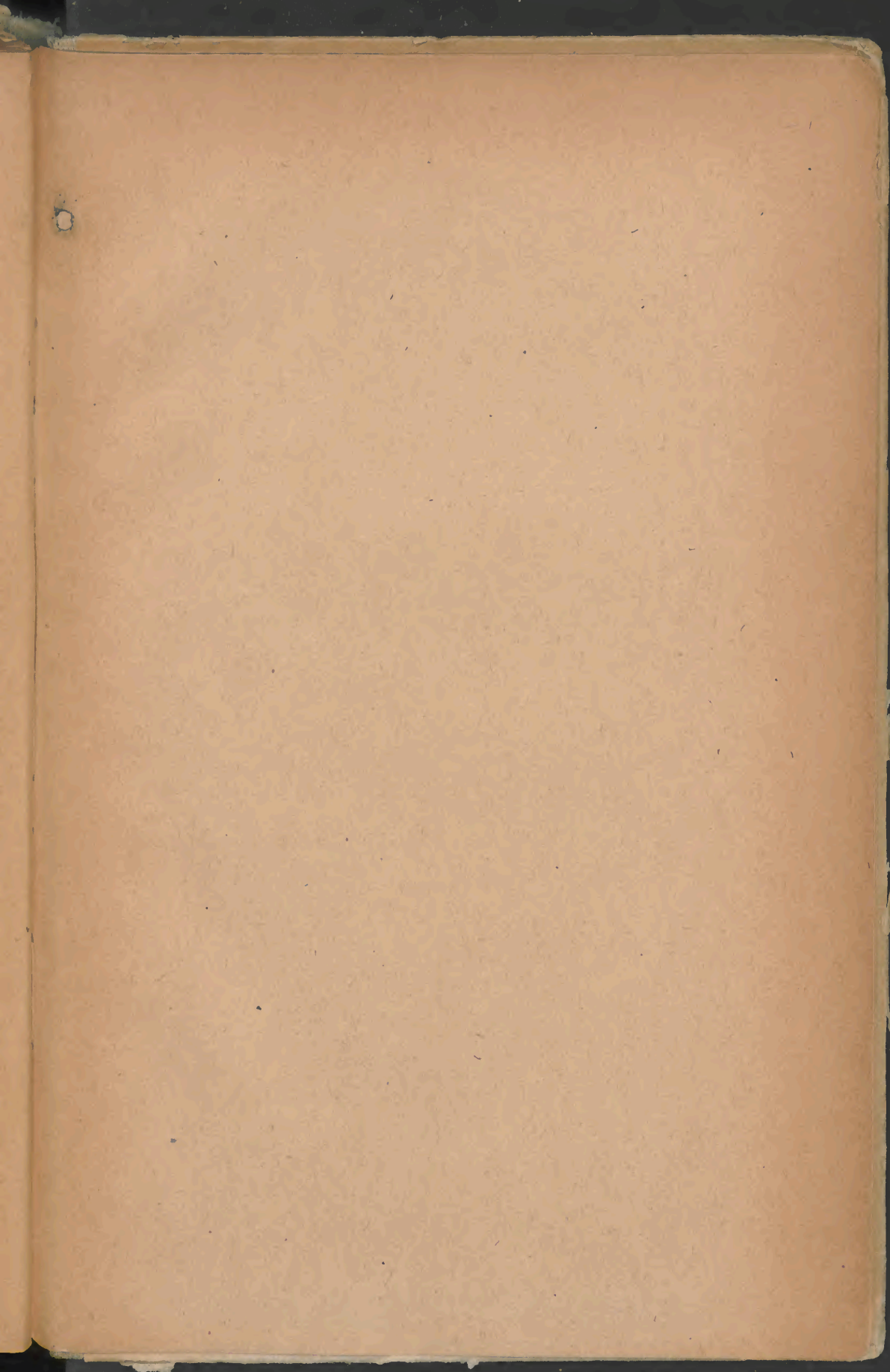
Wirtschaftsplan; zentrale Bedeu-
tung 82 f., 127 ff., 149 ff., 154 f.,
167, 175, 200 ff., 223 ff., 295 f.,
313, 328, 333 f., 344 f., 358 - in
der Verkehrswirtschaft 141 ff.,
221 ff.; Koordination der W-
pläne 142 ff.; - in der zentral-
geleiteten Wirtschaft 200, 217 ff.,
230; - und Geldschaffung 186 ff.;
langfristiger und kurzfristiger
- 215 f., 341 f., s. a. Plandaten

Wirtschaftspolitik 247, 252, 371

Wirtschaftsprozess (wirtschaftl-
icher Alltag, Wirtschaftsbergang,
Wirtschaftsablauf); seine fünf

- Seiten 1 ff., 112, 129 f., 195 ff., 200 ff., 217, 300 ff., 351; theoretische Analyse des -es 29 ff., 266 f., 395; Veränderungen des -es 280 f., 288
- Wirtschaftsrechnung; - in der Verkehrswirtschaft 143 f., 180 ff., - in der zentralgeleiteten Wirtschaft 128 ff., 200 ff., 261, 333 ff., 398 f.; - und wirtschaftliches Prinzip 328 f.
- Wirtschaftsstile 63 ff.; Kritik 76 ff., 94 ff., 193 ff., 254 ff., 278, 364 ff., 392 f.
- Wirtschaftsstufen 63 ff., 386 ff.; Kritik 69 ff., 94 ff., 193 ff., 265 f., 364 ff., 392 f.
- Wirtschaftssysteme 114, 126 ff., 193 ff., 234 f., 256, 267 ff., 295 f., 317, 366 f.
- Wirtschaftsverfassung 85 f., 282 f., 371 f.; - und Wirtschaftsordnung 86 f., 260 f.; s. a. Wirtschaftsordnung
- Wirtschaftsverfassungspolitik 282 f., 371 ff., 390 f.
- Zahlungsbilanz 21; Ausgleich der - 198, 250 f., 294, 409
- Zeitlicher Hergang des Wirtschaftsprozesses 6, 28, 32, 201 f., 214 ff., 341 f., 380 f.; zeitliche Staffelung des Angebotes 228 f.; zeitliche Folge der Bedürfnisse 201 f.; Vernachlässigung des Zeitmomentes 16 f., 248 f., 296
- Zentralgeleitete Wirtschaft 83 f., 88 f., 115 f., 120 f., 126; die beiden Formen der -n - 116, 128 ff., 256 ff.; Arbeitsverhältnis in der -n - 137 ff., 242, 308, 323 f.; - und Kommunismus 140 f., 199, 403 f.; theoretische Analyse der -n - 193 ff., 199 f., 235, 242, 243 ff., 261, 403 f.; - und Bedürfnisbefriedigung 300 ff., 323 ff., 338; - und Wirtschaftsgeist 323 ff.; - und Macht 139 f., 308 ff., 315
- Zentralnotenbank 87, 188 ff., 312
- Zentralverwaltungswirtschaft 115 f., 125, 128 ff., 256 ff., 262, 288 ff., 304, 308; Wirtschaftsrechnung in der - 128 ff., 200, 333 ff., 398 f.; - u. Erwerbstrieb 323 ff. s. a. Zentralgeleitete Wirtschaft
- Zünfte 81, 122 ff., 172 ff., 272 ff., 305
- Zwangsläufigkeit der Entwicklung? 288





IN DER
RHEINISCHEN NATIONAL-DRUCKEREI
ZU DUISBURG GEDRUCKT IM JULI 1947
SATZGESTALTUNG UND EINBAND:
HEINRICH JOST

